



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

Vom Ende der Habsburgermonarchie bis zur Ersten
Republik
(in der Sicht Leopold Freiherrn Chlumeckys)

Verfasser

Mag.phil. Adolf Werner

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr.phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuerin / Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Wolfdieter Bihl
Univ.-Prof. Dr. Margarete Grandner

Inhaltsangaben

Vorwort	Seite 4
1. Die historische Entwicklung der Donaumonarchie im letzten Viertel des 19. Jh. von 1873 bis zu jener Zeit, in der Leopold Chlumecky seine publizistische Tätigkeit für die Militärkanzlei Franz Ferdinands begann	10
1.1 Die innenpolitische Entwicklung ab 1867	10
1.1.1 Kronprinz Rudolf	11
1.1.2 Der Thronfolger Franz Ferdinand v. Habsburg Este	13
1.2 Die handelspolitische Entwicklung	16
1.3 Die außenpolitische Entwicklung	17
1.3.1 Graf Julius Andrassy	17
1.3.2 Die Orientalische Frage	18
1.3.3 Der Berliner Kongress	19
1.3.4 Der Zweibund	20
1.3.5 Der Dreibund	21
1.3.6 Österreichs Balkanpolitik	23

2.	Die Korrespondenz mit der Militärkanzlei Franz Ferdinands (Chlumecky als Journalist des Thronfolgers)	Seite 26
2.1	Die „rumänische Reise“ des Thronfolgers	26
2.2	Die Verminderung der Lloyd-Schiffahrt in der Levante	29
2.3	Die militärischen Forderungen der Ungarn	31
2.4	Österreichs Haltung während der Marokkokrise 1911	41
2.5	Das Kultusprodektorat der Donaumonarchie in Albanien	47
2.6	Die Choleraepidemie in Italien	51
2.7	Der Deutsche Nationalverband	53
2.8	Brosch v. Aarenaus Ressentiment gegenüber Aehrenthals Außenpolitik	55
2.9	Albaniens Bedeutung für Österreich-Ungarn	60
2.10	Chlumeckys Kontaktverlust zum Belvedere	67
3.	Die politischen Briefe Leopold Chlumeckys an seinen Vater bis zu „Italiens Verrat 1914-1915“ ¹	71
4.	Die politischen Briefe Leopold Chlumeckys an seinen Vater aus der Schweiz und aus Wien, von Juli - Oktober 1915 „Tschechiens Hochverrat“ ¹	99
4.1	Die politischen Briefe aus der Schweiz	99
4.2	Die politischen Briefe aus Wien	109

¹ Der Wortlaut im Nachlass Chlumecky, (=Österreichisches Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

5.	Die Korrespondenz mit Josef Redlich. 1908 - 1934.....	Seite 114
5.1	Brief aus dem Jahre 1908	115
5.2	Brief aus dem Jahre 1917	117
5.3	Briefe von 1926 und 1934	126
	Schlussbetrachtung	198
	Ungedruckte Quellen	204
	Gedruckte Quellen und Literatur	205
	Personenverzeichnis	208
	Die österreichischen (cisleithanischen) Ministerien 1867-1918	228
	Die österreichischen Ministerien 1918-1938	229
	Anhang	
	Quellenabschrift Quelle 1	230
	Quellenabschrift Quelle 2	246
	Kurzfassung (deutsch)	273
	Kurzfassung Shortened Version	275
	Lebenslauf	277

Vorwort

Mein Anliegen war es, bei der vorliegenden Dissertation zu versuchen, die politische Korrespondenz des Politikers, Schriftstellers und Journalisten Freiherrn Leopold Chlumecky mit der Militärkanzlei des Thronfolgers Franz Ferdinand, mit seinem Vater und mit Josef Redlich, in der sich seine politische Sicht deutlich widerspiegelt, auf Grund neuester Erkenntnisse der Forschung zu diskutieren.

Meine Arbeit, die sich auf den letzten Zeitraum der österreichisch-ungarischen Monarchie bis zu ihrem Ende nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und auf die danach folgenden Jahre der Ersten Republik bezieht, will auch zeigen, wie sich die politische Entwicklung in diesem Abschnitt der österreichischen Geschichte in der Korrespondenz Leopold Chlumeckys reflektiert.

Nach Empfehlung von Professor Dr. Wolfdieter Bihl wies mich Hofrat Peter Broucek auf ein im Österreichischen Staatsarchiv-Kriegsarchiv bzw. im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zweigeteilt und bis dato unbearbeitet vorliegendes Quellenmaterial in dankenswerter Weise hin, nämlich auf den „Nachlass Chlumecky“. Auf Grund dieser Quelle bezieht sich meine Dissertation auf folgende Schwerpunkte:

- auf die Zeit und das Wirken des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand, auf dessen Militärkanzlei, deren Journalist Leopold Chlumecky war,
- auf die inneren Probleme der Habsburgermonarchie mit Böhmen und Ungarn,
- auf die äußere Bedrohung der Monarchie durch die Irredentapolitik des Dreibundpartners Italien und durch den russischen Panslawismus,
- auf die regen diplomatischen Aktivitäten der österreichisch-ungarischen Diplomatie nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, um Italien vom Kriegseintritt auf Seiten der Entente abzuhalten,
- auf einzelne Abschnitte an der Ost- und Südostfront des Ersten Weltkrieges, der letztendlich durch die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand ausgelöst wurde, dessen Verlauf einschneidende machtpolitische und ideologische Veränderungen im Kräftefeld der Weltpolitik hinterließ und dessen Ende eine Friedenskonferenz erforderlich machte, die vor 85 Jahren in den Pariser Vororten über die künftige internationale Ordnung beriet. Über die sogenannte „Stabilisierungsphase“ der Jahre 1922-24 führte diese Zeit 1931 in

die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise und zum Zusammenbruch des internationalen Systems.

Im Österreichischen Staatsarchiv-Kriegsarchiv liegen vor: „politische Briefe Chlumeckys an seinen Vater vor Italiens Verrat 1914-1915“², Korrespondenz mit Josef Redlich in den Jahren 1908-1934³, politische Briefe aus der Schweiz an seinen Vater betreffend Hochverrat der Tschechen“⁴ und ein Dokument über „die Beziehungen des ehemaligen Reichskriegsministers Pitreich zu den Armeeforderungen Ungarns“.⁵

Das Haus-, Hof- und Staatsarchiv archiviert die Korrespondenz Chlumeckys mit der Militärkanzlei des Thronfolgers Franz Ferdinand,⁶ Studien über die politische Bedeutung Albaniens für die Donaumonarchie von Professor Heinrich Lammasch und Leopold Chlumecky⁷ sowie die Briefe von Leopoldine Franckenstein.⁸

Freiherr Leopold Chlumecky wurde am 3.2.1873 in Wien geboren. Er starb am 14.1.1940 in Buenos Aires. Er studierte Jus, war 1898 - 1906 im Staatsdienst tätig, wo er zunächst im Handelsministerium und später im Ministerium des Inneren als Sekretär tätig war. Im Genealogischen Handbuch des Adels findet sich der Hinweis „k.u.k. Statthaltereisekretär“.⁹

Nachdem er den Staatsdienst, wo er für seine geistige Beweglichkeit, sein Redetalent und seinen Ehrgeiz nicht das passende Umfeld fand, 1906 verließ, wandte er sich der Journalistik zu. Im Jahre 1906 erschien sein erstes Buch „Österreich-Ungarn und Italien“. 1906 wurde er auch Mitherausgeber der „Österreichischen Rundschau“. Leopold Chlumecky wurde mehrmals mit diplomatischen Missionen betraut, war geistig sehr beweglich und durch gute Beziehungen zu bedeutenden Persönlichkeiten meist gut informiert. Seit 1918 lebte er als Privatmann in Wien, Ungarn, der Schweiz und Südfrankreich. 1938 wanderte er nach Südamerika aus.¹⁰

² Nachlass Chlumecky, Q2 6a. (=Österreichisches Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³ Ebd. Q2 7.

⁴ Ebd. Q2 6 b.

⁵ Ebd. Q2 5.

⁶ Ebd. Q1 1 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

⁷ Ebd. Q1 4. 01, 4. 02

⁸ Ebd. Q1 5

⁹ Genealogisches Handbuch des Adels, Freiherrliche Häuser B Band IV S. 385

¹⁰ Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950, S. 144 f (=Verlag d. Österr. Akademie der Wissenschaften Wien 2000)

Leopold Chlumeckys Vater war Johann Freiherr v. Chlumecky, seine Mutter Leopoldine v. Liebenberg. Johann v. Chlumecky war Politiker und Staatsmann, war seit 1865 im mährischen Landtag, seit 1870 im Reichsrat, seit 1871 Ackerbauminister und gründete die Hochschule für Bodenkultur. 1875 wurde er Handelsminister und ab 1897 war er Mitglied des Herrenhauses, wo er zum Zustandekommen des allgemeinen Wahlrechtes wesentlich beitrug.¹¹

Schon früh hatte Leopold v. Chlumecky die Weltsprachen Englisch, Französisch und Italienisch erlernt. 1906 wurde er in den mährischen Landtag entsandt.¹²

Franz Ferdinands politischer Handlungsspielraum war eng, denn die politischen Kernfragen wurden vom Kaiser entschieden.¹³ Als Mitherausgeber der „Österreichischen Rundschau“ gab Leopold Chlumecky in seiner „Politischen Übersicht“ oft Themen wieder, die im Sinne des Thronfolgers an die Öffentlichkeit gelangen sollten. Die aber in der Rundschau von ihm selbst eingebrachten Ansichten über das politische Geschehen des Vielvölkerstaates zeigen, dass Chlumecky mit scharfem politischem Verstand ausgestattet war und nicht nur als Sprachrohr des Thronfolgers fungierte. Dem „politischen Leitstern“ Franz Ferdinands, einem „Zusammengehen der Monarchie mit Deutschland und Russland“,¹⁴ widmete er in seiner „Politischen Übersicht“ keine Spalte.

Wie aus seinen politischen Betrachtungen in der „Österreichischen Rundschau“ zu ersehen ist, war er weniger ein Berichterstatter, sondern ein Politiker. Als bekannter, anerkannter Journalist und Schriftsteller mit vielen persönlichen Verbindungen in Politik und Gesellschaft beschäftigte er sich stets mit den aktuellen inneren und äußeren Problemen der Monarchie.

Als Vertrauter von Erzherzog Franz Ferdinand befasste er sich im Besonderen mit dem Verhältnis zu Italien und verfocht in der südslawischen Frage die imperialistisch gefärbten Ideen des Erzherzogs. Die Willenskraft Franz Ferdinands beeindruckte Leopold v. Chlumecky. Er glaubte fest daran, dass durch die Reformpläne des Thronfolgers die Monarchie an Stärke gewinnen werde. Vom unentschlossenen betagten Kaiser erwartete er sich diesbezüglich keine Aktivitäten.

¹¹ Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950, S.144

¹² Ingeborg Engerth, Leopold Chlumecky S. 6, 7 (=Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Phil. Fakultät der Universität Wien 1950)

¹³ Max Polatschek, Franz Ferdinand - Europas verlorene Hoffnung S.126 (=Amalthea Verlag Wien 1989)

¹⁴ Ebd. S. 185 f

Leopold Freiherr v. Chlumecky hatte auch bei Lloyd Austriaco Einfluss. Dies ist aus dem Briefwechsel mit der Militärkanzlei des Thronfolgers ersichtlich.¹⁵

Er wusste auch über die Rivalität zwischen der Habsburgermonarchie und Italien im Adriaum bestens Bescheid. In seinem Werk „Österreich-Ungarn und Italien“ spürt man die tiefe Abneigung, die Chlumecky gegenüber Italien bis zum Ende der Donaumonarchie hegte. Jahrelang hatte er vor der „italienischen Gefahr“ gewarnt und den „Dolchstoß Italiens“ - Chlumeckys Worte - gegen Österreich vorausgeahnt. In der Zwischenkriegszeit schwächte sich diese Abneigung jedoch ab. Italien zeigte nämlich in jener Zeit, als eines der wenigen europäischen Länder, Interesse an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Österreich (wobei ich auf die Gründe für das Interesse des italienischen Faschismus hier nicht eingehe).

Als Journalist der Militärkanzlei Fanz Ferdinands ging Leopold v. Chlumecky im österreichisch-ungarischen Außenministerium am Ballhausplatz und in der Militärkanzlei des Thronfolgers - im sogenannten „Stöckl“ - am unteren Belvedere ein und aus. Wie in seinem Nachlass ersichtlich, sammelte er viele Informationen in Vieraugengesprächen mit Politikern wie Aehrenthal, Berchtold, Hoyos, Bienerth und Stürgkh sowie hohen Ministerialbeamten. Leopold Chlumecky hatte auch Kontakt zu südslawischen und ungarischen Politikern. Er engagierte sich überall dort im Sinne des Thronfolgers Franz Ferdinand, wo dieser nicht selbst in Erscheinung treten konnte.¹⁶

Zu Conrad v. Hötzendorf verband ihn Freundschaft. Bestens bekannt war Leopold Chlumecky im politischen Salon der Baronin „Poldy“ Leopoldine v. Franckenstein. Auch im Salon der Baronin, einem Treffpunkt hochrangiger Gesellschaftskreise, erhielt er viele politisch aktuelle Informationen.¹⁷

Der junge Offizier Brosch v. Aarenau war das Bindeglied zwischen Leopold v. Chlumecky und dem Thronfolger. Der 36-jährige Hauptmann im Generalstab Alexander Brosch v. Aarenau wurde 1906 zum neuen Flügeladjutanten Franz Ferdinands ernannt und war 1808 der Schöpfer der Militärkanzlei des Thronfolgers, der er als Major und Oberstleutnant bis 1911 vorstand.

Die politischen Briefe Chlumeckys an seinen Vater, zwischen dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und Italiens Kriegseintritt, zeigen von den Bemühungen der österreichischen Regierung, Italien in Neutralität zu halten. Da sich Chlumeckys Eltern zu dieser Zeit in Görz aufhielten, informierte er seinen

¹⁵ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 05, 1.06 Briefe vom 6. u. 14.11.1909 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹⁶ Ingeborg Engerth, Leopold Chlumecky S. 3, 4 (=Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Phil. Fakultät der Universität Wien 1950)

¹⁷ Ebd. S. 188

Vater fortlaufend über den Verhandlungsstand mit Italien, damit bei Gefahr eine rechtzeitige Rückholung eingeleitet werden konnte.

Im Sommer 1915 wurde Leopold v. Chlumecky, nach einer Unterredung mit dem Sektionschef im Ministerium des Äußern, Johann Graf Forgách, halb offiziell als politischer Beobachter in die Schweiz entsandt, um dort eventuelle Aktivitäten der Tschechen zu überwachen, die sich gegen die Donaumonarchie richteten.¹⁸ Seine Beobachtungen bzw. auch das Material, das er in der Schweiz von anderen Journalisten und Agenten erhielt, wurde gesichert weitergeleitet. Die Briefe an seinen Vater via Bern mit Depeschekasten des Äußern ans Ministerium und von dort an seinen Vater. Die Briefe an Conrad, über den Militärattaché in Bern, Oberst Einem.¹⁹ Im Österreichischen Staatsarchiv-Kriegsarchiv findet sich von diesen Briefen - weder im Nachlass des Berner Militärattachés Oberst Einem noch im Nachlass Conrad - kein Hinweis.

Die Entsendung Chlumeckys in die Schweiz kann mit einem Schreiben des Berner Militärattachés vom 17.5.1915 an den Generalstab im Zusammenhang stehen. Darin wurde beklagt, dass die Monarchie in der Schweiz unter allen Nachbarländern in journalistischer Hinsicht am weitaus schlechtesten vertreten sei. Der Attaché ersuchte um geeignete Männer mit guten journalistischen Beziehungen, da durch persönliche Kontakte von hier anwesenden österreichisch-ungarischer Journalisten mit denen des Auslands politische und vielleicht auch militärische Nachrichten in Erfahrung gebracht werden könnten.²⁰

1929 erschien sein Buch „Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen“. Dieses Werk war wegen der zu dieser Zeit bestehenden Sperre des Quellenmaterials über den Thronfolger von besonderer Bedeutung.

Die Briefe zwischen Josef Redlich und Leopold Chlumecky geben wertvolle Informationen über die Situation in Österreich während der Zwischenkriegszeit. Nach dem verlorenen Krieg erschien für das zum Kleinstaat gewordene Österreich die Lage düster. Das mangelnde Vertrauen der Politiker in die junge Republik, die in politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckte, nährte, trotz des Verbotes durch den Friedensvertrag von St. Germain, den Wunsch eines Anschlusses an Deutschland. Die Kluft zwischen den beiden großen politischen Lagern - Christlichsozialen und Sozialdemokratie - wurde immer größer, bis es 1934 zum Bürgerkrieg kam. Im

¹⁸ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 28 Brief v. 26.6.1915 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

¹⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 01 Brief v. 12.7.1915 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²⁰ Akte der Militärattachés Bern, Generalstab Res. Nr. 526 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv)

Ständestaat orientierten sich die Austrofaschisten Richtung Italien, die Nationalsozialisten Richtung Hitler-Deutschland und die Austromarxisten wollten die soziale Revolution.

Diese politische Entwicklung spiegelt sich in der Korrespondenz zwischen Leopold Chlumecky und Josef Redlich wider. Sie zeigt auch, wie sehr diese beiden Männer noch der alten österreichisch-monarchischen Tradition verhaftet waren.

Über Leopold v. Chlumecky - über sein privates Umfeld und über seine politische Tätigkeit bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges - dissertierte schon Ingeborg Engerth im Jahre 1950. Ingeborg Engerth stand jedoch der von mir bearbeitete Nachlass Chlumecky nicht zur Verfügung, da Franz Josef mittels kaiserlichem Befehl veranlasste, sämtliche den Thronfolger beziehungsweise in dessen Militärkanzlei vorgefundenen Akte für 50 Jahre der Publikation entziehen zu lassen. Darüber befindet sich in einem Brief Chlumeckys an Josef Redlich vom 17.11.1928 ein Hinweis.²¹ Ingeborg Engerth verwendete gedruckte Quellen und Literatur. Von Herrn Univ. Prof. Hantsch erhielt Frau Engerth die Erlaubnis, in die damals noch unveröffentlichten Tagebücher Josef Redlichs Einsicht zu nehmen.

Wie eingangs erwähnt, bezieht sich meine Arbeit auf den Zeitraum von Franz Ferdinand bis zur Ersten Republik. Dabei bildet der Nachlass Chlumecky - die Korrespondenz mit der Militärkanzlei des Thronfolgers, die politischen Briefe an seinen Vater und der Briefwechsel mit Josef Redlich - den Leitfaden.

²¹ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 08 Brief vom 17.11.1928 (=Österreichisches Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

1. Die historische Entwicklung der Donaumonarchie im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts von 1873 bis zu jener Zeit, in der Leopold v. Chlumecky seine publizistische Tätigkeit für die Militärkanzlei Franz Ferdinands begann

1.1 Innenpolitische Entwicklung

Im Geburtsjahr Leopold Chlumeckys, 1873, ereignete sich eine epochal-dramatische Finanzkrise. Der Zusammenbruch vieler Banken und Industrieunternehmen am 9. Mai 1873, dem sogenannten „schwarzen Freitag“, war eines der dramatischsten Ereignisse in der Finanzgeschichte der Monarchie. Damit zusammenhängend verliefen die Ende 1873 abgehaltenen Neuwahlen für das Ministerium Auersperg-Lasser wenig erfolgreich, da viele prominente Politiker an der Krise beteiligt waren. Nur das eingeschränkte Wahlrecht - nur sechs Prozent der Bevölkerung durfte an der Wahl teilnehmen - verhinderte einen Erdrutschsieg der antiliberalen Gruppen, denen sich die ärmeren Bevölkerungsschichten mehr und mehr zuwandten. Die Regierung unter Ministerpräsident Adolf Auersperg bestand jedoch bis Februar 1879.²²

Nach Rücktritt des Ministeriums Auersperg wurde das neue Kabinett am 12.8.1879 unter Graf Taaffe gebildet. Diese Regierung, die sich auf Tschechen, Polen und den feudal-konservativen Hohenwartklub stützte, behauptete sich fünfzehn Jahre. Taaffe war konservativer Katholik, feudaler Böhme und Vertrauensmann des Kaisers. E. Graf Taaffe erreichte die Rückkehr der Tschechen in den Reichsrat. 1880 erließ er Verordnungen über die Doppelsprachigkeit der Behörden für Böhmen und Mähren, 1882 für Krain und Schlesien. Im November 1893 trat er zurück.²³

Über Taaffe werde ich anhand des Briefes Chlumeckys an Redlich vom 30.12.1928 noch genauer berichten.²⁴

²² Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 419 f (=Verlag f. Geschichte u. Politik Wien 1990)

²³ Berthold Sutter, Die Ära Taaffe. In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Bd. III/1 Die Völker des Reiches S. 209 ff (=Verlag der Akademie der Wissenschaften Wien 1980)

²⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 09 Brief v. 30.12.1928 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

1.1.1 Kronprinz Rudolf

In die Regierungszeit Taaffes fiel auch der Freitod des Kronprinzen Rudolf am 30.1.1889. Eine unglückliche Ehe und konträre politische Ansichten gegenüber seinem Vater dürften für Rudolf, dem in der Politik der Habsburger Schranken gesetzt wurden, eine große Rolle gespielt haben. Zu Ungarn hatte der Kronprinz eine ambivalente Haltung. Die fast schwärmerische Verehrung seiner Mutter, Kaiserin Elisabeth, für die magyarische Nation war den Ungarn bei ihren Bemühungen, dass Rudolf eine ungarische Erziehung erhielt, sehr behilflich. Er erlernte die ungarische Sprache und wurde mit der Geschichte Ungarns vertraut. Trotz alledem fand sich der Kronprinz mit der dualistischen Lösung des Reichsproblems nicht ab. Rudolf wies in einer Denkschrift besorgt auf die wachsende Macht Transleithaniens hin. Den Dualismus hielt er für eine nichtlebensfähige Schöpfung, die beide Teile der Monarchie dem Zerfall zuführe. Den wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der Ungarn verfolgte er mit Freude, doch registrierte er mit wachsender Verbitterung die innerpolitisch gegensätzlichen Grundsätze der beiden Regierungen. Vor allem die grundverschiedene Behandlung des Nationalitätenproblems erschien ihm unhaltbar.²⁵

Rudolf war gegen eine allzu enge Zusammenarbeit mit Deutschland und war gegen Russland. Kaiser Franz Joseph hielt jedoch trotz Krimkrieg und Königgrätz am Bündnis der „Heiligen Allianz“ fest. Auch die Erzherzöge Franz Ferdinand und Karl Franz Joseph, der spätere Kaiser und König, sahen darin eine Möglichkeit zur gemeinsamen Bekämpfung der revolutionären Kräfte. Kronprinz Rudolf fiel hier aber mit wenig entwickelten Ideen aus der Reihe.²⁶

Auch wenn Rudolf mit der Slawenpolitik des Grafen Taaffe keinesfalls einverstanden war, so hatte er doch Zweifel gegenüber der ungarischen Nationalitätenpolitik. Die von der Regierung Koloman Tisza (1875-90) eingeleitete Magyarisierungspolitik bewirkte einerseits einen Assimilierungsprozess, setzte aber andererseits Abwehrmaßnahmen der nationalen Minderheiten in Gang. Für den Kronprinz war der Druck der magyarischen Oberschicht auf die Nationalitäten eine Gefahr für den Gesamtstaat, und er hielt es nur für eine Frage der Zeit, bis das Band zwischen Ungarn und Kroatien riss. In einem Schreiben bezeichnete er auch das Vorgehen der Budapester Regierung gegen die Rumänen als „unklug und ungeschickt, denn in ihrer grenzenlosen Verblendung“ vergaßen die

²⁵ Oskar Mitis, Das Leben des Kronprinzen Rudolf S. 117 f (= Herold Wien 1971). Vgl. die Biographie Brigitte Hamanns, Rudolf. Kronprinz und Rebell (=Wien-München 1978)

²⁶ Peter Broucek, Reformpläne aus dem Beraterkreis Erzherzog Franz Ferdinands und Kaiser Karls. In: R. G. Plaschka, Anna M. Drabek, Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jhs. S. 111 f (=Österr. Akademie der Wissenschaften Wien 1995)

maßgeblichen Kreise Ungarns, dass die Serben und Rumänen aufstrebende und selbständige Nachbarstaaten hinter sich hätten.²⁷

Was Ungarn betraf, so war Kronprinz Rudolf der einzige Erzherzog, der ihre Sympathie besaß.²⁸

Fürst Alfred Windischgrätz bildete nach der Regierung Taaffes im November 1893 ein Kabinett, das sich auf eine Koalition der liberalen Vereinigten Linken, der Anhänger Hohenwarts und der Polen stützte. Als Windischgrätz das den Slowenen schon vor längerer Zeit gegebene Versprechen zur Einrichtung von slowenischen Parallelklassen am deutschen Gymnasium der südsteirischen Stadt Cilli einlösen wollte, brachte ihn die Vereinigte Linke 1895 zu Fall.

Unter dem Statthalter Galiziens Graf Kasimir Badeni kam es 1895 zur Bildung der vom Kaiser gewünschten „Regierung der starken Hand“. Badeni gelang es, durch Aufhebung des über Prag verhängten Belagerungszustandes, die Jungtschechen zu gewinnen. Badeni gelang im Jahre 1897 auch eine Wahlreform. Die vier Wählerkurien wurden durch eine fünfte ergänzt, zu der alle männlichen Staatsbürger über 24 Jahre wahlberechtigt waren. Auf diese „Allgemeine Kurie“ entfielen allerdings weniger als 20% der 425 Gesamtmandatare, wodurch die Massenparteien zahlenmäßig in der Volksvertretung noch nicht entsprechend zur Geltung kamen.

Die von Badeni verfügten Sprachverordnungen, wobei er die zweisprachige Amtsführung aller Zivilbehörden Böhmens und Mährens verlangte, verursachten tumultartige parlamentarische Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition im Reichsrat und Straßendemonstrationen in Wien. Nachdem Badeni einige Abgeordnete aus dem Parlament durch die Polizei entfernen ließ, verfügte der Kaiser 1897 seinen Rücktritt und die Schließung des Parlaments.²⁹

1.1.2 Thronfolger Franz Ferdinand v. Habsburg-Este

²⁷ Oskar Mitis, Das Leben des Kronprinzen Rudolf S. 119 f

²⁸ Ebd. S. 124

²⁹ Berthold Sutter, Der böhmische Ausgleichsversuch 1890, der Fall „Cilli“ und die Badeni-Krise 1897. In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Bd. III/1 Die Völker des Reiches S. 222 ff (=Verlag der Akademie der Wissenschaften Wien 1980)

Durch den Tod Kronprinz Rudolfs am 30.1.1889 rückte Erzherzog Franz Ferdinand Habsburg-Este ins erste Glied der Habsburger Dynastie. Franz Ferdinand wurde am 18. Dezember 1863 in Graz geboren. Sein Vater war Erzherzog Karl Ludwig, seine Mutter die Bourbonen-Prinzessin Maria Annunziata.

Im Jahre 1875 erbte er vom letzten Spross einer habsburgischen Nebenlinie, dem Herzog von Modena-Este, ausgedehnte Besitzungen, Ländereien und die berühmte Villa Este bei Rom. Ab diesem Zeitpunkt fügte er den Namen Este seiner Titulierung bei.

Die militärische Begabung prägte Franz Ferdinands gesamten Lebensweg. Wie alle Erzherzöge durchlief er eine rasche militärische Karriere. Schon mit 14 wurde er Leutnant, mit 19 Oberleutnant und mit 20 begann sein Dienst bei den Dragonern in Enns.³⁰

1888 wurde er zum Major befördert und wechselte als Artillerieoffizier zum Infanterieregiment Nr. 102 nach Prag, wo er im Hradschin prächtig eingerichtete Gemächer bezog. In Prag erreichte ihn die Nachricht vom Selbstmord des Kronprinzen Rudolf. Im Alter von sechsundzwanzig Jahren wurde er im Oktober 1889 Oberstleutnant und im April 1890 rückte er als Oberst im Husarenregiment Nr. 9 in Ödenburg ein. Zuvor wurde er vom Kaiser zu einer förmlich und kühl verlaufenden Audienz geladen, um Instruktionen bezüglich der Magyaren und die Verhältnisse mit Ungarn zu erhalten. Obwohl vom Kaiser nicht direkt ausgesprochen, wurde er zum künftigen Mann der Krone aufgebaut.

Franz Ferdinands Regiment galt als deutsch und rekrutierte sich aus Westungarn, dem heutigen Burgenland. Seine Offiziere waren zur Gänze Ungarn. Da er der ungarischen Sprache nicht mächtig war, seine Offiziere sich ausschließlich ungarisch unterhielten und das auch bei dienstlichen Meldungen taten, stellte er dies energisch ab. Dienstsprache hatte „Deutsch“ zu sein. Der Thronfolger machte kein Hehl daraus, dass er Ungarn nicht mochte. Mehr und mehr stieß Franz Ferdinand das Magyarische ab. Der unbändige Nationalstolz der ungarischen Offiziere fiel ihm negativ auf. In den ungarischen Gesellschaftskreisen und im ungarischen Offizierskorps konstatierte er einen reichsfeindlichen Geist.³¹

Seine staatsrechtlichen Kenntnisse über die komplizierten österreichisch-ungarischen Verhältnisse waren lückenhaft. Freiherr Max Vladimir v. Beck führte den Thronfolger in Rechts- und Staatswissenschaften ein und war auch sein Berater in juristischen und persönlichen Fragen.³²

³⁰ Max Polatschek, Franz Ferdinand - Europas verlorene Hoffnung S.14 f (=Amalthea Verlag Wien/München 1989). Vgl. Robert A. Kann, Erzherzog Franz Ferdinand Studien (=Wien 1976)

³¹ Ebd. S.19 ff

³² Max Polatschek, Franz Ferdinand -Europas verlorene Hoffnung S. 22

Im Winter 1891 war Franz Ferdinand im Namen des Kaisers auf diplomatischer Mission in Moskau, wobei er ein persönliches Schreiben Franz Josephs dem Zaren Alexander II. überbrachte. Vom Zaren, den Großfürsten und Generälen in allen Ehren empfangen, logierte er in der Eremitage. Als er nach drei Tagen Moskau verließ, galt der Wunsch zum Frieden zwischen Russland und Österreich-Ungarn fortan als Fixpunkt seiner außenpolitischen Konzeption.

Im Oktober 1892 wurde Franz Ferdinand zum Generalmajor befördert und Mitte Dezember begann er von Triest aus mit dem Torpedorammkreuzer „Kaiserin Elisabeth“ eine Weltreise. Als er nach zehnmonatiger Abwesenheit am 18. Oktober 1893 wieder in Wien war, verlieh ihm der Kaiser das Großkreuz des St. Stephan Ordens.³³

Ende April des Jahres 1894 trat er seinen Dienst als Infanterie-Brigadier in Budweis an. Auf würdiges Gehabe legte er keinen Wert. Obwohl sein Erscheinungsbild stets gepflegt, elegant und höflich wirkte, fürchtete man seine explosionsartigen Ausbrüche bei dienstrechtlichen Fehlhandlungen.³⁴

Der Lungenspezialist Dr. Viktor Eisenmenger legte für den Thronfolger ein Sprechverbot fest, da Verdacht auf Kehlkopftuberkulose bestand. Am 26. April 1896 beförderte ihn der Kaiser zum Feldmarschalleutnant.³⁵

Der Tod seines Vaters Erzherzog Karl Ludwig im Jahre 1896 machte Franz Ferdinand de jure zum Thronfolger, obwohl diese Rangerhöhung nie offiziell kundgetan wurde.³⁶

An den Fürsten Franz Liechtenstein, Botschafter in St. Petersburg, übermittelte er schriftlich von Cannes im März 1897 folgende Botschaft: „Eine volle Einigung mit Russland, ein Bündnis der drei Kaiser, die Aufrechterhaltung des Friedens und die Kräftigung des monarchischen Prinzips, dies ist das Ideal meines Lebens“. Die Ungarn und Polen kennen meine Ansichten, auch Goluchowski, trotzdem betreiben sie Kriegspolitik.³⁷

In der Innenpolitik gab es zwischen Kaiser und Thronfolger meist unterschiedliche Ansichten, doch außenpolitisch herrschte zwischen beiden Einigkeit. Sie waren sich im Klaren darüber, dass ein Kampf zwischen den Kaisermächten zum Sturz des monarchischen Systems führen würde. Franz

³³ Ebd. S. 24 ff

³⁴ Ebd. S.27 f

³⁵ Viktor Eisenmenger, Erzhzg. Franz Ferdinand S. 35. (=Amalthea Verlag Wien 1930)

³⁶ Max Polatschek, Franz Ferdinand -Europas verlorene Hoffnung S. 41 f

³⁷ Viktor Eisenmenger, Erzhzg. Franz Ferdinand S. 113 f

Ferdinand prophezeite im Jahre 1913 Alexander v. Spitzmüller: „Ein Krieg zwischen Österreich und Russland wird entweder mit dem Sturz der Romanows oder mit dem Sturz der Habsburger - vielleicht von beiden - enden. Ich werde nie einen Krieg gegen Russland führen“.³⁸

Seit dem Jahre 1894, während seiner Garnisonszeit in Prag, kannte Franz Ferdinand die Gräfin Sophie Chotek, spätere Herzogin von Hohenberg. Die Beziehung blieb zunächst geheim, denn Kaiser Franz Joseph hatte unumstößlich strenge Vorstellungen von den Pflichten eines Thronfolgers. Für den Thronfolger bestanden nach Ansicht des Monarchen nur zwei Möglichkeiten: Verzicht auf diese unstandesgemäße Ehe oder Verzicht auf die Thronfolge. Obwohl eine morganatische Ehe im Hause Habsburg nicht unbekannt war, hatte eine solche bei einem Thronfolger noch niemals stattgefunden.³⁹

Da der Kaiser den ständig amouröse Eskapaden liefernden Otto Franz Joseph, der Bruder Franz Ferdinands, für einen noch schlechteren Kaiser hielt, unterzeichnete er am 12. Juni 1900 einen Zusatz zum Familienstatut, der wie folgt lautete: „Neben ehelichen Verbindungen mit Angehörigen des Hauses Habsburg oder anderen Herrschaftsfamilien christlichen Glaubens gelten auch solche als standesgemäß, die mit Mitgliedern deutscher Fürstenhäuser eingegangen wurden, die einstens im Heiligen Römischen Reich eine eigene Landeshoheit besaßen und diese nach Ende des Reiches im Jahre 1806 im Gefolge der napoleonischen Machtpolitik verloren hatten“.

Obwohl bei den dabei namentlich aufgezählten Fürstenhäusern die Choteks fehlten und diese dadurch vom Kaiser nicht als ebenbürtig anerkannt wurden, hatte Franz Ferdinand sein Ziel erreicht. Am 18. Juni 1900 beiedete er vor allen volljährigen männlichen Mitgliedern des Hauses Habsburg, den gemeinsamen Ministern des Reiches und den Präsidenten der Abgeordneten- und Herrenhäuser beider Reichshälften, dem Erzbischof von Wien Kardinal Dr. Gruscha, dem Primas von Ungarn Kardinal Dr. Schlauch, mit der Gräfin Chotek eine morganatische Ehe einzugehen. Damit waren Sophie Chotek alle Rechte einer ebenbürtigen Gattin verwehrt und etwaige Kinder von der Thronfolge ausgeschlossen.⁴⁰

Der enorme Aufschwung der deutschen Flotte hinterließ beim Thronfolger großen Eindruck. Durch sein Drängen beim Kaiser setzte dann 1898 ein großzügiges Flottenprogramm ein. Obwohl seine maritimen Kenntnisse - ähnlich der Wilhelms II. - bescheiden waren, wurde er im Jahre 1902 Admiral.

³⁸ Georg Franz, Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburgermonarchie S.99 (= Verlag G. D. W. Callwey München 1943)

³⁹ Max Polatschek, Franz Ferdinand-Europas verlorene Hoffnung S. 57 f

⁴⁰ Ebd. S. 68 f f

Sowohl Wilhelm II. wie auch Franz Ferdinand blieben zeitlebens Dilettanten zur See. Für seine Zukunft betrachtete der Thronfolger aber die Armee als Schalthebel der Macht.⁴¹

Wegen der Schwierigkeiten mit den Ungarn bei den alle zehn Jahre stattfindenden Ausgleichsverhandlungen wurde in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg über Reformpläne spekuliert. Von Franz Ferdinand wurde die Schaffung eines südslawischen Reichsteils mit kroatischer Dominanz als dritte Kraft überlegt.⁴²

Der Leiter der Militärkanzlei Franz Ferdinands, Major Alexander Brosch von Aarenau, gewann eine Anzahl österreichischer Politiker, Gelehrter, Publizisten und Nationalitätenvertreter für die Erstellung von Konzepten und Gesetzesentwürfen, die die Leitlinien für eine Regierungsübernahme nach dem Ableben des Kaisers darstellen sollten.

Der Mord am Thronfolger und dessen Gattin durch Revolverschüsse des jugendlichen bosnischen Attentäters serbischer Nationalität, Gavrilo Princip, am 28. Juni 1914 in Sarajewo beendete zunächst jeden Versuch einer Verfassungsreform.⁴³

1.2 Die handelspolitische Entwicklung

In der Ausgestaltung der Handelspolitik traten nach der Wirtschaftskrise des Jahres 1873 die größten Differenzen zwischen den führenden Politikern und ihren Wirtschaftsfachleuten der beiden Reichshälften auf. Während Handelsminister Johann v. Chlumetzky sowie Handel und Gewerbe von cisleithanischer Seite die Handelsbeziehungen zu Südosteuropa und zur Levante forcierten und eine wirtschaftliche Einbindung des Westbalkans mittels Zollunion anstrebten, trat die transleithanische Seite nur für den Abschluss von Handelsverträgen mit diesen Staaten ein. In der Folge bildete

⁴¹ Max Polatschek, Franz Ferdinand -Europas verlorene Hoffnung S. 87 f

⁴² Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882 - 1918 S. 305 (=Wien 1993)

⁴³ Peter Broucek, Reformpläne aus dem Beraterkreis Erzherzog Franz Ferdinands und Kaiser Karls. In: R. G. Plaschka, Anna M. Drabek, Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jhs. S. 112 ff (=Österr. Akademie der Wissenschaften Wien 1995)

sich zwischen der Habsburgermonarchie und den Staaten Südosteuropas eine Zone bilateraler Handelsbeziehungen.⁴⁴

1.3 Die außenpolitische Entwicklung

1.3.1 Graf Julius Andrassy

Unter Graf Julius Andrassy, der nach Graf Beust das k.u.k. Ministerium des Äußern leitete, nahm die österreichische Außenpolitik eine Wendung zur Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich. Anlässlich der Weltausstellung 1873 trafen sich die Kaiser Russlands, Deutschlands und Österreichs sowie der König von Italien. Dem zunehmenden Einfluss Russlands auf dem Balkan stellte Andrassy eine verstärkte und auch erfolgreiche Zusammenarbeit mit Bismarck entgegen. Versuche der Franzosen und Engländer, die deutsch-österreichische Annäherungspolitik zu stören, scheiterten bei Andrassy.

Das Dreikaiserverhältnis von 1872/73, das von Graf Julius Andrassy eingeleitet wurde, war der Bund zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Rußland zur Verteidigung der Monarchie gegen republikanische Tendenzen.⁴⁵

Unter Andrassy kam es auch zwischen der Außen- und Militärpolitik Österreich-Ungarns zu einer Veränderung. Die negativen Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte erforderten es, in Zukunft die Außenpolitik mit der Militärpolitik besser abzustimmen. Um die Außenpolitik erfolgreich gestalten zu können, musste die Diplomatie über das militärische Potential genau informiert sein. Andererseits musste das Armeeoberkommando zwecks Vorbereitung eventueller militärischer Eingriffe über die außenpolitischen Zielsetzungen Bescheid wissen. Die „Militärpolitischen Geheimkonferenzen“ im Rahmen der Militärkanzlei des Kaisers wurden aufgrund dieser Überlegungen immer stärker zum Entscheidungsträger der Politik. Weder vom cisleithanischen Reichsrat noch vom transleithanischen Reichstag bzw. den beiden Regierungen in Wien und Budapest sollte die Außen- und Wehrpolitik

⁴⁴ Horst Haselsteiner, Bosnien-Herzegowina. Orientkrise Südslawische Frage S. 14 (=Böhlau Wien 1996)

⁴⁵ Erich Zöllner Geschichte Österreichs S. 420

festgelegt werden, sondern vom Monarchen selbst und seinen engsten zivilen und militärischen Beratern.

Die Wechselwirkung zwischen Außen- und Militärpolitik betraf auch die Haltung der Donaumonarchie in der Orientalischen Frage.⁴⁶

1.3.2 Die Orientalische Frage

Die Orientalische Frage lag im Spannungsfeld zwischen den aufstrebenden Nationalbewegungen auf dem Balkan und dem Interessensgegensatz zwischen England und Russland. Diese beiden Mächte bestimmten die Gesamtkonstellation der Großmächte gegenüber dem Osmanischen Reich.

Russland wollte mit Unterstützung der Nationalbewegungen auf dem Balkan das Osmanische Reich zerschlagen und sich die Kontrolle über die Meerengen sichern, wobei es sich von England blockiert sah.

England wollte den Seeweg über das Mittelmeer, den Suezkanal und das Rote Meer sichern, da es einen Einbruch Russlands aus dem Schwarzen Meer durch die Dardanellen ins Mittelmeer befürchtete. Deswegen wollte England das Osmanische Reich gegen das expandierende Russland im Gleichgewicht halten.⁴⁷

Das Deutsche Reich wollte vor allem verhindern, dass durch Zerschlagung des Osmanischen Reiches ein entstehendes Machtvakuum durch Russland ausgefüllt werden könnte.

Österreich-Ungarn hatte davor Angst, ein entstehendes Machtvakuum auf dem Balkan könnte durch eine südslawische Großmacht ausgefüllt werden, wodurch es sich seiner Südslawen im Inneren nicht mehr sicher sein konnte.⁴⁸

In der Südosteuropapolitik der Donaumonarchie spielte das Zarenreich eine eminente Rolle. In Wien wurde schon 1710 die Befürchtung laut, die russische Armee könnte mit einem Schlag das Osmanische Heer vernichten, wodurch dem Zarenreich der Weg nach Istanbul, an die Donau und auf den Balkan offen gestanden wäre. Die Donaumonarchie hätte dann auf dem Balkan einen noch stärkeren Gegner als das Osmanische Reich gehabt. Aus diesem Grunde betrieb Österreich am Balkan eine Status quo-Politik, um das Osmanische Reich zu stabilisieren und dessen Integrität zu erhalten. Auch Julius Graf Andrassy

⁴⁶ Horst Haselsteiner, Bosnien-Herzegowina. Orientkrise Südslawische Frage S. 10 (=Böhlau Wien 1996)

⁴⁷ Imanuel Geiss (Hrsg.), Der Berliner Kongress 1878. Protokolle und Materialien. Schriften des Bundesarchivs 27 S. XII f (= Harald Boldt Verlag Boppard/Rhein 1978)

⁴⁸ Ebd. S. XV f

bemühte sich als k.u.k. Minister des Äußern in den Jahren 1875-76 um dessen Konsolidierung. Mit den Ereignissen von 1876-78 auf dem Balkan wurde aber die Basis der Status-quo-Politik immer schwächer und die Bereitschaft zur Okkupation der Provinzen Bosnien und Herzegowina immer größer.⁴⁹

Der Aufstand in der Herzegowina, der 1875 auf Bosnien übergriff, führte 1876 zum Krieg Montenegros und Serbiens gegen die Türkei und 1877/78 zum Russisch-Türkischen Krieg. Im Jänner 1878 brach das Osmanische Reich zusammen. Der Vorfriede von San Stefano, zu dem die Türkei nach neuerlicher Kriegsandrohung Russlands am 3. März 1878 gezwungen wurde und der einen Bruch des Pariser Vertrages von 1856 bedeutete, hätte Russland die Vorherrschaft auf dem Balkan gesichert. Die darauf folgende Kriegsdrohung Englands und Österreich-Ungarns erzwang den Berliner Kongress.⁵⁰

1.3.3 Der Berliner Kongress.

Am Berliner Kongress sollte die Friedenslösung von San Stefano revidiert und der dominante russische Einfluss in Südosteuropa zurückgedrängt werden. Die in San Stefano festgelegte Lösung der Balkanfrage entsprach den russischen Interessen. Graf Andrassy wollte von Rußland wegen dessen eigenmächtigen Vorgehens in diesem Frieden Rechenschaft. Dabei hatte er die Unterstützung der Delegationen Englands und Deutschlands. Der Kongress dauerte vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 und war das Werk Andrassys. Die Leitung übernahm Fürst Bismarck.

Das Anliegen der Donaumonarchie am Kongress waren die Provinzen Bosnien und Herzegowina. Lord Salisbury, Fürst Bismarck, Frankreich, Italien und wenn auch ungen, Russland, erklärten sich mit der Okkupation der beiden Provinzen durch Österreich-Ungarn einverstanden. Den Einwand der Pforte, die osmanische Regierung wäre stark genug die Ordnung in diesen Gebieten aus eigener Kraft herzustellen, ließen die Vertreter Englands und Deutschlands nicht gelten.

Fürst Bismarck nahm zu diesem Kongressmandat wie folgt Stellung: „Nur ein mächtiger Staat, der über die notwendigen Kräfte in Reichweite des

⁴⁹ Horst Haselsteiner, Bosnien-Hercegovina. Orientkrise und Südslawische Frage S. 11 f (=Böhlau Wien 1996)

⁵⁰ Imanuel Geiss (Hrsg.), Der Berliner Kongress 1878 S. XV f

Unruheherdes verfügt, kann hier die Ordnung wiederherstellen sowie das Los und die Zukunft dieser Bevölkerung sichern“.⁵¹

Russland musste seine Ansprüche auf das bisher rumänische Süd-Bessarabien reduzieren. Die Dobrudscha ging an Rumänien, Podgoritza an Montenegro, das ebenso wie Serbien zum selbstständigen, von der Türkei unabhängigen Staat aufstieg.

Kurz vor Vertragsunterzeichnung am 13. Juli 1878 musste jedoch Andrassy die Forderung der Türken akzeptieren, dass die Okkupation nur eine provisorische sei und die Souveränitätsrechte des Sultans über beide Provinzen unangetastet bleiben sollten.⁵²

1.3.4 Der Zweibund.

Ein Jahr nach Abschluss des Berliner Kongresses entschied sich Deutschland für das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Die bündnislose Periode der beiden Großmächte war damit beendet.⁵³

Am 7.10.1879 kam es zum Abschluss des Zweibundes. Bismarck und Andrassy einigten sich auf folgende Formulierung: im Falle eines russischen Angriffs ist gegenseitige Hilfestellung zu leisten; für den Fall eines Angriffs einer dritten Macht verpflichteten sich beide Bündnispartner zu wohlwollender Neutralität, die aber zu aktiver Hilfe werden würde, wenn der Angreifer Russlands Unterstützung gewinnen würde. Bei einem eventuellen Angriff Frankreichs auf Deutschland bestünde für die Donaumonarchie keine Beistandsverpflichtung gegenüber dem Deutschen Reich.

Trotz aller vorhergegangenen Differenzen im Verhältnis der Bündnispartner - der Deutsche Krieg 1866 und die Auflösung des Deutschen Bundes - hatte der habsburgische Vielvölkerstaat sein deutsches Gepräge erhalten. Der Zweibund, der trotz Dissonanzen von den leitenden Kreisen Österreich-Ungarns nie

⁵¹ Horst Haselsteiner, Bosnien-Hercegovina. Orientkrise und Südslawische Frage S. 74 f (=Böhlau Wien 1996)

⁵² Erich Zöllner Geschichte Österreichs S. 421

⁵³ Imanuel Geiss (Hrsg.), Der Berliner Kongress 1878 S. XXVI

ernstlich in Frage gestellt wurde, erfüllte seine eigentliche Aufgabe, nämlich die Habsburgermonarchie vor Russland zu schützen.⁵⁴

1.3.5 Der Dreibund.

Am 20. Mai 1882 schloss sich Italien dem Deutsch-Österreichischen Zweibund an. Die Initiative dazu kam von Italien.

In den Jahren vor dem Berliner Kongress konnte Bismarck wegen gegensätzlicher Auffassungen der Großmächte Deutschland, Österreich-Ungarn, Russland und Italien keine monarchische Allianz gegen das republikanische Frankreich schmieden. Italien war auch noch nicht bereit, sich in eine antifranzösische Gruppierung einzugliedern. Erst nach dem Berliner Kongress, als Italiens Kompensationswünsche wegen der Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn keine Beachtung fanden, bot sich in den folgenden Jahren Deutschland als Verbündeter an. Bismarck verwies jedoch die italienischen Unterhändler nach Wien und seit Dezember 1880 nahmen die Versuche zur Schaffung eines Dreibundes zum ersten Mal konkrete Formen an. Italien suchte das Bündnis als Schutz gegen Frankreich und zur Sicherung seines Besitzstandes. Im Mai 1881 wurde im Vertrag von Bardo die Besitzergreifung von Tunis durch Frankreich dokumentiert, obwohl Italien auf diesen Teil Nordafrikas selbst Hoffnung gehabt hatte. Dadurch manifestierte sich die Gegnerschaft zu Frankreich. Deutschland erhoffte sich durch Italien eine Verstärkung der Front gegen Frankreich. Österreich-Ungarn wollte Italiens Neutralität im Falle eines Krieges gegen Russland und war an den französischen Problemen seiner Dreibundpartner wenig interessiert.⁵⁵

Für Österreich-Ungarn bedeutete die Bildung des Dreibundes die Fortführung einer Politik, die drei Jahre zuvor mit dem Abschluss des Zweibundes, am 7. Oktober 1879, mit Deutschland begonnen hatte. Damals hatte Österreich-Ungarn endgültig auf seine Vormachtstellung im deutschen Raum verzichtet und die durch Preußen im Kampf erzwungene deutsche Einigung anerkannt. Das neue Bündnis bedeutete auch die Resignation der Habsburgermonarchie in seiner italienischen Stellung und die Anerkennung des durch die savoyische Dynastie in den Kriegen gegen Österreich vollbrachten Werkes. Damit zog sich

⁵⁴ Isabel F. Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes. Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897-1908 S. 466 f (= Böhlau Verlag Wien 1996)

⁵⁵ Fritz Fellner, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem ersten Weltkrieg S. 12 f (=Verlag für Geschichte und Politik Wien 1960)

Österreich-Ungarn aus dem italienischen und deutschen Bereich zurück, wo es im System Metternich die Führung inne gehabt hatte.⁵⁶

Der von den Botschaftern Italiens, des Deutschen Reiches und dem k.u.k. Minister des Äußern Kálnoky am 20. Mai 1882 in Wien unterzeichnete Dreibundvertrag vermied sorgfältig, die zwischen der Donaumonarchie und Italien bestehenden Konfliktstoffe zu berühren. Weder auf das Problem der Irredenta noch auf die italienischen Bedenken hinsichtlich der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik wurde im Vertragstext Bezug genommen. Auf den Schutz des monarchischen Prinzips und der bestehenden politischen Ordnung sowie auf die Feststellung des „eindeutig konservativen und defensiven“ Charakter des Vertrages wurde jedoch besonderer Wert gelegt.

Italien ließ noch mit der sogenannten „Mancini-Deklaration“ im Vertrag festschreiben, dass das Bündnis keine offensive Tendenz gegenüber England enthalte.⁵⁷

Mit dem Dreibund war es Bismarck gelungen, ein weitverzweigtes antifranzösisches Vertragsnetz aufzurichten. In einer Militärkonvention von 1888 waren auch erstmals konkrete Vereinbarungen über die Zusammenarbeit italienischer und deutscher Truppen im Falle eines Krieges mit Frankreich getroffen worden.⁵⁸

Deutschland sah sich als Sieger im deutsch-französischen Krieg 1870/71 nationalistischen französischen Rachegefühlen gegenüber. Als es 1886/87 Anzeichen einer russisch-französischen Annäherung gab, tat Bismarck alles, um Italien im Bündnis zu halten. Österreichs Minister des Äußern Graf Kálnoky konnte sich mit der Rücksichtslosigkeit Bismarcks und dem diplomatischen Geschick Robilants nicht messen. Er hielt zwar die Habsburgermonarchie aus den italienischen Kolonialplänen heraus, gestand aber gleichzeitig Italien Einfluss auf die Balkanangelegenheiten zu.

Die Schwäche des Dreibundes lag nicht allein im Interessenskonflikt mit Italien, sondern auch in den verschiedenen politischen Zielsetzungen Deutschlands und Österreich-Ungarns. Sofern es nicht dem antifranzösischen Konzept Bismarcks widerlief, hätte Deutschland alle Wünsche Italiens erfüllt. Österreichs Balkaninteressen waren für Bismarck unangenehm, da Russland ruhig gestellt werden sollte, um nicht mit Frankreich in Allianz zu gehen. Kálnoky war dagegen ängstlich bemüht, keine Verpflichtungen einzugehen, die

⁵⁶ Fritz Fellner, Der Dreibund S. 9

⁵⁷ Ebd. S. 15 f

⁵⁸ Ebd. S. 36

Österreich-Ungarn in einen westeuropäischen Konflikt einbeziehen konnten, wodurch seine Front gegen Russland geschwächt gewesen wäre.⁵⁹

Der Zwei- und der Dreibund wurden 1883, 1887 und 1891 erneuert. In der Form vom 6. Mai 1891 blieb das Bündnis bis zur Kündigung im Jahre 1915 unverändert.⁶⁰

1.3.6 Österreichs Balkanpolitik.

Nach dem Friedensschluss von Karlowitz 1699 zwischen der Pforte und der Habsburgermonarchie wich in Österreich die Angst vor dem Osmanischen Reich. Die Bereitschaft zur Ausbreitung in Richtung Südosteuropa blieb auch nach 1739, wo die im Frieden von Passarowitz erworbenen Gebiete wieder an die Hohe Pforte zurückgingen, vorhanden und hielt sich bis zur Regierungszeit Franz Josefs. Österreich wandte sich nach dem verlorenen Deutschen Krieg, als es aus Deutschland und Italien verdrängt wurde, den Balkanstaaten zu. Dabei stieß es auf den russischen Panlawismus.

Andrássy erreichte am Berliner Kongress, dass die Donaumonarchie zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina von den Mächten bevollmächtigt wurde. England, Deutschland, Frankreich, Italien und auch Russland erklärten sich mit der Okkupation beider Provinzen durch Österreich-Ungarn einverstanden. Allerdings erwies sich die militärische Besetzung der beiden Provinzen im Spätsommer 1878 durch die k.u.k. Armee als schwierig. Erst im Oktober, nach heftigstem bewaffnetem Widerstand der Bevölkerung, konnte die Okkupation abgeschlossen werden.⁶¹

Nach einem Abkommen mit der Hohen Pforte 1879 kam auch der Sandschak Novi Pazar an Österreich. Dadurch war Serbien von Montenegro getrennt. Die Verwaltung blieb auch im Sandschak in der Hand der Pforte. Durch die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina sah sich der Kaiser erstmals als „Mehrer“ des Reiches.⁶²

⁵⁹ Fritz Fellner, Der Dreibund S. 23 f

⁶⁰ Ebd. S. 40

⁶¹ Horst Haselsteiner, Bosnien-Herzegowina. Orientkrise und Südslawische Frage S. 75

⁶² Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 421 f

Durch die jungtürkische Offiziersverschwörung im Sommer 1908 sah sich Aehrenthal veranlasst, die verfassungsrechtliche Stellung von Bosnien und der Herzegowina zu ändern und wandelte die Okkupation in eine Annexion um. Die Pläne der Jungtürken, die nach dem Sturz des Sultans Neuwahlen ausschrieben, auch für die noch formell unter der Oberhoheit des Sultans stehenden beiden Provinzen, konnte Österreich-Ungarn in diesen Gebieten nicht zulassen.⁶³

Franz Ferdinand, der zur Zeit der Annexion in der Schweiz weilte, mahnte den zum Krieg drängenden Conrad v. Hötzendorf zur Mäßigung. Auch Flügeladjutant Brosch wäre für eine gewaltsame Lösung eingetreten, konnte aber den Thronfolger nicht umstimmen.⁶⁴

Auf die Annexion reagierte England unfreundlich und in Russland und Serbien gab es Kriegsalarm. Am Höhepunkt der Krise, im März 1909, erfolgte eine Kriegsandrohung Österreich-Ungarns an Serbien und gleichzeitig erging von Deutschland eine Warnung an das Zarenreich, Serbien nicht weiter zu unterstützen. Daraufhin lenkte das vom Japankrieg geschwächte Russland ein und Serbien anerkannte am 31. März 1909 die Annexion durch die Donaumonarchie.⁶⁵

Im September 1911 begann Italien einen Krieg gegen die Türkei, um Tripolis und die Cyrenaika zu erobern. Dieser Krieg wurde von den Balkan-Kleinstaaten für ihre Expansionspolitik genützt. Russland gelang es 1912, Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland in einem Bündnis gegen die Türkei zu einen. Österreich-Ungarns Minister des Äußern, Graf Leopold Berchtold, versuchte vergeblich die Großmächte zu einer Friedensintervention zu bewegen. Montenegro begann 1912 den 1. Balkankrieg, die anderen Balkanbundstaaten schlossen sich an.

Die Türken wurden im Verlauf an allen Fronten geschlagen. Beim Londoner Präliminarfrieden der Großmächte vom 30.5.1913 verlor die Türkei die ägäischen Inseln. Russland und Frankreich versuchten einen Territorialgewinn der Donaumonarchie zu verhindern. Berchtold ging es jedoch hauptsächlich um die Bildung eines albanischen Nationalstaates, um einerseits den Serben den Weg zur Adria zu versperren und andererseits ein Festsetzen Italiens an seiner Gegenküste zu verhindern. Nach Ausrufung der Unabhängigkeit Albanien stellte Serbien an Bulgarien Ersatzansprüche.

⁶³ Erika Bestenreiner, Franz Ferdinand und Sophie von Hohenberg S. 172 ff (= Piper Verlag München 2004)

⁶⁴ J.C. Allmayer-Beck, Erzherzog Franz Ferdinand S.186 (= ungedruckte Diss. Wien 1948)

⁶⁵ Robert Kann, Das Nationalitätenproblem der Habsburger-Monarchie S. 114 (=Böhlau Nachf. Graz 1964)

Als Bulgarien, von der Türkei und Rumänien unterstützt, im Sommer 1913 gegen Serbien und Griechenland losschlug, kam es zum 2. Balkankrieg. Dabei verlor Bulgarien nach seiner Niederlage am 10.8.1913 im Frieden von Bukarest den Großteil der Gewinne aus dem 1. Balkankrieg und zusätzlich die Süddobrudscha mit Silistra an Rumänien.

Die Intervention Berchtolds zugunsten Bulgariens war nicht nur vergebens, sondern verstimmte auch Rumänien.⁶⁶

Dazu schrieb Josef Redlich am 3. Juli 1913, dass die äußere Politik höchst bedrohlich wäre. In Rumänien sei bereits die Mobilisierungsorder ergangen. Er fürchte, dass Österreich durch die „Unfähigkeit Berchtolds“ und durch die „Unentschlossenheit des Kaisers“ doch noch in den Balkankrieg hineingezogen werde.⁶⁷

Durch die Balkankriege kam es zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses am Balkan. Das von Russland unterstützte Serbien wurde zur stärksten Balkanmacht.⁶⁸

Generalstabschef Conrad trat 1908 und auch 1912-13 für einen Krieg gegen Serbien ein, aber Franz Ferdinand tat alles, um dies zu verhindern. Er war auch ein Gegner der Annexion von Bosnien und der Herzegowina, da seine Politik gegenüber Serbien von der Rücksicht auf Russland diktiert wurde. Als er sie nicht verhindern konnte, setzte er sich für eine friedliche Lösung ein. Franz Ferdinand war Anfang 1913 auch davon überzeugt, dass es keinesfalls gegen Serbien Krieg geben dürfe. Zudem wurde er im Oktober 1912 von Kaiser Wilhelm II. zum Frieden ermahnt. Dessen Worte waren: „vor allem keine Dummheiten machen“.⁶⁹

2. Die Korrespondenz mit der Militärkanzlei Franz Ferdinands (Leopold Chlumecky als Journalist des Thronfolgers)

⁶⁶ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S.440 f

⁶⁷ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 203

⁶⁸ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S.441

⁶⁹ Georg Franz, Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburgermonarchie S. 112 (= Verlag G. D. W. Callwey München 1943)

Über die erste Begegnung Leopold Chlumeckys mit Franz Ferdinand gibt es keinen genauen Nachweis.⁷⁰ Auch über direkte Kontakte Chlumeckys mit dem Thronfolger gibt es im Nachlass keinen Hinweis. Die vorhandene Korrespondenz zwischen der Militärkanzlei im unteren Belvedere und Leopold v. Chlumecky erfolgte ausschließlich über die Vorstände der Kanzlei, Alexander Brosch v. Aarenau und Dr. Carl Bardolff.

2.1 Die „rumänische Reise“ des Thronfolgers.

Franz Ferdinands Reformpläne waren durch wechselseitige außen- und innenpolitische Verhältnisse Schwankungen unterworfen. Ziel war jedoch immer die Brechung der magyarischen Vorherrschaft in Transleithanien und eine Stärkung der Zentralgewalt. Die außenpolitische Haltung des Thronfolgers blieb von Beginn an unverändert.⁷¹

Da die rumänische Frage in den Reformplänen des Thronfolgers, gleichbedeutend der südslawischen, eine große große Rolle spielte, setzte er sich für sie mit Vorliebe ein. Den Führern der ungarländischen Rumänen kam in der Militärkanzlei Franz Ferdinands eine bedeutende Rolle zu, da hier die Frage der inneren Reform in die Außenpolitik übergriff.⁷²

Dem rumänischen König, dem Hohenzollern Carol, brachte er persönliche Zuneigung entgegen. Das Gelingen der Reformpläne des Thronfolgers war mit dem Verhältnis zu Rumänien verbunden. Franz Ferdinand verurteilte die wirtschaftliche Abschließung der Monarchie gegen den Südosten. Den Einfluss des ungarischen Großgrundbesitzes machte er für die Zollkriege gegen Rumänien und Serbien verantwortlich. Der Thronfolger, der seine innenpolitischen Pläne nach der Balkanfrage, der Lebensfrage der Monarchie, gestaltete, hielt die ungarische Adelherrschaft für das größte Hindernis für ein gutes Verhältnis der Monarchie zu den benachbarten Balkanstaaten. Die Balkanfrage war die außenpolitische Seite der innenpolitischen Krise und wurde durch Russlands Balkaninteressen zur Weltkrise.⁷³

⁷⁰ Ingeborg Engerth, Leopold Chlumecky S. 11

⁷¹ Georg Franz, Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburgermonarchie S.67

⁷² Ebd. S. 47

⁷³ Georg Franz, Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburgermonarchie S. 109

Im Jahre 1909 war der Thronfolger mit seiner Gattin, Sophie Chotek Herzogin v. Hohenberg, zu Gast am rumänischen Hof. Im Brief von Oberstleutnant Brosch v. Aarenau an Leopold Chlumecky vom 15. Juli 1909 wurde von der Herzlichkeit gesprochen, mit der Fürst und Fürstin aufgenommen wurden. Bei der „Entrevue in Sinaia“ wurden sie mit Auszeichnungen überschüttet. Überall wurden sie mit Jubel und der auf deutsch gesungenen Volkshymne begrüßt. Brosch schrieb auch darüber, dass Ministerpräsident Bratianu nach der Audienz bei Franz Ferdinand sich als Verfechter dessen Interessen zeigte. Erwähnt wurde im Brief auch, dass die Reise Franz Ferdinands zum rumänischen König Ungarn sehr verstimmt, worüber sich der Thronfolger freute. Die Bedeutung eines Zusammengehens mit Rumänien für die Balkanpolitik, für das Verhältnis zu Russland und für die innere Politik in Ungarn ließ Brosch ebenfalls nicht unerwähnt.

Der von Leopold Chlumecky verfasste politische Bericht über die „Entrevue in Sinaia“ in der Österreichischen Rundschau wurde von der Militärkanzlei wohlwollend begrüßt. Brosch wurde vom Thronfolger beauftragt, Chlumecky dafür herzlichst zu danken.⁷⁴ Dieser schrieb in der „Politischen Übersicht“ vom August 1909 ganz im Sinne des Thronfolgers über den jubelnden Empfang und die Huldigung breiter Volksschichten Rumäniens, die dem Thronfolger und seiner Gattin zuteil wurden. Gewürdigt wurde im Artikel die positive Entwicklung der rumänischen Wehrkraft, die auch durch die Überreichung des Marschallstabes an König Carol durch Kaiser Wilhelm anerkannt wurde.

Weiters schrieb Chlumecky: „Da es Russland versteht, sich Serbien, Montenegro und Bulgarien zu verpflichten, wird die Freundschaft Rumäniens und König Carols hoch bewertet, da es für die Monarchie einen festen Stützpunkt am Balkan bedeutet. Die drei Millionen in der Monarchie lebenden Rumänen sind durch Kirche, Kultur, Kunst und Sitten fest mit ihrem Königreich verbunden. Sie sind jedoch in ihren Wechselbeziehungen heute davon weit entfernt, eine irredentistische Bewegung zu bilden, obwohl die Beziehungen der Magyaren zu den Rumänen Ungarns keineswegs freundschaftlich verlaufen“. Zur Bekräftigung dieser Behauptung führte er die Verfolgung von Publizisten rumänischer Nationalität an.

„Die Reise des Thronfolgers wollten gewisse magyarische Kreise ins falsche Licht setzen. Der „Pester Lloyd“ sprach von einer Komödie mit schwarz-gelb geschmückten Siebenbürger Rumänen, die unausgesetzt „Hoch Österreich und Hoch Habsburg“ zu schreien hatten. Die patriotische Haltung Rumäniens ist den Magyaren ein Dorn im Auge und es ist zu hoffen, der Besuch des Thronfolgers bei König Carol gibt den Anstoß, dass die Unterdrückung der in Ungarn lebenden Rumänen einer gerechteren Behandlung Platz macht“.⁷⁵

⁷⁴ Nachlass Chlumecky, Q1 1.02, 1.03, 1.04 Briefe vom 15.7 u. 24.8.1909 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

⁷⁵ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau August 1909 Bd. 15 S. 129 ff)

In diesem Artikel der „Österreichischen Rundschau“ über die „Entrevue in Sinaia“ fanden Franz Ferdinands Reformpläne, in denen Rumänien eine besondere Bedeutung zukam und die die Brechung der magyarischen Vorherrschaft in Transleithanien sowie die Stärkung der Zentralgewalt zum Ziele hatten, durch Leopold Chlumecky volle Unterstützung.

Der Erfolg des Thronfolgerpaares in Rumänien rief auch Neider auf den Plan. In Wien kursierte die Nachricht, dass die vom englischen und russischen Herrscherhause direkt abstammende rumänische Königin in ostentativer Weise der Gattin Franz Ferdinands zu verstehen gab, welch gewaltiger Unterschied zwischen der morganatischen und der ebenbürtigen Gemahlin eines Thronfolgers bestehe.⁷⁶

Josef Redlich führte am 28.10.1909 ein Gespräch mit Aehrenthal u. a. über die Magyarisierung der ungarischen Armee. Der Minister meinte dazu, dass dagegen nur von den Nationalitäten in Ungarn Widerspruch zu erwarten sei. Die Österreicher könnten aber nicht mit diesen, sondern nur mit den Magyaren rechnen. Dann meinte er wörtlich: „Wenn jemand mir damit kommt, dass er Groß-Österreich mit Hilfe der Rumänen will, da kann ich nur lächeln“. Als Minister des Äußern gingen ihn jedenfalls die Nationalitäten nichts an, einzig die Kroaten, die eine besondere staatsrechtliche Stellung hätten.⁷⁷

Doch das Verhältnis zu Rumänien verschlechterte sich in den folgenden Jahren. Franz Ferdinand versuchte, immer zugunsten Rumäniens zu plädieren. König Carol versicherte ihn seiner persönlichen Bundestreue, doch als König müsse er den politischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Rumänien war über die Haltung der Donaumonarchie in den Balkankriegen tief enttäuscht, da das Versprechen, den Status quo aufrecht zu erhalten, nicht erfüllt werden konnte. Franz Ferdinand empörte sich auch über die seiner Meinung nach verfehlte Politik des Ballhausplatzes.

Am Widerstand Tizzas scheiterte der Plan vom März 1914 des früheren rumänischen Ministers Filipescu, Rumänien mit Siebenbürgen zu einem Großrumänien zu vereinigen. Dieses Gebilde sollte dann im Verhältnis zur Monarchie treten wie Bayern zum Deutschen Reich. Die Nationalisierungspolitik der Magyaren schuf bei den drei Millionen

⁷⁶ Beate Hammond, Habsburgs größte Liebesgeschichte S. 156

⁷⁷ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I, S. 28

ungarländischen Rumänen eine Irredenta, die Rumänien daran hinderte, die Absicht des Thronfolgers, eine trialistische Allianz, zu verwirklichen.⁷⁸

Für Peter Broucek steht nicht fest, ob die Pläne des Thronfolgers bezüglich Rumänien ernst zu nehmen waren oder über das Stadium der Spekulation nicht hinausgingen.⁷⁹

2.2 Die Verminderung der Lloyd-Schiffahrt in der Levante.

Nach einer Beschwerde der Honorarkonsuln in Mersina und Alexandretta über den schwindenden Einfluss der Monarchie im östlichen Mittelmeer ließ der Thronfolger mittels Brief der Militärkanzlei vom 6.11.1909 Chlumecky bitten, sich für die volle Wiederaufnahme der Lloydverbindungen in der Levante einzusetzen.

Die früher von Lloyd Austriaco befahrene Linie Triest - Alexandrien - Port Said - Jaffa - Haifa - Beirut - Cypern - Tripoli - Alexandretta - Mersina - Rhodos - Smyrna - Konstantinopel wurde auf die Linie Triest - Mersina von Lloyd abgekürzt. Rhodos wurde von Lloyd aufgegeben.

Nach Meinung der Konsuln war Ende des 19. Jahrhunderts in der Levante der Einfluss Österreichs so groß, dass sich selbst die Türken den österreichischen Konsulatsbeschlüssen fügten. Die Verminderung der Lloyd-Aktivitäten wurde schnellstens durch russische, englische, türkische und rumänische Schiffslinien genützt.⁸⁰

Lloyd rechtfertigte seinerseits die Verminderung seines Schiffsverkehrs mit geringer Rentabilität der Linie Mersina - Rhodos - Smyrna - Konstantinopel. Weiters meinte Lloyd, die Aufgabe dieses Linienteils bewirke keinen Prestigeverlust Österreichs in der Türkei. Im Übrigen wäre es mit der Konsularherrlichkeit vorbei, da sich die Türken emanzipierten. Lloyd würde die Syrienlinie inaugrieren, wenn die österreichische Regierung Unterstützung gewähre.⁸¹

⁷⁸ Georg Franz, Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburgermonarchie S. 110

⁷⁹ Peter Broucek, Reformpläne aus dem Beraterkreis Erzherzog Franz Ferdinands und Kaiser Karls S. 114

⁸⁰ Nachlass Chlumecky, Q1 1.05 Brief vom 6.11.1909 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

⁸¹ Nachlass Chlumecky, Q1 1.06 Brief vom 14.11.1909 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

Leopold v. Chlumecky war mit den Problemen der österreichischen Seefahrt vertraut, da er sich durch seine zahlreichen Seereisen im Mittelmeer selbst davon überzeugen konnte. Mit seiner Studie „Die österreichische Handelsmarine und ihre Ansprüche auf staatliche Unterstützung“ trat er literarisch 1902 erstmals in die Öffentlichkeit. Darin lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der österreichischen Handelsmarine, der zu dieser Zeit von den maßgebenden Kreisen Wiens kein besonderes Verständnis entgegengebracht wurde. Er listete in dieser Studie tabellarisch die Beträge auf, die von den Mächten in den Schiffsbau investiert wurden und verglich sie mit der Zunahme ihres Seehandels.

Die Handelsmarine galt als eine Verlängerung der Schienenwege des Kontinents. Über drei Viertel des gesamten Welthandels nahm seinen Weg über die See und dementsprechend wichtig war ihre Rolle im Wirtschaftsleben aller größerer Staaten. Mit der Studie wollte Chlumecky zeigen, dass eine tatkräftig unterstützte Handelsmarine nicht nur Vorteile für Industrie und Handel bringt, sondern im weitesten Sinne auch für die Kriegsmarine. Die Handelsmarine betrachtete er nämlich als „Pflanzschule“ für die Kriegsmarine. Auch Frankreich vertrat den Standpunkt, dass ohne eine potente Handelsmarine ein Aufbau der Kriegsflotte nicht möglich sei. Dabei bezieht er sich auf die Tauglichkeit der Matrosen: „Leute, die von Jugend auf das Schiffsdeck unter ihren Füßen hatten, werden viel bessere Matrosen für die Kriegsmarine abgeben als jene, die allein beim ungewohnten Anblick des stürmischen Meeres allen Mut verlieren“. Chlumecky überreichte noch im selben Jahr seine Studie dem Thronfolger zur Einsicht, der sich seinerseits dafür mittels Brief vom 1.3.1902 „wärmstens“ bedanken ließ.⁸²

Schon 1906 schrieb die „Österreichische Rundschau“, dass Lloyd zu wenig zukunftsorientiert agiere. Als einer der Direktoren im Verwaltungsrat des Österreichischen Lloyd bedauerte Chlumecky dessen geringe kaufmännische Ambitionen. Lloyd besaß in den kaufmännischen Kreisen der Monarchie dadurch wenig Ansehen. Durch souveräne Nichtbeachtung aller aus kaufmännischen Kreisen stammenden Wünsche und Beschwerden hatte Lloyd deren Unwillen anwachsen lassen.⁸³

Die Flottenverstärkungen Italiens, Russlands und der Türkei verfolgte Chlumecky mit Interesse, da er selbst die Stärkung der eigenen Kriegsflotte für eine starke Orientpolitik der Monarchie für erforderlich hielt.⁸⁴

⁸² Leopold Chlumecky, Die Österreichische Handelsmarine u. ihre Ansprüche auf staatl. Unterstützung. Eine Studie S. 16 f (=Wien 1902)

⁸³ Josef Grunzel, Aufgaben der österreichischen Wirtschaftspolitik (=Österr. Rundschau Bd. 7 1906 S. 316)

⁸⁴ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau Juli 1912 Bd. 32 S. 65 und Sept. 1910 Bd. 24 S. 141)

Ein gewichtiger Förderer von Chlumeckys diesbezüglicher Interessen war Erzherzog Franz Ferdinand, der so wie Chlumecky dem gewaltigen Schiffsbau Deutschlands und dem Interesse des deutschen Kaisers für die Marine Achtung schenkte.⁸⁵

Den Bericht über die Levantereise, die Chlumecky wegen der Verminderung des Lloyd-Schiffsverkehrs im Frühling 1910 unternahm, übergab er der Militärkanzlei des Thronfolgers. Daraufhin wurde Brosch v. Aarenau von Franz Ferdinand beauftragt, den Sektionschef im Finanzministerium Engel v. Mainfelden zu bitten, die Aktivierung der Syrienlinie nach allen Kräften zu fördern.⁸⁶

In Sachen Lloyd Austriaco wurde Leopold Chlumecky von Brosch v. Aarenau noch einmal aufgerufen, seinen Einfluss geltend zu machen. Der Thronfolger wollte nicht, dass der Österreichische Lloyd seine öffentlichen Publikationen in Konstantinopel in italienischer Sprache herausgab, während die reichsitalienische Schifffahrtsgesellschaft die ihren in französischer Sprache abfasste. Man möge die italienische Sprache beim Österreichischen Lloyd nicht unnötigerweise protegieren.⁸⁷

2.3 Die militärischen Forderungen der Ungarn

Anfang des 20. Jahrhunderts kam es in den wechselvollen Beziehungen der beiden Reichshälften zu einer Krise. Die Ungarn stellten während der Ausgleichsverhandlungen weitreichende Forderungen. Die obstruierende Opposition machte bei der Annahme der Wehrreform große Schwierigkeiten. Das gemeinsame Heer war ihnen, besonders der Unabhängigkeitspartei, aber auch den konservativen Anhängern des Grafen Apponyi, ein Dorn im Auge. Der ungarische Reichstag verweigerte überdies die verlangte Erhöhung des Truppenkontingents.⁸⁸

⁸⁵ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau April 1912 Bd. 30 S. 85 ff)

⁸⁶ Nachlass Chlumecky, Q1 1.07, 1.08 Briefe vom 2. u. 14.6.1910 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

⁸⁷ Nachlass Chlumecky, Q1 1.10 Brief ohne Datum (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

⁸⁸ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 433

Ein Brief von Brosch v. Aarenau an Leopold Chlumecky vom 13.10.1910 zeigt die Unzufriedenheit, die das Belvedere mit der ungarischen Regierung hatte. Der Artikel Chlumeckys „Unsere Wehrmacht - unsere Politiker“ in der Rundschau fand beim Thronfolger lebhaften Beifall, berichtete Brosch im Schreiben. Weiter schreibt er, dass die ständigen militärischen Forderungen der Ungarn wohl hauptsächlich dafür dienen würden, die gemeinsame Armee der Donaumonarchie aufzulösen. Für dieses Ziel fordere entweder die ungarische Regierung selbst Konzessionen oder sie bediene sich dafür der Opposition. Um dieses Ziel zu erreichen, reite Apponyi in Karriere, galoppiere Kossuth und Andrassy d. J. und trabe Tisza. Die Einen wollen die radikale, die Anderen die stufenweise Trennung.⁸⁹

Leopold v. Chlumecky befasste sich mit dieser Causa in der Österreichischen Rundschau vom Jänner 1911. Der Artikel „Graf Julius Andrassy und die Einheit der Armee“ beschwor die Wichtigkeit dieser Einheit. Er zeigte rückblickend, wie sich Andrassy in den 1860er Jahren den nationalen Aspirationen entgegenstellte, welche auch damals die gemeinsame Armee bedrohten. Schon am 3. Dezember 1867 forderte der ehemalige Honvédgeneral Perzel mit Unterstützung der Linken die Zweiteilung des Heeres, die Einführung der ungarischen Dienstsprache, ungarische Fahnen und ungarische Abzeichen für die Offiziere. Der Kaiser ließ jedoch an der Einheit der Armee nicht rütteln. Auch für Graf Andrassy war das einheitliche Heer eine Bedingung für die Erhaltung der österreichisch- ungarischen Monarchie, denn nur einheitlich kann sie gegen jeden äußeren Feind verteidigt werden.

Weiters schrieb Chlumecky im Artikel, dass die Diskussion über militärische Forderungen zum ständigen Inventar ungarischer Politik gehöre. Die Tendenz bleibe unverändert: „Lockerung, später Aufhebung der Gemeinsamkeit der Armee und Schaffung des selbstständigen ungarischen Heeres“.⁹⁰

Leopold Chlumeckys Reminiszenzen in der Österreichischen Rundschau wurden hauptsächlich aus Eduard v. Wertheimers Buch „Graf Julius Andrassy, sein Leben, seine Zeit“ entnommen.

Reichskriegsminister war zu dieser Zeit Freiherr Franz Xaver Schönaich. Er zog sich durch seine Konzessionsbereitschaft gegenüber den Ungarn die Abneigung des Thronfolgers zu. Franz Ferdinand wünschte bei militärischen Angelegenheiten keine Konzessionen. Die Angriffe der von der Militärkanzlei Franz Ferdinands inspirierten Presse - im Besonderen die „Politischen

⁸⁹ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 09 Brief vom 13.10.1910 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

⁹⁰ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau Bd. 26 Heft 2 v. 15.1.1911 S. 87-90)

Übersichten“ von Chlumecky - führten 1911 zur Abdankung Schönaichs. Sein Nachfolger wurde Freiherr Moritz Auffenberg. Schönaich gehörte zu den bedeutendsten Reformern der österreichisch-ungarischen Armee, konnte die Militärstrafprozessordnung vollenden, die allgemeinen Wehrgesetze jedoch nur vorbereiten.⁹¹

Im März 1911 schrieb Chlumecky in der „Österreichischen Rundschau“, Graf Clam-Martinic nahm schon im Februar 1911 dagegen Stellung, dass die Reform der Militärstrafprozessordnung von den Magyaren dazu benützt werde, sprachliche Konzessionen zu fordern. Sehr merkwürdig fand Chlumecky das Verhalten von Reichskriegsminister Schönaich, der über diese Dinge „schweigend hinweg sah“.⁹²

Graf Clam-Martinic war ein Freund des Thronfolgers und Reichskriegsminister Schönaich zu dieser Zeit kein „Freund“ der Militärkanzlei.

Betreffend die Wehrgesetze schreibt Josef Redlich in seinem Tagebuch, dass am 12. Juli 1911 in Budapest die Obstruktion gegen die Wehrvorlage begonnen habe.⁹³

Am 19. Juli 1911 sagte Aehrenthal zu Redlich: „Ob die Wehrgesetze in Ungarn angenommen werden oder nicht, will ich nicht voraussagen. Änderungen daran sind jedoch ausgeschlossen.“⁹⁴

Leopold Chlumecky berichtete in der Österreichischen Rundschau vom August 1911, dass im ungarischen Parlament seit nahezu zwei Wochen die Schlacht um das Wehrgesetz tobe. Apponyi und Andrassy sprachen sich gegen die Wehrvorlage aus.⁹⁵

Das Wehrgesetz muss so bleiben wie es ist, sagte am 5. Dezember 1911 Aehrenthal zu Redlich. Die Generäle haben für ihre Überlegungen zehn Jahre Zeit gehabt. Eine zweijährige Dienstzeit und die Erhöhung des Rekrutenkontingents seien die Lösung. Wenn man das fallen lasse, werde er demissionieren.⁹⁶

⁹¹ Österr. Biographisches Lexikon, Bd. 11 S. 41 f (=Verlag d. Österr. Akademie der Wissenschaften)

⁹² Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau v. 1.3.1911 Bd. 26 H 5 S. 386)

⁹³ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 90

⁹⁴ „Ebd.“ S.93

⁹⁵ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau 1.8.1911 Bd. 28 H 3 S. 231)

⁹⁶ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 115

Auffenberg war mit der Auflage in das Amt des Kriegsministers berufen worden, um die Wehrreform durchzudrücken. Er verstand, das nationale Ehrgefühl der Ungarn anzusprechen, doch bald folgten Erpressungsversuche. Der Kaiser solle auf das ihm seit 1888 zustehende Recht verzichten, in manchen Situationen Reservisten einzuberufen. Franz Josef ließ jedoch wissen, dass er eher auf den Thron verzichten werde, als auf dieses Recht. Danach rückten die Magyaren von dieser Forderung ab.

Im April wurde Ladislaus Lukács ungarischer Ministerpräsident. Er war politisch klug, genoss das Vertrauen des Thronfolgers, konnte sich aber nicht durchsetzen. Als er in Sachen Wehrreform nicht vorankam, griff Stephan Tisza ein. Am 22.5.1912 ließ er sich zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wählen. Danach wurden die gegen das Wehrgesetz agitierenden oppositionellen Parlamentarier mit Gewalt aus dem Sitzungssaal entfernt. Am 6.6. wurde die Novelle verabschiedet.⁹⁷

Im Juli 1912 schrieb Chlumecky in der „Österreichischen Rundschau“, dass das Wehrgesetz im Österreichischen Abgeordnetenhaus endlich Zustimmung gefunden hätte. Man wäre mit der Beratung des Wehrgesetzes im Rückstand geblieben denn man glaubte, in Ungarn sei die Gesetzgebung der Wehrreform in so weiter Ferne, dass man sich im österreichischen Parlament dafür Zeit lassen könne. Da aber in Ungarn „über Nacht“ die Zustimmung erfolgt sei, sah man sich in Österreich „plötzlich vor dringende Termine gestellt“.⁹⁸

Der Thronfolger hatte sich bei den Wehrgesetzkämpfen stark engagiert. Bereits Anfangs Oktober 1912 rückten die ersten, nach dem neuen Gesetz ausgehobenen Rekruten in die Kasernen ein.⁹⁹

Zurück zu den militärischen Forderungen der Ungarn. Am 23. Mai 1911 erhielt Leopold Chlumecky von Brosch von Aarenau die Zusendung einer Entgegnung von Conrad auf die von Baron Pitreich verfasste Broschüre. Der ehemalige Reichskriegsminister, General Heinrich von Pitreich, schrieb 1911 wegen der militärischen Forderungen der Ungarn die Broschüre: „Meine Beziehungen zu den Armeeforderungen Ungarns“. Der Thronfolger wünsche, dass diese Entgegnung als Separatdruck in den Buchhandel komme. Man solle es kostenlos Staatsmännern und Parlamentariern zusenden. Die Kosten dafür werde Seine Majestät übernehmen.¹⁰⁰

⁹⁷ Max Polatschek, Franz Ferdinand -Europas verlorene Hoffnung S.166 f (=Wien 1989)

⁹⁸ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau Bd. 33 Juli 1912 S. 66)

⁹⁹ Max Polatschek, Franz Ferdinand -Europas verlorene Hoffnung S.166 f

¹⁰⁰ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 11 Brief vom 23.5.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

Im Anschluss auf Pitreichs Broschüre wird auf diese Entgegnung zurückgegriffen.

Pitreich schrieb, dass dem Parlament der Einfluss auf die Gesetzgebung in Wehrangelegenheiten gewahrt sein müsse. Falls jedoch innerpolitische Verhältnisse derart überwiegen, dass dem Militärischen Zwang angetan werde, bestehe die Gefahr, einen Krieg zu verlieren.¹⁰¹

Die Wehrverfassung müsse eine von politischen Parteien unabhängige Dispositionsfreiheit über die bewaffnete Macht auch in Friedenszeiten berücksichtigen. Andererseits müsse jedoch das Parlament Einfluss auf Festlegung und Handhabung der Wehrverfassung haben. Durch die große Bedeutung des Kriegswesens müsse aber dieser Einfluss für die beiden gleichrangigen Parlamente beschränkt bleiben.¹⁰²

Weiters schreibt Pitreich, dass die Nichtbewilligung von Rekruten eine Verletzung des Wehrgesetzes sei. Er fände es als Unrecht, dass zwecks Erreichung politischer Ziele immer wieder neue Interpretationen für die „Bedingungen der Bewilligungen für die Rekruteneinstellung“ erfunden werden würden.

Die Textierung des § 12 des ungarischen Gesetzesartikels XII von 1867, in dem es heißt: „das Land behält sich vor, das Recht der zeitweisen Ergänzung des ungarischen Kriegsheeres und der Rekrutenbewilligung, die Bestimmung der Bedingungen dieser Bewilligung und der Dienstzeit...“, sei nicht mehr zulässig. Die später geschaffenen Gesetze - das Wehr- und das Einquartierungsgesetz - würden diese Forderungen erfüllen. Pitreich meint, es sei für ihn ein „Weltunikum“, dass die Armee der Donaumonarchie alle Jahre bei der Ergänzung des Mannschaftsstandes durch politisches Getriebe gestört werde.¹⁰³

Pitreich meinte auch, dass die Realisierung des Herzenswunsches der ungarischen Unabhängigkeitspartei nach einer selbstständigen ungarischen Armee für Ungarn und für Österreich den sicheren Tod bedeuten würde.¹⁰⁴

Auch über die Handhabung von Dienst-, Gerichts- und Kompaniesprache machte sich Pitreich Gedanken.

¹⁰¹ Heinrich Pitreich, Meine Beziehungen zu den Armeeforderungen Ungarns S.15 (=Jasper Wien 1911)

¹⁰² Ebd. S. 19 f

¹⁰³ Ebd. S. 35 ff

¹⁰⁴ Heinrich Pitreich, Meine Beziehungen zu den Armeeforderungen Ungarns S.93f

Die Änderung der Dienstsprache brächte eine Umgestaltung im gesamten Organismus der gemeinsamen Armee mit sich.

Bei der Gerichtssprache müsse ein Soldat, der sich in einem territorial stehenden Truppenkörper befände, in einem gegen ihn gerichteten Verfahren das Recht haben, sich seiner Muttersprache zu bedienen. Bei exterritorial stehenden Regimentern könne für ein Militärgericht nur die deutsche Sprache Anwendung finden. In Ungarn und Kroatien scheine es berechtigt, bei den im Lande befindlichen Militärgerichten die Staatssprachen einzuführen. Da für Mitglieder der gemeinsamen Armee Ungarn und Kroatien nicht Ausland sein könne, müssen für Österreicher, die in solchen exterritorialen Truppenkörpern dienen, entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Die Kompaniesprache müsse von der gesamten Mannschaft oder deren Mehrheit verstanden werden. Daher einheitlich die deutsche, tschechische, polnische oder ungarische Sprache. Wenn Soldaten nichtmagyarischer Nationalität ungarisch verstehen und sprechen, wird diese Sprache im Truppenkörper vorherrschend sein. Ihre Anwendung dürfe jedoch nicht befohlen werden, denn sonst würde auch im Offizierskorps die Kenntnis der deutschen Sprache, die zur Abwicklung des Dienstes unentbehrlich ist, gänzlich verschwinden.¹⁰⁵

Heinrich v. Pitreich machte sich auch um die Vorbereitung der Reform der Militärstrafprozessordnung verdient. Bei seinen Bestrebungen, das im Wehrgesetz von 1868 festgelegte Rekrutenkontingent zu erhöhen, scheiterte er am heftigen Widerstand der Magyaren.¹⁰⁶

Leopold Chlumecky schrieb in der „Österreichischen Rundschau“ im Juli 1911: „Wie nicht anders zu erwarten stand, hat die Broschüre des Baron Pitreich, über die ungarischen Armeeforderungen jenseits der Leitha, großen Beifall gefunden, und sie wird nun weidlich ausgeschrotet, um die Berechtigung und Erfüllbarkeit der magyarischen Ansprüche zu beweisen“. Graf Tisza betonte, dass nun die Geltendmachung der ungarischen Sprache im Heer durch eine kompetente militärische Autorität anerkannt werde.

Chlumecky hielt die Pitreich Broschüre für nicht mehr zeitgemäß und abträglich.¹⁰⁷

Die Entgegnung auf die Pitreich-Broschüre, die Brosch v. Aarenau am 21.5.1911 erhielt und die er am 23.5.1911 an Chlumecky weiterleitete, wird

¹⁰⁵ Ebd. S. 30-34

¹⁰⁶ Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 8 S. 105 (= österr. Akademie der Wissenschaften)

¹⁰⁷ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau v. 15.7.1911 Bd. 28 H 2 S. 148)

nach Anmerkung des „Österreichischen Staatsarchiv-Kriegsarchivs“ Conrad v. Hötendorf zugeordnet.

Im Gegensatz zu Pitreich, der die ständigen Störversuche der Ungarn bei der Erhöhung des Rekrutenkontingents kritisiert, beschäftigt sich Conrad in seiner Entgegnung mit der Frage, wie im dualistischen Rahmen sicherzustellen sei, dass die militärische Kraft der Donaumonarchie und ihre Großmachtstellung für die Zukunft erhalten bleiben könnten. Dazu, meinte Conrad, müsse das Rekrutenkontingent in benötigter Stärke verfassungsmäßig gesichert sein.

Da die Ungarn den rechtzeitigen Erledigungen der Heeresbedürfnisse immer im Wege stünden, müsse die dualistische Verfassung derart umgestaltet werden, dass sie nicht mehr als Werkzeug magyarischer Erpressungspolitik Verwendung finden könne. Die Erfüllung der Armeeforderungen wäre bisher nur durch die Obstruktion der Ungarn blockiert worden. Seit dem Balkankrieg sei jedoch das Nationalbewusstsein aller Völker der Monarchie derart fortgeschritten, dass man künftig um die Erfüllung militärischer Forderungen auch bei ihnen bangen müsse. Die taktischen Manöver der Völker würden dann so angelegt, dass sie die Interessen der Armee gefährden werden. Mit Waffengewalt die obstruierenden Kräfte aus dem Parlament zu entfernen, könne nur für kurze Frist Wirkung zeigen.

Um die Heeresbedürfnisse künftig von den Nationalitätenkämpfen unabhängig zu machen, müsse das Recht der Votierung des Rekrutenkontingents und der Kostenbedeckung aus den Befugnissen der beiden Parlamente ausgeschaltet sein und der Kompetenz eines neu zu errichtenden überparlamentären gemeinsamen Reichsorgans mit einer über die ganze Monarchie sich erstreckenden Rechtsgültigkeit überantwortet werden. Der Name dieser Institution könne „Gemeinsamer Reichsrat“ sein. Durch den Reichsrat würde die Großmachtstellung stärker hervortreten, da die Monarchie als einheitliche Staatsmacht im Spiel der Mächte auftreten könne. Als Vorteil dieses vorgeschlagenen „Modus Vivendi“ würde die Reformierung des dualistischen Staatsorganismus und die Respektierung des großen Werkes Deáks - des Ausgleichs des Jahres 1867 - angeführt werden können. Das dualistische System erleide dadurch keinen Schaden, sondern durch das Recht bezüglich der Votierung des Rekrutenkontingents eine Erweiterung des Wirkungskreises seiner Institutionen.

Conrad war sich bei seinem Vorschlag darüber im Klaren, dass das ungarische Parlament sein wichtigstes Resistenzrecht, die Rekrutenvotierung, nicht ohne weiteres aus ihren Händen geben werde. Als Druckmittel schlug er vor, dass die Völker Ungarns das allgemeine Wahlrecht und eine Zusage für eine für sie günstige Agrarpolitik - Parzellierung - erhalten sollten. Von den 5,5 Millionen über 21-jährigen Stimmberechtigten würden etwa 4 Millionen gegenwärtig weder Grund und Boden besitzen. Dazu solle mit Hilfe einer

Volksabstimmung, nach schweizerischem Vorbild, das heutige Parlament umgangen werden.¹⁰⁸

Im Nachlass von Leopold Chlumecky befindet sich die Kopie eines Konzepts, in welchem Brosch v. Aarenau im April 1911 dem Thronfolger die Grenzpunkte der Reform des Militärstrafprozesses aufzeigte, über die hinaus den ungarischen Forderungen nicht nachgegeben werden sollte. Brosch wollte damit in schriftlicher Form seine Meinung über die Reform des Militärstrafprozesses kundtun. Darin beklagte er sich auch über den Reichskriegsminister. Franz Xaver v. Schönau habe es bisher unterlassen, die Militärkanzlei des Thronfolgers über die Entwicklung der Militärstrafprozess-Reform zu informieren.

Brosch schrieb weiter, die Modernisierung des Militärstrafprozesses betreffe die Leitung und innere Organisation der gesamten Armee, daher könne deren Regelung einzig und allein der Krone zufallen. Die Reform solle daher nicht von den beiden Regierungen verhandelt werden, sondern vom Reichskriegsminister. Dieser scheine nach Pressemeldungen dabei jedoch ganz ausgeschaltet zu sein. Er sehe in der Realisierung der Reform des Militärstrafprozesses in der jetzigen Vorgangsweise eine schwere Gefährdung der Kronrechte.

Die größte Sorge bereitete Brosch aber, dass eine Bevorzugung der ungarischen Sprache gegenüber der deutschen Dienstsprache der erste wirksame Einbruch in dieses bisher so hartnäckig verteidigte Gebiet wäre.

Dem Einwand der Ungarn, der sich auf das Versprechen einer Geltendmachung der ungarischen Staatssprache im Militärstrafprozess bezieht, müsse entgegengehalten werden, dass das Maß der Geltendmachung nicht fixiert worden sei. Wenn Seine Majestät dieses Versprechen überhaupt noch als zu Recht bestehend anerkenne, dann dürfe aber den Ungarn in den folgenden angeführten Punkten nicht nachgegeben werden:

1. Jeder Soldat solle prinzipiell in seiner Muttersprache verhört werden, die Verhandlung dürfe aber nur in deutscher Dienstsprache geführt werden.
2. Nur jene im Heer dienenden ungarischen Staatsbürger, die Ungarisch beherrschen, sollen in der ungarischen Staatssprache behandelt werden dürfen.

Der Konzeptkopie wurde von Brosch die handschriftliche Notiz beigelegt, dass Seine Majestät zwar mit dem Konzept einverstanden sei, aber in den Reformprozess nicht aktiv eingreifen wolle. Mit dem Hinweis, dass Baron Bienerth den österreichischen Standpunkt und damit die Kronrechte mehr

¹⁰⁸ Nachlass Chlumecky, Q2 5. Die Beziehungen des ehemaligen Reichskriegsministers Heinrich Pitreich zu den Armeeforderungen Ungarns. Eine Entgegnung von *** (vermutlich Conrad) an Brosch vom 21.5.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

vertrete als der Reichskriegsminister, wurde das Konzept der Militärkanzlei am 16.4.1911 ad acta gelegt.¹⁰⁹

Die in der Konzeptkopie beigelegte handschriftliche Notiz des Flügeladjutanten Brosch zeigt deutlich, wie dem Thronfolger die Hände gebunden waren. Nach wie vor wurden die politischen Kernfragen vom Kaiser entschieden.

Kurze Zeit später blies Leopold Chlumecky in der Österreichischen Rundschau vom 1.5.1911 ins gleiche Horn wie Brosch. Er widmete dort seine gesamte „Politische Übersicht“ der Reform des Militärstrafprozesses. Im Artikel „Baron Bienenrath als Anwalt der Armee“ schrieb er, dass die Ungarn Sturm gegen die deutsche Dienstsprache laufen würden. Um den Widerstand der Nationalitäten gegen die Magyarisierung zu brechen, wollten sie die gemeinsame Armee in ein Magyarisierungsinstrument umwandeln. „Sie wollen sich nicht damit begnügen, dass bei den in Ungarn dislozierten Regimentern die Verhandlung dann in ungarischer Sprache zu führen sei, wenn der Angeklagte nur ungarisch spricht. Es soll das Ungarische auch dann zur Anwendung gelangen, wenn die der Militärstrafgerichtsbarkeit unterstehende Person die deutsche Sprache als Umgangssprache spricht, sofern sie nur nebenbei auch des Ungarischen mächtig ist. Auch dann, wenn der Angeklagte weder deutsch noch ungarisch versteht, darf - so lautet die ungarische Forderung - nicht etwa die deutsche Dienstsprache Anwendung finden, der Prozess soll in der dem Angeklagten ebenso unverständlichen ungarischen Staatssprache geführt werden, dem Angeklagten wird nur gnädigst die Heranziehung eines Dolmetschers gestattet“. Auf diesem Wege wolle man eine Bresche in die Geltung der deutschen Dienstsprache schlagen. Mit Zähigkeit und Hartnäckigkeit würden die Magyaren ihr Ziel verfolgen, die ungarische Armee aus der Gemeinsamkeit herauszulösen. Die „Herabdrückung“ der ungarischen Forderungen sei daher „für die Armee von vitalstem Interesse“.

Eigenartig würde es anmuten, dass nicht der Reichskriegsminister „als Anwalt der Armee“ auftrete, sondern der österreichische Ministerpräsident Bienenrath. Diesem sei für die Verteidigung der Erhaltung der gemeinsamen Armee Dank auszusprechen. Obwohl die Reform des Militärstrafprozesses ausschließliches Kronrecht ist, sei es besser gewesen, dass dieses Recht nicht zur Anwendung gelangte. Bienenrath wäre dadurch die Wahrung der Gemeinsamkeit der Armee entglitten, „um in Hände zu gelangen, die sich bis heute keineswegs bewährten, wenn es galt ungarische Übergriffe abzuwehren“.¹¹⁰

¹⁰⁹ Nachlass Chlumecky, Q1 2. Kopie des von der Militärkanzlei entworfenen Vertrages in Angelegenheit „Militärstrafprozess“ 20.4.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹¹⁰ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht. (=Österreichische Rundschau Bd. 27 Heft 3 v. 1.5.1911 S. 173 ff)

Mit diesem Schreiben griff Chlumecky öffentlich die Position des Kaisers an. Der Artikel der Österreichischen Rundschau zeigt, dass sich die Ansichten des Thronfolgers in den politischen Betrachtungen Leopold Chlumeckys deutlich widerspiegeln. Er war unleugsam der Journalist der Militärkanzlei Franz Ferdinands. Beinahe wortgetreu entsprach sein Artikel in der „Politischen Übersicht“ dem Konzeptentwurf von Brosch über die Reform des Militärstrafprozesses.

Im Schreiben vom Belvedere an Chlumecky vom 8.9.1911 wird ersichtlich, dass die Ablöse Schönaiachs als Reichskriegsminister unmittelbar bevorstand. Brosch schrieb, dass vor der Entscheidung wegen Schönaiachs Nachfolger eine Audienz Franz Ferdinands beim Kaiser stattfinden. „Hoffentlich verlangt man nicht von der Gegenseite als Opfer Conrads Kopf, was Aehrenthal mit allen Mitteln anstrebt. Dann könnte er in der Italienpolitik nach Herzenslust schlapp sein“.¹¹¹

Aehrenthal führte gegen die Präventivkriegspläne Conrads einen unablässigen Kampf. 1911 versuchte der Generalstabschef mittels zahlreicher Memoranden den Kaiser vom richtigen Zeitpunkt zu überzeugen, gegen Italien Krieg zu führen, da es nun durch das Engagement in Tripolis geschwächt sei. Nach Androhung seiner eigenen Demission erreichte Aehrenthal im Dezember 1911 die Entlassung Conrads, doch wegen der gespannten Lage am Balkan wurde dieser im Dezember des Jahres 1912 als Generalstabschef wieder eingesetzt.¹¹²

Nach Schönaiach wurde auf Wunsch Franz Ferdinands Moritz Ritter v. Auffenberg, Kommandant des Korps in Sarajewo, am 16. September 1911 neuer k. u. k. Kriegsminister. So wie Conrad - beide waren Jahrgangskollegen an der Militärakademie in Wiener Neustadt gewesen - polemisierte er gerne und stand deswegen dem Kaiser nicht besonders zu Gesicht. Auffenberg vertrat - so wie der Thronfolger - die Idee des Trialismus in der Habsburgermonarchie. Österreich, Ungarn und ein südslawischer Reichsteil mit kroatischer Dominanz. Der Leiter des Militärressorts hatte immer den Titel „Reichskriegsminister“. Den Ungarn war der Titel „Reichskriegsminister“ ein Dorn im Auge. Diesmal wurde in der Titulierung der Wunsch der Magyaren erfüllt und das „Reich“ vor dem Kriegsminister weggeschnitten. Damit verschwand dieser Begriff aus der staatsrechtlichen Terminologie der Habsburgermonarchie.

Der Thronfolger tobte wegen der neuerlichen Konzessionen an die „separatistische Richtung“, welche den Bestand eines einheitlichen Reiches

¹¹¹ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 14 Brief vom 8.9.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹¹² Fritz Fellner, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem ersten Weltkrieg S. 76

negierten und die nur durch des „Erfüllungsgehilfen“ Aehrenthal Hilfe möglich waren. Sein Groll gegenüber Aehrenthal wuchs. Die Tage des an Leukämie erkrankten k.u.k. Ministers des Äußern waren gezählt, die Tage seines Amtes wie jene seiner Lebensspanne.¹¹³

2.4 Österreichs Haltung während der Marokkokrise 1911

Die erste deutsch-französische Marokkokrise 1905, bei der Kaiser Wilhelm II. beim Sultan von Marokko auf dem ihm mit dem Marokkoabkommen von 1880 eingeräumten Mitspracherecht betreffend der Fragen Marokkos beharrte, erforderte auf Verlangen Deutschlands eine Konferenz, die von Jänner bis April 1906 in Algéciras abgehalten wurde. Das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Großbritannien, Frankreich, Russland, die USA, Italien, Spanien, Portugal, Schweden, Belgien, die Niederlande und Marokko einigten sich in der Algéciras-Akte vom 7.4.1906 auf formale Anerkennung der scherifischen Souveränität, territorialer Integrität und der „offenen Tür“. Mit anderen Worten: „Erhaltung der Unabhängigkeit Marokkos und allgemeine Handelsfreiheit“.¹¹⁴

Bis zum Jahre 1910 schienen die deutsch-französischen Beziehungen entspannt. Danach trat aber in den Beziehungen eine Veränderung ein. Durch die im Frühjahr 1911 schwelenden Unruhen um Fes sahen sich die französischen Botschafter in Madrid, London, Petersburg und Berlin veranlasst, am 4. April den dortigen Regierungen mitzuteilen, dass man in Paris wegen der gefährdeten Sicherheit der Europäer über eine Besetzung von Fes nachdenke. Am 21. Mai 1911 wurde dann Fes von französischen Truppen besetzt.¹¹⁵

Die deutsche Marokkopolitik blieb bis Ende März passiv ausgerichtet, obwohl tagespolitische Vorgänge darauf hingedeutet haben, dass die französische Politik zu einem, in ihrem Sinn, aktiven Marokkokurs tendierte. Gleichzeitig endeten deutsch-französische Verhandlungen über wirtschaftliche Projekte in Marokko und in den Kolonien ergebnislos. Dazu gehörten der Bahnbau, das

¹¹³ Max Polatschek, Franz Ferdinand - Europas verlorene Hoffnung S. 161 f

¹¹⁴ Emily Oncken, Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der zweiten Marokkokrise 1911 S. 22 (=Droste Verlag Düsseldorf 1981)

¹¹⁵ Emily Oncken, Panthersprung nach Agadir S. 96 ff

französische Anleiheprojekt in Marokko und Vorschläge zu kolonialen Projekten im Gebiet von Kongo-Kamerun.¹¹⁶

Das deutsche Auswärtige Amt war bis dahin noch weit davon entfernt, die politischen Ansprüche Frankreichs zu bestreiten. Doch Kiderlen-Wächter gab deutlich zu verstehen, dass Deutschland die politischen Privilegien Frankreichs in Marokko nur so lange akzeptieren werde, so lange von Frankreich die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands nicht in Frage gestellt werden.¹¹⁷

Veranlasst durch die zunehmende wirtschaftliche und militärische Durchdringung Marokkos durch Frankreich, holte sich das deutsche Auswärtige Amt Kaiser Wilhelms Zustimmung zur Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes vor die marokkanische Atlantikküste ein. Danach wurde Ende Juni 1911, unter höchster Geheimhaltung, durch das Kanonenboot „Panther“ der „Panthersprung nach Agadir“ eingeleitet, der die zweite Marokkokrise auslöste.¹¹⁸

Diese Aktion formulierte Kiderlens Staatssekretär Zimmermann folgendermaßen: „Eine aus der Defensive erdachte machtpolitische Demonstration, die aller Welt vor Augen führen sollte, dass sich Deutschland nicht wirtschaftlich ausschalten lassen werde“.¹¹⁹

Am 7. August 1911 sagte Aehrenthal zu Redlich, dass er die Position Kiderlens wenig erfreulich finde. Mit seinem Bluff in Agadir habe dieser zunächst nur erreicht, was die deutsche Diplomatie bisher vermeiden wollte, nämlich ein Zusammenrücken von Frankreich und England. Mit Kaiser Wilhelm brauche Kiderlen nicht zu rechnen, denn der wolle keinen Krieg. Er, Aehrenthal, habe offiziell vom Grafen Mensdorff Nachricht erhalten, dass die Angelegenheit in England sehr ernst genommen werde. Kiderlen habe ihn wegen Agadir um Unterstützung gebeten. Daraufhin habe er ein Kommuniqué erlassen, in dem Österreich-Ungarn als Unterzeichner der Akte von Algeciras seine Rechte wahren wolle. Mehr könne er nicht machen. Österreich halte Wacht im Osten und werde auch immer die Bundespflicht erfüllen, aber nach Agadir könne er Kiderlen nicht folgen. Er fürchte ohnehin den Vorwurf Deutschlands, zu passiv gewesen zu sein.¹²⁰

¹¹⁶ Ebd. S. 100

¹¹⁷ Ebd. S.106

¹¹⁸ Ebd. S.139 f

¹¹⁹ Ebd. S.142

¹²⁰ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 95

Im Brief vom 8.9.1911 vom Belvedere an Chlumecky findet sich ein Hinweis auf die Marokkokrise. Brosch schreibt, dass die Affäre gütlich beigelegt werde. Kaiser Franz Josef wolle es, schon um Frankreich vom Hals zu bekommen und England um so eher entgegen treten zu können, wobei ihn freilich auch nicht die Kriegslust leite.¹²¹

Der Kaiser und sein Minister des Äußern sprachen in dieser Angelegenheit die gleiche Sprache. Beide folgten der deutschen Machtdemonstration in Agadir mit Zurückhaltung.

Aehrenthal sagte in einem Gespräch am 3. Oktober 1911 zu Redlich, dass die Marokkosache friedlich ausgetragen werde. Am Prinzip der „offenen Tür“ werde festgehalten. Ob Kiderlen dieser Erfolg von der Öffentlichkeit Deutschlands hoch angerechnet werde, bliebe abzuwarten. Deutschland könne Erz und Kautschuk nur über den Kongostaat beziehen. Zu diesem Zweck nehme es Teile des französischen Kongos in Besitz. Das werde Englands Eifersucht vermehren, denn die Spannung zwischen England und Deutschland wäre durch das Abkommen über Marokko nicht vermindert worden. Zum Deutschen Reich und zu Kiderlen habe er ein gutes Verhältnis.¹²²

Am 19. Oktober 1911 erwähnte Aehrenthal bei Redlich, dass die Marokko-Affaire langsam in Ordnung komme, da die Franzosen wegen der italienischen Aktion im Mittelmeer (Tripolis) nervös seien und auf Abschluss drängten.¹²³

Baronin Leopoldine Franckenstein teilte am 6. November 1911 Josef Redlich mit, dass der Thronfolger die Position Aehrenthals angegriffen habe. Er sei besonders verärgert über das Verhalten des Grafen bei der Marokkokrise gewesen. Aehrenthals Haltung habe auch Kaiser Wilhelm sehr verstimmt. Diese Information erhielt die Baronin während eines Besuches beim Grafen Apponyi.¹²⁴

Wie schon erwähnt, war die Position von Aehrenthal zu dieser Zeit vom Thronfolger in Frage gestellt, da nach seiner Meinung Österreichs Außenpolitik zu wenig kraftvoll war.

Nach der Marokkokrise 1911 beschäftigte sich die deutsche Presse mit der Frage, welche Haltung die Donaumonarchie dabei eingenommen habe. Das „Deutsche Tagblatt“ beklagte sich darüber, dass den Behauptungen einzelner

¹²¹ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 14 Brief vom 8.9.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹²² Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 102 f

¹²³ Ebd. S. 105

¹²⁴ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 110

Politiker, „Deutschland stand in der Marokkokrise allein da“, nicht widersprochen wurde. Weiters schreibt das Blatt über das politische Verhalten Österreich-Ungarns bei der Krise wie folgt: „Österreich stand während dieser Affäre mit musterhafter Bundestreue treu zur Seite. Es gibt keinen Zweifel darüber, dass im Ernstfall Österreichs und Deutschlands Truppen Schulter an Schulter zusammengestanden wären. Österreich sei nur dann zur Hilfe verpflichtet, wenn Deutschland von Russland angegriffen wird. Österreich hätte bei einer Kriegserklärung von England und Frankreich an Deutschland keinen Grund gehabt einzugreifen. Dazu wäre es auch nicht in der Lage, denn in diesem Augenblick hätte es selbst drei Gegner: „Russland, Italien und Serbien“. Vorbereitungen müssten getroffen werden, um gegen jeden dieser Gegner gerüstet zu sein. Auch in der Art des Vorgehens würden Gegensätze bestehen. Graf Aehrenthal empfehle eine dilatorische Politik gegenüber Italien, während die Militärpartei auf entschlossenes und rasches Handeln dränge. Da es nicht zum Krieg kam, ist dies alles Theorie“.

Zu Österreichs Minister des Äußern, Graf Aehrenthal, hatte das „Deutsche Tagblatt“ aber eine kritischere Einstellung. Es wäre von Aehrenthal unnötig gewesen zu betonen, so schrieb das Blatt, dass die Marokkoangelegenheit nicht in den Bereich der Bündnisverpflichtung falle. Man meine, Aehrenthal wäre gern der neue Bismarck von Wien. Er verzeihe auch den Jungtürken nie, dass sie ihn während der Annexionskrise zu einer Geldabfindung zwangen, was für seine Politik eine Schlappe war. Aehrenthal lasse sich für seine Politik aus persönlichen Motiven beeinflussen. Seither verfolge er eine Politik in Konstantinopel, die viel dazu beitrüge, die Türken ins Lager der Tripleentente zu treiben. Fast krankhaft sei seine Angst vor der Behauptung, der Ballhausplatz sei eine Expositur der Wilhelmstraße. Das erkläre, warum er die Marokkokrise zum Anlass genommen habe, die Unabhängigkeit seiner Politik darzutun. Diese persönlichen Ambitionen würden jedoch im Ernstfall keine Rolle spielen, denn in einem künftigen Krieg stünde die Großmachtstellung des Deutschen Reiches auf dem Spiel. Bei einem Untergang des Deutschen Reiches könne aber auch Österreich seine Großmachtstellung nicht mehr behaupten.¹²⁵

Dazu interessant ist ein Gespräch, das zwischen Aehrenthal und Redlich schon am 19. Juli 1911 geführt wurde. Aehrenthal meinte zur Marokkoaffäre, man könne in der Prestigepolitik Berlins nicht über eine freundschaftliche Unterstützung hinausgehen. Er wisse zur Stunde nicht, was die Deutschen in Agadir eigentlich wollten. Wenn Kiderlen dort einen atlantischen Hafen erreichen wolle, so habe er es schlecht gemacht, denn England werde dies nicht

¹²⁵ Nachlass Chlumecky, Q1 3. 03 Deutsches Tagblatt. Österreichs Haltung in der Marokkokrise (Seite ohne Datum) (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

dulden. Wahrscheinlich wolle er nur wirtschaftliche Vorteile erreichen. Deutschlands Marrokopolitik sei Krupp und Mannesmann.¹²⁶

Über Franz Ferdinand schrieb das „Deutsche Tagblatt“ im selben Artikel folgendes: „Vom Thronfolger wird erzählt, dass für ihn das Zusammenstehen mit Deutschland nicht nur Verstandessache, sondern auch Herzenssache sei. Während der Manöver in Oberungarn gedachte er in warmen Worten der Eindrücke, die er vor kurzem bei der Flottenparade in Kiel von der Deutschen Flotte, als dem Werke Kaiser Wilhelms, gewonnen hatte. Zu dieser Stellungnahme lag gar kein besonderer Anlass vor - und trotzdem!“¹²⁷

Ein völlig anderes Bild als das „Deutsche Tagblatt“ zeigt ein Brief Leopold Chlumeckys an die Militärkanzlei vom 21. Oktober 1911 über die Bundestreue Franz Ferdinands. Darin informierte er Brosch von Aarenau darüber, dass in Deutschland an der Bündnistreue des Thronfolgers Zweifel gehegt würden. Sehr gut informierte Kreise hätten ihm versichert, dass Kiderlen-Wächter ebenfalls zu den Zweiflern zähle. Auch dieser solle den Erzherzog nicht für völlig bündnisloyal halten. Über die laxen Haltung der Donaumonarchie während der Marokkokrise sei man ebenfalls nicht begeistert gewesen.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Deutschland soll in Freundeskreisen gesagt haben, dass man diese Nachrichten nicht mit voller Überzeugung dementieren könne. Das Ministerium des Äußern trüge an der Sache wissentlich oder unwissentlich Schuld, denn Aehrenthal sei den Zweiflern nicht mit gehörigem Nachdruck entgegengetreten.

Leopold Chlumecky, der kurz vor einem Treffen mit Kiderlen-Wächter stand, holte sich im Oktober 1911 von der Militärkanzlei die Autorisierung, beim Staatssekretär gegen diese Zweifel zu intervenieren. Er schrieb, er werde versuchen, Kiderlen von der Unhaltbarkeit der Zweifel über Franz Ferdinands Bündnistreue zu überzeugen. Er halte es für eine patriotische Tat, diesen Beschuldigungen entgegenzutreten. Auch werde er darauf hinweisen, dass ihn die Militärkanzlei des Thronfolgers aufgefordert habe, gegen die laue Haltung unserer Presse am Beginn der Marokkokrise Stellung zu nehmen, und dass Franz Ferdinand die Einstellung des Ballhausplatzes in dieser Angelegenheit nicht gebilligt habe.¹²⁸

Chlumecky erhielt dann bei besagter Unterredung mit Kiderlen-Wächter auf die Frage hinsichtlich der Bündnistreue des Thronfolgers die Antwort, dass die Zweifel an der Loyalität Franz Ferdinands von der „vereinigten Judenpresse“ -

¹²⁶ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 92

¹²⁷ Nachlass Chlumecky, Q1 3. 03 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹²⁸ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 18 Brief vom 21.10.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

Kiderlens Worte - verbreitet würden, die ein streng klerikales Regime des Thronfolgers fürchteten. Leider habe er auf die freie Presse keinen Einfluss. In weiten Kreisen sei man sich über die Bundestreue des Thronfolgers zwar nicht ganz sicher, aber für das Auswärtige Amt Deutschlands bestünden natürlich solche Zweifel nicht. Dafür würden auch die von Franz Ferdinand getroffenen Feststellungen bei der Flottenparade in Kiel sprechen.

Darüber angesprochen, ob das Unbehagen über den Thronfolger bis „hoch hinauf“ reichen würde, gab Kiderlen eine ausweichende Antwort. Die von Chlumecky erwähnten Fakten, die die Bundestreue des Erzherzogs beweisen sollten, wurden vom Staatssekretär mit lebhaftem Interesse und Dank aufgenommen. Danach betonte er, dass für das Auswärtige Amt der Nachweis der Treue des Thronfolgers nicht nötig sei, aber doch erfreulich und nützlich.

Chlumecky hatte anschließend noch Gelegenheit, mit einem deutschen konservativen Politiker über dieses Thema zu sprechen. Dieser Mann (kein Name genannt) bestätigte, dass man sich sehr wohl in Deutschland über Franz Ferdinand Gedanken machte und es unbedingt nötig sei, beim deutschen Auswärtigen Amt dem Zweifel an seiner Bündnistreue entgegenzutreten.

Kiderlen-Wächter gab bei der Unterredung mit Chlumecky noch kund, dass er auf Italien, wegen der Tripolis-Affaire, schlecht zu sprechen sei. In Berlin befürchte man deswegen eine Aktion Englands, die Italien an einer eventuellen Annexion hindern werde. Italien könnte dabei zur Anerkennung der Souveränität des Sultans gezwungen werden. Als Preis dafür könnte die Beschränkung des politischen Einflusses Deutschlands in Konstantinopel gefordert werden. Damit würden die Briten Deutschland „aus dem Sattel“ heben wollen.¹²⁹

Der Thronfolger, der von der Unterredung Chlumeckys mit Kiderlen-Wächter unterrichtet wurde, ließ diesem im Schreiben der Militärkanzlei vom 24.10.1911 für seinen Einsatz wärmsten Dank übermitteln.¹³⁰

2.5 Das Kultusprotektorat der Donaumonarchie in Albanien.

Das Kultusprotektorat Österreich-Ungarns sah den Schutz über die christlichen religiösen Gemeinschaften in Teilen der europäischen Türkei vor. Der räumliche Bereich, in dem dieses Schutzrecht von Seiten der österreichisch-ungarischen

¹²⁹ Ebd. Q1 1. 19 Brief vom 23.10.1911

¹³⁰ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 20 Brief vom 24.10.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

Monarchie um 1900 ausgeübt wurde, umfasste Bulgarien, Albanien und Mazedonien. Das Kultusprotektorat wurde vom Minister des Äußern wahrgenommen.¹³¹

Die Türkei forderte 1908 in den Verhandlungen, welche vom Komitee von Saloniki nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina mit dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul Rappaport geführt wurden, den Verzicht auf das Kultusprotektorat. Daraufhin ließ Aehrenthal Enver Bey versichern, es handle sich bei der Ausübung des Kultusprotektorates von Seiten Österreich-Ungarns um die Erfüllung von Pflichten, die auf Vereinbarung mit dem Heiligen Stuhl beruhten, nicht um Rechte. Nur wenn Rom zur Überzeugung gelange, dass ein besonderer Schutz der Katholiken in der Türkei nicht mehr nötig sei, könne die Donaumonarchie als Schutzmacht entbunden werden.

In Wien wurde 1908 nach eingehender Prüfung des politischen Wertes des alten Rechts dessen Wichtigkeit nicht mehr sehr hoch eingeschätzt, denn trotz großem materiellen Aufwands von Seiten Österreich-Ungarns gelang es nicht, die Gunst der Albaner zu gewinnen. Aehrenthal hielt jedoch daran fest, da es in den Besprechungen von Saloniki ein wichtiges politisches Argument darstellte.¹³²

Die Jungtürken beendeten 1908 das autokratische Regime Sultan Abd ül Hamids II. Zu den politischen Zielen ihrer diktatorisch-zentralistischen Regierung gehörte ein umfangreiches Reformwerk westlicher Prägung. Die Schwierigkeiten, welche sich durch den Balanceakt zwischen Koran und konstitutionellem Regime ergeben werden, ahnte Leopold Chlumecky voraus. In seiner „Politischen Übersicht“ der Österreichischen Rundschau vom September 1908 schrieb er, dass die Albanesen kein Hehl aus ihrer steigenden Abneigung gegen das konstitutionelle Regime machten. „Der Absolutismus brachte den Albanern mehr Vorteile. Weitere Neuerungen wollen sie verhindern. Sie verlangen die Wiederherstellung und die strengste Befolgung des Scheriat“, des religiösen Gesetzes, welches den Muselmanen eine besondere Vorzugsstellung vor den Christen einräumt. Sie weisen die gesetzliche Gleichstellung der Christen zurück“, schrieb Chlumecky weiter. Islam und westeuropäische Freiheit würden „keine glückliche Ehe“ ergeben. „Streit und Zank“ seien vorprogrammiert. Dies wäre zu erwarten gewesen, da es zwischen Koran und konstitutionellem Regime Widersprüche gebe, „eine Kluft gähnt“, meinte Chlumecky abschließend in seinem Artikel.¹³³

¹³¹ Anna H. Benna, Studien zum Kultusprotektorat Österreich-Ungarns in Albanien im Zeitalter des Imperialismus 1888-1918. In: Mitteilungen des österr. Staatsarchives Band 7 S. 15 (=Berger Wien 1954)

¹³² Ebd. S. 35 ff

¹³³ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht Bd. 20 S.391 f (=Österreichische Rundschau vom Sept.1908)

Gegen die Türkenherrschaft gab es häufige Aufstände der Albaner, so auch im Jahre 1911. Im Süden Albanien wurden diese Aufstände von der orthodoxen Kirche und im Norden von der römisch-katholischen Kirche unterstützt. Als im Jahre 1911 die Malissoren¹³⁴ gegen die Türken rebellierten, wurden sie von Österreich arg enttäuscht. Nach Ansicht der Militärkanzlei Franz Ferdinands hatte dabei die österreichische Regierung deren Interessen gegenüber der Türkei zu wenig vertreten. Nur zaghaft wurde gegen das brutale Vorgehen der Türken lediglich Bedenken erhoben. Montenegro gewährte dagegen Hilfe.

Der Malissorenaufstand des Jahres 1911, der den Briefwechsel zwischen der Militärkanzlei des Thronfolgers und Chlumecky auslöste, sowie die von mir im Folgenden zitierten Zeitungsartikel zu diesem Vorfall lassen erkennen, dass das Belvedere zum Ministerium des Äußern eine starke Opposition bildete.

Im Brief der Militärkanzlei an Leopold Chlumecky vom 4.8.1911 ist die Unzufriedenheit des Belvedere mit der österreichischen Regierungspolitik ersichtlich. Brosch v. Aarenau teilte Chlumecky mit, dass die Haltung Österreich-Ungarns gegenüber den Malissoren für die Militärkanzlei unverständlich sei. Die Regierung tue alles, um sich die noch kürzlich vorhandenen Sympathien der Albaner zu verscherzen. Nach seiner Meinung würden die Albaner bei Wiederholung ähnlicher Zustände, wie sie bei der Annexionskrise bestanden, nicht mehr zu Österreich halten. Nun wären die Montenegriner die Protektoren Albanien.¹³⁵

Am 16.8.1911 übersandte der Vorstand der Militärkanzlei des Thronfolgers, Oberstleutnant Brosch, an Chlumecky einen Zeitungsartikel von „Die Zeit“, Morgenblatt vom 6.8.1911, über die „Albanische Bilanz“. Brosch wies darauf hin, dass der Thronfolger, er selbst und auch Chlumecky der Meinung dieses Blattes wären. Hingegen dürfte der Zeitungsartikel in den „Dresdner Neuesten Nachrichten“ vom August 1911 über „Die Ereignisse in der Türkei“ vom Ballhausplatz inszeniert worden sein.¹³⁶

„Die Zeit“ berichtete am 6.8.1911 im Artikel „Albanische Bilanz“ über die rebellierenden katholischen Albaner. Darin wurde das Verhalten der österreichischen Regierung gegenüber den Aufständischen kritisiert, da, wie schon erwähnt, die albanischen Christen, die seit 200 Jahren hinter dem Kulturprotektorat der Monarchie standen, bei ihrem diesjährigem Aufstand gegen die Türken nicht die erhoffte Hilfe fanden. Dagegen halfen die

¹³⁴ Malissoren: katholische Albaner im Norden des Landes

¹³⁵ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 12 Brief vom 4.8.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹³⁶ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 13 Brief vom 16.8.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

Montenegriner, die den vor den Türken auf montenegrinisches Gebiet Flüchtenden Obdach und Nahrung gaben. Dadurch gewannen sie das Vertrauen der Aufständischen. Weiters kritisierte das Blatt, dass die österreichische Regierung lediglich gegen das brutale Vorgehen des Generalissimus Torghut Schefket Pascha in freundschaftlicher Weise Bedenken erhob, obwohl sie durch das Kulturprotektorat das Recht auf Protest gegen die Aktion der Türken gehabt hätte.¹³⁷

Für „Dresdner Neueste Nachrichten“ vom 9.8.1911 war hingegen das Verhalten der österreichischen Regierung in dieser Sache in Ordnung, da „der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und den Albanern von der Donaumonarchie immer als innenpolitische Angelegenheit der Türkei angesehen und danach gehandelt wurde“.¹³⁸

Nach Meinung von „Die Zeit“ hingegen läge nun die diplomatische Bilanz für Österreich-Ungarn im Negativen. Der von der Monarchie entsandte Friedensvermittler, Bischof Serregi, wurde von den Aufständischen abgelehnt, der von den Montenegrinern angebotene Frieden aber von ihnen angenommen. Das Aktivum der diplomatischen Bilanz müsse nun bei den Jungtürken gesucht werden, denen das reservierte Verhalten von Österreich-Ungarn einen großen Dienst erwies.¹³⁹

Dagegen meinte das Blatt „Dresdner Neueste Nachrichten“, das sich auf ein Telegramm des „Pester Lloyd“ bezog, dass sich für die Ententemächte die Hoffnung nicht erfüllte, das Verhältnis zwischen der Monarchie und der Türkei würde wegen des Aufstandes der Malissoren abkühlen. Den Ententemächten gefiel es nicht, schrieb das Blatt, dass sich nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina das Verhältnis Österreich-Ungarns zur Türkei so rasch besserte. Das Kulturprotektorat der Donaumonarchie in Albanien werde, so hofften jene Mächte, Österreich-Ungarn veranlassen, sich für die Aufständischen zu exponieren und stark zu machen, so dass die Freundschaft mit der Türkei einen unhaltbaren Riss bekomme. Die Stellung Österreich-Ungarns am Bosphorus, meinte das Blatt sinngemäß, sei aber durch den gemäßigten Einspruch gegen das Vorgehen von Torghut Schefket Pascha nicht im mindesten berührt worden. Das registrierte auch Deutschland mit Genugtuung, da jene, die auf Österreich-Ungarns Einfluss in Konstantinopel losschlügen, auch Deutschlands Einfluss schwächen wollten.¹⁴⁰

¹³⁷ Nachlass Chlumecky, Q1 3. 01 Zeitungsartikel von „Die Zeit“ Nr. 3184, Wien 6.8.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹³⁸ Nachlass Chlumecky, Q1 3. 02 Zeitungsartikel von „Dresdner Neueste Nachrichten“ Dresden 9.8.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹³⁹ Nachlass Chlumecky, Q1 3. 01 Zeitungsartikel von „Die Zeit“ Nr. 3184 Wien 6.8.1911

¹⁴⁰ Nachlass Chlumecky, Q1 3. 02 Zeitungsartikel von „Dresdner Neueste Nachrichten“ Dresden 9.8.1911

Wenn die Militärkanzlei Franz Ferdinands im Brief an Chlumecky vom 16.8.1911 die Meinung vertrat, dass der Zeitungsartikel in den „Dresdner Neuesten Nachrichten“ vom 9.8.1911 über „Die Ereignisse in der Türkei“ vom Ballhausplatz inszeniert worden sei, so könne man vice versa vom Artikel in „Die Zeit“ vom 6.8.1911 mutmaßen, dass er vom Belvedere beeinflusst wurde. Graf Aehrenthal hatte zu jener Zeit das Vertrauen Franz Ferdinands verloren. 1906 wurde Aehrenthal vom Thronfolger noch hoch geschätzt.¹⁴¹ Nun wurde seine Position vom Belvedere in Frage gestellt. Außenpolitisch müsse, nach Meinung des Thronfolgers, eine kräftigere Politik betrieben werden.¹⁴²

Aehrenthal bekundete in seiner Vorgehensweise diplomatisches Geschick. Während die Militärkanzlei des Thronfolgers und auch Chlumecky vom Ministerium des Äußern zu diesem Vorfall eine scharfe diplomatische Reaktion erwartete, versuchte Aehrenthal ausgewogene Politik zu betreiben. Am 19.7.1911 sagte Aehrenthal zu Josef Redlich, dass er seit einem Jahr die Türken davor gewarnt habe, gegen die Katholiken zu hart vorzugehen. Die Donaumonarchie habe in Albanien eine besondere Stellung. Das Protektorat über die katholischen Albaner nötige die Monarchie, den Albanern gegenüber eine Art wohlwollender Neutralität zu bewahren. Deutschland, das am Balkan seine eigene Politik betreibe, beschütze dagegen aus wirtschaftlichen Interessen jede türkische Regierung. Österreich könne einerseits nicht wegen Albanien um jeden Preis eine turkophile Politik machen, wolle aber andererseits, damit der Balkanfriede erhalten bliebe, das neue Regime der Türkei am Leben erhalten.¹⁴³

Chlumecky schrieb am 1.9.1911 in der Österreichischen Rundschau, dass die Albanesen des Nordens für die kühle Zurückhaltung der Monarchie, die es bei freundschaftlichen Vorschlägen in Konstantinopel bewenden ließ, kein Verständnis zeigten. Sie hatten erwartet, „dass Österreich-Ungarn sich ihrer annehmen und für sie ein gewichtiges, ein laut tönendes Wort in die Wagschale werfen wird“. Es bleibe fraglich, ob die stark gesunkenen Sympathien der Albanesen für Österreich-Ungarn so bald wieder aufleben würden.¹⁴⁴

¹⁴¹ Max Polatschek, Franz Ferdinand-Europas verlorene Hoffnung S. 108

¹⁴² Nachlass Chlumecky, Q1 1. 15 Brief vom 5.10.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹⁴³ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I, S. 92 f

¹⁴⁴ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau vom 1.9.1911)

2.6 Die Choleraepidemie in Italien.

Leopold Chlumecky berichtete am 1.9.1911 in der Österreichischen Rundschau über die in Italien herrschende Choleraepidemie. Von der Regierung und der gesamten Presse Italiens, ohne Unterschied der Parteirichtung, sei die Seuche bisher totgeschwiegen worden. In Livorno habe die Bevölkerung gegen den mangelnden Sanitätsdienst und gegen die ungenügenden gesundheitspolizeilichen Maßnahmen bereits kürzlich demonstriert. „Giollitti hat dekretiert, dass es in Italien keine Cholera gibt, und wenn auch täglich noch so viele von dieser Seuche befallen werden, so bleibt es beim Willen des Diktators: Italien ist offiziell seuchenfrei“.

Weiters berichtete Chlumecky, dass im Gegensatz zu internationalen Übereinkünften von den italienischen Hafenbehörden auch den aus schwerstverseuchten Häfen auslaufenden Schiffen reine Patente erteilt wurden. „Erst in allerletzter Zeit wurde das Vorkommen der Cholera in Chioggia und Livorno offiziell zugestanden“.

Die nach Triest eingeschleppten Cholerafälle hätten der Donaumonarchie materiellen Schaden verursacht, der Reiseverkehr nach Triest und darüber hinaus nach Dalmatien sei auf ein Minimum gesunken. „Die Cholerafurcht bewirkte, dass der größte Teil unserer Küstenorte heuer sehr schwach besucht war. Viele große Unternehmungen haben darunter schwer gelitten, zahlreiche kleinere Existenzen, Gewerbsleute und Unternehmer stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin“.

Österreich, das sich gegenüber der Pariser Konvention loyal verhalten müsse, sei nicht in der Lage, diese Schiffe einer Quarantäne zu unterziehen.

Als erstes Land traf Argentinien zum Schutz gegen die Einschleppung der Seuche strenge Maßnahmen, nach denen sich einlaufende italienische Schiffe der Quarantäne unterziehen mussten. Gefordert wurde auch, dass bei italienischen Auswandererschiffen argentinische Sanitätsinspektoren an Bord mitgeführt werden mussten. Die „Tribuna“ (Buenos Aires) schrieb, „dass die moderne Hygiene noch immer nicht nach Italien gedrungen sei und die italienischen Gesundheitskommissäre keinerlei Sachkenntnis besitzen, sowie auch die Ärzte an Bord der Auswanderschiffe gewöhnlich bloß Studenten der Medizin seien“. Die Anschuldigung von Seiten Argentinien, Italiens Gesundheitspolizei würde das Problem zu lax behandeln bzw. die moderne Hygiene sei noch nicht nach Italien durchgedrungen, löste in Italien Entrüstung aus. Vergebens versuchte Italien, durch Repressalien Argentinien zur Rücknahme seiner Schutzmaßnahmen zu zwingen. Obwohl die Sistierung der italienischen Auswanderung Argentinien schädigte, da es zur Einbringung seiner Ernte auf 40 - 50.000 italienische Saisonarbeiter angewiesen war, stellte

es die Gesundheit seiner Staatsangehörigen über die Interessen der Landwirtschaft.

Österreich als Bündnispartner Italiens behandelte das Problem - nach Chlumecky - zu tolerant. Er schreibt: „Soweit gehen die Bündnispflichten denn doch nicht, dass wir wehr - und widerspruchslos Derartiges über uns ergehen lassen müssen. Es wäre Pflicht unseres Ministerium des Äußern, Italien zur strengen Einhaltung der Pariser Konvention und zu einer loyalen Handhabung der Gesundheitspolizei in den Häfen zu bewegen, und der italienischen Regierung verstehen zu geben, dass die weitere Verletzung der Vertragstreue die Monarchie zu entscheidenden Maßnahmen zwingen müsste. Den Anlass hierzu könnte die noch im heurigen Herbst in Paris stattfindende internationale Sanitätskonferenz geben“.¹⁴⁵

Der Bericht Chlumeckys über die Choleraseuche in Italien wurde von der Militärkanzlei des Thronfolgers sofort aufgegriffen. Im Schreiben vom 2.9.1911 wurde Leopold Chlumecky informiert, dass Alexander Brosch v. Arenau um eine Intervention des Thronfolgers beim Ministerium des Äußern betreffend die Choleraeinschleppung gebeten habe. Nach Meinung des Belvederes agiere das österreichisch-ungarische Außenministerium in dieser Causa zu tolerant.¹⁴⁶

Auch die Choleraepidemie in Italien wurde vom Kreis des Thronfolgers dazu benützt, Österreichs Minister des Äußern, Aehrenthal, zu kritisieren.

2.7 Der Deutsche Nationalverband

Im Frühjahr des Jahres 1911 kam es zu den zweiten und in der Monarchie zu den letzten nach dem allgemeinen Wahlrecht abgehaltenen Wahlen zum Parlament. Dabei erlitten die nach dem Tode Luegers zerstrittenen Christlichsozialen schwere Verluste. Interne Streitigkeiten zwischen den Anhängern Albert Gessmanns und Ernst Verganis schwächten die Partei. Besser hielten sich die Sozialdemokraten, bei denen es aber zwischen Deutschen und Tschechen keine gemeinsame Linie gab. Die Deutschfreiheitlichen, die sich zum Deutschen Nationalverband zusammenschlossen, wurden zur stärksten Partei des Reichsrates.

¹⁴⁵ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht. (=Österreichische Rundschau Bd. 28 Heft 5 S. 380 v. 1.9.1911)

¹⁴⁶ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 17 Brief vom 2.9.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

Der Deutsche Nationalverband, dessen Entstehung weit zurückreicht, stellte 99 Abgeordnete, 74 die Christlichsozialen und 44 die Sozialdemokraten.¹⁴⁷

In einem Brief vom 25.3.1912 wurde Chlumecky von Bardolff aufgefordert, in der nächsten „Politischen Übersicht“ der Österreichischen Rundschau die Leistungen des Deutschen Nationalverbandes, „der nach langer unfruchtbarer Ideologie endlich in das sichere Fahrwasser realistischer Politik eingelenkt hat“, hinsichtlich der ersten Lesung der Wehrvorlage zu würdigen.

Nach Meinung der Militärkanzlei des Thronfolgers vertrete der Deutsche Nationalverband am besten die Großmachtidee der Monarchie und sei als solcher in erster Linie geeignet, für Armee und Marine einzutreten.¹⁴⁸

Großmachtidee und Dynastie wurden jedoch von den Deutschnationalen nicht immer vertreten.

Die Meinungsverschiedenheiten mit den Ungarn bei den alle zehn Jahre stattfindenden Ausgleichsverhandlungen führten zur „Polemik gegen die andere Reichshälfte“. Damit Ungarn ein Garant der Verfassung blieb, wurde vom Kaiser ihren Forderungen meist nachgegeben, doch dies verursachte Kosten für die österreichische Reichshälfte. „Hof und Aristokratie, vom Thronfolger bis zu den Verfassungstreuen, wachten in der Tradition der Großösterreicher“ darauf, dass das monarchische Vorrecht erhalten blieb und es zu keiner „Aushöhlung der Gemeinsamkeiten“ kam.

Dagegen machten sich die Deutschnationalen im Linzer Programm von 1882 die „Trennung von Ungarn und die Reduktion der Gemeinsamkeiten“ zur Devise. Sie wollten die Realunion in eine Personalunion umwandeln.¹⁴⁹

Durch die Annexionskrise 1908-1909 und die Balkankriege 1912-1913 entstand bei den Deutschnationalen jedoch ein Umdenken. Sie wandelten sich zu einer staatstragenden Partei. Dobernig sprach 1910 von einer „unbedingten Notwendigkeit“ der Annexion. „Die Freude über eine kraftvolle Großmachtspolitik, der Zug ins Große, entfaltete ihre Wirkung, zumal es galt, innerpolitisches Kapital aus der Situation zu schlagen und den Kontrast zur misshandlungshaltung der Tschechen gebührend hervorzuheben“.

Zur Freude des Thronfolgers machte sich auch bei den Deutschradiakalen „die Abkehr von den Idealen der Frühzeit“ nach Ausbruch des ersten Balkankrieges sichtbar. Sie zeigten sich von „der Bedeutung und Kraft des christlichen Gedankens in der Welt“ begeistert. Auch der lange zögernde Wolf konnte sein Umdenken nicht verbergen. Mit den Worten: „ Die Monarchie darf Serbien

¹⁴⁷ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 439 f

¹⁴⁸ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 21 Brief vom 25.3.1912 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹⁴⁹ Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler S. 306 f

keinen Zugang zum Meer bewilligen; ein unabhängiges Albanien muss geschaffen werden“, vertrat er die Meinung der österreichischen Diplomatie.¹⁵⁰ Die Deutschnationalen hegten über die Bündnistreue Italiens Zweifel. Dobernig hatte zwar vor den Staatsmännern Italiens Respekt, doch warnte er wiederholt vor der irredentistischen Volksstimmung Italiens, die eine stetige Bedrohung für Österreich-Ungarn darstelle.¹⁵¹

Bardolff wünschte auch im Brief vom 25. März 1912, Chlumecky solle darüber schreiben, dass die Deutschnationalen handelspolitisch der Donaumonarchie ebenfalls den Weg weisen sollten. Sie wären die natürlichen Führer für die österreichische Balkanpolitik und sollten die Entwicklung in Bosnien und der Herzegowina verfolgen, als Faktoren einer Durchdringung der österreichischen Balkangebiete im österreichischen Geiste, mit österreichischem Kapital und österreichischer Arbeitskraft.

Auch der Weg nach Albanien führe über Bosnien und der Herzegowina. Montenegro solle auch in den österreichischen Wirtschaftskreis einbezogen werden.

Der mächtig anwachsende Antagonismus der Südslawen gegen Ungarn müsse genützt werden, und der neue gemeinsame Finanzminister brauche in seiner schwierigen Lage den Ungarn gegenüber Unterstützung. Die Gelegenheit wäre am Balkan niemals günstiger gewesen, da die Russen Österreichs Sympathie in der Dardanellenfrage brauchen würden.¹⁵²

Leopold Chlumecky kam der Aufforderung der Militärkanzlei, die Leistungen des Deutschen Nationalverbandes in der „Österreichischen Rundschau“ zu würdigen, im Mai 1912 nach. Einerseits wurden von ihm die „Minimalleistungen“ des Abgeordnetenhauses während der Tagung vom 5. bis zum 29.3. getadelt, andererseits die Haltung der „Deutschen“ in der Frage der Wehrreform gelobt. Ihr Verhalten ließ erkennen, so Chlumecky, „dass die politischen und nationalen Interessen der Deutschen Österreichs auf das innigste mit der Großmachtstellung dieses Reiches verknüpft sind“.

Deutschnationale und Radikale seien für die Hebung der Wehrkraft Österreichs eingetreten, wodurch sie den Beweis politischer Reife unter Beweis gestellt hätten. Weiters schrieb Chlumecky, dass nur eine starke Monarchie der von Deutschland gesuchte Bundesgenosse bliebe und nur ein starkes Österreich, politisch und ökonomisch am Balkan jene Rolle spielen könne, die „eine

¹⁵⁰ Ebd. S. 321 ff

¹⁵¹ Ebd. S. 324

¹⁵² Nachlass Chlumecky, Q1 1. 21 Brief vom 25.3.1912 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

unerlässliche Voraussetzung für eine gedeihliche wirtschaftliche Fortentwicklung der Monarchie“ sei.¹⁵³

2.8 Brosch v. Aarenaus Ressentiment gegenüber Aehrenthals Außenpolitik.

Franz Ferdinand schrieb am 26. Oktober 1906 an Dr. Max Vladimir v. Beck, seinen ehemaligen Lehrer im Staatsrecht, den er am 3. Juni 1906 zum österreichischen Ministerpräsidenten ernannte, Folgendes: „Mit einem Trifolium wie Beck, Aehrenthal und Schönau lässt sich famos arbeiten“.¹⁵⁴

An der Spitze der Wehrmacht stand sein Mann Conrad v. Hötzendorf. Doch das vom Thronfolger vorerst hochgejubelte Trifolium sollte Jahre später durch seine Hände verwelken. Alle Männer seines damaligen Vertrauens, ausgenommen Conrad, mit denen er eine zukunftsorientierte Politik betreiben wollte, verloren seine Gunst.

Brosch v. Aarenau war der Einzige, dem der misstrauische Franz Ferdinand über die Jahre sein volles Vertrauen schenkte. Doch Brosch kehrte Ende Oktober 1911 der Militärkanzlei den Rücken. Sein Wunsch war es, ein Truppenkommando zu übernehmen. Der Thronfolger nahm dies ungern zur Kenntnis.

Auch nachdem Brosch Anfang November 1911 das Kommando über das zweite Tiroler Kaiserregiment in Trient übernommen hatte, rissen die Kontakte zum Thronfolger nicht ab, der weiterhin viel auf Broschs Meinung gab. Seinen Nachfolger hatte Brosch selbst ausgesucht. Es war der Oberstleutnant i. G. Carl Bardolff, Kommandant des Infanterieregiments Nr. 19, dessen Inhaber Franz Ferdinand war. Durch umfassende Bildung und sicheres Auftreten bei schwierigen Aufgaben konnte Bardolff bald die Anerkennung Franz Ferdinands gewinnen.¹⁵⁵

Die Kontakte zu Leopold Chlumecky hielt Brosch ebenfalls aufrecht. Am Silvestertag 1912, während des Ersten Balkankrieges, schrieb Brosch aus Bozen an Chlumecky, wobei er seine Enttäuschung und seine Kritik über die Außenpolitik der Donaumonarchie kundtat. Seine Kritik bezog sich aber auch auf die Innenpolitik.

¹⁵³ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht. (=Österreichische Rundschau Bd. 31 S. 150 f v. Mai 1912)

¹⁵⁴ Max Polatschek, Franz Ferdinand-Europas verlorene Hoffnung S. 108

¹⁵⁵ Max Polatschek, Franz Ferdinand-Europas verlorene Hoffnung S.162 f

Brosch schrieb: „Als Soldat fühle ich mich wohl, im Belvedere habe ich nichts ändern können. Ein Blick in die Zukunft sagt mir nichts Gutes. Auch ein Geist wie Conrad wird nichts richten können. Österreichs Politiker sind „dumm“ und am Balkan hat Österreich verspielt. Seit 350 Jahren hat die Monarchie das Blut ihrer Soldaten im Kampf gegen die Türken umsonst vergossen. Zwei „Mistvölker“ wie die Serben und Griechen bekommen ohne sonderliche Anstrengung das Gebiet, für das die Monarchie seit Jahrhunderten seine Kraft eingesetzt hat“.

Welche Interessen Österreich am Balkan verfolge, sei für ihn undurchsichtig. Vorerst habe er geglaubt, es sei der von Aehrenthal verschenkte Sandschak Novi Pazar, dann Saloniki, dann Albanien. Schließlich sei man damit zufrieden, dass man Serbien an der territorialen Ausbreitung an der Adria hindern habe können. Den Hafen und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Österreich-Ungarn habe Serbien doch bekommen. Er vertrete die Ansicht Chlumeckys, dass dies ein schwerwiegender Misserfolg für die Monarchie sei, die dadurch für immer vom Balkan ausgeschlossen wäre. Im Vergleich zu Serbien würde Österreich schlecht aussehen. Österreich habe für die Annexion den Sandschak der Türkei zurückgegeben und 54 Millionen Kronen bezahlt, sei durch den Boykott seines Levantehandels geschädigt worden und habe dabei nichts erworben. Die Serben hätten sich dagegen die halbe Türkei genommen und obendrein der Monarchie gedroht. Die Griechen würden mit einer kleinen Flotte alle türkischen Häfen blockieren und alle Inseln okkupieren. Fast gleiche es einem Spaziergang oder einem Friedensmanöver, wie das „verlotterte“ griechische Heer nach Saloniki gekommen sei. Und vor dieser Türkei habe sich Österreich vor vier Jahren gefürchtet.

Heute würden wir ernten, was wir 1908/09 säten. Albanien werde wahrscheinlich zum Schleswig-Holstein zwischen Österreich und Italien. Indem wir für die Unabhängigkeit Albaniens einträten, halfen wir Italien, denn das näher liegende Italien werde uns dort keinen Einfluss gönnen. Die Serben würden aber in den neutralen Häfen von San Giovanni oder Durazzo die Brücke zu Italien finden.¹⁵⁶

Zu Broschs Betrachtungen wäre anzumerken, dass eine allzu expansive Politik der Monarchie am Balkan zweifelsfrei Russland auf den Plan gerufen hätte. Man denke an das Abkommen von Racconigi vom Oktober 1909, wo Russland und Italien vereinbarten, sich gemeinsam gegen eine Nichtaufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan zur Wehr zu setzen. Auch England hätte sich dabei gegen die Monarchie nicht ruhig verhalten. England wollte die Türkei gegen Russland stark halten, da es wegen der durch Russland bedrohten Dardanellen Sorge um seine Seewege nach Indien hatte. Österreichs

¹⁵⁶ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 22 Brief vom 31.12.1912 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

Bündnispartner Deutschland wollte zu Russland Entspannung, da man eine russisch-französische Allianz befürchtete.

Brosch v. Aarenau kann man, so wie Conrad und Chlumecky, zur Kriegspartei zählen. Bei Josef Redlich kann man dies aber nicht behaupten. Doch am 28. Oktober 1912, nach Siegen der Serben und Bulgaren, schrieb Josef Redlich in sein Tagebuch: „Der kranke Mann am Bosphorus ist tot. Österreich hat alle Aussicht, als kranker Mann an seine Stelle zu treten. Wie soll dieses innerlich zersetzte, von den Magyaren zerfressene Reich nun die einzig rettende Politik machen, nämlich die der kühnen Offensive ? Nur eine rücksichtslose Offensive im Bunde mit Deutschland könnte helfen“.¹⁵⁷

Schon im Brief vom 5. Oktober 1911 bat Brosch Chlumecky, in der Österreichischen Rundschau einen Artikel über die österreichische Außenpolitik zu lancieren, für den ihm der Thronfolger sehr dankbar wäre. Inhaltlich solle im Artikel darauf hingewiesen werden, dass für die Monarchie eine kräftige Politik von Nöten sei. Man lasse aber noch immer wegen Erschöpfung durch die Annexion die Hände im Schoß liegen. Man versäume wieder eine Gelegenheit, um sich einen Platz „an der Sonne zu erobern“. Man dürfe sich nicht wundern, dass wir, wie bei der jungtürkischen Offiziersverschwörung im Sommer 1908, wo wir außenpolitisch unorientiert waren, wieder einmal zu spät kämen. Als Beweis dafür gelte, dass die Botschafter in Rom, Konstantinopel und Berlin zu dieser Zeit auf Urlaub gewesen seien. Das Ministerium des Äußern habe diese Urlaube gestattet, obwohl sich dieses Ereignis schon seit langem anbahnte. Das wäre ein Zeichen dafür, dass auch dieses Ministerium die Situation falsch eingeschätzt habe. Mit solchen Leuten könne man beim besten Willen keine kräftige Politik betreiben. Es wäre auch wünschenswert, in der Österreichischen Rundschau einen Vergleich zwischen der Annexion Bosniens-Herzegowinas und der Besetzung von Tripolis zu ziehen.

Weiters schrieb Brosch: Obwohl die Monarchie bei der Annexion ein europäisches Mandat gehabt habe, habe sie vorerst die ganze Welt um Entschuldigung gebeten, habe Italien das Blaue vom Himmel versprochen und habe danach einen Sturm der Entrüstung sowie den Boykott seines Levantehandels über sich ergehen lassen müssen. Obendrein hätten wir noch den Sandschak geräumt. Dafür wäre Aehrenthal „Graf“ geworden und als Meister der Diplomatie gefeiert worden.

Italien mache im Frieden einen gemeinen Raubzug und kümmere sich dabei um niemanden, lasse sogar seinen Dreibundpartner Österreich-Ungarn bis zuletzt

¹⁵⁷ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 164

unorientiert. Dann habe es eine Flotte nach Prevesa entsandt, türkische Schiffe überfallen und Häfen bombardiert. Dazu sage keiner etwas.¹⁵⁸

Brosch sprach dabei an, dass Italien im September 1911 unter nichtigen Umständen einen Krieg gegen die Türkei begann, um Tripolis und die Cyrenaika zu erobern, ohne Konsultierung der Verbündeten.¹⁵⁹

Im Gegensatz zu unseren Diplomaten, die seit jeher unfähig waren, müsse man Italien um die seinigen beneiden, schrieb Brosch weiter. Mit Österreichs Charme und italienischer Diplomatie würde sich die Monarchie ihren gebührenden Platz erhalten können. Es sei jedoch das Hauptstreben des kranken schwächlichen österreichischen Ministers des Äußern, sich ja nirgends einzumischen.

Wenn Leopold Chlumecky diese Gedanken nicht nur in seinem Blatt unterbringe, sondern auch in einem liberalen Blatt, wäre ihm der Thronfolger dankbar.¹⁶⁰

Broschs Meinung war gewiss geprägt vom Thronfolger, der Aehrenthal bis zu dessen Tod bekämpfte.

Noch im Oktober kam Chlumecky der Bitte Broschs nach, schrieb über die Besetzung von Tripolis durch Italien und über das dabei inaktive Verhalten von Österreichs Ministerium des Äußern. „Es ist nicht unsere Aufgabe, allzu selbstlos dem Bundesgenossen zur baldigen Beilegung des Konfliktes mit der Türkei und zur mühelosen Erwerbung von Tripolis zu verhelfen. Eine halbwegs energische diplomatische Aktion müsste für uns mit einem Erfolg enden. Völliges Desinteresse Italiens an Albanien ist zu fordern“. Italiens Vorgehen werde auch in Frankreich, England und Deutschland scharf verurteilt, mit „einer Schärfe, wie sie in Österreich noch niemals gegen Italien laut wurde“.¹⁶¹

Baronin Leopoldine Franckenstein informierte am 6.11.1911 Josef Redlich über ein Gespräch, das sie mit Leopold Chlumecky führte. Dieser sagte ihr, er schreibe auf Weisung des Erzherzogs gegen Graf Aehrenthal, erwarte sich jedoch von ihm deswegen keinen Dank.¹⁶²

¹⁵⁸ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 15 Brief vom 5.10.1911 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹⁵⁹ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 440

¹⁶⁰ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 15 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹⁶¹ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht. (=Österreichische Rundschau Bd. 29 S. 162 v. Oktober 1911)

¹⁶² Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 110

Josef Redlich schrieb am 13. Jänner 1912 von schweren Angriffen auf Aehrenthal in der „Reichspost“. Er glaube nicht, dass sich Aehrenthal halten werden könne. Für Aehrenthal wäre es besser, beim Kaiser seine Entlassung zu beantragen, denn mit dem Thronfolger als „unbarmherzigen Gegner“ könne er auf Dauer nicht die Geschäfte führen.¹⁶³

Am 16. Jänner 1912 wurde während eines Diners bei Felix Oppenheimer zwischen Redlich, Chlumecky und Leopoldine Franckenstein über die Aehrenthalkrise gesprochen.¹⁶⁴

Am 26. Jänner 1912 erwähnte der schwer an Leukämie erkrankte Aehrenthal vor Redlich, dass er selbst den Wunsch habe, zurückzutreten.¹⁶⁵

Im Gegensatz zum Belvederekreis des Thronfolgers hatte Josef Redlich über Aloys Lexa Graf v. Aehrenthal eine hohe Meinung. Redlich pflegte auch bis zuletzt zu Aehrenthal guten Kontakt.

Am 17. Februar 1912 starb Aehrenthal. Darüber schreibt Redlich in seinem Tagebuch: „Aehrenthal war das Beste, was ich in diesen sechs Jahren politischen Wirkens erlebt habe. Er war vielleicht der Letzte, der die großen Seiten des Altösterreichertums in sich verkörperte. Er glaubte an die Dynastie und ihre providentielle Sendung in diesem Reich und er glaubte an die Monarchie. Er war eine kraftvolle Persönlichkeit in diesem Land der ererbten Müdigkeiten und Halbheiten“.¹⁶⁶

2.9 Albaniens Bedeutung für Österreich-Ungarn.

Wegen des im Jahre 1912 am Balkan drohenden Krieges beschäftigten sich sowohl Leopold Chlumecky als auch Heinrich Lammasch mit dieser Frage. Beide übergaben im November 1912 eine Studie bzw. Gegenstudie über die politische und geographische Bedeutung Albaniens der Militärkanzlei des Thronfolgers. Über diese Studien berichte ich nach der allgemeinen Betrachtung der Situation.

¹⁶³ Ebd. S. 119

¹⁶⁴ Ebd. S. 119 f

¹⁶⁵ Ebd. S. 121

¹⁶⁶ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 125

Den Italienisch-Türkischen Krieg 1911-12 nützten die Balkan-Kleinstaaten für ihre eigene Expansionspolitik, wodurch es zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses am Balkan kam. Russland, das seiner panslawistischen Politik weiterhin treu blieb, gelang es durch seinen Gesandten in Belgrad, Nikolaj Hartwig, Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland im Frühjahr des Jahres 1912 zu einem Bündnis zu bewegen. Dieses Bündnis sah einerseits die Aufteilung der europäischen Türkei vor und war andererseits gegen Österreich gerichtet, da es den Passus enthielt, gegen jede Großmacht Krieg zu führen, die ebenfalls türkisches Gebiet besetzen wolle.¹⁶⁷

Conrad v. Hötzendorf drängte darauf, gegen Serbien kriegerisch vorzugehen. Im Februar 1912 teilte jedoch Franz Ferdinand Conrad den Wunsch des Deutschen Kaisers mit, der auch dem seinen entsprach, dass die Mannschaftsstände an der galizischen und bosnischen Grenze zu vermindern seien, um die Situation mit Russland zu entspannen. Auch wegen Albanien werde er keinen Krieg führen.¹⁶⁸

Da die Balkanpläne des Ballhausplatzes, die darauf hinzielten, den Status quo zu wahren und sich den Zugang zum Mittelmeer frei zu halten, gestört wurden, sollten nun die Serben durch einen unabhängigen albanischen Staat vom Meer abgeschnitten werden. Italien, das eben den Krieg mit der Türkei im Frieden von Ouchy zu seinen Gunsten beendet hatte, unterstützte diesmal die Monarchie, um die Serben von ihrer adriatischen Gegenküste abzuhalten.¹⁶⁹

Italien hätte durch eine Festsetzung Serbiens in Albanien und ein weiteres Vordringen Griechenlands nach Norden keine Möglichkeit gehabt, jemals in das Jonische Meer zu gelangen. Daher folgte Italien in dieser Hinsicht der Politik Österreich-Ungarns. Nachdem Albanien unabhängig wurde, versuchte Italien bei Serbien, die Kooperation mit Österreich-Ungarn zu bagatellisieren. Italien machte wegen seiner Sympathien für Serbien kein Hehl.¹⁷⁰

Nach dem Tode Graf Aehrenthals, er starb am 17. Februar 1912, wurde Graf Berchtold Minister des Äußern. Leopold Chlumecky berichtete in der Österreichischen Rundschau im Juli 1912, dass Graf Berchtold wegen der Ereignisse am Balkan die Berliner Signatarmächte zu einer Aussprache eingeladen habe. „Es soll die Frage der Dezentralisation erwogen bzw. die türkische Regierung in diesem ihrem Vorhaben unterstützt werden“. Diese

¹⁶⁷ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S.440

¹⁶⁸ Max Polatschek, Franz Ferdinand-Europas verlorene Hoffnung S. 185

¹⁶⁹ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S.441

¹⁷⁰ Leopold Chlumecky, Die Agonie des Dreibundes S. 430 f (=Verlag Franz Deuticke Leipzig /Wien 1915)

Initiative Berchtolds zeige aller Welt, dass die Monarchie an einer ruhigen Entwicklung und an einem friedlichen Zusammenleben der Völker am Balkan interessiert sei. Einerseits habe er dabei die Türkei nicht verletzt, andererseits schien dieser Schritt geeignet, die Sympathien der Albaner wieder zurückzugewinnen.

Leider, berichtete Chlumecky weiter, bekundete „unser auswärtiges Amt im Vorjahr eine gewisse Passivität“, als die Erhebung der Katholiken Albanien von den Jungtürken „mit drakonischen Mitteln“ niedergeschlagen worden war. Dabei habe Österreich „von Woche zu Woche in Albanien an Prestige verloren“, während Italien und auch Montenegro an Sympathie gewonnen hätten. Durch den Schritt Berchtolds wisse man nun in Albanien, „dass Österreich-Ungarn sich wieder seiner traditionellen Mission bewusst ist, der Schützer und Fürsprecher der Christen und der verschieden am Balkan lebenden Nationen zu sein“. Weiters berichtete Chlumecky, es scheine, dass die Jungtürken ihre Methode der rücksichtslosen Ottomanisierung als falsch erkannt hätten und dass das zentralistische System verfehlt war. Er wusste aber auch darüber zu berichten, dass durch den Einfluss Russlands in den Pressestimmen Frankreichs und Italiens ein Stimmungswechsel erfolgt sei. War in Paris und Rom der österreichisch-ungarische Vorschlag anfangs günstig kommentiert worden, stellte sich später für deren Presse die Frage, ob Österreich-Ungarns Vorschlag uneigennützig sei.¹⁷¹

Bei einem Gespräch zwischen Graf Hoyos und Josef Redlich am 13.9.1912 sprach Hoyos über die Pläne von Österreichs Minister des Äußern, Graf Berchtold, bezüglich Albanien. Berchtold wolle keine kriegerische Entwicklung am Balkan. Österreich habe kein so großes Interesse an der „Steinwüste Albanien“, um darum einen Krieg zu führen. Es müsse nur verlangt werden, dass auch keine andere Macht in Albanien sei. Albanien würde am besten vom Sultan regiert werden. Österreich habe keinen Grund für weitere Expansionen. In Belgrad beginne die byzantinische Welt, und deshalb habe Österreich dort nichts zu tun. Bosnien sei das Äußerste.¹⁷²

Trotz aller Zurückhaltung Berchtolds in der österreichischen Balkanpolitik drohte ein europäischer Krieg. Die südslawische Begeisterung über die Siege im Balkankrieg gegen die Türkei an der Grenze der Donaumonarchie ließ den Funken des Panslawismus auf Bosnien und die Herzegowina überspringen. Russland mobilisierte seine Truppen an den militärischen Grenzbezirken der Monarchie und die Flotte im Schwarzen Meer. Österreich-Ungarn erhöhte in Galizien und Bosnien den Mannschaftsstand.¹⁷³

¹⁷¹ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht (=Österreichische Rundschau Bd. 32 Juli 1912)

¹⁷² Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 151

¹⁷³ Max Polatschek, Franz Ferdinand- Europas verlorene Hoffnung S. 175

Leopold Chlumecky schrieb in der Österreichischen Rundschau vom Oktober 1912 im Artikel „Österreich und die Neugestaltung am Balkan“, dass Serbien das von Montenegro besetzte San Giovanni di Medua und Durazzo fordere, denn dies sei der Zweck des Krieges gewesen. Nur an der Adria fände Serbien sein wirtschaftliches Ausfallstor. „Mit einem nur über bulgarisches Territorium erreichbaren Hafen östlich der Chalkidike“ sei Serbien nicht gedient.

Diese Forderung Serbiens erfolge jedoch nicht aus ökonomischen, sondern aus politischen Gründen, folgerte Chlumecky weiter. Da Russland auf dem „serbischen Korridor zur Adria“ unbedingt beharre, bestehe die begründete Besorgnis, der freie Zugang zum Meer könne für die Monarchie gefährdet sein. Außerdem könne Österreich-Ungarn die Albanesen nicht den Serben ausliefern. Belgrad solle nicht vergessen, „dass selbst das mächtige Russland seit Jahrhunderten vergeblich den freien, völlig unbehinderten Zugang zum Mittelmeer“ anstrebe.

„Wir haben aus dem Exposé des Grafen Berchtold erfahren, dass die Monarchie in Befolgung nüchterner Realpolitik der Eventualität namhafter territorialer Vergrößerung ihrer südslawischen Nachbarstaaten ins Auge blicken wird“. Chlumecky schrieb weiter, dass die Neugestaltung am Balkan von Österreich-Ungarn jedoch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden könne. „Die Schließung des slawischen Gürtels“ an der Südostgrenze der Monarchie sei jedenfalls „eine ernste Gefährdung des ruhigen Besitzes unserer südslawischen Gebiete“. ¹⁷⁴

Conrad v. Hötzendorf, der 1911 als Chef des Generalstabes von Blasius Schemua abgelöst wurde, bekam in dieser Situation wieder das Vertrauen des Thronfolgers. Conrads neuerliche Ernennung zum Generalstabschef erfolgte am 12. Dezember 1912. Der Kaiser hatte gegen die Rückholung Conrads nichts einzuwenden, forderte jedoch gleichzeitig den Rücktritt des Kriegsministers Auffenberg. Dessen Nachfolger wurde Feldmarschalleutnant Ritter v. Krobotin. In diesen Tagen konnte auch der Dreibundvertrag ohne nennenswerte Schwierigkeiten erneuert werden, da die italienischen Interessen an der Südküste der Adria mit denen der Habsburgmonarchie übereinstimmten. Die Wiederernennung Conrads, der als das Haupt der Kriegspartei galt, erweckte bei den Ententemächten den Eindruck, Österreich-Ungarn ziele auf einen Waffengang am Balkan hin. ¹⁷⁵

¹⁷⁴ Leopold Chlumecky, Österreich-Ungarn und die Neugestaltung am Balkan (=Österreichische Rundschau Bd. 33 S. 299 Oktober 1912)

¹⁷⁵ Max Polatschek, Franz Ferdinand- Europas verlorene Hoffnung S. 176 f

Graf Berchtold ersuchte am 2. November 1912 Josef Redlich, mit serbischen Politikern in Belgrad Kontakt aufzunehmen, um auszuloten, ob sich die serbische Politik nach den Siegen im Balkankrieg gegenüber Österreich-Ungarn verändern werde.

Der serbische Ministerpräsident Nikola Pasic vertrat gegenüber Redlich folgende Meinung: „Serbien muss ans Meer. Medua und Saloniki werden Freihäfen. Eine Zollunion mit der Donaumonarchie ist zur Zeit verfrüht. Österreichs falsche Politik bezüglich Albanien - es soll ein unabhängiger Staat werden - ist die Hauptschwierigkeit. Ein Großalbanien ist undenkbar. Albanien soll zwischen Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro aufgeteilt werden. Die Autonomie der katholischen Kirche wird anerkannt.

Was wir mit dem Schwert errungen haben, kann uns nur mit dem Schwert genommen werden. Wenn uns Österreich feindlich begegnet, halten wir uns an den Osten“.¹⁷⁶

Wie zu Beginn erwähnt, gaben zu dieser Zeit Heinrich Lammasch und Leopold Chlumecky ihre politischen Studien über Albanien der Militärkanzlei Franz Ferdinands zur Einsicht. Thematisiert wurden die Sinnhaftigkeit eines geeinten unabhängigen Albanien, das Für und Wider eines serbischen Hafens an der Adria und die Folgen eines eventuellen Krieges gegen Serbien.

Über ein autonomes Albanien meinte Lammasch sinngemäß in seiner Studie vom November 1912, dass ein vollständig autonomes Albanien nicht im Interesse der Donaumonarchie läge. Italien habe großen Einfluss auf Albanien, da es als Kulturland geographisch Albanien am nächsten liege. Darüber hinaus gebe es seit Jahrhunderten in Italien geschlossene albanische Kolonien. Eine italienisch-griechische Personalunion entspräche den Interessen Österreich-Ungarns am ehesten, denn dadurch wäre Albanien gegen Serbien geschützt, der italienische Einfluss vermindert und in den Balkanbund würde ein Keil getrieben werden.¹⁷⁷

Im Gegensatz dazu schrieb Leopold Chlumecky in seiner Studie, dass ein geeintes Albanien für die Donaumonarchie von großem Interesse sei, da ein von serbischen Enklaven vom Süden getrennter katholischer albanischer Norden stark nach Italien gravitieren würde.¹⁷⁸

Bezüglich des Erwerbs eines Adria Hafens sehe Lammasch auch dann keine besondere Gefahr für Österreich-Ungarn, wenn der Hafen durch einen schmalen Korridor mit anderen serbischen Territorien verbunden wäre.

¹⁷⁶ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I S. 166

¹⁷⁷ Nachlass Chlumecky, Q1 4. 01 Politische Studie von Heinrich Lammasch (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹⁷⁸ Ebd. Q1 4. 02 Politische Studie von Leopold Chlumecky

Durazzo im serbischen Besitz wäre für Italien weit weniger angenehm als für die Donaumonarchie, denn es bekäme ein unbequemes Gegenüber. Dazu kommt, dass der Besitz eines adriatischen Hafens Serbiens militärische Kraft binden würde. Dagegen wäre an der dalmatinischen Küste ein serbischer Hafen, wegen der Gefahr einer erhöhten serbischen Irredenta in Dalmatien, nicht wünschenswert. Weiters meinte Lammasch, dass sich aus wirtschaftlichen Gründen der Handel für Serbien nur nach dem Westen lohne, nicht nach dem Osten. Lammasch sehe auch wegen einer Aussperrung der Donaumonarchie vom Mittelmeer keine Gefahr, da die Straße von Otranto nicht derart schmal sei, dass sie von beiden Ufern aus beherrscht werden könnte.¹⁷⁹

Für Chlumecky wäre dagegen der Erwerb eines adriatischen Hafens durch Serbien für die Monarchie weit gefährlicher als für Italien, denn serbisches Territorium am Mittelmeer könnte für Italien ein Stützpunkt werden, der den Weg ins Mittelmeer versperren würde. Außerdem kenne man die Nähe zwischen serbischer und italienischer Irredenta, wodurch sich einmal beide Länder über die Adria die Hände reichen könnten. Für die wirtschaftlich stärkere Donaumonarchie wäre dagegen ein serbischer Hafen in Dalmatien von Vorteil, da der serbische Handel Richtung Österreich gravitieren solle.¹⁸⁰

Über die Folgen eines eventuellen Krieges gegen Serbien meinte Lammasch sinngemäß, dass dadurch die slawische Bevölkerung zu Feinden der Monarchie werden würde. Weiters schreibt er in seiner Studie, wenn man Serbien annektiere, werde sich die Zahl der Feinde um 2-3 Millionen Südslawen erhöhen. Für den Krieg sind Teile der Christlichsozialen Partei, der Magyaren und der extrem Deutschnationalen. Die Magyaren erhoffen sich durch einen Krieg, die Slawen auch im Inneren zu überwinden. Die Alldeutschen erhoffen sich durch einen Krieg, die Monarchie in Abhängigkeit zum Deutschen Reich zu bringen.¹⁸¹

Auch zum Thema eines Krieges gegen Serbien stand die Studie von Chlumecky im Gegensatz zu der Studie von Lammasch. Er tritt darin für eine expansive Politik gegen Serbien ein, da dadurch drohende Gebietsverluste von der Donaumonarchie abzuwenden sind. Serbien wirke auf die südöstlichen Gebiete der Monarchie stark attraktiv, da die komplizierten staatsrechtlichen Verhältnisse Österreich-Ungarns eine einheitliche Behandlung ihrer Südslawen erschwere. Beharre man weiter auf diesem Zustand, gehe das „Auseinanderregieren der Südslawen“ weiter. Besiege man Serbien, sollten an

¹⁷⁹ Ebd. Q1 4. 01 Politische Studie von Heinrich Lammasch

¹⁸⁰ Nachlass Chlumecky, Q1 4. 02 Politische Studie von Leopold Chlumecky

¹⁸¹ Ebd. Q1 4. 01 Politische Studie von Heinrich Lammasch

Stelle einer Annexion „größere serbische Gebiete an Bulgarien abgetreten werden“. ¹⁸²

Chlumeckys Studie lässt einen der wenigen Fälle erkennen, wo seine politische Ansicht nicht mit der Franz Ferdinands übereinstimmte. Mit seiner Meinung über die Vorgehensweise der Monarchie gegenüber Serbien befand er sich in Einklang mit Conrad und Brosch.

Die Studie von Heinrich Lammasch über Albanien gab Carl Bardolff, seit 1911 Vorstand der Militärkanzlei des Thronfolgers, am 3.12. an Franz Ferdinand mit beigefügter Anmerkung weiter: „Ich erlaube mir zu konstatieren, dass die Studie das Ergebnis einer Summe von theoretischen Bedenken und Ängstlichkeiten ist und keinerlei positive Ziele beinhaltet, außer man nennt positiv, wenn man alles laufen lässt, was die anderen wollen und dazu Ja und Amen sagt“. ¹⁸³

Schon der erste Balkankrieg 1912-13 besiegelte das Ende der Türkei auf europäischem Boden. Die Bildung eines unabhängigen Albanien wurde dadurch akut. Bei der Londoner Botschafterkonferenz im Dezember 1912 zur Neuordnung der ehemaligen türkischen Gebiete einigte man sich auf die Anerkennung der Unabhängigkeit Albaniens. Österreich-Ungarn, Italien, England, Frankreich und Russland einigten sich auf die Staatsform - ein neutrales Erbfürstentum unter einem europäischen Herrscher. Eine internationale Kontrollkommission zur Administration und Kontrolle der Finanzen wurde auf Jahre bestellt. Die Festlegung der zukünftigen Grenzen machte Probleme. Es galt, die Landnahme von Montenegro, Serbien und Griechenland zu revidieren. Zähe Verhandlungen zwischen Russland, Österreich-Ungarn und Italien folgten. Die Abgrenzungsdebatten führten beinahe zum Ausbruch eines internationalen Konfliktes. ¹⁸⁴

Diese Grenzdebatten lösten eine sehr nervöse Botschaftertätigkeit zwischen Russland und Österreich aus. Frau Leopoldine Franckenstein schrieb an Chlumecky am 17. Februar 1913 aus London, dass Österreich als europäischer Störenfried betrachtet werde. Jeder frage einen: „Why does Austria want war“? Graf Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, Österreichs Botschafter in London, berichtete ihr, dass alle Mächte auf ihn einwirken würden, er solle es Russland leichter machen. Der russische Botschafter sage, er könne nie mehr nach Russland zurück, da man ihm dort vorwerfe, alle russischen Interessen

¹⁸² Ebd. Q1 4. 02 Politische Studie von Leopold Chlumecky

¹⁸³ Akte der Militärkanzlei Franz Ferdinands, MKFF Karton 203 Auswärtige Angelegenheiten (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv)

¹⁸⁴ Michael Macek, Albanien unter der Herrschaft des Prinzen zu Wied S. 128 (=Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie Univ. Wien 1995)

weggeworfen zu haben und er ein halber Österreicher sei. Russland wolle zwar nicht den Krieg, aber man dürfe den Bogen wegen ein paar unbedeutender albanischer Dörfer auch nicht überspannen. Weiters schrieb Leopoldine Franckenstein, dass Österreich von Mensdorff, der eisern an seinen Forderungen festhalte, exzellent vertreten werde. Mensdorff sehe Österreichs Verhältnis zu Russland nicht sehr rosig. Er meine, dass bei einer schwachen unbeständigen österreichischen Regierung und einer noch schwächeren auf russischer Seite die Gefahr eines Krieges mit Russland nicht zu unterschätzen wäre. Wegen der albanischen Abgrenzung sei noch nichts entschieden, da die Verhandlungen stocken würden. Als sehr ernst betrachte man in London die rumänisch-bulgarische Frage, über deren Konsequenzen auch in der deutschen Botschaft Besorgnis herrsche. Überall rege sich Kriegsnervosität.

Heute verstünden sich englische und deutsche Politiker besser als vor einem Jahr. Man spräche von einer in späteren Jahren möglichen Allianz. Würde dann Deutschland noch ein Bündnis mit Österreich brauchen? ¹⁸⁵

„Man müsse endlich die Forderung zur Räumung Albaniens im großen Stil durchsetzen. Keinesfalls dürfen eigene kleine Abteilungen in ein Gebiet entsendet werden, welches von Serben und Montenegrinern besetzt ist“. So lautete die Stellungnahme Conrads, die auch der Kriegsminister vertrat und die am 24.3.1913 von Bardolff an Franz Ferdinand weitergegeben wurde, nachdem von Graf Berchtold und Graf Hoyos die Meldung ins Kriegsministerium kam, „dass es nicht ausgeschlossen ist, dass die Italiener Valona besetzen könnten“.

Weiters meinte Conrad, dass, wenn Italien die Absicht bekunde albanisches Gebiet zu besetzen, entschieden Einspruch zu erheben sei. Ein italienisches Vorgehen gegen Serbien und Montenegro zu Lande dürfe nur parallel mit einem österreichisch-ungarischen Vorgehen erfolgen. Falls Italien mit einer Besetzung Valonas den Ereignissen vorgreife, „muss von Seiten Österreich-Ungarn sofort die Forderung nach Räumung Albaniens seitens Serbiens und Montenegros gestellt und deren Nichterfüllung als Casus Belli gegen Serbien und Montenegro genommen werden. Diese Absicht müsse schon jetzt Italien bekannt gegeben werden“. ¹⁸⁶

2.10 Chlumeckys Kontaktverlust zum Belvedere.

¹⁸⁵ Nachlass Chlumecky, Q1 5. Brief v. Leopoldine Franckenstein an Chlumecky v. 17.2.1913 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹⁸⁶ Akte der Militärkanzlei Franz Ferdinands, MKFF Karton 203/8 Auswärtige Angelegenheiten (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv)

Chlumecky beklagte sich am 23. Juli 1913 bei Bardolff, er habe das Gefühl, in den letzten Monaten den Kontakt zum Belvedere verloren zu haben. Durch die verworrenen Vorkommnisse wäre es ihm unmöglich, die richtige Linie von Österreichs Außenpolitik zu erkennen. Ohne vorher mit Bardolff in Verbindung getreten zu sein, wolle er darüber nicht schreiben. Er glaube, dass ihn die Ereignisse in eine Stellung gebracht hätten, die dem Thronfolger nicht gefalle.¹⁸⁷

Im Gegensatz zu Thronfolger und Kaiser wollte Chlumecky den Krieg. Leopold Chlumeckys Meinung bezüglich Russland und Serbien war nicht die des Thronfolgers. Wie schon erwähnt, neigte er in dieser Hinsicht mehr zur Meinung Conrads.

Der Thronfolger war über Entwicklung und Ergebnis der beiden Balkankriege besorgt. Aus schon erwähnten Gründen wollte er zum zaristischen Russland bessere Beziehungen und ein gutes Einvernehmen mit Rumänien. Seine Rücksichtnahme auf Russland verbot eine aggressive Haltung gegen Serbien.¹⁸⁸

Des Erzherzogs herrisches Wesen stand im Widerspruch zu seiner Einstellung in Sachen Krieg und Frieden. Einzige Abweichung von seiner Grundhaltung war eine eingeschränkte Zustimmung für einen Krieg gegen Serbien im November 1912. Nur widerwillig stimmte er im Verlauf des Jahres 1913 einer Gewaltandrohung zu. Er war kein Pazifist, aber er wusste, dass ein Vorgehen gegen Serbien einen Konflikt mit Russland auslösen würde.¹⁸⁹

Am 12.11.1912 hatte Josef Redlich ein Gespräch mit dem 1. Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, Olivier Marquis v. Bacquehem. Dieser verurteilte die gesamte innere und äußere Politik der Monarchie. Österreichs Minister des Äußern Graf Berchtold sei der Situation nicht gewachsen.

Kurz danach hatte Redlich ein Gespräch mit Ernest Koerber, der die ganze äußere und innere Lage des Staates trost- und hoffnungslos fand. Hauptschuldiger ist der Kaiser, der alles leiten will, keinen Widerspruch verträgt aber die Dinge nicht versteht, war die Meinung Koerbers. Auch der Erzherzog behandle alle Probleme flüchtig und ohne Sachkenntnis.¹⁹⁰

¹⁸⁷ Nachlass Chlumecky, Q1 1. 23 Brief v. 23.6.1913 (=Österr. Staatsarchiv - Haus-Hof-Staatsarchiv Sig. NN u. XY)

¹⁸⁸ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 441

¹⁸⁹ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 59 (= Verlag Styria Graz, Wien, Köln 1993)

¹⁹⁰ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I, 1908-1914. Das politische Tagebuch Josef Redlichs, bearb. von Fritz Fellner S. 178 (=Verlag Böhlau Nachf. Graz-Köln 1953)

Josef Redlich schrieb von einem Gespräch mit Baron Leopold Chlumecky am 15.11.1912. Chlumecky habe erzählt, dass der Thronfolger vom Kaiser unter Tränen gebeten worden sei, nicht zum Krieg zu drängen. Nach Meinung Chlumeckys komme alles Unglück vom Kaiser. Dieser besitze wegen seines hohen Alters nunmehr keine Entschlussfähigkeit. Der Thronfolger zeige sich wegen der jahrelangen Kämpfe sehr ermüdet und der „höchst kriegsunlustige Kaiser Wilhelm“ habe kein Verständnis für Österreichs Reichsinteressen.¹⁹¹

Im Brief an Brosch vom 8.1.1913 zeigt Chlumecky seine Enttäuschung über das passive Verhalten von Kaiser und Thronfolger gegenüber Serbien. Er hoffe, dass ein Anlass von Außen die Monarchie zum Handeln zwingen werde. Man suche immer neue Varianten, die als Wand zu dienen haben, hinter der man sich verkriecht, um den Schein zu erwecken, man könne trotz bester Absichten nicht energisch handeln, schrieb Chlumecky weiter. Erst war es die angeblich kühle reservierte Haltung Deutschlands als Revanche für die Politik Aehrenthals zur Zeit der Marokkokrise - er konnte sich in Berlin jedoch vom Gegenteil überzeugen - dann wieder hieß es, Italien sei unverlässlich und trotz Erneuerung des Dreibundes bereit, Österreich in den Rücken zu fallen. Schließlich, so Chlumecky, war es die gut gespielte Sorge vor Unruhen im eigenen Lande im Falle eines Krieges gegen Serbien. Für Dalmatien träfe diese „Besorgnis“ keinesfalls zu. „Der Statthalter garantiert uns, dass das Land auch im Falle eines Krieges ruhig bleiben wird und die Leute ihre Pflicht tun werden“.

Er, Chlumecky, bemühe sich stets, alle diese Vorwände zu entkräften. Der ihm angeborene Optimismus lasse ihn hoffen, dass die Monarchie eines Tages vor einer Situation stehe, „welche die Diplomatie zum Schweigen bringt und die Kanonen zum Reden zwingt“. Geschehe dies nicht, sehe er für die Zukunft schwarz.¹⁹²

Josef Redlich übte in seinem Tagebuch im Februar und März 1913 mehrmals Kritik an der Konzeptlosigkeit des Thronfolgers und beschrieb das Verhalten von Österreichs Minister des Äußern, Graf Berchtold, der gänzlich ein Werkzeug des Kaisers sei, als jämmerlich. Berchtolds größter Fehler sei, dass er nicht schon längst demissioniert habe.

Der Thronfolger halte sich von allen fern und sei gegen den Krieg. Wer den Krieg wolle, sei ein Staatsverbrecher. Obwohl sich die politische Lage kriegsbedrohlich gestalte - die Beschießung von Klöstern und österreichisch-ungarischen Waisenhäusern in Skutari - wolle Franz Ferdinand vom Krieg

¹⁹¹ Ebd. Bd. I, S. 178 f

¹⁹² Nachlass Brosch v. Aarenau, Karton B232, 11 (=Österreichisches Staatsarchiv-Kriegsarchiv)

nichts wissen. Dagegen sprächen nach seiner Meinung Österreichs Finanzen, dabei ließe er aber ruhig die Finanzen durch Kriegsvorbereitungen zerstören.

„Eine solche Summe von Unfähigkeit, Unwissenheit und Zerfahrenheit in der Regierung eines Großstaates habe es schon lange nicht gegeben“.

Leopold Chlumecky erzählte Redlich am 21. März, dass er bei seiner Ägyptenreise die Gelegenheit hatte, bei Prinz Joachim, dem jüngsten Sohn des deutschen Kaisers, die geringe Unterstützung Deutschlands für Österreichs Außenpolitik zu beklagen. Der Prinz sprach sich dagegen über die merkwürdige Lebensauffassung der österreichischen Erzherzöge aus und er würde es bedauern, dass es zwischen Hohenzollern und Habsburgern keine familiären Bande gebe.¹⁹³

Chlumeckys Ansichten, Serbien sei energisch entgegenzutreten, fanden sich auch in seinen Artikeln der „Österreichischen Rundschau“. Durchaus möglich, dass er dadurch das Wohlwollen Franz Ferdinands verlor, denn seit Mitte 1913 war der Kontakt zwischen der Militärkanzlei Franz Ferdinands und ihm zum Erliegen gekommen.

Nach dem Brief Chlumeckys vom 23. Juli 1913 an Bardolff fand sich weder im Nachlass von Chlumecky noch in den Akten der Militärkanzlei Franz Ferdinands ein Hinweis auf weitere Kontakte Chlumeckys zum Belvedere.

¹⁹³ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I, S. 190 ff

3. Die politischen Briefe Leopold Chlumeckys an seinen Vater bis zu „Italiens Verrat 1914-1915“¹⁹⁴

Die Korrespondenz Chlumeckys, vom Oktober 1914 bis Mitte Mai 1915, gibt Hinweis auf die rege politische Tätigkeit zwischen der Donaumonarchie, Deutschland und Italien.

Österreich-Ungarns Diplomatie tat sehr viel, um einen Konflikt mit Italien zu vermeiden. Dem Dreibundpartner Italien wurde für seine Neutralität Kompensation angeboten. Hoffen, Bangen und letztendlich vergebliches Bemühen charakterisierten zu dieser Zeit die diplomatische Tätigkeit der Habsburgermonarchie.

Leopold Chlumeckys Eltern weilten bis knapp vor Italiens Kriegseintritt in Görz. Die im Nachlass vorhandenen Briefe an seinen Vater zeigen, wie Leopold Chlumecky seine Eltern über die aktuellen Verhandlungen des Ministeriums des Äußern mit Italien informierte. Um bei Gefahr eines Kriegseintrittes Italiens auf Seiten der Ententemächte seine Eltern sicher in die Heimat bringen zu können, ließ Chlumecky einen Einstellzug-Salonwagen bereitstellen.¹⁹⁵

Italien machte es Österreich-Ungarn schwer, in seine Politik Vertrauen zu gewinnen, denn die italienischen Ziele standen im Gegensatz zu den eigenen machtpolitischen Intentionen. Dazu kam, dass die nie verstummenden irredentistischen Ansprüche die multinationale Organisation der Donaumonarchie bedrohte. Gerade in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurden die

¹⁹⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. Titel der Briefsammlung (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

¹⁹⁵ Ebd. Q2 6a. 18 Brief v. 2.5.1915

nationalen Strömungen in Italien wieder stärker. Aehrenthal konnte zwar die Präventivkriegspläne Conrads vereiteln, aber die antiitalienische Haltung in der österreichisch-ungarischen Politik nicht beseitigen.

Gestützt auf die Meinung Franz Ferdinands, der so wie Conrad in Italien den größten Feind der Monarchie sah, blieb die italienfeindliche Einstellung in der österreichisch-ungarischen Führungsschicht bestehen.¹⁹⁶

Schon bald nach der Unterzeichnung des Dreibundes, im Mai 1882, kam es zur Verstärkung irredentistischer Aktivitäten, die im missglückten Attentatsversuch auf Kaiser Franz Joseph, anlässlich seines Besuches in Triest im August 1882, gipfelte. Es muss jedoch gesagt werden, dass italienische Polizeiorgane wesentlich dazu beitrugen, den Attentäter Oberdank und seine Komplizen verhaften zu können. Die italienische Regierung verhielt sich auch in den folgenden Jahren stets loyal, obwohl es immer wieder zu Entgleisungen hochgestellter italienischer Politiker kam.¹⁹⁷

Italien war 1882 froh, von den Zweibundmächten aufgenommen zu werden. Graf Robilant änderte aber die italienische Außenpolitik, deren Leiter er seit 1885 war. Robilant wollte Italien zur führenden Mittelmeermacht erheben und verhandelte nun gleichzeitig mit England, Frankreich und den Dreibundpartnern.

Die italienischen Absichten stießen im östlichen Mittelmeer und in der Adria in ein Gebiet vor, welches zur Einflussphäre der Donaumonarchie gehörte.

Mit dem Regierungsantritt Francesco Crispi 1887 erfolgte eine Abwendung von den irredentistischen Plänen, da ihm die Auseinandersetzung mit Frankreich um Afrika wichtiger schien als eine Konfrontation mit Österreich-Ungarn wegen der von den Nationalisten geforderten „Befreiung“ Triests und des Trentino.

Nun begann eine zehnjährige Periode italienisch-französischer Spannungen. Crispi wollte die kolonialen Ziele Italiens notfalls mit Gewalt durchsetzen.

Um Italien aus den Dreibund zu drängen, übte Frankreich durch einen Wirtschaftsboykott Druck aus. Daraufhin erfolgte durch Crispi 1888 die Kündigung des Handelsvertrages. Frankreich reagierte mit einem Zollkrieg, der die italienische Wirtschaft schädigte.¹⁹⁸

Die Ablehnung Deutschlands und Österreich-Ungarns, den Dreibund für Italiens afrikanische Pläne missbrauchen zu lassen, wurde von den irredentistischen Strömungen Italiens genützt, um gegen die Bündnispartner

¹⁹⁶ Fritz Fellner, Der Dreibund S. 76 f

¹⁹⁷ Fritz Fellner, Der Dreibund S. 21

¹⁹⁸ Ebd. S. 36 f

Stimmung zu machen. Als Crispi 1893 wieder an die Macht kam, wollte er das im Vertrag von Ucciali 1889 erhaltene Protektoratsrecht über Abessinien zu dessen völligen Eroberung nützen, erhielt jedoch dazu weder aus Berlin, noch aus Wien oder London Unterstützung. Französische Hilfe hätte es nur bei einem Ausscheiden Italiens aus dem Dreibund gegeben. Nach dem Scheitern Italiens im Äthiopischen Krieg, nach der Niederlage bei Adua 1896, musste Crispi zurücktreten, wodurch der Dreibund in Italien seinen aufrichtigsten Anhänger verlor. Die politische Führung nach Crispi, wie etwa Rudini oder Giolitti, bejahten zwar das Bündnis, wollten es jedoch nie als Kampfbund gegen Frankreich einsetzen.¹⁹⁹

Durch das Wiederaufleben des Irredentismus wurde in der Balkanpolitik eine Zusammenarbeit für Österreich-Ungarn mit Italien fast unmöglich. Ende des 19. Jahrhunderts ist im Irredentismus ein Wandel eingetreten. Wurde er vorher von den demokratisch-radikalen-sozialistischen Kräften Italiens getragen, die sich damit begnügten, mehr Autonomie im Habsburgerreich zu fordern, traten jetzt chauvinistische Kräfte an ihre Stelle, die jeden Anlass zu lautstarken Kundgebungen benutzten, wobei sie allerdings durch Goluchowskis Politik reichlich Gründe fanden. In dessen Bestreben den Status quo zu erhalten, suchte Goluchowski nur die Verständigung mit Russland, ohne dabei Italien zu berücksichtigen. Ohne Zweifel standen die konservativen österreichisch-ungarischen Politiker einer Bindung an das autokratische Zarenreich näher als an das liberale Italien. Das starke Balkaninteresse des mit den Irredentisten sympathisierenden jungen Königs Viktor Emanuel III. mahnte Österreich-Ungarn zur Vorsicht vor einem offenen Konflikt mit Italien und ließ die Donaumonarchie bei Russland Rückendeckung suchen. Die Neutralitätsvereinbarung vom 15. Oktober 1904, die zwischen Aehrenthal, damals Botschafter in St. Petersburg und Graf Lamsdorff ausgetauscht wurde, gibt Zeugnis davon.²⁰⁰

Mit Aehrenthal kam 1906 die Führung der habsburgischen Außenpolitik in die Hände eines Mannes, der so wie Bismarck nicht bereit war, seine Pläne den Wünschen seiner Verbündeten unterzuordnen. Er machte seinen diplomatischen Weg in den autokratischen Staaten des Ostens. Die Zeit der aktiven Außenpolitik Aehrenthals war die Zeit der größten Unabhängigkeit Österreich-Ungarns von Deutschland, dessen Außenpolitik in den Händen von Kaiser und Kanzler lag. Im Verhältnis zu Italien, dessen Kabinett vom Parlament und der von Nationalisten beeinflussten öffentlichen Meinung abhängig war, führte Aehrenthals Einstellung zu einer Verschlechterung.

¹⁹⁹ Ebd. S. 41 ff

²⁰⁰ Fritz Fellner, Der Dreibund S. 63 ff

Aehrenthal machte es Italiens Außenminister Tittoni schwer, seine dreibundfreundliche Politik im italienischen Parlament erfolgreich zu vertreten. Da Aehrenthal von der Notwendigkeit des Dreibundes überzeugt war und die offizielle italienische Politik bis 1914 nie den Bestand der Doppelmonarchie bedrohte, distanzierte er sich von den Forderungen der Militärkreise und der dem Thronfolger nahestehenden Presse nach einem Präventivkrieg gegen Italien. Den Forderungen der Nationalisten nach dem Trentino und nach Triest wollte kein italienischer Staatsmann bis 1914 gewaltsam nachkommen, denn man betrachtete die Donaumonarchie als notwendige Barriere gegen den Panslawismus. Gleichzeitig muss aber auch festgehalten werden, dass die österreichisch-ungarische Balkanpolitik keinerlei Lebensinteresse Italiens bedrohte, da Italiens Balkanpolitik nur eine künstlich geschaffene Prestigepolitik war. Doch von der italienischen Presse und in politischen Reden wurde die Idee der „*altra sponda*“ und des „*mare nostrum*“ eingehämmert.²⁰¹

Am 24. Oktober 1909 vereinbarten der russische Außenminister Iswolskij und Tittoni, sich für die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan einzusetzen und im Falle der Nichtaufrechterhaltung dieses Ziels sich in gemeinsamer diplomatischer Aktion dagegen zu wehren. Es wurde auch vereinbart, dass Italien und Russland ihren beiderseitigen Zielen in Tripolis bzw. in den Meerengen mit Wohlwollen gegenüberstehen sollten. Das Abkommen von Racconigi kann als antiösterreichisch bezeichnet werden, da es jede österreichisch-ungarische Expansion am Balkan zu verhindern suchte, widersprach jedoch nicht dem konservativ-defensiven Sinn des Dreibundes. Mit dem Vertrag von Racconigi 1909 war es Italien gelungen, auch von der europäischen Großmacht Russland für seine afrikanischen und adriatischen Pläne die Zustimmung zu erlangen und damit die Unabhängigkeit seiner machtpolitischen Stellung zu erreichen.²⁰²

Durch die Annäherung Russlands an Italien lebte bei den Balkanstaaten wieder die Hoffnung auf die Errichtung des Balkanbundes auf, „dessen Baumeister Russland und Italien werden sollen“, schrieb Chlumecky in der Österreichischen Rundschau im November 1909. Nicht zu Unrecht bringe man in Konstantinopel wegen der Ergebnisse von Racconigi Russland und Italien gesteigertes Misstrauen entgegen. Die soeben erfolgte Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei erfolgte gerade zur rechten Zeit. Die Geschehnisse am Balkan schienen für beide gefährlich zu sein. Nun fand zwischen beiden Staaten eine Begegnung im Zeichen wirtschaftlicher Interessen statt. Die gleichartigen Interessen siegten über die Verstimmung, die

²⁰¹ Fritz Fellner, Der Dreibund S.68 ff

²⁰² Ebd. S. 71 ff

bei der Türkei wegen der Annexion Bosniens und der Herzegowina gegenüber Österreich bestand.²⁰³

Mit Racconigi begann auch die letzte Phase des Dreibundes. Seit dem Vertrag bedeutete der Bund für Italien nur mehr Rückhalt und Sicherheit, aber keine Verpflichtung. Der defensive Charakter des Bündnisses stellte es jedoch auch den anderen Partnern frei, seine Interessen außerhalb des Bundes wahrzunehmen. Auch Deutschland versuchte, im November 1910 die russische Zustimmung für seine Kleinasienpolitik zu bekommen, in dem es sich verpflichten wollte, auf die Balkanpolitik der Donaumonarchie einzuwirken. Das Dreierbündnis wurde zwischen 1910 und 1914 durch den italienisch-türkischen Krieg, die Balkankriege und durch die Balkaninteressen Österreich-Ungarns und Italiens maßgeblich beeinflusst. Da Rom sich in seiner Adriapolitik berechtigt fühlte, der politische Führungskreis Wiens zur Politik Italiens kein Vertrauen hatte, der Schwerpunkt der Stimme im Bündnis nach Bismarcks Tod - durch den Deutschlands Geltung sank - sich nach Wien verlagerte, zerfiel das Bündnis schrittweise.²⁰⁴

Vor dem Abkommen mit Russland in Racconigi war Italiens Balkanpolitik eine vorwiegend abwartende. Man begnügte sich damit, dass der Status quo erhalten blieb. Der begrenzte Italienisch-Türkische Krieg 1911/1912, der Italien den Erwerb der libyschen Gegenküste Cyrenaika und Tripolis sowie des Dodekanes brachte, leitete eine raumgreifende Mittelmeerpolitik Italiens ein. Der Gegensatz zwischen Russland und Österreich-Ungarn wurde von Italien klug genutzt. Ohne Italiens Zustimmung konnte seit Racconigi am Balkan nichts mehr geschehen. Gleichzeitig wurde das Interesse der italienischen Öffentlichkeit für Balkanfragen geweckt. Mit Albanien wollte Italien die Adria beherrschen. Mit dem Schlagwort des „mare nostro“ brachte sich Italien von der Adriapolitik zur Balkanpolitik. Die wirtschaftlichen und politischen Bande zu Serbien wurden enger.²⁰⁵

Die Haltung Italiens trägt Schuld am Weltkrieg, schrieb Chlumecky 1915. Die italienische Politik tat Jahrzehnte vor dem ersten Weltkrieg alles, um eine Schwächung der Donaumonarchie zu erreichen. Durch dieses Verhalten seien die Ententemächte in ihrer Hoffnung gestärkt worden, dass Italiens Armee im Ernstfall nicht mit ihren Dreibundpartnern kämpfen würde. Diese Hoffnung war es vielleicht, die den Verantwortlichen in Paris, London und Petersburg den Entschluss erleichterte, in den Krieg zu treten.²⁰⁶

²⁰³ Leopold Chlumecky, Politische Übersicht Bd. 21 S.315 (=Österreichische Rundschau vom Nov. 1909)

²⁰⁴ Fritz Fellner, Der Dreibund S. 73 ff

²⁰⁵ Leopold Chlumecky, Die Agonie des Dreibundes S. 427 ff (=Verlag Franz Deuticke Leipzig /Wien 1915)

²⁰⁶ Ebd. S. 441

Um Italien nicht zu verstimmen, übte Österreich-Ungarn gegenüber allen Feindseligkeiten seitens Italiens stets Nachsicht. Hier bestand Dissens zwischen den Militärs und Aehrenthal, der die Bündnistreue um jeden Preis fortsetzen wollte.²⁰⁷

Für den Fall einer Verstärkung der österreichischen Balkanposition wollte Italien Kompensation. Entweder österreichisches Gebiet oder die Sperre der Adria durch eine Festsetzung in Albanien. Durch dessen Besitz hätte Italien die Straße von Otranto beherrscht.²⁰⁸

Über das Verhalten Italiens meint Fritz Fellner, dass nichts in den Bestimmungen des Dreibundes Italien im Juli 1914 verpflichtete, die beiden Mittelmächte zu unterstützen. Durch die formalen Verstöße der Regierungen von Wien und Berlin gegen die Bestimmungen des Dreibundes wurde es Italien außerdem erleichtert, sich durch eine Neutralitätserklärung in eine abwartende Position zu bringen. Der Entschluss, gegen Serbien nach dem Attentat von Sarajewo gewaltsam vorgehen zu wollen, wurde vom Ballhausplatz Italien verschwiegen, obwohl die Verpflichtungen des Bündnisses ausdrücklich darauf hinweisen, dass ein Vorgehen am Balkan erst nach Klärung mit Italien über gegenseitige Kompensationen erfolgen könne. Begründet wurde das Verhalten von Österreichs Ministerium des Äußern damit, dass es die Sorge war, Italien könnte Russland über das absichtliche Vorhaben Österreich-Ungarns vorzeitig informieren.

Die Bemühungen der Mittelmächte in den folgenden neun Monaten zur Rettung der Allianz ermöglichten es dann den Interventionisten Italiens, die letzten Hindernisse zu beseitigen, um nach der Kündigung des Vertrages im Mai 1915 den Weg zur Erfüllung ihrer machtpolitischen Pläne im Krieg gegen Österreich-Ungarn freizuhaben.²⁰⁹

Am 12. Februar 1915 übermittelte Conrad eine Idee Falkenhayns an Burián, dass man Italien zu Dreibundverhandlungen einladen sollte, um weithin sichtbar die Zugehörigkeit Italiens zu zeigen.

Noch im Februar nahm Österreichs Minister des Äußern, Burián, Gespräche mit Italiens Botschafter, dem Herzog von Avarna, auf. Die Forderungen Italiens an die Donaumonarchie für eine Bündnistreue waren hoch, wie z. B. das Trentino, Triest und Görz. Gegenforderungen Österreich-Ungarns ließen Italien die Gespräche abbrechen. Nun verstärkte das Deutsche Reich den Druck auf

²⁰⁷ Ebd. S. 438

²⁰⁸ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 438

²⁰⁹ Fritz Fellner, Der Dreibund. S. 82 f

die Donaumonarchie. Der deutsche Botschafter in Rom, Fürst Bülow, trat ungehemmt für Konzessionen ein. An den Chefredakteur des „Hamburger Fremdenblattes“ von Eckhard gab er in einem Privatschreiben seiner Auffassung Ausdruck, dass man verstärkt auf Wien einwirken müsse. Nach Bülows Meinung habe Österreich-Ungarn Deutschland in diesen Krieg gezogen und durch seine Unfähigkeit bei dessen Ausbruch und in den letzten zwei oder drei Jahren Deutschland der Mitwirkung Italiens und Rumäniens beraubt und somit „dem Deutschen Reich zwei Millionen Feinde an den Hals gehetzt“.²¹⁰

1915 schrieb Chlumecky, dass sofort nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges Italiens Gegensatz zu Österreich-Ungarn aufflammte. Die Medien schmähten die Monarchie und verhöhnten das k. u. k. Heer, alles unter der Duldung von König Viktor Emanuel III.

Die folgenden zehn Monate der „Neutralität“ wurden von Italien für die Aufrüstung der Armee genützt, währenddessen man den kriegsführenden Mächten den Kampf überließ. Erst nachdem Österreich-Ungarn zehn Monate im Kampf gegen die stärkste Militärmacht gestanden war, erklärte Italien der Donaumonarchie den Krieg.

Auch die Monate der Neutralität, die Italien in Wartestellung verharrte, leisteten den Feinden der Mittelmächte gute Dienste. Die Konzentration italienischer Truppen an der Grenze zur Monarchie band dort auch österreichisch-ungarische Verbände zur Absicherung und hinderte die k. u. k. Truppen an der vollen Entfaltung gegen Serbien und Russland. Frankreich konnte hingegen seine südöstliche Grenze nahezu ungeschützt lassen.²¹¹

Es steht außer Zweifel, dass Serbien nach Sarajewo für die Position der Doppelmonarchie am Balkan eine Gefahr darstellte. Österreich konnte das Attentat auf Thronfolger und Gattin - trotz der zu erwartenden Folgen - nicht hinnehmen. Hilfe vom Dreibundpartner Italien konnte nicht erwartet werden. Der defensive Charakter des Vertrages verpflichtete auch keinen der Partner den Anderen bei seinen Offensivplänen zu unterstützen. Den drei Vertragspartnern diente der Dreibund ausschließlich der Machterhaltung bzw. der Machtausdehnung. Österreich-Ungarns Ziel am Balkan war die Erhaltung des Status quo, Deutschland suchte Schutz vor Frankreichs Revanchegefühlen, die seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 bestanden, und Italien verfolgte am Balkan rein imperialistische Ziele.

²¹⁰ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 224

²¹¹ Leopold Chlumecky, Die Agonie des Dreibundes S. 438 f

Brief vom 30. September 1914

Leopold Chlumecky berichtete seinem Vater von einem Gespräch, das er mit Giovanni Giolitti geführt hatte. Über den Ort des Gespräches gibt Chlumecky keinen Hinweis. Es sei ihm gelungen, Giolitti aus der Reserve zu locken. Demnach sei dieser unter gewissen Voraussetzungen bereit, sich für ein friedliches Arrangement einzusetzen. Da Giolitti noch immer über die Kammermehrheit verfüge, wäre eine diesbezügliche Fürsprache sehr wertvoll und vielleicht ausschlaggebend. Allerdings seien die von Giolitti genannten Bedingungen - die Abtretung des Trentino oder des Raums Triest - die Chlumecky dem Ballhausplatz übermittelte, für Österreich schwer zu akzeptieren. Im Vergleich zu den Forderungen Salandras aber weit gnädiger. Heute werde am Ballhausplatz über die von Giolitti genannten Bedingungen beraten. Jedenfalls habe Österreich damit wieder Zeit gewonnen und dies sei nach Forgách sehr wertvoll.²¹²

Der politische Gegner Giolittis, der Jurist und der rechten Mitte angehörende Ministerpräsident Salandra, hatte an einer Neutralität Italiens kein Interesse und bereitete den Kriegseintritt Italiens auf Seite der Entente vor. Dadurch erhoffte er sich Südtirol, Görz, Gradiska, Triest, Istrien, erhebliche Teile Dalmatiens und auch albanisches Gebiet. Die „Interventionisten“ drängten - gegen den Willen Giolittis und der eigentlichen neutralistischen Parlamentsmehrheit - zum Krieg.²¹³

Brief vom 21. Oktober 1914

In diesem Brief schrieb Chlumecky seinem Vater, dass man in Österreich mit der Verhandlungstaktik von Deutschlands ehemaligem Reichskanzler, Fürst B. H. Bülow, nicht einverstanden sei. Leopold Chlumecky erhielt vom Ballhausplatz die Information, dass der „unselige“ Bülow mit Italiens Ministerpräsident Giolitti verhandle, um eine kleine Gebietserweiterung für Italien herauszuschlagen.²¹⁴

Als Sonderbotschafter in Rom scheiterte Bülow bei seinen diplomatischen Bemühungen im Winter 1914/15, Italien vom Krieg abzuhalten.

²¹² Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 02 Brief v. 30.9.1914 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²¹³ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 484

²¹⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 01 Brief v. 21.10.1914 (=Österr.Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

Im gemeinsamen Ministerrat am 8. März 1915 waren Burián, Tisza, Stürgkh, Ernest von Koerber und Kriegsminister Krobotin von der Notwendigkeit, an Italien Gebiete abzutreten, überzeugt. Conrad, der an der Sitzung teilnahm, sah in der Zwangslage der Monarchie, in die sie durch die Forderungen Italiens geraten war, nichts als die Bestätigung seiner Prophezeiung. Schon immer sei er für einen Präventivkrieg gegen Italien gewesen, aber Aehrenthal - über den er sich bei der Gelegenheit negativ äußerte - habe eine rechtzeitige Niederwerfung Italiens verhindert. Vom strategischen Standpunkt sei die Abtretung des Trentino ein schwerer Verlust.

Unmittelbar vor dem gemeinsamen Ministerrat erging ein Telegramm Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Joseph mit folgendem Inhalt: „Wenn Österreich-Ungarn den Forderungen Italiens nachgibt, so erhält es von Deutschland das von Friedrich II. eroberte schlesische Gebiet zurück“. Zusätzlich zu dem sogenannten „schlesischen Angebot“ gab es die Zusage Deutschlands für eine Goldanleihe.

Die Haltungsänderung des Wiener Kabinetts ließ Burián im Umweg über Berlin in Rom bekannt machen. Am 10. März erklärte sich Italien bereit, auf dieser Basis verhandeln zu wollen. Das Nachgeben Österreich-Ungarns ließ eine gewisse Ohnmacht erkennen.²¹⁵

Am 16. März führte Josef Redlich ein telefonisches Gespräch mit Dr. Hugo Ganz, dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ in Wien. Dieser informierte Redlich über ein Gespräch, das er gerade eben mit dem deutschen Botschafter in Wien, Heinrich Tschirschky, geführt hatte. Auf sein Befinden angesprochen, antwortete ihm dieser: „Schlecht, schlechter, am schlechtesten. Italien verhandelt nur auf Basis seiner maximalen Forderungen. Sie wollen die westliche österreichische Adria mit Triest, Isonzo, Görz und den Trento“.

Redlich, der während der ganzen Zeit den Verhandlungen mit Rom skeptisch gegenüberstand, war über diese Information doch sehr bedrückt. Die Lage sah für ihn katastrophal aus. Dazu kam, dass im Osten Przemysl auch nicht mehr lange zu halten war.²¹⁶

In Berlin sei man sehr schlecht auf Österreich zu sprechen, übermittelte am 20.3.1915 Dr. Paul Flandrak, Leiter der Presseabteilung im gemeinsamen Finanzministerium, Josef Redlich eine Botschaft von Graf Monts, dem ehemaligen deutschen Botschafter in Rom. Deutschland forderte von Österreich-Ungarn, dass es sich gegenüber den Gebietsforderungen Italiens konzessionsbereiter zeige.

²¹⁵ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 227

²¹⁶ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919 S.24

Wegen Italien bestehe die Gefahr, dass Deutschland sich von Österreich trenne, lautete die Botschaft, die Redlich von Graf Monts übermittelt bekam. Deutschland werde eventuell ohne Österreich mit Frankreich und Russland Frieden schließen und die Monarchie ihrem Schicksal überlassen. Flandrak solle dies auch Koerber ausrichten. Nach Flandraks Worten nahm Koerber diese Nachricht sehr ruhig auf. Conrad sei für Berlin ebenso erledigt wie Graf Moltke. Die Lage im Osten sei höchst unbefriedigend. Die Schlacht bei Lemberg hätte ohne die nötigen Vorbereitungen für die Defensive nicht geschlagen werden dürfen. Berlin habe den Versprechungen Österreichs bezüglich des serbischen Krieges Glauben geschenkt und habe daraufhin die Türkei zum Krieg bewogen. Da Rumänien die weitere Versorgung behindere, werde die Türkei in zwei Wochen ohne Munition sein.²¹⁷

Brief vom 31. März 1915

Leopold Chlumecky informierte in diesem Brief seinen Vater, dass er am 30.3.1915 drei Stunden im Ministerium des Äußern verbrachte und dabei Gespräche mit Forgách und Hoyos geführt hatte. Forgách meinte zur militärischen Lage im Osten, dass sie für Österreich-Ungarn nicht ungünstig wäre. Italien könnte dadurch bei seinem verstärkten Drängen auf Gebietsansprüche zwischen zwei Stühlen zum Sitzen kommen, meinte Chlumecky im Brief weiter.²¹⁸

Zu Beginn des Jahres 1915 sah es an der Ostfront für die Mittelmächte nicht gut aus. Diese Situation beschleunigte die Vorgangsweise der italienischen Regierungen bei den Gebietsforderungen an die Donaumonarchie. Das russische Oberkommando plante Offensiven in Ostpreußen und in den Karpaten. An der Karpatenfront sollte der Einbruch in Ungarn gelingen, um Rumänien zum Kriegseintritt als Verbündeter Russlands zu ermutigen.²¹⁹

Die deutsche Abwehrfront war vorerst im Westen stabilisiert. Die schwierige Lage an der Front gegen Russland und die geringe Aussicht, eine siegreiche Offensive im Westen führen zu können, ermöglichte Falkenhayn Truppenverbände von der Westfront abzuziehen und gegen Russland

²¹⁷ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919 S. 25

²¹⁸ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 4 Brief v. 31.3.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²¹⁹ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 86 f

einzusetzen. Die Verlagerung des deutschen Schwergewichts nach Osten zeigte erste Erfolge an der Karpatenfront.²²⁰

Im März 1915 nahm Italien wieder Gespräche mit der Tripelentente in London auf. Angesichts der Lage an der Westfront und des sich abzeichnenden Misserfolgs im Krieg mit der Türkei bei der Landungsoperation in den Dardanellen war die Entente bereit, für ein Eingreifen Italiens fast jeden Preis zu bezahlen. Italien forderte unter anderem, dass die Entente keinen Sonderfrieden mit den Mittelmächten mache, das Trentino, den cisalpinen Teil Tirols, Triest, Görz, Gradiska, Istrien bis zum Quarnero und Dalmatien erhalte. Russlands Außenminister Sazonov neigte eher dazu, den Kriegseintritt Italiens überhaupt nicht mehr zu betreiben. Russland erwartete nach den Karpatenschlachten im März 1915 den Zusammenbruch der Donaumonarchie und brachte zudem die serbischen Interessen ins Spiel. Der Wunsch Italiens nach Dalmatien lief nämlich den südslawischen Ambitionen Serbiens zuwider. Da aber auch Serbien an einem zusätzlichen Gegner Österreich-Ungarns interessiert war und Großbritannien und Frankreich auf eine Kriegsteilnahme Italiens nicht verzichten wollten, war eine Einigung unter den Gegnern der Mittelmächte in Sicht.²²¹

Sonst habe er vom Ballhausplatz keinen guten Eindruck mitgenommen, schrieb Chlumecky im Brief vom 31. März 1915 weiter. Er glaube, dass Österreich nur einen Feind habe, und das sei Deutschland.²²²

Über die Haltungsänderung des Wiener Kabinetts gegenüber den italienischen Forderungen war Conrad tief enttäuscht. In einem Schreiben an Außenminister Burián vom 2. April hielt er fest, dass er einen Sonderfrieden mit Russland als machbarer ansah als das Verhindern des italienischen Kriegseintritts. Nach seiner Meinung sei es unmöglich, gegen Russland, Serbien und Italien gleichzeitig Krieg zu führen. Daher müsse man sich mit einem der drei Gegner friedlich einigen.

Der Kaiser, bei dem Conrad am 21. April zur Audienz war, plädierte dafür, den Schacher mit abzutretenden Gebieten abubrechen. Überdies trafen aus Tirol schärfste Proteste gegen ein Nachgeben gegenüber Italien ein. Jetzt wurde nochmals mit dem deutschen Generalstabschef verhandelt. Falkenhayn traf Conrad am 24. April in Teschen. Aber Deutschland konnte momentan nicht helfen. Falkenhayn fragte Conrad, wie lange die Italiener im Ernstfall brauchen würden, um Wien zu erreichen. Conrads Antwort: „fünf Wochen“.²²³

²²⁰ Ebd. S. 91 f

²²¹ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 225 f

²²² Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 4 Brief v. 31.3.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²²³ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 228 ff

Brief vom 6. April 1915

Im Ministerium des Äußern glaubt man noch nicht an eine bevorstehende Intervention Italiens, schrieb Chlumecky am 6.4.1915 seinem Vater. Er gab seinen Eltern den Rat, sich bei einer eventuellen Benachrichtigung über eine Mobilisierung Italiens nicht zu beunruhigen. Graf Hoyos habe ihm versichert, zufolge authentischer Information, dass er nicht an eine bevorstehende Intervention glaube. Auch Graf Forgách, Sektionschef im Ministerium des Äußern, glaube nicht daran. Auf weite Sicht lasse sich natürlich noch nichts sagen.²²⁴

Berlin beklage die inneren Regierungsverhältnisse der Monarchie - das „Prävalieren“ der Ungarn - und die „leichtsinnige“ Wirtschaft mit den Lebensmitteln, sagte Paul Flandrak, als er Ende März zu Besuch bei Josef Redlich war. Flandrak sah jedoch, dass es auch in Berlin an Nahrungsmitteln mangelte. Er fand dort völlige Depression und Kriegsmüdigkeit vor. Josef Redlich fand dieses Urteil von der üblichen Berichterstattung Deutschlands stark abweichend.²²⁵

Auf das „Prävalieren“ der Magyaren weist auch ein Gespräch zwischen Josef Redlich und Leon Bilinski hin. Bilinski, der bis Februar 1915 gemeinsamer Finanzminister gewesen war, berichtete Redlich am 24. März 1915, dass der ungarische Ministerpräsident Stephan Tisza seit Monaten jede Unterhaltung mit Italien und Rumänien verhindert habe. Tisza dominiere im gemeinsamen Ministerrat und terrorisiere den im Jänner zurückgetretenen Graf Berchtold. Ferner erzählte er Redlich, dass Burián, als die Vetonote von Italien kam, demissionieren wollte. Die Note wurde daraufhin von Tisza allein zum Kaiser gebracht. Als Tisza seine Zustimmung zur Abtretung des Trento erklärte, wurde er vom Kaiser scharf zurechtgewiesen.²²⁶

²²⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 5 Brief v. 6.4.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²²⁵ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919 S. 25

²²⁶ Ebd. S. 26 f

Brief vom 9. April 1915

Auch Chlumecky wies in diesem Brief an seinen Vater auf die Probleme mit Ungarn hin. Freiherr v. Spitzmüller beklagte sich bei Chlumecky über Ministerpräsident Graf Stürgkh. Österreich sei durch dessen Schwäche eine Dependence Ungarns geworden. Er habe alle Gelegenheiten zur Regelung innerpolitischer Probleme verabsäumt. Für Leopold Chlumecky war der Direktor der Creditanstalt und spätere österreichische Handelsminister und Finanzminister „alles andere als ein Schimpfer“. Deswegen hinterließ Spitzmüllers Klage auf ihn einen tiefen Eindruck. Spitzmüller sprach auch über eine angedachte zollpolitische Annäherung an Deutschland. Dagegen nehme die österreichische Industrie entschiedene Stellung.

Weiters schrieb Chlumecky, dass in Wirtschaftskreisen die Klagen über Finanzminister Engel v. Mainfelden und die innere Verwaltung immer lauter würden .

In Bezug auf Italien teilte Chlumecky seinem Vater mit, er habe aus „eingeweihten Kreisen“ Neapels die Nachricht erhalten, dass Berichte über militärische Vorbereitungen Italiens nur Bluff seien, um möglichst viel zu erpressen. Aufregende Momente stünden bevor, jedoch keine Kriegserklärung.

²²⁷

Brief vom 10. April 1915

Man beurteilt am Ballhausplatz die Lage im Osten wieder etwas günstiger und sieht daher etwas ruhiger in die Zukunft, schrieb Leopold Chlumecky im Brief vom 10.4.1915 an seinen Vater.

Am gleichen Tag wurde Chlumecky von Graf Berchtold informiert, dass er den Bericht, den Chlumecky nach einem Gespräch mit Conrad schrieb, dem Kaiser vorgelegt hatte. Der Monarch bezeichnete den Bericht als „sehr zutreffend“ und „sehr gut geschrieben“. Chlumecky besuchte im Winter 1914/15 Conrad an der Karpatenfront in Neusandez. Conrads Äußerungen über dringend benötigte deutsche Hilfe wurden von Chlumecky im Bericht wiedergegeben. „Dieser Bericht gab den letzten Anstoß zur Reise Graf Buriáns ins Hauptquartier und in

²²⁷ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 06 Brief v. 9.4.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

der Folge zur Entsendung deutscher Verstärkungen“, schrieb Chlumecky weiter.²²⁸

Nach der schweren Niederlage der russischen Armee im Februar 1915 durch deutsche Truppen in den Masuren wollte das russische Oberkommando aus politischen und militärischen Gründen an der Karpatenfront eine Entscheidung erzwingen, um die vorerst Neutralen - Italien und Rumänien - zu beeindrucken. Nachdem die Festungsbesatzung von Przemysl am 23. März 1915 kapitulieren musste, verstärkte sich durch die dadurch freiwerdenden russischen Kräfte die Wucht der russischen Angriffe.²²⁹

Es drohte ein russischer Durchbruch. Die unsichere Haltung Rumäniens und die Gebietsforderungen Italiens waren weitere Gründe für General Conrad, gemeinsam mit General Falkenhayn, Chef des deutschen Generalstabes, eine Offensive aus dem Raum Gorlice Richtung Osten zu planen. Die für diesen Zweck neugebildete deutsche 11. Armee unter dem Kommando des preußischen Generalobersten Mackensen, bestehend aus acht deutschen und zwei österreichisch-ungarischen Infanteriedivisionen, hatte die Aufgabe, aus dem Raum ostwärts von Neusandez beginnend, die russische Front bei Gorlice zu durchbrechen. Den Flankenschutz für die deutsche 11. Armee bildeten Verbände der österreichisch-ungarischen 3. und 4. Armee.

Die russische Front konnte bis zum 3. Mai 1915 durchbrochen werden. „Der Sieg von Gorlice-Tarnów und das daran anschließende Vordringen der Armeen der Mittelmächte leiteten den entscheidenden Umschwung im Osten ein.“²³⁰

Brief vom 7. Mai 1915 (vorgereicht)

Dieser Brief Chlumeckys an seinen Vater stellt chronologisch an dieser Stelle zwar einen Vorgriff dar, schließt jedoch thematisch unmittelbar an den Sieg von Gorlice-Tarnów an. Darin schrieb Chlumecky, dass in Österreich seit Tagen eine Strömung der Begeisterung für Conrad herrsche. „Man weiß, dass der Offensivplan sein alleiniges Werk war“, aber heute wurde dieser Begeisterung von ganz oben Einhalt geboten. „Dank an Mackensen allein und

²²⁸ Ebd. Q2 6a. 07 Brief v. 10.4.1915

²²⁹ Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 89 (=Verlag Herold Wien 1993)

²³⁰ Ebd. S. 92 ff

dazu die Verlautbarung des Kriegspressequartiers: namens des k.u.k. Oberkommandos ist es falsch, den Erfolg an Einzelpersonen zu knüpfen“.

Dazu meinte Chlumecky, „der Österreicher darf nur einen einzigen Personenkult betreiben“. Conrad stehe aber viel zu hoch, als dass ihn dies treffen könne. Was Österreich aber dadurch an Werten genommen werde, sei unermesslich. Seit gestern sei die Sache bekannt. „Was ich seither selbst von den ruhigsten, besonnensten politischen Leuten im Club zu hören bekomme, genügt für jahrelange Haftstrafen“.

Weiters schreibt Chlumecky, dass nach Meinung des Ballhausplatzes Italiens Zögern der letzten Tage ein gutes Zeichen wäre. Militärisch sei „drüben“ seit etwa acht Tagen alles fix und fertig. Falls Italien zum Krieg entschlossen sei, so wäre es unverständlich, warum man uns Zeit gebe, unseren Karpatensieg noch zu vergrößern. Dieser nehme immer größere Dimensionen an und werde als durchschlagender Erfolg betrachtet. Eben wird mir mitgeteilt, schrieb er weiter, dass die italienische Kammer erst am 20. Mai zusammentrete. Das sei auch ein gutes Omen.²³¹

Brief vom 13. April 1915

Die Briefe Chlumeckys an seinen Vater geben Zeugnis seiner Hoffnung, Italien aus dem Weltkrieg heraushalten zu können.

Am 13. April schrieb er, Stürgkh sei in Sachen Italien optimistisch. Heute seien via Berlin Ansprüche angemeldet worden, die gelinde gesagt „unbescheiden“ seien. Morgen werde er darüber von Hoyos vielleicht Näheres erfahren.²³²

Brief vom 19. April 1915

Darin schrieb Chlumecky von einer Unterredung mit Forgách, die ihn sehr beruhigt habe. Die Besprechungen mit dem „Compagnon“²³³ seien im Gange. Eine Einigung - freilich eine sehr teure - könne möglich werden.²³⁴

²³¹ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 22 Brief v. 7.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²³² Ebd. Q2 6a. 08 Brief v. 13.4.1915

²³³ Bezeichnung Chlumeckys für Italien

²³⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 09 Brief v. 19.4.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

Brief vom 22. April 1915

In diesem Brief berichtete Chlumecky seinem Vater, dass die Situation ziemlich unverändert sei. Hoyos glaube nicht an einen baldigen Abbruch der Besprechungen. Von Burián erhielt er die Nachricht, dass Italien auch nur blufft. Ernst zu machen, falle ihnen schwer.²³⁵

Brief vom 23. April 1915

Nach einer Unterredung bei Ministerpräsident Graf Stürgkh schrieb Chlumecky an seinen Vater, dass eine Annahme der Forderungen Italiens für die Monarchie „desaströser“ wäre als der schlechteste Friede mit Russland. Das Gegenangebot Österreichs zu diesen Forderungen verhalte sich wie 1 : 5. Im Moment sei ein Kriegseintritt Italiens auf Seiten der Entente nicht zu erwarten. Stürgkh wolle, dass Deutschland für einen eventuellen Friedensschluss weniger Ansprüche stelle. Man denke dort noch immer an ganz Belgien und Calais. Chlumecky möge in Berlin in dieser Sache wirken, was Burián jedoch verfrüht finde. Es scheint, dass in dieser Sache zwischen Stürgkh und Burián ein starker Gegensatz herrsche.²³⁶

Graf Forgách verfasste anfangs Jänner 1915 eine Denkschrift über die bisherige Entwicklung des Krieges. Darin sah er durch einen sofortigen Friedensschluss die einzige Möglichkeit, von der Monarchie große Gefahren abzuwenden. Italien, dem das Trentino abgetreten werden müsste, sollte bei den Friedensverhandlungen als Vermittler auftreten. Gegenüber Serbien und Russland sei der Status quo anzustreben. Für die Notwendigkeit eines sofortigen Friedensschlusses müsste auch Deutschland, dessen Kriegslage ebenfalls nicht gut sei, überzeugt werden. Deutschland solle man zu verstehen geben, dass es die alleinige Kriegsschuld trage. Österreich habe nur mit Serbien

²³⁵ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 10 Brief v. 22.4.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

²³⁶ Ebd. Q2 6a. 11 Brief v. 23.4.1915

Krieg führen wollen. Deutschland habe jedoch England mit in den Krieg gezogen und dabei den Weltkrieg entfesselt. Die Fortsetzung des Krieges könnte für Österreich-Ungarn katastrophale Folgen mit kaum vorstellbaren Gebietsabtrennungen bringen.

Forgách war zu dieser Zeit engster Berater von Minister des Äußern Berchtold. Nach der Ablöse Berchtolds als Minister, Ende Jänner 1915, wurde die Denkschrift Forgáchs archiviert.²³⁷

Forgách ahnte schon anfangs 1915, dass die Großmacht Österreich durch den Weltkrieg zum Kleinstaat zusammenschmelzen werde.

Josef Redlich war am 24. April zu Gast bei Ernest Koerber. Dieser war niedergeschlagen und meinte, das Außenministerium sei voll von unbrauchbaren Leuten und Intriganten, wie z.B. Forgách. Burián sei für ihn ein Rätsel. Auf Fragen erhalte man von ihm einsilbige Antworten oder gar keine. Er sei unbelehrbar und lasse keine andere Meinung gelten als die seinige. Keiner der Diplomaten genieße sein Vertrauen. Dagegen empfangen er häufig Leopold Chlumecky, dessen politische Ansichten für ihn von Interesse seien. Hoyos sei ein Mann, der durch die von ihm gestellten Fragen seine Weltfremdheit kundtue.

Über den Kaiser sagte Koerber, er sei mehr vergesslich und apathisch, als es den Geschäften gut täte. Erzherzog Friedrich und der Thronfolger seien beide weltfremde und gleichgültige Herren, die den Ernst der Lage nicht erkennen würden.²³⁸

Brief vom 26. April 1915

Der Ballhausplatz wurde über Maßnahmen informiert, die darauf schließen lassen, dass vielleicht doch nicht alles Bluff sei, schrieb Chlumecky in diesem Brief an seinen Vater. Im Ernstfall scheine Italien in Albanien landen und mit Serbien kooperieren zu wollen.

Schon vor zwei Wochen sei von der „Metternichgasse“ die Meldung gekommen, dass innerhalb 48 Stunden die Entscheidung über Krieg oder Frieden fallen werde. Im Ministerium des Äußern urteile man ruhiger, sei aber von Optimismus weit entfernt. Dass vor dem 12. Mai etwas geschehen könnte, glaube man nicht.²³⁹

²³⁷ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 195 f

²³⁸ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919 S. 32

²³⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 12 Brief v. 26.4.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

Am 26. April 1915 wurde der „Londoner Vertrag“, der die Grundlage für Italiens Kriegseintritt bildete, unterschrieben. Schon am 25. April war der endgültige Vertragstext fertiggestellt. Spätestens in einem Monat musste Italien auf Seiten der Entente aktiv in den Krieg eingreifen. Erst fast zwei Jahre später, am 28. Februar 1917, wurde der Vertrag einer breiten Öffentlichkeit bekannt, als er von der neuen kommunistischen Zeitung in Russland, der „Izvestija“, veröffentlicht wurde.²⁴⁰

Brief vom 27. April 1915

Von einer Vertragsunterzeichnung wusste Chlumecky am 27. April noch nichts. Jedenfalls berichtete er im Brief an seinen Vater von einer unveränderten Situation. Er könne sich allerdings denken, dass das Küstenland mit Alarmnachrichten überschwemmt werde. Er bezeichnete sogar die vom Vortage kursierenden Gerüchte über ein perfektes Abkommen als „falsch“. „Ebenso falsch sind die bei Euch verbreitenden Nachrichten über einen unmittelbaren Einmarsch“, schrieb Chlumecky im Brief weiter.

Dass es zum Bruch kommen könnte, wisse man in Wien schon einige Zeit. Ob und wann dies geschehen werde, könne man aber noch nicht vorhersagen. Gestern habe ihm Forgách gesagt, er könne die Eltern noch ruhig in Görz lassen. Seiner Ansicht nach stehe eine Entscheidung nicht unmittelbar bevor. Soeben erhalte er von Spitzmüller die telefonische Nachricht, dass am 29. April über ganz Österreich das Standrecht verhängt werde. Man wolle es über Böhmen und den Süden allein, wo es ja unerlässlich sei, nicht verhängen. Diese Nachricht könne er allerdings nicht glauben, da es im Ausland als Zeichen der Auflösung angesehen werden würde.²⁴¹

Brief vom 29. April 1915

²⁴⁰ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S.231

²⁴¹ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 13 Brief v. 27.4.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

Die österreichische Regierung habe sich tatsächlich mit der Frage beschäftigt, schrieb Chlumecky am 29. April, für Deserteure ein Standrecht zu verhängen, sei jedoch wieder davon abgekommen. Seine Eltern könnten weiterhin beruhigt sein, da weder Stürgh noch Burián an unmittelbare Gefahr glaubten.²⁴²

Über das angedachte Standrecht sprach Ernest Koerber am 19. Mai mit Josef Redlich. Dabei beklagte sich Koerber über die österreichischen Regierungsverhältnisse: alles werde nur nach persönlichen Gesichtspunkten behandelt, die Bevölkerung und deren Interessen zählten nichts. Das Standrecht sei beschlossen worden, obgleich der Kaiser selbst dagegen war. Als dann die Aufschiebung beschlossen wurde, wollte niemand dafür gewesen sein.²⁴³

Brief vom 1. Mai 1915

Chlumecky schrieb darin über „gute Nachrichten“. Das Ministerium des Äußern habe vertraulich die Banken verständigt, dass die günstige und aller Voraussicht nach bald noch günstiger werdende Kriegslage im Westen und Osten auf die Neutralen einen solchen Eindruck mache, dass für einen bevorstehenden Krieg mit Italien kein Grund gesehen werde. Der Aufschub für ein Zusammentreten des italienischen Parlaments deute auf Entspannung hin. Die Banken sollten Vorsorge für die am 8. Mai beginnende Schatzscheinemission treffen. Wenn man nicht an eine Täuschung des Publikums glauben wolle, deute dies tatsächlich auf Entspannung hin.²⁴⁴

Brief vom 1. Mai 1915 abends

Noch am Abend desselben Tages hatte aber Chlumecky über die Schatzscheinemission eine andere Meinung gewonnen. Er habe den Eindruck, dass man im Ministerium des Äußern absichtlich auf Optimismus mache, um die Menschen so rasch als möglich zur Zeichnung von „Schatzscheinen“ zu

²⁴² Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 14 Brief v. 29.4.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

²⁴³ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919 S. 38

²⁴⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 17 Brief v. 1.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

bewegen, weil Ungarn mit seinen finanziellen Mitteln ganz am Ende sei. Chlumecky gab auch seinem Vater bekannt, dass er wegen Italien eine „Aktion“ starten wolle, auf die er starke Hoffnung setze.²⁴⁵

Obwohl chronologisch ein Vorgriff, jedoch zum Thema passend, füge ich an dieser Stelle hinzu, dass Chlumecky mit Burián, Forgách und Hoyos besprach, er werde in geheimer Mission bei Giolitti, der Gegner eines Kriegseintritts Italiens war, die Bedingungen für Italiens Neutralität ausloten.²⁴⁶

Erst als am 3. Mai Sonnino dem Herzog von Avarna, der Italiens Botschafter in Wien war, die Note der Kündigung des Dreibundvertrages übersandte, bereitete sich Wien auf einen baldigen Bruch mit Italien vor. Drei Tage später erhielt Berlin von Italien die gleiche Note. Deutschland machte der Donaumonarchie daraufhin wegen zu spät erfolgter Konzessionen schwere Vorwürfe.

Österreichs ehemaliger Ministerpräsident, Baron Max Vladimir Beck, machte den Vorschlag, durch eine rasch einzurichtende deutsche Flottenstation Italien den Mut zum Kriegseintritt zu nehmen. Burián forderte von Deutschland sofortige militärische Hilfe, doch Deutschlands Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Jagow, verlangte von Österreich, die Verhandlungen noch vier Wochen hinauszuziehen. Erst dann stünde deutsches Militär zur Verfügung.

Nun wurde an höchster Stelle fieberhaft beraten - der deutsche Kaiser, Reichskanzler Bethmann Hollweg, Falkenhayn, Burián, Tisza, Stürgkh und Conrad trafen sich am 8. Mai in Teschen zu einer Besprechung, um noch in allerletzter Minute auf die Ereignisse Einfluss nehmen zu können. Die beiden Kaiser appellierten an König Vittorio Emanuele Ehre und Moral. Auch über die Möglichkeit eines Sturzes der italienischen Regierung wurde gesprochen. Der frühere italienische Ministerpräsident Giolitti und sein neutralistischer Flügel wurden ins Spiel gebracht, um vielleicht noch einen Umschwung in der italienischen Politik zu bewirken.²⁴⁷

²⁴⁵ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 15 Brief v. 1.5.1915 abends (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

²⁴⁶ Ebd. Q2 6a. 20 Brief v. 5.5.1915

²⁴⁷ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S.232 f

Brief vom 3. Mai 1915

Ganz Wien war Anfang Mai 1915 zur Sicherung von Schützengräben und Stacheldrahtzäunen umgeben. Dies geht aus einem Schreiben Chlumeckys vom 3.5.1915 an seinen Vater hervor. Dazu meinte Chlumecky, dass sich niemand besonders darüber aufrege. Im Übrigen wäre die Gefahr eines Angriffs umso größer, je weniger man sich zur Abwehr rüste.²⁴⁸

Der Krieg hatte zur Folge, dass Maßnahmen getroffen wurden, die nicht nur die Landesgrenzen sicherten, sondern auch das Hinterland. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit lehrten, dass die Strategie aller Generalstäbe darauf ausgerichtet war, zuerst die Armee des Gegners zu schlagen und danach dessen Hauptstadt anzugreifen. Um diesen Abläufen zu begegnen, sollten vonseiten Österreich-Ungarns Wien und Budapest besonders gesichert werden.

Zur Befestigung der Donaulinie sollte Budapest einen kompletten Gürtel erhalten, Preßburg einen befestigten Nordgürtel sowie eine Kernzone südlich des Stromes und Wien als Brückenkopf beiderseits der Donau, mit einer Kernzone nördlich der Donau, ausgebaut werden.

In Wien wurde schon vor der Kriegserklärung an Russland mit den Erdarbeiten begonnen, Eindeckungen gebaut und Hindernisse angelegt.²⁴⁹

Brief vom 4. Mai 1915

Heute beraten Burián und Forgách, ob noch ein letzter Schritt getan werden kann, schrieb Chlumecky in diesem Brief an seinen Vater. Die Situation mit Italien sei schlechter geworden. Vielleicht gerade wegen unseres großen Erfolges im Osten.²⁵⁰

²⁴⁸ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 16 Brief v. 3.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²⁴⁹ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 154 ff

²⁵⁰ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 19 Brief v. 4.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

Brief vom 5. Mai 1915

Darin teilte Chlumecky seinem Vater mit, dass er einen sehr anstrengenden Tag hinter sich gebracht habe. Am Morgen habe er mit Forgách gesprochen, nachmittags mit Burián und wieder Forgách, abends und nachts mit Hoyos. Das Ergebnis sei gewesen, dass man den Schritt tun wolle, zu dem er schon vor zehn Tagen geraten habe, aber dazu im Ministerium des Äußern bisher zu schwerfällig gewesen sei. Man klammere sich nun an diese Hoffnung. Jetzt solle es „Hals über Kopf“ geschehen, was jedoch nicht möglich sei, da Wien mindestens sechs Tage für die Entscheidung darüber brauchen werde, um ihm - gemeint ist Chlumecky - den halbamtlichen Auftrag zu seiner Mission zu erteilen. Da Italiens Abkommen mit der Entente scheinbar perfekt sei, könnte seine Unterredung mit Giolitti zu spät erfolgen.

„Nach Buriáns Meinung könnt ihr noch in Görz bleiben, da noch kein Ultimatum erfolgte“, schrieb er im Brief an seinen Vater weiter. Nun treffe alles ein, was Conrad vorhersagte. Durch das Zaudern habe man das Reich zugrunde gerichtet. Zu lange sei hinsichtlich Italien zugewartet worden. Noch immer wolle er hoffen, dass das sprichwörtliche Glück Österreich rette. Unglaublicherweise verstreue das Ministerium noch immer Optimismus. Den Banken habe Engel v. Mainfelden noch am Vortag versichert, dass kein Grund zur Besorgnis bestünde. Es fehle eben ein Gehirnzentrum, um alle „Nervenstränge“ in richtige Bahnen lenken zu können.²⁵¹

Brief vom 6. Mai 1915

In diesem Brief schrieb er von einer etwas besseren Situation. Am Ballhausplatz sei man wieder etwas ruhiger geworden. Morgen erwarte Österreichs Minister des Äußern, Burián von Rajecz, bessere Nachrichten. Forgach meine, dass man für meine „Sonderaktion“ noch 3 - 4 Tage Zeit zur Vorbereitung brauche.²⁵²

Brief vom 8. Mai 1915

²⁵¹ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 20 Brief v. 5.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

²⁵² Ebd. Q2 6a. 21 Brief v. 6.5.1915

Hatte ein streng vertrauliches Gespräch im Ministerium, schrieb Chlumecky im Brief. Italien verhandle jetzt nur mit der Entente. Seine Forderungen an die Entente seien maßlos. Die Entente - speziell England - drohe jetzt Italien. Falls Italien den Mittelmächten nicht den Krieg erkläre, werde man ihnen die Zufuhr von Kohle und Getreide durch Gibraltar sperren. Sicher sei, dass die Verhandlungen zwischen den Alliierten und Italien nicht so glatt verliefen und noch einige Zeit dauern werden, meine man im Ministerium. Auf Seiten der Alliierten wisse man auch nicht genau, wie man Österreich-Ungarns Karpatensieg, Anfang Mai 1915, bewerten solle. Ob Russlands Offensivkraft so gelähmt sei, dass man Italien unbedingt als Verbündeten brauche oder ob es sich nur um eine respektable Niederlage handle, welche nicht so weitgehende Opfer an Italien kosten würde.

Forgách glaube, dass Italien, auch wenn die Verhandlungen mit der Entente für Italien positiv verliefen, anstandshalber mit Österreich ebenfalls Verhandlungen aufnehmen werde, um sie dann scheitern zu lassen. Das bedeute wieder einige Tage Zeitgewinn.²⁵³

Während in London die unter strengster Geheimhaltung stehenden Verhandlungen zwischen der Entente und Italien kurz vor dem Abschluss standen, hoffte man in Wien und Berlin noch immer, Italien durch Angebote vom Kriegseintritt abhalten zu können. Auch Conrad, der vor Ausbruch des Weltkrieges des öfteren gegen Italien Präventivkriegsforderungen stellte, war jede Konzession recht, um Italien neutral zu halten. In Wien wusste man jedoch nicht, dass es eigentlich nichts mehr zu verhandeln gab, da Italien von den Ententemächten mehr zugestanden bekam als im günstigsten Fall von Österreich.

Am 29. April sandte Falkenhayn ein Telegramm an Conrad mit der Bitte um Weiterleitung an Burián v. Rajecz. Darin schrieb er, dass ohne das Eingreifen Italiens die Mittelmächte den Sieg „mit großer Zuversicht“ erhoffen dürften. Jedes Opfer wäre nach dem Sieg wieder einzubringen, da der Sieger über das Bild Europas entscheiden werde. Auch der Chef des Generalstabes des deutschen Feldheers forderte noch vier Wochen vor Italiens Kriegserklärung an Österreich von Österreichs Minister des Äußern mehr Konzessionsbereitschaft gegenüber Italien.²⁵⁴

Brief vom 9. Mai 1915

²⁵³ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 23 Brief v. 8.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

²⁵⁴ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 230 f

Nach Meinung von Graf Forgách haben wir gegenüber Italien Zeit gewonnen, teilte er darin seinem Vater mit. Ob Tage oder Wochen wissen wir nicht. Im strengsten Vertrauen erhielt Chlumecky vom Direktor der Creditanstalt Spitzmüller den Rat, mit der Zeichnung der Kriegsanleihe bis 25. Mai zu warten, war noch im Brief zu lesen.²⁵⁵

Brief vom 10. Mai 1915

Chlumecky schrieb darin, es sei bestätigt worden, dass Giolitti nach Rom komme. Es sei sehr wahrscheinlich, dass dies der Erfolg „seiner geheimen Mission“ sei. Würde das zutreffen, dann wäre die Situation weniger ernst geworden. Giolitti wisse nun von Chlumecky, dass S.M. sein Telegramm als Verhandlungsbasis akzeptiere. Wenn Giolitti in Rom nicht umgestimmt werde, so könne man hoffen, durch neue Verhandlungen wenigstens Zeit zu gewinnen. Diese Hoffnung halte man im Ministerium nicht für unbegründet. Wenn Giolitti wieder nach oben käme, wäre die „Partie“ gewonnen.²⁵⁶

Brief vom 11. Mai 1915

Durch das Eingreifen Giolittis sei die Situation entschärft, schrieb Chlumecky am 11. Mai. Die italienische Regierung habe vor acht Tagen ihre Kompensationsforderungen zurückgezogen und nach ihren Erklärungen zu schließen das Bündnis gelöst. Auf die darauf von Österreich-Ungarns Seite neu erfolgten Vorschläge, über die der italienische Ministerrat beriet, habe es noch keine Erwiderung gegeben. In dieser Situation sei es Österreich gelungen, Giolitti für eine friedliche Lösung zu gewinnen. Bülow versuche alles, um Giolitti wieder an die Macht zu bringen, entweder an Stelle Salandras oder neben diesem. Einer Einigung stehe jedoch die in Italien bestehende Sorge gegenüber, dass sich Österreich für die dargebrachten Opfer bei erstgebotener Gelegenheit bei Italien rächen werde. Ein Krieg mit Italien wäre nach Stürgkhs Meinung ungleich populärer als der Krieg mit Russland. Stürgkh sehe im Falle

²⁵⁵ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 24 Brief v. 9.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

²⁵⁶ Ebd. Q2 6a. 25 Brief v. 10.5.1915

eines Krieges mit Italien die größten Schwierigkeiten darin, die in Österreich lebenden Italiener vor der Wut der Menge zu schützen.²⁵⁷

Giolittis Gegenspieler Antonio Salandra kam unter Druck. Er verschob das Zusammentreffen der Kammer auf den 20. Mai, um Giolitti auszuweichen. Einerseits gelang es, über die österreichisch-ungarische Botschaft auf Papst Benedikt XV. zu Gunsten der Neutralisten einzuwirken, andererseits erfuhren die Italiener, denen die Details des Londoner Vertrages unbekannt waren, durch die italienische Presse das in ihren Augen äußerst großzügige Angebot der Donaumonarchie: „Tirol, wo es italienisch ist, Gradiska, die volle Gemeindeautonomie in den bei Österreich verbleibenden gemischt italienischen Gebieten, italienische Universität und Freihafen für Triest, Valona, Desinteresse Österreichs an Albanien, wohlwollende Prüfung der Wünsche Italiens auf Görz und auf die dalmatinischen Inseln und die Garantie des Deutschen Reiches für die loyale Durchführung eines zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu schließenden Vertrages“, waren Österreichs letzte Zugeständnisse.²⁵⁸

Die Lage gegenüber Rumänien schein sich zu verbessern, schrieb Chlumecky im Brief vom 11. Mai weiter. Ihm wurde von Spitzmüller und Stürgkh versichert, dass Rumänien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschlossen sei, mit Italien zusammenzuarbeiten. Stürgkh habe das von gut informierten Kreisen Rumäniens erfahren. Österreich wolle für die Neutralität Rumäniens heute noch keine Konzessionen anbieten. Im Falle eines italienischen Kriegseintrittes müsse man ihnen aber dafür um so mehr versprechen. Daraus könne man entnehmen, dass man an eine bestehende italienisch-russische Kooperation nicht glaube.²⁵⁹

Brief vom 12. Mai 1915

Chlumecky erhielt von seinen Eltern die Nachricht, dass sie aus Görz ausreisen. Obwohl es damit keine Eile gehabt habe, wäre er aber darüber froh, sie wieder zu Hause in Bad Aussee zu wissen, beteuerte Chlumecky. Damit müsse er nicht die Verantwortung der rechtzeitigen Rückholung tragen.

²⁵⁷ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 26 Brief v. 11.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

²⁵⁸ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 233

²⁵⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 26 Brief v. 11.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

In Österreich seien wie auf Kommando alle Flaggen eingeholt worden. Man wolle erst dann wieder neu beflaggen, wenn sich wieder ein neuer großer Erfolg - etwa Przemysl - einstelle.²⁶⁰

Italiens Ministerrat wurde vom liberalkonservativen Politiker Sidney Baron Sonnino am 12. Mai einberufen. Für die Kriegsbefürworter war die Lage äußerst ungünstig. Durch die russische Niederlage bei Gorlice-Tarnów, den gescheiterten Landungsversuch der Ententemächte in den Dardanellen und durch das schon erwähnte, von der italienischen Presse veröffentlichte österreichisch-ungarische Angebot erlitten die Interventionisten eine Niederlage.

Obwohl das Kabinett zurücktrat, konnten die Neutralisten davon keinen Nutzen ziehen, denn sie waren auf eine Regierungsübernahme nicht vorbereitet. Letztendlich war es aber König Vittorio Emanuele II., der den Kurs der Männer, die Italien aus dem Krieg mit der Donaumonarchie heraushalten wollten, zum Scheitern brachte. Er nahm den Rücktritt der Regierung Salandra nicht an. Daraufhin verließ Giolitti Rom, da er gegen den König nicht auftreten wollte. Der neutralistische Kurs war gescheitert.

Am 20. Mai übertrug das italienische Parlament der königlichen Regierung außerordentliche Vollmachten im Kriegsfall. Senat und Kammer stimmten fast einstimmig dafür.

Am 23. Mai 1915 wurde Baron Macchio, Botschafter am Quirinal, in Rom die Kriegserklärung Italiens überreicht und parallel dazu in Wien durch den Herzog von Avarna dem Minister des Äußern, Burián.

Nicht die Mehrheit des italienischen Volkes wollte den Krieg mit Österreich-Ungarn. Nur eine relativ unbedeutende Gruppe von Interventionisten hatte durch das Ausspielen der nationalen Karte ein Volk in den Krieg gerissen.²⁶¹ Fürst Bülow gab Karl Macchio die Schuld am Scheitern der Verhandlungen.²⁶²

Am 20. August erklärte Italien der Türkei den Krieg, am 19. Oktober Bulgarien und erst am 28. August 1916, unter dem Druck der Alliierten, dem Deutschen Reich.

Österreich-Ungarn antwortete auf die Kriegserklärung Italiens mit einem kaiserlichen Manifest:

„Der König von Italien hat mir den Krieg erklärt. Ein Treuebruch, dessen die Geschichte nicht kennt, ist von dem Königreiche Italien an seinen beiden Verbündeten begangen worden. Wir haben Italien nicht bedroht, sein Ansehen nicht geschmälert, seine Ehre und seine Interessen nicht angetastet. Wir haben

²⁶⁰ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 27 Brief v. 12.5.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G1808)

²⁶¹ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 233 f

²⁶² Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950 (=Verlag d.Österr. Akademie der Wissenschaften)

mehr getan: Als Italien seine begehrlischen Blicke über unsere Grenzen sandte, waren wir, um das Bundesverhältnis und den Frieden zu erhalten, zu schmerzlichen Opfern entschlossen. Aber Italiens Begehrlichkeit war nicht zu stillen. Und so muss sich das Schicksal vollziehen.

Ich grüße meine kampfbewährten, siegreichen Truppen, ich vertraue auf sie und ihre Führer! Ich vertraue auf meine Völker, deren beispiellosem Opfermüte mein väterlicher Dank gebührt“.²⁶³

Josef Redlich schrieb am 25. Mai in sein Tagebuch: „Sonntag nachts ist der Krieg mit Italien ausgebrochen. Wir erfuhren es Montag früh. Das kaiserliche Manifest ist ausgezeichnet und würdig“.²⁶⁴

Leopold Chlumecky schrieb 1915, dass die Kriegserklärung seitens des ehemaligen Dreibundpartners Italien an Österreich-Ungarn eigentlich nur die letzte Konsequenz einer lang verfolgten Politik war. Es zeigte sich, dass offizielle Versicherungen und Verträge, die nicht von der öffentlichen Meinung getragen werden, geringen Wert besitzen. Die italienischen Nationalisten waren begeisterte Patrioten mit irredentistischen Aspirationen, die immer ein großes Italien wollten. Gefährlich für die Donaumonarchie war jedoch nicht so sehr der polternde, sondern der glacébehandschuhte Irredentismus. Vom größten italienischen Dichter der damaligen Zeit, Gabriele d'Annunzio, wurde durch seine Dichtung „La Nave“ der nationalistische und imperialistische Geist ins Volk getragen. Noch klarer und verständlicher spiegeln die Schriften Scipio Sigheles den nationalen und imperialistischen Geist wider. Er fand Beachtung, seine Stimme wurde in Italien auch tatsächlich berücksichtigt, die „Tribuna“ öffnete ihm ihre Spalten. Dieser Geist fand durch die Nationalisten in breiten Kreisen Eingang. Die Nationalisten wollten nicht die politische Macht, sondern vielmehr ganz Italien mit ihrer Lehre überzeugen und bekehrten hunderte Vertreter verschiedener Parteien zu ihren Ideen.²⁶⁵

Der Krieg gegen Italien hatte andere Ursachen als die Feldzüge gegen Serbien und Russland. Den Krieg gegen Serbien löste die Donaumonarchie letztlich selbst aus und der Konflikt mit Russland war die Folge der dadurch in Kraft tretenden Bündnisse. Italien betrieb jedoch eine sehr berechnende Politik und hielt sich nicht an das Bündnis mit Österreich-Ungarn und Deutschland. Gegenüber Italien, das Kernlande der Monarchie offen forderte, stellten weder Serbien noch Russland offen erhobene Forderungen auf Annektierung österreichischer und ungarischer Gebiete.

²⁶³ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 234

²⁶⁴ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919 S. 39

²⁶⁵ Leopold Chlumecky, Die Agonie des Dreibundes S. 402 f

Italiens Verhalten wurde als Verrat und Treuebruch gewertet und demgemäß ließen sich Kräfte mobilisieren, die anderswo nicht zur Verfügung standen. Besonders in Tirol war die Opferbereitschaft uneingeschränkt. Serbien und Russland wurden als Slawen auch in den Ländern der böhmischen Krone weniger als Feind empfunden als Italien. Das Ansinnen Italiens auf Dalmatien machte auch die Südslawen zu ihren Feinden.²⁶⁶

Brief vom 26. Juni 1915

Nach dem Kriegseintritt Italiens hegte Deutschland immer noch die Hoffnung, Italien für den Dreibund zurückzugewinnen. Österreich-Ungarn solle deswegen den Krieg mit Italien vorerst „sanft“ führen, schrieb Chlumecky in diesem Brief.

Wegen seiner Tätigkeit im Ausland verhandle er mit Forgách. Wahrscheinlich gehe er in die Schweiz.²⁶⁷

Zu den politischen Briefen an seinen Vater schrieb Chlumecky Ende Mai 1915 eine Notiz. Darin erklärte er, warum die ab Ende April geschriebenen Briefe optimistischer waren, als es den Tatsachen entsprach. Die Abreise seiner Eltern aus Görz hätte nach Ansicht Buriáns und Stürgkhs die Besorgnis eines unmittelbaren Losschlagens Italiens und eine Panik der Bevölkerung zur Folge gehabt. Dies wollte man um jeden Preis bis zum letzten Augenblick vermeiden.²⁶⁸

4. Die politischen Briefe Leopold Chlumeckys an seinen Vater aus der Schweiz und aus Wien von Juli - Oktober 1915. „Tschechiens Hochverrat“.²⁶⁹

²⁶⁶ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 235 f

²⁶⁷ Nachlass Chlumecky, Q2 6a. 28 Brief v. 26.6.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²⁶⁸ Ebd. Q2 6a.03 Brief von Ende Mai 1915

²⁶⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 6 b. Titel der Briefsammlung (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

4.1 Die politischen Briefe aus der Schweiz.

Wie im Vorwort erwähnt, wurde Chlumecky im Sommer 1915 wegen seines journalistischen Talents vom Sektionschef im Ministerium des Äußern, Johann Graf Forgách, halb offiziell als politischer Beobachter in die Schweiz entsandt, um die gegen Österreich-Ungarn gerichteten Aktivitäten der Tschechen zu beobachten und zu analysieren. Mittels Depeschekasten des Ministerium des Äußern gingen seine Briefe über den Militärattaché von Bern gesichert ans Ministerium bzw. an Conrad. Über den gleichen Weg ging Chlumeckys Privatpost, die vom Ministerium an seinen Vater weitergeleitet wurde.

Die im Nachlass vorhandenen Briefe Chlumeckys aus der Schweiz geben den Hinweis auf seine dort ausgeübte Tätigkeit, doch die Briefe, die er als politischer Beobachter dem Militärattaché Oberst Einem übergab, sind trotz intensiver Recherchen im Staatsarchiv-Kriegsarchiv bei den in Frage kommenden Nachlässen nicht auffindbar. Weder im Nachlass der Militärattachés von Bern noch im Nachlass Conrad befindet sich einer der Briefe. Dies gilt auch für die im Haus-, Hof- und Staatsarchiv befindlichen Akte des „Ministerium des Äußern“, da alle die mit militärischen Aktivitäten zusammenhängenden Unterlagen ans Kriegsarchiv weitergeleitet wurden.

Brief vom 12. Juli 1915

Aus Lugano Paradiso, Hotel Reidmann au Lac, schrieb Chlumecky am 12. Juli 1915 seinem Vater, dass sich der Verdacht gegen die in der Schweiz befindlichen Tschechen durch seine Beobachtungen in Lugano erhärtet habe. Seitens der Tschechen erfolge hier eine gegen Österreich gerichtete Hetze. Sie arbeiteten an einer antimilitärischen Aktion. Die stellungspflichtigen Österreicher würden aufgefordert, nicht einzurücken, die schon Eingezogenen würden aufgehetzt und zur Desertion verleitet werden. Mit Russen, Italienern und Franzosen werde von den Tschechen konspiriert. An allen größeren Orten der Schweiz seien von den Tschechen Stützpunkte eingerichtet worden. Chlumecky bezeichnete sie im Brief als Exposituren. Jene von Zürich werde von Masaryk geleitet.²⁷⁰

²⁷⁰ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 01 Brief vom 12.7.1915 (=Österr.Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

Der tschechische Philosoph, Soziologe und Politiker Tomáš Garrigue Masaryk studierte in Wien und Leipzig. Er vertrat bis 1914 die von ihm gegründete Realistenpartei im österreichischen Reichsrat und zweifelte noch am Vorabend des Ersten Weltkrieges nicht daran, dass sich Österreich in eine föderative Richtung, eine Art monarchische Schweiz, entwickeln könnte, in der die zahlreichen Nationalitäten von Österreich-Ungarn gleiche Rechte erhalten würden. Erst als der Krieg ausbrach, gab er diese Hoffnung auf.

Durch seinen Realismus, der auf intensive Erforschung der russischen Psychologie und des politischen Denkens beruhte, erkannte er, dass Russland nicht das Problem der westslawischen Völker lösen und ihnen die Freiheit bringen könnte, sondern das Schicksal seines Volkes mit den westlichen Demokratien und Amerika verbunden war.²⁷¹

Masaryk forderte schon Mitte 1915 in einer Deklaration die Absetzung der Habsburger. Er und Benes, mit dem er im Jahre 1916 den tschechoslowakischen Nationalrat gründete, waren beide unermüdlich bemüht, die Alliierten von der Notwendigkeit der Gründung eines Tschechoslowakischen Staates zu überzeugen. Mit slowakischen Organisationen in den USA schloss Masaryk 1918 den Pittsburger Vertrag über den Zusammenschluss von Tschechen und Slowaken.

Am 28. September 1918 anerkannte Frankreich die Tschechen und Slowaken, die mit ihren Legionen in Russland und in Italien kämpften, als alliierte kriegsführende Nation.²⁷²

Offiziell obliege die Überwachung der Tschechen dem Militärattaché in Bern, Oberst Einem, schrieb Chlumecky im Brief vom 12. Juli weiter. Dieser Mann sei tüchtig und enorm fleißig. Es stelle sich allerdings die Frage, ob er auch genügend geschult sei, um in den oft schwierigen staatspolizeilichen Agenden genügend bewandert zu sein. Er verfasse die Schreiben und der Militärattaché gebe sie ans Ministerium bzw. an Conrad weiter. Auch in der Schweiz fände sich überall die Bestätigung, dass man in Berlin offiziell Italien mit Glacéhandschuhen behandelt wissen wolle. Scheinbar wisse man in Deutschland nicht, dass auch schon vor dem 23. Mai die italienische Presse gegen sie gerichtet gewesen sei. Er möchte diese Presseartikel übersetzt in einer deutschen Broschüre lancieren lassen.²⁷³

²⁷¹ Hans Kohn, Die Slawen und der Westen S. 218 ff. (=Verlag Herold Wien/München 1956)

²⁷² Wolfdieter Bihl, Von der Donaumonarchie zur 2. Republik S. 129 (=Verlag Böhlau Wien 1989)

²⁷³ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 01 Brief vom 12.7.1915 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv G 1808)

Brief vom 20. Juli 1915

Darin schrieb Chlumecky seinem Vater aus Lugano, dass es ihm gelungen sei, einen Korrespondenten der NFP (Neuen Freien Presse) zu „entlarven“.

„Ich werde in Lugano bis jetzt nicht überwacht, obwohl ich mit vielen Journalisten und Agenten Kontakte pflege“, schrieb Chlumecky. „Diese Leute liefern mir wertvolle Informationen. Eine davon betraf diesen Korrespondenten mit dem Namen Fiori. Diesem Herrn hat das Ministerium des Äußern für gewisse Aktionen bei den italienischen Sozialisten bedeutende Geldmittel zur Verfügung gestellt. Forgách machte mir gegenüber die Äußerung, dass man sich der Loyalität von Fiori nicht ganz sicher sei. Ich bin der Sache gründlich nachgegangen und habe dabei unwiderleglich festgestellt, dass dieser Herr sehr dubios ist. Daraufhin habe man die Aktion telegrafisch suspendiert und die Beziehungen zu diesem Mann abgebrochen“.

Im Brief vom 20.7 schrieb Chlumecky aus Lugano auch noch Folgendes: „Hier ist es sehr leer. In den Hotels befinden sich höchstens zehn bis zwanzig Gäste. Nur Journalisten, Agenten und deutsche Flüchtlinge aus Italien“.

Die Fronterfolge Italiens stellen sich nur langsam ein. Österreich-Ungarns und Deutschlands Erfolge in Russland würden auch von der französischen und italienischen Presse nicht mehr bestritten werden. Die Stimmung in Italien sei sehr flau. Österreich sollte bald eine Offensive starten, aber Berlin sei dagegen. Für die Deutschen sei es sehr wichtig, Italien von einer Aktion gegen die Dardanellen abhalten zu können.

Die Kurie stelle sich gegen Österreich nicht gut. Der Papst habe beim Kaiser wegen unserer Bombenangriffe auf offene Städte an der Adria protestiert. Die diesbezüglichen Meldungen, die in die ganze Welt hinausposaunt wurden, seien falsch oder übertrieben.²⁷⁴

Falsch und übertrieben scheinen diese Meldungen nicht gewesen zu sein, denn tatsächlich griffen unmittelbar nach der Kriegserklärung Italiens starke Seestreitkräfte Österreich-Ungarns überraschend die italienische Ostküste an, um die entlang der italienischen Ostküste verlaufende Aufmarschbahn zu unterbrechen sowie militärische und industrielle Anlagen zu zerstören. Der Flottenangriff wurde durch Seeflieger der Donaumonarchie mit Luftangriffen auf Ancona und Venedig unterstützt. Mit dieser Aktion wollte man auch die Stimmung der italienischen Bevölkerung beeinflussen. Die zahlenmäßig

²⁷⁴ Ebd. Q2 6b. 02 Brief vom 20.7.1915

unterlegene österreichisch-ungarische Flotte hatte mit diesem überraschend geführten Angriff moralischen Erfolg.²⁷⁵

1. Brief vom 31. Juli 1915

Über den vorher erwähnten Korrespondenten namens Fiori schrieb Chlumecky im Brief aus Zürich, wie er ihm seine Doppelgleisigkeit nachweisen konnte. Im Gespräch mit Fiori erzählte er diesem, dass er sich für die verschiedenen Machinationen der Tschechen in der Schweiz interessiere. Vier Tage später wurde bekannt, dass Chlumecky mit der Mission zur Überwachung der Tschechen eingetroffen sei. „Nachdem ich sonst mit keinem Menschen über diese Dinge sprach, konnte dies nur von Fiori in Umlauf gebracht worden sein“, fügte Chlumecky hinzu.²⁷⁶

2. Brief vom 31. Juli 1915

Im zweiten Brief aus Zürich informierte Chlumecky seinen Vater darüber, weshalb er seinen Standort noch Ende Juli 1915 von Lugano nach Zürich verlegte. Sein Aufenthalt in Lugano blieb natürlich auch der italienischen Presse nicht verborgen. Seine dortige Tätigkeit wurde daraufhin von den italienischen Korrespondenten der „Stampa“ und der „Idea Nazionale“ aufmerksam verfolgt. „Bald hieß es, ich sei zu Spionagezwecken gekommen, dann wieder habe ich eine wichtige Mission des Ministerium des Äußern zu erfüllen oder ich überwache die Tschechen. Daraufhin kürzte ich meinen Aufenthalt in Lugano ab. Mein jetziges Hotel - das Dolder Grand Hotel - liegt etwas außerhalb von Zürich, am Kahlenberg von Zürich. In der Stadt selbst sind mir zu viele italienische Korrespondenten“. Morgen werde er nach Feldkirch fahren, um an Forgách einiges abzusenden.

Weiters schrieb Chlumecky, dass die Italiener von Zürich aus mit Geschicklichkeit die neutrale und feindliche Presse bearbeiten würden. Er hoffe auf eine baldige Offensive Österreich-Ungarns in Richtung Italien, damit man

²⁷⁵ Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 104 f

²⁷⁶ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 03 Brief vom 31.7.1915 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

in Italien den Feind im Lande sehe, denn dann würde ihnen die Kriegslust vergehen.²⁷⁷

Chlumecky, der mit Conrad befreundet war, wusste von diesem, dass nach den gescheiterten Versuchen des italienischen Heeres, am Isonzo und an der Gebirgsfront die Verteidigungsfront Österreich-Ungarns zu durchbrechen, vom Armeeoberkommando Österreich-Ungarns eine entscheidungssuchende Offensive gegen die italienische Front geplant wurde, um das italienische Heer endgültig auszuschalten.²⁷⁸

Die ersten Befehle zur Vorbereitung einer Offensive aus Südtirol heraus ergingen vom österreichisch-ungarischen Armeeoberkommando Anfang Februar 1916. Conrad wollte die Offensive bis zur Erreichung des Gebirgsrandes führen. Gleichzeitig sollte eine Offensive gegen die italienische Front am Isonzo erfolgen, doch durch persönliche Differenzen zwischen Conrad und Falkenhayn wurde eine Bündelung des militärischen Schwergewichts der Mittelmächte verhindert. Deutschlands Heer bereitete die Offensive gegen Verdun vor, jenes von Österreich-Ungarn die Offensive aus Südtirol heraus.²⁷⁹

Ohne deutsche Unterstützung reduzierte sich die Planung des österreichisch-ungarischen Armeeoberkommandos auf einen Durchbruch der italienischen Front, um den Austritt in die Ebene zu erzwingen. Nach anfänglichen Erfolgen wurde die Offensive eingestellt. Der Durchbruch in die Ebene war nicht gelungen.²⁸⁰

Brief vom 3. August 1915

In diesem Brief schrieb Chlumecky seinem Vater aus Zürich, dass aus italienisch-sozialistischen Zeitungen zu entnehmen sei, „dass man in

²⁷⁷ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 04 Brief vom 31.7.1915(=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²⁷⁸ Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 126 f

²⁷⁹ Ebd. S. 150 f

²⁸⁰ Ebd. S. 160

Frankreich beginnt, kleinlaut zu werden, da man sich dort vor dem immer wahrscheinlicher werdenden Winterfeldzug fürchte“.²⁸¹

Nach der gescheiterten Herbstoffensive der Alliierten Streitkräfte an der Westfront suchte General Falkenhayn, Chef des deutschen Generalstabes, Anfang 1916 mit der Offensive gegen die Festung Verdun die Kriegsentscheidung an der Westfront herbeizuführen.²⁸²

Falkenhayn, der England und Frankreich für die gefährlichsten Gegner Deutschlands hielt, während er Russland und Italien zu diesem Zeitpunkt militärisch nicht mehr so hoch einschätzte, erhoffte sich mit dem Angriff auf Verdun und der Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges den Zusammenbruch Frankreichs. Jedoch scheiterte der Versuch Deutschlands, die Festung Verdun einzunehmen.²⁸³

Brief vom 5. August 1915

„Seit ich Lugano verließ, hörten die italienischen Verdächtigungen gegen mich auf“, schrieb Chlumecky seinem Vater am 5.8.1915 aus Zürich. Peinlich sei die Tatsache, informierte er seinen Vater, dass Deutschland noch viel an Italien liefere. Von in Italien ansässigen rein deutschen Firmen erfolgten große Lieferungen ans italienische Heer.

In der Schweiz spüre man vom Krieg nicht viel, die Lebenshaltung der Bevölkerung sei kaum verändert und die Preise nach unseren Begriffen niedrig. Nur der Fremdenverkehr leide stark. Politisch gesehen sei die Schweiz vom Krieg aber doch in Mitleidenschaft gezogen, denn eine starke nationale Bewegung habe in der Westschweiz eingesetzt, welche die Einigkeit bedrohe.

Hier in Zürich seien alle Sympathien auf Seiten der Mittelmächte, man bemühe sich jedoch, neutral zu sein. Hingegen finde man es in der Westschweiz aber nicht der Mühe wert, den Schein der Neutralität zu wahren und sei offen gegen Deutschland und Österreich.

Chlumecky gab auch Information darüber, dass die Verhandlungen der Schweiz mit England und Frankreich zwecks Einfuhrbestimmungen sehr schlecht verlaufen würden. Diese beiden Staaten beabsichtigten, die Schweiz

²⁸¹ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 05 Brief v. 3.8.1915 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²⁸² Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 129

²⁸³ Ebd. S. 164 f

unter das Diktat einer Importkontrolle zwingen zu wollen. Sie wollten die Kontrolle darüber, dass nichts von den Produkten, die von der Schweiz eingeführt werden, nach Deutschland oder Österreich gelangen könnte. Stimme die Schweiz dieser Forderung nicht zu, solle die Einfuhr nach der Schweiz völlig untersagt werden. Die Schweiz stehe jedoch auf dem Standpunkt, dass für sie der Reexport möglich sein müsse, um sich den Austausch von Produkten aus Deutschland und Österreich sichern zu können.

Weiters schrieb Chlumecky, dass die Entente nun ernstlich an einen Winterfeldzug denke. Die Italiener seien davon nicht begeistert, aber in England und Russland glaube man, dass die Mittelmächte dadurch zusammenbrechen würden.

Zu dieser Zeit sprach man in der Schweiz auch von einer baldigen Kriegserklärung Rumäniens an die Mittelmächte.²⁸⁴

Rumänien ließ jedoch bis zur Kriegserklärung an Österreich-Ungarn ein Jahr verstreichen. Als es am 27. August auf Seiten der Alliierten in den Krieg eintrat, gerieten die Mittelmächte in eine schwere Krise. Die geografisch günstige Lage Rumäniens verschaffte den Alliierten sehr gute strategische Möglichkeiten. Die Verbindungslinien der Mittelmächte via Serbien nach der Türkei gerieten durch das durchschnittlich 300 km von den Meerengen entfernt liegende Rumänien in Gefahr. Wegen Rumäniens Lage am Südflügel der russischen Front, an der Ostgrenze Ungarns und an der Nordgrenze Bulgariens hätte den Alliierten ein kriegsentscheidender Erfolg gelingen können. Rumänien besaß im Norden und Westen die Karpaten als eine starke natürliche Grenze gegen Siebenbürgen und im Süden, als Schutz gegen Bulgarien, die bis zu 1300 m breite Donau. Nur in der Dobrudscha war die Grenze offen.²⁸⁵

Für Rumänien gab es ein klares militärisches und politisches Ziel. Von der Donaumonarchie wollte man Siebenbürgen und einen Teil der Bukowina, von Bulgarien die Dobrudscha.

Das militärische Potential Rumäniens war groß. Vor allem konnte Rumänien die Jahre seiner Neutralität dadurch nützen, dass es von den um sie werbenden Mittel- und Ententemächten moderne Armeebewaffnung erhielt.

Von Österreich-Ungarn erwartete man sich wenig Widerstand. Gegenüber den 370.000 Mann, die der rumänische Generalstabschef General Vasile Zottu nach Siebenbürgen beorderte, nahmen sich die 34.000 Mann, die General Arz v. Straußenberg zur Verfügung standen, sehr bescheiden aus. Deutschland wollte man nicht den Krieg erklären. Außerdem glaubte man in Rumänien, Deutschland könne durch seine Bindung an der Westfront nicht eingreifen.

²⁸⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 06 Brief v. 5.8.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²⁸⁵ Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 207 f

Der ideale Zeitpunkt für Rumäniens Kriegsbeitritt wäre am Höhepunkt der Brusilov-Offensive gewesen. Den ließ man jedoch verstreichen, wodurch der Krieg für das Land nicht günstig verlief. Deutschland und die Türkei erklärten Rumänien den Krieg und am 1. September 1916 auch Bulgarien.²⁸⁶

Siebenbürgen, wo unmittelbar nach der Kriegserklärung rumänische Truppen eindringen, war nach einem achtwöchigen Feldzug deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen wieder frei. Anfang September 1916 eröffnete Bulgarien die Offensive gegen Rumänien in der Dobrudscha.²⁸⁷

Im Dezember eroberte die deutsche 9. Armee die Walachei. Bis zum Jahresende standen die Verbündeten deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Verbände an der Sereth-Donaulinie. Bis Mitte Jänner 1917 war die Front des Vierbundes gegenüber Russland wieder geschlossen.

Der Krieg gegen Rumänien zählt zu den wenigen Beispielen einer siegreichen Kriegsführung mit Koalitionsarmeen und war ein klassischer Bewegungskrieg mit Operationen im Gebirge, Flussübergängen, Öffnen von Engen und Angriffen gegen Flanken und Rücken.²⁸⁸

Brief vom 14. August 1915

Chlumecky schrieb darin aus Zürich seinem Vater, dass für den Krieg in naher Sicht wichtige Entscheidungen bevorstehen könnten.

„Ich höre hier in Zürich viel über das Wechselspiel der am Balkan fieberhaft arbeitenden Kräfte. Vor etwa zwei Monaten gab Bulgarien den Alliierten seine Bedingungen bekannt, unter denen es ihnen Gefolgschaft leisten würde. Sie forderten eine völlige Revision des Bukarester Friedens und bedeutende Gebietsabtrennungen von Seiten Serbiens und Griechenlands. Der Viererbund ließ sich für die Antwort, in der Hoffnung mit Hilfe Italiens siegen zu können und dadurch Bulgariens Unterstützung nicht zu brauchen, sieben Wochen Zeit. Da sich diese Hoffnung nicht erfüllte, wurden Bulgariens Forderungen von den Alliierten nun bedingungslos akzeptiert. Als Kompensation für eine militärische Kooperation gegen Konstantinopel gaben die Alliierten Bulgarien

²⁸⁶ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 414 f

²⁸⁷ Ebd. S. 212

²⁸⁸ Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 217 f

auf ihre geforderten Gebietserweiterungen Garantie. Serbien werde dabei eigentlich geopfert. Es soll für die an Bulgarien verlorengelassenen Gebiete Bosnien, die Herzegowina und Süddalmatien bekommen. Griechenland soll süd-mazedonische Gebiete abtreten und dafür Inseln und Smyrna bekommen. Von den Mittelmächten wurde im Gegenzug eine neue Offensive gegen Serbien angekündigt und versprochen, große serbische Gebiete an Bulgarien abzutreten. Von Bulgarien wird dafür nur Neutralität, Durchfuhrerlaubnis für Waffen und Munition, aber keine Waffenhilfe verlangt“.

An Rumänien wurde von den Mittelmächten eine Reihe sehr scharfer Forderungen gerichtet, schreibt Chlumecky im Brief weiter. So etwa die Durchfuhr von Waffen und Munition nach Bulgarien. Nach Weigerung der Rumänen drohte Deutschland, dass weder Deutschland noch Österreich-Ungarn Rumäniens volle Lagerbestände an Mais und Weizen aufkaufen würden. Durch die momentane Sperre der Dardanellen wäre dies für Rumänien katastrophal. Der Viererbund versprach hingegen den sofortigen Aufkauf der Ernte nach Öffnung der Dardanellen.

Weiters schreibt Chlumecky im Brief Folgendes: „Seit zwei Wochen gibt es nun fieberhafte diplomatische Tätigkeiten. Man glaubt, dass die Entscheidung im Herbst fallen werde. Der Ausgang dessen entscheidet im Grunde Österreichs Schicksal. Wenn es den Alliierten gelingt, den ganzen Balkanbund gegen uns zu schmieden, dann würde unsere Widerstandskraft gebremst. Wenn wir jedoch wenigstens einen der Balkanstaaten aktiv an unserer Seite hätten, dann würden die Wege unverändert bleiben und ein zweiter Winterfeldzug wäre sehr wahrscheinlich“.²⁸⁹

Im Herbst 1915 konnte Bulgarien endlich auf die Seite der Mittelmächte gezogen werden. Deren Erfolge am russischen Kriegsschauplatz, die bislang ergebnislos verlaufenden Landungsoperationen der Alliierten an den Dardanellen und die Abwehr der italienischen Angriffe am Isonzo veranlassten Bulgarien nach langen und schwierigen Verhandlungen am 6. September 1915 zum Abschluss eines Bündnisses und einer Militärkonvention mit den Mittelmächten.

Durch den Kriegsbeitritt Bulgariens auf Seiten der Mittelmächte konnte Serbien mit überlegenen Kräften von drei Seiten angegriffen werden. Der Oberbefehl der gegen Serbien verbündeten deutschen, österreichisch-ungarischen und bulgarischen Verbände wurde Generalfeldmarschall Mackensen erteilt.

Die Mittelmächte wollten den Sieg gegen Serbien, um die Landverbindung zur Türkei herstellen zu können. Bulgarien wollte durch einen militärischen Erfolg die mazedonischen Gebiete zurückgewinnen.²⁹⁰

²⁸⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 07 Brief vom 14.8.1915 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²⁹⁰ Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 117 f

Am 9. Oktober 1915 war Belgrad in den Händen der Verbündeten. Bis zum Jahresende blieb dem serbischen Heer nur der Rückzug nach Südwesten, über die bereits winterlichen Gebirge Montenegros und Albaniens, offen. Mitte Dezember erreichten die demoralisierten Reste des serbischen Heeres die Adriaküste, von wo sie mit Schiffen der Entente nach Korfu gebracht wurden, um für einen späteren Einsatz an der Mazedonienfront vorbereitet zu werden.²⁹¹

Brief vom 20. August 1915

Chlumecky wechselte während seines Aufenthaltes in der Schweiz nochmals seinen Standort. Am 20. August schrieb er seinem Vater aus Luzern, dass Conrad seinen Vorschlag aufgriff, die schon erwähnten tschechischen Aktivitäten in der Schweiz durch einen von Conrads Leuten beobachten zu lassen. Chlumecky hoffte, dass Innenminister Heinold diesem Ansuchen zustimmen werde. Für Chlumecky war es allerdings fraglich, ob die österreichische Regierung überhaupt noch an den Tätigkeiten der Tschechen in der Schweiz interessiert sei.²⁹²

Brief vom 15. September 1915

Beim Schreiben seines letzten Briefes an seinen Vater während seines Aufenthaltes in der Schweiz befand sich Leopold Chlumecky in Bern, in der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft der Schweiz. Aus dem Büro des Militärattachés schrieb er, dass die Nachrichten- und Postsperrung in der Schweiz vollständig durchgeführt werde. Er sei im Ungewissen, ob seine Post von den Eltern noch empfangen werde. Wenn es in drei Tagen wieder Reiseverkehr geben werde, wolle er wieder heim.²⁹³

²⁹¹ Ebd. S. 120-123

²⁹² Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 08 Brief vom 20.8.1915 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²⁹³ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 09 Brief vom 15.9.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

4.2 Die politischen Briefe aus Wien

Brief vom 29.September 1915

Leopold Chlumecky hatte noch im September 1915 sein Domizil wieder nach Wien verlegt. Am 29. September schrieb er seinem Vater, dass die Metallvorräte knapp werden würden. Die durchgeführten Metall-requirierungen betrafen jeden Haushalt. Obwohl diese Maßnahmen unerlässlich seien, hege er die Befürchtung, dass sie den Gegner in der Überzeugung bestärken könnten, es bedürfe nur einiges Durchhalten, um Österreich-Ungarn infolge Materialknappheit besiegen zu können.²⁹⁴

Brief vom 2. Oktober 1915

Im Brief schrieb Chlumecky seinem Vater, dass sich das Volk über die Metallrequirierungen beklage. Für die requirierten Geräte werde von der Regierung nicht der volle Kaufpreis abgegolten, sondern nur der Materialwert. Die Öffentlichkeit verstehe auch nicht, warum erst so spät auf die Kirchenglocken zurückgegriffen wurde.²⁹⁵

Das am 26.September 1912 erlassene Kriegsleistungsgesetz regelte „im Kriegsfall die Unterstellung der Bevölkerung und der Wirtschaft unter das militärische Verfügungsrecht. Zwang und Beschlagnahme dominierte das Gesetz“.²⁹⁶

²⁹⁴ Ebd. Q2 6b. 10 Brief vom 29.9.1915

²⁹⁵ Ebd. Q2 6b. 11 Brief vom 2.10.1915

²⁹⁶ Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 175

Chlumecky war auch zu dieser Zeit ein vielbeschäftigter Mann. Er teilte seinem Vater im Brief vom 2.10.1915 noch mit, dass er an diesem Tag vormittags an einer Lloyd-Sitzung teilnahm und nachmittags eine Besprechung beim Direktor der Creditanstalt, Alexander Spitzmüller, hatte.²⁹⁷

Brief vom 8. Oktober 1915

Im Brief beklagte sich Chlumecky bei seinem Vater über die schlecht organisierte Zufuhr von Lebensmitteln nach Österreich. Dabei gehe es gänzlich unorganisiert zu. Es gebe in Wien Tage, an denen kein Stück Butter aufzutreiben sei. Nur um den Preis hochzutreiben, warte man mit der Zufuhr von Waren oft über eine Woche. Die Spekulanten fänden bei ihren Preistreibern durch die Regierung noch Unterstützung, berichtete Chlumecky im Brief weiter. Er habe den Beweis in der Hand, dass man durch die Kriegsgetreide-Gesetze die Händler zu Preiserhöhungen anhalte. Durch derartiges Vorgehen erreiche die Versorgungsmisere in Wien ungeahnte Dimensionen. Ein Ende wäre bei dieser Verwaltung nicht abzusehen. Bei Reis, Mehl und Kartoffeln herrsche großer Mangel. Milch, Fleisch und Schmalz seien bereits viermal so teuer als vor dem Krieg. Gegenüber Deutschland seien die Lebensmittelpreise um das Doppelte gestiegen. Obwohl man zur Zeit für 100 Mark 145 Kronen bezahle, denken einige an eine Übersiedlung nach Deutschland.²⁹⁸

Durch den Krieg verringerten sich die Erträge von Getreide in der österreichischen Reichshälfte auf 41 Prozent und in Ungarn auf 57 Prozent des Vorkriegsstandes. Ähnlich verhielt es sich bei Fleisch und Kartoffeln. Die vor dem Krieg ausschließlich im Inland erzeugte Menge an Getreide sicherten jeden Einwohner im Jahr 138 kg Mehl. Man verabsäumte, die Produktionsbedingungen vorausschauend wie vor dem Krieg sicherzustellen. Einerseits hatte die Landwirtschaft bald Mangel an Personal, Zugtieren, Treibstoff und Saatgut, andererseits stieg aber gleichzeitig der Versorgungsbedarf der Armeen stark an. Einfuhren aus Rumänien und später aus der Ukraine konnten das Getreidedefizit nicht ausgleichen. Die fehlende Planung bei Kriegsbeginn führt unaufhaltsam zu einer Hungerkatastrophe. Erst im Februar 1917 wurde ein gemeinsamer Ernährungsausschuss geschaffen.²⁹⁹

²⁹⁷ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 11 Brief vom 2.10.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

²⁹⁸ Ebd. Q2 6b. 12 Brief vom 8.10.1915

²⁹⁹ Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 181

Brief vom 12. Oktober 1915

Darin beklagte sich Chlumecky darüber, dass er an einem Darmkatarrh leide, den er wegen der schlechten Nahrung nicht ausheilen könne. An Reis, ungemischtem Mehl und Kartoffeln herrsche großer Mangel.

An diesem Tag hatte Chlumecky ein Gespräch mit Graf Stürgkh. Im Brief erwähnte er auch die Änderungen bei Wappen und Fahnen. Diese seien eine Konzession an Ungarn gewesen. Man hätte damit bis nach dem Krieg warten können.³⁰⁰

Durch ein kaiserliches Handschreiben und einen Armee- und Flottenbefehl wurde am 11. Oktober ein gemeinsames Wappen, eine gemeinsame Flagge und eine Kriegsflagge geschaffen.³⁰¹

Über die Änderung an Wappen und Fahnen führte Josef Redlich am 16. Oktober 1915 ein Gespräch mit Ernest Koerber. Der Finanzminister der Gesamtmonarchie war auf István Tisza sehr schlecht zu sprechen. Tisza habe dem Kaiser die Zusage an der Neuregelung bei Wappen und Fahne abgepresst. Da der Kaiser danach seine Zusage bereute, ließ er den Akt drei Wochen lang liegen, wonach er von Tisza neuerlich gepresst wurde.³⁰²

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war die Geltung des Wappens mit dem kaiserlichen Doppeladler für die ungarische Reichshälfte umstritten. Nach der Proklamation des Kaiserreichs Österreich im Jahre 1804 wurde der römisch-deutsche Doppeladler mit einem Brustschild belegt, darin ein weiterer Doppeladler mit dem rot-weiß-roten Schild von Österreich auf der Brust. Das am 11.10.1915 geschaffene Doppelwappen (Allianzwappen) wies rechts den kaiserlichen Doppeladler mit rein österreichischem Brustschild auf, links einen Wappenschild für Ungarn. Jeder Schild mit der Krone (rudolfinische Hauskrone und Stephanskrone) gedeckt, verbunden durch das königlich gekrönte „Genealogische Wappen des allerhöchsten Kaiserhauses“.³⁰³

³⁰⁰ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 13 Brief vom 12.10.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³⁰¹ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919 S.65

³⁰² Ebd. S. 67

³⁰³ Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 16 S. 355 (= Brockhaus Mannheim 1991)

Brief vom 13. Oktober 1915

Über die im Brief vom 12. Oktober 1915 erwähnte Besprechung mit Stürgkh wolle er seinem Vater lieber mündlich berichten, schrieb Chlumecky im Brief vom 13. Oktober. „Die Briefe an mich werden kontrolliert, zwei Briefe wurden bereits geöffnet“.

Weiters berichtete Chlumecky über eine fulminante Hausse im Bankwesen und über eine mit 30 % vorangeschlagte Kursentwertung.³⁰⁴

Brief vom 15. Oktober 1915

Wegen des gesunkenen Geldwertes sollte man im Moment keine Realitäten abstoßen, schrieb Chlumecky in diesem Brief an seinen Vater. Vom Gouverneur der Bodenkreditanstalt, Rudolf Sieghart, wurde Leopold Chlumecky informiert, dass sich die von diesem berechneten Kriegskosten, inklusive der Invalidenversicherung für Österreich-Ungarn, auf etwa 40 Milliarden Kronen belaufen würden. Dies bedeute für beide Staaten einen aufzubringenden Jahresbedarf von 2,4 Milliarden Kronen. Solche Probleme werden von dieser österreichischen Regierung mit einem Finanzminister Engel und einem Handelsminister Schuster nicht zu bewältigen sein, schrieb Chlumecky abschließend.³⁰⁵

Brief vom 27. Oktober 1915

Darin beklagte sich Chlumecky über die Zensur, die ihm in seinem Blatt „Die Österreichische Rundschau“ auferlegt worden war. Es sei ihm die Reproduktion eines für Conrad sehr anerkennenden Artikels aus einem französisch-schweizerischen Blatt untersagt worden, weil man in diesem

³⁰⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 14 Brief vom 13.10.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³⁰⁵ Ebd. Q2 6b. 15 Brief vom 15.10.1915

Artikel Österreich Verdienste zuschrieb, welche die Deutschen für sich reklamierten.³⁰⁶

5. Die Korrespondenz mit Josef Redlich. 1908 - 1934

Sowohl Josef Redlich als auch Leopold Chlumecky pflegten gute Kontakte zu Parlamentariern, Männern der Wissenschaft und Journalisten.

Der Politiker und Jurist Josef Redlich studierte an den Universitäten Wien, Leipzig und Tübingen Geschichte und Jus. Er widmete sich auch der

³⁰⁶ Nachlass Chlumecky, Q2 6b. 16 Brief vom 27.10.1915 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

Wissenschaft und fand mit seinen Arbeiten zur englischen Verwaltung und über den englischen Parlamentarismus frühe internationale Anerkennung. 1909-1918 war er Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Technischen Hochschule Wien. 1906 war er mährischer Landtagsabgeordneter und 1907-18 Reichstagsabgeordneter. Er profilierte sich bald als einer der angesehensten Parlamentarier. Während des Ersten Weltkriegs entfernte er sich von seiner ursprünglich deutsch-nationalen Auffassung und wurde engagierter Pazifist und Vertreter einer nationalen Verständigungspolitik. Von Oktober bis November 1918 fungierte er als Finanzminister im Kabinett Lammasch. In den Kriegsjahren machte er Forschungen zur österreichischen Geschichte.

Nach der Gründung der Republik widmete er sich wieder seinen wissenschaftlichen Arbeiten, die ihm schon vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs mehrfach Einladungen zu Vorlesungstätigkeiten an amerikanischen Universitäten gebracht hatten. 1926-34 wirkte er mit Unterbrechungen an der Harvard Universität in Cambridge (Massachusetts) als Professor für vergleichendes Staats- und Verwaltungsrecht.

Nach der Creditanstaltskrise kehrte er noch einmal nach Österreich zurück. 1931 wurde er für einige Monate Finanzminister im Kabinett Buresch.³⁰⁷

Wie im Vorwort erwähnt, gibt die im Nachlass Chlumecky aufliegende Korrespondenz zwischen Josef Redlich und Leopold Chlumecky von den Jahren 1926 bis 1934 wertvolle Informationen über die Ereignisse in Österreich während der Zwischenkriegszeit bzw. wie beide Männer über die politische Situation dieser Zeit dachten. Auch über zurückliegende Ereignisse geben beide Herren in diesen Briefen interessante Kommentare ab.

In dieser Korrespondenz gibt es auch einen Brief aus dem Jahre 1908, worin Josef Redlich Chlumecky darüber informiert, dass er den Nachlass des 1879 verstorbenen Ministers Josef v. Lasser kommentieren werde.

Dabei noch ein Brief aus dem Jahre 1917, der Kommentare Redlichs über den Grafen Czernin und über die zu dieser Zeit in Österreich herrschende Friedenshoffnung enthält.

Obwohl diese zwei Briefe zeitlich weit auseinander liegen und nicht in das Thema der Zwischenkriegszeit einzuordnen sind, werde ich darauf eingehen.

5.1 Brief von Redlich an Chlumecky

Wien, 6. August 1908

³⁰⁷ Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950 (=Verlag d.Österr. Akademie der Wissenschaften)

Im Brief kündigte Redlich einen seiner Beiträge in der „Österreichischen Rundschau“ an. Redlich werde dort Teile des Nachlasses des 1879 verstorbenen Ministers Freiherr v. Lasser, der Material zwischen 1848 und 1878 enthält, veröffentlichen und kommentieren.³⁰⁸

In der „Österreichischen Rundschau“ von April 1909 erschien dann der Beitrag Redlichs unter dem Titel: „Lasser und Schmerling“ (Nach ihren Briefen). Die im Nachlass Lasser aufliegenden Briefe Anton v. Schmerlings an Josef v. Lasser geben Einblick in die Situation, die im ersten österreichischen Reichsrat nach dem Erscheinen der Februarverfassung des Jahres 1861 vorherrschte. Josef Redlich meinte in seinem Beitrag, dass sich die politische Situation, wie sie 1861 in Österreich vorherrschte, auch mit der des Jahres 1909 vergleichen lässt. Nämlich, dass die Schuld an Schwierigkeiten, die im Zusammenwirken zwischen Krone, Regierung und Parlament entstehen können, meistens der Volksvertretung angelastet werden.³⁰⁹

Anton v. Schmerling begann seine erste politische Karriere schon 1848 als deutscher Reichsminister für Inneres. 1849-1851 war er Justizminister der Regierung Schwarzenberg. Nach der Niederlage Österreichs im Krieg gegen Frankreich und Piemont-Sardinien begann seine zweite politische Karriere. Er wurde 1860 Ministerpräsident der ersten „pseudoliberalen Regierung“. 1861 wurde er in dieser Funktion von Erzherzog Rainer Ferdinand abgelöst. Damit endete jene Periode der österreichischen Geschichte, die zwischen Absolutismus und Verfassungsstaat einzureihen ist. Trotz seiner Ablöse blieb Schmerling ein einflussreicher Politiker. Er verkündete am 26. Februar 1861 mit dem Februarpatent eine Gesamtstaatsverfassung.³¹⁰

Mit Josef v. Lasser, der unter Agenor Romuald Goluchowski 1859 Sektionschef und ab Oktober 1860 Minister ohne Portefeuille war, verband Schmerling Freundschaft.³¹¹

Josef Redlich bezeichnete Schmerling als „Vater der Verfassung“. Die Mängel dieses Verfassungswerkes kamen bereits bei der ersten Session des ersten österreichischen Reichsrates ans Licht. Um ein wirklich konstitutionelles Regiment zu führen, fehlte es nach Josef Redlich an ehrlichem Willen. Ein wachsendes Misstrauen, selbst bei den die Regierung stützenden Elementen

³⁰⁸ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 01 Brief vom 6.8.1908 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³⁰⁹ Josef Redlich, Lasser und Schmerling Bd. 19 S. 83 (=Österreichische Rundschau vom April 1909)

³¹⁰ Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950 S. 234 (=Verlag d.Österr. Akademie der Wissenschaften)

³¹¹ Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950 S. 35

innerhalb und außerhalb des Parlamentes, war die Folge. Andererseits arbeiteten Tschechen, Polen, Föderalisten und Klerikale gegen den geringen Schein von Liberalismus und Parlamentarismus der Februarverfassung und Schmerlings Administration.

Im Brief an Lasser vom 9. Mai 1862 beklagte Schmerling den Misserfolg seiner Regierungstätigkeit bei der Krone. „Ein Haus, das nie ein Ministerium unterstützt, eine Presse, die immer gegen die Regierung Stellung nimmt, eine Bevölkerung, die dabei ruhig zusieht, wie man die Männer ruiniert, die es verlangt hat, dabei Feudale und Klerikale als erbitterte Feinde - das ist unsere Situation. Wir, die wir ein Einvernehmen mit dem Hause fort und fort anstreben, wir haben uns um das Vertrauen des Kaisers gebracht und werden im Hause keine Erfolge haben“.³¹²

Wie schon erwähnt, verglich Josef Redlich die politische Situation, wie sie im Jahre 1861 in Österreich vorherrschte, mit der des Jahres 1909. Er stellte die Frage, „ob nicht vor allem Mängel der Minister, ob es nicht ungenügende Fähigkeiten der Träger der Regierungsgewalt etwa sind, die das Ministerium an der Erfüllung seiner Aufgaben jeweils hindern: diese Frage wird von den Regierungen auch heute in der Regel ebensowenig aufgeworfen wie zur Zeit Schmerlings“. Weiters schreibt Redlich, dass nicht immer nur das Parlament an einer Staatskrise Schuld trägt. Spannungen zwischen Krone, Regierung und Parlament sind meist der Regierung anzulasten. Eine Regierung könne nicht alle Verantwortung ablehnen und den Volksvertretern anlasten.³¹³

Redlichs Kritik dürfte auf Bienenrth-Schmerlings Beamtenkabinett gezielt haben. Graf Bienenrth-Schmerling war zu dieser Zeit Ministerpräsident. Er verfügte wegen fortgesetzter Obstruktion der Tschechen im Februar 1909 die Schließung des Reichsrates und des böhmischen Landtages.³¹⁴

Nach Josef Redlich ist „die Auffassung von der Funktion der Krone, die Schmerling in seinem Brief zum Ausdruck bringt oder wenigstens durchblicken lässt, sehr charakteristisch: sie ist ein Inventarstück der österreichischen Politik der letzten fünf Dezennien geblieben“. Diese Auffassung muss schließlich zur Willenlosigkeit jeder Volksvertretung führen, meinte Redlich.³¹⁵

³¹² Josef Redlich, Lasser und Schmerling Bd. 19 S. 79 f (=Österreichische Rundschau vom April 1909)

³¹³ Ebd. S. 83 f

³¹⁴ Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950 S. 84 (=Verlag d.Österr. Akademie der Wissenschaften)

³¹⁵ Josef Redlich, Lasser und Schmerling Bd. 19 S. 84 (=Österreichische Rundschau vom April 1909)

5.2 Brief von Redlich an Chlumecky

Wien, 21. September 1917

Zu dieser Zeit befand sich Österreich-Ungarn auf Seite der Mittelmächte zusammen mit Deutschland, dem Osmanischen Reich und Bulgarien im Ersten Weltkrieg. Gegner waren die Ententemächte Großbritannien, Frankreich, Russland und Italien, denen sich als Alliierte Serbien, Belgien, Japan und ab 1917 die USA anschlossen.

In diesem Brief an Chlumecky schreibt Redlich, dass in Wien in den letzten Tagen eine „merkwürdig starke Friedenshoffnungsstimmung“ herrsche, für die er keinen Grund wisse.³¹⁶

Auf Friedenshoffnung bestand tatsächlich kein Grund. Zu dieser Zeit versuchte der russische Kriegsminister und Ministerpräsident Aleksander Kerenski nach dem Scheitern der letzten russischen Großoffensive an der Ostfront den Zerfall seines Heeres zu verhindern,³¹⁷ befahl an der Südwestfront der italienische Generalstabschef Cadorna nach schweren Verlusten des italienischen Heeres in den beiden letzten Angriffsschlachten am Isonzo seinen am Fluss stehenden Armeen, eine Abwehrfront zu errichten,³¹⁸ gelang es an der Westfront in Flandern der englischen Infanterie nicht, in einer beispiellosen Materialschlacht die deutsche Front zu durchbrechen, um zu den deutschen U-Boot-Basen an der flandrischen Küste zu gelangen.³¹⁹

Dazu nahm Redlich im Brief vom 21.9.1917 ebenfalls Stellung. Er schrieb, dass die gegenwärtige Offensive in Flandern bei den Engländern keine Kriegsmüdigkeit erkennen lasse.³²⁰

Mitte Juli 1917 begann England in einer beispiellosen Materialschlacht die Offensive in Flandern. „Die Hölle von Verdun ist in Flandern noch überboten worden. Man nannte die Flandernschlacht das größte Martyrium des Weltkrieges“.³²¹

³¹⁶ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 02 Brief vom 21.9.1917 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³¹⁷ Anton Wagner, Der Erste Weltkrieg S. 261

³¹⁸ Ebd. S. 274

³¹⁹ Ebd. S. 292

³²⁰ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 02 Brief vom 21.9.1917 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³²¹ Anton Wagner, Der erste Weltkrieg S. 292

Von Dezember 1917 bis Februar 1918 gab es österreichisch-ungarisch-britische Friedensgespräche in der Schweiz. Der Burengeneral Smuts schlug Graf Mensdorff einen Sonderfrieden, die Lösung des deutschen Bündnisses und gegenüber dem Londoner Vertrag von 1915 verringerte Gebietsabtrennungen an Italien sowie eine Umgestaltung der Donaumonarchie zum Staatenbund vor. Auch diese Gespräche verliefen ergebnislos.³²²

Bezüglich Russland war eine Hoffnung auf Frieden ebenfalls verfrüht. Obwohl die Märzrevolution 1917 letztendlich den russischen Zusammenbruch einleitete und am 15. März 1917 zur Abdankung von Zar Nikolaus II. führte, herrschte zwischen den Mittelmächten und Russland weiterhin Krieg. Russlands Regierung und Armeeführung, von der englischen Botschaft in Petersburg tatkräftig unterstützt, traten für eine Weiterführung des Krieges auf Seiten der Entente ein. Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates hingegen waren gegen eine Fortführung des Krieges auf Seiten der „imperialistischen“ Ententestaaten und traten für einen raschen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen ein. Die vom Sowjet erlassenen Befehle an die Garnisonen und die Armeen im Felde untergruben die Kampfmoral der russischen Soldaten. Die militärische Führung der Mittelmächte vermied daraufhin jede Aktion, die den Widerstandswillen des russischen Heeres nochmals entfachen hätte können. Eine intensive Propagandatätigkeit im Frontbereich mittels Zeitungen, Flugblättern und Aufrufen sollte die Kriegsmüdigkeit noch verstärken. Die Deutsche Oberste Heeresleitung gestattete sogar dem Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Uljanow, Deckname „Lenin“, die Durchreise quer durch Deutschland aus dem Schweizer Exil nach Russland. Obwohl das russische Heer ab Ende April 1917 nicht mehr in der Lage war, größere militärische Operationen durchzuführen, gelang es den Mittelmächten nicht, mit der Heeresführung Russlands zu einem allgemeingültigen Waffenstillstand zu gelangen.³²³

Da im September 1917 an keinem der Frontabschnitte Aussicht auf Waffenruhe bestand, war die Skepsis Josef Redlichs gegenüber einer Friedenshoffnungsstimmung begründet.

Der Krieg im Osten wurde nicht an der Front entschieden. Der entscheidende Schritt wurde vielmehr durch den innenpolitischen Umsturz am 7. November 1917 in Russland eingeleitet. Mit dem Sturz Kerenskis und der Machtübernahme durch Lenin kamen in Russland die friedensgeneigten Kräfte ans Ruder. Der Waffenstillstand, in den die neue russische Regierung am 15.

³²² Wolfdieter Bihl, Der Weg zum Zusammenbruch Österreich-Ungarns unter Karl I.. In: Erika Weinzierl- Kurt Skalnik, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik 1 S. 35 (=Verlag Styria Graz Wien Köln 1983)

³²³ Anton Wagner, Der erste Weltkrieg S. 254 ff

Dezember 1917 einwilligte, führte am 3. März 1918 zum Frieden von Brest-Litowsk.³²⁴

Möglicherweise beruhte diese Friedenshoffnung auf der Friedensresolution, die am 19. Juli 1917 von der Mehrheit des deutschen Reichstages proklamiert wurde, in der „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen“ verurteilt wurden. Ein Ausgleichsfrieden mit allen feindlichen Mächten soll angestrebt werden. Mit dem Mehrheitsbeschluss der deutschen Volksvertretung versuchte Österreich-Ungarns Minister des Äußern, Graf Czernin, die Oberste Heeresleitung Deutschlands von ihrer Eroberungssucht abzubringen. Zudem konnte sich Czernin bei den bündnisfeindlichen Kräften der Donaumonarchie, denen auch Kaiser Karl angehörte, auf die Resolution der „deutschen Parlamentarier berufen, die erzwungene Eroberungen ablehnte und allseitige Versöhnung proklamierte“.³²⁵

Weiters weist Josef Redlich im Brief vom 21. September darauf hin, dass man Graf Czernin in Berlin wegen seiner Sprunghaftigkeit Misstrauen entgegenbringe. Es sei schwer, sich über diesen Mann ein Urteil zu bilden, schrieb Redlich im Brief weiter. In Österreich halte man Czernin für einen entschlossenen Anhänger der Durchhaltepolitik. „Wenn sich die Preußen über Czernin nicht beruhigen, so deshalb, weil man seinem Charakter und seiner Persönlichkeit nicht recht traut“.³²⁶

Das Misstrauen des Bündnispartners richtete sich gegen die Methoden, die Czernin bei seinen Friedenskontakten anwandte. Graf Ottokar Czernin sprach bei seinem ersten Berlinbesuch am 6. Jänner 1917 und vor der eigenen Regierung am 12. Jänner von einem Frieden ohne Sieger und Besiegte. Dabei gebrauchte er die gleichen Worte wie einige Tage später Amerikas Präsident Woodrow Wilson bei seiner großen Rede, die er am 22. Jänner 1917 vor dem Senat hielt.

Präsident Wilson, der Amerika aus dem Krieg heraushalten wollte, entsandte 1916 seinen Vertrauten E. M. House nach Europa, um Möglichkeiten für einen Frieden ohne Sieg auszuloten. Diese Vermittlungsversuche wurden von den europäischen Mächten nicht angenommen. Trotzdem zeigte Wilson bei seiner Rede am 22. Jänner 1917 vor dem amerikanischen Senat, dass er in der internationalen Politik weiter aktiv bleiben wollte. Das Ziel war Amerikas Einflussnahme auf die künftig zu erwartende Neuordnung Europas.

³²⁴ Ebd. S. 263

³²⁵ Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin S. 131 f (=Verl. für Gesch. u. Politik Wien 1969)

³²⁶ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 02 Brief vom 21.9.1917 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

Im Gegensatz zu Wilson, der mit einem Frieden ohne Sieg an eine Friedensordnung dachte, die mit den Traditionen Europas brach, dachte aber Czernin an einen Frieden auf Basis „Status quo ante bellum“. Trotz alledem stimmten sie in der Ablehnung des Siegfriedens überein. Österreich-Ungarns Minister des Äußern erkannte, dass die USA für Friedensanbahnungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen könnten und versuchte nun, mit Amerika ins Gespräch zu kommen.³²⁷

In einem Bericht der sächsischen Gesandtschaft in Wien schrieb Nostitz-Wallwitz über Wilsons Senatsrede vom 22.1.1917 nach Dresden, dass der amerikanische Präsident die „Zustimmung der Regierten“ auf die künftige Gestaltung der Landkarte angewendet wissen wolle. Der Bericht gab der Befürchtung Ausdruck, dass Wilsons Programm so gut wie das der Entente die ganze Existenz der Mittelmächte und namentlich der österreichisch-ungarischen Monarchie bedrohe. Den Diplomaten des Ballhausplatzes schien nun ein Krieg mit Amerika kaum noch als abwendbar. Der Öffentlichkeit gegenüber wahrte man aber aus taktischen Gründen das Gesicht. Weiter berichtete Nostitz, dass in den Pressemeldungen die gute Absicht Wilsons höflich anerkannt werde, gleichzeitig dem amerikanischen Präsidenten aber jede Kenntnis der europäischen Verhältnisse abgesprochen werde und sein Programm als wertlos zu bezeichnen sei.³²⁸

Die sächsische Gesandtschaft in Wien bestand bis 1917. Die Berichte von Nostitz-Wallwitz, der als Gesandter des Königreichs Sachsen seit Sommer 1916 in der Kaiserstadt Wien amtierte, sind für die Beurteilung der Schlussphase des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie eine wichtige Quelle. Der Name Nostitz wurde im Zusammenhang mit jenen Kreisen gebracht, die im Laufe des Jahres 1917 versuchten, durch ein Herauslösen Österreich-Ungarns aus dem Kriegsbündnis zu einer Erneuerung der Monarchie zu finden.³²⁹

Obwohl die Mittelmächte am 31. Jänner 1917 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ankündigten, von dem Wilson glaubte, dass Deutschland damit einen militärischen Sieg und einen Diktatfrieden erzwingen wollte, reagierte er auf diese Ankündigung gegen das Deutsche Reich härter als gegen die Habsburgermonarchie. Zu Berlin wurden danach am 3. Februar 1917 von den

³²⁷ Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin S. 32 ff. (=Verlag f. Geschichte u. Politik Wien 1969)

³²⁸ Alfred Opitz / Franz Adlgasser, Der Zerfall der europäischen Mitte. Staatenrevolution im Donauraum. Berichte der sächsischen Gesandtschaft in Wien 1917-1919. Bericht 42 v. 24.1.1917 S. 9 (=Wolfgang Neugebauer Verlag Graz 1990)

³²⁹ Alfred Opitz / Franz Adlgasser, Der Zerfall der europäischen Mitte. Staatenrevolution im Donauraum. Berichte der sächsischen Gesandtschaft in Wien 1917-1919 S. III

USA die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, zu Österreich-Ungarn dagegen noch nicht. Dadurch ermutigt, schickte Czernin über Penfield und Staatssekretär Lansing an Wilson die Botschaft, dass die Donaumonarchie zum U-Boot-Krieg gezwungen sei, da die Entente-Mächte einen Frieden ohne Sieger und Besiegte ablehnten.

Czernin erhoffte sich durch seine Friedensformulierung, die der amerikanischen glich, einen Keil zwischen die Entente und die USA zu treiben. Der deutsche Staatssekretär Zimmermann sah hingegen im Verhalten Amerikas gegenüber Österreich-Ungarn den Versuch, einen Zwiespalt zwischen den Mittelmächten herbei zu führen.³³⁰

Als es zum Bruch zwischen Amerika und Deutschland kam, erhoffte sich Berlin, dass Österreich-Ungarn seinen Botschafter aus Washington zurückrufen würde. An der Versicherung Czernins gegenüber Lansing, Österreich-Ungarn und seine Verbündeten akzeptierten einen Frieden ohne Sieger und Besiegte, nahm die deutsche Regierung den größten Anstoß. Der über Czernins Aktivitäten hinsichtlich Wilson nicht gerade glückliche Bundespartner hielt den amerikanischen Präsidenten für einen bedingungslosen Anhänger der Entente.³³¹

Auf Czernins Amerikapolitik wurde nun von deutscher Seite dadurch Einfluss genommen, in dem man Mitte Februar 1917 das amerikanische Schiff „Law“ durch ein U-Boot mit k. u. k. Hoheitszeichen versenken ließ. Diese Aktion wurde jedoch von Amerika durchschaut. Der amerikanische Unterstaatssekretär erwähnte einige Wochen später gegenüber dem k.u.k. Botschafter in Washington, Graf Tarnowski, dass die „Law“ von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, dessen Kapitän sich als österreichisch-ungarischer Offizier ausgegeben habe.³³²

In den Monaten Februar und März 1917 gab es dann Friedenskontakte zwischen der Habsburgmonarchie und den USA. Der k. u. k. Botschafter in Washington, Adam Graf Tarnowski, sprach mit dem Berater Wilsons, Colonel House, und Graf Czernin kontaktierte seinerseits den amerikanischen Botschafter, Penfield. Im Februar 1917 warnten Kaiser Karl und Außenminister Czernin Berlin vor dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg.³³³

³³⁰ Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin S. 34 ff (=Verlag f. Geschichte u. Politik Wien 1969)

³³¹ Ebd. S. 37 f

³³² Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin S. 40

³³³ Wolfdieter Bihl, Von der Donaumonarchie zur 2. Republik S. 102 (= Verlag Böhlau wien 1989)

Als der Krieg zwischen Amerika und Deutschland wegen der von Deutschland am 9. Jänner 1917 angekündigten Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges - die Wilson wie ein Schlag ins Gesicht traf - als unvermeidbar galt und zeitgleich in Russland die Revolution ausbrach, erkannte Graf Czernin sofort, dass es sich mit dem durch Wirren geschwächten Gegner im Osten leichter zu einem Frieden kommen ließe als mit jenem im Westen. Russland war im Gegensatz zu den Westmächten der Hauptgegner der Donaumonarchie. Die russische Expansion bedrohte seit Jahren die österreichisch-ungarische Position. Mit den Westmächten bestand nur eine mittelbare Gegnerschaft, einerseits wegen der Londoner Versprechungen an Italien vom April 1915 und andererseits wegen des Programms der Entente vom Jänner 1917, das den Slawen der Donaumonarchie die Befreiung versprach bzw. die Auflösung der Doppelmonarchie in ihrer gegenwärtigen Form wollte. Das einzige Kriegsziel Österreichs gegenüber den Westmächten war demnach eine Revision ihrer diesbezüglichen Absichten.³³⁴

Czernin war überzeugt, sein Ziel nur dadurch zu erreichen, wenn einerseits Österreich-Ungarn auf deutscher Seite ausharrte, aber andererseits wegen deutsch-französisch-englischer Streitpunkte nicht am Krieg festhielt. Er nahm Einfluss auf die Gegnerschaft zwischen Deutschland und den Westmächten, indem er die Initiative zu Gesprächen mit den Gegnern aus dem Westen ergriff, drängte aber gleichzeitig den Zweibundpartner zum Verzicht auf Belgien und auf ein Entgegenkommen in der Frage „Elsass-Lothringen“.

Am 10. März 1918 drahtete der österreichische Gesandte zu Bern, Musulin, nach Wien, dass man in Paris an eine Mittlerrolle Österreich-Ungarns zwischen Frankreich und Deutschland denke, um auf diesem Wege zu einem Kompromissfrieden zu gelangen. Czernin glaubte an eine Kriegsmüdigkeit Frankreichs. Eine in Aussicht gestellte baldige Begegnung zwischen französischen und österreichisch-ungarischen Unterhändlern lag nun ganz im Interesse des k. u. k. Außenministers. Falls der Gegner die Vermittlerrolle Österreichs akzeptierte, erhoffte sich Czernin, dass man einerseits zwischen der Donaumonarchie und Deutschland unterschied, aber andererseits auch das Bündnis Wien-Berlin anerkennen würde. Der Außenminister wollte durch seine Intention die Unabhängigkeit der Habsburgermonarchie vom Deutschen Reich zeigen, da er wusste, dass bei Gegnern und auch bei Neutralen die Auffassung herrschte, die Wiener Regierung habe längst ihre Selbstständigkeit verloren.³³⁵

Dass diese Schaukelpolitik Czernins dem Deutschen Reich nicht verborgen blieb, beweist das von Redlich im Brief vom 21.9.1917 erwähnte Misstrauen, das dem k.u.k. Minister des Äußern von Berlin entgegengebracht wurde.

³³⁴ Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin S. 101

³³⁵ Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin S. 102

Die USA konnten sich dem Friedensbedürfnis Österreich-Ungarns nicht ganz verschließen. Sie intervenierten in London für einen Sonderfrieden zwischen der Entente und der Habsburgermonarchie. Damit wollten die Amerikaner vor allem die Abhängigkeit Österreich-Ungarns von Deutschland lockern. Wilsons Basis für eine Einigung Englands mit der Donaumonarchie war nicht der „Status quo ante bellum“. Er wollte zwar nicht die Auflösung des Habsburgerreiches, wollte aber auch nicht von den Grundsätzen seiner Rede vom 22. Jänner 1917 abweichen. Was den Südosten der Monarchie betraf, so anerkannte er weitgehend die Ansprüche der Südslawen, deren freier Zugang zum Meer gewährleistet sein musste. Nach Wilsons Vorschlag vom Februar 1917 wäre Österreich zu zwei Dritteln bestehen geblieben. Falls die Fortdauer des Krieges keine anderen Bedingungen verlangte, sollten Ungarn und Böhmen von der Habsburgermonarchie nicht abgetrennt werden.

Doch Graf Czernin deutete die Friedensfühler der USA falsch. Er glaubte, seine Politik trage bereits Früchte und Österreich käme über Russland zum allgemeinen Frieden. Er antwortete dem amerikanischen Präsidenten, dass Österreich-Ungarn jederzeit bereit sei, den Krieg zu beenden, den es immer nur als Verteidigungskrieg geführt hätte. Die Donaumonarchie würde aber nur gemeinsam mit ihren Verbündeten in Friedensverhandlungen eintreten und nur unter Garantie seiner Unversehrtheit. Damit war Wilsons Versuch, einen Sonderfrieden zwischen der Entente und Österreich-Ungarn zu vermitteln, gescheitert.³³⁶

Nostitz-Wallwitz berichtete im April 1917 nach Dresden, dass in Italien wegen eines Sonderfriedens sondiert worden sei. Die italienische Regierung verlangte aber noch immer die Abtretung des Trentino, die man in Wien jedoch nicht zugestehen wolle. Weiters berichtete Nostitz, dass der an und für sich mit weichem Naturell ausgestattete Kaiser Karl in seiner Kriegsmüdigkeit vom Grafen Czernin, dessen Nerven der großen Verantwortung offenbar nicht gewachsen seien, noch bestärkt werde.³³⁷

Anfang Mai 1917 sprach Czernin mit dem sächsischen Gesandten in Wien über die Taktik, die er für die Donaumonarchie verfolge, um mit Russland zu einem Friedensschluss zu gelangen, wobei er leider in Berlin keine ausreichende Unterstützung fand. Sein und des Kaisers Wille sei, dass Österreich-Ungarn bis zu einem befriedigenden Friedensschluss durchhalte. „Um das zu können, müsse man aber auf die innere Lage Rücksicht nehmen“. „Nach dem vorläufigen Sieg der russischen Demokratie verlangten die gesamten österreichisch-slawischen Volksmassen stürmisch den annexionslosen Frieden mit Russland“. „In Erkenntnis dieser Sachlage habe er sich seinerseits

³³⁶ Ebd. S. 92

³³⁷ Alfred Opitz / Franz Adlgasser, Der Zerfall der europäischen Mitte. Bericht 141 v. 10.4.1917 S. 19

rückhaltlos für den annexionslosen Frieden mit Russland erklärt“. Das „systematische Ausweichen“ des deutschen Reichskanzlers in dieser Frage, so meinte Czernin, habe in Österreich den Eindruck erweckt, es bestehe in diesem Punkt zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich eine „grundsätzliche Meinungsverschiedenheit“ und es stehe dem Frieden mit Russland lediglich die „ad majorem gloriam Germaniae erhobenen Forderungen im Wege“.

Abschließend im Bericht gab der Gesandte Nostitz seine Meinung über Czernin folgender Maßen kund: er halte ihn für eine „ziemlich nervöse Natur“ und auch im Übrigen für keinen „Eisernen Kanzler“, dies habe er schon in früheren Berichten auch angedeutet. Aber einen „klugen Verstand“ und eine „unbedingt bundestreue Gesinnung“ könne man ihm nicht absprechen. Nostitz glaube, dass es „wohlgetan“ wäre, Czernins Urteil über Dinge, die man in Österreich klarer „übersieht als in Berlin“, nicht „beiseite zu schieben“. ³³⁸

Nostitz berichtete im Juni 1917 nach Dresden, dass zufolge Wiener unzensurierter Pressemeldungen Österreich-Ungarn nur deshalb nicht zum Frieden gelange, weil der anspruchsvolle und unbeliebte deutsche Bruder im Wege stehe. ³³⁹

Anfang August 1917 versuchte Czernin beim deutschen Reichskanzler Michaelis, Deutschland zu einem Verzicht auf Teile von Elsaß-Lothringen zu bewegen. Nach allen Nachrichten zweifle er nicht an der Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich um den Preis eines Entgegenkommens in Elsaß-Lothringen, sagte Czernin zu Michaelis. Die Zentralmächte würden bei einem Ausscheiden Frankreichs den Krieg gewinnen, denn wenn Frankreich ausscheidet, muss auch England, „als die Seele des Krieges“, nachgeben. Für ein Zugeständnis im Westen bot der Minister des Äußern als Gegenleistung Österreich-Ungarns Deutschland das Kronland Galizien an.

Die Versuche Czernins blieben ergebnislos. Zu groß war das Vertrauen der deutschen Regierung in die militärische Entwicklung des Krieges zu Gunsten der Mittelmächte. Deutschlands militärische Sachverständige erwarteten einen „Niederbruch Englands“ durch den Erfolg des U-Boot-Krieges. Das Angebot Österreichs wurde von Deutschlands obersten Militärs am 9.8.1917 mit folgendem Satz abgelehnt: „An einem Verzicht Österreichs auf Galizien liegt uns zur Zeit nichts“. ³⁴⁰

³³⁸ Ebd. Bericht 179 v. 5.5.1917 S. 28

³³⁹ Ebd. Bericht 225 v. 6.6.1917 S. 39

³⁴⁰ Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin S. 133 f

Trotz aller Bemühungen scheiterte Czernin in Friedensverhandlungen mit den Ententemächten einzutreten. Während des Frühjahrs 1917 war immer wieder Friedens- und Verhandlungsbereitschaft signalisiert worden. Das war eine echte und nicht mehr wiederkehrende Chance. Eine klare Verzichtspolitik, ohne sich gleichzeitig in die deutschen Verhältnisse einzumischen, aber auch eine entschlossene Reichsreform wäre in diesem Moment nötig gewesen, um den Bestand der Monarchie retten zu können. Doch auch Czernin handelte nicht mit der entsprechenden Konsequenz. Lloyd George, der zeitweilig für die Zerstörung der Donaumonarchie eintrat, wurde durch den Niedergang Russlands schwankend, denn jetzt ging es in ganz anderer Weise um das europäische Gleichgewicht. Italien fürchtete bereits von England fallen gelassen zu werden, rückte aber von seinen im Londoner Vertrag fixierten Forderungen nicht ab. Frankreich hatte innenpolitisch kritische Zeiten zu durchleben und setzte daher auf Unnachgiebigkeit. Danach zeigte Russland wieder Anstrengungen, den Krieg an der Seite der Entente fortzusetzen. Damit war die Chance, doch wieder politisch miteinander zu verkehren, dahin. Im historischen Rückblick kann das Urteil gefällt werden, dass im Mai und Juni 1917 sich Europa daranmachte, einen der Seinen zu töten.³⁴¹

Als Resümee kann gesagt werden, dass am Festhalten der ungeschmälernten Aufrechterhaltung des Staatsgebietes der Donaumonarchie nicht nur die vom Februar bis Mai 1917 betriebenen diplomatischen Friedensversuche des k.u.k. Minister des Äußern Czernin scheiterten, sondern auch die von Kaiser Karl über seinen Schwager Prinz Sixtus von Bourbon-Parma unternommene Sonderfriedensaktion während der ersten Hälfte des Jahres 1917.³⁴²

5.3 Briefe von 1926 bis 1934

Von Interesse an dieser Korrespondenz sind die Meinungen der beiden Männer über die politische und wirtschaftliche Situation dieser Jahre in Europa und in Österreich. Neben kritischer Beurteilung der damals aktuellen politischen Ereignisse enthalten diese Briefe auch persönliche Ansichten über politische Versäumnisse Österreichs in der Monarchie.

Der Erste Weltkrieg veränderte das weltpolitische Kräftefeld. Die politische und wirtschaftliche Einflussnahme der europäischen Mächte an den strategischen und ökonomischen Brennpunkten der Weltpolitik wurde zurückgedrängt. Die USA, die sich schon vor dem Ersten Weltkrieg gegenüber Großbritannien und Spanien in Süd- und Mittelamerika wirtschaftlich

³⁴¹ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers S. 492

³⁴² Anton Wagner, Der erste Weltkrieg S. 313

durchsetzte, beeinflusste durch den Kriegseintritt im Jahre 1917 auch die europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Obwohl bei Kriegsbeginn noch neutral, sahen jedoch die USA Deutschland als wirtschaftlichen Hauptkonkurrent. Nicht Großbritannien, sondern Deutschland bestimmte in den Vorkriegsjahren zusammen mit den USA, das Tempo des zweiten großen Industrialisierungsschubes - Chemie, Elektroindustrie und Automobilbau. Eine Vorherrschaft Deutschlands in Europa, mit der größten Militär- und aufsteigender Wirtschaftsmacht, konnte daher nicht im Interesse der USA liegen.

Schon zu Kriegsbeginn begannen Lieferungen von Material und Lebensmittel seitens der USA an die Entente-Mächte, bis schließlich Deutschland durch die schon erwähnte Wiederaufnahme des „uneingeschränkten U-Boot-Krieges“ der amerikanischen Öffentlichkeit den Grund für den Kriegseintritt lieferte.³⁴³

Auf den Kriegsverlauf gehe ich hier nicht näher ein. Nicht unwesentlich für den Kriegsausgang war das Versiegen der ökonomischen Kraftquellen bei den Mittelmächten. Dadurch wurde der Widerstandswille bei Militär und Bevölkerung ausgehöhlt und der Zusammenbruch eingeleitet. Zu spät wollten die Regierungen auf Grundlage von Wilsons 14 Punkteprogramm verhandeln. Die Waffenstillstandsverhandlungen stellten das Eingeständnis der Niederlage dar.³⁴⁴

Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Compiegne am 11. November 1918 fand der Erste Weltkrieg sein militärisches Ende. Vorangegangen sind die Waffenstillstandsverträge mit Bulgarien in Saloniki am 29./30. September 1918, mit der Türkei in Mudros am 30. Oktober 1918 und Österreich-Ungarn in der Villa Giusti am 3. November 1918.

Die Waffenstillstandsbedingungen waren für die Mittelmächte hart und die Friedensverträge wurden von den Siegermächten diktiert. Aus militärischen Gründen sorgten die Westmächte dafür, dass in Mitteleuropa nicht wieder eine zentrale Militärmacht entstehen konnte. Am Rhein wurde das Übergewicht der französischen Armee hergestellt und die Flankenstellung des italienischen Bündnispartners sollte möglichst weit im Norden liegen. Russland sollte durch einen Riegel kleinerer Staaten von Mitteleuropa getrennt werden.³⁴⁵

Die am 18. Jänner 1919 begonnene Friedenskonferenz in Paris, mit 27 Siegerstaaten und 10 000 Delegierten und Sachverständigen, legte die Nachkriegsordnung fest. „Diese Mammutkonferenz verzeichnete 1646 Sitzungen mit

³⁴³ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 11 f (=Verlag Schöningh Paderborn 19689)

³⁴⁴ Anton Wagner, Der erste Weltkrieg S. 362

³⁴⁵ Anton Wagner, Der erste Weltkrieg. S.359 f

58 Kommissionen, die die Einzelfragen klärten“. Das Entscheidungsgremium, der Oberste Rat der Alliierten, bestehend aus Großbritannien, Frankreich, USA, Italien und Japan, reduzierte sich bald auf die „Großen Drei“, den amerikanischen Präsidenten Wilson, Englands Premierminister Lloyd George und Frankreichs Ministerpräsidenten Clemenceau. Diese Konferenz arbeitete die Friedensvertragsregelungen der Pariser Vororteverträge aus.

Die Verträge im Einzelnen:

von Versailles mit Deutschland am 28. Juni 1919

von St. Germain-en-Laye mit Österreich am 10. September 1919

von Neuilly mit Bulgarien am 27. November 1919

von Trianon mit Ungarn am 4. Juni 1920

von Sevres mit der Türkei am 10. August 1920. ³⁴⁶

Nach Wilsons Willen wurde die Völkerbundsatzung allen Pariser Vororteverträgen vorangestellt. Die Aufmerksamkeit der Konferenz galt der „Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und der Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“. So hieß es in der Präambel der Völkerbundsatzung.

Mit der Gründung des Völkerbundes sollten Kriege nach Möglichkeit verhindert werden. Grundlage des Völkerbundes war die Satzung vom 28. April 1919, die in die Pariser Vororteverträge aufgenommen wurde. Die Satzung forderte im Konfliktfall die Einschaltung des Völkerbundes, doch die internationale Organisation des Völkerbundes vermochte nicht die Souveränität der Staaten zu beschneiden, keinesfalls die der Großmächte. Der Völkerbund war auch nicht die weltweite Organisation gleichberechtigter Staaten - das Ziel Wilsons - sondern ein Instrument der Siegermächte, von denen allein die Satzung ausgearbeitet wurde. Nur Siegermächte und neutrale Staaten konnten aufgenommen werden, die Verlierer blieben ausgeschlossen. Erst 1920 konnten Österreich und Bulgarien beitreten, 1922 Ungarn, 1926 Deutschland und 1932 die Türkei. Die USA und die Sowjetunion blieben dem Völkerbund fern. ³⁴⁷

Der Friedensvertrag von Saint Germain-en-Laye vom 10. September 1919 war der Friedensvertrag zwischen Österreich und den alliierten und assoziierten Mächten. Österreich wurde als Nachfolgestaat Österreich-Ungarns, als besiegter Staat behandelt. Gemeinsam mit Deutschland und Ungarn wurde es mit der alleinigen Kriegsschuld belastet, zu Reparationszahlungen wurde Österreich jedoch nicht verpflichtet.

Auf den Namen Deutsch-Österreich musste Österreich verzichten. Ein eventueller Zusammenschluss mit dem Deutschen Reich wurde untersagt. Mit dem Friedensvertrag wurde die bereits faktisch vollzogene Trennung zwischen

³⁴⁶ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 29

³⁴⁷ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 30 f

Österreich und Ungarn auch völkerrechtlich wirksam. Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien - ohne einen Teil Teschens - fielen an die neugeschaffene Tschechoslowakische Republik. Südtirol bis zum Brenner und das Kanaltal wurden mit dem Königreich Italien vereinigt. Die Südsteiermark und das Kärntner Mießtal musste Österreich an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen abtreten. Im südlichen Kärnten sollte eine Volksabstimmung die staatliche Zugehörigkeit klären. Die deutschsprachigen Teile Westungarns - das heutige Burgenland - wurden jedoch Österreich zugesprochen.³⁴⁸

Zentraler Punkt der Friedensberatung war jedoch der Vertrag mit dem Wilhelminischen Deutschland, von dem der Schlag gegen das europäische Gleichgewichtssystem und der globalen Machtverteilung ausging. Für die Befriedung Europas vertraten die westlichen Siegermächte verschiedene Standpunkte. Die USA und Großbritannien waren für das liberale Modell der Friedenssicherung und zielten auf eine rasche politische und wirtschaftliche Wiedereingliederung Deutschlands in das internationale Staatensystem hin.³⁴⁹

Beide führenden Westmächte hätten ihre wirtschaftliche und finanzielle Macht unter liberalen Vorzeichen durch reduzierte Kosten für militärische Ausgaben ins Spiel bringen können. Großbritannien, das durch den Ersten Weltkrieg geschwächt war, aber noch immer an der Spitze eines Weltreiches stand, hätte durch die liberale Friedensordnung ihre Wirtschaft wieder schneller in Schwung bringen können. Frankreich war jedoch gegen das liberale Modell der Friedenssicherung, denn aus französischer Sicht musste Deutschland militärisch und wirtschaftlich geschwächt werden. Frankreich wollte eine dauerhafte Korrektur der vor dem Krieg herrschenden Kräfteverhältnisse.³⁵⁰

Der Versailler Friedensvertrag war dann nach französischen Bedürfnissen ausgerichtet. Die USA und Großbritannien mussten zustimmen, dass Frankreich in Europa die politisch-militärische Führungsposition übernahm. Deutschland wurde militärisch und territorial geschwächt, verlor sämtliche Kolonien, 10 % seiner Bevölkerung, 13 % seiner Landfläche, 75 % seiner Eisenerz- und 26 % seiner Steinkohlenförderung.

Die Gebietsverluste der Deutschen umfassten im Westen Elsass-Lothringen und Eupen-Malmedy. Das Saargebiet wurde bei wirtschaftlicher Nutzung durch Frankreich für 15 Jahre unter die Verwaltung des Völkerbundes gestellt, danach sollte eine Volksabstimmung über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden. Im Norden kam Nordschleswig nach Volksabstimmung größtenteils an Dänemark. Der Polnische Korridor war ein 30 - 90 km breiter

³⁴⁸ Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 16/24 S. 547.

³⁴⁹ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 33

³⁵⁰ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen S. 35 f

Landstreifen zwischen Pommern im Westen, sowie dem Unterlauf der Weichsel im Osten, umfasste 16 000 qkm und 333 000 Einwohner. Er trennte die Freie Stadt Danzig und Ostpreußen vom deutschen Staatsgebiet. Im Osten fielen Posen und Westpreußen an Polen, Danzig wurde „Freie Stadt“ unter Völkerbundhoheit. Das um das Memelgebiet verkleinerte Ostpreußen wurde durch den „Polnischen Korridor“ vom übrigen Reichsgebiet getrennt. Die deutschen Kolonien fielen als „Mandatsgebiete“ an den Völkerbund. Die großen deutschen Flüsse wurden internationalisiert. Weiters gab es Begrenzungen beim Landheer, bei der Marine und bei der Luftwaffe. Das deutsche Eigentum im Ausland wurde liquidiert, den Alliierten musste bis zum Jahre 1925 Meistbegünstigung gewährt werden.³⁵¹

Der umstrittenste Teil des Versailler Vertrages waren die Beratungen über die Reparationszahlungen, an denen sich Deutschland erstmals im Juli 1920 beteiligen konnte. Als im März 1921 Deutschland die Forderung über 226 Milliarden Goldmark ablehnte und das daraufhin folgende Ultimatum nicht erfüllte, wurden Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf besetzt. Einem weiteren Ultimatum, dem „Londoner Ultimatum“ vom 5. Mai 1921, das man wegen Nichteinhaltung von Entwaffnung und Reparationszahlungen verhängte, wurde von Deutschland kurz vor Ablauf nachgegeben. Danach wurde die Reparationssumme auf 132 Milliarden Mark herabgesetzt und im Jänner 1922, nach britischer Fürsprache, wurde sogar Zahlungsaufschub gewährt. Von der deutschen Regierung wurde zielstrebig die Revision des Versailler Vertrages angestrebt.³⁵² Weder die im Interesse Großbritanniens im April 1922 einberufene Konferenz von Genua noch die deutsch-sowjetische Annäherung auf der Konferenz von Rapallo, die am 16. April 1922 stattfand, brachte eine Änderung in der Reparationsfrage.³⁵³

Wegen des Verfalls der deutschen Währung erklärte sich Berlin im Juli 1922 für zwei Jahre zahlungsunfähig und forderte die Befreiung von den offenstehenden Lasten und einen internationalen Kredit. Das war für Frankreich das Signal, um den Versailler Vertrag zu seinen Gunsten abzuändern und zusammen mit belgischen Truppen am 11. Jänner 1923 das Ruhrgebiet zu besetzen. Das Vorhaben Frankreichs, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen, wurde im August 1923 von der britischen Regierung als unrechtmäßig bezeichnet.³⁵⁴

³⁵¹ Ebd. S. 40 f

³⁵² Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 49

³⁵³ Ebd. S. 51 ff

³⁵⁴ Ebd. S. 54 f

Alle Bemühungen Frankreichs, in Europa die Führungsposition zu erreichen, scheiterten. Die Zeit arbeitete gegen Frankreich. Vom Verfall der deutschen Mark ebenfalls geschwächt, brauchte nun auch Frankreich finanzielle Hilfe von internationalen Kreditmärkten. Die finanzielle Zwangslage Frankreichs zwang Ministerpräsident Poincaré der schon 1922 von den USA vorgeschlagenen Einsetzung einer Expertenkommission zuzustimmen. Diese Kommission sollte Möglichkeiten einer finanziellen Sanierung ausloten, damit Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen könne. Das Zustandekommen der Sachverständigenkonferenz im Jahre 1923 bedeutete nicht nur das Ende der französischen Dominanz im Nachkriegseuropa, sondern auch die Rückkehr der USA nach Europa“.³⁵⁵

Da es Frankreichs Sicherheitsverlangen entgegenkam, dass Deutschland unter Stresemann den territorialen Status quo des Versailler Systems anerkannte, beugte es sich dem Willen der USA und Großbritanniens, die Reparationsfrage und das internationale Schuldenproblem, die beide weltweit das Wirtschaftswachstum negativ beeinflussten, unter Kontrolle zu bringen.³⁵⁶ Dies führte über den Dawes-Plan 1924 zur Konferenz von Locarno, wo die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Belgiens, Polens und der Tschechoslowakei internationale Entspannung suchten, ohne damit einen stabilen Frieden zu finden. Der Gegensatz von Revision- und Status quo-Politik in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich konnte nicht beseitigt werden, doch das Verhältnis zwischen beiden Staaten entspannte sich.³⁵⁷

Brief von Redlich an Chlumecky
Wien, 3. April 1926

Josef Redlich schrieb in diesem Brief an Leopold Chlumecky, er glaube nicht, dass die von den Außenministern Großbritanniens und Frankreichs - Chamberlain und Briand - „mit eigentümlicher Leichtherzigkeit verkündeten Vereinigten Staaten von Europa“ leicht herbei zu führen wären.³⁵⁸

³⁵⁵ Ebd. S. 57

³⁵⁶ Ebd. S. 59 f

³⁵⁷ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 65 f

³⁵⁸ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 03 Brief v. 3.4.1926 (=Österr.Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

Die Locarno-Ära konnte zwar die Konfrontation zwischen den Siegermächten und Deutschland verringern und die Phase einer stetigen Annäherung einleiten, doch zu einem vereinten Europa kam es in der Zwischenkriegszeit nicht. Großbritannien unterstützte den Kurs der Befriedung Europas, denn dadurch konnte es bei kostensparender Rüstungspolitik die Macht in der Welt aufrechterhalten. Deutschland und Frankreich kamen dem liberalen Modell der Friedenssicherung ein wenig näher, so dass die Hoffnung der USA und Großbritanniens auf ein vereintes Europa aufkeimten. Nach Meinung beider Staaten rückte dies in den Bereich der Möglichkeit.³⁵⁹

Briand entwarf auch 1929 den Plan eines „Europäischen Staatenbundes“ und brachte diesen 1930 auf diplomatischen Weg. Damit verfolgte er das Ziel, den Status quo zu konservieren.³⁶⁰

Im gleichen Brief schrieb Josef Redlich weiter, dass sich die Stimmung der Berliner Parteiführer und Politiker zu einem seltenen Gemenge von Hass, Verachtung und ohnmächtigen Zorn umgebildet hätte. Die in ganz Europa herrschende formale Demokratie sei in Wahrheit nichts anderes als die Stärkung des Nationalismus und die ökonomische Förderung der nationalen Volkswirtschaft auf Kosten aller anderen. Niemals hätte sich Europa in einem problematischeren Zustand als heute befunden.³⁶¹

Der Dialog zwischen den Außenministern Briand und Stresemann erweckte im Vergleich zu den Jahren vor Locarno Hoffnung auf Verständigung und Frieden. Die nationalistische Rechtsgruppierung beider Länder konnte vorerst nach Außen ruhig gestellt werden. Durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, wodurch es als Großmacht Anerkennung fand, glaubten viele, die Revisionsmacht werde durch Einbindung in das System der kollektiven Sicherheit die Nachkriegsordnung ohne Vorbehalt mittragen. Doch nach Locarno wurde klar, dass sowohl Briand als auch Stresemann ihre gegensätzlichen Ziele - Briand forcierte die Stabilisierung, Stresemann die Revision - weiter verfolgten.

Die deutsch-französischen Beziehungen begannen sich wieder zu verschlechtern. Die nationalistische Rechte beider Länder wurde lauter. Jene Gruppen, die ihre jeweiligen Außenminister dafür kritisierten, dem anderen Land viel zu weit entgegen gekommen zu sein, erhielten starken Auftrieb. Beide Minister erhielten nun innenpolitisch schärfere Kritik.³⁶²

³⁵⁹ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 72 f

³⁶⁰ Ebd. S. 89

³⁶¹ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 03 Brief v. 3.4.1926 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

³⁶² Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931 S. 99 ff (=Suhrkamp Frankfurt a. Main 1984)

Brief von Redlich an Chlumecky
Wien, 7. April 1926

In diesem Brief stellte Redlich fest, dass er während seines letzten Aufenthaltes in Paris den Eindruck gewann, Frankreich strebe unaufhaltsam einer politischen und sozialwirtschaftlichen Katastrophe entgegen.³⁶³

Eine traditionelle Schwachstelle in der französischen Produktion konnte nicht beseitigt werden. Trotz Exportbegünstigung durch die Unterbewertung des Franc bis zur Stabilisierung in den Jahren 1926-1928 und trotz höherer industrieller Wachstumsraten - gegenüber Deutschland - während der zweiten Hälfte der 20er Jahre konnte sich Frankreich nicht von den deutschen Investitionsgütern unabhängig machen. Der deutsch-französische Handelsvertrag von 1927 brachte dann bis zur Aufwertung des Franc im Warenaustausch Normalisierung, danach verringerten sich jedoch die französischen Exporte nach Deutschland um 38 %, während die Importe aus Deutschland, das zum wichtigsten Handelspartner Frankreichs wurde, sich um 60 % erhöhten. Während die Importe aus den USA und Großbritannien nach Frankreich zurück gingen, kamen 1930 15 % der französischen Gesamtexporte aus Deutschland. Damit ist ersichtlich, dass die industrielle Entwicklung Frankreichs stark von deutschen Importen abhing.³⁶⁴

Brief von Redlich an Chlumecky
Wien, 15. Juli 1926

Wie schon erwähnt, bekleidete Josef Redlich ab 1926 einen Lehrstuhl in den USA. In diesem Brief schrieb er an Leopold Chlumecky wie folgt: „Wie Sie aus der Neuen freien Presse entnehmen können, habe ich von der Rechtsfakultät der Havard Universität in Cambridge, Massachusetts, den

³⁶³ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 04 Brief v. 7.4.1926 (=Österreichisches Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

³⁶⁴ Gilbert Zieburg, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931 S. 100

Auftrag erhalten, für drei Jahre den Lehrstuhl als Professor für vergleichendes öffentliches Recht an der berühmtesten, ältesten und hervorragendsten Universität der USA zu übernehmen. Ich sagte zu und übersiedle mit Familie ab Mitte September nach Amerika“.

Im gleichen Brief betonte Redlich, dass er zu den aktuellen politischen Zielen Wiens im Gegensatz stehe. Besonders den „erbärmlichen“ Deutsch-Nationalismus, der zur Zeit in Form der Anschlussidee hervortrete, lehne er entschieden ab. Er sei im hohen Maße zufrieden, dass er diesen Kreisen Antipathie einflöße. Das beweise ihm, am richtigen Weg zu sein. Sein Herz hänge am alten Österreich.³⁶⁵

Die Anschlussidee war in der Zwischenkriegszeit in Österreich immer latent vorhanden und zu Beginn der ersten Republik auch in breiteren Schichten. Das nach dem verlorenen Weltkrieg sehr klein gewordene Österreich hatte Angst, wirtschaftlich nicht allein bestehen zu können.

Im „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 31.10.1919 wird von einer, von den Kommunisten gestörten Versammlung berichtet, in der Dr. Renner zwei Tage zuvor über die Zukunft Deutschösterreichs gesprochen habe. Der Staatskanzler sagte zu diesem Thema folgendes: „Wenn uns keine Möglichkeit gegeben wird zu leben, dann werden die Massen, jeden Widerstand brechend, den Anschluss an Deutschland stürmisch fordern“. Das sage er „im vollen Bewusstsein seiner Verantwortung“. „An dem Tage, an dem wir in den Völkerbund eintreten, werden wir die Freiheit des Verkehrs und die Freiheit des Anschlusses an Deutschland erlangen“. So die Meinung Dr. Renners im Oktober 1919.³⁶⁶

Nach langsamer und mühevoller wirtschaftlicher Erholung der Republik ab Mitte der 20er Jahre wurde die Anschlussidee hauptsächlich von rechtsradikalen Gruppen weiter vertreten.

Nach einer Intervention Österreichs beim Völkerbund 1925 wegen schleppender wirtschaftlicher Entwicklung in Mitteleuropa stellte ein Beamter des Foreign Office fest, dass Österreich durch Hilfe des Völkerbundes zwar seine kritischen finanziellen Schwierigkeiten überwunden habe, aber die Schwierigkeit für das Land darin liege, dass es keinen Markt finden könne, um seine Produkte abzusetzen. Österreich sei von Ländern umgeben, die gegen sie hohe Zölle und Einfuhrverbote errichten. Aus rationaler, ethischer und wirtschaftlicher Sicht wäre eine der Möglichkeiten zur Lösung des Problems der Anschluss. Die demokratisch denkenden Österreicher seien jedoch gegen

³⁶⁵ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 05 Brief v.15.7.1926 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³⁶⁶ Alfred Opitz / Franz Adlgasser, Der Zerfall der europäischen Mitte. Staatenrevolution im Donauraum. Berichte der sächsischen Gesandtschaft in Wien 1917-1919. Bericht 295 v. 31.10.1919 S. 335 (=Wolfgang Neugebauer Verlag Graz 1990)

eine Vereinigung mit einem reaktionären Staat, der seit Hindenburg unter preußischer Vorherrschaft stehe. Außerdem würden dies die Tschechoslowakei, Italien und Frankreich zu verhindern wissen.

Eine andere Möglichkeit wäre eine Zollunion der Nachfolgestaaten. Diese wollten aber nur ihre eigene Industrie fördern. Auch Deutschland wolle zur Zeit kein schwaches Österreich.³⁶⁷

Brief von Redlich an Chlumecky
Wien, 22. Juli 1926

In diesem Brief kritisierte Josef Redlich, dass in Frankreich seit hundert Jahren jedes Problem der Innen- und Außenpolitik nur durch die Bankiers und zu deren Gunsten entschieden werde. Dies gehe mit dem Rentierinteresse des französischen Mittelstandes Hand in Hand. Dass diese Kreise aber einen derartigen Währungsverfall heranwachsen ließen, war für Redlich der beste Beweis für den Verfall des politischen Geistes in Frankreich. Der Sturz des Ministeriums Herriot bewies Redlich, dass die „Haute Banque“ von Frankreich kein Mittel unversucht lasse, um eine Verschärfung der Einkommenssteuer und eine Vermögenssteuer zu erpressen. Auch nicht Poincaré und auch keiner der führenden Sozialisten könne den zerrütteten französischen Parlamentarismus wieder einrichten; das würde besonders den „Genies der Schadenfreude“ - den führenden Männern in Berlin - Genugtuung bereiten. Auf diese Weise werde nun Frankreichs 3. Republik in Gefahr kommen, war Redlichs Meinung.³⁶⁸

Radikalsozialist Edouard Herriot war bis April 1925 Ministerpräsident und Außenminister Frankreichs. Am Widerstand der Geschäftswelt scheiterte seine Finanzpolitik. Mit der Ankündigung einer antiklerikalen Politik wurde er auch zum Feindbild des katholischen Lagers.

Herriot setzte die Räumung des Ruhrgebiets durch sowie die Annahme des Dawes-Plans unter gleichberechtigter Mitwirkung Deutschlands. Damit stand er im klaren Gegensatz zur Deutschlandpolitik von Raymond Poincarés Nationalem Block, gegen den er wegen dessen extensiver Auslegung des Versailler Vertrages in den Jahren 1920-1924 die Opposition führte.³⁶⁹

³⁶⁷ F. L. Carsten, Die erste österr. Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen. S.85 (= Böhlau Wien 1988)

³⁶⁸ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 06 Brief v. 22.7.1926 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³⁶⁹ Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950 (=Verlag d.Österr. Akademie der Wissenschaften)

Nachdem Herriot scheiterte, bildete Poincaré in Frankreich im Juli 1926 wieder eine Regierung des Nationalen Blocks. Poincaré konnte die von Josef Redlich im Brief angeführte Gefahr für die 3. Republik Frankreichs vorerst abwenden. Bis Ende 1926 gelang es, den Franc zu stabilisieren, wodurch Frankreich sogar zur drittstärksten Kapitalmacht wurde.

Außenminister Briand sah in einer wirtschaftlichen Verflechtung mit Deutschland die beste Möglichkeit zur Friedenssicherung. Damit kam er aber den Plänen Stresemanns entgegen, Frankreich für Deutschland wirtschaftlich zu öffnen. Doch für Poincaré war das Misstrauen in die deutsche Politik, deren Ziel es war, die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages zu lockern, stärker als das Vertrauen in eine eventuell günstige Auswirkung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aber nicht nur in Frankreich wurden die Vereinbarungen von Thoiry, die zwischen Stresemann und Briand im September 1926 getroffen wurden, abgelehnt, sondern auch, als deutsch-französisches Sonderverhältnis, in Großbritannien. Damit war Stresemanns Revisionspolitik vorerst ins Stocken geraten.³⁷⁰

Besonders negativ schrieb Redlich im Brief vom 22. Juli 1926 über Wien. Er glaube, in keinem anderen Land befänden sich Parteiwesen, Gesellschafts- und Wirtschaftskörper in solch einem „Gemisch von Gemeinheit und kindlicher Dummheit“ wie in Österreich. „Was sich hier als Staatsmann aufspielt, ist nichts als eine von jämmerlichen Finanzmächten am Draht gezogene Puppe“.³⁷¹

Betrachtet man die Situation Österreichs nach dem verlorenen Weltkrieg, so scheint diese Kritik Josef Redlichs bezüglich des Wirtschaftskörpers etwas leichtfertig. Der Zerfall des Habsburgerreiches lastete schwer auf den Wiener Großbanken, deren Filialen sich in den Nachfolgestaaten abspalteten. Nach Kriegsende fehlte es vor allem an nötigem Kapital für Kredite zur Umstellung von Kriegsproduktion auf Friedensproduktion. Besonders betroffen davon waren Eisen- und Textilindustrie. Es begann eine inflationäre Entwicklung. Die Krone erreichte Ende Dezember 1922 den Tiefststand. Die Landwirtschaftserträge, die schon während des Krieges zurückgegangen waren, verschlechterten sich weiterhin. Lebensmittelknappheit und blühende Schwarzmärkte waren die Folge.³⁷²

Erst Ignaz Seipels Sanierungsmaßnahmen brachten Konsolidierung im Wirtschaftsleben. Nach Abschluss der „Genfer Protokolle“ 1922 erhielt Österreich vom Völkerbund einen Kredit von 650 Millionen Goldkronen.

³⁷⁰ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 70

³⁷¹ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 06 Brief v. 22.7.1926 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³⁷² Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S. 107 f (=Bergland Verlag Wien 1967)

Durch eine Verwaltungsreform, durch Reorganisation der schwer defizitären Bundesbahnen und neu eingeführte Steuern stellte sich Erfolg ein. Danach wurde die Finanzkontrolle des Völkerbundes, die durch die Gewährung des Kredites verfügt wurde, aufgehoben. Es folgten Jahre steigender Konjunktur. Diese Entwicklung kann positiv vermerkt werden. Negativ daran war aber, dass nur Banken und die kapitalkräftige Geschäftswelt daran profitierten, während große Teile der Bevölkerung davon ausgeschlossen waren. Darüber hinaus stieg - durch Rationalisierungsmaßnahmen in der Produktion - die Arbeitslosigkeit stark an.³⁷³

Scheint die Kritik Josef Redlichs bezüglich des Wirtschaftskörpers etwas leichtfertig, so ist seine Kritik über das Parteiwesen aber nachvollziehbar. Zwei Männer, deren Charakter und deren politische Richtung gegensätzlicher nicht sein konnten, bestimmten in den ersten zehn Jahren die Innenpolitik der Republik. Gemeint sind Ignaz Seipel, geistiger Führer der christlichsozialen Partei und Otto Bauer, Wortführer der austromarxistischen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie.

Politik bedeutete für Prälat Seipel, die menschliche Gemeinschaft der sittlichen Ordnung unterzuordnen. In der Sozialdemokratie sah er den Todfeind der Kirche. Die Republik war für Seipel ein rein sozialdemokratisches Gebilde. Keinesfalls mit den Sozialdemokraten eine politische Zusammenarbeit einzugehen, machte er sich zur Lebensaufgabe.

Otto Bauer war zwar mit revolutionärer Ideologie behaftet, wandte sich jedoch schon in den zwanziger Jahren von den im bolschewistischen Russland angewandten Methoden ab. Der Kampf um die Macht war für ihn Politik. Jeden politische Erfolg des Priesters Seipel empfand Bauer als persönliche Niederlage. Für Otto Bauer kam eine politische Zusammenarbeit mit dem christlichsozialen Lager ebenfalls nicht in Frage.

Durch den Starrsinn beider Herren und durch das Gewicht ihrer Persönlichkeit innerhalb ihrer Parteien wurde nicht nur eine mögliche vorhanden gewesene Bereitschaft zur Koalition vereitelt, sondern die Gegensätze in beiden Lagern sogar noch vertieft.

Nach Karl Renner, der sowohl Ignaz Seipel als auch Otto Bauer für die tragische Entwicklung der Ersten Republik verantwortlich macht, haben sich bis zum Herbst 1926 „alle Machtfaktoren, die in der herannahenden Katastrophe der österreichischen Demokratie eine Rolle spielen sollten, ihren Aufmarsch vollzogen, von den adeligen Legitimisten bis zu den Kommunisten, von den Christlichsozialen bis zu den Nationalsozialisten.“³⁷⁴

³⁷³ Ebd. S. 109 f

³⁷⁴ Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag S. 42 f

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 3. Oktober 1928

In der Korrespondenz zwischen Leopold Chlumecky und Josef Redlich findet sich ein Brief aus Nizza vom 3. Oktober 1928, woraus hervorgeht, dass auch Chlumecky - ein nimmermüder Befürworter des monarchischen Gedankens - im Jahre 1918 einen Beitrag zur föderativen Umgestaltung der Donaumonarchie leisten wollte.

Im genannten Brief teilte er Josef Redlich mit, dass er durch einen absolut verlässlichen Gewährsmann - dessen Namen er nicht nennen dürfe - den Schlüssel zur Lösung des Geschehens in die Hand bekommen habe, an dem auch Josef Redlich beteiligt gewesen war. Er erinnerte Josef Redlich an einen Plan, der auch dessen Zustimmung fand, den er im Jahre 1918 Kaiser Karl unterbreitete. Dieser Plan hatte eine ehebaldigste Königskrönung in Prag zum Inhalt. Auch sollte dabei den Tschechen die vollständige Autonomie gegeben werden. Damit sollten auch die Pläne von Masaryk und Benes im letzten Moment noch durchkreuzt werden. Die Autonomie für die Tschechen - auch auf Ungarn und Kroatien ausgedehnt - sollte die Umwandlung der alten Monarchie zu einem Staatenbund herbeiführen.

Diesem Plan, der darauf abzielte, das Haus Habsburg zu retten, stimmte der Kaiser vorerst begeistert zu. Redlich sollte dabei seine Beziehungen zu den angelsächsischen Staatsmännern nützen, um England friedenswillig zu stimmen, desgleichen sollte dies Chlumecky auf französischer Seite versuchen. Auf diese Weise sollte der Krieg, selbst bei Verlusten einiger Provinzen, beendet werden.

Weiters schrieb Chlumecky im Brief, dass er dem Kaiser Graf Sylva Tarouca für den Posten des Ministerpräsidenten vorschlug. Graf Ernst Sylva Tarouca, der an der Universität Wien Rechtswissenschaft studierte und politisch dem konservativen Großgrundbesitz zugehörig war, galt als Vertrauter des Kaisers. Kurz danach teilte Sylva Tarouca Chlumecky mit, dass er Ministerpräsident werde und es werde dies auch in der Wiener Zeitung veröffentlicht werden. Einige Zeit später wurde das Vorhaben wieder geändert. Baron Spitzmüller überbrachte Tarouca die Nachricht des Kaisers, dass die Ernennung verschoben werde. Weitere Entscheidungen des Kaisers seien abzuwarten.

„Wir standen damals vor einem Rätsel, warum der Kaiser innerhalb von Stunden einen vorerst begeistert aufgenommenen Plan umwarf. Nun ist es endlich gelungen die Sache aufzuklären. Der Plan wurde von Kaiserin Zita verhindert. Zusammen mit Eichhoff brachte sie Kaiser Karl dazu, den Plan umzuwerfen. Zita hatte mein Gespräch mit dem Kaiser und das Gespräch des Kaisers mit Tarouca mitgehört“, schrieb Chlumecky an Redlich im Brief

weiter. Die Kaiserin habe es wegen eines möglichen Attentats für gefährlich gehalten, Kaiser Karl nach Prag reisen zu lassen.

Chlumecky erwähnte im Brief auch, dass er von seinem Gewährsmann die Information erhielt, Zita sei eine Gegnerin einer Föderalisierung der Monarchie gewesen. Weiters sah sie in dem Plan eine Schwächung des klerikalen Einflusses. Chlumecky beklagte, dass die Kaiserin gegen den Plan von ihm und Redlich intervenierte, indem sie den „schwachen Kaiser“ auf die dabei drohenden Gefahren eindringlich hinwies. Auf diese Weise verhinderte ein „unsäglicher Fraueneinfluss“ - nach Meinung Chlumeckys - den letzten Rettungsversuch.

Chlumecky beendete im Brief seine nostalgische Rückschau, indem er darauf hinwies, dass es einem Staatsmann wie Josef Redlich noch im Jahre 1918 sicherlich gelungen wäre, einem Teil der Gegner Österreichs klarzumachen, welche katastrophale Folgen die Zerschlagung der alten Monarchie mit sich bringen würde. Hätte man zum großen Teil die tschechischen Aspirationen erfüllt, so hätte man noch 1918 das Schlimmste von der Monarchie abwenden können. Jedenfalls hätten England, Frankreich und selbst Italien heute den Frieden von Saint Germain zu bedauern, war Chlumeckys Meinung.³⁷⁵

Der Rettungsversuch von Leopold Chlumecky hätte auch mit Zustimmung des Kaisers kaum Erfolg gehabt. Die Eingliederung der Tschechen, auch als autonomer Staat, in einem Staatenbund der Habsburgermonarchie war zu diesem Zeitpunkt aller Wahrscheinlichkeit nicht mehr möglich.

Masaryk vertrat die von ihm gegründete Realistenpartei im österreichischen Reichsrat. Er zweifelte noch am Vorabend des Ersten Weltkrieges nicht daran, dass sich Österreich in eine föderative Richtung, eine Art monarchische Schweiz, entwickeln könnte, in der die zahlreichen Nationalitäten von Österreich-Ungarn gleiche Rechte erhalten würden. Erst als der Krieg ausbrach, gab er diese Hoffnung auf.³⁷⁶

Masaryk, der schon Mitte November 1915 in einer Deklaration die Absetzung der Habsburger forderte, und Benes waren beide unermüdlich bemüht, die Alliierten von der Notwendigkeit der Gründung eines Tschechoslowakischen Staates zu überzeugen. Der Forderung auf tschechische Eigenstaatlichkeit - Masaryk forderte die Eigenstaatlichkeit im Ersten Weltkrieg von London aus - wurde nachgegeben. Am 29. Juni 1918 erklärte Frankreich in einem Schreiben an den Generalsekretär des Tschechoslowakischen Nationalrates, Dr. Edvard Benes, dass es den Tschechoslowakischen Nationalrat als höchste Interessenvertretung der Nation und als erste Stufe der künftigen tschechoslowakischen Selbstständigkeit „innerhalb der historischen Grenzen“

³⁷⁵ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 07 Brief v. 3.10.1928 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³⁷⁶ Hans Kohn, Die Slawen und der Westen S. 218 f (=Verlag Herold Wien 1956)

anerkenne. Am 28. September 1918 anerkannte Frankreich die Tschechoslowaken, die mit ihren Legionen in Russland und in Italien kämpften, als alliierte kriegsführende Nation.³⁷⁷

Josef Redlichs Darstellung dieses Ereignisses weicht von jener Chlumeckys etwas ab. Nach dem Schreiben Chlumeckys könnte man meinen, dass das Vorhaben von beiden Herren geplant wurde. Im Tagebuch Josef Redlichs finden sich 1918 drei Eintragungen, wobei jedoch klar hervorgeht, dass diese Friedens- und Propagandaaktion Leopold Chlumeckys alleinige Idee gewesen war. Redlich wurde von Chlumecky dabei nur mit eingeplant.

Am 27. August 1918 wurde Redlich von Chlumecky darüber informiert, dass dieser, wegen der von ihm vorgeschlagenen und von Ministerpräsident Hussarek gebilligten Aktion, zu einer Audienz bei Kaiser Karl berufen worden war. Als Chlumecky bei der Audienz Josef Redlich als seinen wichtigsten Helfer erwähnte, sagte der Kaiser folgendes: „Ich kenne ihn, er ist ja bei mir gewesen. Aber sagen Sie, er ist doch ein Zuckerindustrieller. Und ist er ganz verlässlich“?

Redlich glaubte nicht, dass diese Worte Kaiser Karls von Chlumecky erfunden wurden. Jedenfalls hatte Josef Redlich von der geplanten Friedens- und Propagandaaktion Chlumeckys einen „konfusen Eindruck“.³⁷⁸

Es wirft ein eigenartiges Licht auf das innenpolitische Interesse des Kaisers, wenn er einen Mann vom Format eines Josef Redlich, den er am 3. und 5. Juni 1917 zur Kabinettsumbildung beauftragte, mit dessen Programm - die Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des österreichischen Einheitsstaates und der Kronländer - er sich einverstanden erklärte und dessen Berufung zum Ministerpräsidenten hauptsächlich am Widerspruch Deutschlands scheiterte, für einen Zuckerindustriellen hielt.³⁷⁹

Am 13. September 1918 machte Redlich in seinem Tagebuch folgende Eintragung: „Chlumecky will, dass Silva Tarouca mir bald eine Audienz beim Kaiser vermittelt und dass ich nach Den Haag gehe, um mit London Fäden anzuknüpfen“. Redlich stand diesen Plänen Chlumeckys skeptisch gegenüber, da er glaubte, dass die Entente-Mächte von der Idee des Siegfriedens genau so besessen waren wie Deutschland.³⁸⁰

³⁷⁷ Wolfdieter Bihl, Von der Donaumonarchie zur 2. Republik S. 129 (=Verlag Böhlau Wien 1989)

³⁷⁸ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919 S. 290 f

³⁷⁹ Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin S. 93 ff

³⁸⁰ Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919 S. 292

Am 12. Oktober wurde im Tagebuch eingetragen, dass Chlumecky, der am Vortag zwei Stunden mit dem Kaiser sprach, wolle, dass Redlich sofort in die Schweiz fahre, um dort mit Amerika Kontakte anzuknüpfen.

Der Kaiser sprach mit Chlumecky lange über Redlich. Er sagte dabei, dass er Redlich 1917 gerne zum Ministerpräsidenten gemacht hätte, aber es waren zu viele Gegner Redlichs dagegen.³⁸¹

Im Brief vom 3. Oktober 1928 an Redlich machte sich Chlumecky auch über einen möglichen „Anschluss“ Gedanken. Seine Meinung war, dass auch Seipel, so wie 95 Prozent zu der Zeit in Österreich lebenden Menschen, einem Anschlussgedanken nicht mehr ablehnend gegenüber stehen würde. Aber würden Frankreich und England eine „kontinentale germanische Hegemonie“ dulden? Eine neue Kriegsgefahr könnte auf Grund dieser Entwicklung entstehen, war Chlumeckys Meinung.

Chlumecky meinte auch im Brief, dass Redlich seine Beziehungen zu den führenden Kreisen der USA und deren Staats- und Wirtschaftsmännern nützen sollte, um sie von ihrem Desinteresse an den europäischen Ereignissen wachzurütteln. Eine Umwälzung in Europa hätte auch für die USA wirtschaftliche Folgen.³⁸²

Brief von Chlumecky an Redlich

Nizza, 17. November 1928

In diesem Brief schrieb Leopold Chlumecky an Redlich über seine Sorgen wegen des in Österreich herrschenden Anschlussgedankens an das Deutsche Reich. Dabei meinte er, dass alle intellektuellen Bedenken gegen einen Anschluss nichts nützen würden, da die Menschen in Österreich den Anschluss wollten. Dies fände in der „breiten Masse“ Deutschlands ein Echo, obwohl die Regierung in Berlin bis dato etwas anderes darüber denke. Zur Zeit stehe ein Anschluss ja nicht bevor, da dieser sicherlich ein westeuropäisches Veto zur Folge haben würde. Diesem Risiko wollten sich weder Österreich noch Deutschland aussetzen. Trotzdem könne man den Anschlussgedanken nicht auf ein Nebengeleise schieben, da die politische Entwicklung in Europa seit dem Jahre 1914 ein Tempo vorlege, „bei dem sich in wenigen Jahren

³⁸¹ Ebd. S. 300

³⁸² Nachlass Chlumecky, Q2 7. 07 Brief v. 3.10.1928 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

Veränderungen ergeben könnten, für die man früher Jahrzehnte der Überlegungen bedurfte“, war die Meinung Chlumeckys.³⁸³

Die Berichte des Foreign Office geben über die Anschlussidee ein anderes Bild. Die britischen Berichte enthalten laufende Kommentare über das politische Leben in Österreich während der Zwischenkriegszeit, aber wie stark der Wunsch in der Bevölkerung nach der Vereinigung mit Deutschland vorherrschte, konnte dabei nicht beantwortet werden.

Otto Bauer, der sich durch die stärkeren sozialistischen Parteien Deutschlands Unterstützung erhoffte, war lange Zeit für den Anschluss, die Masse der Arbeiter aber weniger. Der Stimmenanteil von Großdeutschen und Deutschnationalen, die als Hauptvertreter der Anschlussidee galten, sank vom Jahre 1919 bis zum Jahr 1923 von 19 auf 13 Prozent. Gleichzeitig konnten die Christlichsozialen, die dem Anschluss negativ gegenüber standen, ihren Stimmenanteil von 36 auf 45 Prozent steigern. Daraus konnte man ein sinkendes Interesse am Anschluss ableiten.

Nach den britischen Berichten trat in den späten zwanziger Jahren, durch eine weitverbreitete Abneigung gegen Preußen und den norddeutschen Protestantismus bei diesem Thema sogar eine Trendwende in Österreich ein.³⁸⁴

Im Brief vom 17. November 1928 schrieb Chlumecky auch, dass er das Buch Redlichs über Kaiser Franz Joseph mit Begeisterung gelesen habe. Er bezeichnete die Zeit Franz Josephs, von 1848 bis zur Regierungszeit des Grafen Taaffe, als richtig dargestellt.

„Mit Franz Josephs schwerstem Fehler, die Nationalitäten in Ungarn durch die magyarischen Minoritäten unterdrücken zu lassen, sprechen sie mir aus dem Herzen“, schrieb Chlumecky an Redlich im Brief weiter, über dessen Buch „Franz Joseph, Kaiser von Österreich“. Mit dem von Redlich im Buch erwähnten Hass des Thronfolgers gegen die Magyaren erklärte sich Chlumecky jedoch nicht einverstanden. Als Grund führte er dafür an, dass die Ungarn bereit waren, Franz Ferdinands Gattin Gräfin Sophie Chotek als Königin anzuerkennen. Nach Meinung Chlumeckys musste der Thronfolger seine Gefühle überwinden, um Gegner der Magyaren zu werden, aber die Politik hinsichtlich ihrer Nationalitäten wurde von Franz Ferdinand abgelehnt.³⁸⁵

In einem Brief an den Kaiser, der nicht abgesandt wurde, schrieb Franz Ferdinand im Jahre 1909 folgendes: „Ich hasse die antidynastischen und hochverräterischen Elemente, aber ich liebe das Land wie jedes andere. Aber

³⁸³ Ebd. Q2 7. 08 Brief vom 17.11.1928

³⁸⁴ F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen S.227

³⁸⁵ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 08 Brief v. 17.11.1928 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

weil ich als Thronfolger meine Aufgabe kenne, ist es meine Pflicht, das Land vor Unglücken zu bewahren“.³⁸⁶

„Nur die Chauvinisten und Talmimagyaren*, die unaufhörlich gegen die Gemeinsamkeit mit Österreich und gegen die gemeinsame Armee hetzen, bringen mich in Wut. Um sie zu bändigen, werde ich wenn nötig auch bis zum Staatsbruch gehen“, zitierte das Neue Wiener Tagblatt vom 20.2.1893 einen Ausspruch des Thronfolgers.³⁸⁷

Die Ungarn führten ein erbarmungsloses Magyarisierungsprogramm unter den ihnen unterstellten nichtungarischen Völkern - Kroaten, Serben, Rumänen und Deutschen - durch. Trotz der beachtlichen Größe der deutschen Minderheit in Siebenbürgen gab es dort keine einzige deutsche Schule.³⁸⁸

Die Anwendung von verwaltungsmäßigen und schulischen Maßnahmen in Ungarn seitens der magyarischen Regierung verhinderte vor allem die Entwicklung der akademischen Intelligenz ihrer Nationalitäten. Den liberalen Reformplänen Franz Deáks wollte das ungarische Parlament nicht folgen. Die Nationalitätenführer, die aber wesentlich mehr als eine verhältnismäßig großzügige Zusicherung auf Freiheits- und Sprachenrechte wollten, waren für die Verwirklichung des Staates Ungarn unter magyarischer Vorherrschaft nicht zu gewinnen. Sie forderten territoriale Autonomie innerhalb des ungarischen Staates.

Die Nationalitätenfrage war letztlich der wunde Punkt für Ungarn und das Magyarentum. Die magyarische nationale und ethnische Existenz, deren Denken und Handeln durch den Staat und dessen territorialer Einheit vorgezeichnet war, verbot Konzessionen an die Nationalitäten. Gewährung von selbstständigem politischen Wirken und territorialer Autonomie empfanden die Erben des alten ungarischen Adels als politischen Selbstmord.³⁸⁹

Wegen der Schwierigkeiten mit den Ungarn wurde in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg über Reformpläne spekuliert. Der Einfluss des Thronfolgers, „dessen Kronprinzenpartei im Belvedere sprunghaften Zulauf zu verzeichnen hatte“, war dafür nicht zuletzt verantwortlich. Von Franz Ferdinand wurde die Schaffung eines südslawischen Reichsteils mit kroatischer Dominanz als dritte Kraft überlegt. Neben „der Frage Föderalismus oder Zentralismus, der Stärkung oder Schwächung der monarchischen Exekutive“ lag Franz

³⁸⁶ Erika Bestenreiner, Franz Ferdinand und Sophie von Hohenberg S.163 (= Piper Verlag München 2004)

* Talmi = unecht

³⁸⁷ Neues Wiener Tagblatt vom 20.2.1893

³⁸⁸ Erika Bestenreiner, Franz Ferdinand und Sophie von Hohenberg S.163

³⁸⁹ Berthold Sutter, Die Ära Taaffe. In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Bd. III/2 Die Völker des Reiches S. 1302 f

Ferdinands Reformplänen die Frage der „inneren Bündnispolitik“ zugrunde. Auch über die „Möglichkeit eines Oktroi, eines Staatsstreichs von oben, oder auch eines akkordierten Oktroi“ wurde vom Thronfolger nachgedacht.³⁹⁰

Der Leiter der Militärkanzlei Franz Ferdinands, Major Alexander Brosch von Aarenau, gewann eine Anzahl österreichischer Politiker, Gelehrter, Publizisten und Nationalitätenvertreter für die Erstellung von Konzepten und Gesetzesentwürfen, die die Leitlinien für eine Regierungsübernahme nach dem Ableben des Kaisers darstellen sollten. Persönlichkeiten wie Heinrich Lammasch und Gustav Turba stellten bis 1911 ein Thronwechselprogramm fertig.

Ab 1911 war Major Carl Bardolff neuer Chef der Militärkanzlei. Mit Bardolff und Johann Freiherrn v. Eichhoff, Sektionschef im k.k. Ministerium des Innern, beriet Franz Ferdinand im Frühjahr 1912 in Dalmatien Gesetzesentwürfe über die politische Entwicklung bei den Südslawen und über Ausgleichsversuche in Böhmen. Kern dieser Entwürfe war eine Wahlordnung für ein Unterhaus eines Reiches, nicht zweier Staaten. Wahlmänner der einzelnen Ortsgemeinden sollten dafür ein Nationalitätenparlament von Abgeordneten in acht Wahlgruppen wählen. Gruppen waren die Tschechen-Slowaken, die Serben-Kroaten-Slowenen, die Ungarn, die Deutschen, die Polen, die Ruthenen, die Italiener und die Rumänen, zusammengefasst aus den beiden Staaten. Zwei gleich starke Delegationen der Abgeordneten aus Österreich und Ungarn sollten eine gemeinsame Regierung mit einer Reichskanzlei an der Spitze bestellen. Auf der Seite Cisleithaniens sollte Freiherr v. Eichhoff das Verhältnis der historischen Kronlandgrenzen zu den Sprach- und Siedlungsgebieten klären, auf transleithanischer Seite sollte dies József Kristóffy tun.

Der Mord am Thronfolger und dessen Gattin durch Revolverschüsse des jugendlichen bosnischen Attentäters serbischer Nationalität Gavrilo Princip am 28. Juni 1914 in Sarajewo beendete zunächst jeden Versuch einer Verfassungsreform.³⁹¹

Im Brief vom 17.11.1928 stellte Chlumecky fest, dass er über Franz Joseph anders denke als Redlich. Obwohl er „Monarchist strengster Observanz“ sei, könne er dem Kaiser nicht verzeihen, dass er das Reich in siebzig Jahren mit stets schwankender Regierung zu Grunde regiert habe. Diese Meinung vertrete er nicht erst seit heute, sondern habe sie schon zu Lebzeiten des Kaisers vorsichtig publiziert. Die Aufzeichnungen seines Vaters würden

³⁹⁰ Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882 - 1918 S. 305 (=Wien 1993)

³⁹¹ Peter Broucek, Reformpläne aus dem Beraterkreis Erzherzog Franz Ferdinands und Kaiser Karls. In: R. G. Plaschka, Anna M. Drabek, Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jhs. S. 112 ff (=Österr. Akademie der Wissenschaften Wien 1995)

vielleicht Redlichs Urteil über einzelne Episoden der Regierungszeit Franz Josephs beeinflussen. Sein Vater sei mit dem Kaiser alt geworden und sei diesem besonders zugetan gewesen, aber die Aufzeichnungen zeigten doch ein Bild von großer Zerfahrenheit und Unzuverlässlichkeit des Monarchen.

An der Ära Taaffe übte Redlich im Buch über Franz Joseph zu wenig Kritik, denn Taaffe konnte in 15 Jahren das Parlament halbwegs arbeitsfähig halten, doch vieles, was nachfolgenden Ministerpräsidenten angelastet wurde, finde in der Regierungszeit Taaffes seinen Ursprung, war Chlumeckys Meinung.³⁹²

Brief von Chlumecky an Redlich

Nizza, 30. Dezember 1928

Im Brief ist ersichtlich, dass Redlich die Ansicht Chlumeckys über Taaffe teilte. Chlumeckys Meinung über Taaffe stützte sich hauptsächlich auf Dokumente seines Vaters. Er ging in seiner Kritik so weit, dass er den Zerfall Österreichs und den Verfall des Parlamentarismus der fünfzehnjährigen Ära Taaffe anlastete. „Alles was danach geschah, waren davon die Konsequenzen“, war seine Meinung.³⁹³

Leopold Chlumeckys Vater, Johann v. Chlumecky, war seit 1870 im Reichsrat und ab 1897 Mitglied des Herrenhauses. Er wusste als Staatsmann sicherlich über die politische Situation in Österreich während der Ära Taaffe bestens Bescheid.

Leopold Chlumecky bildete sich seine Meinung über Taaffe aus Unterlagen seines Vaters. Natürlich ist es erlaubt, sich rückblickend über Erfolg oder Misserfolg einer Regierung kritische Gedanken zu machen, doch nach beinahe fünfzig Jahren fällt dies nicht besonders schwer. Chlumeckys Kritik an Taaffe ist heftig, aber ist sie gerechtfertigt?

Unter Taaffe wurde nach dem Rücktritt des Ministeriums Auersperg am 12.8.1879 das neue Kabinett gebildet. Er war konservativer Katholik, feudaler Böhme und Vertrauensmann des Kaisers. Seine Regierung stützte sich auf Tschechen, Polen und den feudal-konservativen Hohenwartklub. Taaffe hatte die Absicht, die slawischen Nationalitäten zu gewinnen. Um die Tschechen nach ihrer sechzehnjährigen Abstinenzpolitik wieder ins Parlament zurückzuholen, damit sie wieder politische Mitverantwortung tragen, machte er ihnen Zugeständnisse. 1880 erließ er Verordnungen über die Doppelsprachigkeit der Behörden für Böhmen und Mähren, 1882 für Krain und

³⁹² Nachlass Chlumecky, Q2 7. 08 Brief v. 17.11.1928 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

³⁹³ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 09 Brief v. 30.12.1928 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

Schlesien. Prag erhielt 1882 eine eigene tschechische Universität. In diesen Zugeständnissen sahen die Deutschliberalen einen Machtzuwachs der Tschechen, den sie für untragbar hielten. Taaffe regierte vierzehn Jahre lang ohne die liberalen Deutschen.³⁹⁴

Das Regierungsprogramm von Taaffe, nach dem Motto „Versöhnung und Verständigung“, erweckte bei den Deutschen den Eindruck, er kaufe sich die politische Unterstützung der slawischen Abgeordneten durch Zugeständnisse, die auf Kosten ihres Besitzstandes gingen. Dadurch entwickelte sich bei den Deutschen eine mächtige nationale Strömung.

Der Nationalismus erfasste eine breite Schicht der Bevölkerung. Die Forderung des Kleinbürgertums nach Herabsetzung des hohen Wahlzensus erfüllte Taaffe durch das Wahlreformgesetz von 1882, wobei die Mindeststeuerleistung der Wahlberechtigten von zehn auf fünf Gulden herabgesetzt wurde. Mit dem Kleinbürgertum änderte sich der Charakter der nationalen Bewegung. Das bisherige nationale Nebeneinander wurde ein Wettkampf um die wirtschaftliche Existenz. Der Nationalismus des Kleinbürgertums war aggressiv und unversöhnlich.³⁹⁵

Gegenüber der erfolgreichen konservativ-reformerischen Sozialpolitik von Taaffe ist die Kritik Chlumeckys nicht gerechtfertigt.

Taaffe regelte die bäuerliche Erbfolge und erreichte mit Unfallversicherung, Krankenversicherung, Gewerbeinspektion und Arbeitszeitbegrenzung eine begrenzte Arbeiterschutzgesetzgebung. Trotzdem kam es Mitte der achtziger Jahre zu Unruhen, da die Hoffnungen der Arbeiterschaft nicht erfüllt wurden. Um dem Massenanhang der von Victor Adler am Parteitag von Hainfeld geeinten Sozialdemokraten in der Volksvertretung Gewicht zu verschaffen, musste das Wahlrecht auch auf die ärmsten Bevölkerungsschichten ausgedehnt werden. Dies wurde von den Sozialdemokraten bei Wahlrechtskundgebungen 1893 auch gefordert. Die daraufhin von Taaffe im Reichsrat eingebrachte Vorlage, „die zwar noch nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bringen sollte, wohl aber im Rahmen des Kurienwahlrechts innerhalb der Kurien der Städte und Landgemeinden das Wahlrecht auf alle Staatsbürger ausdehnte“, wurde vom feudal-konservativen Hohenwartklub und den Polen mit der liberalen Opposition abgelehnt. Nach dem darauf erfolgten Rücktritt von Taaffe folgten in Österreich zwei Jahrzehnte der politischen Krisen.³⁹⁶ Dadurch scheint die Kritik Chlumeckys an der Ära Taaffe gerechtfertigt.

³⁹⁴ Berthold Sutter, Die Ära Taaffe. In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Bd. III/1 Die Völker des Reiches S. 210 (=Verlag der Akademie der Wissenschaften Wien 1980)

³⁹⁵ Berthold Sutter, Die Ära Taaffe. In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Bd. III/1 Die Völker des Reiches S.212 f (=Verlag der Akad. der Wissenschaften Wien 1980)

³⁹⁶ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 425 f

Im Brief vom 30. Dezember 1928 versuchte Chlumecky auch die Frage Redlichs zu beantworten, was er von der ungarischen Königsfrage halte. Er könne sich nicht vorstellen, dass ernste ungarische Politiker zu dieser Zeit eine solche Frage als wichtig erachten würden, meinte Chlumecky. So wie der Anschluss Österreich an Deutschland, könne auch die ungarische Königsfrage zu einem europäischen Krieg führen. Auch etwaigen Versuchen, eine Revision des Vertrages von Trianon herbeizuführen, räume er keine Aussicht auf Erfolg ein. Die Sünden der Magyaren, die sie an ihren Völkern begingen, seien noch in aller Erinnerung. Erzherzogin Isabellas Ehrgeiz werde nicht reichen, um einem Habsburger den Weg zur ungarischen Krone zu ebnen. Außerdem müsse man in dieser Frage auch erst an Horthy vorbei kommen.³⁹⁷

Erzherzogin Isabella von Croy-Dülmen war mit Erzherzog Friedrich aus der habsburgischen Familienlinie Karl verheiratet. Gräfin Sophie Chotek wurde im August 1888 vom Kaiser zur Hofdame der Erzherzogin berufen.³⁹⁸

Nach den 1920 abgehaltenen Wahlen, die der Kleinwirthepartei und den Christlichnationalen die Mehrheit brachten, erklärte die konstituierende Nationalversammlung Ungarn zum Königreich mit „ruhender königlicher Gewalt“. Im März 1920 wurde Miklós Horthy zum Reichsverweser gewählt. Bereits im Februar hatte die Botschafterkonferenz der Alliierten gegen die Wiedereinsetzung eines Habsburgers protestiert. Sie erklärte, dass dies eine Friedensgefahr darstelle und daher von ihr nicht geduldet werde.

Miklós Horthy, als Vizeadmiral letzter Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, verhinderte Karls Versuche, den Thron in Ungarn zu besteigen. Karl wäre 1920 bereit dazu gewesen und rechnete sogar Horthy zu seinen Anhängern, da dieser sich als Legitimist bezeichnete. Die Legitimisten waren Anhänger einer freien Königswahl.³⁹⁹

Karl war bezüglich Horthy jedoch schlecht beraten. Ungarns Monarchisten wollten einen Habsburger zum König von Ungarn. Sie holten Karl aus seinem Exil zurück und stellten ihn an die Spitze von Truppen, um Miklós Horthy abzusetzen. Danach kam es bei der Schlacht von Budaörs zu einer klaren Niederlage der Monarchisten. Nach seiner Flucht wurde Karl durch die Alliierten nach Funchal auf Madeira verbannt, wo er einige Jahre später verstarb.⁴⁰⁰

³⁹⁷ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 09 Brief v. 30.12.1928 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

³⁹⁸ Beate Hammond, Habsburgs größte Liebesgeschichte S. 49 (=Ueberreuter Wien 2001)

³⁹⁹ Peter Broucek, Karl I. (IV.) Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie S. 225 f (=Böhlau Verlag Wien 1997)

⁴⁰⁰ Theodor Veiter, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich S.7 f (=Amalthea Verlag Wien 1984)

Horthy hatte sich von der legitimistischen Gesinnung abgewandt. Er arbeitete an der Stabilisierung seiner eigenen Macht und ließ die Armee auf seine Person vereidigen.

Im Sommer 1920 intensivierte Karl seine Rückkehrambitionen mit dem Versuch einer außenpolitischen Absicherung. In England fand er dabei keine Unterstützung. Das Londoner Foreign Office wurde damals von der Idee der sogenannten New-Europe-Group beeinflusst. Weder an Deutschland noch an Russland sollte sich ein System von Nationalstaaten nähern. Auch eine französische Vorherrschaft in diesen Gebieten war in Großbritannien nicht erwünscht. Frankreichs Ministerpräsident Briand machte aber Karl Mitte Jänner 1921 Zusagen. Seine Begründung war folgende: „Wenn Kaiser Karl jetzt zurückkehrt und nach dem Thron greift, dann haben wir einen zuverlässigen Verbündeten Frankreichs und Großbritanniens als König und eine französische Prinzessin als Königin von Ungarn“. Nach Karls Machtergreifung sollten Staatskredite und - wenn nötig - Militärhilfe von Frankreich an Ungarn erfolgen.⁴⁰¹

Briands Zusage, die allerdings nicht schriftlich erfolgte, half Karl wenig, denn Horthy übergab die Macht nicht. Er hätte sie auch 1928, als Redlich mit Chlumecky über die ungarische Königsfrage diskutierte, nicht übergeben. Horthy stieg durch Verfassungsänderung 1937 sogar zum Regenten auf.

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 20. Februar 1929

Darin schrieb Chlumecky, er habe das Gefühl, dass man sich hier in Frankreich, aus Angst vor Faschisten und Royalisten, ganz in die Hand der Sozialisten und Radikalsozialisten begeben. Er sehe darin eine Gefährdung für den Frieden Europas. Ein völlig linkes Regime könne unmöglich den nur mühsam sanierten Finanzhaushalt aufrecht halten. Vielmehr erwarte er das Gegenteil. Die Geschichte lehrt uns, schrieb Chlumecky weiter, dass gerade jene, die in solchen Fällen „den Frieden auf ihre Fahnen schreiben, sich einer kriegerischen Politik bedienen, um den Blick der Menge vom jämmerlichen Inneren abzulenken“.⁴⁰²

⁴⁰¹ Peter Broucek, Karl I. (IV.) Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie S. 226 f

⁴⁰² Nachlass Chlumecky, Q2 7. 10 Brief v. 20.2.1929 =Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

Chlumecky dachte bei seiner Kritik über die Finanzgebarung der Linken möglicherweise an das Kabinett des Radikalsozialisten Herriot. Unter dieser Linksregierung erlebte der Franc gegenüber dem Pfund Sterling bis Juli 1926 einen Absturz. Die nach Herriot folgende neue Regierung Frankreichs, die „Union nationale“ unter Poincaré, die von Parteien der Rechten und der Linken gebildet wurde und die noch zur Zeit des von Chlumecky datierten Briefes an der Macht war, konnte die Parität des Franc rasch verbessern. Das Stabilisierungsniveau wurde jedoch von Poincaré zu niedrig angesetzt. Dies hatte zur Folge, dass ein gewaltiger Goldstrom nach Paris floss, wodurch zwar die internationale Stellung Frankreichs gestärkt wurde, aber die innere Stabilität geschwächt.

Steuererhöhungen und Einsparungen im Haushalt hatten das Ziel, die Rückkehr des französischen Kapitals zu begünstigen. Alle diese finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen waren für das großbürgerlich-autoritäre Finanzkapital äußerst profitabel, während sie für das kleine und mittlere Bürgertum eine nachhaltige Schwächung bedeuteten. Die Kluft zwischen Finanzkapital und Arbeiterklasse vergrößerte sich zusehends. Durch den stark gestiegenen Goldvorrat der Bank von Frankreich wurde das Land von der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise erst zwei Jahre später erfasst. Dafür dauerte die danach folgende Depression bis zum Jahre 1935, im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten ebenfalls um zwei Jahre länger. Die Auswirkung der Politik Poincarés konnte für einige Zeit von der Wirtschaftsblüte überdeckt werden, war aber eine der Ursachen für den Niedergang nach 1931.⁴⁰³

Der Meinung Chlumeckys, dass Frankreich 1929 eine kriegerische Politik betrieben habe, kann man vorerst nicht folgen. Trotz des Sieges im Ersten Weltkrieg sah sich Frankreich von Deutschland bedroht. Dadurch wurde nicht kriegerische Politik, sondern die Suche nach Sicherheit für Frankreich beherrschendes Thema ihrer Außenpolitik. In den dreißiger Jahren führte jedoch Frankreichs Verhalten zur Verschlimmerung der Weltwirtschaftskrise. Dadurch kann man Frankreich von der Entwicklung rechtsradikaler Politik in Deutschland, die schließlich zum Zweiten Weltkrieg führte, nicht gänzlich freisprechen.

Frankreich wäre durch die großen Goldreserven im Sommer 1931 in der Lage gewesen, der maroden Österreichischen Credit-Anstalt zu helfen. Die französische Hilfe blieb auch für die deutschen und englischen Banken bei deren Liquiditätsschwierigkeiten aus. Anstelle zu helfen, wurden von Frankreich Kredite verweigert bzw. gekündigt. Diese Haltung, zu der noch die Ablehnung Frankreichs zur deutsch-österreichischen Zollunion kam, war einer

⁴⁰³ Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931 S. 120 f

der Gründe für den Ruin der Österreichischen Credit-Anstalt.⁴⁰⁴ Durch deren Bankrott, die den Kurssturz der deutschen Wertpapiere an der New Yorker Börse auslöste, erhielt die Weltwirtschaftskrise durch die hinzugekommene Bankenkrise eine neue Dimension. Am Ende dieser Wirtschaftskrise stand der Zusammenbruch des Goldstandards.⁴⁰⁵

Frankreich zeigte 1931 seine finanzielle Macht und entzog Deutschland, England und Österreich die ökonomische Grundlage. Dabei konnte es aber weder das Ende der deutschen Reparationsleistung - beschlossen auf der Konferenz von Lausanne 1932 - noch die deutsche Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage verhindern.⁴⁰⁶

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 22. März 1929

In diesem Brief schrieb Leopold Chlumeckys über den Austromarxismus. Die deutschen Sozialdemokraten hätten weit mehr staatsmännische Einsicht als die Austromarxisten. Diese würden nicht davor zurückschrecken, ihre doktrinären Ideen rigoros durchzuführen, war Chlumeckys Meinung.⁴⁰⁷

Der Austromarxismus wandte sich in den zwanziger Jahren vom bolschewistischen Russland ab. In dieser Bewegung gab es sicherlich Elemente, die Chlumeckys Meinung untermauerten. Von den Führern dieser Bewegung kann dies jedoch nicht behauptet werden. Auch Karl Renner gehörte zum Lager der Austromarxisten. Einer der Hauptvertreter des Austromarxismus war Otto Bauer. Er verband das Nationalitätenprogramm seiner Partei mit der marxistischen Theorie und suchte einen Ausgleich zwischen den revolutionären und reformierten Kräften innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie. Im November 1926 wurde am Parteitag der Sozialdemokraten im berühmt gewordenen „Linzer Programm“ beschlossen, dass mit demokratischen Kampfmitteln versucht werde, die Mehrheit des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse zu sammeln. Wenn aber die demokratische Republik durch eine

⁴⁰⁴ Die Schuld Frankreichs am Zusammenbruch der Credit-Anstalt wurde anhand des Exposés, das von Chlumecky an Redlich am 29.6.1931 übergeben wurde, nochmals überlegt.

⁴⁰⁵ Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931 S. 163

⁴⁰⁶ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917 - 1947 S. 90 f

⁴⁰⁷ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 11 Brief vom 22.3.1929 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

monarchische oder faschistische Gegenrevolution gesprengt werden sollte, „dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern“.

Die politische Situation in Österreich im März 1929 machte es den Austromarxisten schwer, die von Chlumecky erwähnte staatsmännische Einsicht zu üben. Im Staat spielten die Wehrverbände - besonders die Heimwehren - eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Nach den Nationalratswahlen vom Oktober 1920, die den Christlichsozialen Stimmengewinne brachte, verschärfte sich das politische Klima in Österreich. Die Sozialdemokraten wurden überall dort, wo es möglich war, besonders im Heer, zurückgedrängt. Durch Heeresminister Karl Vaugoin wurden bei den Militärs alle Sozialdemokraten durch Christlichsoziale ersetzt. Da den Sozialdemokraten dadurch der Einfluss im Bundesheer entglitt, organisierten sie den Republikanischen Schutzbund. Die Heimwehren wurden zu einer Ergänzung des Bundesheeres, um gegebenenfalls gemeinsam eine Abwehrfront gegen das „rote Wien“ zu errichten.⁴⁰⁸

Im April 1928 verfasste der britische militärische Nachrichtendienst eine geheime Denkschrift über die österreichischen Wehrverbände. Die Heimwehren wurden auf 107.000 Mann geschätzt, der Republikanische Schutzbund auf 100.000 Mann. Beide Verbände besäßen Waffen. Die Heimwehren würden von der österreichischen Industrie unterstützt, gerieten immer mehr unter italienischen und ungarischen Einfluss und begannen sich auf die Macht vorzubereiten. Sie versuchten durch Massenaufmärsche in „roten Hochburgen“ die Sozialdemokraten zu provozieren und erwarteten dabei blutige Zusammenstöße.⁴⁰⁹

Der Times-Korrespondent Sir Eric Phipps äußerte im Oktober 1928 Zweifel an der Politik Seipels. Das britische Interesse konzentrierte sich auf die Entwaffnung der Wehrverbände. Zeigte Seipel bis vor einigen Wochen an der Heimwehrebewegung wenig Begeisterung, da er sie als eine Bedrohung für seine Regierung betrachtete, so gebe es jetzt Gründe für die Annahme, dass Seipel die Heimwehr als politische Waffe benütze, war Phipps Meinung. Die Heimwehr sei jetzt viel stärker als der Schutzbund und daher seien die Sozialdemokraten nun wirklich für die Entwaffnung, aus Angst vor der Heimwehr.

Im August 1929 berichtete Phipps, dass das Schicksal der Heimwehr nach wie vor von Seipel - nach seinem Rücktritt als Kanzler - gelenkt werde. Die

⁴⁰⁸ Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S. 35 f

⁴⁰⁹ F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen S. 107

Sozialdemokraten seien durch den Aufstieg der Heimwehren und die wachsende Bedrohung Wiens stark beunruhigt.⁴¹⁰

Als der britische Verkehrsminister der Labour-Regierung, Herbert Morrison, im September 1929 in Wien zu Besuch war, übergab ihm Otto Bauer ein Memorandum mit der Bitte, dieses dem britischen Außenminister Arthur Henderson zu übergeben. Da Morrison weder der österreichischen Post noch dem diplomatischen Kurierdienst vertraute, wurde das Memorandum von ihm aus Prag nach London gesandt.

Otto Bauers Memorandum, mit dem Titel „Die Ziele der österreichischen Faschisten“, unterschied zwischen zwei Gruppen der in Österreich tonangebenden Heimwehren:

1.) die deutschen Nationalisten mit den beiden Führern, Dr. Steidle und Dr. Pfrimer, sowie dem deutschen Stabschef der Bewegung, Major Pabst. Diese Gruppe erhoffte sich von einem erfolgreichen Staatsstreich in Österreich auch in Deutschland einen nationalistischen und monarchistischen Putsch.

2.) die österreichischen Aristokraten und Offiziere der ehemaligen k.u.k. Armee, die die Monarchie wieder herstellen wollten.

Beide Gruppen arbeiteten momentan zusammen. Sie wollten die demokratische Verfassung außer Kraft setzen und eine faschistische Diktatur errichten. Auch eine einflussreiche Gruppe der Christlichsozialen Partei, unter Führung von Seipel, versuche mit Hilfe der Heimwehren das österreichische Parlament zu zwingen, einer reaktionären Revision der Verfassung zuzustimmen.

Die Heimwehren verfügten durch die Unterstützung der steirischen Stahl- und Eisenindustrie, die unter der Kontrolle der deutschen Vereinigten Stahlwerke stehe, über große Geldsummen. Sie hätten Waffendepots in vielen Dörfern Tirols und der Steiermark. Die Arbeiter würden sich einer bewaffneten Gewalt der Heimwehr zur Wehr setzen. Dies könnte zum Bürgerkrieg führen, warnte Bauer in seinem Memorandum.

Henderson sollte den österreichischen Kanzler sowie die Minister Frankreichs - Briand - und der Tschechoslowakei über die Pläne der Heimwehren informieren, sagte Bauer zu Morrison. Daraufhin reagierte Henderson und informierte den der Heimwehr nahestehenden neuen Kanzler Ernst von Streeruwitz, dass die Heimwehren in Österreich für die Zeit zwischen Oktober und November dieses Jahres einen Staatsstreich durchführen könnten. Sollte dies tatsächlich geschehen, würden die guten Beziehungen zwischen Großbritannien und Österreich empfindlich gestört werden.

An Otto Bauers Memorandum ist zu erkennen, wie sehr die besorgten sozialdemokratischen Führer auf Unterstützung von Außen hofften.⁴¹¹

⁴¹⁰ Ebd. S. 109 f

⁴¹¹ F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen S. 110 ff

Ende 1929 wurde die Stärke der Heimwehren auf 350.000 Mitglieder geschätzt, davon 120.000 bewaffnet. Die Stärke des Republikanischen Schutzbundes wurde auf 300.000 geschätzt, davon 90.000 bewaffnet. Zur gleichen Zeit stellte der militärische Nachrichtendienst fest, dass die Heimwehr nicht nur von den deutschen Stahlwerken unterstützt werde, sondern auch von Großindustriellen und Banken. Die britische Regierung hoffe nun, dass der neue Kanzler Schober die Entwaffnung der Wehrverbände bewerkstelligen könne.⁴¹²

Auch der deutsche Reichskanzler Hermann Müller hegte für Österreich keine Befürchtungen, solange Schober Bundeskanzler sei, berichtete aus Berlin der britische Botschafter. Sollte Schober aber zurücktreten und Vaugoin folgen, so könnte dieser eine neue Verfassung proklamieren, die den Ausbruch eines Bürgerkrieges zur Folge haben könnte. In diesem Falle würden die Tschechoslowakei, Ungarn und möglicherweise auch Italien intervenieren.

Die Hoffnung der österreichischen Sozialdemokraten, in den parlamentarischen Verhandlungen über eine Verfassungsreform britische Hilfe zu erhalten, erfüllte sich nicht. Otto Bauers Bitte an die Labour-Regierung, die österreichische Arbeiterschaft im Kampf gegen den Faschismus zu unterstützen, fand kein Gehör. Im Foreign Office stellte man 1929 fest, dass ausländische Hilfe in einem innenpolitischen Streit nur das Klima zwischen den politischen Parteien verschlechtern würde. Wenn Großbritannien die Sozialdemokraten unterstützte, würden ihre Gegner das faschistische Italien um Hilfe bitten. Damit könnte sich der Konflikt auf internationale Ebene ausdehnen.

Angesichts dieser Erkenntnis aus London mussten die österreichischen Sozialdemokraten 1934 ohne Hilfe westlicher Demokratien ihren Kampf ausfechten.⁴¹³

Die Wehrverbände waren nur eines der Hindernisse für die von Chlumecky erwähnte fehlende staatsmännische Einsicht der Austromarxisten. Schwerwiegender war die in Österreich herrschende Rivalität zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Auf Seite der Christlichsozialen lehnte nicht nur Seipel jegliche Zusammenarbeit mit dem anderen Lager ab, sondern auch seine Nachfolger Streeruwitz und Schober. Im Lager der Sozialdemokratie galt für Otto Bauer gleiches.

Anders als in Österreich war in Deutschland eine Regierungsbeteiligung der Sozialisten möglich. Zur Zeit des Briefes von Chlumecky, 22.3.1929, war der Sozialdemokrat Hermann Müller Reichskanzler im Rahmen einer großen Koalition in Deutschland. Nicht unwesentlich dazu beigetragen hat Gustav

⁴¹² F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen S. 113 f

⁴¹³ Ebd. S. 116 ff

Stresemann, der zu den Befürwortern einer großen Koalition zählte. Stresemanns auf Verständigung ausgerichtete Außenpolitik wurde in den vergangenen Jahren von der SPD immer unterstützt. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten hatte er eine breite innenpolitische Basis, die er zur Erreichung seiner außenpolitischen Ziele, der Reparationsregelung und der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes, benötigte.

Zur Vorgeschichte: Am Kieler Parteitag 1927 bahnte sich bei der seit 1923 in Opposition befindlichen SPD ein Kurswechsel an. Nachdem Rudolf Hilferding die „Eroberung der Staatsmacht“ forderte, trat eine große Mehrheit der Delegierten für eine Regierungsbeteiligung ein. Durch die gezeigte Bereitschaft der SPD, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wurden die Bedenken im bürgerlichen Lager gegenüber den Sozialdemokraten zerstreut. Nach dem Sturz der Rechtskoalition war nun eine Zusammenarbeit mit der SPD wünschenswert.

Bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 waren KPD und SPD eindeutige Wahlsieger, während die bisherigen Regierungsparteien herbe Verluste erlitten. Da die KPD eine Regierungsbeteiligung grundsätzlich ablehnte, blieb die Große Koalition die einzige Möglichkeit zu einer parlamentarischen Regierungsbildung. Da sich alle von Reichspräsident Hindenburg zur Kabinettsbildung empfangenen Faktionsführer für eine große Koalition aussprachen, erklärte sich der Fraktionsvorsitzende der SPD Hermann Müller zur Regierungsbildung bereit.⁴¹⁴

Das Kabinett Müller musste sich jedoch wegen der Vorbehalte einzelner Fraktionen mit einem Billigungsvotum begnügen. Zwischen SPD und DVP bestand ein interessenpolitischer Gegensatz. Das Programm beider Parteien wurde weitgehend von deren Interessengruppen, Gewerkschaft und Industrie, bestimmt, wodurch sich besonders im finanz- und wirtschaftspolitischen Programm kaum Gemeinsamkeiten fanden.⁴¹⁵

Die Große Koalition bestand von Juni 1928 bis März 1930. Das Scheitern dieser von einer Parlamentsmehrheit getragenen Regierung der Weimarer Republik hatte starken Einfluss auf die folgende Krise der Demokratie in Deutschland.

⁴¹⁴ Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition S. 36 f (=Lang Druck AG Bern 1973)

⁴¹⁵ Ebd. S. 39 f

Brief von Redlich an Chlumecky
Wien, 15. Juni 1929

Josef Redlich beklagte in diesem Brief die tristen finanziellen Verhältnisse, in der breite Schichten der Bevölkerung Wiens leben. Der höhere Mittelstand, die ganze Kaufmann- und Beamtschaft sowie die Rentner seien davon betroffen. In dieser Stadt würden Sach- und moralische Güter zerstört, die von vielen Generationen aufgebaut und erhalten worden seien, schrieb Redlich. Sein Wiedersehen mit Wien wäre getrübt durch den Einblick in die beispiellose Dummheit der Bevölkerung dieser Stadt. Die Unfähigkeit der sogenannten Führer im wirtschaftlichen und politischen Leben liege auf der Straße zur Einsicht. Er hoffe vor seiner Abreise in die Schweiz auf ein Treffen mit Seipel.⁴¹⁶

Schon drei Jahre zuvor wurde im Brief Redlichs vom 22. Juli 1926 Wien von diesem hinsichtlich Gesellschaft, Wirtschaft und Politik äußerst negativ beurteilt.⁴¹⁷

Der Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht mit ursprünglich deutsch- nationaler Gesinnung war alles andere als ein Sozialdemokrat und hatte, so wie Chlumecky, für das „Rote Wien“ nur Geringschätzung. Weshalb er aber die Bevölkerung Wiens als „beispiellos dumm“ bezeichnete, ist nicht nachvollziehbar. Auch im übrigen Österreich dürften die Menschen zu dieser Zeit in ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen gelebt haben.

Nach Karl Renner war in der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre zwar die Währung in Österreich stabilisiert, doch die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, durch Inflation und Deflation, bestanden weiter. Die Reichstrennung wirkte überdies auf Banken und Großindustrie zerstörend zurück.⁴¹⁸

Auf die Bankenzusammenbrüche in Österreich werde ich in späterer Folge noch genauer eingehen.

⁴¹⁶ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 12 Brief v.15.6.1929 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴¹⁷ Ebd. Q2 7. 06 Brief v. 22.7.1926

⁴¹⁸ Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S. 43

Diese wirtschaftlichen Verhältnisse betrafen nicht nur Österreich, sondern hatten globalen Charakter. Ende der Zwanzigerjahre befand sich die Wirtschaft weltweit auf Talfahrt. Rückgänge in Produktion und Handel verursachten Millionen Arbeitslose und sozialen Notstand.⁴¹⁹

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 7. November 1929

Darin schrieb Chlumecky, dass sich Bürgertum und Staatsgewalt dem Terror der Austromarxisten beugen müssten. Man wäre der bewaffneten Arbeitermasse schutzlos ausgeliefert. Die auf Wiens Straßen marschierenden Arbeiterbataillone hätten Wien verelendet. Verstehen die Herren Bauer, Renner und Genossen dies unter Freiheit? Wo war die Staatsgewalt, als man nichtsozialistische Arbeiter „ums Brot“ brachte?

Weiters schrieb Chlumecky, dass er einen faschistischen Versuch in Österreich für gefährlich halte, da sich das Bürgertum nicht einig wäre. Die sich nun erhebenden bürgerlichen Organisationen - damit konnte Chlumecky nur die Heimwehren gemeint haben - würden den Sturz in den Abgrund verhindern wollen. Dazu müsse sich jedoch das Bürgertum einig sein und nicht nach „rechts“ ausweichen. „Fähige Männer wie Sie müssten das Bürgertum auf einem maßvollen Weg einigen und den Austromarxisten den Weg aus den bolschewistischen Tendenzen heraus zeigen, um sie zu einer staatserschöpfenden Partei zu führen, wie etwa Labour, deutsche oder schweizerische Sozialdemokratie“. So die Meinung von Leopold Chlumecky.⁴²⁰

Schon im Brief vom 22. März 1929 beklagte Chlumecky die fehlende staatsmännische Einsicht bei den österreichischen Sozialdemokraten. Dabei verwies er auf die deutsche Sozialdemokratie, die zu dieser Zeit Regierungsverantwortung trug.⁴²¹

So wie Josef Redlich war auch Leopold Chlumecky gegenüber der Sozialdemokratie äußerst negativ eingestellt. Beide waren monarchistisch geprägt und hielten die nun organisierte sozialdemokratische Arbeiterschaft für gefährlich. Der von Chlumecky im Brief angedachte „faschistische Versuch“

⁴¹⁹ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917 - 1947 S. 87

⁴²⁰ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 13 Brief v. 7.11.1929 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴²¹ Ebd. Q2 7. 11 Brief v. 22.3.1929

stempelte ihn nicht automatisch zu einem Faschisten, aber er überlegte, nachdem er sich von der Staatsgewalt kein Einschreiten erwartete, gedanklich eine andere Möglichkeit, dem Austromarxismus wirkungsvoll Paroli bieten zu können. Der Faschismus, eine gegen jegliche Rechtsnorm agierende diktatorische Bewegung, wäre nach Chlumecky dazu eine Möglichkeit gewesen. Er wurde in Italien vom Bürgertum und Landbesitzern dazu benützt, die sozialistisch gesinnte unzufriedene Arbeiterschaft zu bekämpfen.

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und in den zwanziger Jahren entstanden beinahe überall in Europa faschistische Bewegungen. In Österreich war es die Heimwehr und der österreichische Nationalsozialismus, in Deutschland die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, kurz NSDAP, in Italien die Kampfbrüder bzw. die Nationalfaschistische Partei und die Eiserne Garde in Rumänien. In England, Frankreich, Belgien, Spanien, Ungarn und Finnland gab es ähnliche Organisationen. Diese paramilitärischen Verbände waren gegen alle bestehenden politischen Parteien und gesellschaftlichen Systeme und forderten eine radikale Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Kommunisten und Sozialisten waren für die Faschisten der Hauptfeind im Inneren. In mittel- und osteuropäischen Ländern, wo der Antisemitismus zur Ideologie der Rechts- und Mittelparteien gehörte, wurden rassische und nationale Minderheiten wie die Juden als Sündenböcke für sämtliche Missstände angesehen und grausam verfolgt. Antisemitismus und Rassismus können jedoch nicht unbedingt als Merkmal des Faschismus angesehen werden, denn wenn der Hass auf Juden im Volk keinen Widerhall fand, wie z.B. in Italien, traten Rassismus und Antisemitismus in den Hintergrund. Ein Merkmal der faschistischen Ideologie ist jedoch, dass das Privateigentum generell anerkannt wurde.⁴²²

Eine Machtübernahme aus eigener Kraft, auch bei Massenanhängerschaft wie in Deutschland und Italien, gelang einer faschistischen Bewegung ohne Unterstützung der herrschenden politischen Kräfte des eigenen Landes nicht. Otto Bauer schrieb: „Dank der Hilfe, die sie von der Bourgeoisie erfahren hatte, wurde sie zu stark, um als bloßes Werkzeug der Bourgeoisie zu dienen. Sie griff nach der Macht selbst“.⁴²³

⁴²² Gerhard Botz, Die historischen Erscheinungsformen des Faschismus. Beiträge zur historischen Sozialkunde. 4. Jahrgang/Nr. 3 Juli-September 1974 S. 56 f

⁴²³ Ebd. S. 58

Brief von Redlich an Chlumecky
Wien, 19. November 1929

In diesem Brief erkennt man den tiefen Pessimismus dieser beiden Herren in Bezug auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Österreichs nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie. In Anspielung auf Italien meinte Redlich, dass Österreich einen Mann mit den Fähigkeiten eines Diktators wie Mussolini nicht hervorbringen könne, und wenn, sollte dieser Mann - so Redlichs Worte - „die jüdischen Führer der Sozialdemokratie und des Bolschewismus vernichten?“ Ein Mann wie Lueger, mit seinem fröhlichen Katholizismus, echtem Wienertum mit Witz und Humor wäre wünschenswert. Solch ein Diktator müsste auch den Anschlussgedanken „umbringen“ und die historische Idee „Groß-Österreich“ vertreten, die Monarchie der Habsburger. Bei der Heimwehrebewegung glaube er, solche Anzeichen zu erkennen.

Er glaube nicht, schrieb Redlich weiter, dass in Österreich der Bolschewismus möglich wäre, da der Österreicher - so wie der Rheinländer - ein „altdeutscher, keltisch versippter Mensch und Katholik“ sei. Bei den „halb litauischen und halb slawischen Preußen“ würde er dies für möglich halten.

Am Ende seines Briefes erklärte sich Redlich mit der Meinung Chlumeckys, die Austromarxisten in Wien würden eine schlechte und rigorose Politik betreiben, solidarisch. Nur Hugo Breitner habe in Wien dem Austromarxismus durch seine Frauen- und Kinderfürsorgepolitik Substanz gegeben. Die Christlichsozialen in Wien seien - ausgenommen Kunschak - dagegen sehr „dumm“.

Die Politik der Austromarxisten möge schlecht sein, aber das christliche Bürgertum, das Großbauerntum und der Adel hätten dagegen geistig auch nichts zuwege gebracht. Der Austromarxismus, aber auch der in Linz, Innsbruck und Vorarlberg betriebene Klerikalismus, müssten in gemäßigte Bahnen gelenkt werden, womöglich nach Schweizer Vorbild. „Ich habe Angst, dass diese Wirrsale geistiger Trägheit zu einem Bürgerkrieg führen“, so die Meinung Redlichs.⁴²⁴

Ob eines der politischen Ziele der Heimwehrebewegung die Wiedereinführung der Habsburgermonarchie gewesen war, so wie Redlich vermutete, darf bezweifelt werden. Die frühe Heimwehrebewegung in Österreich war zwar mit dem Monarchismus verbunden, die Frontkämpferversammlung wurde als „monarcho-faschistisch“ bezeichnet,⁴²⁵ doch ab Mitte der zwanziger Jahre orientierte sich die Heimwehr am italienischen Faschismus.

⁴²⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 14 Brief v.19.11.1929 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴²⁵ Winfried R. Garscha, Der Nationalsozialismus als Erscheinungsform des Faschismus in Österreich. In: Ardelt/Hautmann, Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich S. 130 f (=Europaverlag Wien 1990)

Ein Verfechter dieses Ansinnens war der päpstliche Nuntius Sibia. Diese Meinung vertrat der Times-Korrespondent Sir Eric Phipps. Er schrieb, dass der Nuntius kein Hehl aus seinen reaktionären Ansichten mache und die Republik für diesen nur eine verhasste Institution sei. Zu der Überzeugung gelangte Phipps, als der Nuntius bei seiner Gratulationsrede für den neuen Bundespräsidenten Miklas das Wort Republik sorgfältig vermieden habe.

Mit der Meinung, der Bolschewismus sei in Österreich nicht möglich, behielt Redlich recht. Anlässlich des zehnten Parteitages der Kommunistischen Partei Österreichs im Jahre 1929 schrieb Phipps: Die Partei ist so schwach und die Konflikte in ihrer Führungsebene so stark, dass es achtzehn Monate dauerte, ehe eine Konferenz bei den Kommunisten abgehalten werden konnte. Seit Anfang 1927, wo es in Wien sechzig Parteizellen mit 1.044 Mitgliedern gab, sank die Partei bis 1929 auf 34 Parteizellen mit 454 Mitgliedern.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale übe starken Druck auf die österreichischen Kommunisten aus, um sie auf bolschewistischen Kurs zu bringen, berichtete die Polizeidirektion Wien der britischen Gesandtschaft. Die Partei verliere aber immer mehr Rückhalt in der Arbeiterschaft. Ihre aggressiven Parolen nehme nicht einmal mehr die eigene Parteimitgliedschaft ernst.⁴²⁶

Der von Redlich erwähnte Wiener Finanzstadtrat Hugo Breitner teilte 1929 in einem Gespräch dem Times-Korrespondenten mit, es bedeute eine große Gefahr, dass die Heimwehr jegliches Übereinkommen ablehne. Finanziert und geleitet werde die Organisation von rechtsorientierten deutschen Industriellen wie Alfred Hugenberg, die kein Interesse an Österreich zeigten. Sie wollten die österreichischen Gewerkschaften vernichten, um für ihre deutschen Pläne Erfahrungen zu sammeln.

Offiziere der alten Armee zeigten großes Interesse an der Bewegung und sie seien entschlossen, so wie die italienischen Faschisten, sich öffentlicher Stellen zu bemächtigen. In einem Communiqué vom November 1929 wurde von den Heimwehrlführern angekündigt, dass es die zukünftigen Interessen von Nation und Staat erfordern würden, gegen jeden Versuch einer Entwaffnung der Heimwehrorganisation entschlossen Widerstand zu leisten, egal von welcher Seite dieser Versuch unternommen werde. Durch dieses Communiqué wurde Breitners Meinung bestätigt.⁴²⁷

Im Foreign Office bestand auch kein Zweifel, dass die Heimwehr von Mussolini heimlich unterstützt werde. Phipps berichtete, aus zuverlässiger Quelle erfahren zu haben, dass Maschinengewehre aus Italien über die Schweiz nach Österreich geschickt wurden. Gegen die von Mussolini unterstützte

⁴²⁶ F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen S. 118

⁴²⁷ Ebd. S. 112

Opposition der Heimwehrführer sei eine Politik der allgemeinen Enwaffnung aussichtslos, notierte man.⁴²⁸

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 21. Dezember 1929

Chlumecky schreibt in diesem Brief, dass die momentane Verfassung in Österreich keine Diktatur zulassen würde. Der Zwergstaat Österreich biete für Experimente faschistischer Regierungsformen keinen günstigen Boden. Dieser Meinung schließe sich auch Redlich an.⁴²⁹

Nach den Thesen Otto Bauers, denen auch Karl Renner bedingt folgte, war jedoch in Österreich der Nährboden für eine faschistische Regierungsform durchaus vorhanden. Demnach war für Bauer der Faschismus das Resultat von drei eng verflochtenen sozialen Prozessen:

Zunächst sorgen die deklassierten Kriegsveteranen des Ersten Weltkriegs, die noch immer an der Ideologie des Krieges hängen und in das zivile Leben nicht zurückfinden, für die Entstehung faschistischer Milizen und völkischer Wehrverbände.

Dazu komme, dass durch die Auswirkungen der bereits beginnenden Weltwirtschaftskrise große Teile des Kleinbürgertums und der Bauern verarmen, sich von den bürgerlichen Massenparteien abwenden und den faschistischen Verbänden anschließen.

Letztendlich mache sich das Kapital die faschistische Bewegung zunutze, um die Arbeiterklasse, die der Wiederherstellung ihrer gesunkenen Profite entgegenwirke, zu unterdrücken.⁴³⁰

Otto Bauer schrieb seine Hypothesen über die soziale Herkunft der Anhängerschaft des Faschismus erst im Jahre 1936, doch die Voraussetzung für seine Betrachtungen waren in Österreich bereits Ende 1929 durchaus vorhanden. Auch die von Chlumecky erwähnte Verfassung, die in Österreich keine Diktatur zulassen würde, war kein Hindernis. Engelbert Dollfuß nutzte bekanntlich am 4. März 1933 eine momentane Beschlussunfähigkeit des

⁴²⁸ F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen S.114

⁴²⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 15 Brief v. 21.12.1929 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴³⁰ Gerhard Botz, Arbeiterschaft und österreichische NSDAP-Mitglieder 1926-1945. In: Ardelt / Hautmann, Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich S. 30 f (=Europaverlag Wien 1990)

Nationalrates, um diesen staatsstreichartig auszuschalten und auf dem Wege von Notverordnungen eine autoritär- halbfaschistische Diktatur zu errichten

Weiters meinte Chlumecky im Brief vom 21. Dezember, er halte es nicht für ganz ausgeschlossen, dass man in Österreich den alt-österreichischen Gedanken an eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Ungarn, der Tschechoslowakei und Südslawien in moderner Form wiederbeleben wolle.⁴³¹

Diese Meinung Chlumeckys war unrealistisch, denn Österreich plagten Ende 1929 andere Sorgen. Die Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann und Österreich 1930 mit voller Stärke erreichte, brachte bereits tiefe wirtschaftliche Einschnitte. Die in aller Welt herrschende Absatzkrise führte zu gewaltigen Einschränkungen in einigen Industriezweigen. Times-Korrespondent Sir Eric Phipps schrieb Anfang 1930 nach London, dass die Arbeitslosenzahl Ende Jänner mit 273.000 auf „den höchsten je in Österreich registrierten Stand“ angestiegen sei.⁴³²

Von 1929 bis 1932 verminderte sich der Export um 65 Prozent, wobei die Eisen- und Stahlindustrie am stärksten betroffen war. Von 1928 bis 1933 verringerte sich die Produktion auf ein Siebentel. Hüttenberg in Kärnten stellte den Abbau bis zum Jahre 1935 völlig ein. Nur einer von den 1929 in betriebstehenden acht Hochöfen wurde nicht ausgeblasen. Ähnlich verhielt es sich bei den Siemens-Martin- und Elektroöfen. Erst Mitte der dreißiger Jahre trat durch Aufträge der deutschen Rüstungsindustrie Besserung ein.

Durch den Verlust des Absatzmarktes in den USA ging die Magnesiterzeugung, die 1929 noch vierzig Prozent der Weltproduktion betrug, auf fünfzehn Prozent der bisherigen Produktion zurück. Von der Krise geringer betroffen war der Kohlenbergbau.

Am schwersten wurde durch die Krise die Textilindustrie getroffen, die ihre Betriebe bis zur Hälfte schließen musste, wobei die Betriebe in Vorarlberg von der Krise weniger erfasst wurden als jene im Wiener Becken oder die Strick- und Wirkwarenindustrie in Oberösterreich.

Bessere Bedingungen wie in der Monarchie fand in der Republik als einziger Wirtschaftszweig die Landwirtschaft der Alpen- und Donauländer vor. Diese übernahm in der Republik die wichtige Rolle der Selbstversorgung. Während der Monarchie wurde die Landwirtschaft vom Großgrundbesitz Ungarns und Böhmens beherrscht.⁴³³

⁴³¹ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 15 Brief v. 21.12.1929 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴³² F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen S. 123

⁴³³ Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S. 111 f

Die Möglichkeit einer von Berlin ausgehenden Diktatur in Deutschland wurde zwischen Chlumecky und Redlich ebenfalls angedacht. In der Korrespondenz vom 21. Dezember 1929 und 14. Jänner 1930 wurde über eine solch eventuelle Konstellation diskutiert.

Chlumecky wunderte sich im Brief vom 21.12.1929 darüber, dass Redlich eine Diktatur in Deutschland für möglich hielt. Diese Diktatur müsste vom Geiste Ludendorffs durchtränkt sein, meinte Chlumecky, sonst könnte sie zu einem neuen Krieg und zum Zusammenbruch der europäischen Kultur führen.⁴³⁴

Weshalb Chlumecky den preußischen General und „Ersten Generalquartiermeister“ der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg als Kriegsverhinderer einstufte, ist verwunderlich. Ludendorff erzwang im Jänner 1917 den uneingeschränkten U-Bootkrieg, missachtete im Juli 1917 die Friedensresolution des Reichstages, beteiligte sich im November 1923 am Hitlerputsch, war maßgeblich an der Verbreitung der Dolchstoßlegende beteiligt und zählte zu den politischen Wegbereitern des Nationalsozialismus. Er wurde auch in der nationalistisch-antisemitisch „deutschvölkischen Bewegung“ politisch aktiv. Erich Ludendorff setzte nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Besonderen Verdächtigungen gegen die Freimaurer im Umlauf. Sämtliche überstaatliche Mächte, besonders Jesuiten, Freimaurer und Juden waren davon betroffen.⁴³⁵

Chlumecky verglich im Brief auch die Mentalität zwischen Italienern und Deutschen. In Italien müsse Mussolini die groß angekündigte Wiederherstellung des Großrömischen Reiches aufgrund noch nicht erschlossener enormer wirtschaftlicher Quellen nicht so schnell in die Tat umsetzen. Mit Verbesserung der Landwirtschaft, der Industrie und des Straßenbaues könne man in Deutschland nicht imponieren, da dies schon alles funktionell vorhanden sei. Eine Verbesserung dieser Zweige wäre in Deutschland weit weniger spürbar als in Italien.

Nach Chlumecky könnte eine Diktatur in Deutschland nur auf dem Boden des Revanchegedankens gedeihen, brächte höchstens die Abschüttelung des Versailler Vertrages, die Wiedervereinigung mit Elsass-Lothringen und die Einverleibung des polnischen Korridors. Er meinte auch, dass sich ein Diktator nur dann halten könne, wenn er sich um die völlige Wiederherstellung des wilhelminischen Deutschland bemühen würde.

So wenig mir die absonderlichen Formen der deutschen Demokratie gefallen, schrieb Chlumecky im Brief weiter, so hoffe ich, dass ein deutscher Mussolini noch lange auf sich warten lässt. Für Chlumecky brächte eine Diktatur in Deutschland die Umwälzung der gegenwärtigen europäischen Verhältnisse und

⁴³⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 7.15 Brief v. 21.12.1929 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G1808)

⁴³⁵ Caroline Klima, Das große Handbuch der Geheimgesellschaften S. 185 (=Ueberreuter Wien 2007)

würde zum furchtbarsten aller Kriege, „die die Weltgeschichte bisher erlebte“, führen. Mit dieser Prognose behielt Chlumecky leider recht.

Am Ende seines Briefes beklagte sich Chlumecky, dass ihm wegen der Aufnahme von Hypotheken auf österreichische Realitäten große Geldverluste drohten. Ein betrügerischer Anwalt habe ihn zu einer Fehlinvestition verleitet.

⁴³⁶

Brief von Redlich an Chlumecky

Wien, 14. Jänner 1930

Die Entgegnung auf Chlumeckys Brief vom 21. Dezember 1929, hinsichtlich einer Diktatur in Deutschland, erfolgte von Redlich am 14. Jänner 1930.

Trotz Ihrer Verwunderung halte ich daran fest, dass sich in Deutschland eine von Berlin ausgehende Diktatur bilden könnte, schrieb Redlich. Er könne sich nicht vorstellen, dass die deutsche Nation von Leuten wie Dr. Hilferding auf Dauer zu regieren wäre. Schon zu weit sei in der deutschen Demokratie die Zerfahrenheit, Würdelosigkeit und Kraftlosigkeit fortgeschritten. Er sei jedoch nicht der Meinung Chlumeckys, dass eine mögliche Diktatur in Deutschland höchstwahrscheinlich reaktionäre Züge tragen werde. Diese Art Politik fände in Deutschland keinen Boden, zu sehen am Beispiel Hugenberg. Er könne sich jedoch eine demokratisch gesinnte Diktatur vorstellen, die dem Land den völligen Verfall ihrer Finanzwirtschaft erspart. Schuld an der Misere seien die regierenden Parteien in Verbindung mit den „philisterhaften regulären Sozialisten“, schrieb Redlich weiter. Der größte Feind Deutschlands sei der Hochmut, in den die ganze Nation hineingeredet wurde. Zuerst durch Wilhelm II. und die rheinisch-westfälische Großindustrie, jetzt aber durch alle Mittelparteien und deren Führer, die das beste Erbe der Nation - den deutschen Geist und die Reste deutscher Anständigkeit - zum Verschwinden brächten. Die wilhelminische Ära, wie sie die Völkischen und Hugenberg vertreten, sei nicht mehr gefährlich, aber die Mittelparteien und die Sozialdemokraten sehr wohl. Irgendwer wird sich finden, der mit dieser „Schwindelpolitik“ - auch mit der von Stresemann - aufräumte. Der „Young-Plan“ werde in Deutschland scheitern, denn das Land zahle niemals zwei Milliarden Goldmark jährlich aus seinen Exportüberschüssen an Reparationen, schrieb Redlich.⁴³⁷

⁴³⁶ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 15 Brief vom 21.12.1929 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

⁴³⁷ Ebd. Q2 7.16 Brief vom 14.1.1930

In der Kritik an Hilferding zeigt Redlich seine Abneigung gegen Sozialdemokraten, doch Hilferding bemühte sich sehr, die große Koalition zu retten. Der Reichsfinanzminister, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und bedeutende Theoretiker des Austromarxismus, erstellte im Dezember 1929 ein Finanzprogramm, bei dem die Steuerreform der wichtigste Teil war. Wegen der Kapitalflucht sollten Einkommen- und Vermögensteuer zur Entlastung der Wirtschaft und der oberen Einkommen gesenkt werden. Andererseits sollte für die unteren Einkommen das Existenzminimum hinaufgesetzt werden. Die infolge der Steuersenkungen eintretenden Einnahmeausfälle wollte Hilferding durch Einsparungen aus dem Young-Plan und durch Erhöhung der Verbrauchersteuern egalalisieren.⁴³⁸

Der Young-Plan, der auf der zweiten Haager Konferenz am 20.1.1930 endgültig angenommen wurde und den Dawes-Plan ablöste, sah einen neuen Reparationszahlungsplan vor. Er entstand aus den Befürchtungen Frankreichs und Großbritanniens, Deutschland könnte in Zukunft seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen.

Der kritische Punkt von Hilferdings Finanzreform war die vorweg für fünf Jahre festgelegte Steuersenkung. Da 1930 das Geld für eine spürbare Steuererleichterung nicht vorhanden war, wurde diese Maßnahme notwendig. Trotz des Risikos einer wirtschaftlichen Rezession, in der sich Deutschland befand - mit fallenden Einnahmen und steigenden Sozialausgaben -, entschloss sich Hilferding zu dieser Finanzpolitik, um der Wirtschaft Auftrieb zu geben. Obwohl es von ihm ein Zugeständnis an Wirtschaft und Vermögende war, das ihm politisch widerstrebte, und es dafür vom links stehenden SPD-Flügel Kritik gab, war aus politischer Sicht die Steuersenkung wichtig, um die nach rechts drängende Volkspartei in der Koalition zu halten. Bei einem Scheitern dieser großen Koalition drohte der Verlust einer parlamentarischen Regierung.⁴³⁹

Um für 1930 sein Finanzprogramm durchführen zu können, wollte Hilferding mit den finanziellen Erleichterungen des Young-Plans alle bestehenden Fehlbeträge des Vorjahres abdecken. Die anfangs 1929 für das laufende Jahr errechneten Fehlbeträge hatten sich bis Jahresende jedoch durch konjunkturell bedingte Einnahmerückgänge mehr als verdoppelt. Dadurch wurden die Erleichterungen des Young-Plans zur Gänze aufgebraucht, so dass nicht nur die Reparationserleichterungen für das Jahr 1929, sondern auch Teile der Einsparungen für 1930 nicht mehr zur Verfügung standen. Trotz Wissens eines defizitären Haushalts entschied sich Hilferding - aus schon erwähnten Gründen

⁴³⁸ Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition S. 89 f

⁴³⁹ Ebd. S. 90 f

- für die Steuersenkung, die aber durch Schachts finanzpolitischen Forderungen vorerst verhindert wurde.

Nicht nur die bedenkliche Haushaltslage, sondern auch die Länder und Gemeinden, die durch ihre großzügige Ausgabenpolitik erhebliche Fehlbeträge erwirtschafteten, stellten die Finanzreform in Frage. Die Arbeitslosigkeit stieg seit Herbst 1929 stark an und die Dauererwerbslosen in den großen Industriestädten belasteten mit ihren Familien die kommunale Wohlfahrtspflege.

Das Finanzprogramm, das bei Inkraftsetzung in den Jahren 1927/28 vermutlich als ein bedeutendes Reformwerk der Weimarer Republik bezeichnet worden wäre, war jedoch im Dezember 1929 überholt und brachte keine Lösung der aktuellen Schwierigkeiten. Die einsetzende Wirtschaftskrise entzog dem Young-Plan die von Hilferding erwartete Hilfestellung.⁴⁴⁰

Der Finanzreformplan war schon seit längerem ausgearbeitet, wurde jedoch vom Reichsfinanzministerium für einige Zeit ad acta gelegt. Er sollte erst nach der Inkraftsetzung des Young-Plans veröffentlicht werden. Mit dieser Aktion sollte klargestellt werden, wie die durch den Young-Plan - der zur ermäßigten Reparationsleistung führte - freiwerdenden Etatbeträge Verwendung finden würden. Hilferding wollte damit der Regierung Müller, die nur unter großen Vorbehalten zustande gekommen war, eine feste Grundlage geben.

Unter dem Druck der scharfen Angriffe des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht und der Medien sah sich jedoch die Reichsregierung gezwungen, am 9. Dezember das Finanzprogramm vorzeitig zu veröffentlichen.⁴⁴¹

Auch nach der Annahme des Young-Plans konnte das Kabinett Müller - obwohl sehr bemüht - zu Schacht kein gutes Verhältnis aufbauen. Dieser wollte sich in seiner Finanzpolitik weder vom Young-Plan - den er ablehnte - noch von ausländischen Krediten abhängig machen. Im Gegensatz dazu richtete Hilferding seine Finanzreform ganz auf die Annahme des Youngplans aus. Die schwebenden Schulden wollte er mit einer weiteren Auslandsanleihe von einer amerikanischen Bankfirma konsolidieren. Bei den Verhandlungen im August/September 1929 wurde vom Reichsfinanzminister die Reichsbank übergangen. Daraufhin ging Schacht mit seiner Beschwerde an die Öffentlichkeit und die Reparationsagenten forderten mehr Finanzkontrolle. Diese Interventionen zwangen Hilferding, den Auslandsanleiheplan im Oktober/November aufzugeben.⁴⁴²

⁴⁴⁰ Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition S. 93 f

⁴⁴¹ Ebd. S. 86 f

⁴⁴² Ebd. S. 95 ff

Schacht, der aus Protest gegen die zunehmende Auslandsverschuldung und wegen der Politik der Reichsregierung im März 1930 zurücktrat, unterstützte später die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

Reichskanzler Müller stellte im Dezember 1929 das Finanzprogramm dem Parlament zur Abstimmung, das dann letztlich unter großen Einwänden - auch von SPD-Seite - angenommen wurde. Mit dem Vertrauensvotum erreichte die Regierung Müller den politischen Zweck des Finanzprogramms, die Sicherung der parlamentarischen Basis.

Die Aufnahme eines Überbrückungskredites, der zur Sanierung des Staatshaushaltes wichtig gewesen wäre, wurde wieder von Schacht mit Hilfe der Reparationsagenten, so wie im Falle der Auslandsanleihe im Oktober, verhindert. Daraufhin musste Reichskanzler Müller den Forderungen des Reichsbankpräsidenten nachkommen, die Schuldentilgung ausgestalten und die Steuersenkung verschieben. Nach dieser Niederlage musste sich die Reichsregierung der Finanzkontrolle durch die Reichsbank unterwerfen.

Wegen des Unmuts über die politische Niederlage mussten „der klügste Reichsfinanzminister und der beste Verwaltungsbeamte, die je das deutsche Finanzministerium hatte“ am 21. Dezember 1929 zurücktreten.⁴⁴³

Josef Redlich behielt zu guter Letzt mit der im Brief vom 14.1.1930 geübten Kritik an Hilferding recht, denn der anerkannte Finanztheoretiker scheiterte mit seiner Finanzreform und mit ihm auch wenig später die Regierung Müller.

Ebenso recht behielt Redlich darüber, dass der Young-Plan in Deutschland scheitern werde, denn die Reparationsschuld wurde nach Vereinbarung von Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges auf der Konferenz von Lausanne am 9.7.1932 durch eine einmalige Abfindungssumme von drei Milliarden Reichsmark in Gestalt von Schuldverschreibungen abgelöst.⁴⁴⁴

Redlich lag auch mit seiner Vermutung richtig, dass sich in Deutschland eine von Berlin ausgehende Diktatur bilden könnte. Dagegen erwies sich seine Meinung darüber, dass sich in Deutschland für eine Diktatur mit nationalistisch reaktionären Zügen kein Boden finden werde, leider als falsch.

Darin eingeschlossen ist der nach seiner Meinung für die Demokratie ungefährliche Alfred Hugenberg, der noch in der folgenden Korrespondenz Erwähnung finden wird.

Nach dem Sturz der Regierung Müller wurde im März 1930 Heinrich Brüning Reichskanzler. Mit der Regierung Brüning erfolgte in Deutschland eine Abkehr von parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen. Gestützt auf die

⁴⁴³ Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition S. 102-106

⁴⁴⁴ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917 - 1947 S. 90 f

Mittelparteien und unter Duldung der SPD, regierte Brüning mittels Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten. Auch außenpolitisch erfolgte unter Brüning ein politischer Wandel, denn der ohnehin vorhandene Revisionskurs wurde beschleunigt. Die Steigerung des Revisionstempos, die Deutschland auch militärisch zur gleichberechtigten Großmacht machen sollte, erfolgte nicht erst seit 1933 unter Hitler, sondern auch schon 1930 durch die Präsidentialregierungen der Weimarer Republik. Auch den erst vor kurzem angenommenen Young-Plan wollte man torpedieren und in Südosteuropa zur wirtschaftlichen Führungsmacht werden. Die von Frankreich verhinderte deutsch-österreichische Zollunion hätte das Versailler System mittels Kraft der Wirtschaft ein Stück weiter ausgehebelt.⁴⁴⁵

Die Regierung Brüning folgte in vielen Punkten auf dem Gebiet der Finanzen Hilferdings Reformpolitik vom Dezember 1929. Der Unterschied zu Hilferding war, dass dieser eine Finanzsanierung um jeden Preis, wie sie unter Brünings Deflationspolitik, die die Wählermassen zur NSDAP und auch zur KPD trieb, betrieben wurde, ablehnte. Hilferding nahm das Risiko eines vorübergehenden Haushaltsdefizites durch Steuersenkungen in Kauf, um die Wirtschaft neu anzukurbeln mit dem Ziel, die parlamentarische Demokratie zu erhalten. Daran scheiterte er. Dagegen wollte Brüning mit Hilfe des Reichspräsidenten, der Reichswehr, den Rechtsparteien bis hin zur NSDAP sein Ziel erreichen, nämlich die Revision des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung der konstitutionellen Monarchie. Hindenburg sah sich dadurch seiner Hoffnung auf einen Rechtskurs Brünings beraubt und entließ ihn im Mai 1932. Damit wurde das Ende der Weimarer Republik eingeleitet. Wenig später erfolgte die „autoritäre Umwandlung der Demokratie“.⁴⁴⁶

Weiters schrieb Redlich im Brief vom 14. Jänner 1930, dass sich in Österreich die Wirtschaftsverhältnisse auf das Traurigste gesteigert hätten und kein „ehrlicher Mann“ hier seine Familie mehr ernähren könne. Sieghart sei Österreichs „geschmacklosester Schwindler“, dessen Meisterleistung die unter seiner Leitung mit jüdischem Geld für Seipel gegründete Heimwehr war. Seipel und Sieghart seien „die reifsten Blüten, die aus dem österreichisch-republikanischen Sumpfboden hervorgekommen sind“, schrieb Redlich. Diese Leute würden in Österreich auch weitermachen, denn die Bevölkerung besitze nicht die Fähigkeit, sich anständige Führer zu wählen, obwohl sie besser seien als diese. Redlich beendete den Brief mit dem Zitat: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selbst“.⁴⁴⁷

⁴⁴⁵ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917 - 1947 S. 90

⁴⁴⁶ Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition S. 143 f

⁴⁴⁷ Nachlass Chlumecky, Q2 7.16 Brief vom 14.1.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

Der von Redlich kritisierte Dr. Rudolf Sieghart wurde 1910 von Kaiser Franz Joseph, gegen den Widerstand Franz Ferdinands, zum Gouverneur der Boden-Credit-Anstalt bestellt, 1916 auf Befehl Kaiser Karls zur Demission gezwungen, jedoch 1919 vom Verwaltungsrat erneut an die Spitze des Instituts berufen. Als Prominenter des österreichischen Wirtschaftslebens verstand es Sieghart die Presse gezielt einzusetzen. Durch Beherrschung der zum Steyermühlkonzern gehörenden Gazetten - „Neues Wiener Tagblatt“, „Volks-Zeitung“ und „Sport-Tagblatt“ - unterstützte er die Heimwehren und die Christlichsozialen. Sieghart überschätzte als Bankier nach dem verlorenen Krieg die Möglichkeiten des nun zum Kleinstaat gewordenen Österreich, indem er die Geschäfte in den Nachfolgestaaten forcierte. 1927 erfolgten trotz Wirtschaftskrise von der Boden-Credit-Anstalt Bankenübernahmen. Das zusätzlich erhöhte industrielle Engagement trieb die Bank in die Zahlungsunfähigkeit. Nachdem 1933 von der Bundesregierung Siegharts Geschäftsgebarung auf Schadenswiedergutmachung überprüft wurde, demissionierte dieser und zog sich ins Privatleben zurück.⁴⁴⁸

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 28. Jänner 1930

Darin bekräftigte Chlumecky Redlich in dessen Zweifel, dass Deutschland jährlich zwei Milliarden Goldmark zahlen würde. Doch nach Dawes- und Young-Plan würden zur Entlastung der deutschen Reparationszahlung weitere Pläne folgen. Die französische Regierung glaube dies sicherlich auch, aber das Volk lasse man darüber in Unkenntnis, schrieb Chlumecky weiter. Beim Friedensschluss habe es außer Deutschland und Österreich nur einen einzig wirklich Besiegten gegeben, nämlich Frankreich.

Chlumecky teilte die Meinung Redlichs über die deutsche Politik nicht. Die aggressiven Parolen Hugenbergs könnten beim Volk doch einmal Anklang finden, trotz Ablehnung seines „Begehrens“. Der gesamte sozialistische Machtapparat werde dafür aufgewendet, um „Narren wie Hugenberg“ in Minorität zu halten. Nach dem Bericht der „Züricher Zeitung“ gebe es zu denken, dass sechs Millionen Deutsche diesen „verbrecherischen Plan“ Hugenbergs zustimmten, schrieb er weiter.⁴⁴⁹

⁴⁴⁸ Österreichisches Biographisches Lexikon, 1815-1950 S. 239 (= Verlag d. Österr. Akademie der Wissensch.)

⁴⁴⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 7.17 Brief vom 28.1.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

Alfred Hugenberg führte die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), bei der er zwischen 1928 und 1933 Vorsitzender war, zur Zusammenarbeit mit anderen republikfeindlichen Rechtskräften. Mit dem Aufbau des Hugenbergkonzerns - eine Mediengruppe - schuf er sich eine beherrschende Stellung in den deutschen Medien.⁴⁵⁰

Der alldeutsche Großindustrielle verstand es, die DNVP von seinen ökonomischen und publizistischen Machtmitteln abhängig zu machen. Nach der Wahlniederlage von 1928 eröffnete Hugenberg den Kampf gegen die alte konservative Führung der Partei unter Westarp.⁴⁵¹

Mit Hugenbergs Machtübernahme machte die DNVP einen rechtsradikalen Schwenk. Die nach der Wahl von 1928 - endete mit einem Wahlsieg der SPD - zur Splitterpartei abgemagerte DNVP wurde durch ihre demagogischen Parolen ein einflussreicher Partner des Rechtsblocks. Der Hugenberg-Flügel führte eine aggressive Diskussion um den Youngplan, bei der sich Hugenberg gegen Hindenburg aber ganz im Sinne Hitlers durchsetzte. In Partnerschaft mit der NSDAP, Stahlhelm und Alldeutschen wurde von der DNVP ein Volksbegehren gegen den Youngplan eingeleitet. Zudem wurde ein „Freiheitsgesetz“ formuliert, in dem für all jene, die der Annahme des Youngplans zugestimmt hatten, die Bestrafung als Landesverräter gefordert wurde. In diesem Volksbegehren stand Hitler gleichberechtigt neben Hugenberg. Dadurch erreichte Adolf Hitler „Salonfähigkeit und politisches Gewicht“, ohne dass sich dabei die von der nationalsozialistischen Propaganda betriebene Hetze gegen Stahlhelm und DNVP abschwächte.⁴⁵²

Chlumeckys Befürchtungen, dass die Pläne Hugenbergs doch einmal im Volk Anklang finden könnten, erwiesen sich als richtig. Die parlamentarische Republik hielt dem Ansturm politisch-ideologischer rechtsradikaler Kräfte, unter der Belastung sozio-ökonomischer Krisen, nicht stand.⁴⁵³

Wie schon erwähnt, vollzog Hindenburg nach dem Sturz der großen Koalition, mit Brüning als Reichskanzler, den Übergang zum Präsidialregime. Danach versuchte er nur mit rechts von der SPD stehenden Kabinetten zu regieren. Nach der Entlassung Brünings folgten von Juli bis November 1932 und danach bis Jänner 1933 Kabinette mit F. von Papen und General Schleicher.

Schleicher warnte Hindenburg 1933 vor einem Diktaturkabinett unter F. von Papen und bat gleichzeitig um Vollmacht zur Auflösung des Reichstags.

⁴⁵⁰ Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 10 S. 285 (=Mannheim 19. Auflage 1989)

⁴⁵¹ K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik S. 277 (=Athenäum/Droste Düsseldorf 1978)

⁴⁵² Ebd. S. 282 f

⁴⁵³ Ebd. S. XX

Schleicher rechnete mit einem Kabinett Papen-Hugenberg. Papen setzte jedoch auf Hitler.

Nachdem seine Forderungen vom Reichspräsidenten abgelehnt wurden, erklärte Schleicher am 28. Jänner 1933 seinen Rücktritt. Danach folgten längere Gespräche zwischen Hindenburg und Papen, wobei der Reichspräsident Papen den Auftrag zur Klärung der politischen Lage gab. Infolge schlug Papen die Bildung einer Rechtsregierung unter Hitler als die einzig verfassungsrechtliche Lösung vor. Hindenburg zögerte vorerst den Vorschlag Papens anzunehmen, aber nachdem einflussreiche Personen und Gruppen aus Großindustrie und Finanz sich einerseits für Hitler einsetzten und andererseits gegen Schleicher intervenierten, vollzog Hindenburg einen Meinungsschwenk.⁴⁵⁴

Hitler und die NSDAP wurden unterschätzt. Die Bewegung nützte die Krise der Wirtschaftsdepression mit anschwellender Massenarbeitslosigkeit und trug mittels rechtsradikaler Parolen denn in der Bevölkerung aufkommenden Wunsch Rechnung, alle Dinge zu ändern und zu verbessern.

Hitler lernte nach seinem Putschversuch vom 8. und 9. November 1923, der am „obrigkeitgläubigen Bürger- und Beamtentum“ scheiterte. An Stelle eines Putsches nützte er die ihm von Hindenburg gegebenen Möglichkeiten zur legalen Machtergreifung. Mit der Ernennung zum Reichskanzler am 30. Jänner 1933 und dem Recht zur Auflösung des Reichstags schaffte Hitler die Basis zur nationalsozialistischen Alleinherrschaft.

Nicht demokratisch abgehaltene Wahlen, bei denen die NSDAP nie viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung an sich ziehen konnte, sondern eine Reihe von Fehlentscheidungen brachten Hitler an die Macht. Nachdem zuletzt die demokratischen Kräfte gegenüber Nationalsozialisten und Kommunisten in die Minderheit gerieten, standen Hitler nach 1933 dann doch die führenden deutschen Schichten zur Seite. Die zusammenwirkenden Kräfte der deutschen wie der europäischen Staatsentwicklung nach dem Ersten Weltkrieg erleichterten die nationalsozialistische Machtergreifung.⁴⁵⁵

Weiters schrieb Chlumecky im Brief vom 28. Jänner 1930, dass Kanzler Schobers Reise nach Rom eine weitere Rechtsorientierung Österreichs erkennen lasse. Es deute alles darauf hin, dass die Heimwehrbewegung faschistisch durchtränkt sei. Schweizer Zeitungen schrieben, Ignaz Seipel würde gegen Schober immer stärker in Opposition treten. Seipels Spiel sei ihm undurchsichtig, schrieb Chlumecky weiter. Als Priester könne er nicht an die

⁴⁵⁴ K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik S. 627 f

⁴⁵⁵ K. D. Bracher, Die deutsche Diktatur S. 51 f (=Verlag Ullstein Frankfurt/M. 1979)

Spitze einer Diktatur treten. Wer wäre dazu bei den Christlichsozialen überhaupt dazu geeignet, etwa Anton Rintelen? ⁴⁵⁶

Obwohl Ignaz Seipel nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler und Obmann der Christlichsozialen eine Verfassungsreform nach ständestaatlichem Muster forderte, trat er als Diktator nicht in Erscheinung. Anton Rintelen, der von Chlumecky für diese Funktion ebenfalls erwähnt wurde, brachte es in Österreich nur zum Amte eines Ministers für Unterricht. Der Professor für Zivilprozessrecht beteiligte sich jedoch an den Vorbereitungen des nationalsozialistischen Juliputsches von 1934 gegen Bundeskanzler Dollfuss.

Nach Seipels Rücktritt wurde im Mai 1929 sein Parteigänger und einstige Generalstabsoffizier der k. u. k. Armee Ernst Streeruwitz Bundeskanzler. Der sich von der Heimwehr distanzierende Streeruwitz, der parlamentarischen Erfolg aufzuweisen hatte, musste nach einigen Monaten einwandfreier Amtsführung, vermutlich unter Mitwirkung von Seipel und Schober, am 25. September 1929 zurücktreten. Danach konnte sich der von Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbündlern unterstützte Schober als Bundeskanzler ein Jahr halten. Mit dem Gesetz zum Schutz der Arbeits- und Versammlungsfreiheit und einer Verfassungsreform, wobei der Bundespräsident mehr Rechte erhielt und von nun an durch das Volk gewählt werden sollte, errang Schober zwei wichtige innenpolitische Erfolge. Die durch Schobers Politik enttäuschten Heimwehren legten sich mit dem „Korneuburger Eid“ vom 18. Mai 1930, der eine robuste Absage an den Parlamentarismus und eine Ankündigung der Machtergreifung enthielt, ausdrücklich auf ein faschistisches Programm fest. Schon am 16. Juli 1929 hatte sich Seipel in einer Rede an der Universität Tübingen über die Schwächen des parlamentarischen Parteienstaates ausgesprochen. ⁴⁵⁷

Die von Chlumecky erwähnte Rom-Reise von Johannes Schober fand im Dezember 1929 statt. Vom neuen Bundeskanzler erhoffte sich die auf Entwaffnung der Wehrverbände drängende britische Regierung, dass dieser diesbezüglich erfolgreich tätig sein werde.

„Es gibt eine großartige Gelegenheit für die Entwaffnung der österreichischen illegalen Organisationen“, meldete im November der Times-Korrespondent Sir Eric Phipps nach London. Der österreichische Gesandte in Washington wurde aus New York informiert, einer österreichischen Anleihe stünde nichts im Wege, wenn sich die politische Lage im Land stabilisiere. Dazu meinte der Times-Korrespondent, Wall Street und London City sollten Bundeskanzler Schober darüber aufklären, dass erst nach erfolgter Entwaffnung der

⁴⁵⁶ Nachlass Chlumecky, Q2 7.17 Brief vom 28.1.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴⁵⁷ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 507 f

Wehrverbände eine Anleihe für Österreich gezeichnet werden würde. Kurze Zeit später berichtete Phipps noch London, dass Schober im Dezember zu Mussolini nach Rom reisen werde. Er wolle sich die Unterstützung Mussolinis für die Anleihe sichern, begündete Schober die Rom-Reise gegenüber einem Freund von Phipps. Der Times-Korrespondent meinte aber, Mussolini werde höchstwahrscheinlich nur nach einem Versprechen Schobers, die Heimwehren nicht zu entwaffnen, der Anleihe zustimmen.⁴⁵⁸

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 10. März 1930

In diesem Brief gratulierte Chlumecky Josef Redlich zu dessen Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Wien. Leider, so Chlumecky, musste Redlich diese Ehrung von einem Austromarxisten entgegennehmen. Weiters schrieb Chlumecky, dass der Widerwille gegen den Parlamentarismus in Frankreich ansteige. Er habe den Eindruck, die französische Demokratie gerate immer mehr ins „Schlepptau des Freimaurertums“.⁴⁵⁹

Welcher Personenkreis Frankreichs von Chlumecky im Brief als „Freimaurertum“ bezeichnet wurde, bleibt ungelöst. Wenn man über Geheimgesellschaften spricht, ist man auf Vermutungen angewiesen, da es zum Wesen dieser Organisationen gehört, nichts von ihrer Taktik an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Der von Chlumecky erwähnte ansteigende „Widerwille gegen den Parlamentarismus“ hatte als Ursache, dass die Lösung der wirtschaftlichen Probleme und der damit zusammenhängende oftmalige Regierungswechsel die gemäßigten bürgerlichen Kräfte in Frankreich spaltete. Dies begünstigte das Anwachsen des Rechts- und Linksradikalismus.⁴⁶⁰

Im Brief vom 10. März stellte Chlumecky an Redlich die Frage, ob es den Tatsachen entspreche, dass es in den USA mit der Demokratie schlecht bestellt sei. In letzter Zeit erschienen in französischen, schweizer und österreichischen Zeitungen viele Artikel über die Vereinigten Staaten. Die dortigen Zustände erscheinen auch in keinem günstigen Licht, schrieb Chlumecky. Die

⁴⁵⁸ F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen S. 113 f

⁴⁵⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 7.18 Brief vom 10.3.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴⁶⁰ Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 7 S. 553 (=Mannheim 19. Auflage 1988)

amerikanische Demokratie werde sich danach allmählich in eine Plutokratie umwandeln, „die rücksichtslos mit Verbrechern und Banditen Hand in Hand geht“. Abschließend beklagte Chlumecky Vermögensverluste, die ihm einen längeren Erholungsaufenthalt im Cottage Sanatorium unmöglich machen würden.⁴⁶¹

Chlumecky hielt in seinem Brief vom 11. April 1930 fest, dass ihm von Redlich dessen Ansicht über die USA übermittelte wurde. Dabei fand Chlumecky seine Ansicht bestätigt, dass jede Demokratie letzten Endes zur Plutokratie führe.⁴⁶² Leider ist dieses Antwortschreiben Redlichs im „Nachlass Chlumecky“ nicht vorhanden.

Die von Chlumecky beschriebenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, die in den USA zu dieser Zeit vorherrschten, gingen mit der Prohibition Hand in Hand. Sie galt aufgrund des 18. Verfassungszusatzes von 1919/20 für die gesamte USA und erhielt wesentliche Impulse aus den Ressentiments der protestantischen Mittelklasse gegen die katholischen Einwanderer. Das Alkoholverbot, das bis 1933 wirksam war, wurde vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise aus fiskalischen Gründen aufgehoben.⁴⁶³

Als Vorwände für die Einführung wurden genannt: die Volksgesundheit, die öffentliche Moral und die Volkswirtschaft. Für die drei genannten Gründe brachte die Prohibition keine Hilfe. Sie erwies sich im Gegenteil sogar als kontraproduktiv. Im Falle der Volksgesundheit beweisen die amtlichen Ziffern ein enormes Ansteigen der Sterbefälle durch Alkoholvergiftungen.

Im Falle der öffentlichen Moral sprechen die Zahlen von Millionen Verurteilungen wegen Alkoholangelegenheiten, von enormen Zunahmen bei Bandenwesen sowie Bestechungen von Richtern, Beamten und Polizisten.

Die Volkswirtschaft wurde durch die unerhörten Kosten für den Prohibitionsdienst schwer belastet. Der „Aufwand an Kanonen und Schiffen, an Richtern und Kriminalbeamten, Gefängnissen und Zollbehörden, Spitzel und Polizisten“ stand dem vor der Prohibition bedeutenden Gewinnen des Staates durch Alkoholbesteuerung negativ gegenüber.⁴⁶⁴

Schon 1931 war selbst den größten Eiferern klar, dass das Alkoholverbot weder der Volksgesundheit, noch der öffentlichen Moral und der Volkswirtschaft von Nutzen war. Trotzdem konnte es nicht so rasch aufgehoben werden, da das Gesetz über Prohibition in die Verfassung aufgenommen wurde und nur vom Kongress, dessen Mitglieder größtenteils den Anti-Alkohol-Organisationen geldlich verpflichtet waren, aufgehoben werden konnte. Das größte Interesse

⁴⁶¹ Nachlass Chlumecky, Q2 7.18 Brief vom 10.3.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴⁶² Ebd. Q2 7.19 Brief vom 11.4.1930

⁴⁶³ Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 17 S. 526 (=Mannheim 19. Auflage 1992)

⁴⁶⁴ Eli Rubin, Prohibition. Das amerikanische Alkoholverbot S.44 f (=Dt. Volksschriften Nr. 2 Wien 1931)

am Weiterbestehen der Prohibition hatte die Unterwelt. Weite Kreise der Richterschaft sowie Polizei- Zoll- und Prohibitionsbeamte waren Empfänger enormer Bestechungsgelder. Al Capones und Jack Diamonds mächtige Bandenkonzerne übernahmen das „Protektorat“ über die Aufteilung des Alkohols, der von skrupellosen Geheimbrennern erzeugt wurde. Anstelle der Verbotseiferer mit deren Anhängerschaft, der „Warenhausbesitzer, Limonadenfabrikanten und protestantischen Kirchenführer“ traten Banditen, Schmuggler und Bombenwerfer.⁴⁶⁵

Das Alkoholverbot in den USA verursachte die von Chlumecky erwähnte Umwandlung von Demokratie in Plutokratie.

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 11. April 1930

Frankreich will den Anschluss Österreichs an Deutschland verhindern und hat nicht das geringste Verständnis für unsere Bedürfnisse. Die Franzosen kennen weder geografische noch ökonomische Bedingungen Österreichs. Das Sonderbare ist, dass sie einerseits den Anschluss „perhorreszieren“, andererseits von jedem Österreicher, der irgendwie künstlerisch hervorgegangen ist, immer nur von „allemand“ sprechen. Hofmannsthal, Grillparzer, Schubert, Strauß und Beethoven, alle diese gelten in Paris als „reichsdeutsch“. Zwischen deutscher und österreichischer Kultur wird nicht differenziert, schrieb Chlumecky im Brief an Redlich.⁴⁶⁶

Durch die im Nachlass vorhandene Korrespondenz ist ersichtlich, dass sich Chlumecky, mit einigen Unterbrechungen, von 1928 bis 1934 oftmals in Frankreich aufhielt. Daher sollte er in der Lage gewesen sein, das Allgemeinwissen der Franzosen über Österreich zu beurteilen.

In Rom kann man sich viel besser auf Österreichs Eigenart einstellen, schrieb er im Brief vom 11. April 1930 weiter. Ich warnte zehn Jahre vor der italienischen Gefahr und sah den Dolchstoß, den uns Italien versetzte, voraus. Es fällt mir aus diesem Grunde nicht leicht umzulernen. Ich sehe jedoch, dass wir in Österreich in nächster Zeit weder auf eine der beiden Westmächte, noch auf Jugoslawien oder Tschechoslowakei rechnen können. Italien, Griechenland und Rumänien sind die Einzigen, die wenigsten im Augenblick für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Österreich Interesse zeigen.⁴⁶⁷

⁴⁶⁵ Eli Rubin, Prohibition. Das amerikanische Alkoholverbot S. 74 ff

⁴⁶⁶ Nachlass Chlumecky, Q2 7.19 Brief vom 11.4.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴⁶⁷ Nachlass Chlumecky, Q2 7.19 Brief vom 11.4.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

Der österreichische Außenhandel unterlag in der Ersten Republik erheblichen Schwankungen. Der Überschuss an Einfuhrgütern war bis 1929 hoch. Erst ab 1931 verbesserte sich langsam das Außenhandelspassivum. Bis 1927 stand die Tschechoslowakei an der Spitze der Einfuhrländer, danach war es Deutschland. Für den österreichischen Export stand Deutschland immer an erster Stelle, gefolgt von der Tschechoslowakei, die aber später hinter Ungarn, Italien und Polen zurückfiel.⁴⁶⁸

Die plötzliche Sympathie Chlumeckys für Italien beruhte vermutlich nicht in den guten Handelsbeziehungen mit Österreich. Viel eher ist sie bei dem seit 1922 zur Macht gekommenen Mussolini zu suchen, der in Italien nicht nur die antifaschistischen Parteien ausschaltete, sondern auch die unzufriedene sozialistische Arbeiterschaft und die Gewerkschaften. Eine der Haupttrichtlinien der „Fasci di Combattimento“ lautete: „Widerstand und Opposition gegen die theoretische und praktische Entartung des politisierenden Sozialismus“.⁴⁶⁹

Mussolini wollte auch in Österreich Einfluss gewinnen. Bezeichnend dafür sein Brief vom 1. Juli 1933, in dem er Dollfuß aufforderte, gegen die Sozialdemokratische Partei weniger Nachsicht zu üben, ansonsten die Gefahr bestünde, dass „den Nazi die Waffe des Antimarxismus in die Hand gegeben“ werde und sie sich als Retter der Situation erklären könnten. Der Duce hatte auch den Wunsch, dass die Heimwehr in die Regierung aufgenommen werde.⁴⁷⁰

Die Heimwehren bekannten sich durch den „Korneuburger Eid“ vom Mai 1930 zum faschistischen System, wobei sie sich vom demokratischen Parlamentarismus und vom Parteienstaat verabschiedeten.⁴⁷¹

Weiters schrieb Chlumecky im Brief vom 11. April 1930, er hoffe, Redlich werde nicht in den immer stärker werdenden franco-italienischen Konflikt hineingezogen. Vorerst fürchte er, die „Londoner Konferenz“ werde ein Wettrüsten zwischen den beiden Mittelmeermächten nicht verhindern, sondern erst recht herbeiführen. Italien werde dabei früher der Atem ausgehen. Er glaube nicht, dass Mussolini an eine territorial expansive Politik denke, denn er habe mit innerer Konsolidierung zu tun, Landwirtschaft und Ackerbau. Dies würde sich erst dann aufdrängen, wenn die Flottenrüstung das italienische Budget zu sehr belaste. Österreich habe sich bis zu diesem Zeitpunkt

⁴⁶⁸ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S.569 f

⁴⁶⁹ Gerhard Botz, Die historische Erscheinungsform des Faschismus S. 61

⁴⁷⁰ Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S. 53

⁴⁷¹ Ebd. S. 39

hoffentlich wirtschaftlich so weit erholt, dass es von Italien nicht ins Schlepptau genommen werden könne.

Redlichs Meinung über Amerika bestätigte Chlumeckys alte Ansicht, dass jede Demokratie letzten Endes zur Plutokratie führt.⁴⁷²

Josef Redlich, der 1929 als Kandidat Österreichs zum Ersatzrichter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag gewählt wurde, war über staatliche Konflikte gut informiert.

Der von Chlumecky erwähnte franco-italienische Konflikt war auf die seit Jänner 1930 in London tagende Flottenkonferenz zurückzuführen, wo man sich über die Flottenstärken zwischen den USA, England, Frankreich, Italien und Japan einigen wollte. Diese Einigung wurde jedoch nur zwischen den USA, England und Japan erreicht. Eine gemeinsame Übereinkunft scheiterte an der Weigerung Frankreichs, Italien die Parität zuzugestehen.

Schon 1927 wurde auf der Genfer Flottenkonferenz über die Parität von Kreuzern unterschiedlicher Tonnage und Bewaffnung keine Einigung erzielt. Die 1930 stattfindende Flottenkonferenz in London brachte ein ähnliches Resultat. Ein vom Foreign Office erarbeitetes Memorandum vom 25. Juni 1931 besagte, dass die Lage gegenüber 1930 ernster geworden sei und ein militärischer Konflikt nicht mehr mit Gewissheit auszuschließen sei.⁴⁷³

Mit der Vermutung, dass Mussolini zur Zeit noch nicht an eine expansive territoriale Politik denken würde, lag Chlumecky im Brief vom 11. April 1930 richtig. Doch seit 1933 existierten Pläne, in dem zwischen den zwei italienischen ostafrikanischen Kolonien Somaliland und Eritrea liegenden Abessinien einzufallen. Der an der Spitze einer faschistischen Herrschaft stehende Mussolini hatte sich in Italien nun längst etabliert. Sich das römische Imperium zum Vorbild nehmend ging er daran, seinen territorialen Bereich zu vergrößern. Im Dezember 1934 schockte er mit seinem expansiven Vorgehen gegen Abessinien die westeuropäischen Großmächte. Abessinien, das im Jänner 1935 den Völkerbund um Hilfe anrief, wurde von den Großmächten nicht unterstützt. Obwohl Italiens Kriegsabsichten gegen das unabhängige afrikanische Kaiserreich die Seewege nach Asien und Australien tangierte, wollten Frankreich und Großbritannien einen Krieg vermeiden. Man brauchte Italien als Gegenpol zum dynamisch aufstrebenden Deutschland, das schon ab 1933 das Versailler System revidierte, die allgemeine Wehrpflicht einführte und nun als größtes Risiko für die europäische Sicherheit galt.

Der Völkerbund erwies sich als hilflos. Trotz seines Versuches gegen die italienische Aggression Stellung zu nehmen, versagte er wie schon 1931 bei der

⁴⁷² Nachlass Chlumecky, Q2 7.19 Brief vom 11.4.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴⁷³ Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931 S. 166

Annexion der Mandschurei durch Japan. Das Ziel Wilsons, der Völkerbund sei Garant für die kollektive Sicherheit, wurde zur Fiktion.⁴⁷⁴

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 28. November 1930

Im Brief beklagte sich Chlumecky bei Redlich über Bundeskanzler Schober. Dieser Mann erschien ihm als maßlos eitel. Schober sei weder Staatsmann noch Politiker, schrieb er.⁴⁷⁵

Die Meinung Chlumeckys über Schober war sehr kritisch, wurde jedoch sowohl vom britischen Außenministerium wie auch von der britischen Presse nur teilweise bestätigt.

Als Johannes Schober 1929 ein weiteres Mal Bundeskanzler wurde, begrüßte das Foreign Office diese Wahl. Er gehöre keiner Partei an und als ehemaliger Polizeichef sei er an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung interessiert, war man der Meinung. Alle in Wien akkreditierten Diplomaten schenken Schober Vertrauen, vom faschistischen Italien bis hin zur demokratischen Tschechoslowakei. Dies wurde in einem Bericht des Times-Korrespondenten Phipps bestätigt. Phipps meinte, Schober sollte von Großbritannien unterstützt werden. Phipps hielt Schober für ehrlich, aufrecht, schlicht und freimütig. „Seine Charakterstärke zählt mehr als hervorragende intellektuelle Fähigkeit“, berichtete Phipps weiter. Schober sei jedoch sehr eitel und sehe sich gerne als Retter seines Landes.⁴⁷⁶

Weiters schrieb Chlumecky im Brief vom 28. November 1930, er glaube während eines Aufenthaltes in Paris eine dort steigende „Kriegspsychose“ erkannt zu haben. Auf die Unterstützung Großbritanniens könne Frankreich nun nicht mehr sicher bauen. Diese Situation wurde durch die missglückte Außenpolitik des Quai d`Orsay⁴⁷⁷ verursacht. Ausgenommen von Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Belgien sehe sich Frankreich einer geschlossenen Front europäischer Staaten gegenüberstehen. Auf Versöhnung mit Deutschland könne Frankreich nur dann hoffen, wenn es auf ihre Forderungen in Milliardenhöhe verzichte. Eine Verständigung über den

⁴⁷⁴ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 95 f

⁴⁷⁵ Nachlass Chlumecky, Q2 7.20 Brief vom 28.11.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

⁴⁷⁶ F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen S. 115 f

⁴⁷⁷ Quai d`Orsay ist die Bezeichnung für das französische Außenministerium

polnischen Korridor würde nach Beseitigung der Kriegsschuldfrage ebenfalls möglich sein, schrieb Chlumecky.⁴⁷⁸

Eine ähnliche Betrachtung, wie die von Chlumecky im Brief vom 28.11.1930 beschriebene vorherrschende politische Situation in Europa, fand sich sieben Monate später im schon erwähnten, vom Foreign Office erarbeiteten Memorandum vom 25. Juni 1931. Darin liest man, dass sich die französische Hegemonie, die den britischen Interessen zuwiderlaufe, nicht mehr als tragbar erweise. Weiters war man im britischen Außenministerium der Meinung, dass man Deutschland im Rahmen der Abrüstungskonferenz gegenüber Frankreich schrittweise die Gleichberechtigung gewähren müsse. Eine Reform der Reparationszahlungen und die Korrektur der Ostgrenze sei ebenfalls anzustreben. Angesichts der durch die Wirtschaftskrise zunehmenden Radikalisierung, die Europa in ein Pulverfass verwandeln könne, dürfe man Deutschland nicht mehr zweitrangig behandeln, hieß es weiter.⁴⁷⁹

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 22. Jänner 1931

In diesem Brief wies Chlumecky nochmals auf den vorherrschenden franco-italienischen Konflikt hin. Die Spannung sei zwischen den beiden „lateinischen Schwestern“ im Steigen. In Frankreich hoffe man auf den Sturz der italienischen Nationalfaschistischen Partei, um danach den „Freimaurern“ den Einzug in Rom zu ermöglichen. Damit so wie vor dem Krieg die Großloge wieder den Ton angeben könne, würde man in Frankreich das italienische Regime gerne beseitigt sehen, schrieb er. Der Faschismus in Italien, der dem Lande wenigstens eine „provisorische wirtschaftliche Sicherheit“ gebe, sei die Folge des Umstandes, dass man sich Anfang der zwanziger Jahre vom Kommunismus bedroht fühlte.⁴⁸⁰

Die Meinung Chlumeckys über die Entstehung der damaligen italienischen Regierungsform findet sich auch bei den von Gerhard Botz beschriebenen Ideologien der faschistischen Erscheinungsformen wieder. In den Mittelpunkt stellt Botz die Volksgemeinschaft, die ein Zusammenstehen bei innerer und

⁴⁷⁸ Nachlass Chlumecky, Q2 7.20 Brief vom 28.11.1930 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

⁴⁷⁹ Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931 S. 166

⁴⁸⁰ Nachlass Chlumecky, Q2 7.21 Brief vom 22.1.1931 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

äußerer Bedrohung verlangt, wobei nach außen hin ein Bild von radikalem Nationalismus mit imperialistischen Expansionsbestrebungen erscheint, autoritär, hierarchisch und mit Führerkult. Als Hauptfeinde im Inneren gelten Kommunisten und Sozialisten, die durch den Klassenkampf eine „Außenpolitik der Stärke“ verhindern.⁴⁸¹

Die von Chlumecky angeführte „provisorische wirtschaftliche Sicherheit“ könnte sich dadurch ergeben haben, dass die Industrialisierung, die sich Anfang der zwanziger Jahre in Italien als rückständig erwies, durch die vom Faschismus durchgesetzte Machtzentralisierung, welche auch einer ökonomischen Konzentration entsprach, beschleunigt wurde.⁴⁸²

Weiters schrieb Chlumecky im Brief, dass er über die „Russenpolitik“ Deutschlands, die sehr unklug sei, genau so denke wie Redlich. Auch Chlumecky sehe darin eine Gefährdung des europäischen Friedens.⁴⁸³

Gemeint war sicherlich der Berliner Vertrag, der 1931 verlängert wurde. Der nun für weitere drei Jahre verlängerte Vertrag wurde ursprünglich zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion im April 1926 abgeschlossen. Dieser Vertrag verpflichtete beide Vertragspartner, auf der Grundlage des Rapallovertrages, zur Neutralität bei einem militärischen Angriff von dritter Seite. Auch durfte sich keiner der Partner an wirtschaftlichen oder finanziellen Boykottmaßnahmen gegen den anderen beteiligen. Streseman wollte damit sowjetischen Befürchtungen über eine einseitige deutsche Westbindung entgegenwirken.⁴⁸⁴

Schon am 16.4.1922, als es am Rande der Konferenz von Genua in Rapallo zum Abschluss eines deutsch-sowjetischen Vertrages kam, wurden die Westmächte geschockt. Durch die gegen den Westen gerichtete Kooperation der potentiell stärksten Kontinentalmacht mit dem kommunistischen Revolutionsstaat entstand damals der Rapallo-Mythos.⁴⁸⁵

Das Desinteresse der USA an den europäischen Vorgängen wurde von Chlumecky im Brief ebenfalls angesprochen. Chlumecky hielt es für unwahrscheinlich, dass Deutschland gewillt sei, seine Schuldenlast

⁴⁸¹ Gerhard Botz, Die historische Erscheinungsform des Faschismus S. 56 f

⁴⁸² Ebd. S. 58

⁴⁸³ Nachlass Chlumecky, Q2 7.21 Brief vom 22.1.1931 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

⁴⁸⁴ Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 3/24 S.151 (=Brockhaus Mannheim 1987)

⁴⁸⁵ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 53 f

weiterzuschleppen. Frankreich werde aber seine Schulden an Amerika erst dann begleichen, wenn es von Deutschland Geld in gleicher Höhe bekommt. In Händen der USA, Weltbankier und Hauptgläubiger der europäischen Staaten, wie etwa England, Frankreich oder Deutschland, liege daher die Zukunft Europas, schrieb Chlumecky im Brief sinngemäß. Amerika wolle sich jedoch nicht für ein Land mit Politikern wie Hitler einsetzen, doch der „Hitler-Wahnsinn“ sei nur die Folge einer verzweifelten wirtschaftlichen Situation.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch Europas finde bereits auch ohne Krieg in vollem Umfang statt und bringe die USA um ihren besten Absatzmarkt. Er glaube nicht, schrieb Chlumecky weiter, dass man in China dafür Ersatz finden werde. Ein Krieg oder ein wirtschaftlicher Zusammenbruch des größten Warenabnehmers der USA werde nur dann zu verhindern sein, wenn man sich zu großzügiger Kompensationspolitik durchringe, um seine europäischen Schuldner von ihrer „materiellen Knechtschaft“ zu befreien. Die USA seien wohl in ihren Ansichten starrsinnig, doch die kaufmännische Einsicht sollte am Ende doch Sieger bleiben. Er bat Redlich, die ihm nahestehenden Kreise in Amerika davon zu überzeugen.⁴⁸⁶

Chlumecky charakterisierte die vorherrschende politische Situation in Deutschland nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 als „Hitler-Wahnsinn“. Diese Wahl brachte gewaltige Verschiebungen der parlamentarischen Machtverhältnisse, die ausschließlich zugunsten der extremen Parteien, insbesondere aber der NSDAP, erfolgten.

Brüning wollte zu diesem Zeitpunkt mit der Neuwahl dem zu erwartenden Anwachsen der nationalsozialistischen Partei zuvorkommen, den Bürgerblock stärken und eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit erreichen. Doch die NSDAP übertraf ihre eigenen Erwartungen. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise wurde diese Partei zum Machtfaktor, erhielt 18,3 % der Stimmen und sicherte sich mit einhundertseven Abgeordneten eine gegenüber der letzten Wahl neunfach vermehrte Fraktion im Reichstag. Die demokratische Mitte wurde schwer getroffen. Insbesondere erlitten die konservativ-christlich-agrarischen Gruppen eine vernichtende Niederlage. Darüber hinaus erwiesen sich die vielen Zwergparteien im Reichstag nicht nur als Schwächung der Mitte, sondern erschwerten eine Mehrheitsbildung nach rechts, wie es Brüning vorschwebte.⁴⁸⁷

Der Appell an die Nichtwähler brachte fünf Millionen Deutsche mehr zu den Wahlurnen, die der hemmungslosen Agitation gegen Versailles Glauben schenkten und vorwiegend der NSDAP ihre Stimmen gaben. Die soziale Krise mit wachsender Arbeitslosenzahl und Millionen schlecht bezahlter Kurzarbeiter

⁴⁸⁶ Nachlass Chlumecky, Q2 7.21 Brief vom 22.1.1931 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

⁴⁸⁷ K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik S. 323 f

untermauerte die Parolen dieser Partei. Durch die neue Machtverteilung erwachsen der NSDAP nun mühelos Querverbindungen und Positionen, die einer weiteren Ausbreitung Vorschub leisteten.

Die Reaktionen vom Ausland auf das Wahlergebnis waren eine weitere Belastung des Brüning-Kurses. Es kam zu umfangreichen Rückzugsbewegungen ausländischen Kapitals und zu Börsenstürzen. Das Verhältnis zu Frankreich und zum Völkerbund komplizierte sich. Nur die faschistische Presse Italiens und der konservative englische Medienzar Lord Rothermere feierten den Sieg des Nationalsozialismus als die Verstärkung der antikommunistischen Kräfte.⁴⁸⁸

Chlumecky sprach im Brief das Desinteresse der USA an den europäischen Vorgängen und auch eine eigenartige Abfolge der Schuldbegleichungen von Frankreich und Deutschland an. Für die Entwicklung der Weltwirtschaft war der amerikanische Kapitalexpert lebenswichtig. Der Erste Weltkrieg machte die ehemaligen Verbündeten der USA wie England, Frankreich, Belgien, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und Italien zu Kriegsschuldnern. Diese Länder mussten aber so lange auf ihre Kredite warten, bis sie Verträge über die Regelung ihrer Zahlungsverpflichtungen an die USA abschlossen, während Deutschland dabei privilegiert wurde. Daraus entstand der im Brief von Chlumecky angesprochene Geldkreislauf: „Die USA liehen Deutschland Geld, das damit in die Lage versetzt wurde, die Reparationen zu zahlen, was den Gläubigern Deutschlands wiederum die Aussicht eröffnen sollte, ihre Schulden gegenüber den USA zu begleichen“.⁴⁸⁹

Das Reparationsproblem erwies sich als Motor für die USA, um ihre wirtschaftlichen Ziele in Europa zu erreichen. Im Dawes-Plan wurde die Regelung der Reparationsfrage im Sinne amerikanischer Interessen festgeschrieben, wodurch sich Europa in Geiselschaft der amerikanischen Hochfinanz begab.⁴⁹⁰

Der Plan, der auf der Londoner Konferenz 1924 unter gleichberechtigter Mitwirkung Deutschlands angenommen wurde, brachte Deutschland, trotz amerikanischer Kontrollen ihrer Reichsbank, Vorteile. Um eine, wegen der Reparationszahlungen drohende Destabilisierung der deutschen Währung zu vermeiden, wurde ein Transferschutz vorgesehen. Frankreich sollte das Ruhrgebiet räumen und auf das Sanktionsrecht verzichten, wodurch eine

⁴⁸⁸ Ebd. S. 327 f

⁴⁸⁹ Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931 S. 59 f

⁴⁹⁰ Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931 S. 88

Rückkehr zum De-facto-Kriegszustand vermieden werden sollte. Deutschland erhielt eine internationale Anleihe über 800 Millionen Mark.⁴⁹¹

Ein Jahr später wurden in Locarno erneut europäische, insbesondere aber deutsch-französische Sicherheitsprobleme behandelt. Frankreich und Deutschland kamen in der Locarno-Ära dem liberalen Modell der Friedenssicherung so weit näher, dass es den Vorstellungen Englands und der USA entsprach. Locarno kam den britischen Wünschen entgegen, trotz kostensparender Rüstungspolitik die Macht in der Welt aufrecht zu erhalten. Der Locarno-Ära fehlte jedoch eine Führungsmacht. Die USA waren keineswegs Garant für die politische Ordnung und übernahmen auch für die Wirtschaft und Finanzen keinerlei Steuerungsfunktionen, traten nur als Kreditgeber auf, dachten nicht auf Schuldenerlass und legten auch keine staatlich gesicherten Anleihen auf. Es gab in den USA kein Entwicklungsprogramm für die Wirtschaft und keine Vorkehrungen für den Krisenfall, so dass nach dem Einsetzen der Börsenspekulationen 1928 der Kapitalfluss Richtung Europa langsam zum Stillstand kam.⁴⁹²

Infolge bewirkte die Weltwirtschaftskrise, dass sich die Staaten gegenseitig abschotteten. Besonders die USA wollten sich an keiner Problemlösung beteiligen, konzentrierten sich auf ihre eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belange und machten keinerlei Zugeständnisse an die internationale Solidarität.⁴⁹³

Brief von Chlumecky an Redlich
Wiener Cottage Sanatorium, 21. Juni 1931

Im Jahre 1931 kehrte Josef Redlich wegen der Creditanstalt-Krise noch einmal nach Österreich zurück und wurde für einige Monate als Finanzminister ins Kabinett Buresch berufen.

Die Übernahme des österreichischen Finanz-Portefeuilles sei eine schwere Bürde, schrieb Chlumecky im Brief. Er hoffe, dass diesem unglücklichen Land durch Redlichs „genialem Können“ eine Finanzkatastrophe erspart bleibe.⁴⁹⁴

⁴⁹¹ Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947 S. 60 f

⁴⁹² Ebd. S. 72 f

⁴⁹³ Ebd. S. 88

⁴⁹⁴ Nachlass Chlumecky, Q2 7.22 Brief vom 21.6.1931 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv Sig. G 1808)

Exposé von Chlumecky an Redlich
am 29. Juni 1931 übergeben

Josef Redlich erhielt von Chlumecky am 29. Juni 1931 ein Exposé über die Credit-Anstalt. Redlich war zu dieser Zeit Bundesminister für Finanzen. Im Bericht wurde von Chlumecky das System der Leitung als unhaltbar bezeichnet. Die Direktoren beteiligten sich an Geschäften, auch wenn andere Institute wegen zu großem Risiko ablehnten. Obwohl sich in Jugoslawien die Elektroindustrie, die Elektrifizierung der Bahnen sowie der Ausbau der Wasserkraft gut entwickle und auch sonst ein zunehmender Wohlstand unverkennbar sei, habe man diese Zone französischen Finanzgruppen überlassen und als Ersatz dafür schlechte Beteiligungen abgeschlossen.

Obwohl das Geschäftsvolumen ständig abnehme, sei der Beamtenapparat hemmungslos aufgestockt worden und es gebe 80 Abteilungsvorstände. Die Personalkosten bezifferten sich auf 32 Millionen Schilling jährlich. Die alten Auftraggeber hätten das Vertrauen noch nicht ganz verloren, doch die Geschäftsverluste stiegen täglich. Dazu kamen Geldbehebungen der konservativsten Kunden. Die Verantwortlichen zeigten an den Vorgängen völliges Desinteresse und kümmerten sich um nichts mehr. Unter dem Vorwand, dass man bei fast 400 Geschäftsbeteiligungen keine klare Übersicht über alle Jahresabschlüsse gewinnen könne, werde die Bilanz ständig aufgeschoben. Diese Stellungnahme sei reiner Schwindel, meinten die Fachleute, damit wollten die Direktoren den Einblick in die Bankgeschäfte verhindern. Nun laufe das Institut Gefahr, alles Vertrauen zu verlieren, schrieb Chlumecky weiter.

Als erster Schritt müsse ein „Praktiker“ die Direktion der Credit-Anstalt übernehmen. Danach müsse man den bisherigen Führungsstab beseitigen und ein Komitee von höchstens zwei bis drei weiteren Direktoren einsetzen, wobei das System der Einzelverantwortung abzuschaffen sei. Die Credit-Anstalt sollte auch in eine Mittelbank mit radikal reduzierten Abteilungsvorständen umgewandelt werden. Nach Entlassung von Teilen der Belegschaft und Kürzung von Gehältern und Pensionen müsste sich, selbst bei pessimistischer Einschätzung, eine jährliche Ersparnis von 8 bis 10 Millionen Schilling ergeben. Danach müsste man die 386 Beteiligungen gewissenhaft prüfen. Schätzungsweise müssten 86 Betriebe unter allen Umständen stillgelegt werden. An einige andere Firmen, wie z.B. an Krupp, sollten keine weiteren Kreditvergaben erfolgen. Die hohen Gehälter der Industrie-Konzerndirektoren müsse man herabsetzen. Hier sei schwer gesündigt worden. An Direktoren

passiver Betriebe würden hohe Gehälter ausbezahlt. Die Kredite, die jährlich unter dem Motto einer drohenden Stilllegung erpresst würden, verwendeten die Direktoren und ihre Stellvertreter zur Deckung ihrer hohen Lebenshaltungskosten.

Bei all diesen Problemen sei keine Zeit zu verlieren, da sonst die Lawine ins Rollen komme.⁴⁹⁵

Das von Chlumecky an Redlich übergebene Exposé scheint inhaltlich gerechtfertigt gewesen zu sein. Über die Höhe der Firmenbeteiligungen gibt es jedoch auch nach neuerem Forschungsstand unterschiedliche Angaben.

Bereits als im Mai 1931 die Direktion der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe bei der Österreichischen Nationalbank unter strengster Verschwiegenheit einen Verlust von 140 Millionen Schilling eingestand, wodurch die Hälfte des Aktienkapitals verloren gegangen war, bemühten sich die Regierung, die Gemeinde Wien, die Österreichische Nationalbank und auch ausländische Notenbanken rasch um einen Sanierungsplan. Letztlich übernahmen der Bund, die Österreichische Nationalbank und das Haus Rothschild die Verlustdeckung. Durch diese Rettungsaktion glaubten auch die Medien, dass eine Finanzkatastrophe abgewendet worden sei. Kurze Zeit danach wurde dem deutschen Gesandten von Außenminister Schober versichert, dass die Gefahr behoben sei.⁴⁹⁶

Bemerkenswert war der breite politische Konsens zur Unterstützung der Bank, obwohl für das Jahr 1931 krisenbedingt von staatlicher Seite bereits starke Ausgabenkürzungen vorgesehen waren. Der Bund konnte für die Sanierung der Credit-Anstalt die von ihm zur Verfügung gestellten 100 Millionen Schilling demnach nur in Form von Schatzanleihen bewerkstelligen, die über das heimische Finanzwesen vorfinanziert werden sollten.

Trotz eines nicht eingeleiteten Prüfverfahrens unternahm die Regierung im Mai 1931 den Versuch, die Credit-Anstalt, eine Bank mit einem ausgewiesenen Verlust von 140 Millionen Schilling, zu sanieren. Die Österreichische Nationalbank und das Parlament glaubten den Worten der Bankdirektoren, die wiederholt die von ihnen ausgewiesene Schuldenlast bestätigten.⁴⁹⁷

Tatsächlich betrug der Verlust der Bank jedoch nicht 140, sondern 900 Millionen Schilling. Ein Zusammenbruch der österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe hätte katastrophale Auswirkungen auf die österreichische Industrie, war die wichtigste Begründung für die

⁴⁹⁵ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 23 Exposé vom 29.6.1931 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁴⁹⁶ Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise S. 9 f (= Verlag Knapp Frankfurt/Main 1989)

⁴⁹⁷ Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise S. 13 f

Unterstützungsaktion der öffentlichen Hand. Auch Otto Bauer rechtfertigte am Parteitag der sozialistischen Opposition, im November 1931, das Eingreifen der Regierung.⁴⁹⁸

Zweifellos gab es gute außen- und wirtschaftspolitische Gründe für die bereitwilligen Sanierungsmaßnahmen des Bundes zur Unterstützung der Credit-Anstalt. Die Zollunion mit Deutschland spielte bei den außenpolitischen Überlegungen eine wichtige Rolle. Die diplomatischen Kommentare Großbritanniens und der USA lauteten auch sinngemäß, dass durch die Credit-Anstalt-Krise der Völkerbund und speziell Frankreich hinsichtlich der Zollunion vor eine Entscheidung gestellt wurden. Der britische Gesandte in Wien nannte als eigentlichen Grund des Bankzusammenbruchs die beengte Außenhandelslage Österreichs.

Wirtschaftspolitisch wollte man sich durch die rasche Hilfsaktion das Wohlwollen der internationalen Finanzdiplomatie sichern, damit der Zufluss von Kapital nicht versiege. Außerdem hätte bei einem Zusammenbruch der Credit-Anstalt das ausländische Finanzwesen einen hohen Verlustanteil getragen. Wenn es gelungen wäre, die Bank mit 100 Millionen Schilling zu sanieren - wäre bei korrekter Angabe des Verlustes von 140 Millionen möglich gewesen - wäre die Maßnahme ein Erfolg gewesen.⁴⁹⁹

Die Frage nach dem Grund des Zusammenbruchs der Credit-Anstalt wurde schon anhand des Briefes Chlumeckys an Redlich vom 20. Februar 1929 erwähnt.

Die Schuld Frankreichs, das nach Bekanntwerden des Anfang März 1930 zwischen dem deutschen Außenminister und Bundeskanzler Schober beabsichtigten Plans einer deutsch-österreichischen Zollunion kurzfristig ihre Gelder von der Credit-Anstalt abzog, hat zwar Eingang in die österreichische Geschichtsschreibung gefunden, wurde aber schon unmittelbar nach Ausbruch der Krise von deutscher Seite angezweifelt. Das Auswärtige Amt in Berlin stellte nach Erkundigungen im Mai 1931 fest, dass letztendlich keine nennenswerten Geldbeträge von Frankreich aus Wien abgezogen wurden. Tatsächlich orientierte sich der österreichische Kapitalmarkt während der Zwischenkriegszeit, insbesondere die Credit-Anstalt nach der Übernahme der Bodenkreditanstalt, stark nach Großbritannien und den USA. Dass Frankreich am Zusammenbruch der Credit-Anstalt die Schuld trage, war daher kein wirtschaftliches Argument, sondern ein politisches. Es passte zur politischen Situation während der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich sowie zur geplanten deutsch-österreichischen Zollunion. Die häufigste Begründung der Geschäftsführung für die Krise war die Fusion mit

⁴⁹⁸ Ebd. S. 15 f

⁴⁹⁹ Ebd. S. 22 f

der Bodenkreditanstalt, da sich diese in einem schlechteren Zustand befand als angenommen.⁵⁰⁰

Wie schon erwähnt, gibt es über die Anzahl der Beteiligungen der Credit-Anstalt keine einheitliche Meinung. Die von Chlumecky im Exposé erwähnte Verschleierungstaktik der Direktoren hinsichtlich Beteiligungen und Bilanzen der Bank, scheint jedenfalls gerechtfertigt. Der Verdacht liegt nahe, dass einige Beteiligungen auf andere Konten verbucht wurden, um die Zahl nach außen weniger hoch erscheinen zu lassen. Mit Sicherheit lässt sich aus den bilanzmäßigen internen Ziffern belegen, dass die Beteiligungen der Credit-Anstalt das gesamte Eigenkapital der Bank überstiegen und dadurch die eigenen Mittel blockierte.

1930 entsprach die Bilanzsumme der Credit-Anstalt 54% der gesamten Bilanzsumme von den verbliebenen 5 Banken. Damit stellte die Bank mehr als die Hälfte des verbliebenen österreichischen Finanzkapitals dar.⁵⁰¹

Die Krise der Credit-Anstalt leitete das Ende des privaten Großbankwesens in Österreich ein. Mit öffentlichen Mitteln wurden danach die Wiener Großbanken zusammengefasst. Ab 1934 lag die Aktienmehrheit dieser Banken in öffentlicher Hand.⁵⁰²

Für Eli Rubin stand es noch im Jahre 1931 fest, dass weder gewagte Spekulationen an der Börse noch Unterschlagungen die Schuld am Ruin der Credit-Anstalt trugen, sondern die Industrieverluste.⁵⁰³

Der Betrag, für den die österreichische Volkswirtschaft nach Eli Rubin im Jahre 1930 aufkommen musste, betrug 7 Milliarden Schilling. Darin enthalten waren auch die Gehälter der Bank- und Industriedirektoren, die allein 40 Millionen Schilling ausmachten. Dieser Milliardenbetrag wurde aus der österreichischen Wirtschaft gezogen.⁵⁰⁴

Die Schuld lag auch bei den Direktoren der Bank und bei der Regierung. Die Direktoren der Credit-Anstalt unterschrieben in den letzten Jahren Bilanzen, die das Vergehen der Krida in sich trugen, denn sie ließen klar erkennen, dass sie zum Bankrott führen mussten.

⁵⁰⁰ Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise S. 78 f

⁵⁰¹ Ebd. S. 97

⁵⁰² Ebd. S.127

⁵⁰³ Eli Rubin, Der Fall Österreichische Credit-Anstalt S. 17 (=Verlag Wr. Volksschriften Nr. 11 Wien 1931)

⁵⁰⁴ Eli Rubin, Der Fall Österreichische Credit-Anstalt S. 11 f

Die Regierungen machten sich der Krida ebenfalls schuldig, indem sie für ein Staatsbudget gerade standen, von dem sie wissen mussten, dass die österreichische Wirtschaft keineswegs in der Lage war, dafür aufzukommen. Die Credit-Anstalt war an etwa drei Vierteln der österreichischen Industrie beteiligt und die Gewinnanteile ihrer Direktoren waren beträchtlich und garantiert.⁵⁰⁵

Diese drei Viertel der österreichischen Industrie wurden von der Bank gestützt. Dem Großteil dieser Industriebetriebe wurde solange ein kostspieliges Dahinvegetieren verlängert, bis die Bank selbst an ihnen zugrunde ging.⁵⁰⁶

Auch nach Eli Rubin scheint das von Chlumecky an Redlich übergebene Exposé inhaltlich gerechtfertigt gewesen zu sein.

Nach dem Zusammenbruch der führenden Wiener Bank im Juni 1931 entstanden dem Staat allein wegen der Forderungen der Auslandsgläubiger enorme Kosten. Auch ein von Großbritannien gewährter Kredit konnte die Krise nicht beheben. Die Regierung Ender musste Mitte Juni 1931 zurücktreten. Danach gelang dem christlichsozialen Agrarfachmann Karl Buresch mit Hilfe vom Landbund und den Großdeutschen die Bildung einer neuen Regierung. Die politische Situation in Österreich blieb jedoch durch die zunehmende Wirtschaftskrise prekär.⁵⁰⁷

Karl Buresch übernahm am 23. Juni 1931 die Staatsgeschäfte. Josef Redlich, der allgemein als sehr fähiger Finanzfachmann galt, übernahm bis Oktober 1931 das Finanzministerium. Obwohl das vom Landbund und von den Großdeutschen unterstützte Kabinett Buresch auf parlamentarischem Wege ein Sanierungsgesetz durchbrachte, war ihre Lebensdauer kurz. Bezüglich der Sanierung der Credit-Anstalt wurden unter andern die Kollektiv- und Sonder-Kollektivverträge aufgehoben und fünfundzwanzig Direktoren gekündigt.⁵⁰⁸

Brief von Chlumecky an Redlich
Nizza, 26. Februar 1934

⁵⁰⁵ Ebd. S. 16 f

⁵⁰⁶ Ebd. S. 69

⁵⁰⁷ Erich Zöllner, Geschichte Österreichs S. 510

⁵⁰⁸ Theodor Veiter, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich S. 78 ff (=Amalthea Verlag Wien 1984)

Darin schrieb Chlumecky an Josef Redlich, dass es ein Fehler der Sozialisten gewesen sei, Wohnungen in Wien zur Lagerung von Waffen verwendet zu haben. Aber auch die Regierung habe Fehler begangen, da sie nicht alle Gruppen entwaffnete. Nebensächlich seien auch die Nachrichten, dass dem Schutzbund von „jüdischer Seite Waffen mit Vorbedacht geliefert wurden“. Es sei auch egal, ob Gerüchten zufolge „Seipels Freund Mandl für jedes an die Heimwehr gelieferte Gewehr“ Bezahlungen an deren Führer geleistet habe. Es sei jedoch beschämend, dass dieser Bürgerkrieg „ohne Not und Zwang“ begonnen worden sei.⁵⁰⁹

Der von Chlumecky im Brief erwähnte Fritz Mandl leitete ab 1924 die Hirtenberger Patronenfabrik. Fritz Mandl engagierte sich auch politisch und finanzierte die austrofaschistische Heimwehr-Miliz. Ignaz Seipel und Ernst Rüdiger Starhemberg zählten zu seinen Freunden. Seine engen Verbindungen mit Mussolini und der ungarischen Horthy-Diktatur nützte er um die Heimwehr mit Waffen zu versorgen.⁵¹⁰

Über den von Chlumecky angesprochenen Bürgerkrieg bzw. dessen Vorgeschichte schrieb Theodor Veiter 1984 in seinem Buch „Das 34er Jahr“. Aufgrund seiner beruflichen Karriere gewann Veiter viele Einblicke in die geistige Situation von Wien. Seit 1928 war er im Katholisch Deutschen Akademikerausschuss und später Vorsitzender der Katholisch-Deutschen Hochschülerschaft Österreichs.

Veiter war ab Jänner 1929 bis Mai 1934 Sekretär der christlichsozialen Bundesfraktion. Ab Oktober 1933 war er Redaktionsaspirant und später Redakteur der Amtlichen Nachrichtenstelle von Dr. Otto Ender, dem Verfassungsminister im Kabinett Dollfuß. Mit Engelbert Dollfuß pflegte er persönliche Kontakte. Da er als Redakteur der Amtlichen Nachrichtenstelle bei den Verhandlungen seines Ministers dabei war, verfügte Veiter über Insiderwissen dieser Zeit.

Trotz seiner beruflichen Vorgeschichte bewahrte sich Theodor Veiter einen kritischen Blick hinsichtlich der Auseinandersetzungen zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten. Er war vielfach nicht damit einverstanden, wie die Sozialdemokraten im autoritärem Dollfuß-Regime oft provokant behandelt wurden.⁵¹¹

Dollfuß wollte nach der „Selbstausschaltung“ des Nationalrates im März 1933 Österreich bis zur Erlassung einer neuen Verfassung nicht mehr

⁵⁰⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 24 Brief vom 26.2.1934 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

⁵¹⁰ [http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Mandl\(Industrieller\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Mandl(Industrieller)) 08.12.2008

⁵¹¹ Theodor Veiter, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich. S. 16 ff

parlamentarisch regieren lassen. Es kam zu einer autoritär eingerichteten Koalitionsregierung. Am 21.9.1933 wurde die von Dollfuß autoritär geführte Koalitionsregierung umgebildet. Die wichtigsten Persönlichkeiten in der Regierung Dollfuß II waren Major a. D. Emil Fey als Vizekanzler, Dr. Karl Buresch als Finanzminister, Dr. Robert Kerber als Innenminister, Dr. Kurt Schuschnigg als Justizminister und Unterrichtsminister. Dr. Otto Ender wurde Verfassungsreformminister. Bundeskanzler Dollfuß unterstand auch noch das Heereswesen sowie die Land- und Forstwirtschaft.

Mit dem christlichsozialen Carl Vaugoin schied zwar ein Radikaler der Heimwehrrichtung aus der Regierung aus, doch zog mit dem Wiener Heimwehrführer Emil Fey als Vizekanzler ein antinationalsozialistischer, aber doch rechtsradikaler Mann in die Regierung ein. Viele sozialdemokratische Mandatare versuchten vergeblich, sich mit der Regierung zu verständigen. Es kam nie zu einem Gespräch zwischen den Sozialdemokraten und dem Bundeskanzler. 100.000 Bauern aus Niederösterreich, deren Bundesminister Engelbert Dollfuß war, demonstrierten am 2. Februar 1934 in Wien gegen die „roten und braunen Sozialisten“.⁵¹²

Im Innsbrucker Landhaus forderte die Tiroler Heimwehr am selben Tag mit Erfolg „den Rücktritt der frei gewählten Landesregierung“. Die neue Landesregierung wurde ernannt und nicht gewählt. Weniger erfolgreich waren die Heimwehren am 6. Februar 1934 mit der gleichen Forderung in Oberösterreich bzw. der Heimatschutz in der Steiermark. Als am 7. Februar Vizekanzler Fey die Mobilisierung des freiwilligen Schutzkorps anordnete, dem alle schon früher bestandenen rechtsorientierten Wehrverbände angehörten, auch die unter der obersten Führung des Bundeskanzlers stehenden burgenländischen Landeschützen, stieg die ohnehin schon vorhandene Nervosität in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft weiter an.

Die Wehrverbände, faktisch eine Streitmacht der Regierung, waren natürlich „legal“ bewaffnet. Hingegen war der Republikanische Schutzbund bereits aufgelöst. Am 10. Februar 1934 wurden vom Ministerrat dem Bürgermeister von Wien alle Rechte und Funktionen, die ihm als Landeshauptmann auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit zugestanden wären, entzogen. Diese wurden dem Polizeipräsidenten von Wien übertragen. Alle diese Maßnahmen empfand die Sozialdemokratie als Affront.⁵¹³

Die Verhaftung des sozialdemokratischen Stadtrates Püchler am 9.2.1934 wegen angeblicher Gewalttätigkeit gegenüber einem Schutzkorpsmann ließ die Wogen weiter steigen. Die Tragödie nahm weiter ihren Lauf, als die „Arbeiter Zeitung“ vom 12. Februar 1934 die Rede Feys, die er am 11. Februar 1934 in

⁵¹² Ebd. S. 140 ff

⁵¹³ Theodor Veiter, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich S. 143 f

Langenzersdorf gehalten hatte, publik machte. Dabei sagte Fey: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten...“.

Die Sozialdemokraten fühlten sich von der Regierung Dollfuß aufs Äußerste provoziert, aber man wollte sie auch provozieren.

Chlumecky erwähnte im Brief die Waffenlager der Sozialdemokraten in ihren Wohnungen. Dazu vermerkte Theodor Weiter am 12. Februar 1934 in seinem Tagebuch, dass die Regierung seit langem über Waffenlager und Sprengstoff in Parteiheimen und Wohnungen von den Funktionären der Sozialdemokraten Bescheid wusste. Weiters vermerkte Weiter, dass die Sozialdemokraten nicht, so wie die Regierung glaubte, wegen ihrer internationalen Misserfolge und Angst vor dem Nationalsozialismus klein beigeben würden. Sie wussten durch die Rede Feys - der von Weiter als großsprecherisch und politisch unklug bezeichnet wurde - von einer baldigen gegen sie gerichteten Aktion, der sie wegen eventuellen Verlustes ihres Ansehens entschlossen entgegentreten mussten. Fördernd für ihren Entschluss wirkten die in Frankreich von den Sozialisten und Kommunisten angekündigten Unruhen.⁵¹⁴

Der Bürgerkrieg in Österreich wurde sowohl durch die vorherrschende innen- wie auch außenpolitische Situation ausgelöst. Von nationalsozialistischer Seite nahm der Druck auf Österreich zu, als Hitler im Jänner 1933 in Deutschland zur Regierung kam. Dollfuß versuchte gegen diesen Druck beim „Duce“ in Italien Rückendeckung zu finden. Mussolini bot jedoch nur Hilfe unter gewissen Bedingungen an. Er verlangte, dass gegen die Sozialdemokraten Wiens in „ihrer Felsenfestung“ und gegen alle weiteren Zentren Säuberungsaktionen durchgeführt werden sollten. Vom italienischen Unterstaatssekretär Fulvio Suvich wurden diese Forderungen bei Gesprächen mit der österreichischen Regierung im Jänner 1934 in Wien energisch unterstrichen. Dadurch stieg der Druck auf die Sozialdemokratische Partei Österreichs auch durch außenpolitische Einflussnahme an.

Ernst Rüdiger von Starhemberg trat für die uneingeschränkte Durchsetzung der faschistischen Idee in Österreich als Ziel für die Heimwehren ein. Er forderte die Niederwerfung von „Austrobolschewismus“ und Nationalsozialismus.⁵¹⁵

Der Bürgerkrieg wurde letztlich durch die von Emil Fey am 12. Februar 1934 befohlene polizeiliche Waffensuchaktion im Parteiheim der Sozialdemokraten in Linz, wobei eine Menge Waffen gefunden wurden, ausgelöst. Während die Heimwehr in Innsbruck Gewalttaten unternahm und ohne Gegenwehr die Universität und das Landhaus besetzen konnte, leisteten die Sozialdemokraten bei der Durchsuchung in Linz bewaffneten Widerstand. Vom Obmann des Republikanischen Schutzbundes, Richard Bernaschek, angeordnet, lieferten die

⁵¹⁴ Ebd. S. 145 f

⁵¹⁵ Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S. 53 f

dortigen Schutzbündler den Polizeiorganen eine Schlacht. Von Otto Bauer und Theodor Körner wurde dieser bewaffnete Widerstand nicht gut geheißten. Die Wiener Sozialdemokraten leisteten dem Befehl zum aktiven Widerstand auch nur sehr lückenhaft Folge. Weiter bemerkte dazu in seinem Tagebuch, dass in fast ganz Wien um 11.45 Uhr der Strom ausfiel und der Straßenbahnverkehr eingestellt wurde. Als die Gaswerke den Betrieb einstellten, begann der Republikanische Schutzbund den bewaffneten Aufruhr. In den Bezirken 10, 11 und 21 kam es zu blutigen Straßenkämpfen. Im 11. und 21. Bezirk konnte der Schutzbund vorübergehend auch Polizeistationen besetzen.⁵¹⁶

Der Aufruhr hatte für den Schutzbund keine Erfolgsaussichten. Er wurde vor allem durch das Bundesheer, das mit schwerer Artillerie auf die vom Schutzbund zu Festungen ausgebauten Wohnhausblöcke schoss - z.B. in Sandleiten oder in Floridsdorf auf den Karl-Marx-Hof - niedergeschlagen. Die Sozialdemokraten waren sich hinsichtlich der Durchsetzungsmöglichkeiten und Ziele des Aufruhrs vermutlich nicht einig. Auch wenn der Aufruhr in Linz seinen Anfang nahm und im Industrie- und Kohlenrevier Wolfsegg-Traunthal sowie in Bruck /Mur Aufruhrzentren vorhanden waren, ging es eigentlich nur um das rote Wien. Im übrigen Österreich waren die Arbeiter nicht bereit, sich am Aufruhr zu beteiligen. Nicht zuletzt trug auch zum raschen Scheitern des Putsches die Tatsache bei, dass die meisten Führer des Schutzbundes die Flucht ergriffen, als sie feststellten, dass der Befehl zum bewaffneten Widerstand nicht einheitlich befolgt wurde.

Das tatsächliche Kräfteverhältnis hätte ebenfalls bei den Sozialdemokraten am Erfolg des Aufruhrs Zweifel aufkommen lassen müssen. 30.000 bis 40.000 Mann vom Republikanischen Schutzbund und 3.000 Mann kommunistischer Arbeiterwehren aus ganz Österreich standen 25.000 Mann Bundesheer, 14.000 Mann Exekutive und ca. 60.000 Mann Vaterländischer Wehrverbände gegenüber.

Unmittelbar nach Beginn der Vorfälle wurde in Linz und in Folge über Wien und - mit Ausnahme von Vorarlberg - ganz Österreich, das Standrecht verhängt und davon auch Gebrauch gemacht.⁵¹⁷

Trotz Scheitern des Aufruhrs flackerten die Kämpfe in den Arbeiterzentren Wiens immer wieder auf, bis er dann am 18. Februar endgültig niedergeschlagen war. Dazu notierte sich Weiter in seinem Tagebuch: „Die Revolte ist mit furchtbaren Blutopfern niedergeschlagen worden. 241 Tote werden offiziell zugegeben...“.

Der ordentliche Ministerrat unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dollfuß, der noch am 12. Februar 1934 einberufen wurde, übertrug für den ausgerufenen

⁵¹⁶ Ebd. S. 147 f

⁵¹⁷ Theodor Weiter, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich S. 149 ff

Generalstreik und den Putschversuch der Sozialdemokratischen Partei Österreichs die volle Verantwortung. Die Folge davon war, dass diese Partei vom Ministerrat sofort verboten wurde.

In Wien, wo Bürgermeister, Landeshauptmann, Stadtsenat und Gemeinderat ihrer Funktionen enthoben wurden, übernahm Bundesminister Richard Schmitz das Amt eines Bundeskommissärs.⁵¹⁸

Sehr sonderbar sei die Haltung der französischen Presse, wo das Vorgehen gegen die Sozialdemokraten vielfachst Anerkennung gefunden habe, schrieb Chlumecky im Brief vom 26. Februar 1934 weiter. Man schrieb, dass die Heimwehr und Starhemberg Österreich vor der offenen Revolte der Sozialisten gerettet hätten. In Frankreich glaube man, dass der europäische Frieden von Österreichs Selbstständigkeit abhängen und sei besorgt, dass unser Land mit Italien und Ungarn einen die Kleine Entente bedrohenden Block eingehen könnte. Frankreich wolle kein Wirtschaftsverhältnis Österreichs mit Italien und Ungarn und auch keines mit Ungarn allein. Über einen konstruktiven Plan für ein lebensfähiges Österreich habe man in Frankreich aber nicht nachgedacht. Man wolle „die offene Wunde in Mitteleuropa stets offen halten, um bei passender Gelegenheit eingreifen zu können“. Auf diese Weise werde Österreich zum Faschismus italienischer Prägung gedrängt. Der schon nicht mehr von Bedeutung gewesene Starhemberg gewinne dadurch wieder an Macht. Es sei auch unbestritten, dass italienisches Militär während des Bürgerkrieges an Österreichs Grenze gebracht wurde, um, wie es heißt, der österreichischen Regierung die Möglichkeit geboten zu haben, Tiroler Verbände nach Wien und Steyr zu bringen. Die Nachricht, dass Frankreich in Bern um die Zustimmung zum Transport von Truppen durch die Schweiz ansuchte, sei „lendenlahm“ dementiert worden.⁵¹⁹

Wie schon erwähnt, begann der Bundesführer der Heimwehr, Fürst Starhemberg, der zum Faschismus italienischer Prägung neigte, eine Politik der Härte. Nach dem gescheiterten Putschversuch erzwang er gegenüber den gemäßigten Vertretern der Bundespolitik die Absetzung des oberösterreichischen Landeshauptmannes Josef Schlegel, dem er die alleinige Schuld zuwies, dass es in Oberösterreich zur bewaffneten Revolte des Schutzbundes gekommen sei.

Die Hoffnung der nun zur Illegalität gezwungenen Sozialdemokraten, ausländische Hilfe gegen das halbfaschistische Regime in Österreich zu erhalten, erwies sich als trügerisch. Weder durch Ungarns rechtsgerichteten Ministerpräsidenten Julius Gömbös, noch vom jugoslawischen Diktaturregime war Hilfe zu erwarten. Die Tschechoslowakei, auf die Otto Bauer große

⁵¹⁸ Ebd. S. 153 f

⁵¹⁹ Nachlass Chlumecky, Q2 7. 24 Brief vom 26.2.1934 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv. Sig. G 1808)

Hoffnungen setzte, übte vollständige Zurückhaltung. In Prag gab man zu verstehen, dass die Tschechoslowakei nur dann einschreiten werde und dies nur in Gemeinsamkeit mit den Großmächten, wenn die Genfer Protokolle von 1922 gefährdet seien.

Das von Chlumecky im Brief erwähnte Frankreich begrüßte sogar das rigorose Vorgehen der österreichischen Regierung gegen den erfolgten Putschversuch. In England teilte das Foreign Office am 22. Februar 1922 mit, dass die französische, italienische und britische Regierung gegenüber der österreichischen Regierung klar feststellten, dass die innerösterreichischen Vorgänge keinerlei Auswirkungen auf die Politik dieser drei Staaten hätten, sofern die Unabhängigkeit Österreichs gewahrt bleibe.⁵²⁰

Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei versuchte Dollfuß die Innenpolitik zu beruhigen. Außenpolitisch versuchte er nun vordringlich, gegen die Annexionsabsichten Deutschlands Unterstützung zu finden. Von Hitler wurden diese Absichten zwar in seiner Reichstagsrede vom 30. Jänner dementiert, aber durch die von Berlin angeordneten Terroraktionen der österreichischen Nationalsozialisten wurden sie untermauert.

Durch den Abschluss der Römischen Protokolle erhoffte sich Dollfuß Italiens Unterstützung für die Unabhängigkeit Österreichs. Otto Enders ständische Verfassung vom 1.5.1934, die er zum Teil auf die Enzyklika* „Quadragesimo anno“ aufbaute, verschärfte jedoch die innenpolitische Krise erneut. Dollfuß begegnete den nun verschärfenden Anschlägen der Nationalsozialisten mit Anhaltelagern und rief mittels Ortswehren zum Gegenterror auf.⁵²¹

Hitler war verärgert darüber, dass trotz aller Propaganda- und Terroraktionen der österreichischen NSDAP gegen die Regierung Dollfuß der außen- und innenpolitische Widerstand des kleinen Österreich nicht brach. Vom deutschsprechenden Nachbarland wurde seine Politik sogar öffentlich „im Namen des Deutschtums“ kritisiert. Dazu kam, dass Österreich zu der mit Hitler sympathisierenden europäischen Großmacht Italien gute Beziehungen hatte.⁵²²

Das „Problem Österreich“ wurde zwischen Hitler und Mussolini erstmals am 14./15. Juni 1934 in Venedig zum Thema einer Unterredung, die von den

⁵²⁰ Theodor Veiter, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich S. 154 ff

* Sozialenzyklika Papst Pius XI. vom 15.5.1931, betont die Notwendigkeit gesellsch. Reformen, entfaltet das Subsidiaritätsprinzip der kath. Soziallehre und den Leitwert der berufsständischen Ordnung.

⁵²¹ Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S. 68 f

⁵²² Gottfried-Karl Kindermann, Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehresieg von 1934 S. 139 (=Verlag Hoffmann u. Campe Hamburg 1984)

beiden Herren ohne Zeugen geführt wurde. Dieses Gipfeltreffen brachte für die Nationalsozialisten in Bezug auf die „Gleichschaltung Österreichs“ vorerst kein positives Ergebnis. In Braunau am Inn, der Geburtsstadt Hitlers, wurde an dessen Namenstag des Jahres 1934 eine Anti-Hitler-Demonstration durch die vaterländischen Kampfverbände Starhembergs abgehalten. Landeshauptmann Dr. Gleißner sagte an diesem 17. Juni: „Österreich ist der letzte Wortführer des europäischen Gewissens“. Aber trotz allen Widerstandes konnte der folgende Putschversuch nicht verhindert werden.⁵²³

Die Zeit sprach gegen Dollfuß und Österreich. Am 25. Juli 1934 kam es zum Putschversuch der Nationalsozialisten gegen das Dollfuß-Regime. Im Kanzleramt wurde Dollfuß dabei von Otto Planetta erschossen.

Das taktische Grundmuster eines solchen Putsches entwickelte Hitler bereits vor Augenzeugen im August 1932. Er sah solch einen Putsch als Form eines Krieges, bei dem er seine Truppen in den Uniformen des zu bekämpfenden Staates einsetzen wollte. Wenn man bedenkt, dass kurz zuvor Hitler in Deutschland anlässlich der „Röhm-Affäre“ beinahe die gesamte SA-Führung hinrichten ließ, erscheint es unglaublich, dass der NS-Putsch in Österreich ohne sein Wissen durchgeführt wurde. Zu groß war der Gehorsam vor dem „Führer“.⁵²⁴

Der von Hitler geplante nationalsozialistische Putschversuch vom 25. Juli 1934, bei dem Dollfuß ermordet wurde, scheiterte. Ebenso scheiterte die im Putschplan vorgesehene Regierungsübernahme durch Rintelen. Die Aufrührer wurden verhaftet, nachdem ihnen Schuschnigg ein militärisches Geleit bis zur deutschen Grenze untersagte. Auch in Kärnten, der Steiermark und Teilen Oberösterreichs gewann nach heftigen Kämpfen, die schwere Verluste forderten, die Exekutive die Oberhand.

Das von der deutschen Reichsregierung erlassene Communiqué vom 26. Juli 1934 bestritt jegliche Mitwisserschaft Deutschlands am Putschversuch.⁵²⁵

Trotz der gescheiterten Machtübernahme durch Hitler-Deutschland war Österreich bis zum Frühjahr 1938 weiterhin nationalsozialistischem Druck ausgesetzt.

Nachfolger von Bundeskanzler Dollfuß wurde Dr. Kurt Schuschnigg. Seine Regierungszeit wurde dahin charakterisiert, dass er sich trotz Treue zu Österreich niemals ganz von der bei ihm vorhandenen Anziehungskraft zum Deutschtum befreien konnte. Er versuchte, eine Befriedung mit den

⁵²³ Ebd. S.144 ff

⁵²⁴ Ebd. S. 151

⁵²⁵ Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S. 75 f

Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten sowie ein Zusammengehen mit den Katholisch-Nationalen zu erreichen. Sein gleichzeitiges Bekenntnis zum Österreichertum und zum Deutschtum, das ihm weder in den Kreisen der Österreichernationalen noch in denen der Deutschnationalen Sympathien brachte, führte vor allem zur Verwirrung im Ausland.⁵²⁶

Hitler riskierte es in den ersten Jahren von Schuschniggs Regierungszeit noch nicht, die österreichische Souveränität zu liquidieren. Wegen der deutschen Rheinlandbesetzung 1936 brauchte er einen Beweis seiner Friedensliebe. Im sogenannten „Juliabkommen“, das zwischen Deutschland und Österreich am 11. Juli 1936 im Bundeskanzleramt am Wiener Ballhausplatz abgeschlossen wurde, anerkannte Hitler die volle Unabhängigkeit Österreichs. Dabei soll jede der beiden Regierungen die im anderen Land bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als innere Angelegenheit betrachten. Österreich bekennt sich als deutscher Staat und wird seine Politik in diesem Sinne ausrichten.

Durch das Juliabkommen vom Mai 1936 wurde den „Nationalen“ ein Mitspracherecht eingestanden und ein nationaler Minister, Edmund Glaise-Horstenau, in die Regierung aufgenommen. Die sich im Untergrund befindlichen Sozialdemokraten wurden zur Stärkung der österreichischen Position nicht herangezogen.⁵²⁷

Sowohl Deutschland als auch Österreich versuchten mit dem Juliabkommen ihre Ziele zu erreichen. Einerseits nahm die deutsche Reichsregierung durch das Abkommen vorerst offiziell von ihrem geplanten Ziel Abstand, den Anschluss Österreichs herbeizuführen, andererseits kam die österreichische Regierung Deutschland mit weitreichenden Zugeständnissen entgegen, um ihre Unabhängigkeit zu erhalten und um die nationalsozialistischen Terroraktionen im Land zu verringern.

Betreffs ökonomischer Überlegungen erhoffte sich Schuschnigg durch eine Verständigung mit Deutschland für die in Österreich schlechte wirtschaftliche Lage, verbunden mit einer hohen Arbeitslosigkeit, neue Impulse.⁵²⁸ Für Deutschlands wirtschaftliche Überlegungen spielten die Eisenerzreserven Österreichs eine wichtige Rolle, da durch die forcierte Rüstungsindustrie der Rohstoffmangel anwuchs.⁵²⁹

⁵²⁶ Ebd. S. 78 f

⁵²⁷ Ebd. S. 82 f

⁵²⁸ Gabriele Volsansky, Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juli-Abkommen 1936 S. 32 f (=Verlag Böhlau Wien 2001)

⁵²⁹ Ebd. S.36

Die Mehrheit der österreichische Bevölkerung hatte gegen das Abkommen mit Deutschland weniger einzuwenden als gegen eine Annäherung an Italien. Im nationalsozialistischen Deutschland, in Ungarn und im faschistischen Italien wurde das Abkommen begrüßt. In England wurde es vorerst erfreut aufgenommen und als eine Stärkung der Stabilität sowie als Ansatz zu einer europäischen Krisenlösung bezeichnet. Bereits Ende 1936 erkannte man jedoch im britischen Außenamt, dass das Abkommen zur Vorbereitung des Anschlusses diene. Für Frankreich war es klar, dass das Juliabkommen Deutschland erneut stärkte und gleichzeitig die eigene Machtposition in Europa schwächte. Dementsprechend löste es in Frankreich Bestürzung aus.⁵³⁰

Die politische Situation verschlechterte sich für Österreich in der folgenden Zeit zunehmend, da die nationalsozialistischen Unruhen, besonders in Linz und in Graz, immer mehr um sich griffen. Am 6. März 1938 informierte Schuschnigg Bundespräsident Miklas darüber, dass er das Volk am 13. März befragen wolle, ob es den österreichischen Staat bejahe oder nicht. Danach verkündete Schuschnigg am 9. März in Innsbruck die Volksabstimmung. Zwei Tage später erließ Hitler, nachdem er die Forderungen seines darauf folgenden Ultimatums an die österreichische Regierung als nicht erfüllt erachtete, die Weisungen zum Einmarsch deutscher Truppen nach Österreich.⁵³¹

Ohne Hilfe der Westmächte blieb es Dr. Kurt Schuschnigg vorbehalten, nachdem er bei seiner Abschiedsrede vom 11. März 1938 der Weisung des Bundespräsidenten Folge leistete und der Gewalt wich⁵³², die Erste Republik zu beenden.

Den in der Nacht vom 11. auf 12. März in Österreich eindringenden deutschen Truppen wurde kein Widerstand entgegengesetzt. Aber vor aller Welt war klargestellt, dass das kleine Österreich im Jahre 1938 nicht gewillt war, freiwillig den sich bereits deutlich abzeichnenden neuen Krieg Deutschlands um die Hegemonie in Europa mitzumachen. Damit unterschied sich die Erste Republik deutlich vom monarchischen Österreich des Juli 1914. Damals entschied sich die österreichisch-ungarische Führung freiwillig für die Teilnahme am deutschen Hegemonialkrieg.

Die österreichischen Nationalsozialisten wurden zum Teil ausgeschaltet und auch Nationalsozialisten aus Deutschland übernahmen die Verwaltung des besetzten Landes. Frankreich und England protestierten gegen die völkerrechtswidrige Okkupation und Annexion Österreichs durch Deutschland.

⁵³⁰ Ebd. S. 42 f

⁵³¹ Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S. 98 f

⁵³² Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 S.100 f

Im Völkerbund gab es empörte Proteste gegen die Vergewaltigung des Völkerbundmitgliedes Österreich. Doch wie man in Österreich befürchtet und auch erwartet hatte, geschah nichts. Erst am 30.10.1943, als sich - nach militärischen Siegen Deutschlands ohnegleichen, die zur Besetzung und Unterwerfung der Tschechoslowakei, Polens, Dänemarks, Norwegens, der Niederlande, Luxemburgs, Belgiens, Frankreichs, Jugoslawiens, Griechenlands und eines großen Teils des europäischen Russland geführt hatte - die Niederlage Deutschlands deutlich abzeichnete, gaben die nunmehr maßgebenden drei Großmächte in Moskau eine für Österreich wesentliche Erklärung ab. Großbritannien, die Sowjetunion und die USA stellten einvernehmlich fest, dass „Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen ist“, von der deutschen Herrschaft befreit werden solle. Die Annexion Österreichs durch Deutschland am 13. März 1938 wurde als null und nichtig erklärt. Sie erklärten, dass sie es wünschen, ein freies unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen. Damit wurde der Widerstand, den Österreich von 1933 bis 11. März 1938 unter den Regierungen Dollfuß und Schuschnigg Deutschland entgegengesetzt hatte, von den drei Großmächten, denen sich bald Frankreich anschloss, in einer völkerrechtlich und politisch entsprechenden Weise, wenn auch erst nach fünf Jahren, gewürdigt.⁵³³

Schlussbetrachtung

Obwohl ein enger Zusammenhang zwischen der kulturellen und politischen Entwicklung eines Staates besteht, legte ich bei meiner Arbeit den Schwerpunkt auf das politische Geschehen in Österreich während der Zeit der Regentschaft Kaiser Franz Josephs bis zum Ende der Ersten Republik.

Chlumeckys Nachlass war mir für meine Arbeit eine wertvolle Quelle. Freiherr Leopold Chlumeckys Sicht zu diesem Abschnitt der österreichischen Geschichte war es wert, darüber zu diskutieren. Seine tiefe Liebe zur monarchischen Staatsform erkennt man in allen seinen Schriften. Zum Thronfolger Franz Ferdinand fand er guten Zugang, wobei beide profitierten. Chlumecky wurde über die Aktivitäten der Militärkanzlei Franz Ferdinands informiert und der Thronfolger brachte seine Anliegen über die „Österreichische Rundschau“, deren Herausgeber Chlumecky war, an die Öffentlichkeit. Durch seine Familie - altösterreichischer Beamtenadel - war Chlumecky begütert. Wie schon im Vorwort erwähnt, war er Direktor von Lloyd Austriaco und erhielt seine

⁵³³ Stephan Verosta, Die österreichische Außenpolitik 1918-1938 im europäischen Staatensystem 1914-1955. In: Erika Weinzierl-Kurt Skalnik, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik 1 S.107 ff (=Verlag Styria Graz Wien Köln 1983)

Informationen von den namhaftesten Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft dieser Zeit.

Die im Nachlass aufliegenden Briefe lassen erkennen, dass Leopold v. Chlumecky stets am politischen Geschehen in Österreich - vor und nach dem Ersten Weltkrieg - großen Anteil nahm.

Zusammenfassend zu der Quelle „Chlumecky“ ist zu sagen, dass man dadurch Zugang zu einem Abschnitt der österreichischen Geschichte aus der Sicht eines politisch kompetenten Zeitzeugen erhält, der seine Informationen über die Vorgänge dieser Zeit von dazu höchstberufenen Stellen erhielt, durch dessen Kenntnis man den politischen und gesellschaftlichen Umbruch im 20. Jahrhundert besser verstehen kann.

Warum zerbrach die österreichisch-ungarische Monarchie? Ist es hilfreich nach Gründen zu suchen? Und wenn, was waren die Gründe? War es die Magyarisierungspolitik der Ungarn in ihren transleithanischen Ländern bzw. die Abspaltungstendenzen des ungarischen Adels? War es der Panslawismus oder das im Jahre 1844 entworfene, in enger Anlehnung an Russland von Nikola Pasic wieder aufgenommene „Großserbische Programm“, das alle Südslawen innerhalb der Donaumonarchie unter serbischer Führung vereinen wollte? War es die Irredentapolitik Italiens? War es die konservative und zögernde Politik des Kaisers und die danach agierende österreichisch-ungarischen Außenpolitik? War es das Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand?

Es stellt sich auch die Frage, ob der Thronfolger Franz Ferdinand, der für viele den Hoffnungsschimmer für das Weiterbestehen der Doppelmonarchie darstellte, wirklich am Siechtum und letztendlichen Tod des Habsburgerreiches etwas hätte ändern können.

Der Wunsch, mit Russland Frieden zu halten, hinderte Erzherzog Franz Ferdinand daran, gegen Serbien aggressiv vorzugehen. Sein Plan war, mit Bosnien und der Herzegowina die Monarchie neu zu gestalten. Mit einem dritten Staatsteil, bestehend aus den südslawischen Ländern der Krone, gestützt auf die immer treu zur Dynastie stehenden katholischen Kroaten, wollte er die dualistische Staatsform ergänzen. Doch die Serben wollten Bosnien als serbisches Land anerkannt wissen und Russland stand immer zu Serbien. Die Serben waren im 16./17. Jahrhundert ein christliches Bollwerk gegen die Türken, aber den österreichischen Thronfolger ermordeten serbische Bosnier.

Wie hätten die Ungarn auf einen gegen sie gerichteten dritten Staatsteil reagiert? Die Reaktion der Ungarn auf den Tod des Thronfolgers in Sarajewo

lässt ahnen, dass sie einem Kaiser Franz Ferdinand nicht das volle Vertrauen geschenkt hätten.

Franz Ferdinand hätte nach meiner subjektiven Meinung den Ersten Weltkrieg nicht verhindern können, auch wenn ihm das tragische Schicksal in Sarajewo erspart geblieben wäre. Auch er reagierte auf die Warnungen seiner Militärs nicht ernst genug. Im Süden fühlten sich die Serben, mit Russland im Rücken, zu dieser Zeit sehr stark und Italien wartete auf eine für sie günstige Gelegenheit. Auch im Westen wuchs die Bedrohung von außen für Österreich durch das Bündnis mit Deutschland. Deutschland wurde von den Revanchegelüsten Frankreichs bedroht. England sah durch das deutsche Engagement in der Türkei seine Seewege nach Indien gefährdet und stand dadurch Deutschland feindlich gegenüber. Obwohl der Zweibund nur bei einem russischen Angriff die gegenseitige Beistandspflicht erfordert hätte, war durch die bestehenden europäischen Bündnisse letztendlich auch Österreich zur Hilfe verpflichtet, wenn Deutschland von England oder Frankreich angegriffen worden wäre, da in diesem Fall auch Russland in das Geschehen eingegriffen hätte. Aber selbst ohne Bedrohung von außen war das Habsburgerreich innenpolitisch schwer zu stabilisieren.

Die österreichisch-ungarische Monarchie war ein Vielvölkerstaat. In einem Staatsgebilde mit derart vielen verschiedenen Nationalitäten und Kulturen kann ein „Wir-Bewusstsein“ zum Gesamtstaat nur sehr schwer reifen. Dies wäre jedoch für das Weiterbestehen der Donaumonarchie unbedingt nötig gewesen. Gleichberechtigung aller Nationalitäten unter Führung der Dynastie hätte vielleicht eine Möglichkeit sein können.

Groß-Österreich war lange Zeit durch die Dynastie der Habsburger verklammert. Im Absolutismus konnte man diese Klammer bis 1848, wenn nötig auch mit Mitteln brachialer Gewalt, mit Mühe geschlossen halten. Noch einige Zeit später, nach Auflösung des Reichstages von Kremsier, gelang dies im Neoabsolutismus auch nur mit einer Überbetonung von Polizei, Armee und seit dem Konkordat von 1855 mit Hilfe der katholischen Kirche. Im konstitutionellen System, das begünstigt durch die Niederlage Österreichs 1859/60 in Italien mit dem Oktoberdiplom 1860 und dem Februarpatent 1861 eingeleitet wurde, war dies nicht mehr so einfach möglich.

Das Heranwachsen junger Akademiker in Zis- und Transleithanien förderte bei den Nationalitäten zweifelsfrei das „Ich-Bewusstsein“. Nun wurde die Vorherrschaft der Deutschen und Magyaren nicht mehr so ohne weiteres hingenommen. Mehr und mehr wurde Eigenständigkeit gefordert. Von der großösterreichischen Zusammengehörigkeit bzw. vom großösterreichischen Gedankengut rückte man immer mehr ab.

Es wird wohl nicht nur für mich schwer zu erklären sein, wie der Zerfall der Monarchie zu verhindern gewesen wäre. Wer war der Gute, wer der Böse? Darüber sollte der Historiker nicht urteilen. Eine Totalsicht ist ohnehin nicht möglich. Jeder Historiker kann nur seine Sichtweise wiedergeben, jede Zugangsweise ist persönlich. Wichtig dabei ist, sich zu bemühen, das Gewordene zu verstehen.

Der Erste Weltkrieg besiegelte endgültig das Schicksal der Donaumonarchie. Alle sprengenden Kräfte im Habsburgerreich fanden dadurch bei den westlichen Alliierten wertvolle Unterstützung, da es auch für sie von Vorteil war. Bei Italien, dessen Forderungen an Österreich schon mehrfach erwähnt wurden, wuchs durch die Versprechungen der Entente sogar die Kriegslust gegenüber dem Dreibundpartner Österreich.

Der Erste Weltkrieg wurde letztendlich von der durch die USA herbeigeführten wirtschaftlichen Überlegenheit der Westmächte zu deren Gunsten entschieden. Für einen „Frieden ohne Sieg“ war niemand bereit. Das liberale Modell Wilsons lag im reinen Interesse der USA. Ein Friede ohne Sieg hätte nur für Amerika Vorteile gebracht, denn durch diesen Krieg wuchsen ihre wirtschaftlichen Kapazitäten. Die europäischen kriegführenden Mächte waren hingegen ausgeblutet und wirtschaftlich geschwächt. Ein Verständigungsfriede lag in weiter Ferne, daran konnte auch der einzig Friedenswillige, Kaiser Karl, nichts ändern. Die Mittelmächte schöpften durch den Rückzug der Bolschewisten Russlands neue Hoffnung, England bestand auf einen militärischen Sieg und Frankreich wollte Revanche, die nur durch ein total geschwächtes Deutschland zu stillen war. So machte man so lange weiter bis die durch die USA wirtschaftlich überlegene Entente den Sieg davontrug.

Die vor und während des Krieges gemachten Versprechungen der Entente an Tschechen, Italiener und Südslawen wurden nach dem Weltkrieg eingelöst. Dadurch schrumpfte Österreich - mit Ausnahme des dazu gewonnenen deutschsprachigen Westungarns - von einer europäischen Großmacht zum Zwergstaat.

Kriegsgewinner war neben den USA, die durch diesen Krieg zur westlichen Führungsmacht aufstiegen, die Italiener. Sie nahmen Österreich Südtirol bis zum Brenner. Dieses Land, das 1500 von Kaiser Maximilian I. nach dem Aussterben der Grafen von Görz erworben wurde und nach dem gewonnenen Krieg gegen Venedig 1515 bis zum Gardasee und bis Ala im Etschtal reichte, nur vorübergehend unter Napoleon I. im Bereich Klausen und Meran dem Königreich Italien angegliedert war, musste nach dem Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye 1919 an Italien abgetreten werden. Der italienische Bevölkerungsanteil betrug zu dieser Zeit 3 %. So wie schon nach dem Deutschen Krieg 1866 profitierte Italien auch 1919 vom Sieg der „Anderen“.

Die Kurzlebigkeit der Ersten Republik ist für mich eher verständlich als der nach 1900 rasch eintretende Zerfall der Habsburgermonarchie, an den wohl um die Jahrhundertwende kaum jemand glaubte.

Der Verlauf der Zwischenkriegszeit zeigt, dass es auch zwischen den Jahren 1919 und 1938 im klein gewordenen Österreich kein „Wir-Bewusstsein“ gab. Erst nach 1945, in der Zweiten Republik, begann man ernstlich sich zum österreichischen Staat zu bekennen.

Nach dem Zusammenbruch dieser zentraleuropäischen Macht, die Österreich bis zum Ersten Weltkrieg war, hatten Volk und Politiker wenig Vertrauen, aus eigener Kraft wirtschaftlich zu überleben und suchten demnach den Anschluss an Deutschland. Auch der Friedensvertrag, der dies verhinderte, änderte nichts am Anschlussgedanken, den Karl Renner noch 1945 rückwirkend für gut fand.

Die verzweifelte Finanzlage Österreichs in den 20er Jahren brachte für das Land eine verhängnisvolle politische Entwicklung. Prälat Seipel drängte die aufstrebende Sozialdemokratie aus weltanschaulichen und persönlichen Motiven zurück, aber auch die Sozialdemokraten, denen es wohl gelang die Kommunisten auszuschalten, vergrößerten die Kluft zwischen den beiden Großparteien. Die halb-militärischen Selbstschutzverbände - Heimwehr und Republikanischer Schutzbund - taten ein Übriges, um eine schwere Krise der österreichischen Demokratie herbeizuführen. Die antidemokratische Entwicklung nahm mehr und mehr zu. Im Jahre 1933 erließ Dollfuß dann die nötigen Verordnungen, um das Parlament auszuschalten. Fast gleichzeitig gelang Hitler in Deutschland ein Wahlsieg, der ihm zwar nicht die Stimmenmehrheit brachte, bald darauf aber die Machtübernahme ermöglichte.

Nach dem Bürgerkrieg von 1934 verstärkte sich der Einfluss der Heimwehr auf das politische Geschehen in Österreich. Die Austrofaschisten, die sich auf die Heimwehr stützten, orientierten sich am italienischen Faschismus. Dollfuß wurde diese Tatsache zum Verhängnis. Die Austromarxisten wollten die soziale Revolution und die Nationalsozialisten richteten sich nach Deutschland aus.

Nachdem Schuschnigg die Heimwehr 1936 auflöste, gab es offiziell gegen den Nationalsozialismus in Österreich keinen Widerstand mehr. Durch die Verbrüderung zwischen Hitler und Mussolini im September 1937 hätte die Heimwehr aber auch so ihre politische Heimat verloren.

Aus dem Skizzierten erkennt man, dass die Zwischenkriegszeit sicher nicht jene Zeit war, die zur österreichischen Identität beitrug. Doch das Österreich-Bewusstsein wird durch die positive Einstellung zum Staat geprägt und nicht durch die Geschichte. Aber Geschichte ist wichtig, wenn man daraus lernt. Sie hat Relativierungsfunktion, denn die Gesellschaft verändert sich. Heutiges sollte man mit Historischem so verbinden, dass es für die Gesellschaft von Nutzen sein kann. Was kann man in Zukunft besser machen? Das Erfreuliche

im sonst so traurigen Geschehen der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ist die Tatsache, dass die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges 1945 nicht den gleichen Fehler machten wie die Siegermächte des Ersten Weltkrieges 26 Jahre zuvor. Diesmal konnten die Verlierer durch Wirtschaftshilfen aufbauen. Österreich und Westdeutschland erreichten rasch ein ansprechendes Wirtschaftswachstum, das dem Volk einen weit höheren Lebensstandard ermöglichte als in der Ersten Republik. Den Friedensverträgen der Pariser Vororte St. Germain-en-Laye und Versailles durch die damaligen europäischen Siegermächte sollte man nicht unbedingt ein Vorzugszeugnis ausstellen. Nüchtern betrachtet trugen sie nicht unwesentlich an der katastrophalen politischen Entwicklung in Deutschland und Österreich vor dem Zweiten Weltkrieg bei. Nach dem Geschehen von 1945 scheint es aber, dass man aus der Geschichte gelernt hat.

Neue Erkenntnisse zum bisherigen Forschungsstand der Geschichte Mitteleuropas bringen nach meiner Meinung im „Nachlass Chlumecky“ die „politischen Briefe an seinen Vater vor Italiens Verrat 1914/15“. Das beinahe hektische Bemühen der österreichischen Politiker, Italien vom Krieg abzuhalten, kommt darin deutlich zu Tage. Durch seine guten Kontakte zu Giovanni Giolitti - einem Gegner italienischer Kriegsteilnahme - erhielt der Ballhausplatz wertvolle Informationen über die Vorgänge im italienischen Parlament 1914/15. In einem Brief an seinen Vater vom 10.4.1915 verweist er auf seinen Bericht, in dem er auf Grund Conrads Äußerungen die Notwendigkeit deutscher Hilfe auseinander setzte und der letztendlich die Entsendung deutscher Verstärkungen zur Folge hatte.⁵³⁴

Aus der „Korrespondenz mit der Militärkanzlei des Thronfolgers Franz Ferdinand“ erkennt man die Vorgangsweise, wie die Wünsche bzw. Informationen des Thronfolgers über die Flügeladjutanten - vorerst Brosch und später Bardolff - Chlumecky zur Kenntnis gebracht wurden. Vieraugen-gespräche zwischen Thronfolger und Chlumecky sind aus der Korrespondenz nicht ersichtlich. Sehr interessant ist der Bericht Chlumeckys über ein Gespräch mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Deutschlands, Kiderlen-Wächter. Im Gespräch ging es, die Zweifel Deutschlands an der Bündnistreue des österreichischen Thronfolgers zu zerstreuen. Der „Brief von der Baronin Poldy (Leopoldine) Franckenstein“ vom 17.2.1913 aus London gibt neuen Einblick in die Tätigkeit des Botschafters Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein. Dabei ging es um die Grenzverletzungen Albaniens durch die Montenegriener während der Balkankriege. Diese lösten eine rege Botschafertätigkeit zwischen Russland und Österreich aus, die nach Meinung der Triple-Entente von Österreich zu schroff geführt wurden. Ebenfalls erwähnen möchte ich die „Studie des Prof. Lammasch über Albanien an die Militärkanzlei“ des

⁵³⁴ Nachlass Chlumecky, 7a. 07 (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. G 1808)

Thronfolgers bzw. die Entgegnung von Leopold Chlumecky auf diese Studie. In der „Korrespondenz mit Josef Redlich“ möchte ich nur auf das Exposé über die Creditanstalt verweisen, das im Schreiben Chlumeckys vom 12. September 1931 Josef Redlich über die herrschenden negativen Zustände dieses Geldinstitutes informierte.

Das waren nur einige von mir angeführte Inhalte über den reichhaltigen Nachlass. Nochmals erwähnt sei dabei, dass der Nachlass Chlumecky bisher noch nicht bearbeitet bzw. nicht näher katalogisiert war. Die von mir vorgenommene Quellenabschrift, Unterteilung und Benummerung erfolgte zwecks Auffindung meiner Hinweise in den Fußnoten.

Nicht zuletzt möchte ich Herrn Professor Dr. Wolfdieter Bihl und Frau Professor Dr. Margarete Grandner für ihre fachliche Betreuung meiner Arbeit herzlich danken.

ungedruckte Quellen

Quelle 1

Nachlass Chlumecky (=Österr.Staatsarchiv - Haus-, Hof- und Staatsarchiv Sig. NN u. XY).

- 1 Korrespondenz mit der Militärkanzlei des Thronfolgers Franz Ferdinand
- 2 Kopie des von der Militärkanzlei entworfenen Vertrages in Angelegenheit „Militärstrafprozess“.
- 3 Zeitungsartikel.
- 4 Studien über die politische und geographische Bedeutung Albaniens für die Donaumonarchie.
- 5 Brief von Frau Poldy (Leopoldine) Franckenstein.

Quelle 2

Nachlass Chlumecky (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Sig. 1808)

1-3 Akten von Vater Chlumecky (werden für diese Arbeit nicht verwendet)

4 Brief Berchtolds an Chlumecky 30.7.1912

5 eigenhändig geschriebener Umschlag: „die Beziehung des ehemaligen Reichskriegsministers Br. Pitreich zu den Armeeforderungen Ungarns“. Eine Entgegnung von xxx (vermutlich Conrad) 21.5. Brosch

6 Korrespondenz mit Josef Redlich (1908-1934)

7 Politische Briefe

7a. Politische Briefe an meinem Vater vor Italiens Verrat 1914 - 15

7b. Politische Briefe aus der Schweiz (Tschechiens Hochverrat) u. aus Wien 1915

Nachlass Alexander Brosch v. Aarenau (=Österr. Staatsarchiv - Kriegsarchiv Karton B232 11)

Akte der Militärattachés Bern, Generalstab Res. Nr. 526 (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv)

Akte der Militärkanzlei Franz Ferdinand MKFF Karton 203 Auswärtige Angelegenheiten (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv)

Akte der Militärkanzlei Franz Ferdinand MKFF Karton 203 / 8 Auswärtige Angelegenheiten (=Österr. Staatsarchiv-Kriegsarchiv)

gedruckte Quellen, Literatur, Zeitschriften

J.C.Allmayer-Beck, Erzherzog Franz Ferdinand (= ungedruckte Diss. Uni. Wien Wien 1948)

Rudolf Ardelt, Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich (=Europaverlag Wien 1990)

Anna H. Benna, Studien zum Kultusprotektorat Österreich-Ungarns in Albanien im Zeitalter des Imperialismus 1888-1918. In: Mitteilungen des österr. Staatsarchives Band 7 (=Berger Wien 1954)

Erika Bestenreiner, Franz Ferdinand und Sophie von Hohenberg (= Piper Verlag München 2004)

Wolfdieter Bihl, Von der Donaumonarchie zur 2. Republik (= Böhlau Verlag Wien-Köln 1989)

Gerhard Botz, Die historische Erscheinungsform des Faschismus. Beiträge zur historischen Sozialkunde. 4. Jahrgang/Nr. 3 Juli-September 1974

K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik (=Athenäum/Droste Düsseldorf 1978)

K. D. Bracher, Die deutsche Diktatur (=Verlag Ullstein Frankfurt/M. 1979)

Brockhaus Enzyklopädie, 24 Bd. 19. völlig neubearb. Aufl. (=Mannheim 1994)

Peter Broucek, Reformpläne aus dem Beraterkreis Erzherzog Franz Ferdinands und Kaiser Karls. In: Richard G. Plaschka, Anna M. Drabek, Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (=Österr. Akademie der Wissenschaften Wien 1995)

Peter Broucek, Karl I. (IV.) Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie (=Böhlau Verlag Wien 1997)

F. L. Carsten, Die erste österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen (= Verlag Böhlau Wien 1988)

Leopold Chlumecky, Die österreichische Handelsmarine und ihre Ansprüche auf staatl. Unterstützung. Eine Studie (=Verlag Carl Gerold's Sohn Wien 1902)

Leopold Chlumecky, Die Agonie des Dreibundes. Das letzte Jahrzehnt italienischer Untreue (=Verlag Franz Deuticke Leipzig-Wien 1915)

Leopold Chlumecky, Politische Übersichten. Jahrgänge 1908-1912 Bd. 19-33 (=Österr. Rundschau)

Die Chronik Österreichs, Regierungslisten (=Chronikverlag Dortmund 1984)

Ingeborg Engerth, Leopold von Chlumecky (=Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades an der Philosophischen Fakultät der Uni-Wien 1950)

Viktor Eisenmenger, Erzherzog Franz Ferdinand. Seinem Andenken gewidmet von seinem Leibarzt (=Amalthea Verlag Zürich-Leipzig-Wien 1930)

Fritz Fellner, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem ersten Weltkrieg (=Verlag für Geschichte und Politik Wien 1960)

Georg Franz, Erzherzog Franz Ferdinand u. die Pläne zur Reform der Monarchie (=Verlag G.D.W. Callwey Brünn-München 1943)

Immanuel Geiss (Hrsg.), Der Berliner Kongress 1878. Protokolle und Materialien. Schriften des Bundesarchivs 27 (= Harald Boldt Verlag Boppard/Rhein 1978)

Genealogisches Handbuch des Adels, Freiherrliche Häuser B Band 4

Josef Grunzel, Aufgaben der österr. Wirtschaftspolitik (=Österr. Rundschau Bd. 7 1906 S. 316)

Beate Hammond, Habsburgs größte Liebesgeschichte (= Ueberreuter Wien 2001)

Horst Haselsteiner, Bosnien-Herzegovina. Orientkrise und Südslavische Frage (=Böhlau Verlag GmbH Wien-Köln-Weimar 1996)

Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882 - 1918 (=Verlag für Geschichte und Politik Wien 1993)

Leopold Hohenecker, Gustav Otruba, Von Saint-Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918-1955 (=Bergland Verlag Wien 1967)

Robert Kann, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie (=Verlag H. Böhlhaus Nachf. Graz-Köln 1964)

Gottfried-Karl Kindermann, Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehresieg von 1934 (=Verlag Hoffmann u. Campe Hamburg 1984)

Caroline Klima, Das große Handbuch der Geheimgesellschaften (=Ueberreuter Wien 2007)

Hans Kohn, Die Slawen und der Westen (=Verlag Herold Wien-München 1956)

Michael Macek, Albanien unter der Herrschaft des Prinzen zu Wied (= Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie Univ. Wien 1995)

Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition S. 36 f (=Lang Druck AG Bern 1973)

Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin (=Verlag für Geschichte u. Politik Wien 1969)

Oskar Mitis, Das Leben des Kronprinzen Rudolf (=Verlag Herold Wien-München 1971)

„Neues Wiener Tagblatt“, vom 20.2.1893

Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917 - 1947 (=Verlag Ferdinand Schöningh Paderborn 1989)

Emily Oncken, Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der zweiten Marokkokrise 1911 (=Droste Verlag Düsseldorf 1981)

Alfred Opitz/Franz Adlgasser, Der Zerfall der europäischen Mitte. Staatenrevolution im Donauraum. Berichte der sächsischen Gesandtschaft in Wien 1917 - 1919 (=Wolfgang Neugebauer Verlag Graz 1990)

Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950 (=Verlag d.Österr. Akademie der Wissenschaften)

Isabel F. Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes. Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897 - 1908 (= Böhlau Verlag Wien 1996)

Heinrich Pitreich, Meine Beziehungen zu den Armeeforderungen Ungarns (= Druck Jasper Wien 1911)

Max Polatschek, Franz Ferdinand-Europas verlorene Hoffnung (=Amalthea Verlag Wien-München 1989)

Manfried Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers (= Verlag Styria Wien 1993, 1994)

Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. I, 1908-1914. Das politische Tagebuch Josef Redlichs, bearb. von Fritz Fellner (=Verlag Böhlau Nachf. Graz-Köln 1953)

Josef Redlich, Schicksalsjahre Österreichs Bd. II, 1915-1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs, bearb. von Fritz Fellner (=Verlag Böhlau Nachf. Graz-Köln 1954)

Eli Rubin, Prohibition. Das amerikanische Alkoholverbot (=Dt. Volksschriften Nr. 2 Wien 1931)

Eli Rubin, Der Fall Österreichische Credit-Anstalt (=Verlag Wr. Volksschriften Nr. 11 Wien 1931)

Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise (= Verlag Knapp Frankfurt/Main 1989)

Theodor Veiter, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich (=Amalthea Verlag Wien-München 1984)

Gabriele Volsansky, Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juli-Abkommen 1936 (=Verlag Böhlau Wien-Köln-Weimar 2001)

Anton Wagner, Der erste Weltkrieg (=Wien 1981; Herold-Truppendienst Taschenbuch Wien 1993)

Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Bd. III / 1, 2 (=Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Wien 1980)

Erika Weinzierl-Kurt Skalnik, Österreich 1918 - 1938. Geschichte der Ersten Republik 1 (=Verlag Styria Graz Wien Köln 1983)

Gilbert Zieburg, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24 - 1931 (=Suhrkamp Verlag Frankfurt a. Main 1984)

Erich Zöllner, Geschichte Österreichs (= Verlag f. Geschichte u. Politik 8. Auflage Wien 1990)

Personenverzeichnis lt. 1. Österr. Biogr. Lexikon 1815 - 1950 (=Verlag d.Österr. Akademie der Wissenschaften)
2. Brockhaus Enzyklopädie in 24 Bänden (=Mannheim 1996)

Abd ül Hamid II., 1876-1909, geb. Konstantinopel 21.9.1842, + ebd. 10.2.1918. Er führte die 1839 eingeführten Reformen nach westl. Vorbild (Tansimat) zunächst fort und erließ 1876 eine Verfassung, die er nach der Niederlage im Krieg von 1877-78 (große Gebietsverluste der Türkei) wieder aufhob. Unterdrückte danach die innenpolit. Liberalisierung und förderte den Panlawismus. 1908 zwangen ihn die Jungtürken die Verfassung wieder in Kraft zu setzen. 1909 setzten sie ihn ab und verbannten ihn bis 1912 nach Saloniki.

Adler, Victor, österr. Politiker, Sozialdemokrat, geb. Prag 24.6.1852, + Wien 11.11.1918. Armenarzt in Wien. Seit 1889 Parteiführer, führend an der Ausbildung des Austromarxismus (Arbeiterzeitung).

Aehrenthal, Aloys Lexa Graf von, österr. Politiker, geb. Groß Skal-Böhmen am 27.9.1854, + Wien am 17.2.1912. 1895 österr. Gesandter in Bukarest, 1899 Botschafter in Petersburg, Oktober 1906 Außenminister. Nach anfänglichen Ausgleichsbemühungen mit Russland über die Balkanfragen verfolgte er eine aktive Balkanpolitik, die auf die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Stellung der Habsburgmonarchie in diesem Raum ausgerichtet war. Die Annexion von Bosnien und der Herzegowina führten 1908 zu einer ernsten Krise. Einen Krieg verhinderte das diplomatische Eingreifen des Dt. Reiches. Im Rahmen des Dreibundes suchte Aehrenthal sich mögliche Handelsfreiheit zu bewahren und schloss mit Italien 1909 ein Abkommen, das diesem einen gewissen Einfluss auf dem Balkan zusicherte.

Alexander III., russ. Kaiser v.1881-94, geb. St. Petersburg am 10.3.1845, + Liwadija 1.11.1894.

Andrássy, Julius (Gyula) d. Ä., Graf, österr. Politiker, geb. Kaschau am 3.3.1823, + Volosca 18.2.1890. Gehörte 1848-49 der Reformpartei an, wurde 1851 in Abwesenheit zum Tod verurteilt und 1857 amnestiert. Spielte eine führende Rolle beim österreichisch-ungarischen Ausgleich. Seit Februar 1867 erster ungar. Ministerpräsident und seit 1871 österr.-ungar. Minister des Äußern. Auf dem Berliner Kongress 1878 konnte er die milit. Besetzung von Bosnien-Herzegowina durchsetzen. Am 8.10.1879 wurde er von Kaiser Franz Joseph entlassen.

Andrássy, Julius (Gyula) d. J., Graf, ungar. Politiker, geb. Budapest 30.6.1860, + ebd. 11.6.1929. Gründete 1905, in Opposition zu Min. Präs. Tisza stehend, die Verfassungspartei und war 1906-10 Innenminister im Koalitionskabinett von Wekerle. Als letzter österr.-ungar. Außenminister, 24.10.-5.11.1918, bot er am 28.10. der Entente einen Sonderfrieden an. Bekämpfte das Rätssystem Bela Kuns und war 1921 führend am gescheiterten Rückkehrversuch Karls IV. beteiligt.

Apponyi, Albert, Graf, ungar. Politiker, geb. Wien 29.5.1846, + Genf 7.2.1933. Seit 1878 Führer der gemäßigt-oppositionellen Nationalpartei. 1901-04 Präs. des Abgeordnetenhauses, 1906-10 und 1917-18 Kultusminister. Sein Ziel war die Magyarisierung der Minderheiten. 1920 bei den Pariser Friedensverhandlungen und nach 1924 im Völkerbund Leiter der ungar. Delegation.

Auersperg, Karl Fürst, Herzog von Gottschee, österr. Politiker, geb. Prag 1.5.1814, + ebd. 4.1.1890. Bruder von Adolf Auersperg. 1861-67 Präs. des Herrenhauses. Als Min. Präs. 1867-68 trat er für die Aufhebung des Konkordats von 1855 ein. Der geforderten tschechenfreundlichen Politik widersetzte er sich. 1868-83 war er Oberstlandmarschall von Böhmen.

Auffenberg v. Komarów, Moritz Freiherr, General u. Kriegsminister, geb. Troppau 22.5.1852, + Wien 18.5.1928. Abs. die Theres. Milit. Akad. und später die Kriegsschule. 1871 Lt., 1880 Hptm. im Generalstab, 1900 GM und Brigadier in Raab, 1905 FML und Div. in Agram, wo er sich mit der süd-slaw. Frage beschäftigte. 1909 Korpskmdt. in Sarajewo und Geh. Rat, 1910 Gen. d. Inf. Auf Wunsch des Thronfolgers 1911 Kriegsminister. 1912 trat er als Minister zurück und wurde Armeeinspektor. 1914 übernahm er das Kmdo. der 4. Armee (Sieg am 26.8. bei Komarow), Ende Sept. wurde er seines Postens enthoben. Unter der Anschuldigung pflichtwidriger Amtsführung als Kriegsmin. kam er 1915 vor ein Milit.-Ehrengericht, das ihn jedoch freisprach.

Bacquehem, Olivier Marquis v., geb. 1847 Troppau, + 22.4.1917 Wien. 1886-1893 österr. Handelsminister, 1893-1895 österr. Innenminister, seit 1906 1. Präs. d. Verwaltungsgerichtshofes.

Badeni, Kasimir Graf, österreichischer Staatsmann, geb. Surochów in Galizien am 14.10.1846, + Krasne in Galizien am 9.7.1909. Seit 1888 Statthalter v. Galizien, wurde 1895 Ministerpräsident und Innenminister Österreich-Ungarns. Mit seinen Sprachverordnungen (5.4. u. 22.4.1897) die auch in rein deutschen Gebieten für Böhmen u. Mähren die Doppelsprachigkeit bei Gerichts u. Verwaltungsbehörden erzwangen, suchte er die Forderungen der Tschechen nach einem eigenen Staat innerhalb der Donaumonarchie zu unterlaufen.

Bardolff, Dr. Carl, geb. 1865, + Graz 1953. Vorstand der Militärkanzlei Erzhzg. Franz Ferdinands 1911-1914. Sept. 1914 Generalstabchef d. Armee Böhm-Ermolli. 6. Okt. 1918 Sektionschef im Kriegsministerium.

Bauer, Otto, Dr. jur., österr. Politiker, geb. Wien 5.9.1881, + Paris 4.7.1938. Seit 1907 Redakteur der Arbeiter Zeitung. Nach dem Tode Victor Adlers im Nov. 1918 Staatssekretär des Auswärtigen, musste im Juli 1919 zurücktreten. Innerhalb der Sozialdemokratie war er Wortführer des Austromarxismus. Nach dem Scheitern des sozialdemokratischen Februaraufstandes von 1934 floh er in die Tschechoslowakei und ging 1938 nach Frankreich.

Beck, Max Vladimir Freiherr v., Staatsmann, geb. Wien 6.9.1854, + 20.1.1943. 1906-08 Ministerpräsident, setzte 1907 die Wahlrechtsreform durch, 1907 Herrenhausmitglied, 1919-38 Präsident d. österr. Ges. vom Roten Kreuz, 1915-34 Präs. des obersten Rechnungshofes.

Benedikt XV., Papst 1914-22, früher Giacomo della Chiesa, geb. Genua 21.11.1854, + Rom 22.1.1922. Wahrte ungeachtet seiner perönlichen Neigung zu Frankreich die polit. Neutralität. Seine Versuche einer Friedensvermittlung im Ersten Weltkrieg scheiterten. Sein Name ist mit der Veröffentlichung des „Codex Iuris Canonici“ verknüpft.

Benes, Edvard, tschechoslowak. Politiker, geb. Kozlany 28.5.1884, + Szimovo 3.9.1948. Dozent für Nationalökonomie in Prag. Enger Mitarbeiter Masaryks im Kampf für die Errichtung eines tschechoslowak. Staates. War von 1918-35 Außenminister, 1921-22 zugleich Min. Präs.. Als Außenminister führte er die Delegation seines Landes bei den Pariser Friedensverhandlungen und vertrat es beim Völkerbund. Um die staatliche Existenz der Tschechoslowakei gegen Revisionsansprüche zu sichern, schuf er 1920-21 die „Kleine Entente“, ein Bündnissystem im östl. Mittel- und Südosteuropa, das er durch ein Bündnis mit Frankreich 1924 u. der UDSSR 1935 ergänzte. Als Nachfolger Masaryks 1935-38 Staats-Präs., trat jedoch 1938 nach Abschluss des Münchner Abkommens und der Abtrennung des Sudetenlandes an Dtl. zurück. Im Zweiten Weltkrieg stand er von 1940-45 in London an der Spitze einer tschechoslowak. Exilregierung. Als Präs. der neu errichteten tschechoslowak. Republik 1945-48 konnte er die Umwandlung seines Landes in einen kommunist. Staat nicht verhindern.

Berchtold, Leopold Graf, österr. Politiker, geb. Wien 18.4.1863, + Ödenburg 21.11.1942. 1906-11 Botschafter in Petersburg, übernahm im Jänner 1912 gegen seinen Willen das österr. Außenministerium. Seine Politik zielte auf Friedenserhaltung und Beibehaltung des Status quo auf dem Balkan. Der Tripoliskrieg und die Balkankriege korrigierten seine politische Leitlinie. Mit der Schaffung des albanischen Staates suchte er die großserbischen Expansionspläne zu unterbinden. Nach der Ermordung des Thronfolgers in Sarajewo am 28.6.1914, löste er mit dem Ultimatum - Begehrnote - an Serbien die zum ersten Weltkrieg führende Julikrise aus. Meinungsverschiedenheiten mit dem Kaiser über die Politik gegenüber Italien, das Gebietsansprüche für seine neutrale Haltung im Krieg geltend machte, ließen ihn im Jänner 1915 zurücktreten.

Bethmann Hollweg, Theobald von, geb. Hohenfinow 29.11.1856, + ebd. 2.1.1921. Wurde am 14.7.1909 zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Wegen seines Widerstandes gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und wegen des Friedensangebotes der Mittelmächte vom 12.12.1916 kam es zum Konflikt mit der deutschen obersten Heeresleitung und am 13.7.1917 zu seinem Sturz.

Beust, Friedrich Ferdinand Graf von, sächs. und österr. Staatsmann, geb. Dresden 13.1.1809, + Schloss Altenberg 24.10.1886. Seit 1858 sächs. Min. Präs. Seine zunehmend antipreußische Politik führte Sachsen 1866 auf die Seite Österreichs. Im Okt. 1866 wurde er österr. Außenminister, 1867 Min. Präs., wenig später Reichskanzler. Er hat maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung des österr.-ungar. Ausgleichs.

Bienerth-Schmerling, Richard Graf, österr. Politiker, geb. Verona 2.3.1863, + Wien 3.6.1918. Er führte als Innenminister 1906-08 im Kabinett Beck die Wahlreform und die ersten Wahlen nach dem allgemeinen Stimmrecht durch. Vom 15.11.1908 bis 26.6.1911 war er Ministerpräsident im reinen Beamtenkabinett. Wegen fortgesetzter Obstruktion der Tschechen verfügte er im Februar 1909 die Schließung des Reichsrates und des böhmischen Landtages. Trotz heftiger tschechischer Obstruktion wurde im März während der Annexionskrise das Rekrutierungskontingent von der Parlamentsmehrheit bewilligt.

Bilinski, Leon, Staatsmann geb. Galizien 15.6.1846, + Wien 14.6.1923. 1928 Sektionschef im Handelsmin. und Gen. Dir. d. österr. Staatsbahnen. 1895-99 Finanzmin. im Kabinett Badeni. 1912 gemeins. Finanzminister.

Bismarck, Otto Leopold Graf von, Staatsmann, geb. Schönhausen 1.4.1815, + Friedrichsruh 30.7.1898. Er löste den deutschen Dualismus durch einen Krieg mit Österreich 1866. Damit war der

Dt. Bund zerstört und Österreich aus Deutschland verdrängt, die preußische Vorherrschaft in Norddeutschland besiegelt.

Bolfras, Arthur Frh. von, General, geb. Sachsenhausen b. Frankf. a. M. 16.4.1838, + Baden b. Wien 19.12.1922. Absolv. der Theres. Milit. Akad., machte die Feldzüge 1859 und 1866 in Südtirol mit. Seit 1862 im Gen.-Stabskorps, 1871-75 im Kriegsministerium, Generalstabschef des 5. Korps, 1889-1916 Gen.-Adj. und Vorstand der Militärkanzlei des Kaisers, 1916 Gen.-Obst.

Breitner, Hugo, Finanzpolitiker, geb. Wien 9.11.1873, + Clairemont (Kalif.) 5.3.1946. Stadtrat und Finanzreferent der Gem. Wien. Kam als Bankbeamter zur Sozialdemokr. Partei und begann in der Gewerkschaft der Bankbeamten eine Rolle zu spielen. War als Vertreter seiner Partei 1919-32 im Gemeinderat und amtsführender Stadtrat für das Finanzwesen. 1934 wurde er verhaftet, ging nach seiner Freilassung nach Italien und von dort nach Amerika. In der kleinen kaliforn. Universitätsstadt Clairemont wurde er Universitätslektor. Breitners kühne und neue Wege beschreitende Finanzpolitik brachte ihm einerseits Bewunderung, andererseits schärfste Kritik. Mit der viel angefeindeten „Breitnersteuer“ (Wohnbausteuer) schuf er die Grundlage für den großzügigen sozialen Wohnhausbau der Gem. Wien.

Briand, Aristide, frz. Politiker, Rechtsanwalt u. Journalist, geb. Nantes 28.3.1862, + Paris 7.3.1932. 1902-32 Abg. Als Min. für Unterricht u. Kultus 1906-08 führte er die Trennung von Staat u. Kirche durch. Nach dem Ersten Weltkrieg bemühte er sich um die Förderung des Abrüstungsgedankens und um eine dt.-frz. Aussöhnung als Voraussetzung eines den frz. Bedürfnissen entsprechenden „Kollektiven Sicherheitssystems“. Höhepunkt der Politik des Ausgleichs gegenüber Dtl. waren die „Locarnoverträge“ 1925. Dafür erhielt er 1926 zusammen mit dem dt. Außenminister Stresemann den Friedensnobelpreis. 1928 erfolgte die völkerrechtl. Ächtung des Angriffskrieges durch den „Briand-Kellogg-Pakt“.

Brosch v. Aarenau, Alexander, Stabsoffizier, geb. Temesvár 8.10.1870, + 7.9.1914. Abs. der techn. Milak, kam 1895 zum Generalstab, 1897 Pionierhauptmann, 1899 im Kriegsministerium, 1906-11 als Mjr. und Obstlt. Flügeladj. des Erzherz.-Thronfolgers. 1911 Kommandant des 2. IR der Tiroler Kaiserjäger. Als Oberst fiel er an dessen Spitze bei Hujcze-Rawa 1914 in Galizien. Einflussreichste und bedeutendste Persönlichkeit in der Umgebung des Thronfolgers. Traf die Vorarbeiten für den Thronwechsel. Schöpfer der Militärkanzlei Franz Ferdinads.

Brüning, Heinrich, Politiker, geb. Münster 26.11.1885, + Norwich 30.3.1970. Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag. Wurde nach dem Sturz der Reg. Müller am 28.3.1930 Reichskanzler.

Bülow, Bernhard Heinrich Fürst von, Politiker, geb. Klein-Flottbeck zu Hamburg 3.5.1849, + Rom 28.10.1929. Ab 1900 Reichskanzler. Gezwungen ohne parlamentarischer Mehrheit seine Regierungsziele zu verfolgen, verstand er es mit diplomatischem Geschick, sich jeweils einer regierungsfähigen Mehrheit zu versichern und gleichzeitig dem monarchischen Selbstbewusstsein Wilhelms zu schmeicheln. In der Außenpolitik glaubte er, dass ein Krieg zwischen den Briten und Russen unvermeidbar sei und sich Deutschland daher eine Politik der freien Hand leisten könne. Er legte das Dt. Reich auf eine gegen Großbritannien gerichtete Flottenpolitik fest. Sein oberster Grundsatz war ein treues Zusammenstehen mit Österreich-Ungarn (Nibelungentreue). Die Folge war eine krisenreiche Entwicklung, die das Dt. Reich bündnispolitisch in die Isolierung trieb: Scheitern der deutsch-britischen Bündnisgespräche (1900/01), britisch-französische Entente (1904), erste Marokkokrise (1905/06), britisch-russische Entente (1907) sowie die bosnische Annexionskrise (1908/09). Innenpolitisch konnte Bülow den tiefen Gegensatz zwischen Konservativen und Sozialdemokraten nicht überbrücken. Seine Stellung zum Kaiser wurde durch die „Daily-Telegraph-Affäre“ erschüttert und durch die Behandlung der preußische Wahlrechtsfrage und der Reichsfinanzreform unhaltbar. Im Juni 1909 musste er seinen Abschied nehmen. Als Sonderbotschafter in Rom scheiterten seine diplomatischen Bemühungen im Winter 1914-15, Italien vom Kriegseintritt abzuhalten.

Buresch, Karl, österr. Politiker u. Rechtsanwalt, geb. Grobenzersdorf 12.10.1878, + Wien 16.9.1936. Mitgl. der Christlichsozialen Partei, gehörte 1919-33 dem Nationalrat an. 1922-31 u. 1931-32 Landeshauptmann v. Niederösterr., von Juni 1931 bis Jänner 1932 Bundeskanzler, 1933-35 Finanzmin., 1935-36 Min. ohne Geschäftsbereich.

Burián von Rajecz, Stephan Graf, österr. Politiker, Diplomat und Staatsmann, geb. Stampfen bei Preßburg 16.1.1851, + Wien 20.10.1922. Er war nach diplomatischen Diensten in Alexandria, Belgrad, Sofia, Moskau und Athen in den Jahren 1903-12 österr.-ungar. Finanzminister, womit ihm auch die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina unterstand. 1908 erfolgte unter ihm die Annexion dieser Länder. Obwohl er die fakultative Kmeten-Ablösung und die Wahl des Landtages durchführte, eine Verfassung in beiden Provinzen vorschlug und obwohl man ihm Serbenfreundlichkeit vorwarf, gelang ihm die Beruhigung des Landes nicht. Als Nachfolger L. Berchtolds war er 1915-16 Außenminister. Er versuchte vergeblich, Italien und Rumänien auf ihre Neutralität zu verpflichten. Zugleich distanzierte er sich vom uneingeschränkten U-Bootkrieg. 1918 war er als Nachfolger Graf Czernins wieder Außenminister. Er war gegen einen österreichischen Sonderfrieden und trat am 25.10.1918 zurück.

Carol I., eigtl. Karl Eitel Friedrich Zephyrin v. Hohenzollern, Fürst v. 1866-81, König v. Rumänien seit 1881, geb. Sigmaringen 20.4.1839, + Schloss Peles bei Sinaia 10.10.1914. Seit 1859 preuß. Offizier, machte sich im Russ.-Türk. Krieg 1877-78 von der Türkei unabhängig und nahm 1881 den Königstitel an. Er schuf einen Staat westeurop. Prägung. Trotz des Bündnisses mit Dtl. u. Österr.-Ungarn von 1883 (Dreibund) beschloss am 3.8.1914 der Kronrat gegen die Stimme Carols die Neutralität Rumäniens.

Cadorna, Luigi Graf Marschall v. Italien seit 1924, geb. Verbania 4.9.1850, + Bordighera 23.12.1928. Versuchte im 1. Weltkrieg als Generalstabschef Italiens in 11 Isonzoschlachten die österr. Front zu durchbrechen. Wegen des Rückzugs seiner Truppen in der 12. Isonzoschlacht wurde er abgelöst.

Chamberlain, Sir Joseph Austen, brit. konservat. Politiker, geb. Birmingham 16.10.1863, + London 16.3.1937. 1919-21 Schatzkanzler. Gehörte nach dem Ersten Weltkrieg der engeren Führung der konservativen Partei an. Als Außenmin. 1924-29 bemühte er sich um europ. Zusammenarbeit. Er erhielt für den Abschluss des „Locarnopaktes“ mit Dawes 1925 den Friedensnobelpreis.

Chlumecky, Leopold Freiherr von, österr. Politiker und Journalist, geb. Wien 3.2.1873, + Buenos Aires 14.1.1940. Sein Vater war Johann Freiherr v. Chlumecky. Sein Großvater war Anton Ritter v. Chlumecky, der von 1777 bis 1861 lebte. Leopold Chlumecky stud. Jus, war 1898-1906 im Staatsdienst tätig und wandte sich dann der Journalistik zu. Er wurde Mitarbeiter der „Österr. Rundschau“ und ab 1906 deren Hrsg. Mehrmals mit diplomatischen Missionen betraut, geistig sehr beweglich und durch gute Beziehungen zu bedeutenden Persönlichkeiten meist gut informiert, befasste sich Chlumecky hauptsächlich mit dem Verhältnis Österreich-Italien und der südslawischen Frage. Er war Anhänger einer imperialistischen Politik und wirkte unermüdlich für die Ideen des Thronfolgers Franz Ferdinand. Seit 1918 lebte er als Privatmann in Wien, Ungarn, der Schweiz und Südfrankreich. 1938 wanderte er nach Südamerika aus.

Chlumecky, Johann Frh. von, Politiker und Staatsmann, geb. Zara 23.3.1834, + Bad Aussee 11.12.1924. War im mährischen Landtag und später im Reichsrat. 1871-75 Ackerbaumin., gründete die Hochschule für Bodenkultur. _

Chotek, Sophie Gräfin Herzogin von Hohenberg, geb. Stuttgart 1.3.1868, + Attentat Sarajewo 28.6.1914. Hofdame der Kaiserin Elisabeth. Heiratete 1900 den österr. Thronfolger Franz Ferdinand inmorganatischer Ehe.

Clam - Martinic, Heinrich Graf von, österr. Politiker, geb. Wien 1.1.1863, + Schloß Clam bei Grein 7.3.1932. Freund des Thronfolgers Franz Ferdinand. Er bemühte sich im böhmischen Landtag und

Herrenhaus vergeblich um den deutsch-tschechischen Ausgleich. Als Ministerpräsident von Dezember 1916 - Juni 1917, versuchte er vergeblich ein Kabinett mit Vertretern aller österreichischen Nationalitäten zu bilden. 1917-18 war er Militärgouverneur in Montenegro.

Conrad v. Hötzendorf, Franz Freiherr, österr.-ungar. Feldmarschall, geb. Penzing-Wien 11.11.1852, + Mergentheim 25.8.1925. Betrieb als Chef des Generalstabes den Ausbau und die Kriegsbereitschaft des Heeres und drängte seit 1907 auf einen Präventivkrieg gegen Serbien und Italien. Im Nov. 1911 zur Demission bewogen, wurde er angesichts der Unruhen auf dem Balkan im Dez. 1912 zurückberufen. Im ersten Weltkrieg, den er als unausweichliche Bewährungsprobe des österr. Staates ansah, leitete er die Operationen des österr.-ungar. Heeres. Manche seiner Pläne und Vorschläge scheiterten am Interessengegensatz zur deutschen Heeresleitung. Infolge grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten mit Kaiser Karl wurde er am 1.3.1917 seiner Stellung enthoben und zum Oberbefehlshaber in Tirol ernannt. Nach militärischen Misserfolgen wurde Conrad am 15.7.1918 verabschiedet.

Crispi, Francesco, italienischer Staatsmann und Rechtsanwalt, geb. Ribera 4.10.1819, + Neapel 11.8.1901. Wirkte bei der Eroberung Unteritaliens unter G.Garibaldi mit. Seit 1861 Abgeordneter der radikalen Linken. 1877-78 wurde er Innenminister. 1887-91 und seit 1893 Ministerpräsident, gleichzeitig meist auch Außen- und Innenminister. War Hauptvertreter des imperialistischen Gedankens in Italien. Der Versuch Äthiopiens zu erobern scheiterte im Äthiopischen Krieg. Nach der Niederlage bei Adua 1896 musste er zurücktreten.

Czernin, Ottokar Graf v. u. z. Chudenitz, österr. ungar. Staatsmann, geb. Dimokur (Böhmen) 26.9.1872, + Wien 4.4.1932. Stud. Jus an der Prager Dt. Univ., stand in Den Haag u. Paris im diplomat. Dienst. Seit 1903 Mitgl. des böhm. Landtags (Verfassungspartei), seit 1912 des Herrenhauses, bekannte sich als Deutscher und trat für Versöhnung mit den Tschechen ein. Thronfolger Franz Ferdinand ließ sich von ihm beraten. Er ging 1913 als Gesandter nach Bukarest, wo er bis zum Ausbruch des rumänischen Krieges 1916 verblieb. Nach der Thronbesteigung Kaiser Karls wurde er am 23. Dezember 1916 Min. des Äußern. Seine Amtstätigkeit begann er mit erfolglosen Friedensangeboten. Auf Drängen Ludendorffs willigte er im April 1917 für den uneingeschränkten U-Bootkrieg ein, doch am 2.10.1917 trat er u. a. für die Freiheit der Meere als Basis für einen Frieden ein. Den Höhepunkt seines Ansehens bedeuteten die Friedensschlüsse mit der Ukraine am 9.2.1918, mit Russland am 3.3.1918 und Vorfriede mit Rumänien am 3.3.1918. Czernins Rolle in der „Sixtusaffäre“ ist noch nicht ganz geklärt. Am 14. April 1918 trat er zurück.

Dawes, Charles Gates, amerikan. Politiker u. Rechtsanwalt, geb. Marietta 27.8.1865, + Evanston 23.4.1951. Mitgl. der Republican Party, 1921-22 Direktor des Budgetbüros. Entwarf als Vors. einer internat. Sachverständigenkommission die Leitlinien des „Dawesplans“ (Reparationsleistungen Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg). Mit Chamberlain erhielt er 1925 den Friedensnobelpreis.

Dobernig, Dr. Josef, geb. Klagenfurt 1862, + 24.8.1918 Klagenfurt, 1912 Präs. d. österr. Delegation, von Mai bis Oktober 1917 Obmann des dt. Nationalverbandes.

Dollfuß, Engelbert, österr. Politiker, geb. Texing (NÖ) 4.10.1892, + in Wien 27.7.1934. Mitgl. der christlichsozialen Partei. 1927-31 Kammeramtsdirektor der NÖ-Landwirtschaftskammer. 1931-34 Landwirtschaftsmin., 1932-34 Bundeskanzler und Außenmin., bekämpfte in enger Anlehnung an Italien energisch den Anschluss Österreichs an Deutschland. Nach der „Selbstausschaltung“ des Nationalrates im März 1933 wandelte er, gestützt auf die „Vaterländische Front“, die parlam. Republ. in ein autoritäres Regierungssystem um. Errichtete für radikale Gegner Internierungslager. Schlag 1934 den sozialdemokr. Februaraufstand nieder und verbot alle Parteien. Mit der „Maiverfassung“ von 1934 schuf er in Anlehnung auf die päpstl. Enzyklika „Quadragesimo anno“ eine autoritäre Staatsordnung auf christlich-ständischer Grundlage. Wurde bei einem nationalsozialist. Putschversuch 1934 ermordet.

Eichhoff, Johann Frh. v. geb. 1871. Sektionschef im österr. Innenministerium.

Eisenmenger, Viktor, Mediziner, geb. Wien 29.1.1864, + ebd. 11.12.1932. Dr. med., Ass. an der Klinik Schrötter, Spezialist für Erkrankungen des Kehlkopfes, Leibarzt von Kaiser Franz Joseph, Thronfolger Franz Ferdinand und Kaiser Karl.

Elisabeth, Eugenie Kaiserin v. Österreich und Königin v. Ungarn, geb. München 24.12.1837, + ermordet Genf 10.9.1898. Heiratete am 24.4.1854 Kaiser Franz Joseph I. v. Österreich.

Ender, Otto, österr. Politiker, geb. Altach 24.12.1875, + Bregenz 25.6.1960. Mitgl. der christlichsozialen Partei. Zwischen 1918-34 mit Unterbrechung Landeshauptmann von Vorarlberg. Trat für den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz ein. 1930-31 Bundeskanzler. Als Min. für Verfassungsfragen in der Reg. Dollfuß hatte er 1933-34 maßgeblichen Anteil an der ständisch-autoritären Bundesverfassung vom 1.5.1934. 1934-38 war er Präs. des Bundesrechnungsamtes.

Engel v. Mainfelden, August Freiherr, Finanzpolitiker, geb. Wien 1.7.1855, + ebd. 9.1.1941. Jus Absolv. der Univ. Wien, ab 1883 im Finanzministerium, 1905 Sektionschef. Vom 8.10.1913-1.12.1915 österreichischer Finanzminister.

Falkenhayn, Erich von, General, geb. Burg Belchau 11.9.1861, + Schloss Lindstedt b. Potsdam 8.4.1922. War von Juli 1913 bis Jänner 1915 preuß. Kriegsminister. Löste kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges Helmuth v. Moltke als Chef des Generalstabes des dt. Feldheeres ab. Er wurde am 29.8.1916 durch Hindenburg abgelöst.

Fey, Emil, österr. Politiker u. Offizier, geb. Wien 23.3.1886, + Selbstmord ebd. 16.3.1938. Mitgl. der christlichsozialen Partei, führte 1932-35 die Wiener Organisation der Heimwehr. In der Reg. Dollfuß war er 1933-34 Sicherheitsminister und Vizekanzler. War 1934 maßgeblich an der Niederschlagung des sozialdemokratischen Februaraufstandes beteiligt. Seine Rolle beim Juliputsch gegen Dollfuß blieb ungeklärt. War 1934-35 in der Reg. Schuschnigg Innenminister.

Forgách, Johann Graf, geb. Gács 1870, + 1935. 1907-1911 österr.-ung. Gesandter in Belgrad, 1911-1913 Gesandter in Dresden, 1913- 1917 Sektionschef im Ministerium des Äußern.

Franckenstein, Leopoldine, geb. 1874 Dresden, + 2.8.1918 Aussee. Gattin von Hermann Passavant, Generalkonsul.

Franz Ferdinand Erz. v. Österreich Este, geb. Graz 18.12.1863, + Sarajewo 28.6.1914. Sohn von Erz. Karl Ludwig und Maria Annunciata. Nach dem Selbstmord von Kronprinz Rudolf 1889 kam F.F. als Thronfolger in Betracht. Eine Ernennung zum Thronfolger wurde nie ausgesprochen. In morganatischer Ehe mit Sohie Chodek. Seit 1902 Generalinspektor der gesamten bewaffneten Macht. Wurde zusammen mit seiner Gattin in Sarajewo ermordet.

Franz Joseph I., Kaiser v. Österreich seit 1848, König v. Ungarn seit 1867, geb. Wien-Schönbrunn 18.8.1830, + ebd. 21.11.1916. Neffe von Kaiser Ferdinand I., verh. mit Elisabeth.

Gessmann, Albert, Politiker, geb. Wien 18.1.1852, + Prein b. Reichenau 7.7.1920. Schloss sich 1882 als Wr. Gemeinderat Lueger an. Mitbegründer der christlich-sozialen Partei. 1891 im Reichsrat. 1904/05 trat er für das allgem. Wahlrecht ein. 1908 im Kabinett Beck Arbeitsminister.

Giolitti, Giovanni, italienischer Politiker, Min. Präs. 1903-1905, 1906-1909, 1911-1914, geb. 27.10.1842, + 17.7.1928. 1914/15 war er Führer der Neutralisten. Gegner eines italienischen Kriegseintritts. 1920/21 zwang er G. D'Annunzio zur Räumung von Fiume. Gegen die katholischen und sozialistischen Massenparteien suchte er nach 1920 das Bündnis mit den Faschisten.

Goluchowski, Agenor Graf von, österr.-ungar. Politiker, geb. Lemberg 25.3.1849, + ebd. 28.3.1921. Außenminister 1895-1906, versuchte den Status quo am Balkan zu erhalten. Setzte sich konsequent für die Dreibundpolitik ein.

Henderson, Sir Neville Meyrick, brit. Diplomat, geb. Sedgewich Park 10.6.1882, + London 30.12.1942. War 1928-29 Gesandter in Frankreich, 1929-35 in Belgrad, 1937 in Berlin. Dort vertrat er die von der Reg. Chamberlain betriebene Politik des Appeasement gegenüber dem nat.-soz. Deutschland.

Herriot, Édouard, frz. Politiker u. Schriftsteller, geb. Troyes 5.7.1872, + Saint-Genis-Laval 26.3.1957. 1919-24 führte er die Opposition gegen den „Bloc national“ und die Dtl.- Politik des Min. Präs. Poincaré. Von Juni 1924 bis April 1925 Min. Präs. und Außenminister. Er setzte die Anerkennung der UdSSR, die Räumung des Ruhrgebiets sowie die Annahme des Dawesplanes durch. Ab 1942 vom Reg. System Vichy unter Polizeiaufsicht gestellt und 1944 nach Dtl. deportiert. Nach seiner Rückkehr 1945 beteiligte er sich am Aufbau der IV. Republik. 1947-54 Präs. der Nationalversammlung. Herriot war die Verkörperung des Radikalsozialismus und eine Schlüsselfigur der frz. Innenpolitik zw. den Weltkriegen. 1946 Mitgl. der Académie française.

Hilferding, Rudolf, geb. Wien 10.8.1877, + Paris Februar 1941 in Gestapohaft. Urspr. Arzt, 1904-23 Mitherausgeber der Marxstudien. Von 1922-1933 Mitgl. des SPD - Parteivorstandes. 1928/29 Reichsfinanzminister. Seit 1938 lebte er in Frankreich. Er war ein bedeutender Theoretiker des Austromarxismus.

Hindenburg, Paul von, eigtl. P. von Beneckendorff und v. H., Generalfeldmarschall seit 1914 und Reichs-Präs. seit 1925, geb. Posen 2.10.1847, + Neudeck 2.8.1934. Als Oberbefehlshaber der 8. Armee in Ostpreußen (Generalstabschef Ludendorff) schlug er die russ. Truppen bei Tannenberg u. an den Masur. Seen. Volkstümlichster Heerführer des Ersten Weltkrieges. Am 29.8.1916 übernahm er als Chef des Generalstabs des Feldheeres mit Ludendorff als Erstem Generalquartiermeister, die 3. Oberste Heeresleitung (OHL), die infolge fast uneingeschränkt die strateg. Leitung des Krieges innehatte. Er trug zum Sturz von Reichskanzler T. Bethmann Hollweg auch bei. Um die monarch. Staatsform zu retten, befürwortete er im Nov. 1918 den Übertritt des Kaisers in die Niederlande. Nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages legte er sein Kommando nieder. Im April 1925 wurde er Reichs-Präs.. Er verfolgte den Gedanken, ein Präsidialkabinett zu bilden. Nach anfänglichen Zögern ernannte er am 30.1.1933 Hitler zum Reichskanzler.

Hitler, Adolf, Politiker, geb. Braunau a. Inn 20.4.1889, + Selbstmord Berlin 30.4.1945. In Wien entwickelte sich sein extrem nationalist. u. antisemit.-rassist. Weltbild. Von Schönerer und Lueger übernahm er neben dem radikalen Antisemitismus auch die Feindschaft gegen den Liberalismus und den Marxismus. Als Freiwilliger erreichte er im Ersten Weltkrieg den Dienstgrad eines Gefreiten. 1919 Beitritt in die „Dt. Arbeiterpartei“ - ab 1920 „Nationalsozialist. Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP). 1921 Vors. dieser Partei mit diktator. Vollmachten. 1923 gründete er in Nürnberg mit Ludendorff den „Dt. Kampfbund“. An dessen Spitze versuchten beide am 8. u. 9.11.1923 zunächst in Bayern, dann im ganzen Dt. Reich die Macht an sich zu reißen (Hitlerputsch). Danach bis 1924 Haft in der Festung von Landsberg a. Lech, wo der 1. Band seiner Programmschrift „Mein Kampf“ entstand (2. Bd. 1927). Bei den Reichstagswahlen vom Sept. 1930 gelang Hitler der polit. Durchbruch auf Reichsebene. Unter propagandist. Ausnutzung der Wirtschaftskrise und der anschwellenden Massenarbeitslosigkeit gelang ihm bei den Reichstagswahlen von 1932, die NSDAP zur stärksten polit. Kraft zu machen. Bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 unterlag er im zweiten Wahlgang Hindenburg. Im Zusammenwirken mit F. v. Papen erreichte er am 30.1.1933 seine Ernennung zum Reichskanzler durch Reichs-Präs. von Hindenburg. Weiters siehe „Dt. Geschichte“.

Hohenwart, Karl Sigmund Graf von, österr. Politiker, geb. in Wien 12.2.1824, + ebd. 26.4.1899. 1871 Min. Präs. und Innenminister. Seit 1873 Führer des rechten Zentrums im österr. Abgeordnetenhaus. Seine Ideen vertrat er seit 1891 im Hohenwart-Klub.

Horthy, Miklós v. Nagybánya, geb. Kenderes 18.6.1868, + Estoril 9.2.1957. 1918 war er als Vizeadmiral letzter Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. 1919 organisierte er von Szeged, als Kriegsminister der gegenrevolutionären Regierung, den militärischen Widerstand gegen die ungarische Räte-Republik. Wurde 1920 Reichsverweser. Er wehrte zwei Versuche König Karls IV. den Thron zu besteigen ab.

House, Edward Mandell, gen. Colonel H., amerikan. Politiker, geb. Houston 26.7.1856, + New York 28.3.1938. Berater v. Präs. Wilson. Er hatte starken Einfluss auf die amerikan. Außenpolitik während des Krieges. War als amerikan. Unterhändler an den Waffenstillstands- und den Pariser Friedensverhandlungen beteiligt, wobei es nach Meinungsverschiedenheiten zum Bruch mit Wilson kam.

Hoyos, Alexander Graf Diplomat, geb. Fiume 13.5.1876, + Schwertberg (OÖ) 20.10.1937. Seit 1900 provisor. Attaché an den Gesandtschaften in Peking, Paris, Belgrad, Berlin, 1905 Legationssekr. in Stuttgart und London, 1912 Legationsrat und Chef des Kabinetts des Min. Überbrachte am 5.7.1914 Denkschrift und k. Handschreiben, welche die gefährdete Lage der Monarchie präzisierten, nach Berlin, war Protokollführer der Sitzung des gemeinsamen Ministerrates, die nach seiner Rückkehr am 7.7. stattfand. Hoyos war an der Abfassung des Ultimatums an Serbien maßgeblich beteiligt.

Hugenberg, Alfred, geb. Hannover 19.6.1865, + Kükenbruch 12.3.1951. Nutzte seine beherrschende Stellung in den deutschen Medien zum Kampf gegen das parlamentarisch-demokratische System und die Außenpolitik der Weimarer Republik. Durch seine Hilfe gelang es Hitler, sich und seine Partei aus der innenpolitischen Isolierung zu lösen.

Hussarek v. Heinlein, Max, Staatsmann und Jurist, geb. 3.5.1865 Preßburg, + 6.3.1935 Wien. Von 3.11.1911 - 23.6.1917 Min. f. Kultus u. Unterricht in den Kabinetten Stürgkh, Körber u. Clam-Martinec. Von 25.7. - 27.10.1918 Min. Präs.

Iswolskij, Aleksandr Petrowitsch, russ. Politiker, geb. Moskau 18.3.1856, + Biarritz 16.8.1919. Er scheiterte mit seiner Balkanpolitik. Anerkannte 1909 die österr. Annexion Bosniens und der Herzegowina. Festigte als Botschafter in Paris 1910-17 das russ.-franz. Bündnis gegen die Mittelmächte. Seine Politik trug wesentlich zur Zuspitzung der europ. Situation vor dem Ersten Weltkrieg bei.

Jagow, Gottlieb von, Diplomat, geb. Berlin 22.6.1863, + Potsdam 11.1.1935. War 1909-12 Botschafter in Rom, 1913 bis Nov. 1916 Staats-Sekr. des Auswärtigen Amtes, seit 1914 zugleich preuß. Staatsminister. Seine Haltung in der Julikrise 1914 ist nicht ganz geklärt, doch ist er mitverantwortlich für die unbedingte dt. Unterstützung Österr.-Ungarns gegen Serbien.

Kálnoky, Gustaf Graf, österr.-ungar. Politiker, geb. Letovice 29.12.1832, + Brodek 13.2.1898. Außenminister 1881-95, er betrieb die Politik der Friedenserhaltung - Dreibund, Dreikaiserbund, Mittelmeerabkommen - ohne dabei die Großmachtstellung Österr.-Ungarns zu gefährden.

Karl I. letzter Kaiser v. Österreich, als König v. Ungarn Karl IV., geb. Persenbeug 17.8.1887, + Funchal in Madeira 1.4.1922. Großneffe von Kaiser Franz Joseph I., verheiratet mit Zita v. Bourbon-Parma. Durch den Tod seines Onkels Thronfolger Franz Ferdinand bestieg er am 21.12.1916 den Thron. Er suchte im Frühjahr 1917 geheime Friedensverhandlungen mit der Entente einzuleiten. Die daraus entstehende „Sixtus-Affäre“ erschütterte sein innenpolit. Ansehen und verschlechterte das Verhältnis zu Dtl.. Sein Manifest vom 16.10.1918 zur föderativen Umgestaltung der Monarchie kam zu spät und beschleunigte den Zerfall des Staates. Ohne formell abzudanken, verzichtete er am 11.11.1918 auf die Ausübung der Reg. in Österreich und am 13.11.1918 in Ungarn. Nach zwei vergeblichen Versuchen, die Monarchie in Ungarn wieder herzustellen, wurde er von der Entente nach Madeira verbannt.

Karl Ludwig, Joseph Maria, Erzherzog v. Österreich, geb. Wien-Schönbrunn 30.7.1833, + Wien 19.5.1896. Seine Erziehung lag zumeist in den gleichen Händen wie die seines ältesten Bruders, des

späteren Kaisers Franz Joseph. 1848 Obst. und Inhaber des Chevauxlegersregt. 2. 1853-55 war er bei der Lemberger Statthaltereit tätig, 1855-61 Statthalter von Tirol u. Vorarlberg. Er erwarb sich u. a. große Verdienste um die Gründung des Technolog. Gewerbemuseums. Ehrenmitgl. der Akad. d. Wiss. in Wien. Er unternahm weite Reisen, die ihn bis Palästina u. Ägypten führten. Sein Familienleben war ungemein harmonisch. Der kinderlosen ersten Ehe mit Margaretha v. Sachsen folgte eine zweite mit Maria Annunziata v. Bourbon-Sizilien 1843-71, die ihm drei Söhne - Franz Ferdinand, Otto (Vater Kaiser Karls) und Ferdinand Karl - und zwei Töchter gebar. Mit seiner ihn lange überlebenden dritten Gattin Marie Therese v. Braganza hatte er zwei Töchter. Durch den Tod von Kronprinz Rudolf 1889 wurde er zum Begründer einer zweiten, zur Nachfolge auf den Thron berufenen, habsburgischen Linie.

Kerenski, Aleksander, russ. Politiker, Rechtsanwalt, geb. Simbirsk 4.5.1881, + New York 11.6.1970. Seit 1912 Abg. der sozialist. Partei der Trudowiki in der vierten Duma. Wurde nach Ausbruch der Februarrevolution 1917 einer der stellv. Vorsitzenden des Exekutivkomitees des neugegründeten Arbeiter- und Soldatendeputiertenrates (Sowjet) und Justizminister in der provisor. Regierung. Als Kriegsminister in der am 19.5.1917 gebildeten Koalitionsregierung des Fürsten Lwow schuf er die Voraussetzungen für die den Alliierten vertraglich zugesagte russ. Offensive im Juli 1917, die mit einem Misserfolg endete. Als Min. Präs. konnte er ohne militär. Unterstützung die Besetzung des Winterpalais durch die Bolschewiki am 7. 11. bzw. 25. 10.1917 nicht verhindern, sich selbst aber der Verhaftung entziehen. 1918 emigrierte er in die USA.

Kiderlen-Wächter, Alfred von, dt. Politiker, geb. Stuttgart 10.7.1852, + ebd. 30.12.1912. Seit 1879 im diplomatischen Dienst, vertrat 1907-08 zeitweilig den Botschafter in Konstantinopel, wurde 1910 Staatssek. des Auswärt. Amtes. Trotz Demonstration militärischer Stärke gegenüber Frankreich in der zweiten Marokkokrise - Panthersprung nach Agadir - vermochte er eine zeitweilige Annäherung an Großbritannien einzuleiten.

Koerber, Ernest, österr. Politiker, geb. Triest 6.9.1850, + Baden b. Wien 5.3.1919. War 1900-1904 Minister-Präsident, leitete seit 1902 auch das Innenministerium und später das Justizministerium. Er scheiterte am Versuch, den böhmischen Nationalitätenstreit verfassungsmäßig beizulegen. 1915-16 war er Finanzminister der Gesamtmonarchie und nach Stürgkhs Ermordung vom 31.10. bis 13.12.1916 Minister-Präsident. Mit Kaiser Karl verstand er sich nicht, er demissionierte am 20.12.1916 und war danach ein unerbittlicher Kritiker der neuen Experimentalpolitik.

Kossuth v. Udvard, Ferenc, geb. Pest 16.11.1841, + Budapest 25.5.1914. Studium in Paris und London. Tätig in Industrie und Bergbau. Erst nach dem Tod des Vaters Lajos Kossuth wurde er politisch tätig, auch in den Reichstag gewählt. 1897 wurde er Führer der Unabhängigkeitspartei.

Kristóffy, József, Politiker. geb. Makó (Ungarn) 7.9.1857, + Budapest 29.3.1928. Stud. Jus in Budapest und Wien, wurde dann Komitatsbeamter im Kom. Csanád. 1896 Landtagsabg. der Liberalen Partei. 1905 Innenmin. der Reg. Fejérváry. Er propagierte das allg. Wahlrecht u. bearbeitete einen entsprechenden Gesetzesantrag, der aber nicht angenommen wurde. Kristóffy gehörte zeitweise dem vertrauten Kreise Erzherz. Franz Ferdinands an.

Krobatin, Alexander Frh. von, Feldmarschall, geb. Olmütz 2.9.1849, + Wien 27.12.1933. Als Oblt. und Hptm. war er 1877-82 Lehrer an der Techn. Milit.-Akad., dann im Truppendienst beim Korps-Art.-Rgt. 7. Ende Okt. 1896 Vorstand der 7. Abt. des Reichskriegsmin. Als Nachfolger Gen. Auffenbergs erhielt er 1912 das Amt des Kriegsministers. Nahm entscheidenden Einfluss auf die Einführung der Schnellfeuerkanone. Nach dem Attentat von Sarajewo im Juli 1914 stimmte er in Übereinstimmung mit dem Chef des Generalstabes für den Krieg. Kaiser Karl ernannte ihn am 12.4.1917 zum Kmdt. der an der Kärntner Grenze stehenden Armee.

Lammasch, Heinrich, österr. Straf- u. Völkerrechtslehrer, geb. Seitenstetten (NÖ) 21.5.1853, + Salzburg 6.1.1920. War für die Umwandlung der Habsburgmonarchie in einem Staatenbund und für

den Völkerbundsgedanken. Während des 1. Weltkrieges trat er für einen Verständigungsfrieden ein. Lammasch war vom 27.10. - 11.11.1918 letzter österr. Ministerpräsident.

Lansing, Robert, amerikan. Politiker, Jurist, geb. Watertown 17.10.1864, + Washington D.C. 30.10.1928. War seit 1892 Berater der Reg. in Völkerrechtsfragen. Als Außenminister im Ersten Weltkrieg verfolgte er in den Jahren 1915-20 eine Politik der Neutralität bei materieller Unterstützung Großbritanniens. 1920 musste er wegen seiner Differenzen mit Wilson über den Versailler Vertrag zurücktreten.

Lasser v. Zollheim, Josef, Frh. Jurist u. Politiker, geb. Strobl (Salzbg.) 30.9.1814, + Wien 19.11.1879. 1848 wurde er sowohl in das dt. Parlament in Frankfurt als auch in den österr. Reichstag gewählt. 1859 Sektionschef unter Goluchowski und am 20.10.1860 Minister ohne Portefeuille. 1865 demissionierte er zusammen mit Schmerling.

Lenin, Wladimir Iljitsch, seit etwa 1901 polit. Deckname von W. I. Uljanow, russ. revolutionärer Staatsmann, geb. Simbirsk 22.4.1870, + Gorki 21.1.1924. Sohn eines aus einer Handwerkerfamilie stammenden, in den Adel aufgestiegenen Gouvernementsinspektors für das Schulwesen und einer Arzt- und Gutsbesitzertochter. Nach jurist. Studium und Zulassung als Rechtsanwalt in Petersburg betätigte er sich in der revolutionären Bewegung. Seit 1900 in der Emigration, entwickelte er das Konzept einer revol. Kaderpartei als Avantgarde des Proletariats im Kampf um die Schaffung einer sozialist. Staats- und Gesellschaftsordnung. Am zweiten Parteitag der „Sozialdemokrat. Arbeiterpartei Russlands“ in London 1903 löste er die Spaltung der russ. Sozialdemokratie in die von ihm geführten Bolschewiki und die Menschewiki aus. Den Weltkrieg bezeichnete Lenin als letztes Stadium des imperialist. Kapitalismus und deutete den Weltkrieg zugleich als Hebel für eine allgemeine prolet. Revolution. Mit offizieller dt. Hilfe, die dem Wunsch entsprang, Russland durch einen Umsturz zu schwächen, gelangte Lenin mit anderen russ. Revolutionären von der Schweiz durch Dtl., Schweden, Finnland nach Petrograd. In einem von L. D. Trotzki vorbereiteten Aufstand rissen die Bolschewiki am 25.10.1917 nach Julian. Kalender bzw. am 7.11.1917 nach Gregorian. Kalender die Macht an sich. Lenin trat als Vors. des „Rates der Volkskommissare“ an die Spitze der Reg., unterstützt u.a. von Trotzki u. Stalin. 1918 wurde Lenin bei einem Attentat schwer verletzt. Den Friedensvertrag von Brest-Litowsk v. 3.3.1918 mit den Mittelmächten setzte er gegen stärksten innenpolitischen Widerstand durch.

Liechtenstein, Franz I., regierender Fürst von und zu, geb. Schloss Liechtenstein (N.Ö.) 28.8.1853, + Feldsberg (Mähren) 25.7.1938. Schlug vorerst die militär. Laufbahn ein, 1893 Oblt., trat jedoch dann in den diplomat. Dienst und wirkte 1894-98 als Botschafter in St. Petersburg. 1914 Ehrenmitgl. der Akad. der Wiss. in Wien I., ab 1917 erbl. Herrenhausmitgl., Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies, Ehrengroßkreuz des souv. Malteser Ritterordens.

Lloyd George, David, 1. Earl of Dwyfor, brit. Politiker, geb. Manchester 17.1.1863, + Llanystumdwy 26.3.1945. Im Ersten Weltkrieg wurde er neben H. Kitchener der Organisator der Kriegsführung. Nach Kitcheners Tod übernahm er das Kriegsministerium. Er predigte die völlige Niederwerfung des dt. Reiches und erzwang die Schaffung eines einheitl. Oberbefehls in der Hand des frz. Generals Foch. Seine Nachkriegspolitik erstrebte eine gemäßigttere Behandlung des Dt. Reiches, um es vor dem völligen wirtschaftl. Zusammenbruch und dem Eindringen des Bolschewismus zu bewahren.

Ludendorff, Erich, preuß. General, geb. Posen 9.4.1865, + Tutzing 20.12.1937. War bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs Oberquartiermeister im Armeekommando. Nach dem Sieg bei Tannenberg hatte er den Ruf als „Erster Generalquartiermeister“. Neben Hindenburg mit der eigentl. militär. Gesamtleitung des Krieges betraut. Er erzwang im Jänner 1917 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und trug im Juli 1917 maßgeblich zum Sturz des Reichskanzlers T. v. Bethmann Hollweg bei. Ludendorff setzte im Frieden v. Brest-Litowsk die Kriegszieleforderungen des Militärs durch. Unter Missachtung der Friedensresolution des Reichstags im Juli 1917 wollte er innere soziale u. polit. Reformen durch Expansion ersetzen. Nach militär. Scheitern trat er überstürzt zurück und forderte Ende September 1918 einen sofortigen Waffenstillstand. Am 26.10.1918 wurde er verabschiedet. Nach 1919 wurde er in der antisemit. deutschvölk. Bewegung polit. aktiv. 1923 beteiligte er sich am

Hitlerputsch. Ludendorff beteiligte sich maßgeblich an der Verbreitung der „Dolchstoßlegende“. Er zählt zu den polit. Wegbereitern des Nationalsozialismus.

Lueger, Karl, österr. Politiker, Rechtsanwalt, geb. Wien 24.10.1844, + ebd. 10.3.1910. Seit 1855 Mitglied des Reichsrats. Vertrat die Interessen des Kleinbürgertums. Nützte die in dieser sozialen Schicht vorhanden gewesene antisemitische Strömung für seine politischen Ziele. Er fasste die verschiedenen christl.-sozialen Gruppierungen 1891 in der „Christlichsozialen Partei“ unter seiner Führung zusammen. 1897 Bürgermeister in Wien, nach mehrmaliger Ablehnung des Kaisers.

Lukács, Ladislaus, Politiker, geb. Goldmarkt (Siebenb.) 24.11.1850, + Budapest 23.2.1932. 1878 Parlamentsabg. der Liberalen Partei. 1910 Finanzminister im Kabinett Khuen - Héderváry. Vom 22.4.1910 - 10.6.1913 Min. Präs. und Innenminister. Er brach gewaltsam die Obstruktion der Opposition und ließ über das Wehr- und Wahlgesetz abstimmen.

Macchio, Karl von, Frh. Diplomat, geb. Hermannstadt (Sibiu, Siebenb.) 23.2.1859, + Wien 1.4.1945 Aus lombardischer Familie stammend. 1899-1903 Ministerpräs. in Montenegro, 1907 Bevollm. auf der Haager Friedenskonferenz, 1903-1908 Gesandter am griech. Hof, ab 1912 I. Sektionschef, ab August 1914 Botschafter am Quirinal, wo er vergeblich versuchte Italiens Kriegseintritt zu verhindern. Bülow und Erzberger gaben ihm die Schuld am Scheitern der Verhandlungen.

Mackensen, August von, preuß. Generalfeldmarschall seit 1915, geb. Haus Leinitz 6.12.1749, + Burghorn 8.11.1945. Seit 1880 im Generalstab. Im Ersten Weltkrieg Heeresgruppenbefehlshaber, erzwang den Durchbruch von Gorlice-Tarnów im Mai 1915, leitete im Herbst 1915 den Feldzug gegen Serbien, im Herbst 1916 den gegen Rumänien. 1933 wurde er zum preuß. Staatsrat ernannt.

Mandl, Fritz, geb. Wien 9.2.1900, + ebd. 8.9.1977. Ein international tätiger österr. Industrieller. Der spätere Patronenkönig, war der Sohn Alexander Mandls, eines österr. Industriellen jüdischen Glaubens. Seine Mutter war Katholikin, seine Erziehung katholisch. Von 1933-37 mit der Schauspielerin Hedy Lamarr verheiratet. Ab 1924 leitete er die Hirtenberger Patronenfabrik. 1928 vertrat er die Fabrik als österr. Partner eines Joint-Venture im schweizerischen Solothurn. Fritz Mandl engagierte sich auch politisch und finanzierte die austrofaschistische Heimwehr-Miliz. Ignaz Seipel und Ernst Rüdiger Starhemberg zählten zu seinen Freunden. Seine engen Verbindungen mit Mussolini und der ungarischen Horthy-Diktatur nützte er, um die Heimwehr mit Waffen zu versorgen. 1938 ging er nach Argentinien, kehrte von dort 1955 nach Österreich zurück und übernahm wieder die Hirtenberger Fabrik.

Masaryk, Tomáš Garrigue, tschech. Philosoph, Soziologe und Politiker, geb. Göding 7.3.1850, + Schloss Lány bei Prag 14.9.1937. Studierte in Wien u. Leipzig. Er bewies in seinen Forschungen die Unechtheit der „Königinhofer Handschrift“. Er kämpfte publizistisch gegen die Legende vom jüdischen Ritualmord und befasste sich kritisch mit dem Papsttum. Politisch nahm er Stellung gegen das Haus Habsburg und die Vorherrschaft der Deutschen und Magyaren im Bereich der Donaumonarchie. 1891-93 vertrat er die Jungtschechen, 1907-14 die von ihm gegründete Realistenpartei im österr. Reichsrat. Von London aus forderte er im Ersten Weltkrieg die tschechoslowak. Eigenstaatlichkeit. Mit E. Benes gründete er 1916 einen tschechoslowak. Nationalrat und organisierte die Tschech. Legion in Russland. Der Zusammenschluss von Tschechen und Slowaken wurde von Masaryk 1918 in den USA durch den Pittsburger Vertrag besiegelt. Nach Gründung der Tschechoslowakei wurde er 1918 Staatspräsident. 1920, 1927 u. 1934 wiedergewählt.

Meinl, Julius, Großkaufmann, geb. Wien 18.1.1869, + Alt Prerau (NÖ) 16.5.1944. Als ständiger Berater des Kriegsministeriums organisierte er 1916 die Kriegskaffeezentrale. Meinl errichtete 1905 in Wien eine Kakao- und Schokoladenfabrik. Er gründete 1907 die einzige Berufsschule für kaufmänn. Lehrlinge, führte im selben Jahr die gänzliche Sonntagsruhe und 1931 die Fünftagewoche ein. Das hohe Ansehen, das Meinl in England genoss, kam seiner Friedensaktion zustatten, der er sich im Ersten Weltkrieg mit allen Kräften widmete. Seine Bemühungen galten einem Verständigungsfrieden und im Zusammenhang damit der Bereinigung der Nationalitätenfrage. In der von ihm gegründeten Österr.-polit. Ges. gewann er Lammasch als Mitarbeiter. Im Juni 1917 wollte

Kaiser Karl ein Ministerium Lammasch-Redlich ernennen mit der Aufgabe, die Verfassung im föderalist. Sinne umzugestalten und den Krieg zu beenden. Dieser Plan scheiterte. Im Dez. 1917 unterhandelte Meinl in der Schweiz mit engl. Diplomaten und dem Vertrauensmann Wilsons, Herron und gewann die Zustimmung K. Wilhelms u. Ludendorffs für die amerikan. Vermittlung. Diese Friedensaktion scheiterte an der ablehnenden Haltung der Mittelmächte.

Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, Albert Graf, Diplomat, geb. Lemberg 5.9.1861, + Wien 15.6.1945. Ab 1896 an der österr. Botschaft in London, hatte nahe Beziehungen zum engl. Königshaus. 1917 führte er im offiziellen Auftrag in der Schweiz mit dem brit. Kabinettsmin. Smuts Friedensgespräche. Ab 1920 erster Delegierter bei der Völkerbundversammlung. Mitgl. des Herrenhauses und Geh. Rat.

Michaelis, Georg, dt. Politiker, geb. Haynau 8.9.1857, + Bad Saarow 24.7.1936. Als Nachfolger von T. v. Bethmann Hollweg war er vom 14.7 bis 31.10.1917 Reichskanzler und preuß. Min. Präs.. In den Auseinandersetzungen um die Friedensresolution des Reichstags bzw. den unterschiedlichen Interessen von Reichtagsmehrheit und Oberster Heeresleitung, konnte er sich nicht durchsetzen und wurde abgelöst.

Miklas, Wilhelm, österr. Politiker, geb. Krems a. d. Donau 15.10.1872, + Wien 20.3.1956. Mitgl. der Christlichsozialen Partei, 1907-18 Abg. im Reichsrat, 1818-28 im österr. Nationalrat, 1918-19 Mitgl. d. Staatsrates, 1923-28 Präs. d. Nationalrates u. 1928-38 Bundes Präs.. Er lehnte es ab, das Gesetz zum Anschluss Österreichs an das Dt. Reich zu unterzeichnen und trat am 13.3.1938 zurück.

Moltke, Helmuth von, preuß. Generaloberst, geb. Rittergut Gersdorff (Mecklenburg) 25.5.1848, + Berlin 18.6.1916. 1906 als Nachfolger A. v. Schlieffens, Chef des Generalstabs der Armee. Der durch seine Entschlossenheit mitverursachte Misserfolg der Marneschlacht führte am 14.9.1914 zu seinem Rücktritt.

Monts, Anton Graf, geb. 1852 Berlin, + 1930 Haimhausen. 1902-1909 dt. Botschafter in Rom.

Morrison, Herbert Stanly, Baron, brit. Politiker, geb. London 3.1.1888, + ebd. 6.3.1965. Mitglied der Labour Party. 1929-31 Verkehrsminister.

Müller, Hermann, Politiker, geb. Mannheim 18.5.1876, + Berlin 20.3.1931. Unterzeichnete als Außenminister zusammen mit Verkehrsminister Bell am 28.6.1919 den Versailler Vertrag. Von März bis Juni 1920 war er auf Basis der „Weimarer Koalition“ und von Juni 1928 bis März 1930 im Rahmen der großen Koalition, aus SPD, Zentrum, DDP, DVP und BVP, Reichskanzler. Stellte die Lösung der Reparationsfrage in den Vordergrund. Das Scheitern seiner Reg. hatte erheblichen Einfluss auf die Krise der Demokratie in Deutschland.

Musulini von Gomirje, Alexander Freih., Diplomat, geb. Agram 27.10.1868, + Fridau 9.1.1947. Wuchs in Agram auf. 1891 Dr. jur. der Univ. Wien. Diente 1891-92 als Konzeptspraktikant im Präsidium der kroat.-slawon.-dalmatin. Landesreg. 1892 Diplomatenprüfung in Wien. Er war den diplomat. Vertretungen in Dresden 1893/94, Paris 1894 und Stuttgart 1895, dazwischen dem Min. des k. Hauses und des Äußern in Wien provisor. zugeteilt. Als Gesandtschaftsattaché wurde er 1895 auf Wunsch Aehrenthals nach Bukarest und 1899 provisor. nach St. Petersburg versetzt, von wo aus er 1900-01 nach Athen und Belgrad delegiert wurde. Anlässlich der Ereignisse des Sommers 1914 wurde er mit der Abfassung des Ultimatums an Serbien und des Memorandums an die Großmächte betraut. Während des Krieges wurde ihm die Leitung des neugeschaffenen „Kriegsreferats“ übertragen. 1917 bis Kriegsende Gesandter und bevollmächtigter Min. in Bern, wo er von K. Karl beauftragt wurde, dort im Sinne eines baldigen Friedens zu wirken.

Mussolini, Benito, italien. Politiker, geb. Predappio 29.7.1883, + erschossen Giulino di Mezzegra 28.4.1945. Im Bündnis mit den Liberalen gelangte er 1921 an der Spitze von 21 faschist. Abg. ins Parlament. Seine erfolgreichen Bemühungen, im politisch-parlament. Raum Fuß zu fassen, waren begleitet von antisozialist. Gewaltakten faschist. Terrorgruppen in ganz N-Italien. Unter Hinwendung zur Monarchie und im Bündnis mit Kräften in Wirtschaft, Armee, Verwaltung und Kirche errang er

im Okt. 1922 die Macht im Staat. Seit der 30er Jahre verfolgte er als Diktator zunehmend eine imperialist. Außenpolitik. Nach der Ermordung von Dollfuß 1934 konnte er Hitler von der gewaltsamen Annexion Österreichs durch das Dt. Reich noch zurückhalten. 1935 ließ er italien. Truppen in Äthiopien einmarschieren. Gemeinsam mit Hitler intervenierte er seit Juli 1936 im Span. Bürgerkrieg und begründete mit diesem im Okt. 1936 die Achse Berlin-Rom. Im März 1938 musste er aber den Anschluss Österreichs an das Dt. Reich hinnehmen. Seine Politik geriet immer stärker in die Abhängigkeit von Dtl. Im Juni 1940 der Eintritt Italiens an der Seite Dtl.s in den Zweiten Weltkrieg. Militär. Misserfolge führten zum Ende seiner Herrschaft in Italien. Der König ließ ihn verhaften. Von dt. Fallschirmjägern wurde er aus der Haft auf dem Campo Imperatore am Gran Sasso d'Italia am 12.9.1943 befreit. Danach führte er in völliger Abhängigkeit von Dtl. die Repubblica Sociale Italiana, deren Staatsgebiet durch den Rückzug der dt. Truppen aus N-Italien ständig schrumpfte. Kurz vor Kriegsende wurde er 1945 mit seiner Geliebten Clara Petacci auf der Flucht in die Schweiz von italien. Widerstandskämpfern ohne Gerichtsverfahren erschossen.

Papen, Franz von, Politiker, geb. Werl 29.10.1879, + Obersasbach 2.5.1969. Offizier im Ersten Weltkrieg. Am 1.6.1932 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt (Kabinett der Barone). Hob das Verbot der SA auf. Im Juni-Juli 1932 setzte er in Lausanne das Ende der Reparationsleistungen durch. Ebnete Hitler den Weg zur Macht. Vom Militärtribunal in Nürnberg freigesprochen, jedoch bis 1949 durch das Spruchkammerverfahren im Arbeitslager.

Pasic, Nikola, serb. Politiker, Ingenieur, geb. Zajecar 31.12.1845, + Belgrad 10.12.1926. 1881 Mitbegründer der Radikalen Volkspartei. 1891-92, 1904-18 Min. Präs. und zeitweilig Außenminister. Vertrat in enger Anlehnung an Russland die großserb. Idee. In der Deklaration von Korfu am 20.7.1917 bereitete er mit den Kroaten die Errichtung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen vor, das er 1919 bei den Pariser Friedensverhandlungen vertrat. 1921-26 Min. Präs. Jugoslawiens.

Pitreich, Heinrich, Frh. von, General, geb. Laibach 10.11.1841, + Wien 13.1.1920. Wurde 1859 als Lt. aus der Genieakad. zum Geniebaon. 6. ausgeschieden und diente ab 1866 als Generalstabsoff. im Truppengeneralstab. Ab 1876 war er im Operationsbüro des Generalstabs eingeteilt, 1878 Mjr., 1882 Obstlt. und ab 1883 als Vorstand der 5. Abtlg. des Reichskriegsmin. tätig, 1890 Vorstand des Präsidialbüros des Reichskriegsmin., 1891 GM. Er kommandierte ab 1895 die 24. Inf. Truppendiv., ab 1896 wirkte er als Stellvertreter des Generalstabchefs. 1902 als Nachfolger Kriegshammers Reichskriegsminister. 1904 FZM. Seine Bereitschaft zu Konzessionen in Wehrfragen gegenüber Ungarn trug ihm die Gegnerschaft des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinands ein. Dadurch musste Pitreich, der als neuer Chef des Generalstabs in engster Wahl stand, gegenüber Conrad v. Hötzendorf zurückstehen. 1906 wurde er seines Postens enthoben.

Poincaré, Raymond, frz. Politiker u. Rechtsanwalt, geb. Bar-le-Duc 20.8.1886, + Paris 15.10.1934. War 1887-1903 progressiv-republikan. Abg., 1894 u. 1906 Finanzminister. Angesichts der militär. Stärke Deutschlands überzeugt, dass nur eine starke Allianz Sicherheit biete, pflegte er als Min. Präs. und Außenmin. 1912-13 intensiv die frz.-brit. und frz.-russ. Beziehungen. Gegenüber Dtl. war er kompromisslos. Er hatte den Ruf eines Revanchisten im Hinblick auf den Dt.-Frz. Krieg 1870-71. Als Präs. 1913-20 bemühte er sich während des Ersten Weltkrieges um eine „Union sacrée“ aller Parteien und plädierte für eine Annexion des Rheinlandes und der Saar. Als Vors. der Reparationskommission 1920 trat er für die extensive Auslegung des Versailler Vertrages ein. 1922 provozierte er den Sturz des Min. Präs. A. Briand, dessen konziliante Haltung gegenüber Dtl. er ablehnte. Als Min. Präs. 1922-24 ließ er 1923 wegen des Verzuges der dt. Lieferungen das Ruhrgebiet besetzen. Seine Erwartungen mit Unterstützung der USA u. Großbritannien eine definitive Regelung des Reparations- und Schuldenproblems im Interesse Frankreichs zu treffen, wurde nicht erfüllt (Dawesplan). 1926 wurde er erneut Min. Präs. Am 27.7.1929 zog er sich wegen gesundheitlicher Probleme aus der Politik zurück.

Princip, Gavrilo, Student u. Revolutionär, geb. Gornji Obljaj (Bosn.) 13.7.1894, + Theresienstadt 28.4.1918. Kam in Sarajewo 1911 mit der national-revol. Bewegung Mlada Bosna in Kontakt, deren Widerstandshandlungen sich hauptsächlich gegen die Überschichtung durch die österr.-ungar. Administration und gegen die zunehmende Abhängigkeit vom ins Land strömenden Fremdkapital

richteten. Aus dem Gymn. bereits 1912 entlassen, trat er in Belgrad auch mit der serb. Geheimorganisation „Crna ruka - Schwarze Hand“ in Kontakt. Mit anderen bos. Revolutionären verabredete er im März 1914 ein Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand. Der Thronfolger und seine Gattin besuchten Sarajewo am Freitag den 28.6.1914, einen nationalen Gedenktag der Serben, wo beide, nach einem vorhergegangenen fehlgeschlagenen Bombenattentat, von Gavrilo Princip gegenüber der Lateiner Brücke erschossen wurden. Vor Gericht unterstrich er die polit. Zielsetzung seiner Tat, nämlich die Zerstörung der Habsburgermonarchie, wobei er sich auf die Erlaubtheit des Tyrannenmordes berief. Zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, starb er in Theresienstadt in der Festungshaft offenbar an Knochentuberkulose.

Rainer Ferdinand, Erzherzog v. Österreich, General, Politiker, geb. Mailand 11.1.1827, + Wien 27.1.1913. Sohn von Erzherzog Rainer Josef, Schwiegersohn von Erzherzog Karl.

Redlich, Josef, Politiker und Jurist, geb. Göding 18.6.1869, + Wien 11.11.1936. Studierte an der Univ. Wien 1886-90, 1891 Dr. jur., Leipzig und Tübingen Geschichte und Jus. Widmete sich der Wiss. und fand mit seinen Arbeiten zur engl. Verwaltung und über den engl. Parlamentarismus früh internationale Anerkennung. 1909-18 war er o. Prof. für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Techn. Hochschule Wien. 1906 mähr. Landtagsabg., 1907-18 Reichstagsabg. Er profilierte sich bald als einer der angesehensten Parlamentarier. Während des Ersten Weltkrieges entfernte er sich von seiner ursprünglich dt.-nationalen Auffassung und wurde engagierter Pazifist u. Vertreter einer nationalen Verständigungspolitik. Vom 27.10. - 11.11.1918 fungierte er als Finanzminister im Kabinett Lammasch. In den Kriegsjahren Forschungen zur österr. Geschichte. Nach der Gründung der Republik widmete er sich wieder seinen wiss. Arbeiten, die ihm schon vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges mehrfach Einladungen zu Vorlesungstätigkeiten an amerikan. Univ., vor allem an der Harvard Univ. in Cambridge (Mass.) gebracht hatten. 1926-34 wirkte er mit kurzen Unterbrechungen an dieser Univ. als Prof. für vergl. Staats- und Verwaltungsrecht. 1929 als Kandidat Österr. zum Ersatzrichter am Internat. Gerichtshof in Den Haag gewählt, kehrte er nach der Creditanstaltskrise noch einmal nach Österr. zurück und wurde 1931 für einige Monate Finanzminister im Kabinett Buresch.

Renner, Karl, österr. Politiker, geb. Untertannowitz 14.12.1870, + Wien 31.12.1950. Einer der Führer der österr. Sozialdemokratie. 1907 Mitglied des Reichsrats. Führender Vertreter des Austromarxismus. Von Okt. 1918 - Juni 1920 Staatskanzler. Unterzeichnete den Vertrag von Saint-Germain. 1938 erklärte sich Renner für den Anschluss Österreichs an Deutschland. Ende April 1945 bildete er als Staatskanzler eine prov. österr. Regierung, die die Voraussetzung für die Errichtung der Zweiten Republik schuf. Ab Dez. 1945 war er Bundespräsident.

Rintelen, Anton, österr. Politiker, geb. Graz 15.11.1876, + ebd. 28.1.1946. 1903 Prof. f. Zivilprozessrecht in Prag. Ab 1911 in Graz Mitgl. der Christlichsozialen Partei. Er beteiligte sich an den Vorbereitungen des nat.-soz. Juliputsches am 25.7.1934 gegen Bundeskanzler Dollfuß, in dessen Verlauf ihn die österr. Nationalsozialisten zum Bundeskanzler ausriefen. Nach Scheitern des Putsches wurde er inhaftiert und 1935 wegen Hochverrats zu lebenslängl. Kerker verurteilt. Im Febr. 1938 amnestiert.

Röhm, Ernst Julius, geb. München 29.11.1887, + ebd. 1.7.1934. Nach dem Ersten Weltkrieg Stabsoffizier. Baute Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen auf. Durch seine Verbindung zu Hitler ab 1919 Mitglied der Dt. Arbeiterpartei, dann der NSDAP. War am Aufbau der SA beteiligt. Wurde von Hitler 1931 zum Stabschef der SA ernannt. Wollte nach 1933 die SA als unabhängiges Machtinstrument dem NS System entziehen. Im Zuge des Röhm-Putsches wurde er als einziger Rivale Hitlers am 30.6.1934 verhaftet und einen Tag später erschossen.

Rudolf, Erzherzog Kronprinz, geb. Schloss Laxenburg 21.8.1858, + vermutlich Freitod mit Baronin Mary Vetsera auf Schloss Mayerling 30.1.1889. Sohn Kaiser Franz Josephs I. und Kaiserin Elisabeth.

Salandra, Antonio, italienischer Politiker, Jurist, wurde 1878 Prof. in Rom, Abgeordneter der rechten Mitte, geb. 13.8.1853, + 9.12.1931. Er war ein Gegner von Giolitti. Führt als Ministerpräsident 1914-1916 den Kriegseintritt an der Seite der Entente herbei. 1919 war er Delegierter Italiens in Versailles. Er begünstigte nach 1920 den Faschismus. 1928 wurde er Senator.

Salisbury, Robert Arthur Talbot, Marquess of, brit. Politiker, geb. Hatfield 3.2.1830, + ebd. 22.8.1903. Nahm als Außenminister 1878-80 entscheidenden Einfluss auf die britische Politik, die eine friedliche Lösung der Balkanfrage anstrebte.

Schacht, Hjalmar Horace Greely, Bankier u. Politiker, geb. Tinglev 22.1.1877, + München 3.6.1970. Leitete ab 1916 die Nationalbank für Deutschland. War als Reichsbank-Präs. 1924-30 an den Verhandlungen über den Dawesplan 1924 und den Youngplan 1929 beteiligt. Unterstützte die „Harzburger Front“ 1931 und die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, dem er Kontakte zu Hochfinanz und Großindustrie vermittelte. Sorgte für die Finanzierung der Aufrüstung. Ab 1936 war er zunehmend im Gegensatz zu Hitler und wurde 1939 als Reichsbank-Präs. entlassen. Nach dem Hitler-Attentat 1944 kam er ins KZ Ravensbrück. Im Nürnberger Prozess wurde er als Hauptkriegsverbrecher freigesprochen aber danach von den deutschen Behörden bis 1948 inhaftiert. Ab 1953 Mitinhaber der von ihm gegründeten Privatbank Schacht u. Co.

Schemua, Blasius, General, geb. Klagenfurt 2.1.1856, + ebd. 21.11.1920. Musterte 1874 als Lt. von der Theresian. Militärakad. in Wr. Neustadt zum IR 7 aus. Seit 1885 im Gen. Stabskorps. 1910 Sektionschef im Kriegsministerium. Als Erzherzog Franz Ferdinand beim Kaiser die Ablösung des Kriegsministers Schönau durchsetzen konnte, musste er konzedieren, dass Schemua 1911 Conrad als Chef des Generalstabes ablöste. Erhöhte Kriegsgefahr am Balkan veranlassten jedoch Franz Ferdinand, Conrad neuerlich zu berufen. Schemua war 1914 Kmdt. des II. Wr. Korps beim Sommerfeldzug gegen Russland. Er wurde als einer der Schuldigen an der nicht geglückten doppelten Umfassung der Russen in der Schlacht bei Komarów angesehen und im Sept. 1914 des Kmdos. enthoben.

Schleicher, Kurt von, General und Politiker, geb. Brandenburg 7.4.1882, + Neuabelsberg 30.6.1934. Während des Ersten Weltkrieges in der Obersten Heeresleitung. Gewann Einfluss auf Hindenburg. Betrieb seit Ende 1929 den Sturz der parlamentarisch getragenen Reichsreg. unter H. Müller (SPD). Trug 1932 entscheidend zum Sturz Brüning bei, da dieser nicht auf seinen Plan einging, die stark anwachsende NSDAP zu zähmen. Von Dez. 1932 bis Jänner 1933 selbst Reichskanzler. Wurde im Verlauf des Röhmerputsches von der SS ermordet.

Schmerling, Anton von, Staatsmann, geb. Wien 23.8.1805, + ebd. 23.5.1893. 1848 vertrat er als Mitgl. eines ständ. Ausschusses liberale Forderungen und wurde nach dem Erfolg der Märzrevolution Organisator der Nationalgarde in Wien. Noch 1848 wurde er dt. Reichsminister für Inneres, kurzfristig Min. Präs. und Min. des Äußern. Als solcher trat er gegen die preuß. Hegemonie auf. 1849 schied er aus der dt. Nationalversammlung aus. 1849-51 war er Justizminister der österr. Reg. unter Schwarzenberg. Trat im Zusammenhang mit dem verschärften Neoabsolutismus zurück. Nach der Niederlage im Krieg gegen Frankreich begann seine zweite politische Karriere. 1860 wurde er Min. Präs. der ersten „pseudoliberalen Regierung“. 1861 von Erzherzog Rainer Ferdinand abgelöst, blieb er aber als Staatsminister einflussreichster Politiker. Mit dem Februarpatent, dem Protestantenpatent (beide 1861) und der Menschenrechtsklausel 1862 setzte diese Reg. wesentliche Marksteine in der Liberalisierung der Habsburgermonarchie. 1865 demissionierte er.

Schober, Johannes, österr. Politiker, geb. Perg (OÖ) 14.11.1874, + Baden b. Wien 19.8.1932. War 1918-21 und 1922-29 Polizeipräs. von Wien. Niederschlagung der Julirevolte 1927. Erzielte als Bundeskanzler u. Außenmin. 1921-22 eine Einigung mit Ungarn in der Burgenlandfrage (Venediger Protokolle 30.10.1921). Im Vertrag von Lana am 16.12.1921 suchte seine Reg. das österr.-tschechische Verhältnis zu verbessern. Von Sept. 1929 bis Aug.1930 erneut Bundeskanzler u. Außenmin., dabei erreichte er die Aufhebung der österr. Reparationszahlungen und setzte auf Kosten der parlamentarischen Gremien die Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk durch. Als den

Großdeutschen nahestehend führte er 1930 den „Nationalen Wirtschaftsblock“. Als Außenmin. u. Vizekanzler 1930-32 scheiterte er 1931 mit dem Plan einer österr.-deutschen Zollunion.

Schönaich, Franz Xaver Freiherr von, österr. Politiker, geb. Wien 27.2.1844, + 26.1.1916. War zwischen 1887-95 dem General-Truppeninspektor Erzhzg. Albrecht zur persönlichen Dienstleistung zugeteilt. Im Jahre 1905 wurde er Minister für Landesverteidigung der zisleithanischen Reichshälfte. 1906 wurde er Reichskriegsminister. Die Angriffe der von der Militärkanzlei Franz Ferdinands inspirierten Presse führten 1911 zur Abdankung Schönaichs.

Schönerer, Georg Ritter von, österr. Politiker, geb. Wien 17.7.1842, + Schloss Rosenau 14.12.1921. Seit 1873 Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses, seit 1879 einer der Führer der deutschnationalen Bewegung, deren Linzer Programm 1882 er maßgeblich bestimmte. Bekämpfte großösterr. Klerikalismus und Liberalismus und vertrat einen radikalen Antisemitismus. Ein Überfall auf die Redaktion des „Neuen Wr. Tagblatts“ 1888 trug ihm Kerkerhaft u. Mandatsverlust ein. Als später Vorkämpfer der „Los von Rom-Bewegung“ beeinflusste er die alldt. Strömungen und u.a. den jungen Hitler.

Schuschnigg, Kurt von, österr. Politiker u. Rechtsanwalt, geb. Riva del Garda 14.12.1897, + Mutters 18.11.1977. 1927-33 als Mitgl. der Christlichsozialen Partei im Nationalrat, 1932-34 Justiz- und Unterrichtsminister. Wurde nach der Ermordung von Dollfuß 1934 dessen Nachfolger. 1934-36 auch Unterrichtsmin., 1934-38 auch Außenminister. Im Kampf gegen Sozialdemokraten u. Nationalsozialisten suchte er die ständisch-autoritäre „Maiverfassung“ zu behaupten. Durch Pflege guter Beziehungen zum faschist. Italien bemühte er sich, die Unabhängigkeit Österreichs gegenüber dem nat.-sozial. Deutschland zu stärken. In Gegensatz zu Heimwehrführer E. R. Fürst v. Starhemberg geraten, übernahm Schuschnigg nach dessen Rücktritt 1936 auch die Leitung der „Vaterländ. Front“. Wegen Italiens Annäherung an Dtl. suchte er durch das österr.-dt. Abkommen vom 17.7.1936 den Gegensatz zum Dt.Reich zu überbrücken. In der Folgezeit übernahm er unter deutschem Druck widerstrebend die Politik des „Deutschen Weges“. Durch das Abkommen in Berchtesgaden mit Hitler vom 12.2.1938 gab er praktisch die eigenständige österr. Politik auf. Seine kurzfristig angeordnete Volksabstimmung über die österr. Unabhängigkeit nahm Hitler zum Anlass, mit dem Einmarsch dt. Truppen den „Anschluss“ Österreichs durch Annexion gewaltsam zu vollziehen. Am 11.3.1938 trat Schuschnigg zurück. Er war bis Kriegsende in Haft, zuletzt im KZ. 1945 ging er in die USA, ab 1948 war er Prof. in Saint Louis. Seit 1967 lebte er in Mutters.

Schwarzenberg, Felix Fürst zu, österr. Politiker, geb. Krumau 2.10.1800, + Wien 5.4.1852. Feldmarschalleutnant. Wurde im Nov. 1848 Ministerpräsident. Versucht im Revolutionsjahr 1848 die staatl. Autorität wieder herzustellen. Setzte die Thronbesteigung Franz Josephs I. durch, löste den in Kremsier tagenden Reichstag auf. Mit der Aufhebung der Verfassung von 1849 durch das Silvesterpatent (1851) kehrte er zur absolutistischen Politik zurück.

Seipel, Ignaz, österr. Politiker, geb. Wien 19.7.1876, + Pernitz 2.8.1932. Kath. Priester, seit 1921 Prälat. Beteiligte sich führend am Aufbau des neuen österr. Staates und der Ausgestaltung seiner Verfassung. 1921-29 Obmann der Christlichsozialen Partei. Vom 31.5.1922 - 8.11.1924 sowie vom 20.10.1926 - 3.4.1929 war er Bundeskanzler. Am 1.6.1924 wurde er durch ein Attentat schwer verletzt. Er schloss Christlichsoziale, Großdeutsche und Landbund 1927 zu einer Bürgerblockregierung zusammen, um die Sozialdemokratie zu schwächen. Er förderte die Heimwehren. Vom 30.9. - 29.11.1930 war er Außenminister.

Seyß-Inquart, Arthur, österr. Politiker, geb. Iglau 22.7.1882, + hingerichtet 16.10.1946 nach dem Urteil des Nürnberger-Militärtribunals. Ab 1931 in Verbindung mit der österr. NSDAP, der er 1938 beitrat. Ab 1937 Staatsrat im Kabinett Schuschnigg. Diente als Mittelsmann zum nat.-soz. Deutschland. Am 16.2.1938 setzte Hitler die Ernennung von Seyß-Inquart zum österr. Innenminister durch. Deutschland bediente sich seiner bei der Vorbereitung und Durchführung des Anschlusses an das Deutsche Reich und erreichte ultimativ am 11.3. 1938 seine Ernennung zum Bundeskanzler. Vom 13.3.1938 bis 30.4.1939 war er Reichsstatthalter der Ostmark.

Sieghart, Rudolf, geb. 18.3.1866 in Troppau Schlesien, + 4.8.1934 Luzern. 1902 - 1910 Vorstand der Präsidialkanzlei d. Ministerpräsidiums, vom 18.10.1910 - 12.1916 und vom 21.9.1919 - 1928 Gouverneur der Bodenkreditanstalt.

Silva-Tarouca, Ernst Graf, Politiker, geb. 3.1.1860 in Mähren, + 15.8.1936 in Schloss Schweigen Dtl. studierte 1879-81 an der Uni. Wien Jus. Politisch dem konservativen Großgrundbesitz angehörig. 1891-1907 Reichsratsabgeord., 1892-1913 böhm. Landtagsabgeord., 1907-1918 Herrenhausmitgl., leitete auf Wunsch K. Karls als dessen Vertrauter ab August 1917 bis Ende der Monarchie das Ackerbauministerium. War 1918 als Min. Präs. im Gespräch.

Sixtus, v. Bourbon-Parma, belg. Offizier, geb. 1886, + 1934. Bruder der österr. Kaiserin Zita. Im Frühjahr 1917 unternahm er im Auftrag Kaiser Karls I Friedensbemühungen im Ersten Weltkrieg - „Sixtusbriefe“ - (Wurde von Clemenceau im April 1918 bekannt gemacht).

Skanderbeg, Gjergj Kastrioti, alban. Feldherr u. Nationalheld, geb. 1405, + Alessio 17.1.1468. War als Sohn des mittelalban. Fürsten von Emathia seit 1423 als Geisel am Hof des Sultans in Adrianopel, wo er zum Islam übertrat und seine militär. Ausbildung erhielt. Er kehrte zum Christentum zurück und wurde 1444 zum Generalkapitän von Albanien proklamiert. Er wehrte mehrere Angriffe und Belagerungen der Türken unter Murad II. erfolgreich ab und verteidigte mit venezian. Unterstützung die Unabhängigkeit Albaniens, das nach seinem Tod jedoch wieder unter türk. Herrschaft kam.

Sonnino, Giorgio Sidney Baron, italien. Politiker, Jurist u. Diplomat, geb. Pisa 11.3.1847, + Rom 24.11.1922. Ab 1880 Abg., 1893-94 Finanzminister, 1894-96 Schatzminister, 1906 u. 1909-10 Min. Präs., bedeutendster liberalkonservativer Gegenspieler G. Giolittis. Als Außenminister 1914-19 führte er 1915 den Kriegseintritt Italiens an der Seite der Entente herbei.

Spitzmüller-Harmersbach, Alexander Frh. v., geb. 1862 Wien, + 1953 Velden. 1902-1910 Vizepräs. d. nö. Finanzlandesdion., 1910-1915 Dir. d. Creditanstalt, 30.11.1915-31.10.1916 österr. Handelsminister, 20.12.1916-23.6.1917 österr. Finanzminister.

Starhemberg, Ernst Rüdiger Fürst von, österr. Politiker, geb. Eferding 10.5.1899, + Schruns 15.3.1956. Nach dem Ersten Weltkrieg Mitgl. des Freikorps „Oberland“ in Oberschlesien, nahm 1923 am Hitlerputsch in München teil. 1930 für kurze Zeit Innenmin., 1930-36 Bundesführer der Heimwehren, die unter seiner Führung zur Kampforganisation des Austrofaschismus heran wuchs. Trat für eine enge Verbindung an das faschistische Italien ein. Unterstützte Dollfuß bei der Errichtung eines autoritären Ständestaates in Österreich sowie im Kampf gegen Sozialdemokratie u. Nationalsozialismus. 1934-36 war er Vizekanzler u. Bundesführer der Vaterländ. Front. 1938-55 im Exil.

Streeruwitz, Ernst Ritter von, österr. Politiker u. Offizier, geb. Mies 23.9.1874, + Wien 19.10.1952. Mitgl. der Christlichsozialen Partei. Nach dem Ersten Weltkrieg einer der führenden Industriellen Österreichs. Legte als Bundeskanzler 1929 sein Hauptgewicht auf Wirtschaft u. Handel.

Stresemann, Gustav Politiker, Nationalökonom geb. Berlin 10.5.1878, + ebd. 3.10.1929. War entschiedener Verfechter eines „Siegfriedens“ im 1. Weltkrieg. Er befürwortete dabei den „uneingeschränkten U-Boot-Krieg“. Von August - Nov. 1923 war er Reichskanzler, von Aug. 1923 bis zu seinem Tode 1929 Außenminister.

Stürgkh, Karl Graf von, österr. Politiker, geb. 30.10.1859, + 20.10.1916 (ermordet). Gehörte seit 1890 dem Reichsrat an. 1908-11 war er Unterrichtsminister, 1911-16 Ministerpräs.. Zur Lösung des Nationalitätenproblems setzte er auf Obrigkeitpolitik. 1913 suspendierte er den Landtag Böhmens, im März 1914 löste er den Reichsrat auf und regierte mit Notverordnung. Da er sich weigerte, das Parlament wieder einzuberufen und auch die Presse rigoros zensierte, wurde er von Friedrich Adler, dem Sohn Viktor Adlers, erschossen.

Taafe, Eduard Graf von, österr. Politiker, geb. Wien 24.2.1833, + Schloss Ellschau 29.11.1895. Jugendgefährte Kaiser Franz Josephs. Innenminister 1867, 1870-71, 1879. Ministerpräsident 1868-70, 1879-93.

Tisza, István (Stephan) Graf von, Jurist, ungar. Politiker, geb. in Pest 22.4.1861, + ermordet Budapest 31.10.1918. Sohn von Kolomann Tisza, war 1903-05 und 1913-17 Ministerpräs., gründete 1910 die liberal-konservative „Nationale Arbeiterpartei“. Als Präs. des Abgeordnetenhauses 1912-13 verhinderte er eine Wahlrechtsreform und die Erfüllung der kulturpolit. Forderungen der nat. Minderheiten. Im Juli 1914 widersetzte er sich zwar dem Angriffskrieg gegen Serbien, förderte später aber die Kriegsanstrengungen der Mittelmächte.

Tisza, Koloman, ungar. Politiker, geb. in Geszt 16.12.1830, + Budapest 23.3.1902. Gründer der „Liberalen Partei“ 1875, Innenminister 1875-87, Min. Präs. 1875-90.

Tittoni, Tommaso, geb. in Rom 1855, + Rom 1931. 1903-Dez. 1909 italienischer Außenminister. 1910-1916 Botschafter in Paris. Von Juni-November 1919 wieder Außenmin.

Tschirschky, Heinrich, geb. 1858 Hosterwitz, + 15.11.1916 Wien. 1906-07 dt. Staatssekretär d. Äußeren, 1907-15.11. 1916 dt. Botschafter in Wien.

Vaugoin, Karl, österr. Politiker, geb. Wien 8.7.1873, + Krems a. d. Donau 10.6.1949. Offizier, Mitglied der Christlichsozialen Partei (CP). 1920-23 im Nationalrat. War neben Seipel einer der Führer der konserv. „Wiener Richtung“. 1921-23 als Heeresmin. schuf er das österr. Bundesheer. 1929-30 Vize- und Bundeskanzler. 1930 trat er die Nachfolge Seipels als Bundesobmann der CP an. 1938 von der Gestapo inhaftiert, 1939-45 Zwangsaufenthalt in Thüringen.

Viktor Emanuel III., ital. König 1900-46, Kaiser v. Abessinien 1936-41, König v. Albanien 1939-1943, geb. Neapel 11.11.1869, + Alexandria 28.12.1947. Bestieg nach der Ermordung seines Vaters Umberto I. den Thron und regierte konstitutionell, begünstigte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Reformpolitik G. Giolittis. Von den Interventionisten gedrängt, hielt er gegen die neutralistisch eingestellte Parlamentsmehrheit im Mai 1915 das zum Kriegseintritt bereite Kabinett unter Min. Präs. A. Salandra im Amt. Er rief am 29.10.1922 B. Mussolini an die Spitze der Regierung. Am 25.7.1943 setzte er Mussolini ab und übernahm den Oberbefehl über die Streitkräfte. Nach der vorzeitigen Bekanntgabe des Waffenstillstandes am 8.9.1943 mit den westl. Alliierten floh er wegen der drohenden dt. Besetzung Italiens nach Brindisi. Nach der Einnahme Roms durch die Alliierten am 4.6.1944 verzichtete er zugunsten seines Sohnes Umberto auf die Ausübung der Herrschaft. Nachdem er am 9..5.1946 abdankte ging er nach Ägypten ins Exil.

Westarp, Kuno Graf von, Politiker, geb. Ludom 12.8.1864, + Berlin 30.7.1945. War 1913-18 Vors. der Deutschkonservativen Partei. Nach dem Ersten Weltkrieg schloss er sich der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) an. 1925- 29 war er Fraktionsvors. der DNVP im Reichstag. Er bemühte sich, seine Partei zur Mitarbeit in der Weimarer Republik zu führen, konnte sich aber auf Dauer nicht gegen den antirepublikanischen Flügel Hugenberg durchsetzen. 1930 trat er aus der Partei aus.

Wilhelm II., Dt. Kaiser und König v. Preußen, geb. Berlin 27.1.1859, + Doorn 4.6.1941. War in seiner Jugend ein großer Verehrer von Bismarck, aber nach seiner Thronbesteigung geriet er in schärfsten Gegensatz zu diesem. Er veranlasste dann 1890 Bismarcks Rücktritt. In das diplomatische Geschehen vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges griff er nicht ernsthaft ein und trat bald in den Hintergrund. 1918 ging er ins Exil in die Niederlande. Am 28.11.1918 verzichtete er auf den Thron.

Wilson, Thomas Woodrow, 28. Präs. der USA v. 1913-21, geb. Staunton 28.12.1856, + Washington D.C. 3.2.1924. Ab 1890 Prof. in Princeton. 1902-10 Präs. der Univ. 1910 als Demokrat Gouv. von New Jersey. Außenpolitisch führte die Verquickung reform. Impulse mit wirtschaftl. Interessen zu gewaltsamen Einmischungen in andere Staaten, besonders Zentralamerikas u. der Karibik. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges proklamierte er die Neutralität der USA. Er war für einen Frieden ohne Sieg. Die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und die Zimmermann-Note

fürten jedoch zum Kriegseintritt der USA am 6.4.1917. Seine Kriegsziele, die er am 8.1.1918 in Form der „Vierzehn Punkte“ öffentlich machte, wurden mit Abstrichen Grundlage des Waffenstillstandsabkommen. Die Ratifizierung des Versailler Vertrags durch die USA und deren Beitritt zum Völkerbund scheiterten trotz hohem Engagements Wilsons. Er war nach einem Schlaganfall 1919 halbseitig gelähmt. 1920 erhielt er den Friedensnobelpreis.

Windischgrätz, Alfred Fürst zu (seit 1804), österr. Feldmarschall, geb. Brüssel 11.5.1787, + Wien 21.3.1862. Unterdrückte im Juni 1848 den Prager Aufstand. Nach dem Ausbruch der Wiener „Oktoberrevolution“ nahm er am 31.10.1848 Wien ein und wurde zum Oberkommandierenden aller österr. Truppen außerhalb Italiens ernannt. Danach ließ er ein hartes Strafgericht durchführen. 1861 erbl. Mitglied des österr. Herrenhauses.

Young, Owen D., amerikan. Wirtschaftsführer, geb. Van Hornesville 27.10.1874, + Saint Augustine 11.7.1962. Er gehörte bis 1929 zum Vorstand der Radio Corporation of America und der Rockefeller Foundation. Als Mitgl. des Dawes-Komitees u. Präs. der internat. Sachverständigenkommission zur Regelung der Reparationsfrage, arbeitete er den „Youngplan“ aus. Der Youngplan löste 1930 den Dawesplan von 1924 ab.

Zimmermann, Arthur, Staatssekr. im dt. Außwärtigen Amt, geb.1864, + 1940. Er schickte ein kodierte Telegramm am 13.1.1917 - die „Zimmermann-Note“ - über amerikan. Kanäle an die dt Botschaft in Washington D.C. zur Weitergabe an den dt. Gesandten in Mexiko. Darin teilte er die Entscheidung der dt. Reg. über die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ab 1.2.1917 mit. Führte zum Kriegseintritt der USA im Ersten Weltkrieg.

Zita, letzte Kaiserin v. Österreich u. Königin v. Ungarn, geb. Villa Pianora 9.5.1892, + Zizers 14.3.1989. Tochter des Herzogs v. Parma und Piacenza Robert I. aus dem Haus Bourbon. Verheiratet mit Kaiser Karl I., auf den sie starken polit. Einfluss hatte, so in der „Sixtus-Affäre“. Lebte seit 1919 im Exil.

Die österreichischen (cisleithanischen) Ministerien 1867-1918 ⁵³⁵

Nach dem Ausgleich mit Ungarn nur die österr. Reichshälfte betreffend. Genannt sind die Ministerpräsidenten.

Auersperg, Karl (Bürgerministerium)
Dez. 1867 - Sept. 1868

Wittek
Dez. 1899 - Jänner 1900

Taaffe I
Sept. 1868 - Jänner 1870

Koerber I
Jänner 1900 - Dez. 1904

Hasner
Febr. - Apr. 1870

Gautsch II
Jänner 1905 - Apr. 1906

Potoki
Apr. 1870 - Febr. 1871

Hohenlohe-Schillingfürst
Mai - Juni 1906

Hohenwart
Febr. - Okt. 1871

Beck
Juni 1906 - Nov. 1908

Holzgethan
Vov. 1871

Bienert-Schmerling
Nov. 1908 - Juni 1911

Auersperg, Adolf
Vov. 1871 - Febr. 1879

Gautsch III
Juni - Nov. 1911

Stremayr
Febr. - Aug. 1879

Stürgkh
Nov. 1911 - Okt. 1916

Taaffe II
Aug. 1879 - Nov. 1893

Clam-Martinec
Dez. 1916 - Juni 1917

Windischgrätz
Nov. 1893 - Juni 1895

Seidler
Juni 1917 - Juli 1918

Kielmannsegg
Juni - Sept. 1895

Hussarek
Juli - 27. Okt. 1918

Badeni
Sept. 1895 - Nov. 1897

Lammasch
27. Okt. - 11. Nov. 1918

Gautsch I
Nov. 1897 - Febr. 1898

Thun-Hohenstein
März 1898 - Sept. 1899

Clary-Aldringen
Okt. - Dez. 1899

⁵³⁵ Die Chronik Österreichs, Regierungslisten S.623 f (=Chronik Verlag Dortmund 1984)

Die österreichischen Ministerien 1918-1938 ⁵³⁶

Chef der Bundesregierung ist der Bundeskanzler. Er wurde von Oktober 1918 bis November 1920 Staatskanzler genannt.

Renner I

30. Okt. 1918 - 3. März 1919

Renner II

15. März - 17. Okt. 1919

Renner III

17. Okt. 1919 - 11. Juni 1920

Mayr I

7. Juli - 20. Nov. 1920

Mayr II

20. Nov. 1920 - 1. Juni 1921

Schober I

21. Juni 1921 - 26. Jän. 1922

Breisky

26. - 27. Jän. 1922

Schober II

27. Jän. - 24. Mai 1922

Seipel I

31. Mai 1922 - 16. Apr. 1923

Seipel II

17. Apr. - 20. Nov. 1923

Seipel III

20. Nov. 1923 - 8. Nov. 1924

Ramek I

20. Nov. 1924 - 14. Jän. 1926

Ramek II

15. Jän. - 15. Okt. 1926

Seipel IV

20. Okt. 1926 - 18. Mai 1927

Seipel V

19. Mai 1927 - 3. Apr. 1929

Streeruwitz

4. Mai - 25. Sept. 1929

Schober III

26. Sept. 1929 - 25. Sept. 1930

Vaugoin

30. Sept. - 29. Nov. 1930

Ender

4. Dez. 1930 - 16. Juni 1931

Buresch I

20. Juni 1931 - 27. Jän. 1932

Buresch II

29. Jän. - 6. Mai 1932

Dollfuß I

20. Mai 1932 - 21. Sept. 1933

Dollfuß II

21. Sept. 1933 - 10. Juli 1934

Dollfuß III

10. - 25. Juli 1934

Schuschnigg I

29. Juli 1934 - 17. Okt. 1935

Schuschnigg II

17. Okt. 1935 - 14. Mai 1936

Schuschnigg III

14. Mai - 30. Nov. 1936

Schuschnigg IV

30. Nov. 1936 - 16. Febr. 1938

Schuschnigg V

16. Febr. - 11. März 1938

Seyss-Inquart

12. u. 13. März 1938

⁵³⁶ Die Chronik Österreichs, Regierungslisten S.624 f (=Chronik Verlag Dortmund 1984)

QuellenabschriftQuelle 1

Haus-, Hof- und Staatsarchiv
1010 Wien, Minoritenplatz 1

Nachlass „Chlumecky“: Signatur NN u. XY

Die im Nachlass aufliegenden Briefe, Zeitungsartikel, Studien und der Vertragsentwurf sind vom Haus-, Hof- und Staatsarchiv nicht näher katalogisiert. Um sie dieser Dissertation zuordnen zu können, habe ich die vorliegende Unterteilung bzw. Benummerung selbst getroffen. Generell habe ich die neuen Regeln der deutschen Rechtschreibung nach Duden Bd. 1, Mannheim Juli 1996, verwendet.

Q1 1 Korrespondenz mit der Militärkanzlei des Thronfolgers Franz Ferdinands.

Q1 2 Kopie des von der Militärkanzlei entworfenen Vertrages in Angelegenheit „Militärstrafprozess“.

Q1 3 Zeitungsartikel.

Q1 4 Studien über die politische und geographische Bedeutung Albaniens f. die Donaumonarchie

Q1 5 Brief von Frau Poldy Franckenstein (Baronin Leopoldine Franckenstein).

(Die Korrespondenz der Abschnitte 1 und 5 habe ich teilweise zusammenfassend aber wortgetreu wiedergegeben. Nur die für diese Dissertation nicht relevanten Sätze wurden von mir in der Quellenabschrift nicht berücksichtigt.)

Q1 1 Korrespondenz mit der Militärkanzlei des Thronfolgers Franz Ferdinands.

Q1 1.01 Oberhofmeister S. k.k. Hoheit, Erzhzg. Franz Ferdinand an Chlumecky
Wien, am 1.3.1902

Euer Hochwohlgeboren, beehre mich mitzuteilen, dass S.k.k. Hoheit, der durchlauchtigste Herr Erzhzg. Franz Ferdinand die von ihnen verfasste und überreichte Studie über die österreichische Handelsmarine huldvollst entgegen zunehmen geruhen und Ihnen hierfür höchst seinen wärmsten Dank aussprechen lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung(unleserlich)

Q1 1.02 Brief v. Oberstleutnant im Generalstabkorps Alexander v. Brosch
Flügeladjutant von Erz. Franz Ferdinand
Wien, am 15.7.1909

Durch Ihr liebenswürdiges Schreiben sehr geschmeichelt bedaure ich doppelt, Ihnen hochverehrter Baron, den gewünschten Aufsatz über die „rumänische Reise“ seiner k. u. k. Hoheit nicht liefern zu können. Ich trete nämlich heute meinen Urlaub im Ausland an, den ich absolut nicht aufschieben kann und komme erst am 19.8. nach Wien zurück.

Von der Absicht in der Österr. Rundschau einen Artikel einwirken zu lassen, welcher der „Entrevue in Sinaia“ die entsprechende Beachtung verschafft, habe ich meinem hohen Chef Meldung gemacht. Höchstwohlgeborener wäre Ihnen Herr Baron besonders dankbar, wenn dies der Fall sein könnte.

Dass es hier weniger auf eine Schilderung der Ereignisse, sondern auf politische Betrachtungen anzukommen hätte, sagen Sie selbst. Ich wüsste niemanden der nun die Konsequenzen aus dieser Reise zu ziehen vermochte wie Sie, der sie doch in jeder Nummer Ihrer Zeitschrift in so glänzender und meinen Chef hochbefriedigender Weise die Übersicht der politischen Ereignisse geben.

Ich kann Ihnen hochverehrter Baron daher nur sagen, dass Erzherzog, Fürstin und die ganze Suite mit Auszeichnungen überschüttet wurden, dass eine so unvergleichliche Herzlichkeit geherrscht hat, wie man sie sich inniger nicht vorstellen kann und dass mein fürstlicher Herr und die Fürstin noch heute von gar nichts anderem reden, als von dem schönen Empfang und Aufenthalt in Sinaia. Es war nicht die geringste Störung - die Berichte über Fahnen- Verunglimpfungen sind gänzlich erfunden - und der Erzherzog wurde überall mit größtem Jubel und der deutsch gesungenen Volkshymne begrüßt, was ihm natürlich die allergrößte Freude machte. Mein Chef hat aber auch seinen ganzen Charme aufgeboten und das ist nicht wenig, um die Rumänen in seinen Bann zu schlagen. Mir sagte z. B. Ministerpräsident Brătianu, der vom Erzherzog in eineinviertel stündiger Audienz empfangen wurde, dass seine k. u. k. Hoheit sich unter allen Verhältnissen auf Rumänien verlassen kann, was er früher oder später zu beweisen hofft, denn der Erzherzog habe ihn für sein ganzes Leben zu seinem ergebensten Verfechter der Interessen der Habsburg-Dynastie gemacht.

Der rumänische Besuch hat in Ungarn sehr verstimmt, ich kann Ihnen aber gestehen, dass sich seine Kais. Hoheit gerade darüber besonders gefreut hat, weil die Magyaren doch sehen, dass der Thronfolger weder von der rumänischen Irredenta in Ungarn etwas fürchtet oder an sie glaubt, noch am Ende großösterr. Ideen, welche das Königreich Rumänien der Monarchie angliedern wollen, unterstützt.

Ein Zusammengehen mit Rumänien hat für die Balkanpolitik für das Verhältnis mit Russland, ja selbst für die innere Politik in Ungarn, die größte Bedeutung. Dies des Näheren auszuführen kann ich mir wohl schenken, weil Sie das gewiss besser zu würdigen verstehen wie ich. Wenn aber Herr Baron diese Momente in dem zu publizierenden Aufsatz hervorheben, wird seine Kais. Hoheit Ihnen dafür besonderen Dank wissen.

In dem ich nochmals sehr bedaure Ihnen diesmal nicht zu Diensten stehen zu können, bin ich mit dem Ausdruck besonderer Verehrung

Herrn Baron ergebenster Brosch

Q1 1. 03 Brosch an Chlumecky
Salzburg- Residenz, am 22.8.1909

..... Zu dem Aufsatz der „Österr. Rundschau“ über die Entrevue in Sinaia gratuliere ich Ihnen. Es sagt alles dass, was meinem hohen Herrn am Herzen lag. Ich bin froh, dass ich durch meine Beurlaubung nicht der Versuchung unterlag den Artikel selbst zu schreiben. Wer könnte dies besser als Sie.....

Q1 1. 04 Brosch an Chlumecky
Salzburg- Residenz, am 24.8.1909

..... Kaiserl. Hoheit war über den Artikel der Rundschau - „Entrevue in Sinaia“ - der den höchsten Intentionen vollständig entspricht, hochbefriedigt und beauftragte mich, Ihnen wärmstens zu danken.....

Q1 1. 05 Brosch an Chlumecky
v. 6.11.1909

..... Im Brief geht es um die Verminderung des Lloyd-Schiffsverkehrs in einem Teil der Levante, dadurch schwindet der Einfluss der Monarchie. Erz. Franz Ferdinand lässt bitten, dass diese Lloydverbindungen wieder aktiviert werden. Die Honorarkonsule in Mersina und Alexandretta beklagten sich über den schwindenden Einfluss der Monarchie.

Sie meinten, dass nach der „Brazzafolli-Affaire“ von 1897 der österr. Einfluss am Höhepunkt war. Keine Großmacht hatte zu dieser Zeit solchen Einfluss. Selbst die Türken fügten sich den Beschlüssen der österr. Konsulate. Durch die Verminderung des Lloydverkehrs nisteten sich sofort russische, englische, türkische und sogar rumänische Schiffslinien in diesen Teil der Levante ein (Rhodos wurde von Lloyd z. B. aufgegeben).....

Q1 1. 06 Rechtfertigungsschreiben von Lloyd
österr. Lloyd, Lloyd Austriaco, Austrian Lloyd
Triest 14.11.1909

..... Lloyd schrieb, die Linie Mersina-Rhodos-Smyrna-Konstantinopel nicht mehr zu subventionieren, da zu geringe Rentabilität. Lloyd würde sich bereit erklären die Syrienlinie zu inaugrieren, wenn die Regierung Unterstützung gewährt. Lloyd meint, das Auflassen dieses Linienteils bewirke keinen Prestigeverlust in der Türkei und meinte auch, dass die Zeiten der Konsularherrlichkeit vorbei wären, die Türken emanzipieren sich.

Tatsächlich wurde die Linie von Triest-Alexandrien-Port Sais-Caifa-Jaffa-Beyruth-Cypern-Tripolis-Alexandretta-Mersina-Rhodos-Smyrna-Konstantinopel und Retour, auf die Linie von Triest bis Mersina und Retour abgekürzt.....

Q1 1. 07 Brosch an Chlumecky
Wien, am 2. Juni 1910

..... Von den Eindrücken Ihrer Reise in die Levante berichtete ich meinem Gnädigsten Herrn. Er lässt bitten dieselben zu skizzieren und über mich an Seine Kaiserl. Hoheit zu übermitteln.....

Q1 1. 08 Brosch an Chlumecky
Wien, am 14. Juli 1910

..... Kaiserl. Hoheit dankt für den Levantebericht. Im höchsten Auftrag bitte ich Sektionschef Engel die Aktivierung der Karamanischen Linie nach allen Kräften zu fördern. Der Sektionschef erklärte sich in dieser Sache als kompetent, bemerkte aber, dass es nicht gehen werde, gleichzeitig alle vom Handelsministerium beantragten der Ausgestaltung des Lloyd-Dienstes betreffenden Fragen zu bereinigen.

Ich hoffe, dass die Reaktivierung der Karamanischen Linie, welcher mein Höchster Herr sehr wünscht, bald in die Tat umgesetzt werden wird.....

Q1 1. 09 Brosch an Chlumecky
Wien, am 13.10.1910

..... Ihr Artikel „Unsere Wehrmacht u. unsere Politiker“ entsprechen ganz meinem Herzen und dürfte wohl auch die volle Billigung meines Gnädigsten Herrn finden. Ich glaube, dass der Artikel dadurch voll zur Wirkung käme, wenn man ihn in einer für Abgeordnete und Delegierte genießbaren Form, also unter Vermeidung allzu scharfer Angriffe auf dieselben, herausbrächte. Sehr dringlich ist er ja nicht, denn so weit ich die Situation überblicke, wird in der jetzigen Tagung der Delegation die Militär-Konzessionen kaum Gegenstand von eingehenden Debatten sein werden.

Dafür ist aber ganz sicher, dass im Frühjahr die Einbringung der Wahlreform der Vorspann für ihre Durchführung in Ungarn sein soll. Gegen diesen Kuhhandel kann man nicht früh genug Stellung nehmen. Es ist kein Unglück, wenn Ihr angesehenes Blatt auf diese Ereignisse im Jänner oder Februar nochmals zurückkommt. Wenn nötig stelle ich mich auch dafür zur Verfügung.

Wenn der Autor bei seinem Angriff auf die Volksvertreter in Österreich einen Appell an deren Patriotismus und an ihre Einsicht machen würde, so glaube ich, dass der Artikel bald erscheinen sollte. Die Ausfälle gegen die magyarische Oligarchie und deren destruktiven Tendenzen bedürfen jedoch keiner Abschwächung.

Es ist immer das gleiche Ziel, entweder fordert in Ungarn die Regierung selbst Konzessionen, oder sie lässt sich quasi dazu zwingen, in dem sie sich der Opposition dafür bedient. Das Ziel ist immer dasselbe: „Trennung“.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird von Apponyi und Justh in Karriere geritten, von Kossuth und Andrassy galoppiert und von Tisza getrabt. Der Eine will eine stufenweise, der Andere eine radikale Trennung.....

Q1 1. 10 Brosch an Chlumecky
(Brief ohne Datum)

..... Ich bitte Sie im höchsten Auftrag, dass Sie Ihren Einfluss dafür geltend machen, die italienische Sprache beim österr. Lloyd nicht unnötigerweise zu protegieren. Sie soll nach Möglichkeit eingeschränkt werden. F.F. erfuhr, dass der österreichische Lloyd seine öffentlichen Publikationen in Konstantinopel italienisch herausgibt während die reichsitalienische Schifffahrtsgesellschaft dieselben in französischer Sprache benützen.....

Q1 1. 11 Brosch an Chlumecky
vom 23.5.1911

.....Brosch übersendet die Entgegnung auf die Pitreich Broschüre. Chlumecky kann nach eigenem Ermessen politisch abändern. Erz. Franz Ferdinand wünscht, dass es als Separatdruck im Buchhandel erscheint. Dieses Heftchen sollte man Staatsmännern und Parlamentariern kostenlos zusenden. Die Kosten der Broschüre könnte S.M. Franz Ferdinand tragen.....

Q1 1. 12 Brosch an Chlumecky
Salzburg, am 4.8.1911

.... Auch seiner Meinung nach sei unsere Politik gegenüber den Albanern unverständlich. Wir haben alles nur erdenkliche getan um dort die Sympathien, die noch kürzlich zweifellos bestanden, zu verscherzen. Jetzt sind die Montenegriner die Protektoren Albaniens geworden und wir können bei einer Wiederholung ähnlicher Zustände wie sie bei der Annexionskrise bestanden gewiss nicht mehr damit rechnen, dass die Albaner zu uns halten und die Montenegriner im Rücken beunruhigen. Was die Frage der Sandzak und Donau-Adria-Bahn betrifft, entnahm ich einem Bericht, dass beide gleichzeitig gebaut werden. Ich glaube allerdings, dass an den Bau beider Bahnen nicht so bald geschritten wird, trotz aller Abmachungen.....

Q1 1. 13 Brosch an Chlumecky
Salzburg, am 16.8.1911

..... übersendet Zeitungsartikel von „Die Zeit“, mit dem er und Erzherzog Franz Ferdinand und auch Chlumecky dieselbe Anschauung vertreten. (siehe 3.01)
Brosch meint auch, dass im „Pester Lloyd“ die amtliche Darstellung gegeben wird, nachdem es nachgewiesen ist, dass die Zeitungsnotiz in den „Dresdner Neuesten Nachrichten“ vom Ballplatz inszeniert wurde. (siehe 3.02)
Die Ausführungen des Pester Lloyd stimmen auch ganz mit den Noten überein, welche das Ministerium in der albanischen Frage gewechselt hat.....

Q1 1. 14 Brosch an Chlumecky
Salzburg, am 8.9.1911

..... Die Marokko Affäre wird gütlich beigelegt, das will der Kaiser, schon um Frankreich vom Hals zu bekommen und England um so eher entgegen treten zu können, wobei ihn freilich auch nicht die Kriegslust leitet.
Bezüglich der Kriegsminister-Krise kann ich nur mitteilen, dass die Entscheidung wegen des Nachfolgers Schönauhs erst nach den Manövern (unmittelbar) erfolgen wird und dass vorher noch eine Audienz meines Höchsten Herrn bei Sr. Majestät stattfindet. Hoffentlich verlangt man nicht als Opfer von der Gegenseite Conrads Kopf, was Aehrenthal mit allen Mitteln anstrebt. Dann könnte er in der Italienpolitik nach Herzenslust schlapp sein.
Morgen reise ich zu den Manövern in Ungarn.
..... In Bezug auf die Gardasee-Schiffahrt ist die Sache leider noch nicht ausgestanden. Zontini, in Riva Militärlieferant, erhält eine Konzession und hat auch genug Kapital. Wegen alter bestehender Rechte bezüglich Konzession sind in dieser Sache aber noch Schwierigkeiten zu erwarten. Eben will das Handelsministerium darüber entscheiden und hat deswegen das Min. d. Äußern befragt, wie sie sich zur Sache stellt. Letzteres wird wohl zustimmen müssen, da sowohl mein Chef als auch das Reichskriegsministerium die österr. Schiffahrt am Gardasee wünschen....

Q1 1. 15 Brosch an Chlumecky
Blühnbach, am 5.10.1911

..... die auswärtige Politik betreffend, würde ich Sie bitten, in Ihrer Zeitschrift den Gedanken Raum zu geben, dass eine kräftige Politik der Monarchie nötig wäre, dass man aber weiterhin die Hände in den Schoß liegen lässt, weil man von der Anstrengung der Annexion noch immer wie eine angefressene Boa erschöpft ist. Wir lassen uns also wieder die Gelegenheit entwischen, auch uns einen Platz an der Sonne zu erobern.

Man darf sich nicht wundern, dass wir also wieder einmal zu spät kommen, weil wir wie bei der Revolution in der Türkei vollkommen inorientiert waren. Beweis dafür, dass die Botschafter der wichtigsten Vertretungen in Rom, Konstantinopel und Berlin auf Urlaub weilten. Dies ist ein Zeichen dafür, dass nicht nur diese Personen keine Ahnung von den Dingen hatten welche sich seit langem anbahnten, sondern auch das Min. d. Äußern, das ja diese Urlaube gestattete. Auch dieses Ministerium hat die Situation falsch aufgefasst.

Eine kräftige Politik ist mit diesen Leuten beim besten Willen nicht zu machen (auch für Aehrenthal negativ). Es wäre auch sehr erwünscht einen Vergleich zwischen der Annexion Bosniens und der Herzegowina und der Besetzung Tripolis zu ziehen.

Wir, die bei der Annexion ein europäisches Mandat hatten, baten vorerst die ganze Welt um Entschuldigung, versprachen Italien das Blaue vom Himmel und mussten danach einen Sturm der Entrüstung, sowie den Boykott unseres Levantehandels über uns ergehen lassen. Schließlich räumten wir den Sandzak und zahlten 50 Mill. Kronen an die Türkei, nachdem uns der Boykott vielleicht ebenso viel gekostet hatte. Und dafür wurde Aehrenthal „Graf“ und als Meister der Diplomatie gefeiert.

Italien macht mitten im Frieden einen gemeinen Raubzug und kümmert sich dabei um niemanden. Fragt nicht so wie wir winselnd überall herum, ja lässt sogar seinen Verbündeten Österreich-Ungarn bis zum letzten Augenblick unorientiert. Dann schickt es seine Flotte nach Prevesa und überfällt türkische Schiffe, bombardiert die Häfen etc.. Dazu sagt man gar nichts. Man muss Italien um seine Diplomaten beneiden, die unseren sind - wie seit jeher - ganz unfähig. Mit unserem Charme und der italienischen Diplomatie könnte die Monarchie wieder den ihr gebührenden Platz erhalten. So aber ist das Hauptstreben der kranken und schwächlichen Leitung unseres Min. d. Äußern, sich ja nirgends einzumischen, nur um Gottes Willen Ruhe zu haben.

Wenn Herr Baron diese Gedanken nicht nur in ihrer Zeitschrift, sondern auch in einem liberalen Blatt unterbringen könnten, wäre mein Höchster Herr sehr dankbar.....

Brosch

Q1 1. 16 Brosch an Chlumecky
17.8.1911

.... Brosch berichtet Chlumecky seine Anwesenheit bei folgenden Manövern:
vom 21. - 25. 8. bei Landungsmanövern in Dalmatien
vom 3. - 6. 9. bei den deutschen Flottenmanövern in Kiel
vom 11. - 15. 9. bei den größeren Manövern in Nordungarn

Q1 1. 17 Brosch an Chlumecky
Salzburg, am 2.9.1911

..... teilt mit, dass er eine Intervention von Erzherzog Franz Ferdinand beim Min. d. Äußern, betreffend der Cholera-Einschleppung aus Italien, erbeten habe.

Die Einrichtung der Gardasee-Schiffahrt scheint sich zu bewahrheiten. Das Min. d. Äußern musste schon vor Monaten, dank des Protestes Sr. Kais. Hoheit, seinen Widerstand aufgeben. Bisher hatte sich aber keine finanzielle Fundierung finden lassen. Das dürfte nun überwunden sein.

Vom Rücktritt des Baron Spiegelfeld ist natürlich keine Rede.....

Q1 1. 18 Chlumecky an Brosch
21.10.1911

Möchte Ihnen folgende Information geben: in maßgebenden Kreisen und in der breiten Öffentlichkeit hat man Zweifel an der Bündnistreue Sr. k. u. k. Hoheit Erzherz. Franz Ferdinand. Von erstklassig informierter Seite wird mir versichert, dass auch Kiderlen-Wächter gewisse Zweifel hegt. Er hält Se. k. u. k. Hoheit nicht für einen völlig überzeugten Anwalt des Bündnisses mit Deutschland. Auch unser Botschafter hat sich in Freundeskreisen darüber geäußert, ob man diese Nachrichten auch wirklich mit voller Überzeugung dementieren könne. Damit im Zusammenhang stehen auch die Presseangriffe. Es stellt sich die Frage, ob das Ganze nichts als eine groß angelegte Intrige ist, oder ob auch der Ballplatz wissentlich oder unwissentlich die Schuld trägt, wenn hier nicht mit gehörigem Nachdruck entgegengetreten wird.

Ich spreche Montag oder Dienstag mit Kiderlen-Wächter und möchte dafür von Ihnen autorisiert werden. Ich möchte Kiderlen-Wächter von der Unhaltbarkeit dieser Gerüchte überzeugen. Wenn Sie mich dazu ermächtigen, werde ich darauf hinweisen, dass Sie selbst es waren, der mich dazu aufforderte gegen die laue Haltung unserer Presse bei Beginn der Marokkokrise Stellung zu nehmen. Ich sage dann auch Kiderlen-Wächter, dass Ihr Hoher Herr die Haltung des Ballplatzes in dieser Angelegenheit nicht gebilligt hat. Ich würde es für eine patriotische Tat halten, diesen Treibereien entgegenzutreten....

Q1 1. 19 Chlumecky an Brosch
23.10.1911

.....Nachdem Sie mich heute telefonisch ermächtigt haben, mit Kiderlen-Wächter über die Bündnistreue Sr. k. u. k. Hoheit zu sprechen, berichte ich über die Unterredung mit diesem: Kiderlen-Wächter meinte, dass die Angriffe mehrerer deutscher Zeitungen auf Se. k. u. k. Hoheit auf den Umstand zurückzuführen sind, dass man hier von Ihrem Hohen Herrn ein streng klerikales Regime befürchte, was der vereinigten Judenpresse ein Greuel sei. In weiten Kreisen empfinde man auch ein Unbehagen darüber, dass man sich der Freundschaft des Thronfolgers doch nicht für alle Fälle versichert halte. Selbstverständlich gelte dieses nicht für das Auswärtige Amt, fügte Kiderlen-Wächter sofort hinzu, wo man an die loyale Bündnistreue Sr. k. u. k. Hoheit nicht zweifle, wofür auch die von S.M. gemachten Mitteilungen über die Äußerungen Sr. k. u. k. Hoheit in Kiel sprächen. Darüber angesprochen, ob das Gefühl des Unbehagens und die falsche Auffassung über die Absichten Sr. k. u. k. Hoheit auch hoch hinauf reichten antwortete Kiderlen-Wächter, er habe schon oft gesagt, dass gerade wenn man Zukunftssorgen hege, es das Unklügste sei, jenen anzugreifen, dessen Freundschaft man sich im hohen Maße sichern möchte. Damit erreicht man nur das Gegenteil. Leider sei der Einfluss des Auswärtigen Amtes auf die Presse und besonders auf das „Berliner Tagblatt“ gleich Null. Man kann sich nur damit trösten, dass das Berliner Tagblatt zwar die meistgelesene Zeitung sei, sich aber keiner guten Reputation erfreue und daher in maßgebenden Kreisen keinen großen Einfluss hat. Auch wenn man im Auswärtigen Amte über die loyale Haltung des Erzherzogs Franz Ferdinand gegenüber Deutschland offene Türen einrenne, sei es doch immer wertvoll zu hören, wie unbegründet diese Gerüchte seien.

Durch Ihre mir heute erteilte Ermächtigung erwähnte ich auch die Fakten, in denen der Beweis dafür zu erblicken sei, dass Se. k. u. k. Hoheit der überzeugteste Anhänger des Bündnisses mit Deutschland sei, Fakten, die auch dafür sprechen, dass Se. k. u. k. Hoheit Gewicht darauf lege, dass in unserer Presse so oft als möglich die treue Gemeinschaft Österreich und Deutschland betont werde. Ich fügte auch hinzu, dass der Erzherzog die laue Haltung unserer Presse zu Beginn der Marokkokrise rügte, er sei aber auch unangenehm berührt, wenn seine loyale Haltung hier verkannt werde.

Kiderlen-Wächter nahm diese Mitteilungen mit lebhaftem Interesse und Dank auf und betonte, dass für das Auswärtige Amt der Nachweis für die treue Freundschaft des Thronfolgers nicht nötig sei, sei aber dennoch erfreulich und nützlich. Wenn er mehr Einfluss auf die Presse hätte, würde er diesem Treiben entgegenzutreten. Je mehr sich aber herumspricht, dass die Auffassung des Berliner Tagblattes und Konsorten unzutreffend sei, umso wirkungsloser werden dann solche Artikel.

Nach Kiderlen-Wächter sprach ich noch mit einem konservativen Politiker. Der meinte, in Deutschland interessiert man sich betreffs Österreich nur um die Thronfolgerfrage, die das große Rätsel sei, weil und er sprach wieder die vorher erwähnten Bedenken an.

Er wusste nichts von meiner vorherigen Unterredung mit Kiderlen-Wächter und meinte es wäre gut, auch im Auswärtigen Amte diesen Gerüchten entgegenzutreten. Eine Bestätigung dafür, dass man im Auswärtigen Amte damit doch nicht „offene Türen“ einrennt, so wie Kiderlen-Wächter es sagte.

Resümierend habe ich das Gefühl, dass man gut daran täte, hier öfters gegen die Beurteilung Sr. k. u. k. Hoheit Stellung zu nehmen und dies auch in der Presse. Ich habe bei dem „Berliner Tagblatt“ Anknüpfung gefunden und glaube hier in einiger Zeit einen entsprechenden Artikel zu veröffentlichen.

Kiderlen-Wächter ist auf Italien schlecht zu sprechen. Die öffentliche Meinung Italiens hat auf die äußere Politik großen Einfluss gewonnen. Hoffentlich gilt das hier nur so lange als wie ein schwacher Minister am Ruder sei. Es scheint, als hat sich Giolitti in die Tripolisaffäre deswegen eingelassen, um seine Popularität wieder aufzufrischen. Auch der König sei im letzten Augenblick durch Giolittis Hinweis auf die stürmische Forderung der öffentlichen Meinung wider Willen in diese Aktion getrieben worden. In Berlin befürchtet man eine Aktion Englands, dass es Italien an einer Annexion hindern wolle und es zu veranlassen die Souveränität des Sultans anzuerkennen. Als Preis dafür will es die Beschränkung des politischen Einflusses Deutschlands in Konstantinopel fordern. Damit wollen die Briten Deutschland aus den Sattel heben und sich vielleicht auch noch für später die Annexion Ägyptens sichern.....

Q1 1. 20 Brosch an Chlumecky
Wien, am 24.10.1911

.....Habe Ihren Bericht vom 23.10. erhalten und ihm sofort meinem Hohen Herrn vorgelegt. Er dankt wärmstens für Ihren Einsatz in Berlin und hofft, dass es Ihnen gelingt, den Artikel im Berliner Tagblatt unterzubringen. Mein Hoher Herr wäre Ihnen dafür sehr dankbar. Begeistert hat den Thronfolger auch Ihre letzte „Politische Übersicht“ in der Österr. Rundschau.

Ab nun ein neuer Flügeladjutant und Vorstand der Militärkanzlei Sr. k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn General d. Kavallerie und Admirals Erzbg. Franz Ferdinand.

An Stelle von Brosch nun: BARDOLFF

Q1 1. 21 Bardolff an Chlumecky
Brioni, am 25.3.1912

..... möchte, dass in der nächsten politischen Übersicht die Haltung des deutschen Nationalverbandes - speziell die der Deutschnationalen - gelegentlich der ersten Lesung der Wehrvorlage entsprechend hervorgehoben und gelobt wird. Damit kann dokumentiert werden, dass die Deutschnationalen Österreichs nach langer unfruchtbarer Ideologie endlich in das sichere Fahrwasser realistischer Politik eingelenkt haben. Nur wenn sie sich in einer zielbewussten schwarzen österreichischen Politik finden, können die Deutschen Österreichs ihre politische Position von Einst wieder erlangen. Die Deutschen Österreichs sind die naturgemäßen Träger der Großmachtidee der Monarchie und als solche berufen, in erster Linie für Armee und Marine, als die natürlichen Grundpfeiler jeder Großmachtstellung einzutreten. Sie sollen aber auch in handelspolitischer Beziehung dem „Great Austria-Hungaria“ die Wege weisen. Sie sind daher die natürlichen Führer für die österreichische Balkanpolitik und sollten die Entwicklung der Dinge in Bosnien-Herzegowina verfolgen. Aber nicht als literarisch-kulturelle Beobachter, sondern als die Faktoren einer Durchdringung unserer Balkangebiete im österreichischen Geiste mit österreichischem Kapital und österreichischer Arbeitskraft.

Die Verhältnisse sind dafür zur Zeit sehr günstig. Unter Ausnützung des mächtig anwachsenden Antagonismus der Südslawen gegen Ungarn. Der neue gemeinsame Finanzminister muss in seiner schwierigen Position den Ungarn gegenüber gestützt werden. Das uns angebotene reichliche

französische Kapital sollte unter deutscher und südslawischer Führung verwertet werden. Ich würde mir wünschen, wenn Sie in dieser Angelegenheit mit dem ehrenwerten Conte Borelli di Vrana in Zara Verbindung aufnehmen würden. Auch der Weg nach Albanien führt mehr oder weniger über Bosnien-Herzegowina und ebenso nach Montenegro, dessen Heranziehen in den österreichischen Wirtschaftskreis nicht mehr aufgeschoben werden soll.

Niemals war die Gelegenheit am Balkan günstiger wie jetzt, wo die Kontermine Italiens nahezu verschüttet ist und die Russen unsere Sympathie brauchen, um in der Dardanellenfrage bei uns Wohlwollen zu finden.

Q1 1. 22 Brosch an Chlumecky
Bozen, Silvester 1912

.....Als Soldat fühle ich mich sehr wohl. Im Belvedere hätte ich nichts ändern können. Ein Blick in die Zukunft sagt mir nichts Gutes. Ich glaube, dass auch ein Geist wie Conrad nichts richtet. Unsere Diplomaten sind dumm, wir haben am Balkan verspielt. Seit 350 Jahren haben wir das Blut unserer Soldaten im Kampf gegen die Türken umsonst verspritzt. Zwei solche Mistvölker wie die Serben und Griechen bekommen ohne sonderliche Anstrengung das Gebiet für welches die Monarchie seit Jahrhunderten seine ganze Kraft opferte. Welche Interessen die Monarchie am Balkan verfolgt ist undurchsichtig. Zuerst glaubte man es sei der von Aehrenthal verschenkte Sandzak, dann war es sogar Saloniki, dann Albanien. Schließlich ist man zufrieden, dass man Serbien an der territorialen Ausbreitung an der Adria hindern konnte. Den Hafen und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Monarchie bekam Serbien ja doch. Ich bin Ihrer Ansicht, es ist ein schwerwiegender Misserfolg für die Monarchie und schließt uns für immer vom Balkan aus. Dabei wird uns nicht einmal die von Wien erhoffte Ruhe verschafft.

Wenn wir Österreich mit Serbien vergleichen müssen wir schamrot werden. Wir gaben für die Annexion den Sandzak der Türkei zurück, zahlten 54 Millionen Kronen, ließen uns durch den Boykott schädigen und erwarben dafür nichts! Die Serben aber nehmen sich die halbe Türkei und drohen obendrein noch der Monarchie. Und Griechenland? Die Griechen blockieren mit einer kleinen Flotte alle türkischen Häfen, okkupierten alle Inseln. Das verlotterte griechische Heer macht fast einen Spaziergang nach Saloniki als wäre es ein Friedensmanöver. Und vor dieser Türkei haben wir uns vor 4 Jahren so gefürchtet.

Verliert ein Oberst oder General eine Friedensübung, wird er sofort pensioniert. Ein Diplomat dagegen ist wie ein Richter - unabsetzbar. Ein Brief von Conrad vom 7.11. und ein Brief von Ihnen bestätigen mir, dass ich mit meiner Ansicht in bester Gesellschaft bin. Conrad schiebt alles seinem Gegner Aehrenthal in die Schuhe und damit mag er Recht haben, denn heute ernten wir was wir vor 1908/09 säten.

Albanien wird wahrscheinlich zum Schleswig-Holstein zwischen uns und Italien. Indem wir für die Unabhängigkeit Albaniens eintreten, helfen wir den Italienern. Das näherliegende Italien wird uns dort keinen Einfluss gönnen. Die Serben werden aber in den neutralen Häfen von S. Giovanni oder Durazzo die Brücke zu Italien finden.

Von unserer Innenpolitik will ich gar nicht reden. Was Tschechen, Slowenen, Dalmatiner an Hochverrat während der letzten Wochen leisteten ist enorm.....

Q1 1. 23 Chlumecky an Bardolff
23. Juli 1913

.... Die politischen Vorkommnisse sind derart verworren, dass es mir unmöglich ist die richtige Linie zu erblicken, welche unsere auswärtige Politik genommen hat. Ohne vorher mit Ihnen Verbindung aufzunehmen, möchte ich nicht darüber schreiben. Ich habe das Gefühl, in den letzten Monaten den nötigen Kontakt zum Rennweg bzw. Belvedere verloren zu haben. Aber nicht durch meine Schuld.

Ich wurde durch die Ereignisse in eine Stellung gedrängt, die Ihrem Hohen Herrn nicht besonders gefällt. Es bedarf einer Aussprache.....

Q1 2 Kopie des von der Militärkanzlei entworfenen Vertrages in Angelegenheit „Militärstrafprozess“ und der Grund weshalb Franz Ferdinand den Vertrag nicht signierte. 20.4.1911 Brosch

Dieses Konzept wurde Franz Ferdinand zur Signierung vorgelegt:

EM. Obwohl der Reichskriegsminister bisher unterlassen hat über die Entwicklung der M.St.P. Reform zu informieren, habe ich aus den Mitteilungen der Presse entnommen, dass die Frage aktuell wird und ich wage daher E.M. ehrfurchtsvoll zu bitten, meine Anschauungen über die Reform des M.ST.P. untertänigst unterbreiten zu dürfen.

Der M.ST.P. erscheint mir nur als ein Mittel die Militärdisziplin aufrecht zu erhalten, welches dann zur Anwendung kommt, wenn nach den Bestimmungen des Dienstregelment die Disziplinargewalt der Kommandanten nicht mehr ausreicht. In dieser Auffassung betrachte ich die Modernisierung des M.ST.P. als eine Angelegenheit, deren Regelung als eine Materie der Leitung, Führung und inneren Organisation der gesamten Armee, einzig und allein nur der Krone zufallen kann.

Auch nach dem Wortlaut des § 2 des Grundgesetzes über den staatsrechtlichen Ausgleich vom 21.12.1867, findet der M.ST.P. keinen Platz unter jenen Angelegenheiten, welche zwar nicht gemeinsame, aber nach gleichen Grundsätzen zu behandeln sind.

Vielmehr weist die Fassung des § 1 des genannten Grundgesetzes darauf hin, dass der M.ST.P. zu jenen Angelegenheiten des Kriegswesens gehört, welche als gemeinsame erklärt sind, denn er steht weder mit der Regelung der bürgerlichen Verhältnisse noch mit jenen anderen Momente in irgend einer Relation, welche nach Punkt b des eingangs erwähnten § 1, von der Gemeinsamkeit ausgeschlossen sind.

Die Reform des M.ST.P. sollte deshalb nicht dem Forum der Parlamente überantwortet und den beiden Regierungen verhandelt werden, sondern diese Aufgabe fällt dem Reichskriegsminister zu. Ich vermag meine Verwunderung nicht zu verhehlen, dass derselbe, Pressemitteilungen zufolge, so ganz ausgeschaltet scheint.

Ich erblicke vielmehr in der Realisierung der M.ST.P. Reform in der bis jetzt angebahnten Weise eine schwere Gefährdung der Kronrechte. Auf den eigentlichen Streitpunkt der Frage des M.ST.P. selbst übergehend wage ich ehrfurchtsvoll darauf hinzuweisen, dass eine Bevorzugung der ungarischen Sprache gegenüber der deutschen Dienstsprache der erste wirksame Einbruch in dieses bisher so hartnäckig verteidigte Gebiet war.

Dem allseits geltend gemachten Einwand, dass das sogenannte 9er Programm das Versprechen einer Geltendmachung der ungarischen Staatssprache im M.ST.P. enthält, kann ich nur mit dem Hinweis entgegentreten, dass das Maß der Geltendmachung keineswegs fixiert wurde.

Wenn E.M. in allerhöchst ihrer unerschöpflichen Huld und Gnade dieses 9er Programm überhaupt noch zu Recht bestehend anerkennen wollen, so bitte ich E.M. mir gnädigst zu gestatten, jene

Grenzl意思en darlegen zu dürfen, über welche hinaus den ungarischen Vorderungen nicht nachgegeben werden sollten und zwar:

1.) Jeder Soldat soll prinzipiell in seiner Muttersprache verhört werden, die Verhandlung sollte aber nur in deutscher Dienstsprache geführt werden.

2.) Nur jene im Heer dienenden ungarischen Staatsbürger, welche die ungarische Sprache beherrschen, sollten in der magyarischen Staatssprache behandelt werden dürfen.

Dieses unter Punkt 2 angeführte Zugeständnis betrachte ich als die äußerste Konzession, welche mit Rücksicht auf die Geltendmachung der magyarischen Staatssprache im neuen M.ST.P. Verfahren noch zugestanden werden könnte, ohne die deutsche Dienstsprache des Heeres zu gefährden.

Jede über dieses Zugeständnis hinausgehende Forderung der ungarischen Regierung halte ich für unberechtigt.

In tief ehrfurchtsvoller Unterbreitung dieser vorstehenden treu gehorsamsten Ausführungen richte ich deshalb an E.M. die ganz inständige Bitte: geruhen E.M. dem Reichskriegsminister gnädigst anzuweisen, dass er nunmehr aktiv in die Verhandlungen der M.ST.P. Reform eingreife, die Rechte der Krone bis auf das Äußerste verteidige und die unberechtigten Forderungen der ungarischen Regierung zurückweise.

Dazu Notiz von Brosch: S.K. Hoheit war mit dem Vertrag zwar einverstanden, haben jedoch Bedenken gegen die Absendung. Baron Bienerth soll weiter den österreichischen Standpunkt vertreten und nicht der R.K. Minister, denn er verteidigt die Kronrechte mehr als der R.K.M..

Das Konzept geht daher ad acta.

13.4.1911 Brosch m/p u. 16.4.1911 Brosch m/p

Q1 3 Zeitungsartikel.

Q1 3. 01 Zeitungsartikel von „Die Zeit“ Nr. 3184, Wien, Sonntag den 6.8.1911,
Morgenblatt. Redaktion, Administration, Wien I., Wipplingerstr. 33

Albanische Bilanz:

Der diesjährige Ausstand der Albaner darf als beendet angesehen werden. Die rebellierenden Malissoren, die zum größten Teil auf montenegrinisches Gebiet übergetreten waren, kehren in ihre Wohnorte zurück. Nicht in heller Begeisterung für den Frieden und auch nicht im vollen Vertrauen auf die Erfüllung der ihnen gemachten Zusagen, sondern der Notwendigkeit gehorchend. Die Montenegriner, die ihnen vor den Türken Zuflucht gewährten, haben sie wieder aus ihrem Land hinausgedrängt, nachdem sie mit der Türkei handelseins wurden. An diesen weltweit interessanten Ereignissen sind wir besonders nahe beteiligt.

Der Balkan ist die eigentliche Domäne unserer Außenpolitik und das katholische Albanien, das diesmal im Ausstand war, bildet unsere besondere Interessensphäre. Nach dieser militärisch-diplomatischen Kampagne geziemt es sich die Bilanz zu ziehen, die Frage nach Gewinn und Verlust. Der Verlust ist offensichtlich. Wir haben das Vertrauen der katholischen Albaner hoffentlich nicht ganz verloren, aber jedoch viel davon eingebüßt. Seit mehr als 200 Jahren stehen sie hinter unserem Kulturprotektorat und dieses Schutzverhältnis kostet uns viel Geld. Wir bauten ihnen Kirchen und Schulen. Auch in ihrem Ausstand gegen die Türken rechneten sie mit unserer Hilfe, die aber nicht so ausfiel wie sie es erwartet hatten. Unsere Regierung setzte sich bei den Türken in freundschaftlicher Weise für sie ein, hat gegen das brutale Vorgehen des Generalissimus Torghut Schefket Pascha

Bedenken erhoben und den Türken Frieden zu schließen empfohlen. Die albanischen Bergstämme, die nichts von Diplomatie verstehen, hatten andere Hilfe erwartet und waren deshalb verstimmt. Den von unserer Regierung gesandten Bischof Serregi, der den Frieden vermitteln sollte, schickten sie wieder nach Hause. Den von den Montenegrinern angebotenen Frieden nahmen sie hingegen an. Aber Montenegro ist auch ein alter Feind von ihnen, so wie auch der unsere. Doch die Montenegriner schlichen sich geschickt in ihr Vertrauen, gaben den Rebellen Obdach und Nahrung. Wes Brot ich esse, des Lied ich singe. Den Ratschlägen der Montenegriner mussten sie im Angesicht des Hungertodes Folge leisten.

Unseren Schützlingen haben wir geschadet, unseren Gegnern genützt. Zwei Passivposten. Bleiben die Türken, bei denen wir das Aktivum unserer diplomatischen Bilanz suchen müssen. Dem jungtürkischen Regime hat unsere reservierte Diplomatie einen ungeheuren Dienst erwiesen. Es ist ein Ehrenpunkt für diese jungtürkische Partei, dass sie keine fremde Einmischung zulässt. Unser Kulturprotektorat gab uns ein Recht zur Einmischung, dieses Recht steht keiner anderen Macht zu, am allerwenigsten Montenegro. Wir machten von diesem Recht keinen Gebrauch. Wir hielten unsere Intervention in Grenzen, so wie Russland. Die Jungtürken müssten uns dafür doppelt und dreifach danken. Aber! Haben sie sich dankbar erwiesen oder werden sie es auch tun? Hat sich unsere Regierung dafür Sicherheit verschafft? Wir wissen es nicht. Wir wissen aber, dass sich jeder andere Staat an unserer Stelle diese Nichtausübung seiner Rechte teuer hätte bezahlen lassen. Tat das unsere Regierung? Die Öffentlichkeit darf darüber Aufklärung erwarten. Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob unsere Bilanz im Falle Albanien negativ oder positiv ausfällt.

Q1 3. 02 Zeitungsartikel „Dresdner Neueste Nachrichten“ Dresden, 9. 8. 1911
Die Ereignisse in der Türkei.
(Telegramm des „Pester Lloyd“)

Österreich-Ungarn und der albanische Ausstand.

Unser Blatt erhielt von ihrem Wiener Mitarbeiter eine bemerkenswerte Darstellung zur Haltung Österreich-Ungarns gegenüber dem albanischen Ausstand.

Folgendes: die Auseinandersetzung zwischen der türkischen Regierung und den Albanern wurde von Österreich-Ungarn immer als innerpolitische Angelegenheit der Türkei angesehen und danach gehandelt. Das hinderte jedoch einzelne europäische Staatskanzleien nicht daran, dass sie diese Frage der internationalen Politik ihrer Macht dienstbar machen wollten.

Den Ententemächten war es nämlich ein Dorn im Auge, dass sich nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina das Verhältnis Österreich-Ungarns zu der Türkei so rasch besserte und freundschaftlich gestaltet hat. Da schien ihnen nun die Malissorenfrage die erwünschte Gelegenheit zu bieten, in dieses Verhältnis einen Keil zu treiben. Das Kulturprotektorat der Donaumonarchie in Albanien werde, so hofften jene Mächte, Österreich-Ungarn veranlassen, sich für die Aufständischen zu exponieren und stark zu machen, so dass infolge die Freundschaft mit der Türkei einen unhaltbaren Riss bekomme oder gar in Brüche geht.

Aber wie schon 1908 verrechneten sich die Ententemächte wieder. Österreich-Ungarn hat sich weder durch die russische Demarche in Konstantinopel noch durch Vorschläge anderer Seite von der Auffassung abhalten lassen, dass die Malissorenfrage eine innere Angelegenheit der Türkei sei. Andererseits ist es gerade durch die Freundschaft zum osmanischen Reich befähigt worden, den Türken zu verschaffen was sie zu ihrer weiteren Entwicklung und Existenz brauchten.

Der Ärger über das Fehlschlagen der erwähnten Hoffnungen macht sich nun laut. Durchsichtig sind die in Umlauf gebrachten Meldungen, Österreich-Ungarn habe mehreren Botschaftern eine Kollektivdemarche bei der Pforte wegen der albanischen Frage vorgeschlagen, sei dabei aber auf Ablehnung gestoßen. Dieser tendenziösen Nachricht ist man am Ballplatz mit besonderer Schärfe entgegengetreten. Derlei Machenschaften können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stellung Österreich-Ungarns am Bosphorus durch das Interesse, das die Monarchie für die Albaner

zeigte, nicht im mindesten berührt worden sei. Das registrierte auch Deutschland mit Genugtuung, da jene die auf Österreich-Ungarns Einfluss in Konstantinopel losschlagen, auch Deutschlands Einfluss schwächen wollen.

Q1 3.03 Zeitungsartikel: Deutsches Tagblatt (Seite ohne Datum)

Österreichs Haltung in der Marokkokrise: Die Ereignisse des letzten Sommers, die dicht an einem Krieg vorbeiführten, lässt in der deutschen Presse die Frage auftauchen, welche Haltung Österreich dabei einnahm. Das führende Zeitungsblatt Berlins beklagt sich darüber, dass den Behauptungen einzelner Bundesredner, „das Deutsche Reich stand in der Marokkokrise allein da“, nicht widersprochen wurde.

Österreich stand während dieser Affäre treu zur Seite, mit musterhafter Bundestreue. Es gibt keinen Zweifel darüber, dass im Ernstfall Österreichs und Deutschlands Truppen Schulter an Schulter zusammengestanden wären.

Österreich sei nach dem Bündnisvertrag nur dann zur Hilfe verpflichtet, wenn Deutschland von Russland angegriffen wird. Wenn also zuerst von England und Frankreich eine Kriegserklärung an Deutschland erfolgt wäre, hätte Österreich keinen Grund gehabt einzugreifen. Dazu wäre es auch nicht in der Lage, denn in diesem Augenblick hätte es selbst drei Gegner: Russland, Italien und Serbien. Im eigensten Interesse müssten Vorbereitungen getroffen werden, um gegen jeden dieser Gegner gerüstet zu sein. Auch würden Gegensätze in der Art des Vorgehens bestehen. Graf Aehrenthal würde eine dilatorische Politik gegenüber Italien empfehlen, während die Militärpartei auf entschlossenes und rasches Handeln drängen würde.

Dies alles ist Theorie, da es ja nicht zum Krieg kam. Jedenfalls bemühte sich Aehrenthal während dieser kritischen Zeit nicht besonders, die Bündnistreue zu unterstreichen. Das Gegenteil war der Fall. Er hob sogar öfter hervor, dass die Marokkoangelegenheit nicht in den Bereich der Bündnisverpflichtung falle. Dies zu betonen war unnötig. Man möchte meinen, Aehrenthal wäre gern der neue Bismarck von Wien. So verzieh er den Jungtürken nie, dass sie ihm während der Annexionskrise zu einer Geldabfindung zwangen, das war für seine Politik eine Schlappe. Aehrenthal lässt sich aus persönlichen Motiven zu seiner Politik beeinflussen. Seither verfolgt er eine Politik in Konstantinopel, die viel dazu beiträgt die Türken ins Lager der Tripleentente zu treiben. Fast krankhaft sei seine Angst vor der Behauptung, der Ballplatz sei eine Expositur der Wilhelmstrasse. Das erklärt warum er die Marokkokrise zum Anlass nahm, die Unabhängigkeit seiner Politik darzutun.

Diese persönlichen Ambitionen spielen jedoch im Ernstfall keine Rolle, denn in einem künftigen Krieg steht die Großmachtstellung des Deutschen Reiches auf dem Spiel. Falls aber das Deutsche Reich untergeht kann auch Österreich seine Großmachtstellung nicht mehr behaupten. Vom Thronfolger wird erzählt, dass für ihn das Zusammenstehen mit Deutschland nicht nur Verstandessache, sondern auch Herzenssache sei. Während der Manöver in Oberungarn gedachte er in warmen Worten der Eindrücke die er vor kurzem bei der Flottenparade in Kiel von der Deutschen Flotte, als dem Werke Kaiser Wilhelms, gewonnen hatte. Zu dieser Stellungnahme lag gar kein besonderer Anlass vor - und trotzdem!

Q1 4 Studien über die politische und geographische Bedeutung Albaniens für die Donaumonarchie

Q1 4.01 Studie des Prof. Lammasch über Albanien an die Militärkanzlei.
25.11.1912

Die vollständige Autonomie Albaniens mag einer ethnografischen oder konfessionellen Rücksicht oder sie mag auch Gefühlsmotiven entsprechen, aber nicht den Interessen der Monarchie.

Albanien hat die naturgemäße Tendenz nach dem nächstgelegenen bequemst zu erreichenden Kulturland. Das ist Italien und dort leben zudem seit Jahrhunderten tausende albanische Ansiedler in geschlossenen Kolonien. Von dort holt sich der größte Teil der albanischen Intelligenz die Bildung. Wenn sich Albanien einer Großmacht anschließt, dann ist es Italien. Dann hätte Italien die Herrschaft über die „*altra sponda*“.

Unserem Interesse entspräche vielleicht am besten die Personalunion Italien mit Griechenland. Dadurch würde Albanien von Italien abgezogen, gegen Serbien geschützt werden und einen Keil in den Balkanbund treiben. Dass Griechenland deswegen eine Mittelmeer-Seemacht würde widerspricht unseren Interessen nicht. Es würde dadurch nur ein Gegengewicht zu einem möglichen französisch-italienischen Bündnis geschaffen werden. Von Russland ist Griechenland längst unabhängig.

Durazzo: Es ist nicht nur eine Kaprixe Serbiens und auch nicht bloß Rücksicht auf seine Verbündeten, dass es einen Hafen an der Adria will und nicht am ägäischen Meer. Aus wirtschaftlichen Interessen braucht Serbien einen Hafen nach dem Westen, nur nach Westen kann es seine Produkte absetzen und von dort allein einführen was es braucht. Der Osten nützt Serbien nichts. Durazzo im serbischen Besitz wäre mehr gegen die Interessen Italiens gerichtet als gegen die von Österreich-Ungarn. Selbst wenn der Hafen durch einen schmalen Korridor mit den übrigen serbischen Territorien verbunden wird, ist dies für uns keine besondere Gefahr. Trotzdem entspricht diese Verbindung nicht unseren Interessen. Durch einen solchen Besitz würde Serbiens militärische Kraft jedenfalls gebunden und die Gefahr, die ein selbständiges Albanien für uns bedeutet, eher vermindert. Eine Absperrung vom Mittelmeer erfolgt dadurch nicht. So schmal, dass sie von beiden Ufern beherrscht werden könnte, ist die Adria nirgends. Die Strasse von Otranto ist breiter als der Pas de Calais. Aus dem Erwerb eines Hafens durch Serbien ergäbe sich für uns nur die Notwendigkeit einer Stärkung unserer Kriegsmarine, die auch so wünschenswert wäre.

Durazzo in serbischen Händen ist für uns selbst minder gefährlich als San Giovanni di Medua, weil es ferner ab von unseren Grenzen liegt. Für Italien wäre es aber vielleicht ein unbequemes *vis á vis*. Dagegen möge Italien sich wehren.

Politisch wäre es für uns nachteiliger, die Serben nach einem dalmatinischen Hafen zu locken. Es ist nicht wünschenswert die Verbindung zwischen Serbien und Dalmatien allzu rege zu gestalten. Die Gefahr einer serbischen Irredenta würde dadurch gesteigert.

Wirkung auf unsere inneren Verhältnisse: Der Krieg mit Serbien würde die slawische Bevölkerung, in der insbesondere in Ungarn die kräftigste Stütze der künftigen Regierung liegen sollte, zu Feinden der Monarchie machen. Für den Krieg sind Teile der Christlichsozialen Partei der Magyaren und der extremen Deutsch-Nationalen. Die Christlichsozialen glauben dadurch Eurer Kais. Hoheit gefällig zu sein. Sie hätten ansonsten keine sachlichen Motive. Doch ein Krieg würde ihre Macht vollständig brechen. Schon heute schreien die Sozialdemokraten: „die Christlichsozialen stürzen uns in den Krieg“. Bei einem eventuellen Krieg würde die Erinnerung an die geforderten Opfer die Christlichsoziale Partei dezimieren.

Die Magyaren erhoffen sich durch einen Krieg, die Slawen auch im Inneren zu überwinden. Darum auch das von allen Juden patronisierte Bündnis mit den Deutsch-Nationalen.

Die Alldeutschen und die ihnen nahestehenden „Patrioten“ um Wolf und Erler sind für den Krieg weil sie hoffen, die Monarchie dadurch in Abhängigkeit zum Deutschen-Reich zu bringen, die ständige Militär-Konvention, vielleicht auch die Zollunion mit Deutschland zu erlangen. Dadurch würden sie den Übergang in die Stellung Bayerns vorbereiten.

Eine Annexion Serbiens: Dadurch würde die südslawische Bevölkerung, die wir uns durch den Krieg zu Feinden gemacht haben, um 2 - 3 Millionen verstärkt. Freilich wäre „Piemont“ vernichtet. Aber ist Serbien ein Piemont? Hat es diese innere Kraft und Tüchtigkeit? Ist das nicht vielmehr Bulgarien? Bulgarien ist uns aus ethnografischen Gründen ungefährlich. Selbst wenn wir Piemont vernichten, erwerben wir dadurch eine neue Lombardei. Wir würden dort Millionen in ein Festungsviereck verbauen. Unser Militär und unsere Beamten würden dort gehasst sein und angefeindet werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden wir nach ein oder zwei Menschenaltern diese Lombardei an den mittlerweile erstarkten Balkanbund verlieren - und vielleicht Bosnien dazu.

Lammasch m.p.

Albanien gravitiert naturgemäß nach Italien, das trifft zu. Nähe und Sprachkenntnisse tragen dazu bei. Es ist wahrscheinlich, dass ein nördliches katholisches Albanien durch serbische Enklaven getrenntes Südalbanien, noch stärker nach Italien gravieren wird. Daher ist die Erhaltung der Einigkeit Albaniens noch mehr in unserem Interesse als in jenem Italiens. Das autonome Albanien muss finanziell und wirtschaftlich von uns abhängig werden. Nicht nur das neue Staatsoberhaupt ist materiell zu unterstützen, das wäre ein Fehler. Nicht wie einst in Serbien höfische Politik betreiben, sondern Land und Bevölkerung sind zu gewinnen. Sollte einmal wegen Albanien ein Krieg mit Italien ausbrechen müssen, die Sympathien des albanischen Volkes auf unserer Seite sein.

Der serbische Hafen an der Adria ist für uns weit schädlicher als für Italien. Dadurch wäre Serbien von uns wirtschaftlich unabhängig, es bräuchte sich bei großserbischen irredentistischen Tendenzen keine Mäßigung auferlegen. Wir wissen wie nahe sich serbische und italienische Irredenta stehen. Wir kennen die Verbindung südslawischer und italienischer Feinde der Monarchie und es könnte sein, dass sich Serbien und Italien über die Adria einmal die Hände reichen.

Serbisches Territorium am Mittelmeer könnte einen Stützpunkt für Italien bilden und uns den Weg ins Mittelmeer versperren. Es könnte ein Vorteil sein Serbien in einen dalmatinischen Hafen zu locken und wirtschaftliche Verbindungen zwischen Dalmatien und Serbien herzustellen. Der wirtschaftlich Stärkere wird Österreich sein und zu diesen soll Serbien gravitieren, nicht umgekehrt. Nur eine südslawische Politik, die Serben und Kroaten der Monarchie entfremden und sie unzufrieden macht hätte zur Folge, dass die Anknüpfung engerer wirtschaftlicher Beziehung mit der Absicht des einstigen Abfalls von der Monarchie, erfolgen würde.

Über Zweck und Folgen eines Krieges: Die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes bringt die Gefahr, dass ein einheitlich großes Serbien auf unsere südöstlichen Gebiete eine starke Attraktivität ausüben würde, weil die komplizierten staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie eine einheitliche südslawische Politik und gleichartige Behandlung unserer Südslawen sehr erschwert. Solange in Agram anders regiert wird als in Bosnien, solange der komplizierte Apparat von fünf Vertretungen in Bewegung gesetzt werden muss - z. B. wenn in Bosnien eine Bahn gebaut werden soll - solange werden unsere Südslawen immer leichter geneigt sein über die Grenze zu schießen. Ich fürchte unser mächtiges Beharrungsvermögen wird es mit sich bringen, dass im Falle eines friedlichen Ausgangs des momentanen Zustandes alles beim Alten bleibt und das Auseinanderregieren der Südslawen weiter andauert. Hingegen zwänge uns ein Gebietszuwachs im Südosten die innerpolitischen Fragen in unseren südslawischen Gebieten einer Lösung zuzuführen. In diesem Sinne entspräche eine expansive Politik einer konservativen, denn sie würde Möglichkeiten bieten, Maßnahmen gegen drohende Verluste unseres bisherigen Besitzes zu treffen. Diese Politik dürfte natürlich nicht zur Annexion ganz Serbiens führen, es ist vielmehr empfehlenswert im Falle einer Niederwerfung Serbiens, größere serbische Gebiete an Bulgarien abzutreten.

Q1 5 Handschr. Brief v. Frau Poldy (Leopoldine) Franckenstein an Chlumecky.
Berkeley Hotel, Piccadilly, 17.2.1913

..... Graf Mensdorff lechzt nach österr. Nachrichten. Leider hat er vom Ballplatz nur spärliche Informationen. Hier in London werden wir als europäische Störenfriede angesehen. Jeder fragt einen: „Why does Austria want war?“

Graf Mensdorff sagte mir, dass es hier und überall heißt, dass wir alles das erreichten was wir verlangen. Dass der russische Botschafter weinend herumläuft und sagt, er könne nie mehr nach Russland zurück, weil man ihm dort vorwirft, alle russischen Interessen weggeworfen zu haben. Er sei ein halber Österreicher.

Alle Mächte wirken auf Mensdorff ein, er solle es einmal Russland leichter machen, nachdem Österreich so viel erreicht hat. Russland wolle zwar nicht den Krieg, aber man darf den Bogen auch nicht überspannen. Die Triple-Entente findet wir sollten Russland nachgeben und die Alliierten finden uns zu schroff. Hier wird allgemein von ein paar albanischen Städten gesprochen, die ja nichts als Dörfer sind und nichts bedeuten. Die Wut gegen uns wächst. Mensdorff vertritt uns exzellent und hält an seinen Forderungen eisern fest. Aber was hilft das alles, wenn man in Wien schwankt und zum x-ten Mal nicht weiß was man will. Mensdorff wäre auch für einen Krieg, so wie Sie, wenn er

wüsste, ob und was er uns nützt. Er sieht unser Verhältnis zu Russland nicht sehr rosig. Er meint, dass die Gefahr bei einer schwachen unbeständigen österreichischen Regierung und einer noch schwächeren russischen Regierung nicht zu unterschätzen ist. Wegen Skutari und wegen der albanischen Abgrenzung ist absolut nichts entschieden, denn die Verhandlungen stocken. Als sehr ernst sieht man hier die rumänisch-bulgarische Frage an. Auch in der deutschen Botschaft ist man über die Konsequenzen sehr besorgt. Man merkt überall Kriegsnervosität. Heute verstehen sich englische und deutsche Politiker besser als vor einem Jahr. Man spricht von einer in späteren Jahren möglichen Allianz. Hat dann Deutschland noch ein Bündnis mit Österreich nötig? Mensdorff ist fähig und weitblickend, aber er ist hier von Nullen umgeben (Trautmann).

Quellenabschrift

Quelle 2

Österreichisches Staatsarchiv- Kriegsarchiv
1030 Nottendorferg. 2

Nachlass Chlumecky: Signatur G 1808

Die im Nachlass aufliegenden Briefe wurden vom Kriegsarchiv in die Abschnitte 1 - 7 unterteilt. Um den Geschichtsablauf fortlaufend gestalten zu können, habe ich die Nummern 6 und 7 vertauscht. Weiters habe ich die vorliegende weitere Unterteilung bzw. Benummerung selbst getroffen, um sie dieser Dissertation zuordnen zu können. Generell habe ich die neuen Regeln der deutschen Rechtschreibung nach Duden Bd. 1, Mannheim Juli 1996, verwendet.

Q2 1 - 3 Akten v. Vater Chlumecky (werden für diese Arbeit nicht verwendet)

Q2 4 Brief Berchtolds an Chlu. 30.7.1912

Q2 5 eigenh. geschrieb. Umschlag eines maschineschriebenen Textes: „die Beziehung des ehemaligen Reichskriegsministers Baron Heinrich Pitreich zu den Armeeforderungen Ungarns“. Eine Entgegnung von xxx (vermutlich Conrad) 21.5. Brosch

Q2 6 Politische Briefe

Q2 6 a) Politische Briefe an meinen Vater vor Italiens Verrat 1914/15

Q2 6 b) Politische Briefe aus der Schweiz - Tschechiens Hochverrat - und aus Wien 1915

Q2 7 Korrespondenz mit Josef Redlich (1908-1934)

(Die Korrespondenz der Abschnitte 6 und 7 habe ich teilweise zusammenfassend aber wortgetreu wiedergegeben. Nur die für diese Dissertation nicht relevanten Sätze wurden von mir in der Quellenabschrift nicht berücksichtigt.)

Q2 4. Berchtold an Chlumecky
vom 30.7.1912

Geehrter Baron Chlumecky!

Im Sinne Ihres geschätzten Schreibens habe ich mir angelegen sein lassen, Erkundigungen in Betreff des Mauritius und Lazarus-Ordens einzuziehen und feststellen können, dass die italienische Regierung nach den Statuten dieses Ordens tatsächlich berechtigt ist, in- und ausländischen Ordensrittern, welche antiitalienische Interessen verfechten, ihre Dekorationen abzuerkennen.

Leider ist es mir nicht möglich, Ihnen eine rechtzeitige Verständigung über die diesbezüglichen Absichten der maßgebenden römischen Faktoren in Aussicht zu stellen. Da ich nicht annehmen kann, dass die italienische Regierung mich oder unsere Botschaft in Rom von einer solchen Maßregel vorher verständigen würde und eine gegenständliche Anfrage selbstverständlich ausgeschlossen ist.

Mit Vergnügen benütze ich diesen Anlass zur Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Berchtold (eigenhändige Unterschrift)

Q2 5 Eigenhändig geschriebener Umschlag eines maschineschriebenen Textes:

21.5.1911

Die Beziehungen des ehemaligen Reichskriegsministers Heinrich Pitreich zu den Armeeforderungen Ungarns. Eine Entgegnung von *** (vermutlich Conrads) an Brosch.

Dynastisch gesinnte Politiker und Staatsmänner der Monarchie sehen in der jüngsten Vergangenheit das wichtigste Problem in der Lösung der Frage, wie es möglich sei, im dualistischen Rahmen die militärische Kraft der Monarchie und dadurch ihre Großmachtstellung für die Zukunft sicherzustellen, so dass die Habsburg-Dynastie ihre alte Autorität zurückgewinne und so in Europa wieder eine führende Rolle inne hätte.

Wichtig ist, dass das auf Grund des gesetzlich festgestellten erhöhten Präsenzstandes präliminierte Rekrutenkontingent nebst den notwendigen materiellen Mitteln, für die Zukunft jährlich, rechtzeitig in der benötigten Stärke, auf verfassungsmäßigem Wege, ständig und unbedingt gesichert sei.

Angesichts der Tatsache, dass es die Ungarn sind, die der rechtzeitigen Erledigung der militärischen und finanziellen Bedürfnisse des Heeres immer hindernd im Wege stehen, war jene Auffassung in den Vordergrund getreten, dass um jene Bestrebungen in Zukunft zu vermeiden, bei einer günstigen Gelegenheit die dualistische Verfassung derartig umzugestalten wäre, dass sie nicht mehr das Werkzeug der Erpressungspolitik der magyarischen Herren sein könne. Dieser Gedankenkreis manifestierte sich in dem Plan, dass in dem ungarischen Ausgleich vom Jahre 1867 eine Ergänzungsbestimmung aufzunehmen wäre, die in jenen Fällen wo es die Gesetzgebung unterlassen sollte, die benötigten Rekruten und Geldmittel rechtzeitig zu votieren, der Regierung das Recht einräumt, mit dem Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung der Gesetzgebung auf ihre eigene Verantwortlichkeit das Rekrutenkontingent zu sichern bzw. zu stellen und die benötigten Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Dieser Plan, der im Wesen dem österreichischen § 14 entspräche, war auf dem Prinzip des Normalbudgets aufgebaut und wäre vollständig ausreichend gewesen um der ungarischen Opposition in Zukunft das Handwerk zu legen.

Seit dem Balkankrieg aber erfuhr die Lage in der ganzen Monarchie, besonders in Ungarn, eine grundlegende Umgestaltung. Künftig sind Garantien wie sie vor dem Krieg ausreichend gewesen waren, nach dem Verlauf desselben absolut unzulänglich geworden. Bisher konnten die Bedürfnisse der Armee nur infolge der Angriffe seitens der Ungarn in Gefahr geraten. Nach dem Verlauf des Balkankrieges sind wir durch das gestiegene Nationalitätenbewusstsein so weit vorgeschritten, dass man die Sorge die bisher nur vor den Ungarn bestand auf alle Völker innerhalb der Monarchie ausdehnen kann. Das bedeutet, dass man künftig um die Erfüllung militärischer Forderungen nicht nur bei den Ungarn bangen muss. Daraus folgt aber keineswegs, dass auch Böhmen, Ruthenen, Rumänen und Serben einen antidynastischen Standpunkt eingenommen hätten. Diese sind mehr oder weniger auch noch heute getreue Bestandteile der Monarchie und bringen der Armee die althergebrachte Treue und Liebe entgegen. Ihre eigenen Söhne dienen und finden Existenz in dieser Institution.

Das Übel besteht darin, dass nach der Balkankrise das Nationalitätenprinzip übermäßig erwachte und das Verhältnis zwischen den verschiedenen Volksstämmen der Monarchie so sehr verschärft wurde, dass der daraus entstandene Wettstreit und Kampf gerade die wichtigsten Interessen der Monarchie bedrohen wird.

Durch die Taktik, die die Völker schon jetzt verfolgen und die sich künftig noch verstärken wird, sind die Interessen der Armee gefährdet. Sie werden die verfassungsmäßige Votierung der Bedürfnisse des Heeres in den Parlamenten so lange hemmen, bis sie zu Gunsten ihrer Nationalität Zugeständnisse erzwungen haben.

Wie das rumänische Beispiel zeigt, werden die Nationalitäten auch andererseits nicht zurückschrecken, zur Durchsetzung ihrer Ziele die Unterstützung der fremden, ihnen rassenverwandten Staaten in Anspruch zu nehmen, wodurch sie den Irredentismus - nolens volens - zum Faktor der Realpolitik erheben.

Zurück zur Frage der Armee. In Böhmen begannen die Tschechen schon mit der eben erwähnten Taktik. Eine bevorstehende Ausdehnung des Wahlrechts in Ungarn wird den Nationalitäten auch hier eine bedeutende Vertretung gewähren. Es wird nicht lange dauern und der Kampf zwischen Magyaren, Kroaten, Rumänen, Slowaken, Deutschen, Serben und Ruthenen bricht aus. Dieser Kampf wird härter sein als jener im österreichischen Reichstag, da er wegen der seit Jahrhunderten andauernden Vergewaltigung erbittert geschürt wird.

Dieser Rassenkampf wird die Interessen der Monarchie und der Armee auf ein Nebengeleise schieben, weil jede Rasse zuerst ihre eigenen Interessen wahrnehmen wird. Um von der in bedrängte Lage geratenen Dynastie nationale Konzessionen zu erpressen, werden in den schlimmsten Fällen sich diese Nationalitäten sogar den Lebensbedingungen der Monarchie in den Weg stellen, d. h., sie werden die verfassungsmäßige Sicherung der Heeresbedürfnisse zu verhindern suchen. Das sind die eigentlichen Gefahren die durch verhängnisvoller Umgestaltungen der europäischen Konjunkturen künftig der Monarchie drohen. Das bedeutet, es steht fest, dass man durch das vorher Angedeutete - nicht nur die Erpressungen der Ungarn allein, sondern auch derer aller anderen Rassen - zukünftig um die Interessen der Armee besorgt sein muss. Deswegen muss jeder dynastietreue Politiker und Staatsmann, dem das Schicksal der Großmachtstellung Österreich am Herzen liegt, schon jetzt jenen Weg suchen, um diese künftigen Probleme zu eliminieren.

Mit Waffengewalt die Unzufriedenen aus dem Parlament zu entfernen kann sich nur kurzfristig bewähren, dient jedoch nicht dazu für das 20. Jh. eine ständige gouvernementale Basis zu sein. Um die Heeresbedürfnisse von den Nationalitätenkämpfen künftig unabhängig zu machen, muss der „Modus Vivendi“ auf dem Gebiet des verfassungsmäßigen Regimes gesucht und gefunden werden. Dieses Ziel erreicht man jedoch nur über den Weg, wenn man das Recht der Votierung des Rekrutenkontingents und der Kostenbedeckung für gemeinsame Institutionen aus den Befugnissen der beiden Parlamente ausschaltet und dieses zweifach gemeinsame Problem samt allen übrigen, in die Kompetenz eines neu zu errichtenden und quasi überparlamentären gemeinsamen Reichsorgan überantwortet. Dieses gemeinsame Reichsorgan würde durch die Vereinigung der heutigen zwei Delegationen, ergänzt durch eine im Verhältnis anteilige Vertretung Bosniens und der Herzegowina, zustande kommen. Der Name dieser Institution könnte zweckmäßiger Weise „Gemeinsamer Reichsrat“ lauten.

Die Überweisung der Votierung für Heeresbedürfnisse und besonders für Rekrutenkontingente in die Kompetenz eines gemeinsamen Reichsorgans - mit einer über die ganze Monarchie erstreckenden Rechtsgültigkeit - könnte der Dynastie gegenüber zukünftigen Eventualitäten vollständige Beruhigung bringen. Die Wogen der Nationalitätenkämpfe werden kaum im solchen Maße aufschlagen, um die Lebensbedingungen der Monarchie zu gefährden. Die Wirkung der heutigen Delegationen dient dazu als Beweis.

Als Sicherstellung gegen alle Möglichkeiten, dass der „Gemeinsame Reichsrat“ die Votierung des jährlichen Rekrutenkontingents und der nötigen Geldmittel unterlassen sollte, könnten in seinen Statuten auch solche Bestimmungen Aufnahme finden, dass der gemeinsamen Regierung das Recht zusteht, neben dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Reichsrates die Stellung der Rekruten und die Ausfolgung der Geldmittel im Verordnungswege zu bewirken. Dieser Weg würde eine absolute Garantie schaffen. Selbst dann, wenn die Kämpfe der verschiedenen Rassen im österreichischen und ungarischen Parlament ständig zur Tagesordnung stehen - was nicht ausgeschlossen werden kann - oder der Nationalitätenhader eine ungestörte Tätigkeit des „Gemeinsamen Reichsrat“ vereitelt - was aber höchst unwahrscheinlich ist - könnten jene Einflüsse der unerschütterlichen Basis der Monarchie, nämlich der Armee, nichts anhaben.

Durch diese Situierung würde das wichtigste Organ für die Erhaltung der dynastischen Großmachtstellung, die Armee, sich ausschließlich in ihrem Wirkungskreis befinden und endgültig sicher gestellt sein. In dieser Lage könnte die Dynastie mit Beruhigung in zukünftige Perspektiven blicken. Außenpolitisch würde die Großmachtstellung mit Hilfe des Gemeinsamen Reichsrates viel prägnanter hervor treten, da die Monarchie, nicht wie bisher durch die zwei Delegationen gespalten, sondern als einheitliche und kräftige Staatsmacht am Kampfplatz der Mächte auftreten würde.

Ein weiterer Vorteil des vorgeschlagenen „Modus Vivendi“ wäre die Reformierung - nicht die Zerstörung - des bestehenden dualistischen Staatsorganismus. Dieser Umstand würde die praktische Durchführung des Projektes erheblich leichter gestalten. Den Vorteil dieser Umgestaltung kann man damit argumentieren, dass der bisherige Zustand auch weiterhin aufrecht bleibt und außerdem das große Werk Deaks - der Ausgleich des Jahres 67 - im Wesentlichen respektiert wird. Dazu kann man

ins Treffen führen, dass es sich hier nur um die Vereinigung der zwei Delegationen handelt, wozu jener Umstand als Rechtsgrund dienen kann, dass diese Korporation auch bisher zu gemeinsamen Beratungen einberufen werden könnte. Die dualistische Idee erleidet dadurch keinen Schaden, sondern erfährt vielmehr durch die Umgestaltung der Rechte bezüglich der Votierung des Rekrutenkontingentes eine Erweiterung des Wirkungskreises der dualistischen Institutionen.

Eine eventuelle Rechtsverletzung würde eigentlich nur das österr. ungar. Parlament treffen, da in deren Kompetenz gegenwärtig die Votierung des Rekrutenkontingentes und der Geldmittel liegt.

Man sollte freilich bei diesem Plan nicht darauf vergessen, dass trotz aller Vorteile für die Monarchie die Klippen der praktischen Durchführung nicht außer Acht gelassen werden dürfen. In Österreich wäre im äußersten Falle der Paragraph 14 dazu geeignet, jene Verfassungsmodifikation durchzuführen. In Ungarn muss man jedoch mit der Möglichkeit rechnen, dass das heutige Parlament ihr wichtigstes Resistenzrecht, die Rekrutenvotierung, nicht aus ihren Händen lassen werde.

Quid tunc? In diesem Falle tritt wieder das allgemeine Wahlrecht als das Reorganisierungsmittel der Monarchie in den Vordergrund. Wenn die Völker Ungarns, neben dem allgemeinen Wahlrecht, legitime Zusicherungen hinsichtlich einer entsprechenden Agrarpolitik - Parzellierung - erhalten würden, dann gilt es als sicher, dass die geplante Verfassungsmodifikation durchzuführen und in Kraft zu setzen wäre. Dazu könnte mit Hilfe einer Volksabstimmung nach schweizerischem Referendumsystem das heutige Parlament umgangen werden.

Aus diesem Grunde müsste ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet werden, der die nötigen Verfügungen bezüglich des Gemeinsamen Reichsrates, des allgemeinen Wahlrechts und der Parzellierung umfassen sollte. Der Entscheidung der Volksabstimmung würde nur jene einzige Frage unterbreitet: genehmigt der Abstimmende den Gesetzesentwurf über die Reformierung der Verfassung, ja oder nein ?

Jeder Staatsbürger über 21 Jahre wird abstimmen, nach Gemeinden und geheim. Etwa 5 1/2 Millionen Abstimmende könnten in Betracht kommen. Von diesen haben etwa 4 Millionen Staatsbürger gegenwärtig weder Recht noch - größtenteils - Grund und Boden. Es ist nur natürlich, dass dieser Gesetzesentwurf mit ungeheurer Mehrheit genehmigt werden würde. Auf Grund des vom Volk votierten neuen Wahlrechts werden dann die Reichstagswahlen vollzogen und der Reichstag einberufen. Das vom Volk schon akzeptierte Gesetz über die Reformierung der Verfassung käme dann auch formell vor die neue Gesetzgebung und wird natürlich von der neuen Gesetzgebung „en bloc“ genehmigt, schon darum, um sich selbst zu legitimieren.

In den Übergangsbestimmungen des Gesetzesentwurfes sollte auch ein Paragraph aufgenommen werden, durch den Kraft dessen die Obergespänne von Amts wegen die Mitglieder des Magnatenhauses sind. Dadurch wäre die Mehrheit auch im Magnatenhaus gesichert.

Das Gesetz über „Die Reform der Verfassung“ würde in diesem Sinne auch formell eine verfassungsmäßige Erledigung finden. Um das Werk zu vollenden, bliebe nur die Sanktion übrig.

Diese Möglichkeit wäre die einzige, wie in Ungarn ein hier dargestellter Gemeinsamer Reichsrat durchzuführen ist. Über Details kann man nachdenken und polemisieren - die Frage ist ja momentan noch nicht aktuell - aber dass die Votierung der Heeresbedürfnisse aus den Befugnissen der streitenden Parlamente herauszuheben sind und in die Kompetenz eines für diese Zwecke zu errichtenden Reichsorgan hinüber zu führen sind, muss schon heute als entschieden betrachtet werden.

Q2 6 Politische Briefe

Q2 6a. Politische Briefe v. Leopold Chlumecky an seinen Vater bis zu Italiens Verrat. 1914-15

-

Q2 6a.01 vom 21.10.1914

Er schreibt über das Verhalten der Italiener wie folgt: „Gestern war ich am Ballplatz und erhielt von maßgebender Seite die Bestätigung, dass meine Information richtig sei. Giolitti wird insgeheim vom König empfangen und steht in Kontakt mit dem unseligen Bülow, um auf Grund des bekannten „Parecchio“ Programmes eine kleine Gebietserweiterung für Italien herauszuschlagen.....“

Q2 6a. 02 vom 30.9.1914

.....Heute kann ich Dir bessere Nachricht vom Süden geben. Es ist mir gelungen Giolitti zu bewegen, aus seiner Reserve hervorzutreten und er ist bereit unter gewissen Voraussetzungen ein friedliches Arrangement zu befürworten, was, da er noch heute über die Kammermehrheit verfügt, sehr wertvoll, vielleicht ausschlaggebend sein könnte. Freilich sind seine Bedingungen, die ich gestern dem Ballplatz übermittelte auch sehr oneros, noch immer aber weit gnädiger als die von Salandras, auch dürfte ja Giolitti noch mit sich reden lassen. Auf alle Fälle haben wir jetzt wieder etwas Zeit gewonnen, was auch schon sehr wertvoll ist, so glaubt Forgách. Heute dürfte man am Ballplatz über die Bedingungen beraten und mir morgen das Ergebnis mitteilen.....

Q2 6a. 03 Eine Notiz v. Ende Mai 1915

„Zur Beachtung“: Die Abreise meiner Eltern aus Görz hätte nach Ansicht Buriáns und Stürgkhs die Besorgnis eines unmittelbaren Losschlagens Italiens und eine Panik der Bevölkerung zur Folge gehabt. Dies wollte man um jeden Preis bis zum letzten Augenblick vermeiden, darum waren die ab Ende April geschriebene Briefe optimistischer als es den Tatsachen entsprach.....

Q2 6a. 04 vom 31.3. 1915

.....Gestern verbrachte ich 3 Stunden im Ministerium d. Äußern, sprach mit Forgách, auch mit dem Chef des Pressebüros, mit Hoyos, Tucher und anderen. Mit Burián sprach ich nur zwei Worte, weil ein Erzherzog gemeldet wurde. Forgách meint, dass die Lage im Osten für uns nicht so ungünstig ist. Damit hat wohl das Temporisieren Italiens für uns eher Vorteile, Italien könnte dann zwischen zwei Stühlen zu sitzen kommen. Sonst habe ich vom Ballplatz keine guten Eindrücke mitgenommen. Ein nicht einflussloser Funktionär sagte mir, wir hätten eigentlich nur einen einzigen Feind, und das ist Deutschland...

Q2 6a. 05 Wien, am 6.4.1915

.... Falls ihr Nachrichten über die Mobilisierung von drüben (Italien) bekommt, braucht ihr euch nicht zu beunruhigen. Hoyos versicherte mir, dass nach authentischer Information die Aufstellung ebenso im Westen wie im Osten erfolgt und Forgách glaubt nicht an eine bevorstehende Intervention. Auf weite Sicht lässt sich natürlich gar nichts sagen, so war es auch schon im November.....

Q2 6a. 06 vom 9.4.1915

Er schreibt, dass er mit seiner Lloyd-Aktion im Ministerium des Äußern vollen Erfolg hatte. Nach Intervention Buriáns erklärte sich Engel bereit, ein für uns zufrieden stellendes Arrangement zu treffen, das uns bis Ende des Jahres finanziell sicher stellt. War heute bei Spitzmüller, der meinte, dass unsere Industrie entschieden gegen jede zollpolitische Annäherung an Deutschland Stellung nimmt. Immer lebhafter werden in Wirtschaftskreisen die Klagen über Engel und die innere Verwaltung. Österreich sei durch Stürgkhs Schwäche eine Dependence Ungarns geworden und man habe alle Gelegenheiten zur Regelung

innerpolitischen Probleme versäumt. Da Spitzmüller alles andere als ein „Schimpfer“ ist, machten seine Äußerungen auf mich einen tiefen Eindruck.

Aus Neapel erfuhr ich aus eingeweihten Kreisen, dass Berichte über militärische Vorbereitungen nur ein Bluff seien, um möglichst viel zu erpressen. Es stünden wohl noch aufregende Momente bevor, aber keine Kriegserklärung.

Sehr ungeschickt benimmt sich wieder Bülow, Näheres dann mündlich....

Q2 6a. 07 vom 10.4.1915

Er schreibt, dass es im Osten wieder günstiger stehe, man sehe am Ballplatz etwas ruhiger in die Zukunft.

.... Heute war ich lange bei Berchtold. Er erzählte mir, dass er meinen Bericht von meinen Eindrücken in Neu-Sandez, in dem ich auf Grund von Äußerungen Conrads die dringende Notwendigkeit deutscher Hilfe auseinander setzte, dem Kaiser vorgelegt hatte und der Kaiser den Bericht als „sehr zutreffend“ und „sehr gut geschrieben“ bezeichnete. Dieser Bericht gab den letzten Anstoß zur Reise Buriáns ins Hauptquartier und in der Folge zur Entsendung deutscher Verstärkungen.....

Q2 6a. 08 vom 13.4.1915

..... bekam heute von Conrad einen Brief, darüber aber weiteres mündlich.

..... Stürgkh ist punkto Italien optimistisch, heute sollen via Berlin Ansprüche angemeldet worden sein, die gelinde gesagt „unbescheiden“ sind. Morgen erfahre ich von Hoyos vielleicht Näheres.....

Q2 6a. 09 vom 19.4.1915

....Die gestrige Unterredung mit Forgách beruhigte mich sehr. Die Besprechungen mit dem „Compagnon“ sind im Gange und schließen eine - freilich für uns sehr teure - Einigung nicht aus.....

Q2 6a. 10 vom 22.4.1915

..... Gestern habe ich im Ministerium des Äußern mit Hoyos gesprochen. Situation ziemlich unverändert, man conversiert weiter, an einen baldigen Abbruch glaubt man nicht. Morgen erhalte ich von Burián eine Nachricht aus Neapel: wir sollen uns nicht bluffen lassen, ernst zu machen falle den Anderen sehr schwer.....

Q2 6a. 11 Wien , am 23.4.1915

....Gestern war ich sehr lange bei Stürgkh, er gab mir genaue Einblicke in den Gang der Verhandlungen. Danach war ich bei Burián. Unser Gegenangebot zu den Forderungen verhält sich 1 : 5. Die Annahme der Forderungen wäre desaströser als der schlechteste Friede mit Russland. Im Einverständnis mit Deutschland temporisieren wir. Eine plötzliche Wende zum Schlechten ist nicht zu erwarten. Die Situation ist ernst, aber nach unserer Auffassung noch weit vom Abbruch entfernt.

Burian sagte mir, dass seine Eltern in Italien wären und er sie in voller Ruhe noch dort ließe. Im Osten bereiten sich wahrscheinlich neue Ereignisse vor, man glaubt, dass die Russen einen Angriff planen. Über hundert Züge brachten deutsche Artillerie von Verdun nach Osten. Stürgkh möchte, dass man Deutschland zu einem weniger anspruchsvollen Frieden bewegt, man denkt dort noch

immer an ganz Belgien und Calais und meinte, ich sollte versuchen in Berlin in diesem Sinne zu wirken. Burian findet dies verfrüht. Es scheint in dieser Sache zwischen beiden ein starker Gegensatz zu herrschen.....

Q2 6a. 12 Wien, am 26.4.1915

..... In der Metternichgasse herrscht Pessimismus. Vor 14 Tagen sagte man mir, dass angeblich binnen 48 Std. die Entscheidung falle, ob Krieg oder Friede. Bei uns urteilt man ruhiger, ist aber vom Optimismus weit entfernt. Wir sind über Maßnahmen informiert, die darauf deuten, dass vielleicht doch nicht alles Bluff ist. Im Ernstfall scheint an eine Landung in Albanien und an eine Kooperation mit Serbien gedacht zu sein. Dass aber vor dem 12.5. etwas geschehen könnte, will man bei uns nicht glauben. Der ganze Süden ist einstimmig dagegen und man rechnet, dass Salandra sich die Rückendeckung des Parlaments verschaffen will.....

Q2 6a. 13 Wien, am 27.4.1915

..... Ich kann mir denken, dass das Küstenland mit Alarmnachrichten überschwemmt wird. Tatsächlich ist die Situation unverändert. Falsch sind die seit gestern kursierenden Nachrichten, dass das Abkommen perfekt sei. Ebenso falsch sind die gegenteiligen Gerüchte, die bei Euch verbreitet werden, dass ein Einmarsch unmittelbar bevorsteht. Dass es zum Bruch kommen kann, wissen wir schon seit Wochen. Ob und wann dies geschieht, kann man aber noch nicht vorhersagen. Forgách, bei dem ich gestern war, sagte mir, ich könnte Euch noch ruhig in Görz lassen, die Lage sei ernst aber nicht ganz hoffnungslos. Seiner Ansicht nach steht eine Entscheidung nicht unmittelbar bevor.....

..... Soeben telefonierte mir Spitzmüller, dass am 29. über ganz Österreich das Standrecht verhängt werden soll, weil man es über Böhmen und den Süden allein, wo es ja unerlässlich sei, nicht verhängen wolle. Diese Nachricht kann ich noch nicht glauben, dies würde im Ausland als Zeichen der Auflösung angesehen werden.....

Q2 6a. 14 vom 29.4.1915

..... War gestern bei Forgách und heute bei Stürgkh. Eine augenblickliche Gefahr droht gewiss nicht. Man ist bezüglich Italien ungeheuer optimistisch, wozu natürlich kein Anlass besteht. Sicher ist aber, dass weder Stürgkh noch Burián an das unmittelbare Ausbrechen eines Konfliktes glauben, Ihr also hinsichtlich Eurer Person beruhigt sein könnt.

..... Man hat sich tatsächlich mit der Frage eines partiellen Standrechts für gewisse Militärs und Deserteure etc. beschäftigt, ist aber jetzt wieder davon abgekommen.....

Q2 6a. 15 vom 1.5.1915 abends

Nur für Dich.

Habe heute im Ministerium des Äußern leider den Eindruck gewonnen, dass man dort jetzt absichtlich in „Optimismus“ macht, um das Publikum so rasch wie möglich zur Zeichnung von „Schatzscheinen“ zu bewegen. Weil Ungarn mit seinen finanziellen Mitteln ganz am Ende ist.

Ich will eine Aktion starten, auf die ich große Hoffnung setze. Gebe Gott, dass uns dafür noch Zeit bleibt. Leider ist die Nachricht von der Verschiebung der italienischen Session nicht offiziell bestätigt.....

Q2 6a. 16 vom 3.5.1915

.....Heute erhielt ich von mehreren Seiten die Nachricht, dass heute im Landgericht Wien eine Verhandlung gegen Gräfin Serenyi wegen Hochverrat stattfindet. Fast ganz Wien ist mit Schützengräben und Stacheldrahtzäunen umgeben, ohne dass man sich besonders darüber aufregt. Übrigens ist die Gefahr eines italienischen Angriffs umso größer, je weniger wir uns zur Abwehr rüsten.....

Q2 6a. 17 vom 1.5.1915

..... Gute Nachrichten. Heute hat das Ministerium des Äußern vertraulich die Banken verständigt, dass die günstige und aller Voraussicht bald noch günstiger werdende Kriegslage im Westen und Osten auf die Neutralen einen solchen Eindruck macht, dass kein Grund für einen bevorstehenden Konflikt mit Italien gesehen wird. Die Banken mögen alle Vorsorgungen für die neue Schatzscheinemission treffen, welche am 8.5. beginnen soll. Diese Nachricht ist ganz authentisch und deutet, wenn man nicht an eine Täuschung des Publikums glauben will, auf eine Entspannung hin. Der Aufschub für ein Zusammentreten des italienischen Parlaments deutet auch darauf hin. Die Schatzscheine sind nach zehn Jahren einlösbar, werden den Leuten zu 0.95 % angeboten, bis zu 6 1/2 % verzinst. Meiner Ansicht nach ist man am Ballplatz hinsichtlich des Problems Italien etwas zu optimistisch.....

Q2 6a. 18 vom 2.5.1915 - Telegramm an Vater

Einstellzug - Salonwagen bleibt bis auf neuerliches telefonisches Aviso deinerseits in Suspenso.

Q2 6a. 19 vom 4.5.1915

..... Die Situation mit Italien ist schlechter geworden. Vielleicht gerade wegen unseres großen Erfolges ist die Lage sehr ernst. Heute findet zwischen Burián und Forgách eine Besprechung statt. Dabei wird beraten, ob noch ein letzter Schritt gemacht werden kann. Werde sofort nach Unterredung mit Burián schreiben, kommt aber kein Telegramm, ist die Situation nicht so ernst, als dass ihr abreisen müsst.....

Q2 6a. 20 vom 5.5.1915

.....Gestern hatte ich meinen anstrengsten Tag. Morgens mit Forgách, mittags mit Preziow, nachmittags wieder mit Forgách, dann mit Burián, abends mit Preziow und nachts mit Hoyos. Ergebnis: man will einen letzten Schritt tun, einen Schritt, den ich schon vor zehn Tagen dringend empfahl, zudem man aber bisher zu schwerfällig war. Jetzt klammern sich alle an diese letzte Hoffnung. Hals über Kopf soll dieser Schritt gesetzt werden, was aber nicht möglich ist, da wir mindestens sechs Tage für die Entscheidung darüber brauchen.

Wir bieten enorm viel, doch das Abkommen mit der Entente scheint perfekt zu sein. Die Besorgnis ist daher groß, dass mein Expediens zu spät kommt.

Ein Ultimatum wurde uns noch nicht gestellt, daher meint Burián Ihr könnt noch bleiben. Aber die arme Armee! Nach diesen beispiellosen Opfern, ein Opfer durch schlechte Diplomatie. Es trifft alles ein, was Conrad vorhersagte. Durch das Zaudern wurde das Reich zu Grunde gerichtet. Mit dem Losschlagen wurde bis zum unglücklichsten Moment gewartet. Noch immer will ich hoffen, dass das sprichwörtliche Glück Österreich rettet. Die nächsten acht Tage dürften die Entscheidung bringen. Unglaublicher Weise verstreut unser Ministerium Optimismus. Engel versicherte noch gestern den Banken, dass nicht der geringste Anlass zur Besorgnis bestünde. Dies ist ein Zeichen dafür, dass der ganze Mechanismus nicht klappt, es fehlt an einem Gehirnzentrum, das alle Nervenstränge zusammenhält.

Ich verkaufte gestern den größten Teil meiner Papiere, denn seit Kriegsausbruch war der Kurs noch nie besser.....

Q2 6a. 21 vom 6.5.1915

.....Erhielt eben von Hoyos Nachricht, dass die Situation ein bisschen besser ist. Noch immer wird verhandelt, daher besteht keine unmittelbare Gefahr.

Am Ballplatz ist man etwas ruhiger. Lt. Forgách glaubt man für die Sonderaktion noch Zeit zu haben. Diese bedarf noch 3 - 4 Tage Vorbereitung.

Benzolin kostet jetzt per 100 Kilo 160 Kronen. Die Leihgebühr für das Fass wird bei Rückgabe retourniert. Frachtspesen extra, Transportdauer bis Triest 6 - 8 Tage.

Morgen sind dem Minister des Äußern noch bessere Nachrichten in Aussicht gestellt.....

Q2 6a. 22 vom 7.5.1915

..... Lt. Ballplatz ist das Zögern der letzten Tage ein günstiges Symptom. Militärisch ist „drüben“ seit etwa acht Tagen alles fix und fertig. Falls man zum Krieg entschlossen sei, so wäre es unverständlich wieso man uns Zeit gibt, unseren Karpatensieg noch zu vergrößern. Dieser nimmt immer größere Dimensionen an und er wird als durchschlagender Erfolg betrachtet. Eben wird mir mitgeteilt, dass die italienische Kammer erst am 20. zusammentritt, auch ein gutes Symptom.....

..... Hier herrscht seit Tagen eine Strömung der Begeisterung für Conrad. Man weiß, dass der Offensivplan sein alleiniges Werk war. Heute kam aber von ganz oben der Einhalt: Dank an Friedrich und Mackensen allein. Dazu die offizielle Verlautbarung des Kriegspressequartiers: namens des k. u. k. Oberkommandos ist es falsch, den Erfolg an Einzelpersonen zu knüpfen. Anscheinend darf der Österreicher nur einen einzigen Personenkult betreiben, aber Conrad steht viel zu hoch, als dass ihn das treffen könnte. Was uns aber dadurch an Werten genommen wird ist unermesslich. Die Sache ist seit gestern bekannt und was ich seither von ruhigsten, besonnensten politischen Leuten selbst im Club zu hören bekomme, genügt für jahrzehnte lange Haftstrafen.....

Q2 6a. 23 Wien, am 8.5.1915

.....Eure Abreise wäre keineswegs sofort notwendig. Die Bereitstellung des Wagens dient nur zu Eurer Beruhigung, damit Ihr jederzeit abreisen könnt.

Hatte ein streng vertrauliches Gespräch im Ministerium. Die Lage ist wie folgt: Italien verhandelt jetzt nur mit der Entente, die - speziell England - auch vor Drohungen nicht zurückschreckt. Falls uns Italien nicht den Krieg erklärt, werde man die Kohlen und Getreidezufuhr durch Gibraltar sperren.

Italiens Forderungen an die Entente sind maßlos. Die Entente wisse noch nicht wie es unseren Karpaten-Sieg werten soll. Ob Russlands Offensivkraft so gelähmt sei, dass man um jeden Preis einen neuen Bundesgenossen gewinnen will oder ob es sich nur um eine respektable Niederlage handle, welche nicht so weitgehende Opfer an Italien koste. Sicher ist nur, dass die Verhandlungen mit Italien auch nicht so glatt verlaufen und noch dauern werden. Forgách glaubt, dass Italien anstandshalber, auch wenn die Verhandlungen mit der Entente positiv sind, die Verhandlungen mit uns aufnehmen wird, um sie dann zum Scheitern zu bringen. Das bedeutet aber wieder einige Tage Zeitgewinn.....

Q2 6a. 24 vom 9.5.1915

.....Lt. Forgách haben wir Zeit gewonnen. Ob Tage oder Wochen wissen wir nicht. Im strengsten Vertrauen gab mir Spitzmüller den Rat mit der Krieganleihe Zeichnung bis 25.5 zu warten.....

Q2 6a. 25 vom 10.5.1915

.....Die vorgestrige Meldung der N.F.P. wurde bestätigt. Giolitti kommt nach Rom. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dies der Erfolg meiner Intervention ist. Trifft diese Annahme zu, dann ist die Situation weniger ernst geworden. Giolitti weiß nun durch mich, dass S.M. sein Telegramm als Verhandlungsbasis akzeptiert. Wenn er in Rom nicht umgestimmt wird, so können wir hoffen, dass wir durch neue Verhandlungen wenigstens wieder Zeit gewinnen. Im Ministerium hält man diese Hoffnung nicht für unbegründet und atmet auf. Vielleicht schwingt sich Giolitti wieder in den Sattel, dann wäre die Partie gewonnen.....

Q2 6a. 26 vom 11.5.1915

....Heute sprach ich mit Stürgkh und Hoyos. Die Situation sei nach Engreifen Giolittis weniger gefährlich geworden. Vor acht Tagen hat die italienische Regierung ihre eigenen Kompensationforderungen zurückgezogen und Erklärungen abgegeben, welche man als eine Lösung des Bündnisses ansehen kann. Daraufhin stellten wir offiziell neue Propositionen, welche Gegenstände von Beratungen des italienischen Ministerrates waren, aber noch keine Erwidierungen fanden. In diesem Stadium gelang es uns Giolitti zu mobilisieren, der nun versucht eine friedliche Lösung herbeizuführen.

In einsichtigen Kreisen Italiens besteht die Sorge, dass wir uns jetzt zu allen Opfern bereit erklären, uns aber schon jetzt vornehmen bei erster Gelegenheit Rache zu üben. Diese Besorgnis steht einer Einigung im Wege. Das soll nun durch Buriáns Proposition beseitigt werden.

Nach Stürgkhs Meinung wäre ein Krieg mit Italien ungleich populärer als jener gegen Russland. Er sieht die größten Schwierigkeiten im Falle eines Krieges darin, die hiesigen Italiener vor der Wut der Menge zu schützen. Heute erfordert es jedoch die Staatsraison die Empörung zu unterdrücken.

Bülow arbeitet darauf hin Giolitti wieder an die Macht zu bringen, sei es an Stelle Salandras oder neben diesen.

Zur Besserung der Situation trägt auch eine Verbesserung der Lage in Rumänien bei. Dies hat mir Spitzmüller mitgeteilt und Stürgkh bestätigt. Stürgkh hat von rumänischen Kreisen gehört, dass Rumänien heute noch keineswegs entschlossen sei mit Italien gemeinsame Sache zu machen. Wir stehen auf dem Standpunkt Rumäniens, heute keine Konzession für die Neutralität anzubieten, dann aber, wenn Italien losgeht, Rumänien umso mehr für eine Kooperation zu versprechen. Aus dieser Taktik ist zu entnehmen, dass man an das Bestehen eines italienisch-russischen Vertrages nicht glaubt.....

Q2 6a. 27 vom 12.5.1915

Die Eltern teilten Chlumecky mit, dass sie aus Görz ausreisen. Chlumecky beteuert, dass es noch keine Eile gehabt hätte, doch sei er froh darüber, dass er seine Eltern in Österreich wisse, um nicht die Verantwortung der rechtzeitigen Rückholung tragen zu müssen.

.... heute wurden wie auf Kommando alle Flaggen eingeholt. Man will erst dann wieder neu beflaggen, wenn sich wieder ein neuer großer Erfolg - etwa Przemysl - einstellt.....

Am 23.5.1915 erfolgte die Kriegserklärung Italiens an Österreich.

Q2 6a. 28 vom 26.6.1915

.....War gestern im Ministerium d. Äußern. Die Deutschen wollen noch immer, dass wir den Krieg im Süden mit Glacéhandschuhen führen, um die Wiederaufnahme Italiens in den Dreibund zu ermöglichen. Ich verhandle mit Forgách wegen meiner Tätigkeit im Ausland. Gehe wahrscheinlich in die Schweiz.

Q2 6b. Politische Briefe von Chlumecky an seinen Vater aus der Schweiz und aus Wien. 1915
Tschechiens Hochverrat

Q2 6b. 01 vom 12.7.1915
Lugano Paradiso, Hotel Reidmann au Lac

.....Dieser Brief geht via Bern mit Depeschekasten des Äußern ans Ministerium und wird von dort zu Dir aufgegeben. Der Weg ist lang aber sicher und ich kann alles schreiben.

Was ich bisher erfuhr übertrifft bei weitem meinen Verdacht gegen die Tschechen. An allen größeren Orten gibt es tschechische Exposituren. Jene von Zürich leitet Masaryk. Sie hetzen hier gegen uns, arbeiten an einer antimilitärischen Aktion, in der sie die hiesigen Stellungspflichtigen Österreicher auffordern nicht einzurücken und die schon Eingerückten aufhetzen und zur Desertion verleiten wollen. Sie konspirieren mit Russen, Italienern und Franzosen. Die Bewachung hat der Militärattaché in Bern, Oberst Einem. Dieser ist tüchtig und enorm fleißig. Es fragt sich, ob er politisch genügend geschult und in den oft schwierigen staatspolizeilichen Agenden genügend bewandert ist. Ich schreibe und Einem gibt es an Conrad weiter.

Auch hier finde ich überall die Bestätigung, dass man in Berlin offiziell Italien mit Glacéhandschuhen behandelt wissen will. Die Deutschen wissen scheinbar nicht - wie auch schon vor dem 23.5. - dass die italienische Presse gegen Deutschland gerichtet war. Ich möchte das übersetzt in einer Broschüre in Deutschland lancieren lassen.....

Q2 6b. 02 Lugano, 20.7.1915

.....Werde bis jetzt nicht überwacht. Verkehre immerhin mit vielen Journalisten und Agenten die mir ganz wertvolles Material liefern. Als wichtigstes Ergebnis ist die mir gelungene Entlarvung des Herrn Fiori, des Korrespondenten der NFP. Diesen Herrn hat das Ministerium d. Äußern für gewisse Aktionen bei den italienischen Sozialisten bemüht und ihm dafür bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt. Aus einer Äußerung Forgács entnahm ich, dass man sich Fiori doch nicht ganz sicher fühlte. Ich ging gründlich der Sache nach, stellte unwiderleglich fest, dass Herr Fiori ein sehr dubioser Mann ist. Das hatte zur Folge, dass man telegrafisch die Aktion suspendierte und die Beziehungen zu ihm abbrach.

Die Stimmung in Italien ist sehr flau Das Ergebnis der Anleihe gleicht mit einer Milliarde einer Niederlage, dazu noch Garibaldi. Wir sollten sehr bald eine Offensive starten, aber Berlin ist dagegen. Den Deutschen ist sehr wichtig, Italien von einer Aktion gegen die Dardanellen abzuhalten. Am 7.7.1915 fanden Exzesse gegen deutsches Eigentum in Rom statt. Dies wurde von der italienischen Regierung und von sämtlichen Zeitungen totgeschwiegen.

Die Curie stellt sich nicht gut zu uns. Der Papst schritt beim Kaiser wegen des Luft-Bombardements offener Städte der Adria ein. Die diesbezüglich in die ganze Welt hinausposaunten Meldungen sind falsch oder übertrieben.

Die Fronterfolge Italiens stellen sich nur langsam ein. Unsere und Deutschlands Erfolge in Russland werden auch von der französischen und italienischen Presse nicht mehr bestritten.

Hier ist es sehr leer. In den Hotels sind höchstens zehn bis zwanzig Gäste - Journalisten, Agenten und deutsche Flüchtlinge aus Italien.

Q2 6b. 03 Dolder Grand Hotel - Zürich, vom 31.7.1915

.....Um Herrn Fiori auf die Probe zu stellen erzählte ich ihm, dass ich mich für die verschiedenen Machinationen der Tschechen in der Schweiz interessiere. Vier Tage später wurde bekannt, dass ich mit der Mission zur Überwachung der Tschechen eingetroffen sei. Nachdem ich sonst mit keinem Menschen über diese Dinge sprach war es klar, dass dies von Fiori in Umlauf gebracht wurde.....

Q2 6b. 04 Dolder Grand Hotel - Zürich, vom 31.7.1915

.....Morgen fahre ich nach Feldkirch, um an Forgách einiges abzusenden. In Lugano war die italienische Presse auf meinen dortigen Aufenthalt aufmerksam geworden. Es wurden in der Stampa, der Idea Nazionale etc. Telegramme über mich veröffentlicht. Bald hieß es ich sei zu Spionagezwecken gekommen, dann wieder ich habe eine wichtige Mission des Ministeriums d. Äußern zu erfüllen oder ich überwache die Tschechen. Daraufhin kürzte ich meinen Aufenthalt in Lugano ab. Mein jetziges Hotel liegt etwas außerhalb von Zürich, am Kahlenberg von Zürich. In der Stadt selbst sind mir zu viele italienische Korrespondenten, darunter auch unser Todfeind Caburi. Von Zürich aus bearbeiten die Italiener die neutrale und feindliche Presse - und das mit Geschicklichkeit. Hoffentlich eröffnen wir gegen Italien bald die Offensive. Solange die Italiener keinen Feind im Land sehen, werden sie sich durch Cadornas geschickter Mixtur von Wahrheit und Dichtung in Illusionen wiegen lassen. Ein Eindringen in ihr Land würde ihnen die Kriegslust nehmen. Heute erhielt ich ein Schreiben Conrads, der einen Vorschlag von mir annimmt, eine sachgemäße Kontrolle von der in der Schweiz lebenden Tschechen durchzuführen. Er bittet mich, dass ich mich mit Bern diesbezüglich ins Einvernehmen setze....

Q2 6b. 05 Dolder Grand Hotel - Zürich, vom 3.8.1915

..... Habe heute eine lange Korrespondenz mit unseren Militärattache in Bern. Wie aus italienisch-sozialistischen Blätter zu entnehmen ist beginnt man in Frankreich kleinlaut zu werden und sich vor dem immer wahrscheinlicher werdenden Winterfeldzug zu fürchten....

Q2 6b. 06 Dolder Grand Hotel - Zürich, vom 5.8.1915

.....Seit ich Lugano verließ, hörten sich die italienischen Verdächtigungen gegen mich auf. Ich stellte fest, dass Deutschland noch viel an Italien liefert. Unangenehm ist die Tatsache, dass in Italien ansässige rein deutsche Firmen große Lieferungen ans italienische Heer tätigen. Hier spricht man von einer baldigen Kriegserklärung Rumäniens, hoffentlich ist es nicht wahr. Der Vierer-Verband denkt nun ernstlich an einen Winterfeldzug. Den Italienern ist das unsympathisch, England und Russland sind aber der Ansicht, dass wir dabei finanziell zusammen brechen werden. In der Schweiz spürt man vom Krieg nicht viel. Die Preise sind nach unseren Begriffen sehr niedrig, die Lebenshaltung der Bevölkerung ist kaum verändert. Nur der Fremdenverkehr leidet stark. Hier in Zürich sind alle Sympathien auf unserer Seite, man bemüht sich jedoch neutral zu sein. In der Westschweiz findet man es aber nicht der Mühe wert den Schein der Neutralität zu wahren und ist offen gegen Deutschland und Österreich. Politisch ist die Schweiz aber doch in Mitleidenschaft gezogen. Eine stark nationale Bewegung setzte ein, welche die Einigkeit bedroht. Sehr schlecht verlaufen die Verhandlungen der Schweiz mit Frankreich und England zwecks Einfuhr. Diese beiden Staaten wollen die Schweiz unter das Diktat eines Einfuhrtrustes zwingen. Sie wollen die Kontrolle darüber, dass nichts von den Einfuhr-Produkten in die Schweiz an Deutschland oder Österreich exportiert werde. Stimmt die Schweiz dieser Forderung nicht zu, so soll die Einfuhr aus diesen Ländern in die Schweiz ganz untersagt werden. Die Schweiz steht jedoch auf dem Standpunkt, dass der Reexport möglich sein muss, um sich den Austausch von Produkten von Deutschland und Österreich zu sichern.....

Q2 6b. 07 Dolder Grand Hotel - Zürich, vom 14.8.1915

..... Höre sehr viel über das Wechselspiel der am Balkan fieberhaft arbeitenden Kräfte. Wenn nicht alle Zeichen trügen sind große, vielleicht für den ganzen Krieg ausschlaggebende Entscheidungen in naher Sicht. Vor etwa zwei Monaten formulierte Bulgarien seine Bedingungen, unter denen es dem Vierer-Bund Gefolgschaft leisten würde. Bulgarien forderte eine völlige Revision des Bukarester Friedens, bedeutende Gebietsabtrennungen seitens Serbiens und Griechenlands. Der Vierer-Bund ließ sich für die Antwort sieben Wochen Zeit, offenbar weil man hoffte mit Hilfe Italiens siegen zu können, ohne die Hilfe Bulgariens in Anspruch zu nehmen. Da dies nicht zutrifft, hat der Vierer-Bund nun Bulgariens Forderungen bedingungslos akzeptiert. Dazu wurden Bulgarien die geforderten Gebietserweiterungen als Kompensation für eine militärische Kooperation gegen Konstantinopel, garantiert.

Serbien wird dabei eigentlich geopfert. Als Ersatz für die von ihm geopfert Gebiete soll es Bosnien, die Herzegowina und Süddalmatien bekommen. Griechenland soll süd-mazedonische Gebiete abtreten, dafür aber Inseln und Smyrna bekommen.

Unser Gegenzug besteht in der Ankündigung einer neuen Offensive gegen Serbien und dem Versprechen, große serbische Gebiete an Bulgarien abzutreten. Dazu verlangen wir von Bulgarien keine Waffenhilfe, sondern bloß Neutralität und die Durchfuhrerlaubnis für Waffen und Munition.

Rumänien gegenüber scheint Deutschland einen sehr scharfen Ton anzuschlagen. Wir forderten von ihnen Waffen und Munitions-Durchfuhr nach Bulgarien - also nach einem neutralen Staat. Die Weigerung der rumänischen Regierung wurde von Deutschland mit der Drohung beantwortet, dass weder Österreich noch Deutschland die vollen Lagerbestände von Mais und Weizen aufkaufen werden. Das aber wäre für Rumänien, solange die Dardanellen gesperrt sind, katastrophal. Der Vierer-Bund hingegen verspricht nach Öffnung der Dardanellen den sofortigen Aufkauf der ganzen Ernte.

Seit 10 - 14 Tagen gibt es nun beidseitige fieberhafte diplomatische Tätigkeiten. Man glaubt, dass die Entscheidung noch vor dem Herbst fällt. Wenn es dem Vierer-Bund gelingt den ganzen Balkanbund gegen uns zu schmieden, dann würde unsere Widerstandskraft gebremst. Wenn wir wenigstens einen der drei Balkanstaaten aktiv an unserer Seite hätten, dann würden die Wege unverändert bleiben und ein zweiter Winterfeldzug sehr wahrscheinlich.

Hier an der Quelle sitzend kann ich den diplomatischen Ringkampf mit Spannung verfolgen. Der Ausgang dessen entscheidet im Grunde Österreichs Schicksal.

Q2 6b. 08 Grand Hotel National - Luzern, vom 20.8.1915

..... Erhielt einen lieben Brief von Conrad. Er greift meinen Vorschlag, die tschechischen Aktivitäten in der Schweiz durch einen seiner Leute beobachten zu lassen, auf. Hoffentlich wird Heinold diesem Ansuchen entsprechen. Fraglich bleibt, ob unsere Regierung Material gegen die Tschechen überhaupt haben will oder bei der Vogel-Strauss-Politik verbleibt. Der hiesige Militärattaché ist nun leider verstimmt, weil Conrad meinen Vorschlag sofort annahm.

Am Balkan scheinen doch die anderen die geschicktere Diplomatie zu machen.

Ungeheuer ist die Stellungnahme des Papstes, der offen seine Sympathie für Frankreich zum Ausdruck bringt.....

Q2 6b. 09 k u. k. österr.-ungar. Gesandtschaft in der Schweiz, vom 15.9.1915

..... Bin im Ungewissen, ob meine Post von Euch noch empfangen wird. Die Nachrichten- und Postsperre wird in der Schweiz vollständig durchgeführt. Wenn es in drei Tagen wieder Reiseverkehr gibt, will ich wieder heim. Ich schreibe Euch vom Büro des Militär-Attaché....

Q2 6b. 10 Wien, am 29.9.1915

..... An der serbischen Front soll es den Deutschen nicht so gut gehen, auch im Westen dürften für sie noch ernste Tage kommen. Die für jeden Haushalt eingeleiteten Metall-Requirierungen zeigen, dass wir mit unseren Metallvorräten knapp werden. Obwohl diese Maßnahmen unerlässlich sind, bestärken sie aber den Gegner in der Überzeugung, dass es mit unserer Bereitschaft zu Ende geht und dass es nur noch einiges Durchhalten bedürfe um uns infolge Materialmangels niederringen zu können.....

Q2 6b. 11 Wien, am 2.10.1915

.....Eine Depesche von Dir in die Schweiz war 12 Tage unterwegs. Heute haben sie sie mir nachgereicht. Das Volk beklagt sich über die Metall-Requirierungen. Dabei werde von der Regierung nicht der volle Kaufpreis für die diversen Geräte abgegolten, sondern nur der Materialwert. Man begreift auch nicht warum man nicht schon viel früher auf die Kirchenglocken zurück griff. Heute war eine Lloyd-Sitzung. Nahmittags bin ich bei Spitzmüller im Auswärtigen-Amt.....

Q2 6b. 12 Wien, am 8.10.1915

.....Die Zufuhr der wichtigsten Lebensmittel ist sehr schlecht. Dabei geht es gänzlich unorganisiert zu. Es gibt Tage an denen in Wien kein Stück Butter aufzutreiben ist. Nur um den Preis der gering vorhandenen Waren hochzutreiben wartet man mit der Zufuhr oft über eine Woche. Ähnlich spekuliert man mit Milch, Fleisch und Schmalz. Schmalz ist bereits viermal so teuer als vor dem Krieg. Die Preistreiberi ist unerhört. Holz ist in Österreich um 300 % und in Deutschland dagegen nur um 15 % gestiegen. Reis ist von 50 auf bis zu 300 Kronen gestiegen etc. etc.. Die Regierung steht ganz offenkundig zu den Preistreibern. Ich habe den Beweis in der Hand, dass man durch die Kriegsgetreide-Gesetze einzelne „Idealisten“ davon abhalte, Nahrungsmittel billiger abzugeben. Man hat sie zu Preiserhöhungen angehalten!!! So erreicht die Lebensmittel-Misere in Wien ungeahnte Dimensionen. Ein Ende ist bei dieser Verwaltung nicht abzusehen. In Deutschland kostet manches ein Drittel, vieles nur die Hälfte von dem was bei uns dafür verlangt wird. So werden trotz des Agios - gestern zahlte man für 100 Mark, 145 Kronen - so manche an eine Übersiedlung nach Deutschland denken.....

Q2 6b. 13 vom 12.10.1915

..... Heute war ich bei Stürgkh. Die Änderungen bei Wappen und Fahnen ist eine Konzession an Ungarn. Man hätte damit bis nach dem Krieg warten können. Durch die schlechte Nahrung - Butter, Milch - bringe ich meinen Darm-Katarrh nicht weg. Reis und ungemischtes Mehl ist fast nicht mehr erhältlich, auch an Kartoffeln herrscht großer Mangel.....

Q2 6b. 14 vom 13.10.1915

.....Von der Besprechung mit Stürgkh berichte ich Dir lieber mündlich. Zwei Briefe an mich wurden bereits geöffnet. Hier herrscht eine fulminante Hausse. Ich verdanke der Credit-Anstalt, dass ich a tempo mein in New York frei gewordenen kleines Guthaben in österr. Werten zu noch relativ niedrigen Kursen anlegen konnte. Dadurch sicherte ich mir eine bessere Verzinsung als wenn ich zu den jetzt sehr hohen Kursen gekauft hätte. Nur auf diese Art lässt sich eine mit 30 % vorangeschlagte Kursentwertung wettmachen.....

Q2 6b. 15 vom 15.10.1915

..... Wegen des gesunkenen Geldwertes sollte man jetzt keine Realitäten abstoßen. Sieghart berechnet die Kriegskosten inklusive der Invaliden-Versicherung für Österreich-Ungarn auf rund 40 Milliarden Kronen. Dies bedarf von beiden Staaten einen aufzubringenden Jahresbedarf von 2,4 Milliarden Kronen. Solche Probleme wird man mit solch einer Regierung - wie Engel, Schuster und Konsorten - nicht lösen können.....

Q2 6b. 16 vom 27.10.1915

Chlumecky erwähnt die Zensur, die ihm in seinem Blatt „Die Österr. Rundschau“ auferlegt wurde. Er schreibt: „den Kampf mit der Zensur gebe ich auf. Jetzt wird die Reproduktion eines für Conrad sehr anerkennenden Artikels aus einem französisch-schweizerischen Blatt untersagt, weil in diesem Artikel „UNS“ Verdienste zugeschrieben werden, welche die Deutschen für sich reklamieren.....“

Q2 7 Korrespondenz mit Josef Redlich. 1908 - 1934

Q2 7. 01 Redlich an Chlumecky
v. 6.8.1908

Redlich kündigt einen seiner Beiträge in der „Österr. Rundschau“ an. Dabei handelt es sich um einen Nachlass des verstorbenen Ministers Freiherr v. Lasser, der Material über die Zeit zwischen 1848 - 1878 enthält.

Q2 7. 02 Redlich an Chlumecky
v. 21.9.1917

Er verweist auf die Stimmung in Berlin.... „, und um so mehr warte ich auf die Erwiderung die der Papstnote entgegen gebracht wird. In Wien herrscht in den letzten Tagen eine merkwürdig starke Friedenshoffnungsstimmung, für die ich keinen Grund weiß. Ich bin informiert darüber, dass England sich als neutraler Vermittler Deutschland anbot, aber die gegenwärtige Offensive in Flandern zeigt bei den Engländern keine Kriegsmüdigkeit.

Wenn man dem Grafen Czernin in Berlin misstraut, so ist das wegen seiner Sprunghaftigkeit und seinem Impressionismus. Es ist schwer sich über diesen Mann ein Urteil zu bilden. Hier hält man ihn für einen entschlossenen Anhänger der Durchhaltepolitik. Wenn sich die Preußen über Czernin nicht beruhigen, so deshalb, weil man seinem Charakter und seiner Persönlichkeit nicht recht traut. Weniger infolge eines politischen Aktes. „,

Dann weist Redlich auf Chlumeckys Aufsatz im letzten Heft der „Ostdeutschen Rundschau“ hin, über die südslawische Frage - Erklärung Wekerles -, auch auf die italienische Auffassung über die südslawische Politik. Er meint, dass die „unglückselige“ dualistische Konfiguration verhindere, in Wien ein großes klares südslawisches Programm aufzustellen. Er meint auch, dass für die Monarchie das Wichtigste wäre, die Einigung mit der jugoslawischen Rasse** herbeizuführen. Als Schlimmstes erschien ihm, dass von Agram nach Wien kein diplom. Draht mehr existierte..... (** Originaltext)

Q2 7. 03 Redlich an Chlumecky
April 1926

Redlich glaubt, dass die von Chamberlain und Briand mit eigentümlicher Leichtherzigkeit verkündeten Vereinigten Staaten v. Europa nicht leicht herbeizuführen sind.

..... Die Stimmung der Berliner Parteiführer und Politiker hat sich zu einem seltenen Gemenge von Hass, Verachtung und ohnmächtigen Zorn umgebildet. Die in ganz Europa herrschende formale Demokratie ist in Wahrheit nichts anderes als die Stärkung des Nationalismus und die ökonomische Förderung der nationalen Volkswirtschaft, auf Kosten aller Anderen. Niemals befand sich Europa in einem problematischeren Zustand als heute (so die Meinung Redlichs 1926).....

Q2 7. 04 Redlich an Chlumecky

Wien, am 7.4.1926

.....Will Ihnen die Herausgabe meines Werkes „Das österr. Staats- u. Reichsproblem“ ankündigen. Würde mich freuen, wenn Sie Zeit fänden es zu lesen. Es geht um das Problem unseres früheren Dualismus. Es ist die Geschichte des Kampfes von Franz Josef und den Ungarn, von 1861 bis zum Ausgleich 1867. Am letzten Ausgleich 1907 nahm ich ja als Parlamentarier regen Anteil.

Während meines letzten Aufenthaltes in Paris gewann ich den Eindruck, dass Frankreich unaufhaltsam einer politischen und sozial-wirtschaftlichen Katastrophe zustrebt.....

Q2 7. 05 Redlich an Chlumecky

Wien, am 15.7.1926

..... Wie Sie aus der „Neuen freien Presse“ entnehmen können, habe ich von der Rechtsfakultät der Havard Universität in Cambridge-USA den Auftrag erhalten, für drei Jahre den Lehrstuhl als Prof. für „vergleichendes öffentliches Recht“ an der berühmtesten, ältesten und hervorragendsten Universität der USA zu übernehmen. Ich sagte zu und übersiedle mit Familie ab Mitte September nach Amerika.

Redlich erwähnte, dass Chlumecky regelmäßig „Gainfarn“ aufsucht, um seine Krankheit auszuheilen. Redlich meinte, dass er sich zu den heute in Wien geltenden Zielen im Gegensatz befände. Besonders den „erbärmlichen“ Deutsch-Nationalismus, der jetzt in Form der Anschlussidee hervortritt, lehne er entschieden ab. Er sei im hohen Maße zufrieden, dass er diesen Kreisen Antipathie einflöße. Das beweise ihm, dass er auf den richtigen Wege sei. Sein Herz hänge am alten Österreich.....

Q2 7. 06 Redlich an Chlumecky

Wien, am 22.7.1926

..... und dass in Frankreich seit 100 Jahren jedes Problem der Innen- oder Außenpolitik nur durch die Bankiers und zu deren Gunsten entschieden wird, weiß man. Selbstverständlich geht das mit dem Rentierinteresse des französischen Mittelstandes Hand in Hand. Dass aber gerade diese herrschenden Kreise einen derartigen Währungsverfall heranwachsen lassen, ist mir der beste Beweis für den Verfall des politischen Geistes in Paris. Und darüber freuen sich besonders die „Genies der Schadenfreude“, die regierenden Männer in Berlin.

Die „Haute Banque“ von Frankreich lässt kein Mittel unversucht, eine Verschärfung der Einkommenssteuer und eine Vermögenssteuer zu erpressen. Dies hat der Sturz des Ministeriums von Herriot bewiesen. So ist nun die 3. Republik von Frankreich in Gefahr gekommen. Poincaré kann keinesfalls der Retter Frankreichs sein. Auch keiner der führenden Sozialisten kann den zerrütteten Parlamentarismus Frankreichs wieder einrichten.

Was Wien betrifft, so möchte ich lieber ganz schweigen. Ich glaube, kein anderes Land befindet sich in einem ähnlichen Gemisch von Gemeinheit und kindlicher Dummheit, betreffs des Parteiwesens und des Gesellschafts- und Wirtschaftskörpers, wie unser Land. Was sich hier als Staatsmann aufspielt, ist nichts als eine von jämmerlichen Finanzmächten am Draht gezogene Puppe....

Q2 7. 07 Brief v. Chlumecky an Redlich
Nizza, am 3.10.1928

..... den Schlüssel zur Lösung der Angelegenheit, an der wir beide im Jahre 1918 beteiligt waren, habe ich jetzt in die Hand bekommen.

Damals hatte ich ja bekanntlich eine lange Audienz bei Kaiser Karl. Ich entwickelte ihm dabei einen Plan, der zwar nicht ganz, aber doch im Einzelnen auch Ihren Ideen entsprach. Der Plan ging davon aus, dass ein aufrichtiges Handeln und eine große Geste den Tschechen gegenüber, die Pläne von Masaryk und Benesch letzten Endes doch noch durchkreuzen könnten. Ich schlug eine ehest stattfindende Königskrönung in Prag vor, sowie eine vollständige Autonomie für die Tschechen. Dies auf Ungarn und Kroatien ausgedehnt, sollte die Umwandlung der alten Monarchie zu einem Staatenbund herbei führen.

Diesem Plan stimmte der Kaiser zu, ebenso der Absicht, Sie Redlich zu beauftragen, Ihre Beziehungen zu den Staatsmännern der angelsächsischen Rassen auszuspielen, um Englands Friedensbereitwilligkeit herbeizuführen. Die gleiche Rolle fiel mir gegenüber Frankreich zu. Auf diese Weise sollte der Krieg, selbst bei Verlusten einiger Provinzen, beendet werden. Ohne alle diese Dinge wäre die Katastrophe unvermeidlich.

Zum Minister-Präsidenten schlug ich zudem noch dem Kaiser den Grafen Sylva Tarouca vor. Kurz danach teilte mir Tarouca mit, er werde Min.-Präsident und das werde auch in der Wiener Zeitung veröffentlicht. Um Mitternacht erschien aber bei Tarouca Spitzmüller mit der Nachricht des Kaisers, die Ernennung werde verschoben. Weitere Entscheidungen des Kaisers wären abzuwarten.

Wir alle standen vor dem Rätsel, warum der Kaiser innerhalb von drei bis vier Stunden einen vorerst begeistert aufgenommenen Plan, in dem er auch eine letzte Möglichkeit sah Österreich und die Großmacht-Dynastie Habsburg zu retten, umwarf. Durch einen absolut verlässlichen Gewährsmann, dessen Namen ich nicht nennen darf, gelang es mir erst jetzt Licht in das Dunkel der Sache zu bringen.

Kaiserin Zita war es, die mein Gespräch mit dem Kaiser und das Gespräch des Kaisers mit Tarouca heimlich belauschte, die die Sache verhinderte. Die von uns entwickelten Pläne lehnte sie ab. Vor allem hatte sie Angst, den Kaiser nach Prag reisen zu lassen. Dieses Unterfangen hielt sie für zu gefährlich. Meinen Rat an den Kaiser, sich wegen der Erhaltung seiner Volkstümlichkeit öfter in Wien zu zeigen, lehnte dieser ab, weil die Kaiserin wegen der in Wien herrschenden Grippewelle absolut dagegen war. Aber nicht die Angst vor der Grippe, sondern die Angst vor einem Attentat diktierte diesen Entschluss der Kaiserin.

Nach nunmehr sicherer Information war sie auch eine Gegnerin der Föderalisierung der Monarchie. Weiters sah sie in dem Plan eine Schwächung des klerikalen Einflusses. Zusammen mit Eichhoff intervenierte sie beim Kaiser gegen den Plan. Dem schwachen Kaiser wurden auf drastische Weise die Gefahren unserer vorgeschlagenen Politik geschildert. So verhinderte ein „unsäglicher“ Fraueneinfluss den letzten Rettungsversuch in zwölfter Stunde.

Wenn ein schwacher unfähiger Mann wie Revertera 1917 nahe daran war den Frieden herbeizuführen, um wieviel leichter wäre es einem Staatsmann wie Ihnen gefallen, einem Teil unserer Gegner noch im Jahre 1918 klarzumachen, welche katastrophale Folgen die Zerschlagung der alten Monarchie mit sich brächte. Wenn man einen großen Teil der tschechischen Aspirationen erfüllt hätte und wenn man das vertikale Bündnis in ein horizontales verwandelt hätte so glaube ich, dass man auch noch 1918 das Allerböseste von der Monarchie hätte abwenden können. Jedenfalls haben England, Frankreich und selbst Italien, heute den Frieden von St. Germain zu bedauern.

In diesen Wochen wurde klar, dass auch Seipel den Anschlussgedanken nicht mehr ablehnend gegenüber steht. Tatsächlich dürften 95 % der heute in Österreich lebenden auf dieses Programm eingeschworen sein. Aber mir ist klar, dass der Anschluss das Signal für eine neue europäische Konfiguration sein würde. Wie könnte Frankreich dabei zusehen, dass 6 Millionen die militärische Schlagkraft verstärken. Wie könnte England eine kontinentale germanische Hegemonie dulden, die selbst gegen die vereinigten französisch-slawischen Staaten ein ungeheures Übergewicht hätte.

Aus Ihren Briefen weiß ich, dass sich Amerika derzeit vollends von den europäischen Ereignissen desinteressiert zeigt. Glaubt man in den USA, eine Umwälzung in Europa hätte für sie keine wirtschaftliche Folge? Meines Erachtens hätte Amerika die Möglichkeit, den Anschluss zu verhindern. Das heute nur zum Schein bürgerliche Österreich kann sich nur Aufrecht halten, wenn

Amerika die Relief-Schulden erließe und neue Kredite gewährte. Amerika könnte sich die Kontrolle über das gesamte Eisenbahn- und Elektrizitätswesen sichern und so Österreich vor unbedachten Schritten hindern. Vielleicht könnten sie ihre Beziehungen zu Amerikas Intelligenzen und zu Staats- und Wirtschaftsmännern nützen, um an der Apathie der USA zu rütteln. Ihre Warnung würde wegen Ihres Bekanntheitsgrades sicherlich nicht in den Wind geschlagen. Es ist höchste Zeit zu verhandeln. Wir sehen uns einer Bewegung gegenüber, welche neuerlich die Kriegsfurie in Europa entfesselt. Unter dem Schlagwort der Kulturgemeinschaft kann man auch die deutsche Schweiz und die Deutschen Böhmens mit dem Reich vereinen. Aber man kann auch entgegengesetzen, dass die österreichische Kultur durch Jahrhunderte von der italienischen und teilweise von der französischen, sogar von der slawischen Kultur mehr beeinflusst wurde als von der deutschen. Ich bin schon auf den ersten Band Ihrer Biographie über Franz Joseph begierig. Vielleicht hätten die Memoiren meines Vaters sogar Ihr Urteil über den Kaiser beeinflussen können. Ich persönlich gehe nun langsam daran mein Material zu sichten, um ein klares Bild über Franz Ferdinand zu schaffen. Was meine Gesundheit betrifft, so ist sie so schwankend wie Franz Josephs Politik in Österreich. Da er aber damit 90 Jahre alt wurde, gibt es mir eine gewisse Beruhigung.....

Q2 7. 08 Chlumecky an Redlich
Nizza, 17.11.1928

Leopold Chlumecky äußerte sich euphorisch über Redlichs Buch von Kaiser Franz Josef. Er hob die Richtigkeit des Bildes von Franz Joseph in der Zeit von 1848 bis zur Zeit von Taaffe hervor.

..... die Ära Taaffe beurteilen Sie meiner Meinung nach zu nachsichtig. Taaffe konnte in 15 Jahren das Parlament nur halbwegs arbeitsfähig halten, auf Kosten der Zukunft. Vieles was später den Ministerpräsidenten angelastet wurde geht auf seine Rechnung. Mit der verfehlten südslawischen Politik und mit Franz Josephs schwerstem Fehler, die Nationalitäten in Ungarn durch die magyarischen Minoritäten unterdrücken zu lassen, sprechen Sie mir aus dem Herzen. Den von Ihnen angesprochenen Hass Franz Ferdinands gegen die Magyaren sehe ich aber nicht, denn der Thronfolger hatte aus persönlichen Gründen allen Anlass den Ungarn Sympathie entgegenzubringen. Er hatte um die Stellung seiner Frau bei Hofe zu kämpfen. Die Ungarn waren bereit, seine Frau als Königin anzuerkennen. Franz Ferdinand mußte daher seine eigenen persönlichen Gefühle überwinden, um Gegner der Magyaren zu werden und zwar deswegen, weil er über die Gefahren der magyarischen Politik und über die südslawische Frage ähnlich dachte wie sie. Zu diesem Zwecke wollte er in Ungarn das allgemeine Wahlrecht einführen. Wäre ihm dies gelungen und hätte überdies seine Gegnerschaft über die Annexion den Sieg davongetragen, so wäre uns wohl der Weltkrieg und der Zusammenbruch erspart geblieben.

..... mein Buch über Franz Ferdinand wird noch auf sich warten lassen. Außerdem befand sich in den „Bosheitsakten“ des Kaisers, der sämtliche den Thronfolger betreffende-, beziehungsweise die in der Militärkanzlei vorgefundenen Akte für 50 Jahre der Publikation entziehen ließ, ein kaiserlicher Befehl, an dem sich die republikanische Regierung unter Seipel merkwürdigerweise hält. Vielleicht hat er mit Franz Joseph Mitleid.

Obwohl ich Monarchist strengster Observanz bin und für das alte Österreich unendlich viel Liebe empfinde, denke ich über Franz Joseph anders als Sie. Ich kann dem Kaiser nicht verzeihen, dass er dieses Reich allmählich zu Grunde regiert hat. Dies tat er nicht absichtlich. Er hatte Auffassung, Pflichtgefühl und Arbeitseifer, wie kaum ein anderer Monarch. Aber nicht der Weltkrieg und noch viel weniger Kaiser Karl war am Zerfall der Monarchie schuldig. Deren Auflösung erfolgte in 70 Jahren stets schwankender Regierung mit fast schicksalhaften Versäumnissen jeder gegebenen Gelegenheit. Diese Meinung habe ich nicht erst seit heute, sondern gab sie schon zu Lebzeiten des Kaisers in vorsichtiger Weise publizistisch zum Ausdruck.

..... alle intellektuellen Bedenken gegen einen Anschluss an das Deutsche Reich werden nichts nützen. Die elementare Volksstimmung, welche heute in Österreich nach dem Anschluss ruft und die in Deutschland in der breiten Masse ein Echo fand (obwohl das offizielle Berlin bis dato etwas anders darüber denkt), wiegt schwerer. Unmittelbar steht der Anschluss ja nicht bevor, denn weder Deutschland noch Österreich wird sich schon heute einem westeuropäischen Veto aussetzen. Seit dem Jahre 1914 schlug jedoch die europäische Geschichte ein Entwicklungstempo an, bei dem sich in wenigen Jahren Veränderungen ergeben können, die früher Jahrzehnte der Überlegungen

bedurften. Wegen all diesen Gründen kann man den Anschlussgedanken nicht auf ein Nebengeleise schieben.....

Q2 7. 09 Chlumecky an Redlich

Nizza, am 30.12.1928

Clos Nirvana, Route de la Corniche

..... Es freut mich dass Sie meine Ansicht über Taaffes Regime teilen. Meine diesbezügliche Meinung beruht hauptsächlich auf Dokumenten meines Vaters. Kurz gefasst: die fünfzehnjährige Regierung Taaffes hat den Keim zum Zerfall Österreichs und zum Verfall des Parlamentarismus gelegt. Alles was danach geschah, waren davon die Konsequenzen. Aus diesem Grunde fällt mein Urteil über Bienerth und Stürgkh milder aus als Ihres.

..... An Ihrem Werk fand ich so großes Interesse, dass ich meine Verbindung zur „Neuen Züricher Zeitung“ nützte, um einen Artikel über Ihr Buch zu veröffentlichen.

..... Ich freue mich, dass Sie für vier Monate nach Europa kommen. Bis Mai bin ich noch in Nizza, danach in Wien und später in Aussee.

..... Die Aufzeichnungen meines Vaters geben einen Überblick, die vielleicht Ihr Urteil über einzelne Episoden der Regierungszeit Franz Josephs beeinflussen könnte. Mein Vater wurde mit dem Kaiser alt, war ihm besonders zugetan, aber die Wiedergabe einzelner Tatsachen zeigen trotzdem ein Bild größter Zerfahrenheit und Unzuverlässigkeit des Monarchen. Mein eigenes Material bezieht sich hauptsächlich auf die unselige magyarische Politik und auf das Wirken des Thronfolgers. Auch Sie geben den Gedankengang Franz Ferdinands in Ihrem Buch wieder, wenn Sie über Versäumnisse klagen und die Nationalitätenpolitik der Ungarn angreifen. Wenn der Kaiser dem Thronfolger eine ausschlaggebende Stimme eingeräumt hätte, wäre es nach meiner Meinung anders gekommen. Franz Ferdinand ging noch weiter als Baernreither. Mit seiner südslawischen Politik hätte er den Krieg verhindert.

..... Chlumecky sandte die Aufzeichnungen seines Vaters über den Tod des Kronprinzen an Redlich mit der Bitte, diese in einem amerikanischen Blatt veröffentlichen zu lassen, womöglich vor dem 30.1.1929.

..... Sie fragen mich, was ich von der ungarischen Königsfrage halte? Ich kann mir nicht vorstellen, dass ernste ungarische Politiker, die heutige Zeit zur Lösung dieser Frage als die Richtige erachten. Die Königsfrage in Ungarn könnte, ebenso wie der Anschluss Österreichs an Deutschland, zu einem europäischen Krieg führen. Überdies dürfte Horthy viel zu sehr an seiner Stellung hängen. Erzherzogin Isabellas Ehrgeiz wird nicht reichen, um Erzherzog Albrecht den Weg zur ungarischen Krone zu ebnen. Auch der Revision Lord Rothemers über den Vertrag von Trianon räume ich keine Aussicht auf Erfolg ein. Die Sünden der Magyaren, die sie an Rumänien und Slawen begingen, sind noch in aller Erinnerung.

Q2 7. 10 Chlumecky an Redlich

Nizza, am 20.2. 1929

Ich habe das Gefühl, dass man hier in Frankreich aus Angst vor dem Faschisten und den Royalisten bereit ist, sich ganz in die Arme der Radikalsozialisten und Sozialisten zu werfen. Paradoxerweise sehe ich darin eine Gefährdung für den Frieden Europas. Ein völlig linkes Regime kann unmöglich die nur mühsam sanierten Finanzen behaupten. Vielmehr ist das Gegenteil zu erwarten. Die Geschichte lehrt uns, dass gerade die, die den Frieden prädigen, sich einer kriegerischen Politik bedienen, um den Blick der Menge vom jämmerlichen Inneren abzulenken.

Q2 7. 11 Chlumecky an Redlich

Nizza, am 22.3.1929

..... je mehr ich meine Unterlagen aus der Militärkanzlei sichte, um so klarer wird mir, dass Ungarns Politik am Zusammenbruch der Monarchie und vielleicht auch am Weltkrieg mitschuldig ist. Im Rückblick erscheint mir Franz Ferdinands Verhalten gegenüber der ungarischen Regierung und deren Politik viel weitsichtiger, als ich es zu seinen Lebzeiten erkannte. Da ich seit drei Jahren ungarischer Staatsbürger bin, komme ich durch mein Buch in die Zwangslage, einer der heftigsten Angriffe gegen Ungarn zu führen, der jemals erfolgte.

..... Trotz Seipels Versicherungen glaube ich, dass seine zusehr auf den Klerikalismus eingestellte Politik den bürgerlichen Block gefährdet.

..... Die Austro-Marxisten haben lange nicht die staatsmännische Einsicht wie die deutschen Sozialdemokraten. Sie werden nicht davor zurückschrecken, ihre doktrinären Ideen restlos durchzuführen.

Q2 7. 12 Redlich an Chlumecky

Wien, am 15.6.1929

..... Mein Wiedersehen mit Wien ist getrübt durch den Einblick in die beispiellose Dummheit der Bevölkerung dieser Stadt und den schrecklich wirtschaftlichen Zuständen. In solchen Zuständen leben große Schichten des höheren Mittelstandes, die ganze Kaufmanns- Rentner- und Beamtschaft. Unglaublich was hier an Sachgütern und auch an moralischen Gütern zerstört wurde, die von vielen Generationen aufgebaut und erhalten wurden.

Hoffe vor meiner Abreise in die Schweiz noch Seipel zu treffen, aber nur aus menschlichem Interesse, nicht aus politischem. Die Unfähigkeit, Bosheit und Hoffnungslosigkeit der hiesigen sogenannten Führer im wirtschaftlichen und politischen Leben braucht man nicht zu studieren, die liegt auf der Straße zur Einsicht.

Q2 7. 13 Chlumecky an Redlich

Nizza, am 7.11.1929

..... ich halte einen faschistischen Versuch in Österreich für gefährlich. Das Bürgertum ist nicht völlig einig. Die Austro-Marxisten begannen mit der Bürgerhaftmachung des Proletariats. Die Arbeiterbataillone gingen auf die Straße. Sie haben Wien verelendet. Ist die Freiheit der Herren Bauer, Renner und Genossen nicht einfach Terror? Diesem Terror mussten sich bis heute Bürgertum und Staatsgewalt beugen. Man war der bewaffneten Arbeitermasse schutzlos ausgeliefert. Jeden nichtsozialistischen Arbeiter brachte man ums Brot, wo war da die Staatsgewalt? Wo war sie, als sich zwei rote Führer zu Oberbefehlshaber des gesamten Verkehrswesens machten? Systematisch ruinierten sie die Wirtschaftlichkeit der Staatsbahnen.

Nun erheben sich bürgerliche Organisationen, um den Sturz in den Abgrund zu verhindern. Dazu müsste jedoch das Bürgertum einig sein und nicht nach „rechts“ ausweichen. Fähige Männer wie Sie müssten das Bürgertum auf einem maßvollen Weg einigen und den Austromarxisten den Weg aus den bolschewistischen Tendenzen heraus zeigen, um sie zu einer staaterhaltenden Partei zu führen, wie etwa Labour, deutsche oder schweizerische Sozialdemokratie. Das wäre die Rettung Österreichs.....

Q2 7. 14 Redlich an Chlumecky

v. 19.11.1929

..... wir beide sind Pessimisten was Österreich betrifft. Ich war es schon seit Koerber für das „Alte Österreich“. Sie waren es seit dem Tod Franz Ferdinands.

Österreich kann keinen Diktator wie etwa Mussolini hervorbringen, und wenn, sollte dieser die jüdischen Führer der Sozialdemokratie und des Bolschewismus vernichten? Es wäre denkbar, wenn dieser österreichische Mussolini ein Mann wie Lueger wäre, mit seinem fröhlichen Katholizismus, seinem echten Wienertum, mit Witz und Humor. So ein Mann könnte den Anschlussgedanken

umbringen. Dieser Diktator müsste die Idee vertreten, nämlich die historische Idee „Groß-Österreich“, die Monarchie der Habsburger. Einige Symptome der Heimwehrebewegung deuten auf ein solches Ansinnen hin.

Der Österreicher ist ein „altdeutscher“, keltisch versippter Mensch und Katholik. Weder bei ihm, noch den ihm nahestehenden Rheinländer ist der Bolschewismus möglich, wohl aber bei den halb litauischen halb slawischen Preußen. Hugo Breitner ist der Einzige, der dem Wiener-Marxismus Substanz gegeben hat, hauptsächlich durch seine Frauen- und Kinderfürsorgepolitik. Die christliche Partei in Wien ist dagegen sehr dumm, ausgenommen Kunschak.

Sie weisen mit Recht auf die schlechte Politik der Wiener Marxisten hin. Was aber hat das christliche Bürgertum, das Großbauerntum und der Adel dagegen geistig aufgebracht? Ich habe Angst, dass diese Wirrsalen geistiger Trägheit zu einem Bürgerkrieg führen.

Der Klerikalismus der Linzer, Innsbrucker und Vorarlberger sowie der Austro-Marxismus muss in Zaum gehalten werden. Das Bürgertum auf eine maßvolle Linie nach Schweizer Vorbild bringen, das wäre die Lösung.....

Q2 7. 15 Chlumecky an Redlich

Nizza, am 21.12.1929

Leopold Chlumecky schreibt, dass die heutige Verfassung in Österreich keine Diktatur zulassen würde. Er schließe sich dabei der Meinung des „demokratischsten“ Blattes, das er kenne an, der „Neuen Zürcher Zeitung“. Diese meint, dass in der Frage der Stellung Wiens wohl noch eine zweite Verfassungsrevision kommen werde. Chlumecky meint, der Zwergstaat Österreich biete für Experimente faschistischer Regierungsformen kein günstiges Feld (auch Redlich ist dieser Meinung). Chlumecky hielt es für nicht ganz ausgeschlossen, dass man in Österreich den Alt-österreichischen Gedanken in moderner Form, in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, mit Ungarn, der Tschechoslowakei und Südslawien wiederbeleben wolle.

Er wundert sich, dass Redlich die Eventualität einer von Berlin ausgehenden Diktatur, als Ersatz für die Pseudodemokratie Deutschlands, für möglich hielt. Wenn aber diese Diktatur nicht vom Geiste Ludendorffs durchtränkt wäre, würde sie zu einem neuen Krieg und zum Zusammenbruch der europäischen Kultur führen. Eine Diktatur in Deutschland könnte nur auf dem Boden des Revanchegedankens gedeihen. Chlumecky meinte auch, ein Diktator könne sich nur dann halten, wenn er sich um die völlige Wiederherstellung des wilhelminischen Deutschlands bemühen würde. Das wäre eben der Unterschied zwischen italienischer und deutscher Mentalität, meinte Chlumecky.

.....“ In Italien mag Mussolini große Reden über die Wiederherstellung des groß-römischen Reiches halten, muss diese aber auf Grund noch nicht erschlossener enormer wirtschaftlicher Machtquellen, nicht sofort in die Tat umsetzen. In Deutschland kann aber eine Diktatur höchstens die Abschüttelung des Versailler Vertrages bringen, die Wiedervereinigung mit Elsass-Lothringen und die Einverleibung des polnischen Korridors. In Deutschland kann man nicht durch Verbesserung der Landwirtschaft, der Industrie, des Straßenbaues imponieren, das alles ist in Deutschland schon vorhanden. Eine Verbesserung in dieser Hinsicht wäre kaum spürbar zu erkennen. Daher bedeutet für mich eine Diktatur in Deutschland eine Umwälzung der gegenwärtigen europäischen Verhältnisse und würde zum entsetzlichsten aller jener Kriege führen, die die Weltgeschichte bisher erlebte. So wenig mir die absonderlichen Formen der deutschen Demokratie gefallen, so will ich hoffen, dass ein deutscher Mussolini lange auf sich warten lässt. In Wien wird sich ein solcher wohl nicht finden. Was hat das christliche Bürgertum, die Großbauern, die Aristokratie und der Adel getan, um mit geistigen Waffen die Politik der Wiener Marxisten zu bekämpfen? Es fragt sich, ob nach zehnjähriger Wirtschaft der Herren Seitz und Genossen, die Mehrheit Wiens noch aus Wienern besteht? “.....

Chlumecky beklagte sich, dass ihn persönlich große Geldverluste durch Hypotheken auf österreichische Realitäten drohen. Ein betrügerischer Anwalt verleitete ihn zu dieser Fehlinvestition.

Q2 7. 16 Redlich an Chlumecky

Wien, am 14.1.1930

Redlich schreibt, dass er trotz Verwunderung von Chlumecky daran festhält, dass sich in Deutschland eine von Berlin ausgehende Diktatur bilden könnte. Die Kraftlosigkeit, Zerfahrenheit und Würdelosigkeit der deutschen Demokratie wäre so weit fortgeschritten, dass er sich nicht denken könne, die deutsche Nation wäre durch Leute wie Dr. Hilferding auf Dauer zu regieren. Er wäre nicht der Meinung von Chlumecky, eine Diktatur in Deutschland hätte wahrscheinlich nationalistisch reaktionäre Züge. Diese Art Politik fände in Deutschland keinen Boden, siehe am Beispiel Hugenberg. Er könne sich eine demokratisch gesinnte Diktatur vorstellen, die dem völligen Verfall der Finanzwirtschaft ein Ende macht. Schuld an der Misere tragen die regierenden Parteien in Verbindung mit den „philisterhaften regulären Sozialisten“. Redlich meint, der größte Feind Deutschlands ist der Hochmut, in dem die ganze Nation hineingeredet wurde. Zuerst durch Wilhelm II. und die rheinisch-westfälische Großindustrie, jetzt aber durch alle Mittelparteien und deren Führer, die mit ihrem schäbigen Amerikanismus das beste Erbteil der Nation zum Verschwinden bringen, den deutschen Geist und die Reste deutscher Anständigkeit. Die wilhelminische Ära, wie sie die Völkischen und Hugenberg vertreten, ist nicht mehr gefährlich. Gefährlich sind die Mittelparteien und die Sozialdemokraten. Irgendwer wird sich finden, der mit dieser Schwindelpolitik, auch der von Stresemann, aufräumt. Der „Young-Plan“ wird in Deutschland scheitern, dies wird die Dinge auf die Spitze treiben. Redlich meint, Deutschland zahle niemals zwei Milliarden Goldmark jährlich aus seinen Exportüberschüssen an Reparationen.

....“ In Österreich haben sich die Wirtschaftsverhältnisse auf das Traurigste gesteigert. Hier kann kein ehrlicher Mann seine Familie mehr ernähren.“ Herr Sieghart ist nach Meinung von Redlich wohl der bildungsloseste, geschmackloseste Schwindler, den Österreich je hervorbrachte. Dessen Meisterwerk war, dass unter seiner Leitung mit jüdischem Geld die Heimwehr für Ignaz Seipel gegründet und bisher erhalten wurde.“ Seipel, Dr. Kienböck, Dr. Sieghart und Günter, dass sind die reifsten Blüten, die aus dem österreichisch-republikanischen Sumpfboden hervorgekommen sind. Diese werden hier auch weitermachen, denn die Bevölkerung, die wohl besser als ihre Führer ist, besitzt nicht die Fähigkeit sich anständige Führer zu wählen. Es gilt das Sprichwort: nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selbst....“

Q2 7. 17 Chlumecky an Redlich

Nizza, am 28.1.1930

Chlumecky schreibt, dass Sieghart fürchtet, durch den Boden-Credit-Anstalt Skandal in den Abgrund gerissen zu werden.

Ihre Meinung über die deutsche Politik teile ich nicht, denn ich halte die Ablehnung des Hugenberg-Begehren nicht für ein Indiz, dass derlei abenteuerliche Pläne beim Volk nicht doch einmal Anklang finden könnten. Vergessen sie nicht, dass der gesamte Apparat der Sozialdemokratie in Bewegung gesetzt wurde, um Narren wie Hugenberg in die Minorität zu versetzen. Trotzdem stimmten 6 Millionen für seinen verbrecherischen Plan (lt. Züricher Zeitung) und das gibt zu denken.

.....Ihren Zweifel über die Zahlung Deutschlands von zwei Milliarden Goldmark teile ich. Aber nach Dawes und Young-Plan wird es wieder einen neuen Plan geben und bei diesem wird die deutsche Reparationslast neuerlich herabgesetzt werden. In Frankreich glaubt man das wahrscheinlich auch, aber dem Volk verschweigt man es. Es wäre ja das Einbekenntnis dafür, dass es beim Friedensabschluss, nach Österreich und Deutschland, nur einen einzig wirklich Besiegten gibt, nämlich Frankreich.

Dass Kanzler Schober zuerst nach Rom und nicht nach Berlin reiste, lässt eine weitere Rechtsorientierung Österreichs erkennen. Alles deutet darauf hin, dass die Heimwehr-Bewegung faschistisch durchtränkt ist. Laut Schweizer Blättern tritt Seipel immer mehr gegen Schober in

Opposition. Aber das Spiel von Seipel ist mir undurchsichtig. Als Priester kann er doch nicht an die Spitze einer Diktatur treten. Wer ist in der Christlich-Sozialen Partei überhaupt dafür geeignet? Etwas Rintelen, Castigliones Intimfreund?.....

Q2 7. 18 Chlumecky an Redlich

Nizza, Clos Nirvana, Route de la Corniche
v. 10.3.1930

Chlumecky gratulierte Redlich zur Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Wien. Leider musste Redlich diese Ehrung von einem Austromarxisten entgegennehmen. Chlumecky meint, dass der Widerwillen gegen den Parlamentarismus in Frankreich ansteigt. Chlumecky meint, dass die französische Demokratie mehr und mehr im Schlepptau des Freimaurertums segelt.

„... In letzter Zeit erschienen in französischen Schweizer und österreichischen Blättern viele Artikel über Amerika. Die dortigen Zustände werfen auch kein gutes Licht. Die amerikanische Demokratie wandelt sich danach allmählich in eine Plutokratie um, die rücksichtslos mit Verbrechern und Banditen Hand in Hand geht. Ist das wirklich so?“

Chlumecky klagt über Vermögensverluste, die ihm einen längeren Aufenthalt zur Erholung im Cottage Sanatorium unmöglich macht.

Q2 7. 19 Chlumecky an Redlich

Nizza, am 11.4.1930

..... Frankreich will den Anschluss Österreichs an Deutschland verhindern und hat nicht das geringste Verständnis für unsere Bedürfnisse. Die Franzosen kennen weder geografische noch ökonomische Bedingungen Österreichs. Das Sonderbare ist, dass sie den Anschluss perhorreszieren und von jedem Österreicher, der irgendwie künstlerisch hervorgegangen ist, immer nur von „allemand“ sprechen. Hofmannsthal, Grillparzer, Schubert, Strauß und Beethoven, alle diese gelten in Paris als „Reichsdeutsch“. Zwischen deutscher und österreichischer Kultur wird nicht differenziert. In Rom kann man sich viel besser auf Österreichs Eigenart einstellen.

Ich warnte zehn Jahre vor der italienischen Gefahr und sah den Dolchstoß, den uns Italien versetzte, voraus. Es fällt mir aus diesem Grunde nicht leicht umzulernen. Ich sehe jedoch, dass wir in Österreich in nächster Zeit weder auf eine der beiden Westmächte, noch auf Jugoslawien oder Tschechoslowakei rechnen können. Italien, Griechenland und Rumänien sind die Einzigen, die wenigsten im Augenblick für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Österreich Interesse zeigen.

Ich hoffe, sie werden nicht in den immer stärker werdenden franco-italienischen Konflikt hineingezogen. Vorerst fürchte ich, die „Londoner Konferenz“ wird ein Wetttrüben zwischen den beiden Mittelmeermächten nicht verhindern, sondern erst recht herbeiführen. Italien wird dabei früher der Atem ausgehen. Ich glaube nicht, dass Mussolini an eine territorial expansive Politik denkt. Er hat mit innerer Konsolidierung zu tun, Landwirtschaft und Ackerbau. Dies würde sich erst dann aufdrängen, wenn die Flottenrüstung das italienische Budget zu sehr belastet. Österreich hat sich bis zu diesem Zeitpunkt hoffentlich wirtschaftlich so weit erholt, dass es von Italien nicht ins Schlepptau genommen werden kann.

Ihre Ansicht über Amerika bestätigt meine alte Ansicht, dass jede Demokratie letzten Endes zur Plutokratie führt.....

Q2 7. 20 Chlumecky an Redlich

Nizza, am 28.11.1930

..... die politische Situation in Österreich scheint mir verzweifelt. Schober ist maßlos eitel. Er ist weder Staatsmann noch Politiker. Die Haltung der sogenannten demokratischen Presse, die „Neue Freie“, ist zu bedauern. Sie haben die Gefahr des Marxismus vergessen und bieten alles auf, um den

Austro-Sozialismus (Pabst) in den Sattel zu heben. Der christliche Kurs erscheint diesen Herren als gefährlicher. Damit will ich die Fehler der Heimwehr nicht entschuldigen, aber zwischen zwei Übeln sollte man das Kleinere wählen. Bei meinem Pariser Aufenthalt war zu erkennen, dass hier die Kriegspsychose steigt. Die missglückte Außenpolitik des Quai d'Orsay hatte zur Folge, dass man heute mit der Unterstützung Englands nicht mehr sicher rechnen kann und abgesehen von der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und Belgien sich einer geschlossenen Front sämtlicher europäischer Staaten gegenüber sieht. Erst wenn die Milliardenforderungen Frankreichs verschwinden, kann Frankreich auf eine Versöhnung mit Deutschland hoffen. Die Freimaurer können nicht vergessen, dass sie vor Mussolini die Außenpolitik Italiens von Paris aus dirigierten. Wenn die Fragen der Kriegsschuld beseitigt sind, wird auch eine Verständigung über den polnischen Korridor möglich sein.....

Q2 7. 21 Chlumecky an Redlich
Nizza, am 22.1.1931

Chlumecky beantwortet den Brief von Redlich vom 20.12.1930. Er berichtet Redlich von seinem bösen Sturz, der ihn zur Bettruhe zwingt. Gegen Schmerzen bekommt er Morphium.

„ ... Zur Politik: die Spannung zwischen den lateinischen Schwestern ist im Steigen. Hier in Frankreich hofft man auf den Sturz des italienischen Regimes und danach auf den Einzug des Freimaurertums in Rom. Durch diesen Umschwung will man, wie vor dem Krieg, die ehemals genannte „Consulta“ wie Marionetten an den Fäden der Großloge tanzen lassen. Nicht Barrieres, sondern die Großloge gab den Ton an. “ Chlumecky betrachtet den Faschismus als rein italienische Angelegenheit. Er meint, Italien fand durch dieses Regime, das man nun seitens Frankreich gerne beseitigen würde, wenigstens eine provisorische wirtschaftliche Sicherheit. Man darf nicht vergessen, meint Chlumecky, dass das heutige Regime in Italien nur eine Folge des Umstandes ist, dass man sich vor sieben Jahren vom Kommunismus bedroht fühlte.

Redlichs Brief zeigte ihm, dass sich Amerika an den europäischen Vorgängen vollkommen desinteressiert zeigt. Er gibt Redlich in dessen Meinung über Deutschlands Russenpolitik recht und bezeichnet sie ebenfalls als unklug und unglücklich. Auch Chlumecky sieht dabei die Gefährdung des europäischen Friedens. Auch glauben beide, dass Schacht nicht der Mann ist, den Amerikanern einen Nachlass der Zahlungen überzeugend darzulegen. Sie halten es auch für unmöglich, dass Deutschland diese Lasten weiterschleppt. Da Frankreich seine Zahlungen an Amerika erst dann leistet, wenn es von Deutschland Geld in gleicher Höhe bekommt, liegt nach Chlumeckys Meinung die Zukunft Europas in den Händen Amerikas. Amerika will sich natürlich nicht für ein Hitler-Deutschland einsetzen, aber der Hitler-Wahnsinn ist doch nur eine Folge einer verzweifelten wirtschaftlichen Situation, meint Chlumecky. In dieser Situation beginnt sich die Jugend zu fragen, ob es nicht besser ist, mit Russlands Hilfe in den Krieg zu ziehen, um sich von der Schuldenlast zu befreien.

Der ökonomische Zusammenbruch Europas erfolgte bereits ohne Krieg und bringt Amerika um seine beste Absatzquelle. Chlumecky glaubt in der gegenwärtigen Lage nicht, dass Amerika in China oder Japan dafür Ersatz findet. Obwohl Amerika in ihren Ansichten starsinnig ist, sollte das Kaufmännische aber doch am Ende Sieger bleiben. Er bittet Redlich, die ihm nahestehenden Kreise davon zu überzeugen, dass ein Krieg oder ein wirtschaftlicher Zusammenbruch ihres größten Warenabnehmers nur damit verhindert wird, wenn man sich zu großzügiger Kompensationspolitik durchringt. Einer Politik, die die Befreiung Europas von materieller Knechtschaft, in der es sich gegenüber Amerika befindet, zur Folge hätte.

Eine Befreiung Deutschlands, welche das Hasardspiel deutsch-sowjetischen Einbruchs in Westeuropa unmöglich macht, müsste gegen sichere, unumstößliche Garantien gewährt werden.

..... PS. Max Vladimir Beck berichtete mir über Ihr Buch „Fragmente eines politischen Tagebuchs Baernreithers“.

Q2 7. 22 Chlumecky an Redlich
Wiener Cottage Sanatorium, am 21.6.1931

Chlumecky schreibt, dass Redlichs Übernahme des österreichischen Finanz-Portefeuilles eine schwere Bürde ist. Er hoffe, dass Redlichs geniales Können dieses unglückliche Land aus der Finanzkatastrophe hinaussteuert.

Q2 7. 23 Exposé von Chlumecky an Redlich

Chlumecky hat ein Exposé über die Creditanstalt am 29.6.1931 Redlich übergeben.

..... Das System der Leitung ist unhaltbar. Die Direktoren schlossen die gewagtesten Geschäfte ab, denen Neurath verständnislos beiwohnte und im blinden Vertrauen zustimmte.

Die Direktoren Ehrenfest, Pollak, Hajdu und Weiss begaben sich ungestraft auf Bahnen von riskantesten Geschäften, spielten verbrecherisch leichtsinnig, wobei die vom Größenwahn befallene Creditanstalt überall dabei war. Auch dort, wo andere Institute ablehnten, beteiligten sie sich.

Obwohl eine Prosperität Jugoslawiens auf vielen Gebieten unverkennbar ist, wobei Elektroindustrie, Elektrifizierung der Bahnen, Ausbau der Wasserkräfte mächtig voran schreitet, überließ man dieses Gebiet den französischen Gruppen und suchte Ersatz in schlechten Beteiligungen.

Der Beamtenapparat wurde in verantwortungsloser Weise vermehrt. Es gibt als Beispiel 80 Abteilungsvorstände. Jetzt ist die CA eine Bank fast ohne Geschäfte und einem Personalaufwand von 32 Millionen S im Jahr. Noch haben die alten Kommitanten (Auftraggeber) das Vertrauen nicht verloren, aber jeder Tag bringt großen Verlust und auch bald Abhebungen der konservativsten Kunden. Die Direktoren kümmern sich um nichts mehr, die Bilanz wird unter dem Vorwand aufgeschoben, dass man keine klaren Einblicke in alle Jahresabschlüsse der 386 Beteiligungen gewinnen könne. Die Fachleute bezeichnen diese Stellungnahme als reinen Schwindel. Die Direktoren der CA wollen den Einblick verhindern. Das Institut läuft nun Gefahr alles Vertrauen zu verlieren.

Die eheste Ernennung eines absoluten Praktikers zum Direktor wäre vorerst das Wichtigste. Danach müssten die bisherigen Direktoren beseitigt und ein Komitee von höchstens zwei bis drei weiteren Direktoren eingesetzt werden. Das System der Einzelverantwortung ist abzuschaffen.

..... In der CA lief es wie mit Deutschland in Fragen um die österreichische Zustimmung zur Verschärfung des U-Boot-Krieges. Bei auftauchenden Bedenken wurde gesagt, es sei bereits zu spät, man habe sich bereits engagiert.

Als weiterer Schritt sei die Umwandlung der CA in eine Mittelbank in Angriff zu nehmen. Dazu müssten die Abteilungsvorstände radikal reduziert werden. Die meisten Stellvertreter würden sich allerdings unter tüchtiger Leitung, ohne weiteres eignen. Eine Entlassung von Teilen der Beamtenschaft, eine Kürzung der Gehälter und Pensionen, könnte selbst unter pessimistischer Auffassung eine Jahresersparnis von 8 - 12 Millionen S ergeben und somit das Jahresetat von 24 auf 20 Millionen senken. Danach müsste man die 386 Beteiligungen gewissenhaft prüfen. Schätzungsweise müssten mindestens 86 Betriebe unter allen Umständen stillgelegt werden. Bei einigen anderen, wie z. B bei Krupp, sind weitere Kredite einzustellen. Krupp zahlt seit vielen Jahren keine Kreditzinsen mehr, beginnt sich jedoch erst jetzt langsam einzuschränken. Von den Debitoren (Schuldern) kann man etwa 800 Millionen als gut bezeichnen, hier ist mit vollen Zinseingängen zu rechnen. Dies ergäbe einen Eingang von 96 Millionen bei einem Zinsfuß von 12 %. Selbst bei einer Inanspruchnahme eines Kredites von einer Milliarde zu 6 % würde sich eine Belastung der Bank von 60 Millionen ergeben. Unter Hinzurechnung der Zinsen der zu einer Mittelbank umgewandelten CA, würde immerhin ein Überschuss verbleiben, welcher Abschreibungen und Tilgungen gestatten würde. Unerlässlich ist auch die Herabsetzung der hohen Gehälter bei den Konzern-Direktoren der Industrie. Hier wurde schwer gesündigt. Direktoren passiver Betriebe beziehen hohe Gehälter. Manche Industrie würde besser bilanzieren können, wenn ihr Personalaufwand nicht so ungeheuer groß wäre. Jährlich werden Kredite unter dem Motto einer drohenden Stilllegung bzw. Arbeitslosigkeit erpresst. Aber die Direktoren und deren Stellvertreter decken jedoch davon ihre Spesen für eine allerhöchste Lebenshaltung ab.

..... Bei all diesen Problemen sei keine Zeit mehr zu verlieren, da sonst die Lawine ins Rollen beginnt und keine staatliche Maßnahme könne sie dann mehr zum Stillstand bringen.

Q2 7. 24 Chlumecky an Redlich

Nizza, am 26.2.1934

..... es war ein Fehler der Sozialisten, die Wohnburgen in Wien zu Waffenlagern zu gestalten. Es war aber auch ein Fehler der Regierung, nicht alle Gruppen zu entwaffnen. Heimwehr und andere politische Formationen immer mehr zu bewaffnen hieße, den Bürgerkrieg vorbereiten. Es ist Nebensache, ob die Nachrichten sagen, dem Schutzbund sei von jüdischer Seite Waffen mit Vorbedacht geliefert worden, auch wenn dies stimmt. Es ist auch irrelevant, ob die Gerüchte stimmen, wonach Seipels Freund Mandl für jedes der Heimwehr gelieferte Gewehr deren Führer eine Prämie bezahlt. Das wohl Unanfechtbare scheint mir die Tatsache zu sein, dass man diesen Bürgerkrieg vom Zaun gebrochen hat, ohne Not oder Zwang. Das Beschämende, dass in allen und jeden Hitlers Methoden kopiert werden. Es gibt keinen geistigen Kampf gegen den Nationalsozialismus, nur Brachialgewalt, mit der man aber Ideen nicht niederzwingen kann. Sehr sonderbar war die Haltung der französischen Presse. Das gewalttätige Vorgehen gegen den Sozialismus fand vielfachst Anerkennung. Man schrieb von offener Revolte der Sozialisten und feierte Heimwehr und Starhemberg als die Retter Österreichs. In Frankreich herrscht die These vor, dass Österreichs Selbstständigkeit die Bedingung der Erhaltung des europäischen Friedens sei. Nun wurde diese These erweitert: selbst ohne Anschluss sei der Friede ernstlich bedroht, wenn Nationalsozialisten in Österreich die Regierung übernehmen. Dass dies eine Einmischung in österreichische Verhältnisse ist, scheint man in Paris nicht zu fühlen.

Seit einigen Tagen ist in Paris eine Abkühlung zu spüren. Nicht, weil einige hundert Menschen niedergeschossen wurden, sondern weil man besorgt ist, dass Italien mit Österreich und Ungarn einen die kleine „Entente“ bedrohenden Block bilden könnte. Man ging so weit, dass man selbst ein Handelsbündnis zwischen Österreich und Ungarn als mit den Verträgen und Verpflichtungen Österreichs unvereinbar hält. Vorerst wissen wir nur was Frankreich von Österreich nicht will, nämlich keinen Anschluss, keine nationalsozialistisch gefärbte Regierung, kein eigenes Wirtschaftsverhältnis mit Italien und Ungarn und auch keines mit Ungarn allein. Von einem konstruktiven Plan für ein lebensfähiges selbstständiges Österreich ist nichts zu hören. Man will die offene Wunde in Mitteleuropa stets offenhalten, um bei passender Gelegenheit eingreifen zu können. So drängt man Österreich immer mehr zum Faschismus römischen Musters. Starhemberg, der schon viel an Einfluss verloren hatte, wird dadurch wieder mächtiger.

Dass Italien während des Bürgerkrieges Truppen an Österreichs Grenze brachte ist unbestritten. Es heißt, dass hierdurch der österreichischen Regierung die Möglichkeit geboten wurde, Tiroler Truppen nach dem Kriegsschauplatz „Wien und Steyr“ zu werfen. Die Nachricht, dass Frankreich in Bern um die Zustimmung zum Transport von Truppen durch die Schweiz ansuchte, wurde „lendenlahm“ dementiert.....

Kurzfassung

Bei meiner Dissertation befasste ich mit jenem Zeitraum der österreichischen Geschichte, der sich vom Ende der Habsburgermonarchie bis zur Ersten Republik erstreckt. Dabei war es mir ein Anliegen, das mir zur Verfügung stehende Quellenmaterial - den bisher unbearbeitet im Österreichischen Staatsarchiv-Kriegsarchiv bzw. Haus-, Hof- und Staatsarchiv zweigeteilt aufliegenden „Nachlass Chlumecky“ - auf Basis neuester wissenschaftlicher Forschung zu diskutieren.

Freiherr Leopold Chlumecky wurde am 3.2.1873 in Wien geboren. Er starb am 14.1.1940 in Buenos Aires. Geistige Beweglichkeit, Redetalent und Ehrgeiz förderten seine politischen und journalistischen Tätigkeiten. Im Jahre 1906 erschien sein erstes Buch „Österreich-Ungarn und Italien“. Er war Mitherausgeber der „Österreichischen Rundschau“. Leopold Chlumecky hatte gute Beziehungen zu bedeutenden Persönlichkeiten. Ab 1918 lebte er als Privatmann in Wien, Ungarn, der Schweiz und Südfrankreich. 1938 wanderte er nach Südamerika aus.

Die im Nachlass aufliegende Korrespondenz lässt erkennen, dass Leopold v. Chlumecky stets am politischen Geschehen in Österreich - vor und nach dem Ersten Weltkrieg - großen Anteil nahm. Zum Thronfolger Franz Ferdinand fand er guten Zugang, wobei beide profitierten. Chlumecky wurde über die Aktivitäten der Militärkanzlei Franz Ferdinands informiert und der Thronfolger brachte seine Anliegen über die „Österreichische Rundschau“, deren Herausgeber Chlumecky war, an die Öffentlichkeit. Chlumecky war auch Direktor von Lloyd Austriaco. Zum Chef des Generalstabes Conrad v. Hötzendorf verband ihn Freundschaft.

Durch den „Nachlass Chlumecky“ erhielt ich Zugang zu einem Abschnitt der österreichischen Geschichte aus der Sicht eines politisch kompetenten Zeitzeugen, der seine Informationen über die Vorgänge dieser Zeit von dazu höchstberufenen und namhaftesten Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft erhielt, durch dessen Kenntnis ich den politischen und gesellschaftlichen Umbruch im 20. Jahrhundert besser verstehen lernte.

Neue Erkenntnisse zum bisherigen Forschungsstand der Geschichte Mitteleuropas bringen nach meiner Meinung die im „Nachlass Chlumecky“ aufliegenden Briefe an seinen Vater vor Italiens Kriegseintritt. Das beinahe hektische Bemühen der österreichischen Politiker, Italien vom Krieg abzuhalten, kommt darin deutlich zu Tage. Durch seine guten Kontakte zu Giovanni Giolitti - einem Gegner italienischer Kriegsteilnahme - erhielt der Ballhausplatz wertvolle Informationen über die Vorgänge im italienischen Parlament aus den Jahren 1914/15.

Durch den Inhalt des Nachlasses erhielt ich auch Kenntnis darüber, dass Chlumecky im Sommer 1915 von Johann Graf Forgách, damals Sektionschef

im Ministerium des Äußern, halb offiziell als politischer Beobachter in die Schweiz entsandt wurde, um dort eventuelle Aktivitäten der Tschechen gegen Österreich zu überwachen. Seine Beobachtungen wurden gesichert ans Ministerium bzw. an Conrad weitergeleitet.

Die im Nachlass aufliegenden Briefe zwischen Josef Redlich und Leopold Chlumecky gaben mir wertvolle Informationen über die Situation in Österreich während der Zwischenkriegszeit. Sie zeigen die immer größer werdende Kluft zwischen den beiden großen politischen Lagern in Österreich - Christlichsoziale und Sozialdemokratie - die 1934 zum Bürgerkrieg führte, die politischen Verhältnisse im Ständestaat, wo sich die Austrofaschisten Richtung Italien orientierten, die Nationalsozialisten Richtung Hitler-Deutschland und die Austromarxisten die soziale Revolution wollten.

In der Korrespondenz mit Josef Redlich findet sich auch ein Exposé über die Creditanstalt, worin Chlumecky im September 1931 Josef Redlich über die herrschenden negativen Zustände dieses Geldinstitutes informierte. Nicht zuletzt wurde die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre durch den Zusammenbruch dieser Bank in Österreich eingeleitet.

Alle Erkenntnisse, die ich aus dem reichhaltigen „Nachlass Chlumecky“ gewinnen konnte, wurden von mir in das aktuelle wissenschaftliche Geschichtsbild dieser Zeit eingearbeitet.

Shortened Version

In my dissertation I deal with the period of Austrian History reaching from the end of the Habsburg Monarchy to the First Republic. On this occasion it seemed important to me to discuss the available list of acknowledgements which contains the „Unpublished Works of Chlumecky“ divided in two parts from the Austrian state and war archives and the court archives, respectively, based on the latest scientific research and not edited up to now.

Baron Leopold Chlumecky was born on Febr. 3, 1873 in Vienna. He died on Jan. 14, 1940 in Buenos Aires. Mental agility, eloquence and ambition supported his political and journalistic activities. 1906 his first book „Austria-Hungary and Italy“ was published. He was co-editor of the „Oesterreichische Rundschau“ (Austrian Review). Leopold Chlumecky had good relationship to important personalities of that time. As from 1918 he lived as a private man in Vienna, Hungary, Switzerland and in the South of France. 1938 he emigrated to South America.

From the correspondence found in the unpublished works it was evident that Leopold Chlumecky was very interested in the political events of Austria before and after the First World War. He also found access to Franz Ferdinand, the successor to the throne, which was an advantage for both. Chlumecky was informed about the activities of the military office of Franz Ferdinand and he addressed his concerns to the „Oesterreichische Rundschau“ whose editor Chlumecky was. He was also director of Lloyd Austriaco and was a friend of Conrad von Hoetzendorf, head of the general staff.

By means of the unpublished works of Chlumecky I had access to a section of Austrian history from the view of a politically competent contemporary witness, who received his informations concerning the course of events from most important personalities from politic and society. Through all this knowledge I gained a better understanding about the political and social radical change in the 20th century.

New knowledge was available about the so far level of research of mid-European history from the letters to his father before Italy's war entry which were part of the unpublished works. The hectic efforts of Austrian politicians to prevent Italy from war were evident in these letters. Due to his good contacts to Giovanni Giolitti - an opponent of Italy's war entry - Ballhausplatz (the government) received valuable information concerning the proceedings in the Italian parliament in the years 1914/15.

From the literary remains I learned that Johann Graf Forgach, head of department in the Foreign Ministry, has sent Chlumecky as political observer to Switzerland, in order to survey possible Czech activities against Austria. His results were transmitted safely to the Ministry and to Conrad, respectively.

The letters found in the unpublished works from Josef Redlich and Leopold Chlumecky brought me valuable information concerning Austria's situation during the time between the wars. They show the growing gap between the two big political parties in Austria - the Christian social party and Social democracy leading to a civil war 1934. The political situation in the corporative state was confusing, the Austrofascists were oriented towards Italy, the national socialists went in the direction of Hitler Germany, whereas the Austromarxists wanted the social revolution.

The correspondence with Josef Redlich refers to an exposé concerning the Creditanstalt where Chlumecky informed Josef Redlich about the negative situation of this bank in Sept. 1931. Finally, it was the total collapse of this bank which led to the economic crisis of the thirties. All the knowledge I gained from the rich literary remains of Chlumecky is shown in my actual scientific view of history.

Lebenslauf

Adolf Werner

geboren am 30.11.1934 in Wien, röm. kath., verheiratet seit 1959, 2 Kinder
(Sohn u. Tochter)

- | | |
|-------------|---|
| 1940 - 1944 | Volksschule in Wien |
| 1944 - 1948 | Hauptschule „ |
| 1948 - 1951 | Lehre für techn. Zeichner bei der Fa. Elektroheizungstechnik in Wien 5, bei gleichzeitiger Berufsschulbildung in der Mollardgasse |
| 1952 | Facharbeiterprüfung |
| 1951 - 1953 | Techn. Angestellter Fa. Elektroheizungstechnik |
| 1954 - 1994 | Techn. Angestellter Fa. Siemens
(Konstrukteur f. elektr. Schaltanlagen - Abteilungsleiter - Qualitätsmanager u. Auditor) |
| 1974 - 1979 | HTL (TGM Wien 9), Fachrichtung Nachrichtentechnik für Berufstätige (Reifeprüfung mit ausgezeichnetem Erfolg) |
| !995 - 2002 | Studium an der Universität Wien für Geschichte und Völkerkunde |
| 2002 | akad. Grad „Magister der Philosophie“ |
| 2004 - 2009 | Doktoratsstudium an der Universität Wien |

